

BRIEF INFORMATIONEN
DER BREMER GRUPPE
ARBEITERPOLITIK
AN UNSERE **LESER**

Januar 1960 — November 1962

Inhaltsverzeichnis

Januar 1960

Rundbrief der Gruppe ARBEITERPOLITIK Bremen S.

Januar 1960

Das Ende der großen Koalition in Bremen S.2
Preis- und Spartheorie, wie Kaisen und K.-H. Götze sie
verstehen S.4
Eine böse Weihnachtsüberraschung bei EDUSCHO S.6
Stimmen aus dem Leserkreis S.8
Brief an unsere Freunde von Heinrich Brandler S.9

März 1960

Klößner contra SPD S.1
Leserbrief zur Automation bei EDUSCHO S.3
Auch hier Automation S.4
Einer, der es ernst nahm S.4
Kontaktfragen im Spiegel der Zeitung "Die Welt" und
der "Bremer Bürgerzeitung". S.5
Heinrich Brandler: Politische Momentaufnahme S.5

Mai 1960

Herr Adenauer reformiert die Krankenversicherung S.1
Das Godesberger Programm der SPD S.3
Heinrich Brandler: Rings um die Gipfelkonferenz S.11
Die Gemeindewahlen im schwarzen Bayern S.14
Zum 1. Mai in Bremen - eine kleine Betrachtung S.15
GESTAPO im Bremer Ausgleichsamt S.16

Juli 1960

Die CDU hält ihr Wahlversprechen - Das Wohnungsabbaugesetz
Kriegstänze der Reformier S.3
Heinrich Brandler: Nach der Gipfelkonferenz S.5
Der Staat und der VWK S.12
Bremer SPD - Kämpfer für den Antikommunismus S.13
. . . . auch bei den Bremer Falken S.14
Von der Wiege bis zur Bahre - Formulare S.14
MÄNNERSTOLZ - oder - Der Neue Senator! S.16

Oktober 1960

Heinrich Brandler: Weltpolitisches Wetterleuchten S.1
"Schlamm" im Bremer Berufsschulzentrum S.8
Kaisen - Schrittmacher der neuen und doch so alten Welle S.10
Lloyd entläßt Arbeiter S.13
Bremer Straßenbahn wieder teurer S.15
"Reform der Reform!" S.16
Bert Brecht: Fragen eines lesenden Arbeiters S.18

Februar 1961

Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit S.1
Der Appell von Hannover S.7
Nachruf Paul Wegner S.16

Mai 1961

Kennedy: Drei Monate neuer Kurs S.1
Borgward - ein Riß im Fundament S.9
Zwei Aufmärsche S.14

Anfang Juli 1961

Zum 80. Geburtstag von Heinrich Brandler	S.0
Propagandalärm aus der Sackgasse	S.1
Natowellen am Weserstrand	S.6
F.C. Weiskopf: Das Gesicht	S.11
Wir stellen zur Diskussion: Das Arbeitsgesetzbuch der DDR	S.12

September 1961

Propagandapolitik erschrockener Schreckensmänner	S.I
Leserbrief zum DDR-Arbeitsgesetzbuch	S.VI
Der Mensch im Mittelpunkt - der Borgwardpleite	S.1
Die letzten Flüchtlinge?	S.4
Letzte Meldung zu Borgward	S.7

November 1961

Wohin treiben wir?	S.1
Wenn das Fließband steht	S.9
Hermann Lücke - ein Opfer auf dem Altar des Antikommunismus der SPD	S.11
Volkmarsch der Sozialisten in Norwegen	S.13

Februar 1962

Rückblick und Ausblick	S.1
IG Bau ohne Fundament	S.10
Bremer Jahresrückblick 1961	S.12
Zur Hamburger Bürgerschaftswahl	S.15
Karl Grönsfelder - 80 Jahre alt	S.18

Mai 1962

Werden wir in die Katastrophe geblufft?	S.1
Die Lohnbewegung in der Metallindustrie und ihre Lehren	S.10
Die große Illusion und ihr Ende	S.13
Sturmflut wurde zur Katastrophe	S.16
Nachruf Willy Deisen	S.18

Juli 1962

Geschäftiger Leerlauf	S.1
Die Mär vom Maßhalten	S.8
1. Mai in Berlin und Hamburg - Ist eine Linke im Werden?	S.14

September 1962

Verboten der Überproduktionskrise	S.1
Auszüge eines Berliner Leserbriefs	S.10
Die Angriffsfront des Kapitals - Strategen und Clowns	S.11
Die Schlieker-Pleite	S.13
Eine Denkschrift - schlecht durchdacht	S.20

November 1962

Kennedy's Showdown	S.1
Jens Daniel: Weltmachtspolitik aus dem Sattel (Abschrift aus dem "Spiegel" Nr. 44 vom 31. Oktober 1962)	

Liebe Freunde!

Die Zeitschrift ARBEITERPOLITIK hat mit der Nummer 18/19 vom 30. September 1959 nach mehr als 11-jährigem Bestehen ihr Erscheinen eingestellt.

Diese Entscheidung fiel auf einer Sitzung der politischen Leitung der Gruppe ARBEITERPOLITIK am 18. Oktober 1959, an der Vertreter aus Stuttgart, Salzgitter, Berlin und Bremen teilnahmen.

Diese Zusammenkunft der politischen Leitung war seit langem von der Bremer Gruppe gefordert worden, weil die Bremer Genossen nicht damit einverstanden waren, daß die ARBEITERPOLITIK darauf verzichtete, grundsätzliche Kritik am Reformismus zu üben, was auch den uneingeweihten Lesern nicht verborgen geblieben ist. Darüber hinaus mußten die Bremer Genossen feststellen, daß Beiträge der Bremer Gruppe in undemokratischer Weise zensiert und aller marxistischen Kritik an der reformistischen Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie entkleidet wurden. Probleme, die der Bremer Gruppe außerdem wichtig erschienen, wie die Kontaktaufnahme zwischen Ost und West sowie unsere Stellung zu den linken Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung von heute überhaupt, sind in der ARBEITERPOLITIK nicht oder völlig unzulänglich behandelt worden. Die Isolierung der Zeitschrift war die zwangsläufige Folge. Die Zusammenkunft am 18. Oktober bewies, daß die Änderung in der politischen Haltung der ARBEITERPOLITIK kein Zufall war, als auf der genannten Sitzung der Redakteur aus Stuttgart vorschlug, das Erscheinen der Zeitschrift einzustellen, und empfahl, seinem Entschluß zu folgen, in die SPD einzutreten. Der Redakteur begründete dies in 1/4-stündiger Ausführung wie folgt:

1. Die Unterdrückungsmaßnahmen des Ulbrichtsystems haben den Boden für das Wiedererstehen einer marxistisch-kommunistischen Partei in Deutschland endgültig zerstört. Die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft werden heute ausschließlich von der SPD und im DGB von der Führung der IG Metall vertreten. Die "Fehler" der SPD in der Vergangenheit sind in den Augen der deutschen Arbeiter durch die Sünden des Ulbrichtsystems verziehen. Der revolutionäre Weg ist damit in Deutschland endgültig versperrt, damit entfällt auch die These vom reformistischen Gegenspieler des Kommunismus.
2. Die Koexistenz wird in einem Jahre Wirklichkeit werden und bedeutet den Abzug der Besatzungsmächte, also

die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, verbunden mit allgemeinen Wahlen, aus denen die SPD als stärkste Partei hervorgehen wird. Das Ulbrichtsystem wird dabei geopfert werden und fallen. Das Großbürgertum wird im Verlauf dieser Entwicklung entmachtet, der Weg für den friedlichen Weg zum Sozialismus ist frei, die These Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der UDSSR ist Wirklichkeit geworden. Daher sind der Eintritt in die SPD, die Stärkung der Wehner-Richtung auf der Grundlage des Deutschland-Plans und besonders die aktive Unterstützung der Brenner-Richtung im DGB, welche die Zugehörigkeit zur SPD notwendig macht, die konkreten Zukunftsaufgaben.

3. Die SU wird interessiert sein, ökonomische Krisen in Deutschland, welche die Koexistenz entscheidend stören könnten, durch wirtschaftliche Abkommen aufzufangen.

Das ist, so unglaublich es für die meisten unserer Freunde klingen mag, die funkelneue "Begründung" für die Möglichkeit, die Klassengegensätze auf "friedlich-demokratischem Wege" auszugleichen. Das Neue, was der bisherige Redakteur der ARBEITERPOLITIK aus Stuttgart zur Begründung des Übertritts zur SPD anführte, ist in Wirklichkeit etwas unerhört Altes. Dies haben die Theoretiker des Reformismus vor mehr als 60 Jahren viel klarer ausgedrückt. Es ist auch nichts Neues, daß Mitglieder des linken marxistischen Flügels in Flautezeiten der revolutionären Bewegung zum Reformismus überlaufen oder in ihn zurückfallen.

Wenn das zudem noch zu einem Zeitpunkt geschieht, wo die SPD sich anschickt, mit ihrem neuen "Grundsatzprogramm" das sozialistische Endziel überhaupt zum alten Eisen zu legen, und wo sich wieder seit langem ein kritischer Widerstand auf breiterer Grundlage in der SPD gegen die Verleugnung der "früheren Parteiprogramme" regt, so kann man sich die objektive Rolle dieser Genossen innerhalb der SPD und Gewerkschaften unschwer vorstellen. Hätte es der Schriftleiter der ARBEITERPOLITIK nicht in entsprechenden Redewendungen gegen die SPD-Linken bereits ausgesprochen, so wäre die Prophezeiung auch nicht schwer, daß die zur SPD übergetretenen ehemaligen Genossen sich im Eilzugstempo zu den treuesten Stützen der Rechten in der SPD entwickeln müssen.

Die seit langem in der Gruppe schwelenden Gegensätze über die Fragen der Kontakte zwischen Ost und West und der Notwendigkeit einer engeren Fühlungnahme aller Linken sind von der Redaktion der ARBEITERPOLITIK bewußt ignoriert und die Austragung der Differenzen sabotiert worden. Die beiden Vertreter der Bremer

Gruppe waren von den Bremer Genossen mit dem Auftrag zur Sitzung der Gruppenleitung geschickt worden, die Mitarbeit an der Zeitschrift wegen der von ihrem Redakteur ausgeübten politischen Zensur und des von ihm in der letzten Ausgabe vertretenen reformistischen Standpunkts aufzukündigen, falls keine Garantie gegeben wird, das Recht zur Vertretung der kritischen Bremer Auffassungen zu gewährleisten. Über diese Forderung und die in diesem Zusammenhang festgestellte Grundsatzlosigkeit kam es dann zu einem schnellen sang- und klanglosem Bruch.

Die Bremer Gruppe ist gewillt, ihre Arbeit auf der bisher von ihr vertretenen marxistischen Grundlage im Zusammenwirken mit allen dazu bereiten linken Richtungen in der heutigen Arbeiterbewegung fortzusetzen.

Wir bitten schon jetzt auch alle auswärtigen Genossen, die dieses Schreiben erhalten, sich mit der Bremer Gruppe über die nachstehend aufgeführte Adresse in Verbindung zu setzen:

Wir werden dann alle interessierten Genossen über die nächsten Schritte der Gruppe unterrichten.

Mit sozialistischem Gruß
Gruppe ARBEITERPOLITIK Bremen

Jan 1

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik hat in ihrem Rundschreiben an die Bremer Leser der Zeitschrift ARBEITERPOLITIK, deren Erscheinen durch die Kapitulation ihres Redakteurs gegenüber der dem Marxismus endgültig abgeschworenen SPD-Führung eingestellt wurde, angekündigt, ihre Arbeit auf der bisher von ihr vertretenen marxistischen Grundlage in der heutigen Arbeiterbewegung fortzusetzen. Die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik stellt fest, daß die Gruppe auch in der Bundesrepublik weiterbesteht. Die Bremer Gruppe will in erster Linie im Bremer Rahmen zu Ereignissen Stellung nehmen, die unseren Bremer Lesern als Anknüpfungspunkt dienen soll, um das begreiflich zu machen, was der Genosse Heinrich Brandler in seinem am Schluß unserer Informationen veröffentlichten Brief grundsätzlich zum Ausdruck gebracht hat.

Inhaltsverzeichnis

- Das Ende der großen Koalition in Bremen
- Preis- und Spartheorie, wie Kaisen und K.-H. Götze sie verstehen
- Eine böse Weihnachtsüberraschung bei EDUSCHO
- Stimmen aus dem Leserkreis
- Brief an unsere Freunde von Heinrich Brandler
- Einstellung der Gruppe*

Das Ende der Großen Koalition in Bremen

(Ein Beispiel für die Grenzen sozialdemokratischer Regierungspolitik)

"Es wäre besser gewesen, unser Wahlsieg wäre nicht so eindeutig ausgefallen." Diese Äußerung eines prominenten Bremer Sozialdemokraten kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zeigt die heillose Verlegenheit der Bremer SPD-Führung auf. "Wehe, wehe, wir haben gesiegt, wehe, wehe, wat schöt wi nu maken?" So mag es in der biederen Seele Wilhelm Kaisens nach der Wahl ausgesprochen haben. Es war darum auch mehr Verlegenheit als Großmut des Siegers, als Kaisen sofort nach der Wahl der CDU bescheinigte, daß sie diese Wahlniederlage nicht verdient habe, und als er der CDU und FDP ihre Verdienste um das "Wohl Bremens" bestätigte.

Alle Versuche jedoch, die Bremer CDU erneut in eine große Koalition hineinzuschmeicheln, schlugen fehl. Alles Entgegenkommen gegenüber der CDU war vergeblich, die neben dem zweiten Bürgermeister drei Senatoren und je zwei Mitglieder in den verschiedenen Bürgerschaftsdeputationen, mehr Geld für die katholischen Schulen und die Häfen, eine Reform des Schulwesens zu Gunsten der Mittelschulen und vor allem die wichtigen Ressorts Häfen, Schifffahrt und Verkehr sowie Justiz und Gesundheitswesen forderte. So sehr die SPD bereit gewesen wäre, über diese Forderungen zu verhandeln, so wenig dachte die CDU daran, es zu ernsthaften Verhandlungen kommen zu lassen. Sie reichte darum ihre Forderungen als sogenanntes geschlossenes Paket ein. Und ihr Sprecher Noltenius tat alles, um durch ultimative und arrogante Begründungen der unabdingbaren CDU-Forderungen alle Verhandlungen zum Platzen zu bringen.

Angesichts der gemäßigt bürgerlich-sozialdemokratischen Haltung Kaisens und der Tatsache, daß die entscheidenden Ressorts Finanzen, Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Justiz, Verfassung und kirchliche Angelegenheiten wieder in gutbürgerlichen FDP-Händen liegen, dürfte sich jedoch am bisherigen Kurs des Bremer Senats grundlegend nichts ändern.

Verständlich wird die Haltung der CDU erst, wenn man sie im Gesamtrahmen der Bundespolitik und nicht nur vom bremischen Lokalstandpunkt aus betrachtet. Der zunehmende Konkurrenzdruck, der sich auf dem Weltmarkt abzeichnet, die erhöhten Zahlungspflichtungen gegenüber der NATO (der Etat des Bundesverteidigungsministeriums soll allein um eine Milliarde Mark, die NATO-Lasten und die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik insgesamt auf 2,5 Milliarden erhöht werden) lassen, wie die BASLER NACHRICHTEN schreiben, mit "erbitterten sozialen Auseinandersetzungen" im Jahre 1960 rechnen. Die BASLER NACHRICHTEN schreiben dann weiter: "Auch die einzelnen Länder der Bundesrepublik stehen vor kaum erfüllbaren Ausgaben im Bereich des Schul- und Verkehrswesens... Man begreift, daß Adenauer und Erhard plötzlich benge wird vor der Entwicklung des Jahres 1960: Zu den außenpolitischen Sorgen hinzu noch eine sich ankündigende soziale Unrast, und das im Jahr vor den Wahlen von Dezember 1961."

"Für etwa 9 Millionen werden in den nächsten Monaten die Lohn- und Gehaltstarife in Bewegung geraten," erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Tacke vor kurzen in Düsseldorf vor der Presse.

In der Presse der Bundesrepublik läuft gegenwärtig eine von Adenauer, Erhard und den großen Unternehmensverbänden gemeinsam gesteuerte Kampagne gegen weitere Lohnsteigerungen, da diese die Preisstabilität und die Währung gefährdeten.

Nun ist die Abwertung von voraufgegangenen Lohnerhöhungen durch Geldentwertung oder Preissteigerung ein seit 40 Jahren praktiziertes Mittel der Kapitalisten, drohenden Lohnstreiks auf breiterer Basis auszuweichen, deren Ende und Ausgang man nicht berechnen kann und die in Zeiten der Konjunktur den Produktionsablauf empfindlich stören können. Der Sinn des Manövers gegen eine neue "Lohnwelle" ist darum auch, die Gewerkschaftsführung zu gemäßigten Lohnforderungen zu veranlassen.

SPD und DGB-Führung werden jetzt zu beweisen haben, wie sich ihre Forderungen auf größeren Anteil des Lohn- und Gehaltsempfängers am Sozialprodukt verwirklichen lassen. Diese kommende soziale Unrast macht vor den Toren der sozialdemokratisch regierten Länder wie Bremen, Hamburg und Hessen nicht Halt, man denke nur an die bevorstehenden Lohnkämpfe der Staatsarbeiter, Beamten und Angestellten.

Die CDU sieht es in Bremen für klüger an, die SPD diese Sorgen allein tragen zu lassen und in demagogisch geführter Opposition den Umschlag des Pendels, die Abbröckelung der Wählermassen aus der SPD-Front abzuwarten. Dieser Entwicklung muß die Bremer Arbeiterschaft ihre besondere Aufmerksamkeit schenken.

Außerdem entspricht dieser Bruch mit der SPD der innen- und außenpolitischen Taktik Adenauers, der ebensowohl wie die Wiedervereinigung fürchtet, daß die Westmächte im Zeichen der verlagerten Machtverhältnisse zwischen Ost und West sich die SPD als möglichen zukünftigen innerpolitischen Bündnispartner in Reserve halten wollen.

Mit der Einstellung, wie sie Knaizen nach der Wahl offenbarte, daß er nämlich den neu zur SPD gestoßenen Wählern ihre politische Unreife bescheinigte, indem er den bisherigen bürgerlichen Senatspartnern bestätigte, daß die Wahlniederlage ihrer Parteien "unverdient" sei, mit der Angst, die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, soweit nur irgendwie im Rahmen der bremischen Landespolitik möglich, zu Gunsten der werktätigen Bevölkerung auszunutzen, wird der ganze zahlenmäßige Wahlsieg entwertet.

Man braucht sich nur vorzustellen, was CDU und DP im entgegengesetzten Fall mit einer sicheren Mehrheit in der bremischen Bürgerschaft angefangen hätten, um von der Bremer SPD-Führung seitens ihrer Wähler mehr Rücksichtslosigkeit in der Ausnutzung ihres Wahlsieges erwarten zu können.

DIE WELT 4.1.1960

"Wenn man die Bilanz eines Jahrzehnts zieht, dann kommt man zu dem erschreckenden Ergebnis, daß die D-Mark jährlich 2 % ihrer Kaufkraft verloren hat."

"Denn nichts ist leichter, als höhere Löhne auf die Preise aufzuschlagen, wenn die eigenen Erzeugnisse flott abgesetzt werden."

Preis- und Spartheorie,
wie Kaisen und K.-H. Götze sie verstehen,

- ein Bärendienst für den DGB -

Am 29. November 1959 sprach Bürgermeister Wilhelm Kaisen aus Anlaß des 10. Gründungstages des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Rahmen einer Feierstunde im "U.T." am Bahnhofplatz. Der schwache Besuch unterstrich die Entfremdung zwischen den führenden Funktionären und der Mitgliedschaft im DGB, u.a. eine Auswirkung der Steuerung jeglicher Tätigkeit von oben und der von der SPD in den DGB hineingetragenen Tendenz, von angeblich überholten Auffassungen abzukommen. Kaisen behauptete in seinen Ausführungen, die Mehrwerttheorie sei durch die Gewerkschaften "korrigiert" worden. Die Gewerkschaften hätten den Kunden geschaffen, der die wirtschaftliche Entwicklung bestimme. Neben dem Lohn sei auch der Preis bedeutend. In der Überwachung der Preise böte sich den Gewerkschaften ein neues und weites Feld.

Jedermann weiß, daß Kartoffeln, Fleisch und Butter erheblich im Preis angestiegen sind, ohne daß Dürre und Trockenheit hierfür verantwortlich gemacht werden können. Der Preis für diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse war aber immer ein politischer Preis, bestimmt durch das Interesse der Bundesregierung an der Unterstützung durch die reaktionär denkenden landwirtschaftlichen Erzeuger. Weil die Gewerkschaften wegen der eingetretenen Lebensmittelteuerung Lohn- und Gehaltsforderungen stellen, sah sich die Bundesregierung gezwungen, ein Ventil zu öffnen und im begrenzten Umfang billigere Auslandsbutter einzuführen. Die Presse berichtete, daß auf dem Weltmarkt reichlich Butter vorhanden ist. Die bundesdeutsche Landwirtschaft in Verein mit den Buttergroßhändlern aber forderten Drosselung der Einfuhr und Erhöhung des Preises für ausländische Butter. Wer bestimmt hier die wirtschaftliche Entwicklung? Denn statt einer expansiven Lohnpolitik sehen sich die Gewerkschaften aus einer Verteidigungsstellung heraus gezwungen, ihre Lohn- und Gehaltsforderungen zu stellen.

Und so hat denn auch Hansen vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB am 13. Dezember 1959 auf der Münchener DGB-Landesbezirkskonferenz 14 Tage nach Kaisens Worten von der Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den von den Gewerkschaften geschaffenen Kunden festgestellt, daß die Gewerkschaften kaum einen Einfluß auf die Preisgestaltung haben. Man solle nicht gebannt und resigniert auf die hoffnungslose parlamentarische Situation in Bonn starren, sondern sich auf die außerparlamentarische gesellschaftliche Kraft des DGB besinnen (DIE WELT 14.12.1959). Er sagte aber auch: "Wir müssen uns wahrscheinlich noch mehr von manchen traditionellen Vorstellungen der früheren Arbeiterbewegung lösen, weil diese gerade bei unseren gewerkschaftlichen Nachwuchs auf immer weniger Verständnis stoßen." (WESER-KURIER 14.12.1959) Von einem Denenti der einen oder anderen Äußerung haben wir bisher nichts gehört. Die außerparlamentarische gesellschaftliche Kraft entspricht haargenau den traditionellen Vorstellungen der früheren Arbeiterbewegung. Sollte der "überwundene Marx" seinen "Marxüberwinder" wenigstens zur einen Hälfte überwunden haben?

Wenn aber ein Preis politisch ist wie der landwirtschaftlicher Erzeugnisse, muß auch politisch darauf geantwortet werden. Das ist nicht geschehen, obwohl eine solche Antwort auf den Butterpreis gerade deswegen hätte gegeben werden können, weil hier der Verbraucher Ausweichmöglichkeiten auf andere Fette hat. Bei Fleisch und Kartoffeln kann man weniger von Ausweichmöglichkeiten des Verbrauchers sprechen. Schon noch weniger bei Waren

nichtlandwirtschaftlicher Herkunft, deren Preis im Zuge des immer mehr in der Bundesrepublik festzustellenden Überganges von der freien Konkurrenz zu monopolartigen Gebilden und Monopolen die Herrschaft der letzteren bestimmt. So wirken denn, wenn auch von Kassen nicht bewußt gewollt, seine Worte von der Überwachung der Preise durch die Gewerkschaften als Hilfestellung für die Maßhaltforderung der Adenauer-Regierung und als ein Schuß vor den Bug des DGB, nachdem verschiedene Industriegewerkschaften ihre Absicht erklärt haben, für neun Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger die Tarife zu kündigen.

Abwegig erscheint uns aber auch, wenn der SPD-Bürgerschafts-abgeordnete Karl-Heinz Götze, Angestelltensekretär im Orts-ausschuß des Bremer DGB, in Heft 3/1959 "Die Angestellten-schaft im Lande Bremen" (Mitteilungen der Angestellten-kammer) folgende "Erkenntnis" u.a. von sich gibt:

"Es erscheint daher an der Zeit, hier eine Änderung anzustreben mit dem Ziel, durch eine verständnisvolle Lohn- und Gehaltspolitik den Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, sich durch die Bildung eigener Ersparnisse an den Investitionsaufgaben zu beteiligen."

Der Lohn- und Gehaltsempfänger soll vielleicht also sogar Kleinaktionär des "eigenen" Betriebes werden, wobei die juristische Form der Beteiligung hierbei außer acht gelassen werden darf. Er wird somit daran interessiert sein, daß der Preis der in "seinem" Betrieb erzeugten Ware möglichst hoch ist, damit er als, wenn auch nur geringfügig Beteiligter, einen Nutzen davon hat. Und wenn der Betrieb automatisieren muß, dann trägt der Lohn- und Gehaltsempfänger durch seine finanzielle Beteiligung zu seiner eigenen Entlassung bei, wenn durch die Automation Arbeitskräfte in "seinem" Betrieb zwangsläufig überflüssig werden. Auch wenn er nicht am "eigenen", sondern am fremden Betrieb beteiligt ist, muß er höhere Preise wünschen, im Falle der Automation ist sodann nicht er, sondern ein anderer das Opfer. Außerdem ist es eine Tatsache, daß die Sparneigung unter dem Druck steigender Preise immer mehr abgenommen hat. Die Bundesbank zeigt sich besorgt um die jüngsten Auszahlungsüberschüsse auf den Sparkonten, die Klein- und Teilzahlungskredite sind von Juli bis September 1959 um 150 Mill. DM bei den Banken gestiegen. Ist es daher mehr als Gedankenlosigkeit, wenn die Bremer Arbeiterkammer ihrem Heft 4/1959 "Wirtschaft und Arbeit" einen Prospekt beilegt für die Bremer Kollegenschaft, in dem die Vorteile eines jetzt auch möglichen Klein-Kredites durch die Deutsche Bank angepriesen werden? Wer ist schon geneigt, auf weite Sicht zu sparen, wenn er infolge Erweckung neuer und nicht immer unbedingt notwendiger Bedürfnisse durch eine steuerbegünstigte Werbung Überstunden macht, um diese neuen Bedürfnisse befriedigen zu können. Er spart nach neuesten Feststellungen höchstens solange, bis er in der Lage ist, den begehrten Gegenstand zu kaufen. Oder er hat zu diesem Zweck eine zweite Arbeitsstelle. Erhöhte Unfallgefahr, für den einzelnen noch nicht sichtbare Frühinvalidität sind die Folgen. Oder die Frau arbeitet mit und macht dann "so nebenbei" auch noch die ganze Hausarbeit und die Wäsche für die ganze Familie.

Wenn aber außerhalb der allgemeinen Preiserhöhung Mietpreis-erhöhung, Krankenversicherungsreform mit Selbstbeteiligung der Versicherten auf Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Bundesrepublik zukommen, sind wir mit Harsen vom Bundesvor-

stand des DGB einer Meinung, sich auf die außerparlamentarische Kraft des DGB zu besinnen. Dazu gehört allerdings als erster Schritt eine genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger, wie wir es in diesem Rahmen nur skizzenhaft andeuten können. Hier die gewerkschaftliche Schulung durch die gewerkschaftlichen Kräfte, die dazu gewillt und fähig sind, anzusetzen, bedeutet gleichzeitig Abkehr von bisher geäußerten Auffassungen, wie sie Kaisen und Karl-Heinz Götze in Bremen vertreten.

Eine böse Weihnachtsüberraschung bei EDUSCHO

(Automatische Kaffeeverlesemaschinen verdrängen über 100
(Arbeitskräfte - die Stempelkarte als Weihnachtsgeschenk)

Eine trübe Stimmung herrscht seit Ende November unter der Belegschaft der Bremer Kaffeegroßrösterei EDUSCHO am Europahafen. EDUSCHO gehört zu den größten deutschen Kaffeeversandgeschäften. Der Arbeitsanfall bei diesen Kaffeeunternehmen ist erfahrungsgemäß vor den großen Feiertagen im Jahr und besonders vor Weihnachten im Ansteigen so, daß er nur durch zusätzliche Einstellung von Aushilfskräften bewältigt werden kann. War es auch auffallend, daß in diesem Jahr die Zahl der Aushilfskräfte (meist frühere weibliche Betriebsangehörige) stark verringert war, so kam doch für die 110 Arbeiterinnen das Schreiben der Betriebsleitung, in dem ihnen ihre Entlassung zum 18. bzw. 21. Dezember 1959 mitgeteilt wurde, wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Die rigorosen Entlassungen bei EDUSCHO sind ein besonders klares Beispiel dafür, wie die Automation auch scheinbar sichere Arbeitsplätze gefährdet. Die schlagartige Entlassung von über 20 % der Gesamtbelegschaft, bewirkt durch die Aufstellung einiger vollautomatischer Maschinen (eine dieser Maschinen ersetzt 28 Arbeitskräfte), der im neuen Jahr, sicherem Vernehmen nach, weitere umfangreiche Entlassungen folgen werden, muß jeden Arbeiter und jede Arbeiterin zum Nachdenken bewegen. Denn die Firma EDUSCHO ist in der Kaffeebranche nur der Schrittmacher der Vollautomation, die anderen Kaffeeunternehmen werden wohl oder übel diesem Beispiel folgen müssen. So haben bereits verschiedene andere große Bremer Kaffeeunternehmen mit der automatischen Umgestaltung des technischen Betriebes begonnen. Auch die kleineren, weniger kapitalkräftigen Kaffeeunternehmen werden von den Auswirkungen dieser Entwicklung nicht verschont bleiben. Wie die Firma EDUSCHO ihre unsozialen Entlassungen begründet, ist aus dem nachfolgenden Text des Entlassungsschreibens zu entnehmen:

"Zu unserem größten Bedauern sehen wir uns gezwungen, das zwischen Ihnen und uns bestehende Arbeitsverhältnis zum 18.12.1959 bzw. 21.12.1959 zu kündigen.

Die fortschreitende Technisierung und Automation des Betriebsablaufes, ein Erfordernis unserer Zeit, dem auch wir uns bei dem harten Konkurrenzkampf, der in unserer Branche herrscht, nicht entziehen können, macht diese Kündigung leider notwendig. Sie können versichert sein, daß uns der Entschluß hierzu, gerade auf Grund Ihrer langen Mitarbeit in unserem Hause, nicht leicht gefallen ist. Wie uns das Arbeitsamt Bremen, mit welchem wir uns vorsorglich in Verbindung gesetzt haben, jedoch mitteilte, dürften keinerlei Schwierigkeiten für Sie bestehen, in aller Kürze einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Wir möchten Ihnen den Abschied etwas leichter machen und werden Ihnen deshalb entgegenkommenderweise das volle Weihnachtsgeld zahlen, obwohl

das an sich bei einer laufenden Kündigung nicht üblich ist. Des weiteren gewähren wir Ihnen noch zusätzlich für jedes volle Jahr Ihrer Zugehörigkeit zu unserem Hause einen Betrag von DM 10,--. Voraussetzung für die Zahlung dieser Beträge und des Weihnachtsgeldes ist Ihr voller Einsatz, den wir von Ihnen während des Weihnachtsgeschäftes bis zum letzten Tag erwarten. Indem wir Ihnen nun für die Zukunft alles Gute wünschen, zeichnen wir

....."

Die Firma EDUSCHO selbst also begründet ihre Entlassungen mit den Erfordernissen des "harten" kapitalistischen Konkurrenzkampfes, der die Einsetzung von lohnsparenden Maschinen bedinge.

Mit den Entlassungen kurz vor Weihnachten hat die Firma es verstanden, durch den Fortfall der Lohnzahlung über die Feiertage und den für das Jahr 1960 eingesparten Urlaub für die 110 Entlassenen die erste, nicht unbeträchtliche Abzahlungsrate für die vollautomatischen Maschinen auf die Schultern ihrer langjährigen treuen Mitarbeiterinnen abzuwälzen. So sieht die "soziale Sicherheit" und die "Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit" in der bitteren Praxis unserer heutigen demokratischen Ordnung aus.

Wie in vielen Betrieben der Nahrungs-, Genußmittel- und Getränkeindustrie ist auch bei EDUSCHO das gewerkschaftliche Bewußtsein sehr gering. Im ganzen Betrieb wagt es niemand, sich offen zu einer Gewerkschaft zu bekennen. Betriebsratswahlen haben nach 1945 nicht stattgefunden. Das Bekenntnis zu einer Gewerkschaft, der Versuch, die elementarsten Koalitionsrechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im Betrieb zu wahren, wäre in diesen Betrieben gleichbedeutend mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Mit einer bei niedrigen Stundenlöhnen durch periodische sogenannte soziale Zuwendungen (wie Kartoffelgeld, Kinderzulagen, Weihnachts- und zusätzliches Urlaubsgeld) gefügig gemachten Belegschaft kann man, wie das EDUSCHO-Beispiel zeigt, umspringen, ohne ernsthaften Widerstand fürchten zu müssen.

Die Frage ist nur, was die Industriegewerkschaft Nahrung und Genuß getan hat, um die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten in diesem Betriebe vor einer ungeschränkten Unternehmerwillkür zu schützen.

Es ist eben noch sehr, sehr vieles faul in unserer vielgelobten neuen Demokratie. Gewerkschaft und SPD haben das Schlagwort von der sozialen Sicherheit für jeden groß auf ihr Banner geschrieben. Das Damoklesschwert der Entlassung schwebt heute über jedem der zahlreichen in Bremer Großröstereien Beschäftigten. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die gewerkschaftliche Gleichgültigkeit dieser Arbeiter aufzulockern und nicht passiv vor einer Entwicklung zu stehen, die heute den Arbeitsplatz in der Kaffeebranche gefährdet, morgen schon sich auch in anderen Industrien auswirken und zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit von unüberschaubaren Ausmaßen führen kann.

Der Stahlarbeiterstreik in den USA im großen, das EDUSCHO-Beispiel im kleinen, beweisen, daß der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Zeichen der Automation sich nicht abgeschwächt, sondern verschärft hat. Das Jahr 1960 wird im Zeichen der verschärften Unternehmerinitiative gegen weitere Lohnerhöhungen stehen. Die Adenauer-Regierung und

ihr Wirtschaftsminister Erhard propagieren immer offener einen Lohnstopp.

Die Gewerkschaften stehen vor schweren Entscheidungen. Wie lange der Arbeitsmarkt noch für Entlassungen als Folge der Automation aufnahmefähig sein wird, wie sie sich in der Kaffeebranche ergeben und ergeben werden, wird die Zukunft zeigen müssen. Die Gewerkschaften dürfen sich von der Entwicklung nicht überraschen lassen, sie müssen mehr denn je für die Organisation der gewerkschaftlich bisher desinteressierten Arbeiter aktiv werden. Der Boden dafür ist durch das rigoröse Vorgehen der Kaffeeindustriellen aufgelockert.

Außerdem müssen die Probleme, wie die Automation, an deren Schwelle wir auch in Deutschland stehen, schon jetzt von dem Funktionärskörper der Gewerkschaften durchdacht und auf breiter Grundlage diskutiert werden.

Wenn sich die Automation weiter durchsetzt, wird der Traum von der sozialen Partnerschaft ausgeträumt sein. Die Ausweitung des gewerkschaftlichen zum politischen Kampf wird dann unvermeidlich werden.

Stimmen aus dem Leserkreis

Zu dem Rundschreiben der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, auch weiterhin für die heutige Arbeiterbewegung wirksam zu sein, sind uns viele zustimmende Stellungnahmen der bisherigen Leser der inzwischen eingestellten Zeitschrift ARBEITERPOLITIK zugegangen, von denen wir folgende uns bedeutend erscheinende Auszüge bringen möchten:

"Daß die Arbeiter nun so sind, wie sie oben sind, und als Anlaß benutzt werden, um auf bequemem Wege zu wandeln, auf denen utopische Rosen blühen, ist eine zeitgemäße Erscheinung, und auch die Vergangenheit hat daran keinen Mangel."

"Und eben, weil die Reformisten und Stalinisten den arbeitenden Menschen den Knüppel zeigten, daher haben Sozialisten die Pflicht, ihr Programm zu entfalten. Dabei muß schon von Anfang an darauf peinlichst geachtet werden, daß innerhalb der eigenen Reihen Demokratie herrscht und kein Apparat oder Redaktionsklüngel."

"Es ist klar, daß bei der gegenwärtigen kleinbürgerlichen Wohlstandskrämerei der Arbeiterschaft die politische Arbeit ungeheuer schwer ist. Das sollte uns jedoch nicht soweit entmutigen, daß wir die Entwicklung völlig falsch analysieren. Wir müssen in solchen Situationen eben immer wieder von vorn beginnen."

"Da die Klasseneigenschaft der Arbeiterschaft unabhängig von allen Arbeiterbürger-Wohlstandsphrasen weiterbesteht, ist die Frage der Klassenbewußtseinsbildung eine Sache, die sich unter Umständen sehr schnell entwickeln kann. Die Verlagerung der klassenmäßigen Auseinandersetzung auf den Weltmaßstab hat uns eben diese lange Pause für die westeuropäische Arbeiterschaft eingebracht. Annahmen, daß sich die Geschichte der Arbeiterbewegung Westeuropas für ein ganzes Menschenalter nicht mehr fortsetzt und die Sache damit für uns uninteressant wird, wäre falsch und bedeutet völlige Kapitulation."

Brief an unsere Freunde

Liebe Freunde!

Ihr seid empört, daß die Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik, der Ihr Euer Vertrauen geschenkt hattet, die Zeitschrift eingestellt hat, ohne die Leser und Mitglieder der Gruppe zu befragen. Ihr habt beschlossen, auf lokaler Basis weiterzuarbeiten und zu versuchen, diejenigen zu sammeln, die nicht bereit sind, mit den Kapitulant~~n~~ in der SPD unterzukriechen. Empörung ist die spontane Form eines ersten Widerstandes. Ihr seid Euch hoffentlich bewußt, daß Empörung nicht ausreicht, eine politische Arbeit zu leisten, wie sie bei Gründung der Gruppe und der Zeitschrift beabsichtigt war. In dem allgemeinen Verfall der deutschen Arbeiterbewegung wollten wir, die das Naziregime Überlebenden, uns um die Fahne des revolutionären Sozialismus scharen und jenen Teilen der Jugend, die den Sinn ihres Daseins zu begreifen versuchten, unsere Erfahrung in den Reihen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung dienstbar machen. Wir rechneten mit einer langen Pause der Erschöpfung der deutschen Arbeiterklasse nach ihren beispiellosen Niederlagen seit 1914, die sie aus der Führung an der Spitze der 2. Internationale und der internationalen Gewerkschaftsbewegung warf. Unsere Briefe und Broschüren, die wir Ende 1945, 1946 und 1947 aus der Emigration an unsere alten Kampfgenos~~s~~en schickten, fanden Zustimmung über unseren alten Bekanntenkreis hinaus. So entstand die Gruppe Arbeiterpolitik und die Zeitschrift. Wir waren überzeugt, daß wir uns eine selbständige Organisation für unsere positive Kritik außerhalb der mit Hilfe der Besatzungsmächte entstehenden Parteien, SPD und KPD, schaffen mußten. Nicht um abseits dieser Parteien und Gewerkschaften als Sekte Selbstbefriedigung zu treiben. Die SPD, KPD und Einheitsgewerkschaften waren bewußt und unbewußt Hilfsorgane der Besatzungsmächte, die sie legalisierten. Weder die materiellen Mittel, die wir aufzubringen vermochten, noch die Zahl der zu dieser Arbeit erforderlichen marxistisch geschulten Kräfte reichten aus, die gestellte Aufgabe zu bewältigen. Das beweist nichts gegen die Notwendigkeit dieser Arbeit. Sie ist dringender denn je. Der junge Marx schrieb: "Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen... Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein."

Die Bedürfnisse der breiten Massen nach der Kapitulation des deutschen Imperialismus, nach der totalen Niederlage, reduzierte sich auf das Bedürfnis zu überleben. Als Anfang 1947 Churchill und Truman die Politik der Vertreibung der Sowjetunion aus ihren eroberten Gebieten in Angriff nahmen, schlossen sie Frieden mit der besiegten deutschen Bourgeoisie, um sich auf den Krieg gegen die Sowjetunion und den sich entwickelnden Block der dem Sozialismus zustrebenden Länder vorzubereiten. Nicht nur die deutsche Bourgeoisie ließ sich demokratisieren und restaurieren. Währungsreform, die die Sachwerte der Kapitalisten schonte, Marshallhilfe und all die anderen Aufbau- und Aufrüstungshilfen traten an Stelle der Reparationen und Ausplünderung der Besiegten in den Westzonen. Bei dieser Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung fiel auch für die Werktätigen ein Trinkgeld für ihr Wohlverhalten ab. Die Millionen Arbeitslosen wurden in das Wirtschaftswunder eingereiht. Hochkonjunktur, Vollbeschäftigung,

demokratische Freiheit für die Unterstützung der Politik der USA am Rande des Krieges zur Vorbereitung der Vertreibung der SU hinter den Ural, das alte Ziel des deutschen Imperialismus, das dieser aus eigener Kraft nicht erreichte, wurde bereitwillig aufgenommen, diesmal an der Seite des USA-Imperialismus, der über das Monopol der Atombombe verfügte. Für den deutschen Kapitalismus war es wieder eine Lust zu leben und für breite Schichten der Werktätigen, die jetzt Arbeiterbürger genannt wurden, fiel ein Preis für ihre verkaufte Arbeitskraft, die einzige Ware, die sie besitzen, ab, der ihnen eine Art Kleinbürgerexistenz gab. In der Besatzungszone der SU, die sich nicht auf die kapitalistischen Elemente stützen konnte, sondern sie, um ihr Gebiet ihren Bedürfnissen anzupassen, enteignen und entmachten mußte, litten die Werktätigen Not am Nötigsten noch jahrelang, als ihre Klassengenossen in der demokratischen Bundesrepublik sich kleinbürgerlichen Existenzbedingungen näherten. Diese Besatzungspolitik der SU wurde als Aufbau des Sozialismus ausgegeben. Die SU war aber nicht bis an die Elbe und Werra vorgeückt, um den Deutschen den Sozialismus zu bringen, den diese aus eigener Kraft nicht erkämpfen konnten, sondern im Abwehrkampf gegen den Versuch des deutschen Imperialismus, das Gebiet der SU dem Kapitalismus zu unterwerfen. Sie bleiben in ihrem Besatzungsgebiet auch nicht, um den Sozialismus aufzubauen, sondern um die erste Frontlinie nicht den Imperialisten auszuliefern, die sie wieder in die alte Isolierung, wenn möglich, hinter den Ural zurücktreiben wollten.

SU

Unter diesen Bedingungen formte sich das Weltbild der breiten Massen: "Der Sozialismus ist kein Ausweg." In den Ländern, die ihn anstreben, sind die Existenzbedingungen schlechter als unter dem Kapitalismus. Die heute 30 bis 35-jährigen kennen vom Kapitalismus nur seine Friedensform seit 1945. Auf dieser Massenideologie beruht das Grundsatzprogramm der SPD und die Gewerkschaftslehre der Sozialpartnerschaft. Die Bedeutung der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft beruht auf ihrer Rolle im Produktionsprozeß und ihrer großen Zahl. Beides wird nur wirksam, insoweit es erkannt ist. Es gibt keine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Die kapitalistische Produktion ist Produktion von Profit, die Erzeugung von Bedarfsgegenständen ist Mittel, nicht Ziel der kapitalistischen Produktion, weil nur der in Gebrauchsgegenständen verkörperte Mehrwert realisiert werden kann. Die Produktion von Profit ist Basis und Treibstachel der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte der Menschheit. Nur der Kapitalist kann sich im Konkurrenzkampf behaupten, der die modernsten leistungsfähigsten Produktionsmittel anwendet. Im Krieg wurden wissenschaftliche Entdeckungen praktisch anwendbar gemacht, weil davon Sieg oder Niederlage abhingen. Krieg ist unter dem Kapitalismus der Konkurrenzkampf der national organisierten Kapitalisten, geführt mit Waffengewalt. In der Nachkriegswirtschaft wird die im Krieg praktizierte Technik im Konkurrenzkampf eingesetzt. Massenproduktion läßt sich am vorteilhaftesten rationalisieren, am laufenden Band die profitabelste Arbeitsplatzbewertung anwenden, die Teil- und Vollautomation ist noch profitabler für die Massenproduktion. Wo der Massenabsatz fehlt, ist es notwendig, ihn zu schaffen. Schon in der Vorkriegszeit diente Verwandlung der Luxusbedürfnisse in Massenbedürfnisse der Entstehung neuer Industrien, ihrer Konzentration und Zentralisierung. Nach dem zweiten Weltkrieg verlagert sich die Zahl der in der Organisation des Absatzes Beschäftigten zu Gunsten der in der Wertproduktion Tätigen. In DIE WELT vom 19.12.1959 berichtet ihr Chefberichterstatler aus Detroit:

"Nirgendwo kann man Größe mit Tragik der modernen Produktion sinnfälliger erleben als in Detroit. Die Moloche der laufenden Bänder schreien nach Arbeit, immerfort und ohne Pause, bis in den jüngsten Tag. Sie können nur arbeiten, wenn die Kunden kaufen. Wenn sie nur einmal zögern, wie im vorigen Jahr, oder wenn sie sich neuen Wünschen zuwenden und nur ein Jahr lang kein Auto haben wollen, dann bricht in Detroit schon die Katastrophe aus. Dann stoppen die Bänder, dann beginnt die Arbeitslosigkeit, dann ist der Teufel los."

Das sind Sturmzeichen, die die Änderung der bisherigen ökonomischen Verhältnisse signalisieren. Die Kohlenkrise, Überproduktion von Kohle und Öl, Stockungen in Textilien, Schiffbau und fortschreitende Voll- und Teilautomation, die dem Stahlarbeiterstreik in USA zugrunde liegt. Die Vorlage eines Ausnahmegesetzes, mit dem sich die deutsche Bourgeoisie auf die gewaltsame Niederwerfung der Arbeiter vorbereitet, das Geschrei über die Maßlosigkeit der Lohnforderungen der Gewerkschaften, die die Lasten der Teuerung, Mieterhöhung usw. abwehren wollen, steigern die Unruhe in der Arbeiterschaft. Nur die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie glaubt mit parlamentarischen Mitteln und Sozialpartnerschaft die Kapitaloffensive gegen die Werktätigen abwehren zu können. Dazu kommt die Veränderung in der Weltpolitik.

Der Traum der Vertreibung der SU aus ihren Randgebieten ist ausgeträumt. Die USA haben nicht mehr das Atombombenmonopol, sondern die SU verfügt nicht nur über Atom- und Wasserstoffbomben, sondern über Raketen, die denen der USA überlegen sind. Die Wirtschaftskraft der SU und der dem sozialistischen Aufbau sich zugewandten Gebiete wächst in stärkerem Maße als in den kapitalistischen Ländern. Das spiegelt sich in den Spitzenverhandlungen der Siegermächte des 2. Weltkrieges wider. Sie bilden Gegenstand neuer Illusionen. Man zäumt das Pferd am Schwanz auf. Man geht davon aus, daß die Kriegsgefahr vom Besitz der Waffen kommt. Umgekehrt, die Waffenrüstung ist Folge der Kriegsvorbereitung.

Der von den Politikanten überwundene Marxismus ist die einzige Methode, die uns die Widersprüche der Entwicklung begreifen läßt, wenn wir sie anzuwenden verstehen. Schon in den Frühschriften von Marx und Engels sagten sie gegenüber der Behauptung, sie unterstellten dem Proletariat übermenschliche Aufträge: "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt; es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist seine eigene Lebenslage, wie sie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet ist."

Auch im Wirtschaftswunder der Vollbeschäftigung leben das Proletariat und die Angestellten, die sich nicht dazu rechnen, allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, etwas anderes haben sie nicht zu verkaufen. Wenn der Kapitalist keine profitable Verwendung für sie hat, kann er sie zu keinem Preis kaufen, weil er sonst bankrott macht. Alle Phrasen von Humanität, Freiheit und Menschenrecht ändern daran nichts. Es ist eure Aufgabe, den Massen zu helfen, dies zu begreifen. Dann werden sie aus Untertanen Kämpfer, die sich ihr Bürgerrecht der sozialistischen Gesellschaft erkämpfen können.

Heinrich Brandler

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
P.O. Box 100, Berlin, Lehmannstraße 96.

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Klößner contra SPD
Leserbrief zur Automation bei EDUSCHO
Auch hier Automation
Einer, der es ernst nahm
Kontaktfragen im Spiegel der Zeitung "Die Welt"
und der "Bremer Bürgerzeitung"
Heinrich Brandler: Politische Momentaufnahme

2

Klößner contra SPD

Wie wenig ernst die Unternehmerseite den zahlenmäßigen Wahlsieg der SPD in der letzten Wahl zur Bürgerschaft in Bremen einschätzt, beweist die "Bremer Bürgerzeitung" (Wochenblatt der SPD) in ihrer Ausgabe vom 6.2.1960:

"Das Direktorium der Klößner-Werke AG, Hütte Bremen, ließ am Donnerstag eine Bekanntmachung veröffentlichen, in der Schritte angekündigt werden, um den unbefugten Gebrauch des Namens Klößner zu verhindern."

Das Betriebssekretariat der SPD hatte einen "Klößner-Brief" in dem Betrieb herausgegeben.

Politischen Lärm hat es um Klößner in Bremen seit Gründung des Werkes genug gegeben. Erinnern wir uns der Worte des damaligen SPD-Wirtschaftssenators Wolters vor den Delegierten des DGB-Ortsausschusses Bremen am 4.1.1955 im Gewerkschaftshaus, als er u.a. sagte:

"20-22000 Menschen finden Beschäftigung, wenn das ganze Werk steht. Der Bremer Staat muß allerdings hierfür in 24 Monaten 275 Millionen DM investieren und den Boden als Morgengabe Klößner kostenlos anbieten. Die in dieser Industrie gezahlten höheren Löhne wirken als Anreiz."

Wolters war allerdings den Delegierten dankbar, wenn sie die genannten Zahlen vergessen würden. Boljahn, Vorsitzender des Ortsausschusses, ergänzte, ein Konkurrenzkampf der Unternehmer um die Arbeitskräfte werde einsetzen.

Im März 1959 führte die "Bremer Bürgerzeitung" im Zusammenhang mit der Konzentration auch bei Klößner und der davon berührten Mitbestimmung vor Augen, daß Parlament und Landesregierung die Klößner-Ansiedlung an der Weser durch die Bereitstellung hoher Millionenbeträge erst möglich gemacht haben. Außerdem wurde der Klößnerhütte von der Stadtgemeinde Bremen 1956 eine 40-Millionen-Anleihe gewährt, davon 22 Millionen, die Bremen bei Sozialversicherungsträgern und

Versicherungsgesellschaften aufgenommen hatte. Laut Presseverlautbarung Mitte 1959 erklärte sich die Klöckner-Hütte bereit, die Anleihe vorzeitig zurückzuzahlen. Das bisherige günstige Wirtschaftsergebnis und die bessere Lage auf dem Kapitalmarkt sollten der Anlaß hierzu sein. Wäre diese günstige Lage nicht gewesen, so hätte der Bremer Staat frühestens 10, spätestens 25 Jahre auf Rückzahlung warten müssen. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung war zweifellos mit begünstigt durch die Ausnutzung der bei einem Neuaufbau gegebenen technischen Möglichkeiten in Verbindung mit einer zwangsläufig relativ geringen Belegschaftsstärke. Aus den von Wolters genannten 20-22000 Arbeitskräften sind Anfang 1960 nur 3780 geworden. Hierzu stellte Boljahn Ende Februar 1957 fest, man solle nicht stets nur die relativ geringe Anzahl von Arbeitsplätzen sehen. Im Zeichen der Rationalisierung sei es selbstverständlich, daß ein Werk, das das modernste seiner Art in Europa sein wird, wenig menschliche Arbeitskraft benötige.

Eine richtige Tendenz kommt in den Worten Boljahns zum Ausdruck: Sowohl in dem den Sozialismus aufbauenden Osten als im kapitalistischen Westen muß man dort, um dem steigenden Bedarf nachzukommen, hier, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Produktionsanlagen unter Auswertung modernster Produktionserfahrungen auf- und ausbauen. Kein Arbeiter kann grundsätzlich gegen einen im Interesse aller Menschen liegenden technischen Fortschritt sein. Entscheidend ist lediglich, wem dieser technische Fortschritt zugute kommt. Das heißt mit anderen Worten, daß die Produktionsgrundlage im sozialistischen Lager ausgerichtet ist auf die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Daran ändert auch nichts, daß in der Entwicklung dieser Länder, von ihrem wirtschaftlichen Ausgangspunkt aus gesehen, der durch die menschliche Arbeitskraft geschaffene Überschuß sich noch nicht ausreichend im Lebensstandard niederschlägt. Der Grund hierfür liegt darin, daß bisher der größte Teil des Überschusses erforderlich war und noch ist für den Ausbau der Schwerindustrie als Voraussetzung für die volle Befriedigung mit Massenbedarfsgütern. Hinzu kommt die Notwendigkeit, diese Entwicklung abzusichern gegen äußere gewaltsame Störungsversuche. Kann diese Entwicklung ungestört fortgesetzt werden, so kommt der Zeitpunkt, an dem alle Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können, verbunden mit erheblichen durch den technischen Fortschritt möglich gewordenen Arbeitszeitverkürzungen. Die gleiche Entwicklung ist im kapitalistischen Westen trotz derzeit höherem Lebensstandard und größerer "Freiheiten" ausgeschlossen. Hier vollzieht sich trotz allem der von Marx aufgezeigte fehlerhafte Zyklus, d.h. Produktionsausweitung, Überproduktion, Krise und Kriegsgefahr. Darüber täuscht auch nicht hinweg die fast ununterbrochene Vollbeschäftigung in der kapitalistischen Welt nach dem 2. Weltkrieg. Sie ist den besonderen Bedingungen nach dem Ausgang des 2. Weltkrieges geschuldet, dem Nachholbedarf, der Vorbereitung eines 3. Weltkrieges sowie dem Bestreben der sogenannten unterentwickelten Länder, eine eigene Nationalwirtschaft auf- und auszubauen. Im Kapitalismus gehört der durch die arbeitenden Menschen geschaffene Überschuß (Mehrwert) den Kapitalisten, den Besitzern der Produktionsmittel und der noch nicht verkauften Produkte. Die Kapitalisten allein entscheiden, was hiermit geschieht. Hierin lassen sie sich, geschützt durch die Machtmittel des Staates und dessen Gesetzgebung, durch nichts stören, auch nicht in einem Stadtstaat, der durch die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Menschen sozialdemokratisch regiert wird. Und so beschränkt sich die SPD durch ihr Sprachrohr, die "Bremer Bürgerzeitung", in unserem eingangs erwähnten Falle resigniert auf die Feststellung, daß sozialdemokratische Betriebsarbeit, "die dem Betriebsfrieden und damit letztlich auch dem Werke selbst dient, nicht gern bei Klöckner gesehen ist." Der Herr-im-Hause-Standpunkt des Direktoriums der Klöckner-Hütte einschließlich SPD-Arbeitsdi-

rektor Düssmann kann aber durch die SPD-Arbeiter bei Klöckner nicht gebrochen werden, indem das Betriebssekretariat der Bremer SPD sich als Vorkämpfer gegen den Linkeradikalismus beim Klöckner-Direktorium empfiehlt. Die SPD sieht es weiterhin als ihre Aufgabe an, im Betrieb politische Voraussetzungen, die eine Unterhöhnung der Demokratie vom Arbeitsplatz aus unmöglich machen, zu schaffen. Sie kann aber nicht begreifen, daß die heutige Demokratie bürgerlich ist und als Regierungsform nach dem Willen des Kapitalismus nur solange aufrechterhalten wird, als diese ihm ausreichend zur Ausübung seiner Macht erscheint. Die Diskussion über ein Notstandsgesetz ist vorsorglich von der politischen Vertretung des Kapitalismus, der CDU, eingeleitet worden. Dieses Gesetz soll ihm mit den Machtmitteln des Staates die Möglichkeit geben, bei Anzeichen von Krisen jeden Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zu brechen. Diese Zusammenhänge gilt es zu begreifen, wenn man durch eine Betriebszeitung politisch wirksam werden will. Es gilt also, daß Betriebsräte und Vertrauensleute bei Klöckner neben den gegenwärtigen auch die zukünftigen Aufgaben sehen, alle Praktiken des Unternehmens aufmerksam verfolgen und u.a. durch Ausnutzung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Mitbestimmung das Geschäftsgeheimnis einschließlich Steuergebarung aufdecken. Hierdurch werden ihnen die Durchsetzung von Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen erleichtert. Das Bestreben der Betriebsräte und Vertrauensleute muß sein, in diesem Sinne Einfluß auf die Gestaltung der Betriebszeitung der SPD zu nehmen. Damit gewinnen sie ein Mittel zur Ausweitung der demokratischen Rechte im Betrieb. Sie werden somit auch in die Lage versetzt, die in der bürgerlichen Demokratie vorhandenen Widersprüche zu erkennen und in ihrem Sinne zu lösen.

Leserbrief zur Automation bei EDUSCHO

Wir veröffentlichen nachstehend einen Leserbrief, der uns zu unserem Artikel "Eine böse Weihnachtsüberraschung bei EDUSCHO" zugegangen ist: "Als Kenner der Verhältnisse bei EDUSCHO scheinen mir Ihre Ausführungen über die Automation zu negativ gehalten zu sein. Mir ist bekannt, daß sowohl in der ersten als auch in der inzwischen stattgefundenen zweiten Entlassungswelle keine Härtefälle eingetreten sind. Von der Entlassung wurden vorwiegend verheiratete Frauen betroffen, deren Männer im auskömmlichen Angestellten- oder Beamtenverhältnis stehen. Soweit sie anderweitig Wert auf Beschäftigung legten, sind sie durch das Arbeitsamt wieder vermittelt worden. Auch hat die Firma kurz vor der Bekanntgabe der zweiten Entlassungen den betrieblichen Mindesturlaub von 12 auf 18 Tage erhöht und weitere Verbesserungen in der Urlaubsstaffelung vorgenommen, in der Spitze bis zu 24 Tagen. Das bisher gezahlte Urlaubsgeld wurde entsprechend erhöht. Liegt damit nicht entgegen Ihrer Auffassung in der Automation ein Segen?"

Unsere Meinung dazu: Wir stellen zunächst sachlich fest, daß im vorliegenden Fall tatsächlich Härtefälle bei den Entlassungen vermieden worden sind. Richtig ist auch, daß der betriebliche Urlaub erhöht wurde, das Urlaubsgeld hingegen blieb in der Relation gleich. Die in der Kaffeebranche üblichen überdurchschnittlichen Gewinnspannen ermöglichen also, ein Pflaster auf die sozialen Wunden für die im Betrieb Verbliebenen zu legen. Nichtsdestotrotz ist es eine Tatsache, daß das unerbittliche Tempo der Verlesemaschinen die an ihr tätigen Arbeitskräfte schneller und stärker erschöpft, als das bisher der Fall war. Wenn diesmal die Opfer mit einem blauen Auge davongekommen sind, so ändert das nichts an der Tatsache, daß durch diese Automation menschliche Arbeitskraft ausgeschaltet wird. Solange die Arbeitskraft Mangelware ist, finden die überflüssig gewordenen Arbeiter und Angestellten eine andere Gelegenheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Der Beginn der Automation fällt also in der Bundesrepublik in das Zeitalter der "Vollbeschäftigung", legt aber auch gleichzeitig den Keim zur Aufdeckung des der kapitalistischen Wirtschaftsordnung innewohnenden Grundwiderspruches. Dieser besteht darin, daß durch die Automation die Produktion gewaltig gesteigert wird. Dem erhöhten Produktionsausstoß steht jedoch eine geschwächte Konsumtionsfähigkeit gegenüber, wenn durch Wirtschaftsstockung und Krise Arbeiter und Angestellte überflüssig werden und nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft anderweitig zu verkaufen. Eine organische Arbeitslosigkeit als Folge von Rationalisierung und Automation entsteht neben der allgemeinen industriellen Reservearmee.

Auch hier Automation

Das Land Bremen birgt den größten Fischereihafen des europäischen Kontinents in seinen Grenzen: Bremerhaven. Vor genau 60 Jahren fuhr hier das erste mit Dampf getriebene Fischereifahrzeug aus - eine neue Zeit auf diesem Ernährungssektor einläutend.

In der Gegenwart hat König Kohle als Energiespender auch hier ausgedient. Weltmacht Öl ist aufgetreten. Aber der Fischverzehr ist in der Bundesrepublik allein in Jahresfrist um 8% zurückgegangen.

Von weit her muß der Fisch geholt werden; denn die ertragreichen Gebiete um Island sind nur den isländischen Fischern neuerdings vorbehalten. Fische müssen aber schnell verarbeitet werden.

Verarbeitung kostet Geld, Zeit und Raum. So wird auch hier - getragen von der Finanzkraft allumfassender Konzerne - der "moderne Weg" der Automation innerhalb des Arbeitsprozesses durchgeführt. Maschinen, die den Fang köpfen, enthäuten, zerschneiden, salzen, säuern, Eiweiß ziehen, das Öl gewinnen und alles auf das Fließband schicken, gibt es schon lange. Alle die Apparaturen standen bisher an festen Bodenplätzen. Nunmehr geht jedoch der Fang auf Fabriksschiffen über das Heck direkt in den aufgezeichneten Verarbeitungsprozeß.

Die Reisen werden länger, da der Fang selbst als Netto-Ware weniger Raum beansprucht und kein Abfall mehr umkommt; denn dieser wird gleich an Bord zu Fischmehl verarbeitet.

Die Besatzungen dieser schwimmenden Fabriken melden die ersten Kalamitäten. Sie haben bei dieser laufenden Produktion den ihnen zustehenden freien Tag nur noch auf dem geduldigen Papier des Tarifvertrages stehen. Neuerdings hat sich die Gewerkschaft Nahrungsmittel und Genuß bemüht, das aufgetretene Problem, das bei weitem seine Grenze nicht erreicht hat, zu lösen.

Einer, der es ernst nahm

Philipp Wehr, Mitglied des Bundestages und in direkter Wahl im nordbremischen Landesgebiet gewählt, ist nicht mehr! Nur 53 Jahre alt, raffte ihn ein Leiden dahin.

Als junger Mensch, erzogen in einer Arbeiterfamilie, fand er seinen Kontakt zur Arbeiterbewegung in der Freien Sozialistischen Jugend. Von den Nazis gesucht, fand er im bremischen seinen Wirkungskreis. Sich nicht hinter Akten und Vorlagen verschanzend, hatte er Bindungen zu seinen Arbeiterwählern.

Als die Betriebe in der Aktion "Großer Blink" marschierten, erregte ein Solidaritätstelegramm Wehrs aus dem Bundestag Aufsehen.

Jungarbeiter wegen angeblicher kommunistischer Kontakte innerhalb der Organisationen zu maßregeln, trat er mit Erfolg entgegen.

Im Bundestag gehörte er zu dem Kreis, der die Grundsatzerklärung anlässlich der Einführung der Wehrpflicht offen verteidigte. In der "Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer" war Philipp Wehr ein Motor. Für Leute, die rückläufigen Erscheinungen anhängen, war Wehr ein unbequemer Mann. Um so näher stand er den Linken in der Bremer

Arbeiterbewegung. Es wird schwer sein, einen Nachfolger von dem Format zu finden.

In der SPD gehörte Wehr zum Kreis um den Professor Abendroth und nahm persönlich an der Kundgebung dieses Kreises mit dem Labour-Abgeordneten Zilliacus teil.

Alle überzeugten Bremer Sozialisten werden dem tapferen Kämpfer Philipp Wehr ein ehrendes Andenken bewahren.

Kontaktfragen im Spiegel der Zeitung "Die Welt"
und der "Bremer Bürgerzeitung".

In Fragen des Kontaktes und letzten Endes der Wiedervereinigung kann eine Lösung nur auf sozialistischer Grundlage erfolgen mit der Zielsetzung, die Arbeiter in West und Ost zu einigen. Dazu ist es im Westen zunächst erforderlich, daß die Arbeiter die gegen sie gerichteten Angriffe der Adenauer-Regierung zum Anlaß nehmen, bewußter für ihre Interessen einzutreten und wieder zu lernen, unter Ausnutzung der ihnen verbliebenen Machtmittel eine handelnde Kraft zu werden. Schaffen sie diese Voraussetzungen, wird eine erfolgreiche Kontaktaufnahme erst möglich. Eine solche Entwicklung in der Bundesrepublik wird die schon immer notwendig gewesene Ablösung der Bürokratie in der DDR durch die Arbeiter beschleunigen und die zum Aufbau des Sozialismus erforderliche Masseninitiative entfalten.

"Die Welt" vom 10.2.1960 setzt sich mit einer Kategorie von Bundesbürgern auseinander, die im kapitalistischen Ausland durch ihre Haltung den Eindruck erweckten, die Westdeutschen seien an der Wiedervereinigung nicht interessiert. Diese Kategorie frage sich nicht, was geschehen würde, wenn die Hochkonjunktur einmal ein Ende nähme und es wieder ein paar Millionen Arbeitslose gäbe. "Wir sprechen nicht von einer Wirtschaftskatastrophe, sondern von einem periodischen Rückschlag. Wie aber würde ein solcher sich auswirken, wenn es um die gleiche Zeit in der Zone zwar keine Freiheit, aber Arbeit für jedermann gäbe, und die dortige Versorgung sich inzwischen ein wenig gebessert hätte? Auf diesen Zeitpunkt spekulieren Ulbricht und Genossen, und jeder, der die Teilung Deutschlands bejaht, gibt solchen Spekulationen ihre Berechtigung."

Die sozialdemokratische "Bremer Bürgerzeitung" vom 9.1.1960 zählt an auffälliger Stelle auf der Titelseite namentlich vier SPD-Mitglieder auf, die wegen illegaler Kontakte mit offiziellen Organen der DDR aus der SPD ausgeschlossen wurden.

Die Stellungnahme der großbürgerlichen Zeitung "Die Welt" drückt die Befürchtung aus, daß eine Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage um so weniger zu erwarten ist, je mehr die Entwicklung der Verhältnisse in der DDR in der angezeigten Richtung weitergeht. Die Handlungsweise der SPD beweist ihre Ohnmacht in dieser Frage. Wer dem Marxismus abgeschworen hat, gerät trotz aller Reformvorschläge in der Konsequenz in allen entscheidenden Klassenfragen in das Schlepptau der Bourgeoisie.

Politische Momentaufnahme

"Die Welt" vom 25.1.1960 berichtet: "Das Verhalten der italienischen Öffentlichkeit ist nach wie vor kühl, und die Äußerungen Adenauers im Vatikan, daß dem deutschen Volke seiner Meinung nach von Gott die Pflicht auferlegt worden sei, Hüter des Westens gegen die mächtigen Einflüsse des Ostens zu sein, wird in weiten Kreisen mit dem Stoßseufzer kommentiert: "Gott hüte uns vor einem neuen deutschen Sendungsbewußtsein."

Die SPD schließt sich dem Kampfauftruf gegen den Kommunismus Adenauers an und schließt Parteimitglieder am laufenden Band aus, die Kontakte mit der DDR aufgenommen haben oder aufnehmen. Die Einheitspartei, Gewerkschaftler, Betriebsräte, lokale Zeitungen der DDR

richten am laufenden Band Appelle an SPD, Gewerkschaften und lokale Körperschaften in der Bundesrepublik zur Zusammenarbeit für Frieden und Wiedervereinigung. Die bürgerliche Presse schreit gegen die "Unterwanderung" der Bundesrepublik; der Verfassungsschutz wird mobilisiert gegen diese "Unterwanderer, Agenten und Spione". Im Bundestag erklären sich alle Parteien für die Erhaltung des status quo in Berlin auf der Basis der Forderungen Adenauers, Willi Brandts, für die Verteidigung der Demokratie, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes, das dem deutschen Volke nicht vorenthalten werden darf, wenn die SU es sogar für die afrikanischen Negervölker fordert. Der Weltfeind Nr. 1 ist der Kommunismus! Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! Diese Musik ist nicht neu. Nur die Lautstärke, mit der sie gespielt wird. Die rasche Entwicklung der Länder des sozialistischen Blockes, die die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen, die ökonomische, politische und militärische Kraft der SU haben allen Erfolgchancen der bisherigen Politik der kalten Krieger ein Ende gemacht. Der Traum ist ausgeträumt, der die SU in ihre alten Grenzen oder hinter den Ural zurückwerfen und die Entwicklung zum Sozialismus im Einflußgebiet der SU rückgängig machen wollte. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Mitläufer waren Nutznießer dieser von den Westimperialisten 1947 in die Wege geleiteten Politik der Zurückdrängung der SU. Die zweite "Gipfelkonferenz" im Mai soll dazu dienen, einen neuen weltpolitischen Ausgangspunkt des Nebeneinander zwischen kapitalistischem und sozialistischem Block auszuarbeiten. Kommt es zu einer solchen Regelung, dann geht es auf Kosten der Bundesrepublik. Deshalb der lautstarke Lärm der Nutznießer des Kalten Krieges. Die SU und der sozialistische Block haben ihre Bedingungen für die Neuregelung bekanntgegeben. Totale Abrüstung, Friedensvertrag mit Deutschland und Räumung. Wenn kein Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und DDR möglich ist, dann vorerst Sondervertrag mit der DDR und für Berlin Sonderregelung als freie Stadt. Das wird als Vergewaltigung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes abgelehnt, nicht nur von Adenauer und der SPD, sondern auch von der britischen, USA- und französischen Regierung. Herter schlägt die 1956 abgelehnte freie Volksabstimmung erneut vor. Die Erfolgchancen der 2. Gipfelkonferenz sind also gering. De Gaulle hat die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Voraussetzung eines Friedens mit Deutschland anerkannt. Auch von der britischen Regierung ist nicht zu erwarten, daß sie die Grenzen des deutschen Reiches von vor 1933 fordert. Die USA-Regierung wird an der Grenzfrage Vereinbarungen mit der SU nicht ~~XXXX~~ scheitern lassen, wenn andere für sie wichtigere Fragen gelöst werden könnten. Natürlich sind die von den drei Siegermächten beschlossene Oder-Neiße-Grenze und Sonderstatus Berlins eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes. Es sind Kriegsergebnisse, anerkannt auch durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Imperialisten nach der totalen Niederlage. Wenn Lächerlichkeit töten würde, wäre der Westimperialismus mausetot, der das Ergebnis des grausamsten, gewalttätigsten Krieges der Geschichte der Menschheit durch Appelle an das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker korrigieren möchte. Achtete die deutsche Bourgeoisie das Selbstbestimmungsrecht 1870/71 nach der Annektion von Elsaß-Lothringen? Und wo war ihr Appell an das Selbstbestimmungsrecht im Brest-Litowsker Vertrag 1918? Wer appellierte an das freie Selbstbestimmungsrecht bei der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie? Wer würde in Deutschland an das Selbstbestimmungsrecht appellieren, wenn der deutsche Imperialismus gesiegt hätte und durch seinen Sieg zusätzlich zu der Unterwerfung Österreichs und der Tschechoslowakei Rußland bis an die Wolga annektiert und seinen Plan verwirklicht hätte, die dortige Bevölkerung nach Sibirien abzuschleppen? Nach dem Bericht der WELT vom 16.2.1960 sagte Adenauer: Er werde an den Entspannungswillen Chruschtschows erst glauben, wenn er damit anfängt, das herauszugeben, was er anderen abgenommen hat

Die Vorschläge der SU und des sozialistischen Blocks machen nicht das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen zur Grundlage des Friedens. Sie fordern einen Frieden für Deutschland, der die Wiedervereinigung auf der Basis der gegebenen Machtverhältnisse ermöglicht. Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen, Beschränkung der deutschen bewaffneten Kräfte auf einen Stand, der es künftig unmöglich machen soll, daß Deutschland wieder im Bunde mit anderen oder allein: die von Gott auferlegte Pflicht, Hüter des Westens gegen den Osten zu sein, in einem dritten Kreuzzug gegen den Osten in die Tat umzusetzen. Der sozialistische Block besteht auf solchen Sicherungen. Ob uns dies gefällt oder nicht, wir haben keine Macht dies zu ändern, deshalb auch kein Recht; denn Rechtsfragen sind Machtfragen. Es geht nicht um Prinzipfragen, sondern um Liquidierung von Kriegsfolgen.

Vom Standpunkt der Bedürfnisse der am Aufbau des Sozialismus wirkenden Völker sind es echte Schritte zur Entspannung der weltpolitischen Gegensätze. Sie werden als Hauptgefahr der kapitalistischen Weltordnung behandelt. Vom Standpunkt des Kapitalismus stimmt diese Anklage. Wir leben im Zeitalter der Umwandlung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische. Vom Standpunkt des Kapitalisten ist dies Weltuntergang. Vom Standpunkt des Kommunismus ist dies der Aufbruch zur neuen höheren Gesellschaftsordnung, der sich unter schmerzlichen Geburtswehen vollzieht. Die Kapitalisten und ihre Mitläufer fordern Verzicht auf die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft. Das ist so unmöglich wie der bankerotte Versuch der Zurücktreibung der SU hinter den Ural. Die kapitalistische Welt verlangt von den Kommunisten, die die schwersten Opfer des imperialistischen Überfalls zu erleiden hatten, sie sollen der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und den Friedensbeteuerungen ihrer herrschenden Klasse vertrauen. Aber sie haben nicht vergessen und können nicht vergessen, daß Hitler legal zur Macht kam und von den USA, britischen und französischen Imperialisten als Bändiger der deutschen Arbeiterklasse und Sturmbock gegen die SU begrüßt worden ist. Hitler sparte nicht mit Friedensbeteuerungen, bevor er sich stark genug wußte, den Krieg zu beginnen. Sie glauben nicht den Erklärungen, die Revision der Oder-Neiße-Grenze nur mit friedlichen Mitteln anzustreben. In der Bundesrepublik herrschen wieder die finanzkapitalistischen Monopole wie vor und während der Hitlerperiode. Diese werden wieder vom angloamerikanischen Klassengenossen gestützt und bestimmen die Innen- und Außenpolitik. Die im passiven politischen Nihilismus verharrende Arbeiterklasse Deutschlands ist politisch ohnmächtig und einflußlos.

Die Entwicklung entspricht nicht dem Wunschenken der SPD und Gewerkschaftsreformisten, einer Reform der parlamentarischen Demokratie zu Gunsten der Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Die Entwicklung in Frankreich, England, Italien beweist das Gegenteil. Und unsere Adenauerdemokratie in der Bundesrepublik und das Notstandsgesetz? Am Ende des 2. Weltkrieges waren Sozialdemokraten in 22 Staaten führend oder als Minderheiten in den Regierungen. Heute nur noch in 8 Staaten. Die parlamentarische Demokratie ist zur Zeit die bequemste Form der Herrschaft der Plutokratie, die sich den Staat dienstbar macht. Sie macht die Wahlen durch Subventionierung und Bevorzugung bestimmter Wählerschichten, Rentenerhöhung, landwirtschaftliche Subventionen und andere. Die Monopolherren geben Millionenbeträge, die sie von den Steuern abziehen, an die Parteien zur Wahlpropaganda. Alle 4 Jahre darf der Wähler aus den von den zugelassenen Parteien aufgestellten Kandidaten einen Abgeordneten wählen, das ist das demokratische Schaufenster. Die Ankündigungen künftiger Heldentaten durch die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie im Kampf gegen die Übermacht der Monopole und zur Rettung der bedrohten Demokratie haben kaum andere Erfolgsaussichten als jene Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten Braun: "Wenn schon Diktatur, dann unsere." Das demokratische Bollwerk der SPD-Preußenregierung endete mit dem

Aufmarsch von zwei Soldaten der Regierung Papan, die Severing abführten. Der Vorschlag der SU und DDR, einen Friedensvertrag mit den zwei deutschen Regierungen abzuschließen, der der DDR den förderativen Zusammenschluß mit der Bundesrepublik im vereinten Deutschland ermöglicht, scheint uns ein möglicher Weg zur Wiedervereinigung und ein erster Schritt zur Beseitigung der Kriegsfolgen zu sein. Es wird Sache der Arbeiterklasse in der DDR und der Bundesrepublik sein, die Besatzungsmaßnahmen der SU in dauernde sozialistische Errungenschaften umzuwandeln, indem sie sie in Selbstverwaltung übernimmt und die Aufbauaufgaben besser löst als die Bürokratie. Kein Weg zur Entspannung ist der Ausbau der Aufrüstung der Bundesrepublik mit Stützpunkten in Spanien, der Musterdemokratie Francos. Mit dieser Demokratie sind nur Kriegsvorbereitungen, keine Entspannungen möglich. Zwischen beiden Politiken gilt es nicht nur zu wählen, sondern entsprechend der Wahl die Kräfte zu organisieren und zu kämpfen.

"Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen."

Friedrich Engels

Besonderer Hinweis!

Auf die Kontaktfrage kommen wir in unserem nächsten Informationsbrief ausführlicher zurück.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96

Bremen, März 1960

BEREITEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

3

Inhaltsverzeichnis

Herr Adenauer reformiert die Krankenversicherung
Das Godesberger Programm der SPD
Heinrich Brandler: Rings um die Gipfelkonferenz
Die Gemeindewahlen im schwarzen Bayern
Zum 1. Mai in Bremen - eine kleine Betrachtung
Gestapo im Bremer Ausgleichsamt

Herr Adenauer reformiert die **KRANKEN**-versicherung

Beschränkung der Krankenkassenleistungen, um dem Arbeitnehmer das "Krankfeiern" zu erschweren, war seit je ein Lieblingstraum der Unternehmerverbände und ihrer Syndici. Als im Jahre 1930 die große Wirtschaftskrise begann, nahm dieser Traum die Gestalt konkreter Pläne an. Verringerung der Leistungen, Verlängerung der Karenzzeiten, Beteiligung der Versicherten an den Arzt- und Arzneikosten--- das waren einige hervorstechende Punkte dieser Unternehmerpläne.

Aber keine Regierung wagte es damals, jene weitgehenden Pläne zu verwirklichen, weder die Regierung Müller noch die Regierung Brüning oder Schleicher oder Papen. Auch die Nationalsozialisten zeigten keine Neigung, das Wagnis einer solchen Verschlechterung der deutschen Sozialversicherung auf sich zu nehmen. Erst der Regierung Adenauer blieb es vorbehalten, den deutschen Arbeitnehmern den Entwurf einer "Krankenversicherungsreform" vorzulegen, der alle Pläne des Jahres 1930 in voller Schönheit in die Tat umsetzt.

Wenn man diese "Reform" näher betrachtet, weiß man nicht, worüber man mehr empört sein soll: über die materiellen Verschlechterungen der Kassenleistungen, die geplant sind, oder über die unverschämte sozialreaktionäre Gesinnung, die sich hier so offen und unverhohlen zur Schau stellt. Über die einzelnen Verschlechterungen ist in der Tages- und Gewerkschaftspressen bereits das meiste gesagt, obwohl man es jeden Tag wiederholen sollte!

Nun kann aber auch die CDU-Mehrheit, die sich die Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik zusammengewählt hat, die "Krankenkassenreform" nicht einfach bestimmen. Man muß immerhin so etwas wie eine "Begründung" haben. Nun, wer sucht, der findet!-- Unverantwortliche Versicherte,

die die Kasseneinrichtungen mißbrauchen, eine "Unzahl von Bagatellfällen", Stärkung des "Selbstverantwortungsgefühls" des Versicherten und ähnliche Schlagworte und Mätzchen werden angeführt, um den sozialreaktionären Pferdefuß mit einem christkatholischen Heiligenschein zu umgeben.

Eine besondere Rolle spielt dabei die umfassende Vorsorge, die nach dem Reformgesetz in Zukunft von den Kassen durchgeführt werden soll. Die Kosten, die diese Vorsorge künftig erfordern wird, müssen vor allem dazu herhalten, die "Selbstbeteiligung" zu rechtfertigen und schmackhaft zu machen. Es handelt sich dabei wie üblich um eine ible Spiegelfechterei. Einmal ist die Vorsorge in wesentlichen Teilen Angelegenheit des Staates und der Allgemeinheit und es ist ungerocht und unsozial, nur die versicherungspflichtige Bevölkerung mit den Kosten dieser Vorsorge zu belasten. Dann aber sind auch diese Vorsorgemaßnahmen so allgemein und unprofilirt, daß der einzelne Versicherte von ihnen in den meisten Fällen unmittelbar kaum etwas hat. Vor allem fehlt bei all diesen Vorsorgemaßnahmen der Rechtsanspruch, sie sind Ermessensleistungen. Gerade das aber stört unsere Sozialreaktionäre am wenigsten, denn der Rechtsanspruch ist ihnen sowieso ein Dorn im Auge. Nebenbei bemerkt, ist es eine ungemein reizvolle Logik, auf der einen Seite die "Vorsorge" zu erweitern und davon ein großes Geschrei zu machen und auf der anderen Seite durch die "Selbstbeteiligung" die Versicherten daran zu hindern, rechtzeitig einen Arzt zu rufen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Art der geplanten Vorsorge eine ausgedehnte Verwaltungsarbeit erheischt. Es wäre interessant, einmal die Prozentsätze zu kennen, die auf die Verwaltungskosten entfallen werden und auf die eigentliche Vorsorge. Abschließend sei noch bemerkt, daß die Vorsorge nichts neues darstellt und besonders von den Ersatzkassen schon seit langem und mit Erfolg durchgeführt wird. Zu einer staatlichen Regelung der Materie besteht also gar kein Anlaß, wenn man nur den Vorteil der Versicherten im Auge hätte.

Es muß leider festgestellt werden, daß die im Reformgesetz und in noch ausgesprochenem Maße im Mietgesetz zum Ausdruck gekommenen herausfordernden sozialreaktionären Bestrebungen keineswegs die entschlossene und bewußte Abwehr gefunden haben, die nötig gewesen wäre.

Die Wirtschaftswunderpsychose hindert weite Schichten der Arbeitnehmer daran, die Gefährdung und Bedrohung, die in diesen Gesetzen und in den ihnen zu Grunde liegenden Bestrebungen liegt, in ihrem ganzen Ausmaße zu erkennen. Erst wenn einmal Krise und Arbeitslosigkeit einsetzen, wird der deutsche Arbeitnehmer die verheerenden Auswirkungen dieser Gesetze begreifen... und spüren! Jetzt handelt es sich für manche nur "um die paar Mark", später werden sie vielleicht diese "paar Mark" am Brot und an der Margarine einsparen müssen.

Geradezu erschütternd ist es aber, daß die in manchen Betrieben aufflackernden Aktionen gegen das Krankenkassengesetz - seit Jahren die ersten initiativen Aktionen der deutschen Arbeiterschaft -, von der Gewerkschaftsbürokratie abgedrosselt wurden.

Es ist zwar fünf Minuten vor Zwölf... aber es ist darum noch nicht zu spät! Die CDU ist keineswegs die klug, klar und überlegen geführte Partei, wie es oft den Anschein hat, wenn man die Kümmerlichkeit und Zagheit der anderen westdeutschen Parteien sieht. Im nächsten Jahre sind die Bundestagswahlen. Die kommenden Monate stehen schon im Schatten des Wahlkampfes. Einen Coup, wie die Rentenreform, kann die CDU diesmal nicht landen. Im Gegenteil! Durch das ungeschickte Verhalten der CDU-Fraktionsführung ist es soweit gekommen, daß das Krankenkassengesetz unmittelbar vor dem einsetzenden Wahlkampf behandelt wird. Das ist selbst für hartgesottene CDU-Demagogen eine veräußelte Situation. Ein so unpopuläres Gesetz wird die ganzen Wahlansichten gefährden. Der Arbeiterflügel der CDU meutert bereits vernehmlich. Wenn jetzt in der gesamten Arbeiterschaft ein ent-

schlossener Abwehrwille gegen die Krankenkassenreform entfacht und kompromislos durchgeführt wird, besteht durchaus die Aussicht, daß die CDU, die ja auch nicht über ihren eigenen parlamentarischen Schatten springen kann, auf manche der schlimmsten Bestimmungen und Pläne verzichten wird und verzichten muß. Ein solcher gegen die Sozialreaktion geführter Kampf aber hat Konsequenzen, die ihn über sich selbst hinauswachsen lassen!

Das Godesberger Programm der SPD
- seine Interpreten und seine Kritiker

"Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei."

Friedrich Engels über das Gothaer Programm 1875

Seit einem halben Jahr steht das neue Grundsatzprogramm der SPD zur Debatte. In der deutschen wie in der internationalen Arbeiterbewegung haben sich gewichtige Stimmen dafür und dagegen ausgesprochen. Die bürgerliche Presse hat im breiten Rahmen darüber berichtet. Auch wir können am neuen Grundsatzprogramm und an der Entwicklung der SPD nicht vorbeigehen, weil sie ein gewichtiger Teil der deutschen Arbeiterbewegung ist und einen entscheidenden Einfluß auf fast alle anderen Arbeiterorganisationen und Institutionen, wie die Industriearbeitsvereinigungen des DGB, die DAG, Konsumgenossenschaften, Kriegsbeschädigtenverbände, Mieterverbände, AWO, sozialistische Jugendverbände, Naturfreunde usw., ausübt. Und die Entwicklung in der SPD kann nicht ohne Auswirkungen auf diese Organisationen bleiben. Die Diskussion um das Grundsatzprogramm des DGB und die Diskussionen um die politische Linie der sozialistischen Jugendverbände beweisen dies eindeutig.

Wenn die FRANKFURTER ALLGEMEINE von "Abgesang des europäischen Sozialismus" schrieb und die STUTTGARTER ZEITUNG einem Artikel über das neue Grundsatzprogramm den Titel "Die SPD nimmt Abschied von ihrer Geschichte" gab, so ist das nur bedingt richtig. Das neue Grundsatzprogramm ist die logische Konsequenz der Entwicklung der SPD zumindest seit 1914.

Wenn der Marxismus dabei ganz offiziell über Bord geworfen wird, so ist dies von ihrem Standpunkt aus nur folgerichtig. Wenn Ulrich Lohmar auf der Tagung der sozialdemokratischen Akademiker in Oberstdorf sagte: "Der Sozialismus ist nach diesem Programm keine Formel mehr, die man wie eine Fackel in die Massen schleudern könnte, sondern eine Summe von Sachlösungen, die die SPD für die freiheitliche Ordnung aller Lebensbereiche vorschlägt," so ist das absolut nichts neues und kommt nur für den überraschend, der die Geschichte der SPD nicht kennt. Das haben mit anderen Worten schon in vorigen Jahrhundert Georg von Vollmar und Eduard Bernstein verkündet. Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 und die konterrevolutionäre Rolle der SPD in der Novemberrevolution von 1918 kamen keineswegs aus heiterem Himmel. Friedrich Stampfer, der damalige Chefredakteur des VORWÄRTS, konnte später mit Recht schreiben: "Am 4. August hat sich der Charakter der deutschen Sozialdemokratie nicht geändert, er ist nur für alle sichtbar geworden. Es zerbrach das Wunschbild einer revolutionären Masspartei, die in Wahrheit niemals existiert hatte." Man kann in diesem Rahmen, schon aus Platzgründen, nicht weiter auf die historischen Voraussetzungen

eingehen, so notwendig es auch wäre. Es sei nur an das Referat von Fritz Tarnow auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig erinnert und man vergleiche die Duplizität der Standpunkte von Fritz Tarnow 1931 und Ulrich Lohmar 1959:

"Es gibt nur eine Generalidee für uns, den Sozialismus. Wenn wir aber diese Idee konkretisieren, wenn wir uns die Möglichkeiten der praktischen Aktion vorstellen, dann löst sich die Generalidee in ein System der praktischen Politik auf, das aus zahlreichen Einzelmaßnahmen besteht, die wir versuchen müssen durchzusetzen."

Fritz Tarnow hat auf diesem Parteitag das treffendste Wort geprägt, um die Rolle der SPD im bürgerlich-kapitalistischen Staat zu kennzeichnen: "Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt ("am Krankenlager des Kapitalismus") zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe." Nun, die SPD ist auch nach 1945 "Arzt am Krankenlager des Kapitalismus" geblieben und der Patient hat sich wieder mit ihrer tatkräftigen Hilfe prächtig entwickelt. Das neue, das auch im Grundsatzprogramm zum Ausdruck kommt, ist, daß sie es nicht mehr für nötig findet, auch nur "das Gefühl" noch aufrechtzuerhalten, Erbe der kapitalistischen Gesellschaft zu sein.

Carlo Schmid hat dieses neue Grundsatzprogramm in der ZEIT (Ausgabe vom 27.11.59) erläutert. In einer großbürgerlichen Zeitung, hinter der Interessen des Exporthandels stehen und für die der CDU-Abgeordnete Buccerius als Herausgeber zeichnet! Die richtige Plattform also für eine sozialistische Diskussion! Auch das zeigt, wie sehr der "demokratische Sozialismus" salonfähig geworden ist.

Carlo Schmid beginnt: "Die früheren Programme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands waren weithin Produkte dogmatischen Denkens". Der kluge Carlo ist bei seiner Interpretation ein bißchen unredlich: er setzt mit einem Federstrich Marxismus und Dogmatismus gleich. Er nimmt nicht zur Kenntnis, daß sich der Marxismus lebendig weiterentwickelt hat. Daß Marx und Engels, Plechanow, Hilferding und Kautsky einfach unter dem Schlagwort des Dogmatismus zusammengefaßt werden können, das kann ein Carlo Schmid nur dem bürgerlichen Publikum der ZEIT vorsetzen. Die politischen und philosophischen Denker von Franz Mehring und Rosa Luxemburg (von deren Kämpfergeist und wissenschaftlicher Gründlichkeit bei unseren heutigen "demokratischen Sozialisten" nicht mehr eine Spur zu finden ist) bis zu Lenin und Mao tse Tung, die der internationalen Arbeiterbewegung, zu der sowohl die Sozialdemokratie wie die Kommunistische Bewegung gehören, das politische Gesicht gegeben haben, unter dem abwertenden Schlagwort des "Dogmatismus" zusammenzufassen, ist zumindest eine intellektuelle Unredlichkeit, wenn man nicht einen schärferen Ausdruck gebrauchen will.

Carlo Schmid fährt dann in bezug auf die Partei fort:

"Diese Vorstellungen waren im praktischen Denken der SPD längst zu Grabe getragen worden, blieben aber weiter in den Programmschriften stehen. Dies hat die Mitglieder der Partei in Gewissenskonflikte gebracht und die Partei selber nach außen hin gelegentlich unglaubwürdig gemacht."

Das Godesberger Programm räumt mit dieser Situation radikal auf. Es verkündet: "Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben... Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewahren."

Wenn Carlo Schmid hier sagt, daß der Marxismus in praktischer Hinsicht in der SPD längst zu Grabe getragen worden sei, so ist das nicht unrichtig. Das letzte Grundsatzprogramm der SPD, das Heidelberger Programm von 1925, und im Gegensatz dazu die praktische Politik der Partei in der Weimarer Zeit sind die beste Bestätigung für die Worte Carlo Schmid. Und Kurt Tucholsky konnte in einem Gedicht, das er "SPD-Parteitag" nannte, im Jahre 1927 höhnen:

"Skatbrüder sind wir, die den Marx gelesen.
Wir sind noch nie so weit entfernt gewesen
von jener Bahn, die uns geführt Lassalle!"

Wenn Carlo Schmid dann den Passus des Godesberger Programms zitiert, nach dem der "demokratische Sozialismus" in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie wurzelt, so muß man wohl erst einmal Atem holen. Die christliche Ethik steht an erster Stelle! Wo hat der europäische Sozialismus je in christlicher Ethik gewurzelt, wenn man von derartigen Einflüssen in England absieht? In Deutschland jedenfalls standen die christlichen Kirchen stets auf der Seite der herrschenden Klassen. "Thron und Altar" gehörten untrennbar zusammen. Das "soziale Christentum" war nie mehr als ein Feigenblatt des deutschen Kapitalismus. Die Arbeiterbewegung hat sich in Deutschland in einem ständigen Kampf gegen das politische und politisierende Christentum entwickelt. In der Weimarer Republik waren die "christlichen Sozialdemokraten" eine verschwindende Minderheit in der Partei. Heute allerdings sind die Verhältnisse schon etwas anders. Mit dem Übertritt der Heinemann-Partei, der GVP, kamen allein an die vierhundert evangelische Pfarrer, Theologen und Theologiestudenten in die SPD. Gustav Heinemann wurde sofort in den Parteivorstand aufgenommen. Es wäre oberflächlich geurteilt, wenn man diesen Zuwachs nur negativ werten wollte. In manchen Punkten zeigte sich diese Gruppe entschiedener und radikaler als die alten Parteibürokraten der SPD. In Fragen der Außenpolitik zeigten sie sich vorurteilsloser und kehrten nicht den bornierten Antikommunismus heraus. In der Wehrpolitik und der Kampf-bewegung gegen den Atomtod setzten sie sich entschiedener ein, als dem Parteivorstand lieb war.

Trotzdem muß eindeutig festgenagelt werden, daß die Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie wurzele in der christlichen Ethik, ganz einfach eine Unwahrheit ist. Sie ist nicht mit christlichen Gesundheitsbetern ins Leben getreten, sondern mit Marx, Engels und Lassalle. Nicht die Bibelsprüche stehen am Anfang, sondern das kommunistische Manifest.

Das Programm stellt dann den Sozialismus als dauernde Aufgabe dar, "Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren." "Freiheit und Gerechtigkeit" - erhabene Worte, aber was steckt schon dahinter? Das ist so wie mit der Frage in dem Gedicht von Bert Brecht auf dem § 1 der Weimarer Verfassung: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus - aber wo geht sie hin?" Auch wir müssen doch die Frage stellen: Freiheit wozu, wovon und wofür? Die Freiheit, Profite zu machen aus der Ausbeutung unserer Arbeitskraft? Die Freiheit, die Meinung zu manipulieren, wenn man das Kapital hat, um die Presse, die Nachrichtenagenturen, den Film zu beherrschen? Ist das die Freiheit, die die SPD vertritt? Man könnte diese Randbemerkungen endlos fortsetzen. "Gerechtigkeit"? Ein Wort, das sich von Recht ableitet. Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Man schaue sich unser Recht daraufhin an. Das beginnt schon mit dem Arbeitsrecht. Sind der Unternehmer und der Arbeiter nach diesem Recht gleich? Natürlich nicht! Denn unser Recht ist zugeschnitten auf den Schutz und die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, auf die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Das Kasseler Urteil gegen die IG Metall ist das treffendste Beispiel dafür. Diese Phrasen von

"Freiheit und Gerechtigkeit" sind absolut keine neuen Wahrheiten. Das hat der alte Lassalle schon besser gewußt, als er schrieb: "Verfassungsfragen sind Machtfragen!" Unsere biederen Sozialdemokraten haben das, wie es scheint, bis heute nicht begriffen. Das wichtigste in diesem Programm sind die Abschnitte über Wirtschaft und Gewerkschaften. Es springt sofort ein Absatz ins Auge: "Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können."

Dieses Bekenntnis bedeutet mehr als ein Versicht auf die Sozialisierung. Es bedeutet die Entmannung der Arbeiterbewegung. Privates Eigentum an Produktionsmitteln = wirtschaftliche Macht = politische Macht. Das ist die Gleichung, die aufgeht, alles andere ist, auf gut deutsch gesagt, kalter Kaffee. Auch das, was Carlo Schmid dazu zu sagen hat:

"Im Zentrum der neuen Betrachtungsweise steht nicht mehr die Klasse, sondern stehen der Mensch und das Volk: die Nation als gewollte und täglich sich neu bestätigende Gemeinschaft derer, die sich durch das Streben nach der Verwirklichung gemeinsam geglaubter und gewollter Werte verbunden fühlt. Das Bild, das so vor unser Auge tritt, ist die konkrete Ausprägung der Idee, daß der Mensch den Sinn seines Daseins erfüllt, indem er in freier Erkenntnis des Notwendigen es auf sich nimmt, an der Schaffung einer Ordnung der Volks- und Menschheitsgemeinschaft mitzuwirken, die es dem einzelnen wie den Völkern möglich macht, die Keime des Schönen und Guten, die in ihnen angelegt sind, zu voller Entfaltung zu bringen."

Was der Ästhet Prof. Carlo Schmid uns hier vorsetzt, ist reinste Lyrik in Prosa, aber leider keine politische. Das Lied von der "Volksgemeinschaft", in der zehn Prozent der Menschen die Produktionsmittel besitzen und die beherrschenden Positionen in Staat und Wirtschaft besetzt halten und die übrigen neunzig Prozent von ihnen abhängig sind. Einer "Volksgemeinschaft", in der acht große Konzerne etwa neunzig Prozent der Stahlindustrie und siebenzig Prozent des Bergbaus in der Hand haben. Die deutschen Arbeiter sind von diesen "Volksgenossen" in zwei Weltkriege geschickt worden, haben für sie in zwei Inflationen die Zeche bezahlen und zusehen müssen, wie sie Hitler finanzierten, um der deutschen Arbeiterbewegung den Garaus zu machen.

Es sind dieselben Figuren, dieselben Familien, die heute das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der Bundesrepublik beherrschen. Die neuen Herren sind in Wirklichkeit die alten Herren. Sie haben die wirkliche Macht, das sind die Realitäten. Während versucht wird, die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung mit "legalen" Mitteln immer mehr einzuengen, während ein Notstandsgesetz vorbereitet wird, das auch bei "inneren Unruhen" den Einsatz der Bundeswehr rechtfertigt und das eindeutig gegen die Gewerkschaft zielt, - meditiert Prof. Carlo Schmid über die "Volksgemeinschaft", in der sich das Gute und Schöne entfalten wird. An Stelle der Sozialisierung schlägt die SPD ein ganzes System von Aushilfen vor, wie es Willi Eichler in einem SPIEGEL-Interview (Der SPIEGEL Nr. 41/1959) erläutert hat. Zum Beispiel Kredithilfen für notleidende Industriezweige (als Beispiel nannte er die Textilindustrie). Eine Aktienrechtsreform, die die Gesellschaften zu größerer Publizität zwingen müsse, als "Form der Kontrolle durch die Öffentlichkeit". Wenn man weiß, wie Bilanzen zurechtgeschustert werden können, so kann man über derartige Naivitäten nur lächeln. Eine schärfere Erbschaftsteuer soll für die Beschneidung der großen Vermögen sorgen. Diese Vorschläge sind keineswegs neu, sondern in der Praxis von den schwedischen Sozialdemokraten erprobt worden. Sie haben nur geringen Erfolg damit gehabt, weil es zuviele juristische Hintertüren gibt. Zum Beispiel Übertragung des Vermögens zu bestimmten Stiftungen (Beispiel USA) usw.

Dann proklamiert man den Wettbewerb zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft zwecks Preisregulierung. Ein ebenfalls vollkommen unsulängliches Mittel, wie das Beispiel der Volkswagen-Preise zeigt. Ein anderes Beispiel sind die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften existieren innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und sind denselben Marktgesetzen unterworfen. Sie sind nur zu etwa dreißig Prozent Selbstversorger und zu siebzig Prozent abhängig vom privaten Markt. Zudem verhindern die Gesetze eine höhere Dividendenverteilung als die von drei Prozent. Den geforderten Wettbewerb treten sie also unter schlechteren Bedingungen an und können niemals ein wirksames Druckmittel gegen den privaten Handel sein. Das Kernstück der Ausführungen von Willi Eichler ist eine Neuaufgabe des Volksaktienschwindels über Anteilscheine oder Investmentzertifikate, die die Arbeiter und Angestellten an den wachsenden Betriebsvermögen beteiligen sollen, ohne daß sie einen wirklichen Einfluß ausüben können. Das gibt auch Willi Eichler offen zu, daß dies durch das Depotstimmrecht verhindert wird. Treuhandgesellschaften, wenn nicht Banken, würden den Volksaktionär vertreten: "Die Illusion, daß der einzelne kleine Aktionär in der Generalversammlung eine andere als eine traurige Rolle spielen könnte, die haben wir aufgegeben." Der SPIEGEL-Redakteur spannt den Faden weiter und brachte diese Frage in Zusammenhang mit der Forderung der SPD nach einer staatlichen "Mindestrente". Wenn alle Arbeiter nun Teileigentümer geworden seien, dann könne man doch nicht noch mehr von der Sozialversicherung fordern. Worauf Willi Eichler antwortete, daß die geforderte Mindestrente nicht über den jetzigen Stand hinausgeht, sondern daß man vielleicht sogar später etwas abbauen kann. Das ist durchaus möglich, und wenn es sich als möglich herausstellte, dann wäre ich der erste, der dafür wäre." Dazu erübrigt sich jeder Kommentar. Dieses System eines sozialen Flickwerkes wird ergänzt durch den Abschnitt über "die Gewerkschaften in der Wirtschaft." Auch hier kommt man über einige Phrasen und Gemeinplätze nicht hinaus. Daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten "das Recht haben, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen", daß sie ein Streikrecht haben und um das "Recht auf Mitbestimmung" kämpfen, darin erschöpft sich der ganze Absatz, um in der Phrase auszumünden: "Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden." Daß mit diesem Programm kein Gewerkschafter etwas anfangen kann, liegt klar auf der Hand. Otto Brenner hat kurz vor dem Parteitag in der "Neuen Gesellschaft" demonstrativ die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum gefordert. In der Diskussion um das Grundsatzprogramm des DGB wendet sich die IG Metall ebenfalls gegen eine Angleichung an das SPD-Programm, die Ludwig Rosenberg unverhüllt gefordert hatte. Im GEWERKSCHAFTER Nr. 1/1960 wendet sich Dr. Werner Thönnessen, ein Mann aus dem engsten Kreis um Otto Brenner, gegen eine Änderung des DGB-Grundsatzprogramms: "Keineswegs kann es sich darum handeln, eine Notwendigkeit dazu etwa aus der Verabschiedung eines neuen Programms durch die Sozialdemokratische Partei abzuleiten... Die notwendigen Ergänzungen und Veränderungen, die für uns der eigentliche Anlaß zur Überarbeitung des Münchener Programms sind, dürfen nicht zu einer Verwässerung und zu opportunistischen Anpassungen der Gewerkschaften an die allgemeine Resignation unter dem Eindruck der lange wirkenden Konjunktur führen." Die schärfste Kritik zu diesem Abschnitt des Godesberger Programms brachten die FRANKFURTER HEFTE (Nr. 1/1960), die von einer Gruppe von "Linkskatholiken" um Eugen Kogon und Walter Dirks herausgegeben werden: "Wie sehr unterschätzen Sozialisten, sozialistische Humanisten, in diesem Programm die Realität des Betriebes! Wollen sie die Arbeitsstätte des gegenwärtigen Menschen der sozialen Initiative der Unternehmer überlassen? Oder den Zufall der "Entwicklung"? Oder akzeptieren sie das Vakuum, das entstehen muß, wenn man den "sozialen Klimbin" abbaut, ohne ihn durch Betriebspolitik zu ersetzen -?"

Walter Dirks stellt dann in seinem Artikel im Grundsätzlichen "ein Versagen der deutschen sozialistischen Bewegung, ein Zurückbleiben hinter ihren eigenen Möglichkeiten", fest, "wenn sie gerade in diesem Augenblick, da der Sozialismus aktueller ist als je, da er die Weltaufgabe wird, nicht den Mut zur Analyse und zur Zielsetzung aufbringt, sondern abstreicht, vernichtet, sich anpaßt." - "Als Volkspartei Nummer zwei ist die SPD unter den gegebenen Umständen zu sehr begrenzten Erfolgen verurteilt, und selbst ein Zerfall der CDU könnte ihr zwar taktisch außerordentlich, in ihrer eigentlichen geschichtlichen Aufgabe aber wenig nützen: sie könnte sie als Regierungspartei noch leichter verfehlen, als in der Opposition." "Die SPD-Führer", schreibt Dirks, "sollten sich darüber im klaren sein, daß die Geschichte von ihr mehr verlangt: ein Bewußtsein und eine Theorie..."

Das Godesberger Programm muß von uns als Sozialisten in Deutschland auch von einer anderen Seite betrachtet werden: nämlich im Hinblick auf die DDR. Ob die Bundesregierung, die CDU, die bürgerliche Presse und auch der SPD-Parteivorstand es zur Kenntnis nehmen oder nicht, ob sie mit imaginären Begriffen wie "SBZ", "Mitteldeutschland" oder "sogenannte DDR" hausieren gehen oder nicht, ändert nichts an der Realität, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Zwei deutsche Staaten mit einer verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Struktur. In der DDR sind die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren geschaffen worden.

Wir bejahen die Existenz der DDR, das grenzt unsere Kritik von der des bürgerlichen Lagers und der der SPD ab. Was uns von der SED trennt, sind die Vorstellungen über die Fragen des Weges, die Frage der praktischen Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland. Der SED-Führung ist es bis heute nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung, nicht einmal die Mehrheit der Arbeiterklasse, für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Die Gründe dafür reichen zurück bis in das Jahr 1945. Sie liegen in der Identifizierung der KPD und späteren SED mit der russischen Besatzungspolitik. Die Zustimmung der SED zur Demontage der mitteldeutschen Industrie machte sie in den Augen der Bevölkerung zu Handlangern der Besatzungsmacht. Dazu kam die primitive Nachahmung und schematische Übernahme russischer Erfahrungen, die in der Sowjetunion ihre Berechtigung hatten, um "die Barbarei mit barbarischen Mitteln auszurotten", in Deutschland mit einer hochqualifizierten Industriearbeiterschaft jedoch verheerend wirken mußten.

Hand in Hand damit ging die vollständige Negierung der demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung durch die SED-Führung. Sie mündete schließlich im spontanen Ausbruch des Aufstandes vom 17. Juni 1953. Seit diesem Zeitpunkt ist die Opposition nicht mehr zum Schweigen gebracht worden. Sie hat sich jedoch qualitativ verändert. Der 17. Juni war ein spontaner Ausbruch, während wir heute von einer bewußten sozialistischen Opposition sprechen können, die bis in die Spitze der Parteiführung, wie die Ausbootung der Schirdewan-, Ölßner-, Wollweber-Gruppe zeigt, reicht. Diese Opposition kann nicht zum Schweigen gebracht werden, weil die Entwicklung in Ostblock seit dem XX. Parteitag der KPdSU nicht ohne Auswirkung auf die DDR bleiben kann.

Was gibt das neue Grundsatzprogramm der SPD dieser Opposition? Diese Frage steht schon deswegen im Raum, weil sich die SPD zu jeder Zeit als Vertreterin der sozialistischen Opposition in der DDR aufspielt. Der Deutschlandplan, den Herbert Wehner vor einem Jahr "bis ins letzte Dorf tragen wollte", und den er jetzt so sang- und klanglos begrub, erweckte auch in der DDR gewisse Hoffnungen. Den Hoffnungen folgte die Desillusionierung durch das Grundsatzprogramm. Die "Junge Gemeinschaft", das Organ der "Falken", brachte in ihrer Nr. 11/1959 ein Interview mit Manfred Hertwig, einem früheren Dozenten der Ostberliner Humboldt-Universität und Mitglied der Harich-Gruppe. Hertwig sagte, daß das Godesberger Programm "in der sozialistischen

Er sprach kurze Zeit später in der Hamburger Universität, wo er sich noch wesentlich schärfer distanzierte und auch davor warnte, etwa anzunehmen, daß die Arbeiter in der DDR es vielleicht zulassen würden, daß man die gesamten volkseigenen Betriebe (als Beispiel nannte er Leuna) wieder den Privatkapitalisten ausliefern. Und gerade das hat die SPD den Arbeitern in der DDR anzubieten. Zwar nicht wortwörtlich im Grundsatzprogramm, aber Willi Eichler hat es im SPIEGEL so erläutert:

"Die Zustände in der Ostzone entsprechen nicht unserem wirtschafts-politischen Ideal, und es gibt sicher in der Ostzone viele Betriebe, die wir privatisieren würden, auch viele, die wir nicht privatisieren würden".

In der DDR aber werden die vertagten Fragen der Demokratisierung von Staat und Wirtschaft, der größeren Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Lenkung des Staates und die Mitbestimmung in den Betrieben wieder auf der Tagesordnung stehen. Denn die großen Aufgaben, die die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung stellt, können auf die Dauer nur mit einer Arbeiterschaft gelöst werden, die echten Einfluß auf Staat und Wirtschaft besitzt. Die Auseinandersetzungen um die Lösung dieser Grundsatzfragen gehen auch in der DDR weiter, lediglich die deutsche Sozialdemokratie hat sich dabei selbst ausgeschaltet.

Die Wehrpolitik und Kulturpolitik kann man sich in diesen Zusammenhang sparen. Auch hier ist die SPD-Führung auf ihrem bisherigen Weg mit der ihr eigenen Konsequenz weitergegangen. Das Grundsatzprogramm zielt darauf ab, nach den Wahlen von 1961 mitzuregieren. "Wir sind reif fürs Regieren", heißt die Überschrift des VORWÄRTS vom 14. April zum Bezirksparteitag Südbayern. Ihr Ziel, die Integration der SPD in die bürgerliche Gesellschaft, wird im Grundsatzprogramm auch durchaus folgerichtig dargestellt: "Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichen Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat." - Verantwortung für den bürgerlichen Staat, von der Verantwortung für die Arbeiterklasse ist nicht mehr die Rede. So konnte der Delegierte, Dr. Stein, Berlin, auf dem Parteitag sehr ironisch feststellen:

"Der Genosse Ollenhauer hat heute morgen gesagt, es sei für die CDU ein weiter Weg vom Ahlener Programm, der Zeit kurz nach dem zweiten Weltkrieg, bis zur heutigen CDU-Politik gewesen. Genossinnen und Genossen, es ist nicht nur für die CDU ein weiter Weg, auch für den Entwurf des Grundsatzprogramms, der uns vorliegt, ist ein weiter Weg vom Ahlener Programm der CDU bis zum Grundsatzentwurf der SPD. (Beifall). Denn das Ahlener Programm der CDU, das heute in der CDU des Bundeskanzlers Adenauer selbstverständlich keine faktische Resonanz mehr hat, hat sich in den Fragen der Sozialisierung noch deutlicher geäußert, als dieser Programmentwurf. Dort sind die Kohlenindustrie und die Eisenindustrie als Beispiele für die zu verstaatlichenden Industriezweige deutlich angesprochen worden."

Trotzdem wird die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter in der SPD nach wie vor ihre Interessenvertretung sehen und auch für die SPD ihre Stimme abgeben. Die Mehrzahl der Arbeiter hat heute das Bestreben, innerhalb des kapitalistischen Systems ihre Stellung zu verbessern und ihren Anteil am Volkseinkommen zu erhöhen. Sie hat auch nicht erkannt, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, damit sie die Stellung einnimmt, die ihr in der Gesellschaft zukommt und damit sie wirklich, wie Brecht sagt, "von großen Brotlaib sich ihr Teil schneiden" kann. Dieser Prozeß der Bewußtwerdung der Arbeiter wird sich nicht von heute auf morgen vollziehen, wird nicht allein durch Propaganda möglich sein, sondern wird einer langen Reihe von Kämpfen

von Teilsiegen und Niederlagen bedürfen, um zum Durchbruch zu kommen. Daß die SPD heute die politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft ist, daß sich die Einheit der Arbeiterklasse praktisch in ihrem Umkreis vollzogen hat, mag uns nicht gefallen, ignorieren dürfen wir es nicht.

Was am Rande dieser Entwicklung schwimmt, zählt kaum noch. Die KPD war bereits vor ihrem Verbot politisch tot. Es bestand nur noch ein Apparat, den man mit viel Geld am Leben hielt und dessen hektische Aktivität über die politische Einflußlosigkeit hinwegtäuschen sollte. Die Voraussetzungen für eine neue politische Anziehungskraft der KPD auf die Massen sind nicht gegeben. Grundlegende Reformen in der DDR und eine grundsätzliche Diskussion innerhalb der Partei über die Fehler der Vergangenheit, verbunden mit einem neuen politischen Kurs, der sich an den Gegebenheiten in der Bundesrepublik orientiert, das wären die Voraussetzungen für einen Wiederaufstieg der KPD. Doch das steht nach wie vor in weiter Ferne.

Die Linken in der SPD sind heute nur eine verschwindend kleine Gruppe innerhalb der Partei. Es gibt keinen organisierten linken Flügel wie vor 1933. Es gibt nur einzelne Linke innerhalb der Partei bzw. kleine Zirkel. Sie sind zudem dadurch behindert, daß sie sich zu den Grundsätzen der Partei bekennen müssen und sie nach außen hin vertreten müssen. Das ist ihr Dilemma, aus dem sie nicht herauskommen.

In den letzten Jahren ist immer wieder die Parole von der Gründung einer neuen Partei aufgetaucht. Wir können diese Forderung nicht unterstützen, weil keinerlei Voraussetzungen zur Gründung einer linkssozialistischen Partei vorhanden sind. Eine USPD oder SAP oder unabhängige kommunistische Partei, wie sie sich auch nennen mag, würde keine Resonanz in den Massen bekommen. Die deutschen Arbeiter haben heute keinerlei Bedürfnis dafür, es gibt keine revolutionäre Strömung in Deutschland. Eine Parteigründung, die lediglich auf dem Papier vollzogen würde und bestenfalls einige hundert Leute, wohl-gemerkt die Besten, die mit den Verhältnissen Unzufriedenen, anziehen würde, würde nur zu neuen Enttäuschungen führen. Eine Diskussion über die Gründung einer neuen Partei, wie sie vor einigen Jahren und vor kurzen die ANDERE ZEITUNG führte und die heute auch da und dort anklingt, ist nicht mehr als eine politische Kinderei.

Unsere Schlußfolgerungen müssen bescheidener ausfallen, weil wir wissen, das so leicht der Reformismus in Deutschland nicht überwunden werden kann. Er wird auch nicht dadurch überwunden, sondern im Gegenteil gestärkt, wenn man dazu auffordern wollte, in die SPD einzutreten. Das hieße, das Pferd am Schwanz aufzuzäumen. Die kommende Entwicklung, die vom Abbau der sozialen "Errungenschaften" und einer Versteifung der Fronten der "Sozialpartner" gekennzeichnet ist, wird die Klassengegensätze verschärfen. Sie wird auch die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung verschärfen. Die Diskussion z.B. über das Grundsatzprogramm und die Koordinierung der Tarifpolitik des DGB, die heute noch mit verschleierte Argumenten geführt wird, wird zu offenen Spannungen führen. Überall werden sich Ansatzpunkte ergeben, wo wir unseren Standpunkt vertreten können.

In dieser Auseinandersetzung gilt es, den fortschrittlichen Teil der Gewerkschaftsführung kritisch zu unterstützen und ihm den Rücken zu stärken. Die Zeit ist nicht fern, wo die Besten in der Arbeiterbewegung erkennen werden, daß man mit der Politik der Beschwichtigungen und Aushilfen nicht mehr weiterkommt, daß der Kapitalismus nicht reformiert werden kann, sondern durch eine neue Gesellschaftsordnung abgelöst werden muß. Erst dann sind die Voraussetzungen da, die notwendig sind, um den Reformismus zu überwinden. Daran mitzuarbeiten, den Prozeß der Bewußtwerdung der Arbeiter zu beschleunigen, das ist unsere Aufgabe.

DIE WELT vom 6.5.1960 berichtet von der Brener Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Anfang Mai u.a.:

"Kaiser ist ein alter Mann der Sozialdemokratie, und er hat die Kämpfe um den Marxismus noch mitgemacht. Aber das, was er am Mittwoch den westdeutschen Industriellen erzählte, war nicht mehr und nicht weniger als ein mutiges Bekenntnis zum freien Unternehmertum, zur Marktwirtschaft und zum Wettbewerb. Die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die noch seine Jugend und sein Mannesalter bewegt hatten, wischte er hinweg... Die Industrie, sie hörte es gern."

Rings um die Gipfelkonferenz

Die Tagung der Außenminister der fünfzehn NATO-Länder in Istanbul wurde von Tanks, Militär und Polizei bewacht. Der Ministerpräsident Menderes mußte auf die Begrüßung verzichten, weil er von Ankara aus den Belagerungszustand zu dirigieren hatte. Das dürfte die beabsichtigte Propagandawirkung für die Gipfelpolitik der Westmächte etwas ablenken. Die Studenten demonstrierten trotz Belagerungszustand. Die NATO-Delegierten konnten beobachten, wie die Studenten mit Gewehrkolben zusammengeschlagen wurden. Auf Bitten der sehr schockierten Delegierten verzichtete das Militär darauf, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Von den drei Außenministern der kapitalistischen Siegermächte hat jeder einige Sorgen jenseits der Gipfelpolitik.

Die Engländer haben Sorgen wegen der Krise der Apartheidspolitik in Südafrika. Ein konservativer weißer Südafrikaner, ein Millionär, hat auf Dr. Verwoerd geschossen. Der südafrikanische Delegierte auf der Commonwealth-Konferenz in London hat erklärt, daß er die Konferenz verläßt, wenn die südafrikanische Frage auf die Tagesordnung gesetzt werde. Er ist nur bereit, für die Selbstbestimmung und Demokratie in Deutschland mitzukämpfen, verbietet aber jede Einmischung in die innere Politik seines Landes.

Natürlich verbieten auch die Türken jede Einmischung in ihre "Innenpolitik". Die Demonstranten fordern die Absetzung Menderes und seiner Mitläufer, die sie der Korruption und Wahlfälschung a la Syngman Rhee anklagen.

De Gaulle trotz seiner diplomatischen Erfolge auf seinen Reisen in England, Kanada und USA noch allerlei Sorgen mit seinem Kolonialkrieg in Algerien hat, verbietet er der UNO, sich in diese "Innenpolitik" einzumischen. Auch er entschädigt sich durch tapferere Unterstützung Adenauers in seinem Kampf für Freiheit und Demokratie, für Selbstbestimmung der 17 Millionen von Pankow "vergewaltigten" Bewohner der DDR.

Eisenhower und Herter versuchen den von empörten Studenten und Massen Südkoreas gestürzten Syngman Rhee jetzt fallen zu lassen, um dadurch den Schein zu schaffen, als seien die USA alte Kämpfer für Demokratie und Freiheit. Rhee hätte sich ohne die Milliarden Dollarhilfe und die amerikanischen Divisionen keinen Tag halten können.

Ein Trost bleibt den geplagten kapitalistischen Regierungen. Die sozialdemokratischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften unterstützen ihre herrschenden Klassen national und international bedingungslos. Sie marschieren an der Spitze in Kämpfen für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Natürlich nur in den Ländern des sozialistischen Blocks und besonders in der DDR. Wie 1914 erklärten sie, "in der Stunde der Gefahr lassen sie das Vaterland nicht im Stich." - Die Hauptgefahr ist der Kommunismus. Deshalb haben sie weder Zeit noch Kraft, den Kampf um Freiheit und Demokratie dort zu unterstützen, wo tatsächlich um nationale Unabhängigkeit gekämpft wird. Bei den afrikanischen, asiatischen, zentralamerikanischen Völkern oder in Franco-Spanien oder Portugal. Die reformistische Gewerkschaftsinternationale ruft statt dessen zur Sammlung, zur Unterstützung der passiv hungernden Völkermassen der unterentwickelten Gebiete auf, nicht zur Unterstützung des Kampfes, sondern um sie vom Kampf abzuhalten.

Die "Welt" vom 30.4.1960 schreibt lobend: "Mit großer Geste gehen an diesem 1. Mai die Arbeitnehmer in der BR den übrigen Bevölkerungsschichten voran. Sie wollen den Entwicklungsländern tatkräftige Hilfe durch persönliche Opfer bringen. Dahinter steht die Erkenntnis, daß jeder mithelfen muß, den Menschen in den weniger entwickelten Ländern allmählich all das zu geben, was den Arbeitnehmern bei uns längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Um damit den Vormarsch des Kommunismus aufzuhalten." Der Maifestredner in Hannover erläuterte diese "Aktion" folgendermaßen: "Eine Zigarette zu 10 Pfennig könne und solle sich jeder Arbeiter absparen, um hungernden Kindern zu helfen, mit dem Einsparen von 10 Zigaretten zu 1 DM könne soviel Reis gekauft werden, um ein Kind eine Woche lang satt zu machen."

Die Labourpolitiker a la Gaitskell in England fordern zum Ankaufen von Aktien auf, um die Monopole der Arbeiterkontrolle zu unterwerfen. Der Maifestredner in Hannover zur Einsparung von 1 oder 10 Zigaretten, um die Milliarden Hungernder zu sättigen! Endlich positive Vorschläge an Stelle des überwundenen Marxismus und zur Abwehr der kommunistischen Weltgefahr!!!

In der BR leisten sich SPD und DGB noch eine Extratour. Adenauer hatte vor der Gipfalkonferenz in Berlin eine Abstimmung für die Erhaltung des status quo, d.h., den Verbleib der angloamerikanisch-französischen Besatzungstruppen in Berlin gefordert. Das war selbst den Amerikanern zu viel. Der Berliner Senat, der sonst mit Adenauer durch dick und dünn geht, hörte auf seine Meister in USA und sabotierte den Vorschlag Adenauers mit dem Gegenvorschlag, die diesjährige Maifeier in den Dienst der Demonstration für das Verbleiben der Besatzungstruppen der Westmächte zum Schutz ihrer Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie und Kampf gegen den Kommunismus zu stellen. Und 750 000 demonstrierten am 1. Mai 1960 auf dem Platz der Republik in Berlin. Damit ist die Geschichte des 1. Mai um eine neue Variante bereichert worden. In der Geschichte der Maifeier spiegelt sich deutlich die Entwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung vom Klassenkampf zur Sozialpartnerschaft. Der Druck, der in der DDR auf die Bauern ausgeübt worden ist, um die volle Umwandlung in Genossenschaften durchzuführen, ist ein gefundenes Fressen für die Adenauerrepublik. Auch hier Übereinstimmung aller im Bundestag zugelassenen Parteien im Kampf gegen die "unerhörte Vergewaltigung."

Im ersten Vierteljahr haben nach Veröffentlichung der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen 2721 Bauern die DDR verlassen und in der Bundesrepublik um Asyl gebeten. Staatssekretär Sonnemann vom Landwirtschaftsministerium der BR gibt an, daß in der Bundesrepublik 22 000 Bauernstellen aufgelöst worden seien, aber 135 000 seien neu geschaffen worden, um für die aus der DDR Geflüchteten Land zu beschaffen. Trotz der 1 1/2 Milliarden Subventionen im Jahr ist in der Bundesrepublik die Zusammenlegung der zerstreuten und kleinen Äcker zu betriebsfertigen Gütern nicht in dem erforderlichen Maße vorgenommen worden.

Wenn alle die Schauernachrichten über den Terror gegen die Bauern, die sich weigerten, in die Genossenschaften einzutreten, wahr sein sollten, und man den am privaten Besitz Hängenden das Mitgefühl nicht versagt, so darf die Tatsache nicht unberücksichtigt bleiben, daß durch die vollständige Vergenossenschaftung in der DDR die zerstreuten und kleinen Parzellen mit einem Schlage zusammengelot und leistungsfähige Wirtschaften ermöglicht werden.

Wenn in der DDR genügend Traktoren, Geräte, hochwertiges Saatgut, Dünger, Agronomen vorhanden sind, dann wird durch die volle Vergenossenschaftung der Landwirtschaft in zwei Jahren in der DDR die höchstmögliche Steigerung der Produktivität geschaffen werden. Die Verdrossenheit der unter Druck gesetzten Bauern wird verschwinden und das gute Betriebsklima in der Genossenschaft entstehen, ohne welches auch die beste technische Anlage Höchstleistungen nicht ermöglicht.

Daß den in die Genossenschaften eintretenden Bauern ihr Eigentum genommen wird, ist nicht wahr. Der Bauer bleibt Eigentümer seines eingebrachten Besitzes und wird entsprechend dieses eingebrachten Besitzes zusätzlich zu seiner Arbeitsleistung bezahlt. Das Genossenschaftseigentum ist nicht allgemeines Staatseigentum wie das der verstaatlichten Industrie. Das zusammengelegte Genossenschaftseigentum bleibt Gruppeneigentum und tritt als solches anderen Genossenschaften und dem Staatseigentum gegenüber.

Ernährungsminister Schwarz sagte zum grünen Bericht 1960 im Bundestag: "Die Landwirtschaft ist - wie Sie wissen - ein schrumpfendes Gewerbe. Die erforderlichen Nahrungsmittel können nöglich mit den fortschreitenden Vordringen der Technik auch in der landwirtschaftlichen Produktion von einem ständig geringer werdenden Anteil der Gesamtbevölkerung erzeugt werden... Die Bundesregierung greift solchen Landwirten finanziell unter die Arme, die unter den Zwang der Verhältnisse moderne Betriebsformen entwickeln wollen; wegen Landleute, die nach Urväterart zu werkeln wünschen, sich selber überlassen bleiben." Nun, die Produktionsgenossenschaft der Bauern ist zweifellos der Anfang der höchsten Form der wissenschaftlich geplanten und geführten Großlandwirtschaft. Die DDR überläßt die nach Urväterart Werkelnden nicht ihrem Schicksal, sie reißt sie in die Genossenschaft ein, erzieht sie zu modernen Arbeitsweisen und verbessert den kleinen und Mittelbauern die Lebensweise durch verkürzte Arbeitszeit, soziale Fürsorge, Ferien usw. Wer kann, mag die Propagandaformen der DDR ablehnen, aber die Sache selbst, die Vergenossenschaftung können nur Ignoranten und prinzipielle Antikommunisten ablehnen.

Die "Welt" vom 27.4.1960 bringt folgende Pressestimme, die von den bisherigen Berichten und den Presse- und Radiomeldungen absticht:

Ein zweites deutsches Wunder

Das amerikanische Nachrichtemagazin "Newsweek" veröffentlicht einen Sonderbericht über die Lage in der Zone.

"Ostdeutschland hat die Tschechoslowakei von Platz der achtgrößten Industrienation der Welt verdrängt. Dieses "Wirtschaftswunder" ist zwar nicht mit dem Westdeutschlands zu vergleichen, doch es ist weit eindrucksvoller, als die meisten von uns zu erkennen vermögen. Im vergangenen Jahr hat Ostberlin 12 000 Arbeiterwohnungen gebaut, die fast völlig ausgebaute Stadt Dresden verfügt nun über zahlreiche neue Appartementhäuser und ihre halbe Million Einwohner bevölkern die Supermärkte, die Möbel- und Haushaltswarengeschäfte...

Vor sieben Jahren schätzten westliche Experten, daß bei freien Wahlen das kommunistische Regime nur bis zu zehn Prozent der Stimmen erringen würde. Heute geben sie vertraulich zu, daß das rote Regime in der Bevölkerung bereits soviel Unterstützung gefunden habe, daß Ministerpräsident Otto Grotewohl nicht weniger als 40 % auf sich vereinen könnte...

Die Kollektivisierungsbewegung hat zweifellos eine Unruhe verursacht, die noch Jahre andauern kann. Der Terror ist für jene, die gegen das Regime opponieren, noch immer eine Tatsache. Aber während die meisten Antikommunisten geflohen sind, haben jene, die blieben, im allgemeinen resigniert und sind vielfach sogar mit der roten Regierung zufrieden."

Bei allen Vorbereitungen der Gipfelkonferenz erklären die drei Westmächte-Minister, daß sie Chruschtschow keinerlei Konzessionen in der Frage eines Friedensvertrages mit den zwei deutschen Staaten machen und die Freiheit der zwei Millionen Westberliner verteidigen werden. Sie berufen sich dabei auf die Abmachungen mit Stalin, der ihnen Besatzungsrecht in Berlin inwieweit der von der SU besetzten Zone und ungehinderten Zugang einräumte. Unfreiwillige Witze sind die

besten. Die Amerikaner, Briten und Franzosen sind demnach von Stalin in Berlin zugelassen worden, um die Berliner vor Vergewaltigungen durch Ulbricht und Chruschtschow zu schützen!?!

Wie steht es um die Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der Abrüstung? Obgleich USA und Großbritannien die Vorschläge Chruschtschows in der UNO als Grundlage anerkannt haben, lehnen sie es in den Vorverhandlungen ab, über Abrüstungsmaßnahmen zu beraten, ehe nicht Kontrollorgane und eine Schutzmacht unter Kontrolle der UNO geschaffen worden sind. Sie wollen keine Abrüstung, sondern die Legalisierung der Spionage, wie die Erklärungen zum Abschluß des Spionage-Flugzeugs in Swerdlowsk erneut beweisen.

Spitzenkonferenz und Abrüstungsverhandlungen werden z.Z. nicht abgehalten, um Kompromisse auf Grund der veränderten Kräfteverhältnisse abzuschließen. Man verhandelt nur, um den Massen Friedensbereitschaft vorzutäuschen. Die Forderung, daß die SU und DDR auf Ausweitung des sozialistischen Aufbaus verzichten sollen, ist noch weniger ernst zu nehmen als die Propaganda des sozialistischen Blocks z.Z. eines möglichen friedlichen Nebeneinanderlebens zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die Gipfelkonferenz am 16. Mai wird zu keinem anderen Ergebnis kommen, als sich zu vertagen. Es wird erst weiter verhandelt, bis die sich ständig ändernden Kräfteverhältnisse so eindeutig sichtbar werden, wie sie bisher schon in den Machtzuwachs der SU zum Ausdruck gekommen sind. Dieser Machtzuwachs der SU überzeugte sogar Dulles, daß seine Politik der Vertreibung der SU hinter ihre alten Grenzen auch mit einer Politik am Rande des Krieges nicht mehr möglich ist.

Die Gemeindewahlen in schwarzen Bayern

erbrachten einen Erfolg der SPD. Sie konnte 6,5% Stimmenzuwachs verbuchen und kommt mit 35% den 38% der CSU nahe. Der Zug zu den beiden Großparteien hat sich weiter verstärkt, die kleinen Parteien mußten Verluste hinnehmen, die Bayern-Partei wurde sogar halbiert.

Folgende Prozente entfielen auf die kleinen Parteien: BHE 7,3%, BP 4,3%, FDP 3,8%, Splitter 2,6% und auf Parteilose 8,2%.

Am Rande ist noch bemerkenswert, daß es erste Ansätze einer Abspaltung evangelischer Kreise (gegen den Willen der Kirche) von der CSU gegeben hat. So wurden Vertreter dieser Richtung in Nürnberg, München und Regensburg als Stadträte gewählt.

Besonders in den Großstädten erzielte die SPD Erfolge, sie bekam die absolute Mehrheit in München, Nürnberg, Regensburg und Fürth. Aber die Wahl ergab überraschenderweise, daß auch in Landgebieten Möglichkeiten einer Verschiebung gegeben sind.

Der Wahlkampf war so ruhig wie nie zuvor und zum ersten Mal stand propagandemäßig die Verwaltungsarbeit eindeutig im Vordergrund. Die wenigen Flugblätter, die in den Briefkästen lagen, bezogen sich auf Wohnungsbau, Sportplätze, Grünanlagen, Altersheime usw.. Die Sozialpolitik, Militär- und Außenpolitik etc. blieben, abgesehen von Kundgebungen mit Strauß, Willy Brandt und sonstiger Prominenz, im Hintergrund.

Der relative Erfolg der SPD hatte verschiedene Gründe, doch dürfte der Abbau der sozialen Leistungen durch die CDU-Bundesregierung ausschlaggebend gewesen sein. Die geplante Krankenkassenreform, die angekündigten Mieterhöhungen und die Preissteigerungen haben Erbitterung bei den Arbeitern und Angestellten ausgelöst. Diese wurde noch verstärkt durch das Spanien-Abenteuer, das Notstand- und Notdienstgesetz, die Oberländer-Affäre und die, neuerdings jedem Werktätigen ins Auge fallende, erhöhte Rüstungsproduktion.

Dieses mehr gefühlsmäßige Unbehagen fand seinen Niederschlag bei den Gemeindewahlen, aber eine auf Persönlichkeitsauswahl abgestellte Kommunalwahl darf keineswegs mit einer Landtags- oder Bundestagswahl verglichen werden.

Mitbestimmend für den Erfolg der SPD war auch, daß eine große Anzahl Kommunalpolitiker dieser Partei seit Jahren vorbildliche Verwaltungsarbeit leistete.

Auch worden von den 2%, die 1956 KPD wählten, viele diesmal ihre Stimme der SPD gegeben haben.

Mit der Taktik, junge Fachleute als OBM-Kandidaten herauszustellen, hat die SPD ebenfalls an Boden gewonnen. In München konnte der erst 33-jährige, politisch unbeschriebene Göttinger Dr. Vogel und in Regensburg Dr. Schlichtinger der SPD einen Sieg einbringen, und das, obwohl in München der mit allen Wassern gewaschene Politiker und Bajuware Dr. Josef Müller als Gegenkandidat auftrat.

Hier zeigt sich als weiterer Aspekt, daß die Wähler und vor allem die Jungwähler die alten Parteileute teilweise ablehnen und den mehr unpolitischen jüngeren Kandidaten wählen, insbesondere wenn der Nimbus des "Fachmann" noch hinzukommt. Mitsprechen mag auch noch, hauptsächlich in katholischen Gegenden, daß die religiösen Bindungen der Jungwähler weitgehend lockerer geworden sind und die Motorisierung der konservativen Kirchturmerziehung abträglich wurde.

Daß mehr als die Hälfte der Wähler panaschierte, konulierte oder parteilos wählte, zeigt den Zug zum Unpolitischen und den Vertrauensschwund der Parteien. So sind heute die SPD-Wähler überwiegend keine Überzeugten Parteigänger der Sozialdemokratie mehr.

Das Godesberger Programm der SPD zeitigte keine nachteiligen Folgen, doch ist die Behauptung von Knöringen & Co., der SPD-Erfolg beruhe auf diesem neuen Programm, völliger Unsinn. Die paar Studienräte, die sich daraufhin an die SPD herantauten, machen das Kraut nicht fett.

Welche Auswirkungen das Wahlergebnis auf die künftige politische Arbeit der SPD und auf die Bundestagswahl 1961 hervorbringen wird, muß sich erst noch zeigen. So hat in München die SPD trotz ihrer absoluten Mehrheit der CSU den Posten des 2. Bürgermeisters und 2 Referentenstellen angeboten. Es wird, wie die Presse lakonisch mitteilte, "in München keine Opposition mehr geben." Die mahnenden Säuseleien mancher SPD-Funktionäre, der Erfolg dürfe der Partei nicht in den Kopf steigen, sind von derselben Güte.

Das große Ziel der SPD ist die Koalition mit der CDU in den Gemeinden, Ländern und schließlich im Bund. In diese Richtung zielen auch Wehners letzte Äußerungen. Sie wollen den kapitalistischen Staat mitregieren, man will keinesfalls länger als Mauerblümchen in der Ecke stehen bleiben.

Marxistische Grundsätze und Methoden braucht man nicht aufzugeben, da man solche schon lange über Bord hat gehen lassen.

Die SPD braucht dabei vorerst nicht zu befürchten, daß sie Arbeiterwähler in größerem Ausmaß verlieren wird, denn eine ernstzunehmende Konkurrenz von Links ist auf absehbare Zeit nicht wahrscheinlich. Um die Bürgerlichen für diese große Koalition zu ködern, wird ihnen dort, wo die SPD die Mehrheit hat, das Mitregieren angeboten.

Die Gegensätze in der Außenpolitik sind zwischen SPD und CDU nicht tiefgehender Art. Der Kampf um die Bundestagssitze im nächsten Jahr wird sich daher mehr auf die Innenpolitik verlagern.

Zum 1. Mai in Bremen - eine kleine Betrachtung

Der 1. Mai 1960 in Bremen hat eine kleine Vorgeschichte. Sie begann damit, daß der WESER-KURIER vom 30. April einen Artikel brachte von einem gewissen Scholz, der es für angebracht hielt, die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie moralisch verdorben es doch sei, am 1. Mai eine rote Nelke zu tragen. Diejenigen, die sie trügen, wären wahre "Feiertagsschänder". Nun, die sie getragen haben, sind Feiertagsschänder. Sie erinnern nämlich symbolisch daran, daß eben der 1. Mai kein Feiertag ist wie Ostern oder Pfingsten, sondern ein Kampf- und Demonstrationstag. Und darum haben sich viele Arbeiter diese roten Symbole besorgt. Aber sind denn das alle Kommunisten? Wieviele gibt

es denn hier bei uns? Nun, jene Kreuzritter wissen nicht nur Kommunisten sind, die sie tragen. Allein, die Tat verschleiern, doch die Absicht ist klar. Mit allen Mitteln versucht man, die Demonstration zu unterbinden und statt dessen zu feiern. Dieser siobzigste 1. Mai erinnert so manchen daran, wie es war, als die Pfaffen noch nicht den 1. Mai von der Kanzel predigten. Er könnte daran erinnern, wieviel Arbeiterblut er gekostet hat, Blut, vergossen von einer Polizei, die damals dieselbe gesellschaftliche Ordnung hütete wie heute. Daran wird alles getan, um den 1. Mai immer mehr auf ein Niveau sinken zu lassen, das ihm den Charakter des Kampftages nimmt und ihn zu einen gut kleinbürgerlichen Festtag werden läßt. Doch Tausende haben sich nicht davon abhalten lassen, sich trotzdem eine rote Nelke ins Knopfloch zu stecken. Diese Tatsache allein ist wichtig! Das sollten sich auch einige SPD-Leute merken, die glauben, sie müßten mit jenen Leuten in ein Horn stoßen. Einige heben sogar ihren spießbürgerlichen Zeigefinger und weisen daraufhin, was für ein Geschäft doch einige dabei machten, die die Nelken billig einkauften und teuer verkauften. Diese Feststellung ist sicherlich bedauerlich, doch sie wiegt bei weitem nicht das Bedürfnis auf, das viele Arbeiter immer noch haben, sich am 1. Mai die traditionelle rote Nelke ins Knopfloch zu stecken. Die Kollegen von der "Fraktion", wie sie oft genannt werden, sollten bedenken, daß man die roten Nelken am 1. Mai braucht. Sie sollten ihren Einfluß geltend machen, daß am 1. Mai keine Straßenhändler sie verkaufen, sondern der DGB selber dieses Symbol anbietet, wenn die Bürokraten des DGB den Mut dazu haben.

Alles in allen war der 1. Mai in Bremen ein Erfolg, wenn auch von einigen Wernutstropfen zu berichten ist. Was ging zum Beispiel in den Köpfen einiger Kollegen der Verwaltungsstelle der IG-Metall vor, als sie den wahrhaft heroischen Entschluß faßten, man müßte sich doch eigentlich den Kollegen gegenüber erkenntlich zeigen, die sich "aufopfer-ten", um die Fahnen zu tragen. 3 DM pro Mann und Nase wären nicht zu schade für diese "gute Tat". In der Tat, man könnte beleidigt sein, würde man nicht den engen Horizont dieser Gehirne kennen, der aus der Enge ihrer Bürozimmer stammt. Diese Enge ihrer Zimmer war es auch wohl, die sie und nicht die Vertrauensmännerversammlung, die doch eigentlich dafür zuständig gewesen wäre, dazu bestimmte, den Inhalt der Transparente zu formulieren.

GESTAPO im Bremer Ausgleichsamt

Anfang Mai wurde der Oberregierungsrat Hermann Lunn, tätig als Leiter des Ausgleichsamts in Bremen, plötzlich - oder besser gesagt, endlich -, verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg bewirkte diese, für viele Bremer sensationelle Verhaftung. Lunn mußte zugeben, bei der Erschießung polnischer und jüdischer Einwohner im Jahre 1941 dabei gewesen zu sein. Natürlich gab Lunn eine aktive Betätigung bei diesen Mord nicht zu und natürlich wurde Lunn, unter der Auflage polizeilicher Meldefristen, wieder nach Richtung Bremen entlassen. Hermann Lunn ist der bremischen, antinazistisch eingestellten Bevölkerung kein unbekanntes Blatt. Bei der Gestapo in hiesigen Raum tätig, jagte er die jüdischen Mitbürger, verhaftete und verhörte die Gegner des Hitlersystems. - Dennoch kam der Mann in Bremen gut unter und brachte es bis zum Oberregierungsrat. - Wie die Presse meldet, wird gegen Lunn kein Disziplinarverfahren eröffnet werden, erst soll der Gerichtsbeschuß einer Verurteilung ergangen sein. - Die Gestapoleute hatten auf den Kriegsschauplätzen - so harmlos wurde der Massenord seinerzeit bezeichnet - Bewährungsproben "für Führer, Volk und Reich" zu bestehen. Worin diese Bewährungsproben bestanden, ist in vielen Prozessen bekannt geworden. Dort aber, wo man gründliche Arbeit leistete, sind eben keine Zeugen mehr vorhanden und die Mörder sind unter sich und schweigen.

Auch Herr Oberregierungsrat Hermann Lunn hat bisher geschwiegen und ist gut dabei gefahren. Nur ein anderer Beschuldigter belastete ihn, wobei die Presse ängstlich bemüht ist, keinen Parallellfall zu Minister Oberländer zu schaffen. - Adolf Ehlers, Senator für Inneres und Bürgermeister von Bremen, hat anlässlich der antisemitischen Exzesse seinen gerechten Zorn zu Papier gebracht und der Öffentlichkeit unterbreitet. Aber auch er sollte sich darüber klar sein, daß Gestapoleute an der Spitze eines hohen Amtes eine unerträgliche Zumutung sind.

Besonderer Hinweis!

Die Behandlung der Kontaktfrage muß aus redaktionellen Gründen noch zurückgestellt werden.

Wir bitten unsere Leser um Verständnis.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96

Bremen, Mai 1960

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

4

Inhaltsverzeichnis

Die CDU hält ihr Wahlversprechen (Das Wohnungsabbaugesetz)
Kriegstänze der Reformer
Heinrich Brandler: Nach der Gipfelkonferenz
Der Staat und der VWK
Bremer SPD - Kämpfer für den Antikommunismus
..... auch bei den Bremer Falken
Von der Wiege bis zur Bahre - Formulare ...
MÄNNERSTOLZ oder Der Neue Senator

Die C D U hält ihr Wahlversprechen Das Wohnungsabbaugesetz

Die CDU hat nun ihr 1957 dem Verband der Haus- und Grundbesitzervereine gegebenes Wahlversprechen eingelöst und mit dem Abbau der Wohnungsbewirtschaftung begonnen. Am 1. Juli ist das "Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft" in Kraft getreten. Endlich also ein Wahlversprechen der CDU gehalten! Die Kosten dafür tragen allerdings die breiten Volksmassen. Zunächst einmal wird eine spürbare Erhöhung der monatlichen Wohnungsmiete eintreten. Der Abbau der sogenannten Zwangsbewirtschaftung soll bis 1965 beendet sein. Durch allerlei gesetzliche Kniffe, darunter der Schaffung eines "dringenden Eigeninteresses", wird aber dafür gesorgt, daß der Mieterschutz schon jetzt immer unwirksamer und durchlöcherter wird.

Wesen und Zweck des Gesetzes ist die von den Haus- und Grundbesitzervereinen seit je angestrebte völlige Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, die Wohnungswucher, rücksichtslose Ausnutzung von Notlagen und übelstes Hausparasitismus eindämmen sollen.

Seit Ende des ersten Weltkrieges bestand die Wohnungsbewirtschaftung. Alle die wechselnden Regierungen und Regierungssysteme, die seitdem über Deutschlands Geschichte bestimmten, haben es nicht gewagt, daran zu rühren. Herr Adenauer und seine Getreuen wagen es! Die meisten der heute lebenden Staatsbürger können sich gar keine Vorstellung mehr machen von den Verhältnissen vor der Wohnungsbewirtschaftung, also vor 1914. Jeder Willkür, jeder Schikane des

Hausbesitzers war der Mieter wehrlos ausgesetzt. Ein Prachtstück waren die Hausordnungen, die, von den Haus- und Grundbesitzer-Vereinen ausgearbeitet, in den Hausfluren der Mietwohnungen aller größeren Städte hingen und in diktatorischem Tone so ziemlich alle Lebensäußerungen der Mieter verboten. Und damals herrschte immerhin noch ein relatives Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt.

Für jeden modernen Sozialpolitiker, für jeden Sozialreformer war es zu jener Zeit eine selbstverständliche Forderung, daß Wohnungen, daß die Heimstätten des Menschen kein Objekt der Wirtschaftswillkür sein dürften. Auch die christliche Soziallehre vertrat diesen Standpunkt. Aber die westdeutsche Bundesrepublik, die nach Artikel 29 des Bonner Grundgesetzes ein "sozialer Staat" ist, hat mit kühnem Entschluß diese Erkenntnisse zum alten Eisen geworfen. Im neuen Wohnungsabbaugesetz wird die Wohnung offen als Ware deklariert, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu folgen hat. So kümmerlich die Begründungen für die wundervolle "Reform" der Krankenversicherung waren, so kümmerlich und verlogen sind auch die Begründungen für das Wohnungsabbaugesetz. Es handelt sich bei diesem Gesetz um ein ganz klares Wahlgeschäft. Aber eine Begründung muß her. Der deutsche Bundesbürger wird sie schon schlucken. Und so erzählt man ihm zu allererst, daß sich die Wohnungsbewirtschaftung nicht mit der "sozialen Marktwirtschaft" vertrage, die sich so bewährt habe (siehe Wirtschaftswunder). Nun ist die soziale Marktwirtschaft mit ihrem kaum noch zu überbietenden Agrarprotektionismus, der das ungläubige Staunen der übrigen Welt hervorruft, ein Kapitel, das einer eingehenden Abhandlung wert wäre. Aber selbst die angeblichen Voraussetzungen der "sozialen Marktwirtschaft" einmal anerkannt, so würden sie die Einführung einer Marktwirtschaft für Wohnungen niemals rechtfertigen, denn es ist ja eben kein "Markt" vorhanden! Wohnungen sind heute in der Bundesrepublik ein Monopolgut. Das wird im Ernst auch nicht bestritten und der Streit über den Prozentsatz an fehlenden Wohnungen unterstreicht nur die Richtigkeit unserer Behauptung. Ein anderes Argument reißt sich diesem würdig an: es widerstrebe der der CDU so besonders ans Herz gewachsenen "sozialen Gerechtigkeit", daß die Bewohner einer Altbauwohnung weniger an Miete zahlen müssen als die Bewohner einer Neubauwohnung. Darum sind die christlichen Demokraten zu dem salomonischen Entschluß gekommen, die Altbaummieter auch mehr zahlen zu lassen! Auch die weiteren "Begründungen" sind von der gleichen Art. In einigen Wochen wird jedem Steuerzahler durch Postwurfsendung eine Broschüre der Bundesregierung zugestellt werden, in der sie ihm die Verteile des Wohnungsabbaugesetzes klar machen wird. Die Kosten für diese Wahlbroschüre trägt der Steuerzahler!

Die Gewerkschaften haben sich damit begnügt, neben einigen mageren Protesten gegen das Wohnungsabbaugesetz zu erklären, daß die erhöhten Mietkosten durch höhere Lohnforderungen ausgeglichen werden sollten. Diese Haltung entspricht völlig dem wirtschaftswunderlichen Denken. Die unmittelbaren Mieterhöhungen sind im Augenblick - vielleicht! - neben den anderen Preiserhöhungen durch eine Anhebung der Lohnsätze auszugleichen. Aber das heißt doch nur von heute auf morgen gedacht! Was bleibt, sind die systematischen Verschlechterungen der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Einrichtungen. Und hier liegt der Schlüssel zur Situation. Was in der letzten Zeit vor sich geht, die Verschlechterung der Krankenversicherung, der Abbau der Wohnungsbewirtschaftung, das Staatsnotstandsgesetz, die alle 14 Tage regelmäßig in der Presse auftauchenden Meldungen über "rechts- und linksradikale" Umtriebe -- das alles sind Einzelheiten eines genau vorbedachten Plans. Die verantwortlichen Männer der Bundesrepublik wissen genau, daß eines Tages das "Wirtschaftswunder" ein Ende nimmt und sich dann die Krisenempfindlich-

keit der westdeutschen Wirtschaft in aller Schärfe und mit allen Folgen zeigen wird. Das verrät man dem braven Bundesbürger zwar nicht, aber man trifft so seine Maßnahmen. Und dazu gehört in erster Linie der rechtzeitige Abbau der sozialen Maßnahmen, die man zwar im Augenblick noch bagatellisieren oder durch Lohnerhöhungen kompensieren kann. Ist aber die Krise da, ist es mit den Lohnerhöhungen und dem Arbeitsangebot vorbei. Was bleibt, sind die sozialen Verschlechterungen, die sich dann in voller Schärfe bemerkbar machen werden: in der Sozialversicherung, in der Wohlfahrt, auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Und um dem dann aus allen Himmeln des Wirtschaftswunders fallenden Bundesbürger die Notwendigkeit von Ruhe und Ordnung begreiflich machen zu können, hat man das "Staatsnotstandsgesetz", hat man eine wohlorganisierte Polizei, die nicht nur über Wasserwerfer verfügt, hat man noch vielorloi, was dann notfalls vorgeführt und eingesetzt werden würde.

Kriegstänze der Reformer

Der Kampf um die "Krankenversicherungs r e f o r m", wie man die Verschlechterung der deutschen Krankenversicherung nennt und mit der wir uns bereits im vorigen Briefe beschäftigten, nimmt immer verworrnere und verwirrendere Formen an.

Wie es war:

Der Gesetzentwurf wurde Ende Dezember 1958 veröffentlicht und den beteiligten Kreisen - Verbänden, Organisationen und dergleichen - eine Frist von kaum einem Monat gegeben, um zu dem bedeutungsvollen, rund 450 Paragraphen umfassenden Entwurf Stellung zu nehmen. Offenbar beabsichtigte die Regierung, die Öffentlichkeit, die Krankenkassenverbände und vor allem die Arbeitnehmerorganisationen zu überrennen, um die Verschlechterung der Krankenversicherung möglichst geräuschlos unter Dach und Fach zu bringen. Das klappte jedoch nicht ganz! Die betroffenen Kreise meldeten sich nachdrücklich.

Der DGB lehnte den Entwurf ab und erklärte, daß die angekündigten "Verbesserungen" nur einem kleinen Teil der Versicherten zugute kämen, während die überwiegenden und z.T. grundlegenden Verschlechterungen fast a l l e Versicherten erfaßten. Die DAG lehnte gleichfalls ab und wies besonders auf die Bestrebungen des Entwurfes hin, die Selbstverwaltung der Kassen zu einem leeren Schein zu machen. Auch die anderen Arbeitnehmerverbände, die ärztlichen Organisationen, die Kassenverbände und die Vereinigungen der Ersatzkassen lehnten den Entwurf ganz oder in seinen wesentlichen Teilen ab. Nur die Unternehmerverbände stimmten vorbehaltlos zu. Fast einmütige Ablehnung fand die sogenannte "Selbstbeteiligung". Sie sieht vor, daß der Versicherte jede einzelne ärztliche Handlung bezahlen muß. Die SPD hatte ausgerechnet, daß dadurch für den Versicherten eine zusätzliche Belastung von etwa 30 bis 70 Mark im Monat entsteht. Der Bundesminister für Arbeit erklärte darauf im Februar 1959, daß die Kostenbeteiligung "unter keinen Umständen" zu einer Sonderbelastung von 30 bis 70 Mark führe, sondern "sich in Grenzen hält", die den Versicherten vor übermäßigen Belastungen "schützen". Nach dieser gewundenen bundesministeriellen "Verlautbarung" kann man also getrost annehmen, daß die von der SPD angestellte Berechnung "unter keinen Umständen" übertrieben ist. Zu dieser Belastung des Versicherten kommt dann noch eine Zuzahlung zu den verordneten Arzneimitteln von "höchstens" 3 Mark. Am unerhörtesten ist die Bestimmung des Entwurfes, daß das Kassenmitglied zu den Kosten eines Krankenhausaufenthaltes zuzahlen soll. Das würde unter Umständen zu einer solchen Belastung und wirtschaftlichen Unsicherheit des Versicherten führen, daß die Sicherstellung des Arbeitnehmers, die mit der Einführung der Krankenversicherung im Jahre 1883 erreicht werden sollte, durch den Entwurf wieder aufgehoben wird.

Zurück hinter Bismarck!

Eine Monströsität eigener Art ist auch das vorgesehene Vertrauens-
arztsystem, im Entwurf mit dem neuen und schönen Namen "Beratungs-
ärztlicher Dienst" versehen. Hiernach muß jede Krankschreibung
zunächst vom "Beratungsarzt" begutachtet werden, bevor Krankengeld
gezahlt werden darf. Sogar das Aufsuchen eines Zahnarztes ist von
der Zustimmung dieses "Beratungsarztes" abhängig. In jedem mit
Krankschreibung verbundenen Fall schaltet sich automatisch der
"Beratungsarzt" ein. Zu dem vom Versicherten gewählten Arzt tritt
also praktisch ein zweiter behördlich bestimmter hinzu! Dabei wird
behauptet, der Gesetzentwurf solle das Vertrauensverhältnis zwischen
Arzt und Versicherten festigen und stärken. Der Zustand, der hier
auf dem Gebiete der Krankenbehandlung geschaffen wird, erinnert an
die Zeiten des totalen Kriegseinsatzes in den Jahren 1943-1944!

Zu diesen, jeden Versicherten unmittelbar und sofort berührenden
Verschlechterungen seiner Krankenversicherung treten noch weitere
Maßnahmen hinzu, deren verhängnisvolle Folgen sich erst langsam aus-
wirken werden. Da ist vor allem die fast gänzliche Aufhebung der
Selbstverwaltung zu erwähnen. Bisher war es so, daß innerhalb eines
gesetzlich abgesteckten Rahmens mit darin festgelegten Mindest-
leistungen die Kassenmitglieder selbstverwaltend die Kassengeschäfte
führten. Dieses System hatte sich seit Beginn der gesetzlichen
Krankenversicherung bewährt und war mit Recht der Stolz der versich-
erten Arbeitnehmer. Der neue Gesetzentwurf läßt praktisch fast
nichts mehr davon übrig. Jede Leistung und jede Maßnahme der Kassen
wird jetzt gesetzlich festgelegt und begrenzt. Von wirklicher Selbst-
verwaltung keine Spur mehr. Dafür ein unnötig aufgeblähter Verwal-
tungsapparat, eine erstickende Flut von Papier; alles vom Gelde der
Versicherten zu bezahlen!

Wie es ist!

Der unaufhaltsam heranrückende Wahltermin bereitet jedoch der CDU
Kummer. Sie kann nicht so, wie sie möchte. Dafür war der Widerstand,
den der "Reformentwurf" von allen Seiten fand, zu heftig und zu
allgemein. Vorschläge und Gegenanschläge lösten einander ab. Die
CDU, beunruhigt über den Sturm der Entrüstung, suchte eifrig nach
Formulierungen, um den bösen Kern des Entwurfes zu retten, ihm aber
ein harmloses Mäntelchen umzuhängen. Zur Zeit liegen die Dinge
ungefähr so, daß die CDU auf die "Selbstbeteiligung" bei einem
Krankenhausaufenthalt verzichten will. Selbst die hartgesottenen
CDU-Demagogen hatten Bedenken, mit der Verantwortung für diese
Maßnahme belastet, vor die Wähler zu treten. Die Vorschläge für
eine Kostenbeteiligung für ärztliche Behandlung haben sich inzwi-
schen zu einem kaum mehr überschaubaren Durcheinander gehäuft.
Sie reichen von der im Gesetzentwurf vorgesehenen Inanspruchnahme-
gebühr über das gespaltene Leistungssystem (Behandlung der Pflicht-
versicherten auf Krankenschein, Kostenerstattung für Weiterversi-
cherte) bis zu dem Kostendeckungsverfahren mit nachträglicher pro-
zentualer Selbstbeteiligung. Ein besonders schöner Plan der CDU-
Fraktion wurde am 14. Juni 1960 bekanntgegeben. Er läuft darauf
hinaus, daß die Selbstverwaltungen der Krankenkassen die Beteili-
gung des Versicherten an den Kosten für die Krankheit einführen
müssen, wenn ihre Ausgaben für die Sachleistungen einen bestimmten
Teil ihrer Einnahmen überschreiten. Wenn bei einer Kasse der allge-
meine Beitragsanteil für die Sachleistungen 5,25 Prozent der Grund-
lohnsumme der bei dieser Kasse Versicherten überschreitet, muß sie
eine Krankenscheingebühr von zwei DM für den Versicherten und von
je einer DM für seine Angehörigen einführen. Wenn die Sachleistungs-
ausgaben 5,8 % der Grundlohnsumme übersteigen, soll dann die
ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehene Inanspruchnahmegebühr
eingeführt werden. Unter Umständen hat die Selbstverwaltung noch

die Möglichkeit, statt der Inanspruchnahmegebühr eine 20%ige Selbstbeteiligung des Versicherten anzuordnen. Dieser ausgeklügelte und doch so plumpe Versuch, die Verantwortung für die zusätzliche Belastung des Versicherten der Selbstverwaltung aufzubürden, hat zwar sehr klar offenbart, wie die CDU die Selbstverwaltung auffaßt, im übrigen aber nur allgemeine Ablehnung gefunden.

Wie es werden wird:

Zunächst steht einmal fest, daß irgend eine Entscheidung vor den Parlamentsferien nicht mehr getroffen wird. Frühestens Mitte September wird die CDU-Fraktion sich schlüssig werden, wie sie sich zu dem ganzen Komplex der "Krankenversicherungsreform" stellen wird. Dann ist man aber bereits in so bedrohliche Nähe der Wahlen gerückt, daß nicht mehr daran gedacht werden kann, auch nur einige von den geplanten Verschlechterungen durchzuführen. Das Satyrspiel wird also damit enden, daß man einige Verbesserungen durchführt, wie sie die SPD vorgeschlagen hat, im übrigen die Reform aber auf Eis legt.

Bis auf weiteres!

Trotzdem sollte aber die Angelegenheit zu denken geben.- Bemerkenswert ist vor allem die geringe Mühe, die man sich gab, den Entwurf zu begründen. Die Argumente waren im allgemeinen so leicht und widerspruchsvoll, daß sie die ganze Verachtung vorrieten, die die CDU der arbeitenden Bevölkerung entgegenbringt. Über wesentliche Tatsachen ging man einfach hinweg. So z.B. über die den Krankenversicherungen aufgezwungenen Fremdaufgaben (wie Einzug der Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, Belastung durch Berufsunfälle, Versorgungsleiden und Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz). Wenn es der Regierung wirklich nur um eine Erhöhung der Kassenleistung zum Wohle der Versicherten gegangen wäre, hätte sie dies ermöglichen können, ohne daß den Kassenmitgliedern höhere Beitragszahlungen erwachsen wären. Man brauchte die Kassen nur von den Fremdaufgaben befreien oder diese angemessen honorieren. Der jährliche Aufwand der Kassen für diese Aufgaben wird mit 675 Millionen Mark errechnet. Die Fremdaufgaben sind ein doppeltes Unrecht, da sie praktisch eine Sondersteuer darstellen, die der minderbemittelten Bevölkerung auferlegt ist, um Aufgaben des Staates und der Allgemeinheit auf dem Umweg über überhöhte Mitgliedsbeiträge zur Sozialversicherung zu finanzieren.

Nach der Gipfelkonferenz

Die "Welt" berichtet über den Abbruch der Abrüstungsverhandlungen in Genf wie folgt:

"Genf, 27. Juni. Überraschung, Bestürzung und Enttäuschung hat im Westen der Abbruch der Abrüstungskonferenz durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten ausgelöst. Sechs Wochen, nachdem Moskau das Pariser Gipfeltreffen verhindert hatte, ließen die Sowjets am Montag auch die Genfer Beratungen der zehn Mächte aus Ost und West scheitern.

"Ein schwerer Schlag"

Folgende Reaktionen zum Abbruch der Genfer Konferenz liegen vor:
U S A - Das Außenministerium nannte die Handlungsweise der kommunistischen Länder unverantwortlich. Sein Sprecher teilte mit, die westlichen Vertreter würden vorläufig am Verhandlungstisch bleiben.
G r o ß b r i t a n n i e n - In London gilt der Abbruch als der seit der Gipfelkrise schwerste Rückschlag für die Entspannungsbemühungen.
F r a n k r e i c h - Der Abbruch beweist, daß der neue sowjetische Abrüstungsplan in erster Linie ein Propaganda-
manöver war.
B u n d e s r e p u b l i k - Bonner Regierungskreise bedauerten die Haltung der Sowjetunion, die die Schuld

trage. Das SPD-Präsidium sprach von einer Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses. - Die Moskauer Nachrichtenagentur TASS bezeichnete das weitere Verbleiben des Westens am Konferenztisch als plumpe Manöver zur Täuschung der Weltöffentlichkeit."

Herr von Finkenstein schreibt in der "Welt" vom 29. Juni:
"Die Hoffnungen, die in Genf zu Grabe getragen wurden, begraben sind ganze Epoche. Man hat lange geglaubt, die Sowjetunion bedürfe einer gewissen Entlastung in der Rüstung, um ihr Wirtschaftsprogramm erfüllen zu können. Vieles weist auch heute noch darauf hin, daß Chruschtschow eine solche Entlastung schon im Hinblick auf China sehr gelegen käme. Aber es war ein Trugschluß, anzunehmen, daß er sie wirklich braucht. Die Sowjetunion hat ihre Umrüstung von der konventionellen auf die nukleare Bewaffnung in den letzten zwei Jahren vollziehen können, ohne daß die von vielen Experten vorausgesagte Krise eingetreten ist."

Die bisherigen Verlautbarungen aus dem Westblock wie aus dem Ostblock zeigen wenig von einem "Begräbnis zerstörter Hoffnungen". Mac Millan fordert Chruschtschow auf, sich die Sache noch einmal zu überlegen und die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Der UNO-Sekretär Hammarskjöld ist nicht für die Behandlung der gescheiterten Abrüstungsverhandlungen durch die UNO, wie sie die SU verlangt. Jedenfalls nicht vor Beendigung der Ferien. Beide Seiten schieben sich jetzt gegenseitig die Schuld in die Schuhe. Der Bundestag hat am 30. Juni die bundesdeutsche Außenpolitik diskutiert und beschlossen, daß ihre bisherige Außenpolitik vollkommen richtig war und fortgesetzt werden müsse. Weder die SPD noch die FDP haben gegen diesen Antrag gestimmt, sondern sich nur der Stimme enthalten. Es war eine schonungslose Abrechnung der Adenauerpartei mit den Sozialdemokraten, die gewagt hatten, eine Überprüfung der bisherigen Außenpolitik der Bundesrepublik zu verlangen. Das Kesseltreiben gegen die SPD wurde schon seit dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz vorbereitet. Der Berliner Bürgermeister Amrehn (CDU), der ein längeres Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer hatte, stellte fest: "Für die SPD ist mit dem Fiasco von Paris endlich ein Sturmwind losgebrochen, der sie oder wenigstens einen Teil von ihr bereit macht, allzu lieb gewordene Formeln der politischen Schöngestei über Bord zu werfen und in einen Prozeß des Umdenkens einzutreten."

Wehrminister Strauß stellte der SPD bereits Anfang Juni folgende zehn Fragen:

1. Ist die Opposition bereit einzusehen, daß die Sowjetunion seit ihrem Einbruch in Mitteleuropa das Ziel verfolgt hat, ganz Deutschland unter ihre politische Abhängigkeit zu bringen und die Herrschaft über ganz Deutschland als Ausgangspunkt für die Unterwerfung Europas zu benutzen?
2. Ist die Opposition immer noch der Meinung, daß die Gründung der NATO und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO das eigentliche Hindernis für die Sowjetunion ist, Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands als eines demokratischen, nicht der kommunistischen Herrschaft unterworfenen Staates zu führen?
3. Ist die Opposition immer noch der Meinung, daß die Bundesrepublik bereits die Frage der Wiedervereinigung hätte lösen oder wenigstens erhebliche Fortschritte erzielen können, wenn sie auf das Bündnis mit dem Westen verzichtet und den Aufbau der Bundeswehr unterlassen hätte?
4. Ist die Opposition immer noch der Meinung, daß der Abbau unseres Bündnissystems, die Entlassung der Bundesrepublik aus der NATO, die Aufhebung der Wehrpflicht, der Verzicht auf moderne Waffen uns der Wiedervereinigung näher bringen und uns in absehbarer Zeit zu einem im echten Sinne des Wortes demokratischen, wenn auch bündnisfreien Gesamtdeutschland führe?

5. Ist die Opposition bereit einzusehen, daß die Sowjets nicht gewillt sind - auch nicht gegen die von der SPD jahrelang angebotenen Verzichte auf Bündnis und eigene militärische Verteidigung - das kommunistische Regime in der Sowjetzone abzubauen und daß sie nie dazu bereit gewesen sind?

Ist also die Opposition bereit, die geschichtswidrige Versäumnislegende aufzugeben, die sie zum Kampf gegen die Politik der Bundesregierung erfunden hat?

6. Ist die Opposition bereit, anzuerkennen, daß unser Beitritt zum atlantischen Bündnissystem, die ehrliche Erfüllung unserer Bündnispflichten, das heißt auch der Aufbau der Bundeswehr auf den von unseren Bündnispartnern verlangten und mit ihnen abgesprochenen Stand, eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß unsere mächtigsten Bundesgenossen auch unter großem Risiko bereit sind, die Freiheit Berlins zu verteidigen, die Sicherheit der Bundesrepublik zu garantieren und den Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmungsrecht mit allen politischen Mitteln zu unterstützen?

7. Ist die Opposition bereit, gemeinsam mit der Regierungsmehrheit den Aufbau der Bundeswehr zu tragen, die Verteidigungspflicht des Staatsbürgers auch im militärischen Bereiche anzuerkennen und dem deutschen Soldaten dieselben Waffen zuzubilligen, die ein möglicher Angreifer bereits besitzt und deren Bestände er laufend verstärkt?

8. Ist die Opposition bereit, in Zukunft die Erfüllung unserer militärischen Verpflichtungen gegenüber den Partnern unseres Bündnissystems nicht mehr als "militärpolitischen Größenwahn" oder als "Streben nach militärischen Großmachtzielen" zu diffamieren, sondern schlicht als bittere nationale Notwendigkeit anzuerkennen?

9. Ist die Opposition bereit, die bisher von ihr so geförderten Pläne für einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland oder aus Europa, die alle unter dem Stichwort "Disengagement" gelaufen sind, aufzugeben und einzusehen, daß durch solche Pläne die Spannungen nicht vermindert, sondern der kommunistische Druck vermehrt wird?

10. Ist die Opposition bereit, einzusehen, daß nur eine weltweite, allgemeine, kontrollierte Abrüstung, nicht aber eine einseitige militärische Schwächung der Bundesrepublik zu einer wirklichen Entspannung führen kann, vorausgesetzt, daß die Sowjetmachthaber eine wirkliche Entspannung wünschen und nicht Koexistenz nur als einschläfernde Formel für die Tarnung verstärkter kommunistischer Zersetzungstätigkeit benutzen?

Wehner sprach im Bundestag am 30. Juni als erster Redner nach der offiziellen Erklärung des Außenministers von Brentano. Diese Regierungserklärung war eine einzige Anklage gegen die SPD, aufgebaut auf den zehn Fragen des Verteidigungsministers Strauß. Der Inhalt der Rede Wehners kann nicht nur seine persönliche Auffassung sein, denn er sprach als Beauftragter seiner Partei. Der einzige andere SPD-Redner, der Abgeordnete Erler, korrigierte nicht den Inhalt der Rede Wehners, sondern versuchte nur den jämmerlichen Eindruck zu verwischen über die Form, in welcher Wehner seine Entschuldigungen gestammelt hatte. Der Inhalt der Rede Wehners bestand in der Forderung und Begründung einer gemeinsamen Überprüfung der Außenpolitik mit der Regierung. Er entschuldigte das SPD-Wiedervereinigungsprogramm, das er, Wehner, ja schon als unbrauchbar zurückgezogen habe. Die SPD forderte die gemeinsame Überprüfung, um die Schwenkung auf die Linie der CDU-Politik gegenüber eventuellen Rebellen in der SPD rechtfertigen zu können. Die Adenauerpartei gab aber kein Pardon. Alle Redner erklärten, sie hätten nichts zu überprüfen, ihre Außenpolitik sei die einzig richtige gewesen; das Scheitern der Gipfelkonferenz und der Abbruch der Abrüstungsverhandlungen bestätigten

die Richtigkeit. Die SPD müßte dieses anerkennen. Nicht die Gemeinsamkeit der Außenpolitik sei wichtig, sondern ihre Richtigkeit. Die CDU-Redner erklärten sich bereit, ihr Verhältnis zur SPD davon abhängig zu machen, inwieweit die künftigen Taten der SPD der Rede Wehners entsprechen werden.

Die Entwicklung des Zeitgeschehens wird nur in dem Maße von Beschlüssen der Parlamente und Regierungen beeinflußt, wie sie den vorhandenen Kräfteverhältnissen entsprechen. Die Außenpolitik der Bundesregierung geht von der Voraussetzung aus, die Westmächte könnten die SU zwingen, ihre Politik den Forderungen der Westmächte entsprechend zu ändern. Das ist Festhalten an der bereits offensichtlich gescheiterten Politik der Stärke. Das widerspricht den gegebenen Kräfteverhältnissen. Das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz und der Abbruch der Genfer Abrüstungsverhandlungen beweisen, daß man der SU nicht den Willen der Westmächte aufzwingen kann. Außerhalb der Bundesrepublik wird dies bereits erkannt, wenn auch nur widerstrebend. Die Bundesregierung glaubt, mit ihrer Außenpolitik dem Block der Westmächte neue Kraft zur Stärkepolitik zu verschaffen, wenn alle Parteien die deutsche Aufrüstung verstärken helfen und die Dienstpflicht der Bundesarmee und die Forderungen der NATO nicht nur anerkennen, sondern zu ihrer Hauptaufgabe machen. Die Bundesarmee und die NATO müssen mit modernen Kernwaffen ausgerüstet werden, wie Minister Strauß in den zehn Fragen es fordert.

Das hätte Sinn und Verstand, wenn durch diese Politik der Bundesrepublik die Westmächte militärisch so stark gemacht werden könnten, daß damit der sozialistische Staat nicht nur bedroht, sondern auch besiegt werden könnte. Das sind gefährliche Wunschträume, die das Gerede von der friedlichen Wiedervereinigung in Freiheit und von der friedlichen Revision der Oder-Neiße-Grenze Lügen strafen. Die verschiedenen Reden zur Befreiung der 17 Millionen in der DDR deuten an, daß damit nicht die nationale Wiedervereinigung gemeint ist, sondern die Beseitigung der Besatzungsmaßnahmen der SU, nämlich die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und ihre planmäßige Verwaltung; denn sie bilden die Grundlage der DDR als Staat. Also Restauration des Kapitalismus im Gebiet der DDR. Wer glaubt, dies ohne vorherige gewaltsame militärische Vertreibung der SU zu erreichen, ist ein Narr. Mit solchen Absichten mit der SU über Abrüstung und friedliche Ko-existenz zu verhandeln, ist Zeitverschwendung.

Die SU hat ihre Vorschläge zur Abrüstung nicht nur propagiert, sondern einseitig bereits zweimal Truppen vermindert und entläßt zur Zeit wieder 1 200 000 Soldaten. Sie hat wiederholt Vorschlägen der USA zugestimmt, obgleich sie radikalere vorgezogen hätte. Schon 1955 hat die SU sich bereit erklärt, Kontrollen von Häfen, Flugplätzen und Eisenbahnknotenpunkten zuzulassen, so daß jeder Überraschungsangriff unmöglich gemacht worden wäre. Aber sobald die SU die Vorschläge der USA, Engländer oder Franzosen annahm, verleugnete die USA ihre eigenen Vorschläge und zog sie zurück.

1957 wurde Staatssekretär Stassen, der amerikanische Unterhändler, gestürzt, weil er von der eigenen Regierung desavouiert wurde. Es ist nicht wahr, daß die SU wirksame Kontrollen abgelehnt hat oder ablehnt, vorausgesetzt, daß es sich um die Kontrolle tatsächlicher Abrüstungsmaßnahmen handelt. In der Frage der Kernwaffenausprobierung verzichtete die SU einseitig und zwang die USA und England zur Verhandlung. Seit zwei Jahren verhandelt man in Genf über die technischen Kontrollmöglichkeiten. Die Sachverständigen sind in allen wesentlichen Fragen zu Übereinstimmungen gekommen. Die USA bestehen aber auf unterirdischen Kernexplosionen. Daran scheiterte bis jetzt ein Abkommen.

Es gilt sich Rechenschaft darüber zu geben, wie sich die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit seit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution verändert haben. Der Sozialismus ist aus einem Ideal, das der Arbeiterbewegung vor Jahren vorschwebte, zu der heute funktionierenden Weltmacht geworden. 1957 nahmen an den Feiern des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution 64 kommunistische Parteien teil, die 33 Millionen Mitglieder vertraten. 1917 zählte die KPdSU im Oktober, als sie als führende Kraft der Revolution wirkte, 240 000 Mitglieder. Sie war die einzige kommunistische Partei. Alle anderen kommunistischen Parteien sind erst nach 1919 nach der Entstehung der kommunistischen Internationale gegründet worden. 1958 zählt die KPdSU 7 800 000 Mitglieder. Weder die innere Konterrevolution noch die ausländische Intervention konnten der ersten siegreichen proletarischen Revolution "das Lebenslicht ausblasen", wie Churchill forderte. Seit dem ersten Tag der Sowjetmacht erklärten alle "Sachkenner" die SU als lebensunfähig. Gescheitert sind diese Sachkenner, nicht die SU. Die isolierte SU war imstande, die Hitlerarmee des deutschen Imperialismus zu zerschlagen und aus ihrem Lande zu verjagen. Auf dieser Tatsache beruht die Oder-Neiße-Grenze, die Besetzung des Gebietes jenseits der Elbe und Werra. Es sind die Folgen des verlorenen Raubkrieges, mit dem der deutsche Imperialismus den Kommunismus vernichten und sich die Gebiete der SU bis an die Wolga annectieren wollte. Chruschtschow schlägt vor, diese Kriegsfolgen durch einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten zu beseitigen. Aber die SU wird kein Verschieben der Westmächte bis an die polnische Grenze, weder die alte noch die neue, zulassen. Der sozialistische Block ist jetzt verstärkt durch die chinesische Volksrepublik und durch die Volksrepubliken in Osteuropa, die früher Barrieren gegenüber der isolierten Sowjetunion waren. Die Sowjetunion ist zu einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten bereit, der die Wiederherstellung des Kapitalismus im Gebiet der DDR unmöglich macht, aber die nationale Einheit ermöglicht. Die Arbeiterklasse in der DDR und in der Bundesrepublik kann auf den Vorschlag der SU eingehen. Er genügt ihrem Klassenbedürfnis, sie müssen allerdings die Grundlagen, die die Besatzungspolitik der SU geschaffen hat, in eigene Verwaltung umbauen und sie dadurch erst zu sozialistischen Errungenschaften machen. Die Kapitalisten und ihre Anhänger werden mit allen Mitteln versuchen, dieses zu verhindern.

Die Bundesdeutsche Außenpolitik behandelt eine Verständigung über einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Vorschläge der SU als Vaterlandsverrat. Es wäre aber das einzige Mittel, die Zerstörung Deutschlands zu vermeiden. Nach der "Welt" vom 23. Juni sagte Adenauer in Köln: Die Außenpolitik wird in den nächsten Jahren unser Schicksal entscheiden. Und die Außenpolitik, die wir jetzt zehn Jahre im ständigen Kampf gegen die Sozialdemokraten geführt haben, hat sich im Laufe dieser Jahre und gerade in der letzten Woche eklatant als einzig richtige Politik erwiesen." Sie wird also fortgesetzt. Es ist mit keiner Entspannung der Gegensätze, sondern mit einer Verschärfung in der Zukunft zu rechnen. Die Gleichschaltung der SPD an die Außenpolitik Adenauers fügt dieser keine neue Kraft zu. Die Zersetzung der SPD kann der CDU Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen bringen, aber keinen Machtzuwachs, der sich weltpolitisch zu Gunsten der Ziele: Wiedervereinigung in Freiheit und Selbstbestimmung auswirkt. Im Gegenteil. In den Ländern des sozialistischen Blocks, die Opfer des deutschen Imperialismus waren, ist bei denen, die noch Hoffnungen auf die SPD und die deutsche Arbeiterklasse gesetzt hatten, der Glaube verloren gegangen, diese könnten eine Kraft sein oder werden, um die neudeutschen Imperialisten daran zu hindern, sie ein drittes Mal zu überfallen. Sie werden weitere Opfer auf sich nehmen, um sich militärisch der Bundeswehr und der NATO überlegen zu halten.

In England, Frankreich und Italien sind entscheidende Teile der Werktätigen nicht bereit, ihren Regierungen eine Politik zu erlauben, die sie zwingen würde, für Berlin oder die Aufhebung der Oder-Neiße-Grenze zu sterben.

Die Versuche Chruschtschows, die Basis für eine friedliche Koexistenz zu schaffen, sind nicht gescheitert an dem Widerspruch Chinas, sondern am Verhalten der Vereinigten Staaten und der Außenpolitik Adenauers. Dies zu vertuschen, wird sogar den servilsten Journalisten der Westblockverteidiger immer schwieriger. Ihr Lügengebäude, das sie errichten, fällt wie ein Kartenhaus unter dem Lufthauch der Wirklichkeit zusammen.

Ausgerechnet der Festartikel zum 90. Geburtstag Lenins: "Lang lebe der Leninismus!" der "Roten Fahne" Nr. 8 in Peking soll Chruschtschow wegen seiner Koexistenzpolitik verurteilt und veranlaßt haben, die Pariser Gipfelkonferenz und die Genfer Abrüstungsverhandlungen abubrechen. Der Angriff gegen die Koexistenzpolitiker richtet sich gegen die Jugoslawen. Es heißt in dem Artikel:

"Die US-Imperialisten, die erklärten Repräsentanten der Bourgeoisie in vielen Ländern, die modernen Revisionisten der Titoclique und die Rechtssozialdemokraten bemühen sich, um die Völker der Welt irre zu führen, mit allen Mitteln ein höchst verzerrtes Bild von der heutigen Weltlage zu zeichnen, und wollen damit ihre Phantasien bestätigt finden, wonach der Marxismus und auch der Leninismus veraltet sind. In seiner Rede Ende 1959 sprach Tito wiederholt von der sogenannten "neuen Epoche" der modernen Revisionisten.

"Gegenwärtig hat in der Welt eine Epoche begonnen, in der in den Nationen Entspannung eintritt und in der sie sich in aller Ruhe ihren inneren Aufgaben widmen können. Eine Epoche hat für uns begonnen, in der neue Fragen auf der Tagesordnung stehen, nicht die Frage des Krieges oder Friedens, sondern Fragen der Kooperation in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten; und im Rahmen der wirtschaftlichen Kooperation taucht auch die Frage des Wirtschaftswettbewerbes auf."

Meint Tito den "inneren Aufbau" der bewaffneten Expansion, den die Imperialisten betreiben, um die Völker ihrer Länder und die ganze Welt zu unterdrücken?Welche "Kooperation" ist gemeint? Ist es die "Kooperation" des Proletariats mit der Bourgeoisie zum Schutze des Kapitalismus? Handelt es sich um die "Kooperation" der kolonialen und halbkolonialen Völker mit den Imperialisten zum Schutze des Kolonialismus? Ist die "Kooperation" sozialistischer Länder mit kapitalistischen Ländern gemeint, um das imperialistische System bei seiner Unterdrückung der Völker dieser Länder und der nationalen Freiheitskriege zu schützen? Mit einem Wort, die Behauptungen der modernen Revisionisten von ihrer sogenannten "Epoche" sind Angriffe auf den Leninismus

Wir Marxisten dürfen bei der proletarischen Politik nicht nur von vorübergehenden Ereignissen oder augenblicklichen politischen Veränderungen ausgehen, sondern sie muß auf den herrschenden Klassengegensätzen und dem Klassenkampf einer ganzen historischen Epoche beruhen. Dies ist eine grundsätzliche theoretische Position der Marxisten. In der sogenannten "neuen Epoche" der Titos gibt es tatsächlich keinen Imperialismus, keine proletarische Revolution und, überflüssig zu sagen, keine Theorie und Politik der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur

Es gibt auch einige Personen, die keine Revisionisten sind, sondern Menschen mit guten Absichten, die aufrichtige Marxisten sein möchten, aber angesichts gewisser neuer historischer Phänomene verwirrt werden und daher auf falsche Ideen kommen. Z.B. sagen einige,

das Versagen der imperialistischen Politik der atomaren Erpressung bedeutet das Ende der Gewalt. Während wir die Absurditäten der modernen Revisionisten gründlich zurückweisen, sollten wir gleichzeitig diesen gutwilligen Menschen helfen, ihre Ideen zu korrigieren...

Lenin erklärte, daß man sowohl zwischen zwei wesensverschiedenen Staatstypen unterscheiden muß, dem Staat der bourgeoisen Diktatur und dem Staat der proletarischen Diktatur, als auch zwischen zwei wesensverschiedenen Typen der Gewalt, der konterrevolutionären und der revolutionären; solange es eine konterrevolutionäre Gewalt gibt, muß es auch eine revolutionäre geben, die jene bekämpft. Es ist unmöglich, die konterrevolutionäre Gewalt ohne revolutionäre Gewalt fortzufügen.

"Friedliche Koexistenz" ist ein neuer Begriff, der erst entstand, als nach der Oktoberrevolution sozialistische Länder in der Welt auftraten. Die Imperialisten wurden erst nach dem Mißlingen des Interventionskrieges gegen die SU, nach etlichen Jahren der Kraftprobe, nachdem der Sowjetstaat fest auf den Füßen stand und nachdem sich ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte zwischen dem SU-Staat und den imperialistischen Ländern gebildet hatte, zur "Koexistenz" mit der SU gezwungen. Lenin erklärte 1920:

"Wir haben uns Bedingungen erkämpft, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt genötigt sind, Handelsbeziehungen zu uns aufzunehmen."

Der Zeitabschnitt von 1920 bis 1940 vor dem zweiten Weltkrieg, vor dem Angriff Deutschlands auf die SU war eine Periode der friedlichen Koexistenz zwischen dem Imperialismus und der SU. Während dieser 20 Jahre blieb die SU der friedlichen Koexistenz treu.

Die Außenpolitik der sozialistischen Länder kann nur eine Politik des Friedens sein. Das sozialistische System bestimmt, daß wir keinen Krieg brauchen, daß wir unter keinen Umständen einen Krieg beginnen und in keinem Fall unberechtigt auch nur einen Fußbreit auf ein Nachbarland übergreifen dürfen. Seit ihrer Gründung verfolgt die Volksrepublik China eine Außenpolitik des Friedens

Die kommunistische Partei und die Regierung unseres Landes haben in den vergangenen Jahren stets die Friedenspolitik unterstützt, die das Zentralkomitee der kommunistischen Partei und die Regierung der Sowjet-Union unter Führung des Gen. Chruschtschow verfolgte, da wir der Meinung sind, daß diese Politik der KP und Regierung der SU den Völkern der Welt die Festigkeit der friedlichen Außenpolitik der sozialistischen Länder sowie die Notwendigkeit bewies, einen neuen Weltkrieg der Imperialisten zu verhindern und für einen dauerhaften Frieden zu kämpfen.

Solange sich die in der Moskauer Deklaration genannten machtvollen Kräfte des Friedens weiterentwickeln, ist es möglich, die Situation friedlicher Koexistenz zu bewahren oder sogar eine Art offiziellen Abkommens über die friedliche Koexistenz zu erzielen oder ein Abkommen über das Verbot atomarer und nuklearer Waffen abzuschließen. Dies wäre sehr zu begrüßen, da es den Beghungen aller Völker der Welt entspricht. Dennoch ist sogar unter diesen Umständen, solange das imperialistische System noch besteht, der Krieg als schärfste Form der Gewalt noch nicht beseitigt."

Das sind wörtliche Auszüge aus der "Roten Fahne" Nr. 8 in Peking. Damit vergleiche man die Schwindelnachrichten in der kapitalistischen Presse West-Europas.

Es sind Wunschträume der kapitalistischen Mächte, daß es zwischen China und der SU zu prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten kommt, die die Einheit des kommunistischen Blocks zerstören könnten. Die Erklärung der "Pekinger Volkszeitung" vom 29.6.:

"Die Einheit der kommunistischen Parteien und der Arbeiterparteien aller Staaten des von der SU geführten sozialistischen Lagers, die Einigkeit zwischen China und der SU, zwischen der chinesischen und der sowjetischen kommunistischen Partei beruht auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Moskauer Erklärung. Diese Einheit ist unerschütterlich. Sie hält allen Belastungen stand. Die unterschiedene Billigung, die die berechtigte Haltung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow auf der Vorbesprechung für die Viermächte-Gipfelkonferenz in Paris bei den sozialistischen Ländern fand, manifestierte erneut die große Einheit des sozialistischen Lagers."

Die Zitate aus der "Roten Fahne", die wir beliebig vermehren können, beweisen, daß diese neuerliche Erklärung der "Volkszeitung" nicht im Widerspruch zu den Artikeln der "Roten Fahne" steht. Die Fälschungen, die wochenlang in der bürgerlichen Presse verbreitet wurden, sind durch diese Gegenüberstellungen als solche entlarvt.

Der Staat und der VWK

Der Staat ist das Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der "Ordnung" halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

Friedrich Engels

Der Staat steht "scheinbar über der Gesellschaft", sagt Engels. Wie der Staat die Konflikte innerhalb der "Ordnung" hält, das mußte der "Verein für wirtschaftliches Kraftfahren", ins Leben gerufen vom Vorsitzenden des DGB in Bremen, Richard Boljahn, am 25. Mai erfahren durch eine einstweilige Verfügung der 2. Kammer für Handelssachen gegen den VWK und die Bremer Garagen- und Tank-GmbH. Die "Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs e.V." in Frankfurt trat als Interessenvertreterin der Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen als Klägerin gegen den VWK und die Bremer Garagen- und Tank-GmbH auf. Sie berief sich in ihrer Anklage auf das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und das Rabattgesetz. Das Gericht gab der Anklage statt und untersagte ab sofort der Tank-GmbH, weiterhin Vergaserkraftstoff an die Mitglieder des VWK billiger als an andere Verbraucher zu verkaufen.

Diese beiden Gesetze, auf die sich die Anklage stützt, schützen die Privilegien der wirtschaftlich Stärkeren gegen die wirtschaftlich Schwächeren. Beide Gesetze sind entstanden als Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung. Für den marxistisch denkenden Sozialisten Beweis genug, welche Rolle der Staat in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung spielt. Aber es gibt auch "freiheitliche Sozialisten". Sie haben den Marxismus "überwunden" und denken "sozialdemokratisch". "Sozial" heißt für sie, einen möglichst großen Anteil am Produkt der kapitalistischen Wirtschaft zu ergattern. "Demokratisch", das ist für sie die Sozial-Partnerschaft unter der ausglei-

chenden Gerechtigkeit des Staates. Zwischendurch erleiden sie dann Pleiten, wie die einstweilige Verfügung in unseren Fall beweist und wie sie noch in anderen gleichartigen Urteilen zum Ausdruck kommen. Aber noch ist nichts verloren! Der gute Richard fand den richtigen Dreh und jetzt wird das billige Benzin nur noch an die Mitglieder des VWK verkauft. Die anderen Kunden der Tank-GmbH müssen sich andere Tankstellen suchen. Außerdem wird Berufung eingelegt. "Es wird weiter gekämpft," wie Richard Boljahn verlauten ließ (mit allen demokratischen Mitteln, versteht sich). Gekämpft? - Moment mal! - Nachdem der Staat "Recht" gesprochen hat, will man dagegen kämpfen? Gegen den Staat, den man erhalten will und der auch eine Verteidigung gegen innere und äußere Feinde wert ist? Da kenne sich noch einer aus! Und der Mann auf der Straße, was sagt der dazu? Gemeint ist der, der gar kein Auto hat, denn solche Rückständigen soll es ja auch geben in unserer Zeit. Sollte er plattdeutsch sprechen, sähe das etwa so aus:

"Sorgen hebbt de dar boben von de Gewerkschaft, schollen sik beter um use Löhne un use Arbeitstid oder um de hogen Preise kümmern, wo se all watt von hewt, abers nä, dar möt se sik um de Bezinkutschers kümmern un legt sik mit den Staat un ehre Rechtsverdreiher an - nä, nä, gegen en Hopfen Mest kann doch keen eener gegen anstinken!"

Bremer SPD - Kämpfer für den
Antikommunismus

Von der Raffinesse, die immerhin von der SPD hier und da aufgebracht wird, zeugte ein Artikel der BREMER BÜRGERZEITUNG vom 17. Juni. Die Leser bekamen einen Einblick in östliche Agententätigkeit und kommunistische Unterwanderungen. Es heißt da z.B.:

"Das Nahziel der kommunistischen Unterwanderung ist bei den Gewerkschaften, in die Reihen der Vertrauensleute einzudringen. Gewinnt man einzelne Vertrauensleute, so haben diese den Auftrag, Unzufriedenheit zu provozieren und in den Delegiertenversammlungen oder Betriebsversammlungen vereinbarte Anträge zu stellen oder solche Anträge zu unterstützen. Diese Anträge sind allerdings meistens entlarvend!"

Weiter heißt es dann:

"Bevorzugt werden Kollegen, die als Arbeiter und charakterlich in einem guten Ruf stehen."

Die Absicht der SPD-Parteistrategen ist unschwer zu erkennen. Sie wollen auf diese Weise alle Anträge von vornherein zu Fall bringen, die geeignet erscheinen, wieder etwas Leben in die Gewerkschaftspolitik hineinzubringen. Man versucht alles mit "kommunistischer Unterwanderung" abzutun, um die Ruhe und die "Sozial-Partnerschaft" nicht zu stören. Also, lieber Genosse, sei auf der Hut! Sollte in einer Vertrauensmännerversammlung mal ein Kollege mit einem "guten Charakter" einen Antrag gegen die atomare Aufrüstung stellen, so kannst Du gewiß sein, daß er der "kommunistischen Unterwanderung" erlegen ist. Doch es lohnt sich, über den Charakter einiger SPD-Funktionäre nachzudenken, wenn man einen Teil des letzten Absatzes des eingangs zitierten Artikels liest:

"Die vorstehenden Schilderungen - mit der gebotenen Zurückhaltung gegeben - mögen erkennen lassen, daß kommunistische Unterwanderungsversuche unter der Kontrolle unserer zuständigen Staatsorgane stehen, die dabei von der SPD und dem DGB aktiv unterstützt werden."

Denunziantentum innerhalb der Gewerkschaften, das sind Methoden, auf die sich die Politik der SPD stützen muß, wenn sie als staatsertreuende Partei vom Kapitalismus anerkannt werden will.

.....auch bei den Bremer Falken

Bei den Falken herrscht augenblicklich auf Bundesebene eine Auseinandersetzung, wozu der politische Arbeitskreis (genannt PAK) den Anlaß gegeben hat. Dieser Arbeitskreis, der mit Wissen des Bundesvorstandes der Falken seine Tätigkeit aufnahm, wollte noch vor dem Godesberger Programm der SPD ein eigenes Grundsatzprogramm als Manifest der Linken herausgeben. Träger des Arbeitskreises waren mehrere Kreise des Verbandes. Durch den Druck der Rechten, die hierbei von der SPD unterstützt wurden, mußte der Arbeitskreis sich auflösen. Die Auflösung wurde begründet mit dem Beschluß auf der letzten Verbandskonferenz in Köln, wonach in politischen Grundsatzfragen die führende Rolle der SPD anzuerkennen ist.

Die Falken, die studentischen Verbindungen und andere der SPD nahestehende Organisationen vollkommen auf die Linie der SPD festzulegen, entspringt dem augenblicklichen Bestreben der SPD-Führung, in den Fragen der Wiedervereinigung und der Außenpolitik eine gemeinsame Plattform mit der CDU zu finden.

So hat sich vor kurzem in Bremen bei den Falken ein Vorgang abgespielt, der beweist, daß die Bremer SPD nicht zurückstehen will, die Gleichschaltung im Sinne des Parteivorstandes durchzusetzen. Führende Funktionäre der Bremer Falken, zum Teil Mitglieder der SPD, erpreßten auf einer Sitzung der Gruppenführer von diesen ein schriftliches Bekenntnis zur Auffassung der SPD-Führung im Sinne des Godesberger Programmes und damit der endgültigen Abkehr vom Marxismus. Unter Ausschußdrohung sah sich die Mehrheit der Anwesenden veranlaßt, einen Revers zu unterzeichnen, der besagte, daß kommunistische oder prokommunistische Einstellung nicht mit der Mitgliedschaft zu vereinbaren sei. Zehn Gruppenleiter verweigerten ihre Unterschrift und forderten eine Klarstellung, was man unter "prokommunistisch" verstehe. Da nach den allgemeinen Erfahrungen dieser Begriff nur angewandt wird, um jedes selbständige Denken zu unterbinden, war es nicht weiter verwunderlich, daß dieser Forderung nicht entsprochen wurde. Ein Mehrheitsbeschluß kam überhaupt nur dadurch zustande, daß gefügte und vorher beeinflusste Jugendliche im Alter von zwölf Jahren als stellvertretende Gruppenleiter hinzugezogen wurden. Von den zehn Unterschriftsverweigerern wurden einige ausgeschlossen, die anderen ihrer Funktionen enthoben. Alles das geschah, obwohl der Verband sich in seiner Satzung zum Sozialismus bekennt nach dem ebenfalls verankerten Grundsatz, die hierzu notwendige Unabhängigkeit zu wahren. Auch Satzungsfragen sind Machtfragen, um in abgewandelter Form mit Lassalle zu sprechen. Der Bremer SPD, in dem von uns geschilderten Fall unterstützt durch ihren Bezirkssekretär Landwehr (ehemals KP), blieb es vorbehalten, diese Erkenntnis auszuwerten, damit sozialistisches Gedankengut ausgemerzt wird.

Von der Wiege bis zur Bahre - Formulare.....

Formulare waren schon in Preußend Deutschland eine Plage für die Untertanen. Und die Schweizer hatten ihren Teil mit Pfeil und Bogen, die Franzosen ihren Triumpfbogen und die Amis den Fragebogen. Logt heute ein Schiff in einem amerikanischen Hafen an, dann kommt als erster ein Kontrolleur an Bord. Seine Aufgabe ist es, den landhungrigen deutschen Seemann auf Gewissen und Überzeugung zu testen. Hiervon hängt es ab, ob er einen Landausgangspass erhält. Diese Gehirnwäsche geschieht mit Hilfe von dicken Namenslisten, die aus den 1945 für die Befreier ausgefüllten Fragebogen erstellt wurden. Wer damals die 197 Fragen wahrheitsgemäß beantwortete und etwa gar dabei dachte, die Alliierten haben ja die "Vier Grundwahrheiten" als Kampfziel gegen den Hitlerfaschismus aufgestellt, der fühlt sich, wie so mancher Seemann, geprellt, wenn er 1960 das gelobte Land der USA nicht

betreten darf. Er muß an Bord bleiben. Damit er aber nicht in tief-sinnige Betrachtungen widersätzlicher Art verfällt, wird ihm ein Wachmann des amerikanischen Ordnungsdienstes als ständige Begleitung an Bord beigeleitet. Dieser demokratische Schutz wird allerdings nicht kostenlos gewährt. Der Kapitän des Schiffes bzw. die Reederei muß nicht nur eine Kautions in harter Währung hinterlegen, sondern für den wachsam Mann außerdem täglich 60 Dollar zahlen. Das ist ein teurer Spaß für die Reederei, der für den unglücklichen Seemann zur Folge hat, daß er im Heimathafen seinen Seesack packen und sich ein anderes Schiff suchen muß. Seeleute aller Chargen, denen meistens die Fragebogen nicht mehr in Erinnerung waren, eilten dann spornstreichs auf das Generalkonsulat der USA. Mit einem smarten "Keep-smiling" wurde ihnen bedeutet, sie möchten "eindeutige Beweise" ihres Gesinnungswandels erbringen. Resigniert gingen diese einfachen Menschen, die 1945 das Ende der Gesinnungsschnüffelei erwartet hatten, davon.

Zu Stalins Zeiten erlebten Seeleute aller Nationen so etwas in den Häfen der UdSSR nicht. Dort wurde die gesamte Mannschaft wie eine Sonntagsschule geschlossen zum Seemannsclub, ins Varieté und in einen Zircus geführt. Mittlerweile hat es dort zeitweilig "getaut", wodurch der menschliche Kontakt aufgelockert und besser geworden ist.

Aber in Amerika geht ja bekanntlich die Sonne viel später auf als in Osten. Und wenn mal der kalte Krieg beendet sein wird, hat vielleicht ein Bremer, Hamburger oder Emdener Seemann Aussicht, seine letzte Heimstatt inmitten der Freiheitsstatue in Newyork zu finden.

Täglich zwei, drei Überstunden
- die Gewerkschaft ist ja doof -
Hab ich mich recht abgeschunden,
Geh ich samstags auf den Schwoof,
An den Beinen Ringelsöckchen,
Sakko nach dem neu'sten Schnitt,
Auf der Birne Kringellöckchen.
Klassenkampf? - Hau ab damit!

Später ändert sich die Lage.
Erst kommt die Frau. Und dann ein Kind.
Die Überstunden werden Plage,
Doch nötig - und die Zeit verrinnt.
Am Abend bin ich schrecklich müde.
Der Schädel brummt, das Hirn ist leer.
Mit fünfzig bin ich invalide,
Proleten? - Nein, die gibt's nicht mehr!

Harry H a l l e r

M Ä N N E R S T O L Z

oder

Der Neue Senator!

(Demokratisches Lustspiel in zwei Aufzügen)

. o o - o o .

Personen:

Der Herr Regierungsdirektor
Der neue Senator
Ein Personalratsvorsitzender

Ort:

Eine Hansestadt

Zeit:

Demokratische Gegenwart

I. Aufzug

(Der neue Senator wird den Angehörigen seines Dienstbereiches vorgestellt)

Zimmer des Personalratsvorsitzenden

Der Herr Regierungsdirektor: (mit einem etwas verzerrten Gemisch von herablassender Leutseligkeit und oberamtlicher Würde)

steht daneben

Der neue Senator: (leutselig und bieder, mit lauter Stimme)

---Also, mein lieber Personalratsvorsitzender, wennse mal was haben, kommense zu mir, ich bin immer für Sie zu sprechen!

Der Personalratsvorsitzende: (verbeugt sich)

Der neue Senator: (will noch etwas sagen)

Der Herr Regierungsdirektor: (zieht den neuen Senator am Ärmel aus dem Zimmer auf den Flur)

II. Aufzug

Auf dem Flur

Der Herr Regierungsdirektor: (wütend flüsternd)

Herr Senator! Sie sind nicht

mehr Gewerkschaftssekretär. Sie sind Senator! Sie dürfen dem Mann nicht sagen, daß er zu Ihnen kommen kann, wenn er will. Der Mann muß den Instanzenweg einhalten!!!

Der neue Senator: (mit ergebener und zerknirschter Stimme)

Jawoll, Herr Regierungsdirektor!

E n d e. (Der Vorhang fällt)

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96

Bremen, Juli 1960

BRUNNEN

INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITSPOLITIK

AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

5

- Heinrich Brandler: Weltpolitisches Wetterleuchten
- "Schlamm" im Bremer Berufsschulzentrum?
- Kaisen - Schrittmacher der neuen und doch so alten Welle
- Lloyd entläßt Arbeiter
- Bremer Straßenbahn wieder teurer
- "Reform der Reform!"

Weltpolitisches Wetterleuchten

Auf der fünfzehnten UNO-Tagung toben sich die weltpolitischen Spannungen, die die bürgerliche Gesellschaftsordnung erschüttern, heftig in Redegewittern und Vernichtungsdrohungen aus, die wie Blitzlichter den Abgrund ableuchten, vor dem die Menschheit steht. Es ist nicht möglich, die Fülle der gegenwärtigen Zusammenstöße auf dem uns zur Verfügung stehenden Raum darzustellen. Wir können nur versuchen, einige der für uns wichtigsten Ereignisse zu behandeln. Die Zusammenstöße sind dort am heftigsten, wo die beiden Weltsysteme, wie mitten in Deutschland und mitten in Berlin, zusammenstoßen. Die Welt ist nach dem zweiten Weltkrieg in die beiden Hauptweltmächte zerfallen, das unter Führung der Vereinigten Staaten stehende Lager der kapitalistischen Gesellschaft und das von der SU geführte sozialistische Lager. Der Vorstoß des sozialistischen Lagers bis an die Elbe und Werra ist Folge des Raubkrieges des deutschen Imperialismus gegen die SU und seine Verjagung vom Don und Kaukasus bis an die Elbe und Werra. Die Verfechter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vergessen diese Tatsache, sie verhalten sich ihr gegenüber a la Morgenstern: "Es kann nicht sein, was nicht sein darf!" Und nicht nur die Besetzung Deutschlands, sondern auch die Oder-Neiße-Grenze sind nicht Folgen der Ausbreitungstendenzen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, sie sind Folgen des deutschen Raubkrieges. Annektionen von Gebieten, die einige Jahrhunderte zum Bestand des eigenen Staates gehört haben, auch wenn sie Beute aus Kabinettskriegen gewesen sind, wie diese schlesischen und polnischen Eroberungen, werden dann besonders schmerzlich empfunden, wenn sie nur die Kehrseite darstellen des eigenen, verlorenen Eroberungskrieges. Maulaufreißereien, wie neulich die von Wirtschaftsminister und Vizekanzler Erhard: "Die Besetzung Schlesiens durch Polen ändere nichts an dessen deutschem Charakter", wurden von "Le Monde" eine "direkte Drohung, gegen welche Warschau und Moskau nicht unempfindlich sein

konnten", genannt, Sie verfolgen nur den Zweck, die Spannungen zu verschärfen. Die von den Geheimfonds finanzierten Aufmärsche und Demonstrationen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sind unter den gegebenen Verhältnissen nur Provokationen. Die Beteuerungen der Demonstranten, daß sie die verlorenen Gebiete nicht gewaltsam, sondern nur mit friedlichen Mitteln zurückerobern wollen, werden durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht nicht glaubwürdiger. Wenn die Führung der Flüchtlingsverbände soviel Aktivität für die Selbstbestimmung der Völker angewandt hätte, um gegen die offen proklamierten Raubpläne Hitlers und der deutschen Imperialisten anzukämpfen, dann hätte es keinen Hitler und keinen Überfall auf Polen, die SU, Frankreich, England usw. gegeben. Wenn sich die gegenwärtigen bundesdeutschen Freiheitskämpfer an diese jüngste Vergangenheit nicht erinnern, die Opfer dieses deutschen Überfalls haben sie nicht vergessen. Sie antworten auf das provokatorische Vorgehen z.B. wie Gomulka in Polen, der öffentlich erklärte: "Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ist in ihren Gasöfen mitverbrannt und in ihren Konzentrationslagern mit erstickt worden." "Die Welt" vom 12.9.1960 berichtet weiter: "Gomulka nannte die für die Wehrpolitik der Bundesrepublik verantwortlichen - unheilbare Geisteskranken, die in eine Zwangsjacke gesteckt werden müßten, damit sie die Welt nicht wieder ins Jnglück stürzen könnten. Zur Frage des Rechts auf Heimat sagte Gomulka: - Den Entschluß zur Aussiedlung der deutschen Minderheiten aus Polen und der Tschechoslowakei trafen die alliierten Mächte in der Sorge um die Sicherheit der Nachbarn Deutschlands in dem Wunsch, den durch das dritte Reich unterjochten Nationen das Selbstbestimmungsrecht zu garantieren." "Die Welt" vom 24.9.1960 berichtet aus Warschau:

"Einen scharfen Angriff gegen Bundeskanzler Adenauer richtete der polnische Primaskardinal Wyszynski in einer am 18. August in der St. George-Kirche in Marienburg (Westpreußen) gehaltenen Predigt, die erst jetzt von der katholischen Wochenzeitung - Slowo Powszechne - veröffentlicht wurde.

In der Predigt, die kurze Zeit nach der in allen Kreisen Polens mit Zorn aufgenommenen Rede des Bundeskanzlers auf dem Ostpreußen-Treffen gehalten wurde, heißt es "-An Euer Ohr drang das Echo der Drohung, die ein feindseliger Mensch im fernen Westen in seinem Hochmut und im Vertrauen auf seine Macht gegen das Land unserer Väter und unsere Freiheit geschleudert hat. Vielleicht hat sich jetzt in manches Herz Furcht vor der Zukunft geschlichen, aber schaut auf diese gewaltsamen Burgen, in denen einst der aus Stahl und Eisen vertrauende Hochmut genistet hat. Wo sind jene geblieben, die einst von diesen Burgen aus mit Gewalt und Haß herrschten?". Gott habe das christliche Polen in das ihm einst entrissene Gebiet zurückgeführt. Die Vermutung, der Kardinal könne solche Äußerungen unter einem gewissen Druck der Regierung gemacht haben, wird von allen Warschauer Beobachtern als irreführend zurückgewiesen. Kardinal Wyszynski hat bereits in zahlreichen Predigten zum Ausdruck gebracht, daß er - die Rückkehr Polens in das Gebiet der Piasten - für eine Auswirkung der göttlichen Gerechtigkeit halte.

Unterrichtete Kreise behaupten, der Kardinal habe seine Predigt absichtlich jetzt veröffentlichen lassen, um Gomulka eine gewisse Unterstützung bei seinem Auftreten vor der UNO zu bieten."

In der UNO-Versammlung werden jetzt die Handhabung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes vor und während der Bundesrepublik erneut dokumentarisch belegt und damit die Entwaffnung der Deutschen, in der Bundesrepublik wieder herrschenden Kapitalisten

gefordert.

Die englisch-liberale, deutschfreundliche Zeitung "Guardian" schreibt am 16.9.1960:

"Die Berliner Politik des Westens beruht auf der Überzeugung, daß ein Übereinkommen mit den Sowjets nur möglich ist, wenn diese der Abhaltung freier Wahlen in einem wiedervereinigten Deutschland zustimmen. Dies würde den Abzug der Sowjets aus Ostdeutschland bedeuten, und daß dieses eintritt, glaubt in ernstzunehmenden Kreisen niemand."

Deshalb macht die Zeitung den Vorschlag: 1. Einen Austausch des Gebietes (nicht aber der Menschen) von West-Berlin gegen ein an Westdeutschland angrenzendes Gebiet Ostdeutschlands mit vergleichbarer Einwohnerzahl. 2. Den Bau eines "Neu-Berlin" in Westdeutschland als der modernsten Stadt der Welt, finanziert von allen Westmächten.... Die Schatzämter könnten die Höhe ihrer Beiträge auf der Grundlage veranschlagen, was sie für einen Monat kriegerischer Auseinandersetzung wegen Berlin bezahlen müßten.... 1,3 bis 1,5 Milliarden DMark als Subventionen werden jetzt schon für Berlin aufgewandt.

Nicht das Unmögliche der Realisierung dieses Vorschlages veranlaßt uns, dieses Zitat zu bringen, sondern die Tatsache, daß ein so ernst zu nehmendes britisches Blatt solche Vorschläge macht, weil es den Konsequenzen des Kampfes um Berlin ausweichen möchte. Mit den Klagen über Verleumdungen und Lügen der Ankläger der Politik in der Bundesrepublik kann man solchen dokumentarisch belegten Anschuldigungen nicht begegnen. Die zur Schau gestellte nationale Empörung und die Berufung auf das angebliche Naturrecht, auf das Selbstbestimmungsrecht, das Chruschtschow sogar den Negern verspricht, bewirken aus diesem Munde das Gegenteil. Ihnen wird die systematische Aufrüstung der Bundesrepublik entgegeng gehalten. Die Tatsache, daß die bundesdeutsche Truppe bereits heute der zahlenmäßig stärkste Truppenteil der Nato ist. Die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, mit oder ohne amerikanische Verschluskontrolle, ist kein Anreiz für den sozialistischen Block, ihm die Sorge vor einem deutschen Revanchekrieg zu nehmen. Der sozialistische Block ist eine Macht geworden, der niemand mehr ohne Krieg seinen Willen aufzwingen kann. Die Westmächte sind mit der bundesrepublikanischen Einheitsfront von Adenauer bis Ollenhauer einig in dem Haß gegen den Kommunismus. Das ist aber nicht gleichzusetzen mit ihrer Bereitschaft und Kraft, der Sowjetunion und dem sozialistischen Block die Revancheforderungen der Bundesrepublik aufzuzwingen. Die Zuspitzung der Gegensätze bei den jetzigen Zusammenstößen ist nur Ausdruck der Tatsache, daß es heute auf der Erde keine Angelegenheit mehr gibt, die ohne die SU als der führenden Macht des sozialistischen Blocks oder gegen sie geregelt werden kann. Die Bundesrepublik ist von den kapitalistischen Siegermächten aus der Niederlage der bedingungslosen Kapitulation als vorgeschobene Front gegen die SU und den sozialistischen Block errichtet worden. Die DDR wurde von der Sowjet-Union als vorgeschobener Verteidigungsposten gegen die ehemaligen kapitalistischen Kriegsverbündeten der SU errichtet. Die staatliche Macht der Bundesrepublik ist von der Westmächten, die der DDR vom Warschauer Block geborgt. Es würde bei der Westmächten, vor allem in Frankreich und England, die ebenfalls vom deutschen Imperialismus überfallen wurden, nicht einfach sein, ihre Völker zum Sterben für Berlin zu mobilisieren. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin wurde ja nicht vereinbart, um die zwei Millionen Berliner gegen die Russen zu verteidigen, sondern um mit den Russen die Deutschen umzuerziehen, Reparationen einzutreiben, sie zu entwaffnen und zu verhindern, daß die "Deutschen" nicht ein drittes Mal

ihre Nachbarn überfallen. Die Wiederbewaffnung Deutschlands gegen die SU und ihre Bundesgenossen wurde ja erst eingeleitet, als man die "Deutschen" der Bundesrepublik so weit umgezogen hatte, daß man sie gegen den sozialistischen Block loslassen könnte. Wegen dieser Kehrtwendung der ehemaligen Verbündeten der SU wächst die Sorge und der Widerstand der Polen, Tschechen, Jugoslawen gegen die drohende Gefahr, wieder überfallen zu werden. Diese Gefahr ist realer als die angebliche kriegerische Bedrohung durch die SU. Das wird sogar in den Vereinigten Staaten in immer breiteren Schichten als "die enorme Lage Berlins" anerkannt. Es bedarf dazu nicht der Enthüllungen durch Überläufer, die Offensivpläne gegen die DDR mitbringen, oder Flugblattproben aus der DDR, worin Schleswig-Holsteiner zur Übergabe aufgefordert werden. Militärische Stäbe sind überall dazu da, um Pläne zu machen. Nicht nur defensive, sondern auch offensive Spezialisten der Zersetzung und psychologischen Kriegführung in allen Lagern machen auf Vorrat Entwürfe für Zersetzungsflugblätter. Das Klappern gehört zum Handwerk, auch zum militärischen. Aber die Sache ist zu ernst, um durch gegenseitiges Abberufen einiger Spione Gruselgeschichten zu produzieren und die Lage lächerlich zu machen. Eins sind wirkliche Spionageflüge a la U 2 über die ganze Sowjet-Union, ein anderes Spionagegreuelgeschichten zur Aufputschung und Verschärfung der Spannung. Wenn in Berlin Flüchtlingsorganisationen Demonstrationen machen, der Bundestag in Berlin tagt und ähnliche Schaustellungen beweisen sollen, daß Westberlin zur Bundesrepublik gehört, statt Sondergebiet innerhalb der Sowjet-Besatzungszone zu sein, wenn die DDR zur Revanche die Kontrolle verschärft, tausend Reisende wieder zurückschickt, so reizen solche gegenseitigen Aktionen, führen aber nicht aus der Sackgasse heraus, sondern fester in sie hinein. Es wird Zeit, daß die noch nicht hysterisch gemachten Menschen, besonders die Arbeiter, sich diesen gefährlichen Praktiken entgegenstemmen, ehe sie noch mehr Schaden anrichten. Es nützt nichts mehr, wenn die Katastrophe wieder da ist, zu jammern, "das haben wir nicht gewollt", nur was positiv geleistet wird, nicht was wir nicht gewollt haben, zählt. Wir haben teuer genug dafür bezahlt.

Daß die Lage kritisch wird, hat auch Adenauer in seiner Siegesgewißheit erschüttert. Nach der "Welt" vom 24.9.60 hat er auf einer Tagung in Rheinland-Westfalen gesagt:

"Noch sind die freien Völker stärker als die Kommunisten. Wir leben in einer Entwicklung, die atemberaubend und entsetzlich ist. Es hilft nichts, die Augen zu verschließen. Dadurch schafft man die schreckliche Spannung nicht aus der Welt. Chruschtschow lebt nach Auffassung Adenauers von der Hoffnung, daß die freien Völker auseinanderfielen.- Ich bedauere sehr, daß diese ganz einfache Tatsache nicht genügend in Europa berücksichtigt wird-, sagte der Kanzler. - Europa ist nicht so einig, wie vor drei oder vier Jahren, das ist eine große Sorge. Es muß alles geschehen, damit die Einheit wieder hergestellt wird. Wenn die Schutzbündnisse gelockert werden, wenn wir uns in Gegensätzen ergehen, wenn die europäischen Völker nationale Gefühle haben, dann erweisen sie Chruschtschow einen großen Gefallen. - Es gibt keine europäische Großmacht mehr. Wir können die christlich-humanistische Kultur Europas nur retten, wenn die europäischen Länder zusammenhalten und fest zusammengehen mit den Vereinigten Staaten. - Wenn die freien Völker nicht einig, geschlossen und stark seien, dann sei die Freiheit in der Welt, vor allem in Deutschland aufs äußerste gefährdet."

Adenauer ruft also zur Sammlung, zur Rettung der christlich-humanistischen Kultur. Da ist nicht viel mehr zu retten, aber es gilt, die Menschheit davor zu bewahren, daß sie im kapitalistischen Zusammenbruch mit untergeht. Es gilt, die bereits gegründeten Fundamente der sozialistischen Gesellschaft auszubauen. Die Entwicklung der SU beweist, daß es gelungen ist, das barbarische Erbe des zaristischen Rußland umzugestalten zu Fundamenten zum neuen Aufstieg. Es hat ungeheure Opfer gekostet, aber sie waren nicht vergeblich und sinnlos wie die viel größeren der beiden Weltkriege, die der Verteidigung der zerfallenden kapitalistischen Gesellschaft dienten. Unter Führung der Kommunisten haben die russischen Werktätigen die erste Aufgabe bewältigt. Sie haben gelernt, planmäßig für die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Masse, statt für den Profit zu produzieren. Nur die Vereinigten Staaten besitzen noch eine größere Produktionskapazität. Beim Bau der Sputniks, Raumschiffe, Raketen ist die SU der USA bereits überlegen. Die sozialistischen Länder folgen im verschiedenen Tempo in derselben Richtung. Nur die Rüstungslast und die Kosten für die Hilfen für zurückgebliebene Länder verhindern noch raschere Produktionssteigerung und Steigerung der Lebenshaltung der Massen im sozialistischen Sektor. Das ist die Ursache für die leidenschaftliche Bereitschaft des sozialistischen Blocks zu Kompromissen, zur wirklichen Abrüstung, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einem dazu bereiten Gesamtdeutschland, oder wenn das nicht möglich ist, mit den zwei deutschen Staaten. Nur eine Bedingung wird gestellt: keinerlei Behinderung der sozialistischen Gesellschaft auf den geschaffenen Grundlagen. Das ist der Sinn der friedlichen Koexistenz, Wettbewerb mit allen Mitteln mit der kapitalistischen Gesellschaft, außer der Anwendung kriegerischer Gewalt.

Bei dem jetzigen Propagandakrieg, in dem noch mehr gelogen wird als in allen früheren, wird das Schlagwort von der friedlichen Koexistenz zur Verwirrung angewandt. Es wird immer wieder behauptet, daß in der Frage der Theorie und Praxis der Koexistenz scharfe Gegensätze zwischen der Sowjet-Union und der Volksrepublik China bestünden. Da wir bereits im vorigen Brief dokumentarisch nachgewiesen haben, daß dies nichts als Wunschträume der Gegner sind, zitieren wir nur, was "Die Welt" am 10.9.60 an vorstreckter Stelle berichtete: "Der Chinesische Außenminister T'Schen Yi berichtet am Freitag, jede Uneinigkeit zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion widerspricht den Tatsachen." Und die Erklärung Chruschtschows, die er in Bukarest Ende Juni abgab, finden wir in keiner deutschen Zeitung zitiert: "Es besteht keine unterschiedliche Interpretation oder nur die Nuance einer Interpretation wesentlicher internationaler Fragen." Die Formulierung der Koexistenz in der Resolution von Moskau aus Anlaß der Vierzigjahrfeier der Oktoberrevolution ist korrekt, ist eindeutig. Sie spricht von der Möglichkeit zur Verhinderung des Krieges. Das ist weder gleichbedeutend mit Pazifismus noch mit der Abschwächung des Klassenkampfes. Es bedeutet auch nicht Erhaltung des status quo. Die Imperialisten haben die Kriegsvorbereitungen nicht aufgegeben, sondern verstärken sie und erklären, Einschränkung der Rechte der Besatzungsmächte in Berlin mit Atomkrieg beantworten zu wollen. 45,7 % des amerikanischen Gesamtbudgets werden dafür bereitgestellt. Die Politik der friedlichen Koexistenz in der SU-Formulierung geht von der Voraussetzung aus, daß das Übergewicht des sozialistischen Blocks den kapitalistischen Block in Schach halte. Das würde auch den Imperialisten immer mehr bewußt und mit der entsprechenden Massenaktivität für den Frieden könne der Krieg verhindert werden. Das nächste Ziel sei deshalb die Beseitigung der Gefahrenherde, sie gelte es, wie

5 Millionen Erwerbslose, trotz erhöhter Industrieproduktion seit 1959. Das schafft zwar die vom Kapital ersohnte Reservearmee, die ihm ermöglichen, die "unverschämten Forderungen" der Arbeiter abzuweisen. Wenn nicht alles täuscht, wird 1961 in USA der wegen der Wahlen abgebrochene Stahl-Arbeiter-Kampf neu beginnen. Damit geht der Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit in der Stahlindustrie zu Ende, der der Profitproduktion solange günstig war, als der Produktionspreis des Stahls in der USA von keiner ausländischen Konkurrenz bedroht wurde. Die technisch bereits eingeleitete Rationalisierung und Automatisierung macht ein Viertel der bisherigen Stahlarbeiter überflüssig. Um ihre Ausschaltung ging es bereits beim Stahlstreik 1959. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Arbeitsbewertung sollte beseitigt werden. Dabei wird die Arbeitsgemeinschaftspraxis der Stahlarbeiter gründlich korrigiert werden. Die Reservearmee und die leergestreikten Gewerkschaftskassen sowie die aufgezeigten privaten Reserven der Streikenden geben diesmal den Monopolherren das Übergewicht.

Die Gegensätze und Widersprüche im Lager des Kapitalismus, sogar innerhalb der herrschenden Klasse selbst, verschärfen sich in der Krise. Das sind Bedrohungen im kapitalistischen Lager, die kein Gegenstück im sozialistischen Lager haben. Die Möglichkeit zur Erhaltung des Friedens kann nur in dem Maße Wirklichkeit werden, als die breiten Massen der Werktätigen sich die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden verschaffen und als Kampf zur Stärkung der Kräfte des sozialistischen Blocks im Bündnis mit den Werktätigen der kapitalistischen Länder anzuwenden lernen. Die britische Arbeiterschaft ist zur Zeit im kapitalistischen Europa im Vormarsch im Kampf gegen die Rüstungspolitik. In Japan haben Arbeiter und Studenten die Regierung zum Rücktritt und Eisenhower zum Verzicht auf einen Besuch gezwungen. Der Gewinn besteht nicht im politischen Teilerfolg, sondern im Zustandebringen der disziplinierten Aktion. In der Türkei sind es bürgerliche Fraktionen mit Einfluß in der Armee, die den Umsturz herbeigeführt haben, nicht die zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse und ungeformte Bauernmasse. In Kuba entwickelt sich eine von Kleinbürgern geführte Revolte zur ersten von der Masse getragenen Revolution, die unter dem Druck der Massenbedürfnisse radikal die erforderlichen Maßregeln ergreift. Der Versuch der USA unter Führung des Außenministers Herter, die übrigen lateinamerikanischen Regierungen gegen Kuba auszuspielen, ist gescheitert. Die Massen in den anderen lateinamerikanischen Ländern sympathisieren mit Kuba und erlauben ihren Regierungen nicht, die Geschäfte der nordamerikanischen Monopol- und Finanzkapitalisten zu besorgen. In Belgisch-Kongo hat der Versuch der Kolonialherren, mit den "befreiten Kongoleesen" ein Schauspiel aufzuführen, mit dem der Nachweis geführt werden soll, daß ein selbständiges Kongogebiet nicht lebensfähig ist, an die Katastrophe herangeführt. Die Organisatoren der Union Minière, an der zu 35 % britische Finanziere beteiligt sind, wollen die ungeheuren Naturreichtümer nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse den Kongomassen zugänglich machen, sondern weiter für die Profite des internationalen Kapitals bewahren. Der erste Akt schließt mit folgendem Ergebnis: Der Springer-Auslandsdienst meldet am 28.9.60 aus Léopoldville:

"Der Kongo ist am Ende. Das ist die übereinstimmende Meinung der UNO-Experten. In dramatischen Appellen an die Weltöffentlichkeit und an die Vereinten Nationen in New York erklären führende Spezialisten: "Das Panorama der Katastrophe, des vollständigen sozialen, hygienischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurde bisher von dem Streit der Politiker überschattet. Es ist aber viel weit-

reichender als alle politischen Auseinandersetzungen." In Léopoldville berichtete der Leiter der UNO-Zivilverwaltung, der Schwede Sture Linner: "Die Situation wird mit jedem Tag bedrohlicher und alarmierender. Wir erhalten aus allen Provinzen täglich alarmierende Hilferufe."

Das wäre ohne die tatkräftige Mitwirkung der UNO-Truppen unmöglich gewesen. Sie haben die Regierung Lumumba, die aus den von den Belgiern organisierten Wahlen hervorgegangen ist, an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert statt sie zu unterstützen. Lumumba hat die stärkste Stimmzahl erhalten und sich als Vorkämpfer der Massen Vertrauen erworben. Kasavubu, der Vertreter aus dem Mündungsgebiet des Kongo, war und ist Verfechter der Compradorenpolitik, der mit den alten neuen Herren Monopol- und Finanzkapitalisten zusammengearbeitet hat und weiter mit ihnen zusammenarbeiten will. Er erstrebt mit Tschombe, dem Platzhalter der Union Minière in Katanga, die Erhaltung des Eigentums an dem aus der unbezahlten Arbeit der Kongowerktätigen erbauten Unternehmen. Die Belgier sind von der Meuterei der Kongosoldaten davongelaufen, die sich nicht mehr von belgischen Offizieren befehlen lassen wollten. Da Lumumba von der UNO gehindert wurde, Ordnung zu schaffen, um Tschombe in Katanga das Handwerk zu legen, indem die UNO Radio und Flugplätze sperrte, die Waffenlieferung an Tschombe nach Katanga durch die Belgier nicht hinderte, wurde die Komödie der gegenseitigen Absetzung und Wiedereinsetzung ermöglicht. Ernste Blutvergießen sind nur von den Banden Tschombes in Katanga verübt worden, gegen Lumumba wurden und werden nur Greuelgeschichten erfunden und verbreitet. Gewalttätigkeiten der rebellierenden Kongosoldaten sind bisher nicht über Belästigungen durch zeitweilige Internierung flüchtender Belgier und einige Prügel Szenen mit Soldaten, die für Belgier gehalten werden sind, hinaus tatsächlich bewiesen worden. Die Entschließung, die in der UNO angenommen wurde, spricht zwar keine Rüge für die Taten und Unterlassungen der UNO-Besatzung aus - fordert aber die Unterstützung der Lumumba-Regierung, die von den afrikanischen Sachkennern als die einzig arbeitsfähige angesehen wird. Damit wird unausgesprochen die Sabotage Lumumbas durch die UNO zurückgewiesen. Ein abschließendes Urteil ist zur Zeit nicht möglich. Der Kampf um wirkliche Selbständigkeit des Kongos muß noch geführt werden.

"Schlamm" im Bremer Berufsschulzentrum?

Auf Initiative von mehreren Berufsschülern sollte W.S. Schlamm im Bremer Berufsschulzentrum sprechen. Direktor Meier, der sich einschaltete, verkündete vor dem Schülerratsausschuß: "Am 21.9. spricht Schlamm in der Aula." Dieses mußte von Dehnkamp, Senator für das Bildungswesen, genehmigt werden. Er lehnte kurz entschlossen ab. Bevor es offiziell abgelehnt wurde, hatten sich Bremer Jugendverbände abgesprochen, um gegen Schlamm zu protestieren. Hierzu versuchte man auch die Gewerkschaftsjugend zu gewinnen. Der Jugendsekretär des DGB, Karlheinz Schmurr, war jedoch wider Erwarten passiv. Nach seinen eigenen Worten: "Ich freue mich, daß Schlamm spricht und hoffe, daran teilnehmen zu können. In einer Demokratie muß jeder das Recht haben, seine Meinung zu vertreten." Er glaube noch an die deutsche Demokratie und stellte weiter fest, wenn eine Demokratie solche Leute nicht verkraften könnte, wäre sie schon tot.

Die Ideen des DGB-Jugendsekretärs gaben zum Ausdruck, welches politische Gedankengut, selbst unter Gewerkschaftsfunktionären, heute vorherrscht. Ihre Angst vor Links ist so groß, daß sie

die wirklichen Gefahren übersehen und diesen Leuten die politische Meinungsbildung überlassen. Die Erfahrungen mit der Weimarer Republik beweisen, wo und vor allen Dingen weshalb eine Demokratie enden kann. Sie funktioniert zwar noch auf Grund der jetzigen wirtschaftlichen Lage, aber für zukünftige Krisen will man schon mit Notstandsgesetzen vorbauen. Ereignisse, die, für sich gesehen, harmlos erscheinen mögen, werfen jedoch heute bereits ihre bösen Schatten voraus. Aneinandergereiht, zieht sich wie ein roter Faden die psychologische Kriegsvorbereitung durch die westliche Politik. Insbesondere die katholische Kirche hat hierbei angesichts der Verflechtung zwischen Kirche und Kapital ganz bestimmte Aufgaben übernommen. Schon 1937 legte der Papst Pius XI in seiner Enzyklika *Divini Redemptoris* die Grundsätze ihrer zukünftigen Haltung nieder. Hiernach hatte zur Erhaltung der christlichen Kultur jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu unterbleiben. Das allein genügt der katholischen Kirche heute nicht mehr. Daher fordert sie, die Gläubigkeit und Empfänglichkeit ihrer Angehörigen ausnutzend, dazu auf, sich mit sämtlichen Kräften für die Rettung der christlichen Kultur einzusetzen. Sie erklärt gleichzeitig, es gehe nicht um den Gegensatz Kapitalismus - Sozialismus, sondern um die Auseinandersetzung zwischen Religion und Sozialismus.

Auf dem Eucharistischen Kongreß in München sagte Verteidigungsminister Strauß: "Wir wissen, daß die Macht hinter dem Eisernen Vorhang in den Händen von Männern ist, für die Verantwortung vor Gott keine Rolle spielt. Dafür sind wir Soldaten; daß diese Macht nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht."

Und Kardinal Spellman tönte: "Wir Angehörigen der freien Völker müssen beten um die Freiheit und den Frieden für die, die bisher davon ausgeschlossen sind. Denn die Zeit wird kommen, in der die heutigen kommunistischen Herrscher hinweggefegt werden. Bis zu diesem Tage dürfen wir nicht ruhen."

Oder wenn ein Bill Graham an den Brennpunkten der Welt eingesetzt wird, so ist das nicht mehr Zufall, sondern psychologische Beeinflussung der Massen zum Kampf gegen den Sozialismus für klerikal-faschistische Interessen. Hierzu "Die Welt" vom 3.10.1960: "Die deutsche Jugend, die sich nicht mehr an den Krieg erinnern kann, ist bereit, einem neuen Führer zu folgen." Die Kirche trage, so sagte Graham, die Verantwortung dafür, falls dieser Führer kein Christ sein werde."

Der Kirche ist vom Kapital die Aufgabe zugewiesen, die Rettung der christlichen Kultur zu predigen. Gemeint ist jedoch die Rettung der kapitalistischen Gesellschaft. Auch die Arbeit eines Schlammziels in diese Richtung. Er ist zwar nicht einer ihrer Geschicktesten, dafür aber einer der deutlichsten Kriegstreiber. Wer solchen Leuten freies Spiel läßt, macht sich mitverantwortlich an einem nächsten Krieg.

Dieses Mal hat Senator Dehnkamp nochmal ein Auftreten Schlammziels verhindert. Wird ihm das ein zweites Mal gelingen? Unseres Erachtens nur, wenn der an diesem Beispiel sichtbare rechtsradikale Einfluß in der Berufsschule gebrochen wird. Das bedeutet die Auseinandersetzung mit jenen Lehrkräften, die ihre Erziehungsgewalt wieder einmal mißbrauchen, vor den ihnen anvertrauten Jugendlichen die Vergangenheit zu verharmlosen und die Jugend reif zu machen für einen "Kreuz"zug gegen den Osten. Eine solche Auseinandersetzung muß geführt werden von einer Arbeiterjugend, die überzeugt ist von der Notwendigkeit eines sozialistischen Ausweges. Ist sie das, so wird sie auch erkennen, daß ein solcher Kampf letzten Endes um Sein oder Nichtsein geht.

Kaisen-

Schrittmacher der neuen und doch so alten Welle

Am Abend des 26. August 1960 brannten im Bremer Bürgerpark die Fackeln. Anlaß dieser Feierlichkeit war die Verteidigung von 580 jungen Soldaten der Panzergrenadier-Brigade 32, die in Bremen und Schwanewede stationiert sind. Einige tausend Neugierige waren, obwohl vorher keine Publizierung in den Bremer Tageszeitungen erfolgte, Zeugen dieses militärischen Rituals. Gespenstisch wirkten die von den Fackeln beleuchteten Gesichter der Soldaten, die unbeweglich standen und der Dinge harrten, die auf sie zukamen. Und die Dinge kamen - zuerst Bürgermeister Wilhelm Kaisen. Er schritt unter den Klängen des preußischen Präsentiermarsches die "Front" ab - dann ergriff er das Wort oder, wenn man will, griff er zur alten Leier, die schon viele Staatsmänner, Politiker, Generale und - Gefreite - gespielt haben, um jungen Gehirnen klar zu machen, warum sie als Kanonenfutter gebraucht werden. Kaisens Auftritt vor der Bundeswehr fand zu dem Zeitpunkt statt, als die "Denkschrift der Generäle" noch der ausländischen Presse Anlaß zu empörten und besorgten Kommentaren gab und noch gibt. Die "Bremer Bürgerzeitung", das Organ der SPD in Bremen, kommt allerdings nur zu dem konfusen Schluß, die Denkschrift sei nur ein Wahlmanöver der CDU, um das angestrebte gute Verhältnis der SPD zur Bundeswehr zu stören. Nun, Kaisen hat jedenfalls alles getan, um dieses "taktische Manöver" der CDU zu vereiteln. Seine Anbiederung an die Denkschrift der Generäle der Bundeswehr ließ nichts zu wünschen übrig. Für einen Sozialisten war es widerlich anzuhören, wie hier mit den suggestiven Mitteln der Feierlichkeit die alten Phrasen gedroschen wurden, die aber dennoch zum Zwecke der Information angehört werden mußten. Kaisen sprach von der selbstverständlichen Pflicht eines jeden Staatsbürgers zur Wehrbereitschaft, zur Kameradschaftlichkeit, zur Hilfsbereitschaft gegen jedermann und zum Gehorsam. Mit "tiefer innerer Bewegung" gedachte er jener Stunde, in der er selbst in der Armee Sr. Majestät verteidigt wurde. Er lobte die enge Verbundenheit der Bundeswehr mit der Bevölkerung, wie die Anwesenheit vieler Bremer Bürger beweise. Mit einer geradezu erschütternden Naivität beschwor er die Erinnerung an die Gefallenen der beiden Weltkriege herauf, die "antraten, wie das Gesetz es ihnen befahl," so sagte er wörtlich. Sie hätten keine Schuld an dem Krieg und sie wären es wert, nicht vergessen zu werden. Vergessen? Kaisen hat vergessen, wofür sie gefallen sind - für eine Sache, die sie nichts anging, für die Interessen von Krupp, Thyssen, Stinnes, Klöckner und Flick; hatte man ihnen doch eingedrillt, sie kämpften für Freiheit, Recht und Vaterland. Heute wird den jungen Soldaten mit denselben demagogischen, "feierlichen" Mitteln dasselbe gesagt, nur das Wort "Demokratie" kommt noch dazu, aber die Interessenten sind dieselben. Sie heißen wieder Krupp, Thyssen, Stinnes, Klöckner und Flick. Der Aufbau der Bundeswehr sei heute nicht so umstritten wie der Aufbau der Reichswehr in der Weimarer Republik, meinte Kaisen, und er bezeichnete diese Tatsache als "Glücksumstand der Nachkriegsperiode". Welch ein Glück - es dürfte für den Sozialdemokraten Kaisen wohl zu schwer sein, diesen "Glücksumständen" näher auf den Grund zu gehen. Jeder Sozialist dagegen weiß, daß es dem Kapitalismus in Deutschland gelungen ist, Existenzbedingungen für die Arbeiter zu schaffen, die die Klassengegensätze zwischen Kapitalisten und Arbeitern verwischen sollen. In dieser Periode ist die bürgerliche Demokratie die vorteilhafteste Staatsform für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Bourgeoisie hat es noch

nicht nötig, ihr Instrument "Bundeswehr" für ihre Interessen aktiv einzusetzen. In dieser Periode des Tiefstandes des Klassenbewußtseins der Werktätigen besorgt die Sozialdemokratie die Geschäfte der Kapitalisten, wie z.B. der stellvertretende DGB-Vorsitzende Rosenberg, der auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG-Holz in Berlin erklärte, daß die Gewerkschaften aus Verantwortung für die Gesamtheit nicht alle Chancen ausnutzen würden, um die Hochkonjunktur, sprich Profite der Unternehmer, nicht zu gefährden. Allerdings sollten die Arbeitnehmer nicht allein Opfer bringen, auch die Wirtschaft müsse dazu bereit sein. Wie er aber die Unternehmer zum "Opfern" bringen will, bleibt sein persönliches Geheimnis. Doch es sollte sich auch in der SPD allmählich herumgesprochen haben, daß die CDU für die Zeit, in der sich die Klassengegensätze verschärfen, d.h. der Profit der Industriegewaltigen gefährdet ist, ein sogenanntes Notstandsgesetz vorbereitet. Welche Rolle die Bundeswehr dann spielen wird, ist für Sozialisten, die die Geschichte studiert haben, nicht schwer zu erkennen. Doch Wilhelm Kaisen hält es schon jetzt für notwendig, sich für das Notstandsgesetz der CDU einzusetzen, indem er ausdrücklich den Einsatz der Bundeswehr bei sozialen Unruhen billigt. Er drückt sich nur etwas geschwollen aus: "Ein kleines aber ausreichend ausgebildetes Bundesheer könnte notfalls alle Versuche verhindern, von außen her mit extremen politischen Methoden Unruhe zu stiften."

Wenn es einen Preis für den tollsten politischen Purzelbaum gäbe, dann wäre auf jeden Fall der Senatspräsident Kaisen einer der aussichtsreichsten Anwärter. Am 29. Juli 1945, auf der 1. Bezirkskonferenz der KGF (Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus) sagte der damalige Senator Kaisen:

"Wir brauchen Mitarbeiter, welche wir in die durch Nazis freiwerdenden Stellen in Industrie und Handel usw. einsetzen können. In Rußland bzw. von Rußland besetztem Gebiet sind sie in dieser Hinsicht schon viel weiter! Hier sind sie noch sehr weit zurück. Ich hätte lieber gesehen, wenn alles russisch gekorden wäre. Wenn Rußland seinen Einfluß ausgeübt hätte, vom Pazifik bis zum Westen, wäre Deutschland nicht in Stücke aufgeteilt worden. Rußland ist eine starke Macht."

Heute fordert Kaisen ausdrücklich engste Anlehnung an den Westen und den Verbleib der BR in der NATO. Der Deutschlandplan der SPD sah immerhin den Austritt der beiden Teile Deutschlands aus den Machtblöcken vor. Professor Carlo Schmid bezeichnete nach seiner Rückkehr aus Moskau im März 1959 den Deutschlandplan als einzige Chance für eine Entspannung in Europa. Er vertrat damals den Standpunkt, daß man die bestehenden Machtverhältnisse richtig einschätzen müsse. ("Vorwärts" 27. März 1959)

Nun, wir wissen heute, was wir von dem Professor und seinen Genossen zu halten haben. Längst ist der Deutschlandplan in der Schublade verschwunden. Daß aber heute, eineinhalb Jahre nach diesem ganzen Theater mit dem Deutschlandplan, ein SPD-Politiker nicht nur den Verbleib der Bundesrepublik in der NATO fordert, ja, daß er sogar bereit ist, unsere Jugend, die alles andere denn wehrfreudig ist, einfach zu verheizen, das ist der Gipfel an politischem Unsinn und an Geschmacklosigkeit. Oder was soll man den Worten Kaisens unterstellen, wenn er den Einsatz der Bundeswehr auch gegen eine große militärische Übermacht befürwortet? Von diesem Einsatz leitet Kaisen den rechtlichen und moralischen Anspruch ab, "daß die mobilen Verbände der freien Welt uns zu Hilfe kommen." Das ist praktisch die Übernahme der 5 Minuten nach 12-Uhr die Hitlers, die "bis zum letzten Blutstropfen"-Parole. Welche naive Vorstellung hat der biedere, optimistische Kaisen von der "Hilfe"

durch unsere Verbündeten. Für diesen treuen Diener Sr. Majestät und der kapitalistischen Ordnung ist es schwer, den konkreten Tatsachen im Falle eines Krieges ins Auge zu sehen. Da werden irgendwo Generalstäbler über einer Karte sitzen und mit Stecknadeln ein Gebiet abstecken, das einmal Deutschland war und für sie nichts anderes bedeutet als ein "Gelände", in dem militärische Operationen stattfinden. Namhafte ausländische Militärkorrespondenten sprechen von einer toten Zone, "cordon sanitaire".

Und die Mitglieder der SPD? Was sagen sie dazu, wenn ihr Parteigenosse Kaisen, gleichzeitig auch Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, solche vaterländischen Reden hält? Wie äussern sie sich überhaupt zur ganzen Kapitulationspolitik ihrer Partei in den letzten Jahren? Sie werden nicht gefragt und die meisten von ihnen wollen auch nicht gefragt werden! Die etwa 10% der Mitglieder, die sich überhaupt noch um Politik kümmern, gehören entweder zum Apparat oder haben, sofern sie Gewerkschaftler sind, genug mit dem täglichen Kleinkram in den Betrieben zu tun. Das Fehlen jeglichen Klassenbewusstseins in der SPD macht es den Apparatschiks leicht, den Kurs zu bestimmen. Der Kurs heißt Antikommunismus in der blödesten, primitivsten Form und Ausverkauf der sozialistischen Ideen und Erkenntnisse. Als Preis hierfür hofft sie bei einem eventuellen Wahlsieg 1961, das Vertrauen der deutschen und amerikanischen herrschenden Klassen einzuhandeln und deren Geschäfte besorgen zu dürfen.

In der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur mit der Großbourgeoisie und nicht gegen sie zu erreichen ist, schuf man letztlich auch das Godesberger Programm, in dem der letzte Rest Sozialismus über Bord geworfen wurde. Auch das Bestreben der SPD, eine Basis für eine gemeinsame Außenpolitik mit der CDU zu finden, liegt auf dieser Linie. In der außenpolitischen Debatte vom 30. Juni wurde kein Geringerer als Herbert Wehner als Überbringer des Kapitulationsangebotes an die CDU auserkoren. Er machte seine Sache so gut, daß die Redner der CDU alle Mühe hatten, der Öffentlichkeit außenpolitische Gegensätze zwischen beiden Parteien vorzutauschen. Wichtig für die SPD, die Wahl 1961 erfolgreich zu überstehen, ist jedoch nicht nur, das deutsche Großbürgertum von ihrer Redlichkeit zu überzeugen. In der Absicht, auch den Vertretern der amerikanischen Finanzgewaltigen klar zu machen, daß bei einem eventuellen Wahlsieg der SPD ihre Interessen nicht angetastet würden, schickte man Willy Brandt über den großen Teich. Der Frontstadt-Bürgermeister tat sein Bestes, um das Mißtrauen der Amerikaner gegen die deutsche Sozialdemokratie in dieser Hinsicht auszuräumen. Für diesen Dienst honorierte ihn die Parteiaristokratie mit der Kanzlerkandidatur. Diejenigen Sozialdemokraten, die gefühlsmäßig gegen diese Politik opponieren, haben einen schweren Stand. Hat der alte Grundsatz von August Bebel: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" noch Gültigkeit? Man möchte diesen Sozialdemokraten in's Gesicht schreien: Ja, und tausendmal ja! Nehmt die Toten der beiden letzten Kriege, die zur Erhaltung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung geopfert wurden, und Ihr sagt ja! Denkt an die Verhungerten und an die Hungernden der sogenannten Entwicklungsländer, für die der DGB heute sammeln will. Diese Länder konnten sich nur, dank der barbarischen Kolonisationsmethoden der Kapitalisten, nicht entwickeln. Denkt an die Unterdrückung der Farbigen in Südafrika und in USA. Diese Unterdrückung ist eine Erscheinungsform der Konkurrenz, der Konkurrenz zwischen Weiß und Farbig um den besser bezahlten Arbeitsplatz und um bessere Bildung. Die Konkurrenz liegt im System und macht selbst vor Arbeitern nicht halt. Lest die bundesdeutschen Zeitungen und Euch fließt ein Strom von Korruption, Bestechungen und Schiebungem entgegen. Überlegt

nüchtern und sachlich, ob dort, wo die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, wo also auch die Gewinne aus der Produktion der ganzen Gesellschaft zugute kommen, die Rüstung etwas einbringt. Für die sozialistische Gesellschaft, die diese Rüstung aus dem gemeinsamen Topf bezahlen muß, bringt sie Verlust. Im kapitalistischen System aber muß die Rüstung aus dem Steueraufkommen des Staates bezahlt werden und nur eine kleine Schicht der Gesellschaft, nämlich die Besitzer von Rüstungsaktien, profitieren aus der Unproduktivität. Oder ist die Rüstung produktiv? Kann ein kapitalistisches System, das auf der Zufälligkeit des Marktes basiert, auf die Rüstung verzichten? Nein, in der kapitalistischen Produktionsweise besteht die Gefahr einer Überproduktionskrise, d.h. die auf der Grundlage des Profits erzeugten Konsumgüter könnten nicht abgesetzt werden, die Folge davon wäre Massenarbeitslosigkeit. Dieser Tendenz einer Überproduktionskrise versucht der kapitalistische Staat durch die Vergabe von Rüstungsaufträgen zu steuern. Die Bourgeoisie schlägt dabei gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Erstens haben die Arbeiter Arbeit, Zweitens finanzieren die Arbeiter durch ihr Steueraufkommen einen Teil der Rüstung mit. Drittens wird der fehlerhafte Kreislauf der kapitalistischen Produktionsweise verschleiert. Außerdem schafft sich die herrschende Klasse das Instrument zum Schutze dieser Gesellschaftsordnung.

Sozialdemokraten! Dieses System ist keinen Schuß Pulver wert! Sagt Eurem Genossen und "Friedensfreund" Kaisen: Wir Arbeiter brauchen kein Militär! Will er es nicht glauben, beweist ihm, daß imperialistische Kriege noch nie für die Interessen der Arbeiterschaft geführt wurden. Sie hatten nur zu krepieren. Sollte es zum Kriege kommen, so können wir auch ohne Bundeswehr sterben. Allen Arbeitern muß zum Bewußtsein werden, daß ihr Einzelschicksal unlösbar mit dem Schicksal ihrer Klasse verbunden ist. Deckt immer und immer wieder die Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft auf, auch wenn es sich um Widersprüche in Eurer Partei handelt. Klassenbewußtsein kommt nicht von heute auf morgen, es ist ein langsamer Wachstumsprozeß, diktiert von den ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft. Die Aufgabe der Opposition in der SPD, Eure Aufgabe, besteht in der heutigen Situation darin, die Wehrfeindschaft breiter Bevölkerungskreise, besonders die der arbeitenden Jugend, auszunützen, zu versuchen, den Kapitulationspolitikern in der SPD die Suppe zu versalzen. Argumente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Erfahrungen aus 100 Jahren deutschen Militarismus gibt es genug.

Es darf sich nicht wiederholen, was Kurt Tucholsky 1924 vorausgesehen hat und was 1933 zur Wirklichkeit wurde:

"Und aus dem Grau des Himmels taucht mir eine riesige Gestalt auf, ein schlanker und ranker Offizier, mit ungeheuer langen Beinen, Wickelgamaschen, einer schnittigen Figur, den Scherben im Auge. Er feixt. Und kräht mit einer Stimme, die auf den Kasernenhöfen halb Deutschland angepiffen hat, und vor der sich eine Welt schüttelt in Entsetzen;

"Nochmal! Nochmal! Nochmal-----!"

Lloyd entläßt Arbeiter

900 Mann überflüssig so kommentierte die BBZ vom 17.9.1960 die Entlassungen bei den Lloyd-Motoren-Werken in Bremen. Der scharfe Konkurrenzkampf, in der kapitalistischen Wirtschaft Lebensnerv

der Produktion und Symbol der freien Marktwirtschaft, die zu Wohlstand für alle führen soll, wird auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Der Kampf um den Absatz der Kleinwagen nimmt härtere Formen an. Auf dem westdeutschen Markt der 0,7 - 0,9 Liter-Wagen buhlen hauptsächlich drei Typen, der DKW Junior, der BMW 700 und der Lloyd Arabella, um die Gunst der Käufer. Hierzu gesellen sich noch die ausländischen Typen von Renault, Fiat und Citroën. Die Nachfrage nach "Arabella" war zunächst gut und konnte kaum befriedigt werden. So wurden bis Ende Juli 1960 von 30 200 produzierten Arabellas 24 200 im Inland abgesetzt. Der Export zeigt allerdings schon seit langem eine sinkende Tendenz und ist in der Automobilbranche allgemein. Der USA-Markt kommt immer weniger für europäische Auto-Typen in Betracht. Die amerikanischen Autofabrikanen wehren sich gegen die Einfuhr, weil sie selbst nicht mehr wissen, wo sie ihre eigenen Vehikel absetzen sollen. Schreibt der "Weser-Kurier" vom 19.9.1960, daß die US-Stahlindustrie nur mit 48 - 53% ihrer Kapazität ausgelastet ist. In den letzten Wochen sind 143 000 Arbeiter der Stahlindustrie entlassen worden, weitere 300 000 arbeiten in verkürzten Schichten. Die rückläufige Entwicklung in der Stahlindustrie sei nicht zuletzt auf die fehlende Abnahme der Autoindustrie zurückzuführen. Im europäischen Raum sind die Exportschwierigkeiten noch gar nicht abzusehen. Die beiden miteinander konkurrierenden Wirtschaftsblöcke EWG und EFTA bergen eine nicht unbedeutende Gefahr für die westdeutsche Automobilindustrie. Bei der Einführung des gemeinsamen EWG-Außenzolls werden die Einfuhrzölle für Importe außerhalb des EWG-Raumes heraufgesetzt. Als einziges Mitglied der EWG muß die Bundesrepublik ihren Einfuhrzoll für Automobile um etwa 50% heraufsetzen. Da der westdeutsche Automobilexportanteil in den EFTA-Raum erheblich höher ist als bei den anderen EWG-Ländern, würde ein Exportrückgang in die EFTA-Staaten die westdeutsche Autoindustrie besonders schwer treffen. Wie "Die Welt" vom 17.9.1960 schreibt, betrug der Exportanteil der Bundesrepublik in den EFTA-Raum im Jahre 1959 209 900 Kraftwagen. Das sind mehr als 2/3 aller in die EFTA-Staaten exportierten Automobile der EWG-Länder. Frankreichs Anteil belief sich auf 65 800 und der Anteil Italiens betrug nur 28 500 Kraftwagen. Es liegt auf der Hand, daß die EFTA-Staaten die Einfuhrzölle für Automobile heraufsetzen werden, wenn die EWG-Länder ihrerseits die Einfuhr für Waren aus dem EFTA-Raum erschweren.

Wie der "Spiegel" vom 14.9.1960 zu berichten weiß, ist der Rückgang der Produktion bei Lloyd nicht nur auf Exportschwierigkeiten zurückzuführen, sondern auch auf falsche Kalkulation in der Preisgestaltung. Die Firma Lloyd mußte ihren Preis von 5 250,- DM auf 5 490,- DM je "Arabella" heraufsetzen. Die Käufer machten diesen Sprung nicht mit und so kam es, daß Anfang September rund 2 700 Wagen auf dem Hof der Lloyd-Werke standen. Die Tagesproduktion von 250 Wagen wurde auf 110 reduziert und 900 Arbeiter waren "überflüssig". Die Schwankungen des Marktes in der "freien" Wirtschaft werden als eine Art Naturereignis hingenommen, wie z.B. ein Gewitter, das wieder vorüberzieht. Wir werden wohl in der nächsten Zeit noch mehrere solcher Gewitter über uns ergehen lassen müssen. Die 900 Betroffenen sind in der heutigen Hochkonjunktur verhältnismäßig schnell wieder in Arbeit und Brot gebracht, bis auf einige Alte, die ihre Arbeitskraft weitgehend verbraucht haben und somit für die Profitwirtschaft uninteressant geworden sind. Der Beweis aber ist wieder einmal erbracht, die Arbeiter sind in der "freien" Wirtschaft nicht frei, sie haben keinerlei Einfluß auf die Produktion und sind auf Gedeih und Verderb den "in die eigene Tasche"-Planern ausgeliefert.

Bremer Straßenbahn wieder teurer

Ab 26.9. bzw. 1.10.1960 sind die Fahrpreise für die Bremer Straßenbahn erneut erhöht worden. Im Mai 1957 war die letzte Tarifierhöhung. 1958 wurde festgestellt, daß zum ersten Male die Zahl der Beförderungsfälle leicht zurückgegangen war. Hierzu die "Bremer Bürgerzeitung" (SPD) vom 15.2.1958:

"Eingeräumt wird, daß auch die Tarifierhöhung im Mai vorigen Jahres nicht ohne Einfluß geblieben ist, und zwar vor allem infolge der stärkeren Anhebung der Wochenkarten-Preise und der neuen Bestimmungen für die Benutzung der Lehrlingsmatschkarten."

Solche Überlegungen, ob ein Beförderungsrückgang wieder die Folge sein wird, haben keinen Einfluß auf die jetzige Tarifierhöhung ausgeübt. Z.B. zahlt nunmehr der Erwachsene 45 Pfg. für einen Einzelfahrschein, bisher 40 Pfg., das Kind nunmehr 25 Pfg., bisher 20 Pfg. Lehrlingswochenkarten sind preislich um 9% gestiegen. Sammelkarten für 5 Fahrten ohne Umsteigeberechtigung gibt es nicht mehr. Hier kann die Fahrt auf 30 Pfg. Wer im Berufsverkehr täglich zwei Geradeausfahrten hat, zahlt nach der Erhöhung 14,3% mehr, weil er Sammelkarten mit Umsteigeberechtigung kaufen muß, obwohl er nicht umsteigen braucht. Wer dagegen vor und nach der Erhöhung umsteigen muß, zahlt nur 4,8% mehr. So wird der eine mehr, der andere weniger über die Tarifierhöhung geschimpft haben, muß der eine doch mehr Haare lassen als der andere. Überlegte Methode? Ein neuer Stadtmittelfahrschein kostet nur 30 Pfg. Der Anfang eines Zonenzahlensystems, um langsam daran zu gewöhnen? Psychologische Preisgestaltung?

Die Tarifierhöhung fand die Zustimmung des Verkehrssenators und die Billigung des Aufsichtsrates. Diesen gehören u.a. von der SPD an: Boljahn als Bremer DGB-Vorsitzender, Ehlers als zweiter Bürgermeister und Polizeisenator, Eggors als Wirtschaftssenator, Hagedorn als Bürgerschaftspräsident, Theil als Senator a.D. Als Gründe wurden u.a. angeführt: Ausweitung des Liniennetzes, Modernisierung des Wagenparks, gestiegene Löhne und Gehälter.

Das Unternehmen ist eine Aktiengesellschaft, die Stadtgemeinde Bremen Hauptaktionärin mit ca. 2/3 des Aktienkapitals. Die freien Aktionäre mit ca. 1/3 des Aktienkapitals haben Anspruch auf 5% Dividende, garantiert von der Stadtgemeinde Bremen. Der Ausgabe des "Weser-Kurier" vom 24.6.1960 ist zu entnehmen, daß aus dem Gewinnvortrag vom 1.1.1960 in Höhe von 560 000,- DM 5% Dividende auf das nicht in Besitz der Stadtgemeinde Bremen befindliche Aktienkapital von 4,94 Mill. DM und ein Bonus von 2% auf das gesamte Aktienkapital von 15 Mill. DM verteilt worden ist. Die freien Aktionäre haben somit 345 800,- DM und die Stadtgemeinde Bremen 201 200,- DM aus dem Gewinn 1959 erhalten. Das derzeitige Defizit, entstanden aus den vorher genannten Gründen, soll ca. 3,3 Mill. DM betragen. Würden Dividende und Bonus nicht gezahlt worden sein und die Stadtgemeinde auf die Wegebenutzungsgebühren, welche die Bremer Straßenbahn AG an die Stadtgemeinde abführen muß, verzichtet haben, verbliebe ein Defizit von ca. 2,3 Mill. DM. Die Rationalisierung soll beendet, eine Einsparung dadurch nicht mehr möglich sein. Lohnerhöhungen sind notwendig.

Die auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesenen Bremer Werktätigen haben aber der SPD zu einer absoluten Mehrheit bei der letzten Bürgerschaftswahl verholfen. Die Bremer Stadtgemeinde als Hauptaktionärin der Bremer Straßenbahn AG, maßgeblich beeinflusst durch die SPD, sieht jedoch keine Möglichkeit, durch Staatszuschüsse das Defizit auszugleichen und der SPD-Wählerschaft eine

Tariferhöhung und damit eine materielle Belastung zu ersparen. Wenig überzeugend klingt es auch, wenn die "Bremer Bürgerzeitung" an 10.9.1960 schreibt:

"Die Bürgerschaft hat verfassungsmäßig nicht das Recht, der Straßenbahn AG Vorschriften für die Tarifgestaltung zu machen."

Die gleiche Zeitung bezeichnete sogar eine Subvention durch die Stadt als Gefahr!!! Gefahr also daran, weil dann in Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Arbeiterpolitik betrieben worden wäre! Wo waren die gleichen Bedenken der BBZ, als es galt, dem Klöcknerkonzern für die Ansiedlung in Bremen den Boden als Morgengabe kostenlos anzubieten?! Wo war die Warnung, als hohe Beträge für einen fragwürdigen Luftschutz im Atomzeitalter zur Verfügung gestellt wurden?! Adenauer hat keine Hemmungen, den Bauern, um sie für sich zu gewinnen, hohe Subventionen auf Kosten der Verbraucherschaft zu gewähren. Einer Verbraucherschaft, die durch die Tariferhöhung der Bremer Straßenbahn AG getroffen ist!

So bleibt am Ende nur festzuhalten, daß es den Vertretern der arbeitenden Bevölkerung Bremens in der Bremer Straßenbahn AG weiterhin möglich ist, kapitalistische Politik zu betreiben, ausgerichtet auf eine "gerechte Dividendenpolitik und Rentabilitätsrechnung". Wer kontrolliert sie schon, die sich darauf berufen, daß die Verfassung sie hindert, zum Wohle ihrer Wähler tätig zu werden?!

"Reform der Reform"!

Zu den vielen Schlagworten, mit denen das, was man in der westdeutschen Bundesrepublik "Politik" nennt, so reichlich gesegnet ist, wird bald ein neues hinzutreten: "Reform der Reform"!

Was heißt das?

Die Rentenreform von 1957 war lediglich ein Wahlcoup. Die Lücken, Widersprüche und Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes machen sich täglich mehr bemerkbar. Man merkt ihm in jedem Paragraphen an, daß es bei seinem Entstehen unter Zeitdruck stand - nicht etwa unter dem Zeitdruck sich aus der Materie ergebender sachlicher Notwendigkeiten, sondern unter dem Zeitdruck agitatorischen Bedürfnisses, raffinierter Wahldemagogie. Nicht ein in sich geschlossenes System wurde geschaffen, sondern ein Torso, dessen Mangelhaftigkeit der Abhilfe bedarf. Der kommende Bundestag wird sich dieser Arbeit unterziehen müssen. Und hier werfen die Ereignisse ihre bedrohlichen und bedenklichen Schatten voraus!

Die unbestreitbaren Mängel des Gesetzes sollen dazu dienen, jene Vorteile und Verbesserungen, die die Rentenreform für die Versicherten gebracht hat, wieder zu beseitigen und die gesamte Rentenversicherung zu verschlechtern.

Schon kurz nach der Verabschiedung des Rentenregelungsgesetzes wurden auf dem rechten Flügel der CDU Stimmen - gewichtige Stimmen! - laut, die von Übereilung und untragbaren Konsequenzen sprachen und vor allem die sogenannte "dynamische Rente" bekämpften. Sie erhielten bald Unterstützung von der FDP, die offiziell als Partei den Kampf gegen die Rentenreform aufnahm und das Schlagwort von der "Reform der Reform" prägte, das zum Parteislogan wurde. Inzwischen hat sich die gesamte Sozialreaktion zusammengefunden und führt einen nicht lauten, aber zähen und überlegten Kampf gegen das Gesetz. Bald ist es der Bund der Steuerzahler, bald eine industrielle Vereinigung, bald ist es eine währungspolitische Betrachtung oder ein politischer Leitartikel, ein professorales Gutachten oder eine besorgte Leserschrift, mit der die Rentenreform ange-

griffen und die Mängel und Widersprüche des Gesetzes hervorgehoben worden. Aber weiß Gott nicht in Interesse der Versicherten! Hinter dieses Spiel verbirgt sich der entschlossene Wille, die Rentenversicherung genau so wie die Krankenversicherung, kurz die gesamte Sozialversicherung auf den Stand von 1900 zurückzuwerfen.

Ein besonderes Ärgernis ist der Sozialreaktion die Angleichung der Rente an die Lebenshaltungskosten und den allgemeinen Lebensstandard, kurz das, was man als dynamische Rente bezeichnet. Man möchte die Rente wieder auf den Stand bringen, daß sie zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig ist. Dabei wird die Höhe der gezahlten Renten zum Teil maßlos übertrieben. Nach dem Reformgesetz sollten die Versicherten nach 40jähriger Versicherungszeit 60% ihres durchschnittlichen Arbeitsverdienstes erreichen. Wenn man nicht gerade auf dem Standpunkt steht, daß ein Rentner nur noch vegetieren darf, ist das wirklich nicht zu hoch. Aber dieser Satz von 60% ist zur Zeit keineswegs erreicht. Nach 40jähriger Versicherungszeit betrug die Rente im Jahre 1959 im allgemeinen 48,8% des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes und im Jahre 1960 erhält der Rentner knapp die Hälfte seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes, nämlich 50,2%. Wohlgemerkt, nach einem 40jährigen Arbeitsleben. Wird er früher invalide, ist die Rente beträchtlich niedriger. Neben den völlig unzutreffenden Vorstellungen über die Rentenhöhe findet man ebenso irrige Anschauungen über die Höhe des Sozial Etats, der der höchste der nichtsozialistischen Länder sein soll. Die Herrschaften, die solche "irrigen" Anschauungen hegen und verbreiten, darunter auch unser verdienter Wirtschaftsminister, Herr Erhard, vergessen zu erwähnen, daß Deutschland einen Krieg verloren hat und daß die Bundesregierung "aus optischen Gründen" alles in den Sozial Etat hineinsteckt, was ihr nur möglich ist. Kriegopferversorgung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Kriegsfolgeschäden, Berlin-Hilfe, Zonengranzhilfe, Wiederaufbau von Schulen, Förderung des Wohnungsbau für Ausgebombte usw. usw. -- alles erscheint im Sozial Etat und dann plakatiert die Bundesregierung die auf diese Weise zustandekomemenen Zahlen und sagt: Seht unsere sozialen Leistungen! -- und der Chor der Dunkelmänner in Hintergrund greift den Ball auf und murmelt: "So kann es nicht weitergehen!" Die gleichen Dunkelmänner verlieren aber kein Wort über die Millionenbeträge, die für den "Grünen Plan" ausgegeben werden oder über die Millionen, die uns die staatliche Einlagepolitik kostet, z.B. bei der Butter, und die nicht etwa sozialen Zwecken dienen, sondern der Hochhaltung der Lebensmittelpreise.

Die Summen, die der Staat für die Sozialversicherung auswirft, sind, gemessen an anderen Beiträgen, nur gering. Die Krankenversicherung erhält z.B. nur 1 1/2 % ihrer Gesamteinnahmen über staatliche Zuschüsse, die Angestelltenversicherung 15 1/2 %. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Sozialversicherungsträger von Staat zu Ausgaben gezwungen werden, die mit ihren eigentlichen Aufgaben nichts zu tun haben und daß sie ferner durch Ereignisse, die sie nicht zu vertreten haben, wesentliche Teile ihres Vermögens verloren.

--Aber es geht hier nicht um Gründe! Die Unternehmer sind entschlossen, auf sozialen Gebiet abzubauen, was sich nur abbauen läßt, und was sie jetzt nicht erreicht haben, soll nach den Wahlen erst recht versucht werden. Sozialer Abbau um jeden Preis. Das sieht man auch bei der Reform der Krankenversicherung. All die hohen Gedanken und neuen Pläne, mit denen sich die Reform so schön drapierte und die Herr Blank so bereit verkündete, sind abgefallen und geblieben ist eine simple Erhöhung der Rezept- und Krankenkassengebühren; eine plumpe Belastung der Versicherten,

die man jetzt nicht einmal mehr zu begründen versucht.

Der Abbau des Mieterschutzes ist der Sozialreaktion gelungen. Der Kampf um die Krankenversicherungsreform ist aus wahltaktischen Gründen - aber nur aus diesen heraus! - wegen des näherrückenden Wahltermins einstweilen unterbrochen worden. Möglicherweise werden aus den gleichen Erwägungen heraus die jetzt vorgeschlagenen Erhöhungen der Rezept- und Krankenscheinegebühren zurückgestellt. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Die bis jetzt nur diskutierten sozialen Abbaumaßnahmen werden durchgeführt, man will nur erst die Wahlen erfolgreich hinter sich bringen. Wenn die arbeitenden Menschen nicht rechtzeitig begreifen, daß es auch hierbei um eindeutige Machtfragen geht, werden sie eine teure Zeche zu zahlen haben.

Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lina wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften
Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte,
So viele Fragen.

Bert Brecht

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 36

Bremen, Oktober 1960

BREMEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit

Der Appell von Hannover

Nachruf

Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit

In den Betrachtungen der Wortführer des kapitalistischen wie des sozialistischen Lagers zum Jahreswechsel überwiegen die Spekulationen über die möglichen Folgen des Regierungswechsels in USA die Analyse der weltpolitischen Lage. Kongo, Kuba, Laos, der algerische Krieg, die Frage eines Friedensvertrages mit den zwei deutschen Staaten sind zweifellos Ereignisse von größerer Bedeutung, der Nachprüfung der Ursachen und Folgen bedürftiger als die Rolle Kennedys, die wenig rätselhaft ist. Der Wahlkampf hat bereits gezeigt, daß zwischen der Politik Eisenhows und Nixons Gegenkandidaten Kennedy keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen. Die fast gleiche Stimmenzahl, die beide erhalten haben, widerlegt die Behauptungen der PRAWDA, daß der Sieg Kennedys eine Verurteilung der Eisenhower-Politik durch die Wähler sei. Kennedys Regierungsmannschaft trägt dem bereits Rechnung. Er hat vier Republikaner in seine Regierung aufgenommen wie Dillon, McNamara als Kriegsminister und McCloy, wahrscheinlich für die Nato Formal unterscheidet sich Kennedys Regierung von der Eisenhows dadurch, daß Kennedy seinen Gehirntrust zur Regierung macht, während Eisenhower seinen Gehirntrust neben die Regierung zur psychologischen kalten Kriegsführung stellte. Aus den Erklärungen Kennedys geht klar nur eines hervor, er will den Kampf gegen den Kommunismus, den Feind Nr. 1 weiterführen - besser und intensiver, mit klügerer Diplomatie, mit noch verstärkter Aufrüstung gegenüber der Eisenhower-Ära. Spekulationen über Kennedys Regierungstätigkeit scheinen uns wenig aufschlußreich. Sie wird weniger von seinem Willen und seinen bisherigen Erklärungen als von den objektiven Entwicklungen der weltpolitischen Kräfte und dem Wirken des sozialistischen Lagers abhängen. Das sozialistische Lager ist zu einer, die weltpolitische Entwicklung immer schärfer beeinflussenden Kraft geworden.

In den 43 Jahren seit der Eroberung der politischen Macht durch die Kommunisten in Rußland ist die Kraft des Weltkommunismus gefestigt 1. durch den Ausbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft in der SU, die nur durch einen dritten Weltkrieg ernsthaft erschüttert werden könnte.

2. Um die SU sind in Osteuropa in jenen Staaten, welche nach dem ersten Weltkrieg aus den Trümmern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von den Siegern als Barrieren gegen die SU geschaffen worden waren, Volksdemokratien gebildet worden, die, geführt von der SU, am sozialistischen Aufbau wirken, der SU immer ähnlicher werden und das Tempo der Entwicklung der kapitalistischen Welt übertreffen. Seit dem Sieg der chinesischen Revolution umfaßt das Lager der am Aufbau des Sozialismus arbeitenden Gebiete 1/3 der gesamten Menschheit. Es ist der Herrschaft des Kapitalismus versperrt. 3. Die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker und Völker der Einflußgebiete des monopolkapitalistischen Imperialismus bilden gleichfalls eine Schwächung des kapitalistischen Herrschaftsbereiches obgleich das Ziel der Führung der bürgerlichen Schichten nicht Sozialismus, sondern ein eigener nationaler Kapitalismus ist. China und Vietnam beweisen aber, daß nur dort, wo Kommunisten diese Bewegungen führen, die nationale Selbständigkeit wirklich erkämpft werden kann. Die Bestrebungen, auf halbem Wege stehen zu bleiben wie in Indien, Ägypten, Irak, sind trotz aller Gegnerschaft zum Kommunismus auf die Hilfe aus dem sozialistischen Lager angewiesen. Versuche, eine selbständige dritte Kraft auf der Basis zeitweiliger Tolerierung aus beiden Lagern und zeitweiligen materiellen Unterstützungen zu werden, sind zum Scheitern verurteilt.

Diese Erstarkung und Machtentwicklung des sozialistischen Blockes ist einigen führenden Kommunisten zu Kopfe gestiegen. Das kommt kaum in den Erklärungen der Beratung der 81 Arbeiter- und kommunistischen Parteien vom Dezember in Moskau, wohl aber in prahlenden Artikeln zum Jahreswechsel zum Ausdruck. Die dreiwöchigen Beratungen aus Anlaß der Feier des 43jährigen Gedankens der Eroberung der politischen Macht in Rußland ähneln sehr den Tagungen der Dritten Internationale in den ersten Jahren, als man noch als Gleicher unter Gleichen um die Probleme rang. Die Bezeichnung der Erklärung dieser 81 kommunistischen Parteien mit ihren 36 Millionen Mitgliedern als drittes kommunistisches Manifest, kann man ablehnen oder annehmen, man muß nur die Unterschiede beachten. Das erste kommunistische Manifest von Marx Ende 1847 gab eine Analyse der ökonomischen und weltpolitischen Verhältnisse von damals, die heute von der Entwicklung überholt sind. Diese Analyse erschöpfte jedoch die ganze Periode, ihre Entstehung und gab eine Vorschau der zukünftigen Entwicklung auf Grund der Erkenntnis, gewonnen mit der Methode des historischen Materialismus. Die Beschlüsse und Thesen der drei ersten Kongresse der kommunistischen Internationale geben eine Analyse der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Schluß des ersten Weltkrieges. Sie sind rascher überholt worden, weil die ökonomische und weltpolitische Entwicklung rascher und stürmischer war, als die Zeit von 1848 bis 1914. Das dritte kommunistische Manifest von 1960 ist in der Analyse des Zeitgeschehens weniger umfassend als das erste und das zweite Manifest, behandelt abstrahiert Fragen, die konkreter erfaßt werden müssen, z.B. die Auswirkung der neuen technischen Revolution, die die Basis der kapitalistischen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg und des stürmischen Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg bilden. Nicht individuelle Überlegenheit russischer Kommunisten, auch nicht der unveränderbare Fahrplan Lenins, nach dem angeblich die russische Entwicklung von den Kommunisten gemacht wird, sondern die Tatsache, daß die Oktoberrevolution die Grundlage für den gesellschaftlichen Überbau geschaffen hat, die der neuen technischen Revolution freie Entfaltungsmöglichkeiten

bietet, ist die entscheidende Ursache der Überlegenheit der Entwicklung des sozialistischen Blocks über die kapitalistische Welt. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Vergesellschaftung und deren planmäßige Anwendung zur Bedarfsdeckung der Massen, an Stelle der Profitwirtschaft. Die anarchische, kapitalistische Wirtschaft auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist unvereinbar mit den neuen Produktionsmitteln. Um die Beseitigung des veralteten gesellschaftlichen Überbaus des Kapitalismus und Anpassung an die Technik der Vollautomation, weitere praktische Anwendung der Atomkraft, der Kybernik usw. geht es im Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der Überbau der Gesellschaft des sozialistischen Blocks entspricht den Bedürfnissen dieser neuen Produktionsverhältnisse, der Überbau des Privatkapitalismus nicht. Auf der Grundlage der Sklavenwirtschaft entstand und beruhte die griechische und römische Kulturperiode. Sie verfiel mit der Sklavenwirtschaft. Auf der Feudalwirtschaft und der handwerkmäßigen Produktionsweise entstand und beruhte die sogenannte christliche Kultur und Gotik. Beide verfielen und wurden von der kapitalistischen Produktionsweise abgelöst. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelte die Produktivkräfte der Menschheit bis zur heutigen Höhe. Das bildet die materielle Voraussetzung und die Möglichkeit zur Verwirklichung der tausendjährigen Menschheitsträume, einer Gesellschaft und Kultur, in welcher der Mensch frei von aller materiellen Not leben kann.

Wir sind Zeitgenossen dieser Weltenwende. Von der Erkenntnis und Teilnahme jedes Einzelnen an diesen Kämpfen hängt das Tempo und die Form, der gewaltsame oder friedliche Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, ab. Die ungeheuren Opfer, welche dieser Kampf bis jetzt gekostet hat, könnten vermieden werden, insoweit die konkreten Bedingungen dieser Weltenwende in beiden Lagern erkannt werden. In Rußland war die Eroberung der politischen Macht am leichtesten und mit den geringsten Opfern möglich, weil die große Masse der Bauern entscheidend für den Sturz des Zarenismus war. Aber sie kämpfte nicht für den Sozialismus, sondern für Privatwirtschaft. Für den Aufbau des Sozialismus fehlte den Bauernmassen jedes Verständnis, sie standen ihm daher feindlich gegenüber, weil er Opfer forderte, die nicht ihren Bedürfnissen entsprachen. Dieser feindliche Widerstand mußte gewaltsam gebrochen werden. Die Expansion des Sozialismus über die Grenzen der Sowjetunion erfolgte in Europa nicht auf Grund der Entwicklung der Arbeiterbewegung dieser Gebiete vom traditionellen Kampf um die Verbesserung der Existenz und Reformen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zum revolutionären Kampf um die Eroberung der politischen Macht auf Grund eigener revolutionärer Lager, sondern als Folge des Sieges der Sowjetarmee im Abwehrkampf gegen den Überfall des deutschen Imperialismus. Der sozialistische Eroberer war nicht bis an die Elbe und Werra marschiert, um diesen Gebieten gewaltsam den Sozialismus aufzuzwingen, der Sieger mußte sich in den eroberten Gebieten zu behaupten suchen, um zu verhindern, daß sie wieder als Brückenköpfe gegen die SU verwandt werden konnten. Der sozialistische Eroberer konnte sich nicht auf die Trümmer der kapitalistischen Schichten, sondern mußte sich auf die Arbeiterklasse stützen. Die ungeheuren Verluste, die der Krieg gekostet hatte, ermöglichten es nicht, die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter zu berücksichtigen. Aber als sozialistischer Staat mußte er Besatzungsmaßnahmen einführen, um das besetzte Gebiet seiner Wirtschaft und politischen Form anzugleichen. Entmachtung der Bourgeoisie, Übernahme wichtiger Produktionsmittel zu Repara-

tionszwecken, die später verstaatlicht, bürokratisch verwaltet, aber doch von der Profitwirtschaft zur planmäßigen Bedarfsdeckung umgestaltet wurden. Vor den Auswirkungen dieser Besatzungspolitik, die als sozialistisch ausgegeben wurde, sind im Jahre 1960 noch zweihunderttausend Menschen geflohen, weil sie nicht bereit sind, sie als Übergangsmaßnahme zu begreifen und dafür zu kämpfen, daß sie wirklich sozialistische Errungenschaften werden, indem sie mitarbeiten, sie ihren Bedürfnissen anpassen und auf der vorhandenen Grundlage am Aufbau des Sozialismus weiter zu wirken. Mit diesen objektiven Umständen galt und gilt es, sich auseinanderzusetzen, nicht um die Verwirklichung der kommunistischen Endziele und Ideale.

Der sozialistische Block proklamiert seinen Kampf mit den Mächten der kapitalistischen Welt als friedliche Koexistenz ohne Krieg. Für die kapitalistischen Machthaber bedeutet aber das Ende des Kapitalismus das Ende überhaupt. Den Sozialismus als eine höhere Form der Entwicklung der Menschheit zu begreifen, sind sie unfähig. Zustimmung und Mitwirkung oder nur Duldung des Kommunismus verweigern sie. Ziel der bürgerlichen Parteien, sogar der der Bundesrepublik einschließlich der Sozialdemokraten und Gewerkschaften ist "die Befreiung der 17 Millionen der DDR", nicht eine Vereinigung und Mitarbeit in friedlicher Koexistenz auf den einmal gegebenen Grundlagen des kommunistischen Besatzungsregimes. Gemeinsamen Kampf der Werktätigen der DDR mit den Werktätigen der Bundesrepublik zur Übernahme der vergesellschafteten Produktionsmittel und ihre planmäßige Verwendung zur Befriedigung der Massenbedürfnisse lehnt sogar die SPD und der DGB ab.

Die abstrakte Möglichkeit zur friedlichen Koexistenz und zur Vermeidung des Atomkrieges besteht, sie findet konkret wenig Gegenliebe bei den kapitalistischen Gegenspielern. Die Erklärung der 81 Arbeiter- und kommunistischen Parteien in Moskau drückt aus, daß der sozialistische Block bereits die Übermacht besitzt, dem sich das kapitalistische Lager fügen müßte. Das kapitalistische Lager hofft auf die Spaltung des sozialistischen Lagers. Dazu verbreitet sie die Propagandalüge, daß die Chinesen kriegsbereite Gegner der friedlichen Russen unter Führung von Chruschtschow seien. Wer die wirklichen Verhältnisse kennt, weiß, daß die Chinesen bisher die vorsichtigeren Taktiker waren. Ihre objektiven Voraussetzungen waren andere als die der SU. Sie lernten aus den russischen Erfahrungen und wurden und werden von der SU wirksam unterstützt. Die Meinungsverschiedenheiten, die bestehen, sind nicht strategischer Art - Unvermeidbarkeit des Krieges - friedliche Koexistenz -, sondern ergeben sich aus der Tatsache, daß China gegenüber den USA und Japan nicht die Möglichkeit zur Ausnutzung breiter Massenstimmungen für eine Volksfrontdiplomatie besitzt, wie sie Chruschtschow praktiziert. Die erste Reise Chruschtschows nach Amerika war ein Erfolg und knüpfte an die friedliche Massenstimmung in USA an. Die Ausnutzung der Tribüne der UNO zur Propaganda für die Ziele des Kommunismus ist wirksam wie die Taktik der Ausnutzung der Parlamente zur Propaganda für den Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. Aber es war falsch, die persönliche Friedensbereitschaft Eisenhowers als einen entscheidenden Faktor zur Vermeidung des Krieges auszugeben. Für diese Überspitzung war bestimmt wenig Verständnis in China und nicht nur dort. Wenn sie antworteten, das möge stimmen, ändert das aber nichts an der Kriegspolitik Eisenhowers mit Tschiang-Kai-schek. Die Spionageflüge der U 2 über die SU fanden vor und nach den Besprechungen Chruschtschow-Eisenhower im Camp David statt. -

Die persönliche Friedensliebe Eisenhowers war kein Hindernis. Es wäre wirksamer gewesen, die Gipfelkonferenz nicht am Fall der U 2 scheitern zu lassen und weil Eisenhower sich nicht entschuldigte. Kennedy erklärte, an seiner Stelle würde er sich entschuldigt haben. Wären die Verhandlungen aufgenommen worden, dann hätte die Gipfelkonferenz den Nachweis erbracht, daß die Westmächte jedes Entgegenkommen in der Abrüstungsfrage, der Einstellung der Atombombenversuche und jede Koexistenz ablehnen. Wenn die Volksfrontdiplomatie einen Sinn hat, dann den, öffentlich den Nachweis zu führen, aus welchen Ursachen die Abrüstung scheitert, alle Vorschläge der SU abgelehnt werden, sogar jene, welche von der SU von den Westmächten übernommen worden waren. Die Furcht vor dem Atomkrieg und zweckmäßige Maßnahmen zu seiner Vermeidung finden noch am ehesten Beachtung in breiten Schichten, die Gegner des Kommunismus sind und sich gleichgültig der Politik ihrer eigenen Klasse gegenüber verhalten.

Die Furcht vor dem Atomkrieg hat bis jetzt nur in England zu nennenswerten außerparlamentarischen Aktionen und ernstesten Auseinandersetzungen in der Labourparty und den Gewerkschaften geführt, dennoch sind sie noch keine Kraft, die die britische Regierung zwingen, dem Friedenswillen der Massen Rechnung zu tragen. Die Unterschriftenaktionen und Kundgebungen der von den Kommunisten organisierten Friedensfreunde-Bewegung in Europa sind, was ihren Umfang anbelangt, die größte Friedensbewegung, die je stattgefunden hat. Aber ist man orthodoxer Sektierer, wenn man ihren wirklichen Einfluß auf ihre herrschenden Klassen, sie zu zwingen abzurüsten, geringer einschätzt als die Moskauer Erklärung der 81 Arbeiter- und kommunistischen Parteien? Die entscheidende Macht, die den Krieg bisher verhindert, ist leider nur die militärische Kraft der SU und der verbündeten Sowjetrepubliken, mit der die Todfeinde des Kommunismus rechnen müssen!

Über der Menschheit hängt als modernes Damokles-Schwert eine Atom- und Wasserstoff-Sprengstoffmenge, die größer ist, als die gesamte Sprengstoffmenge, die in der Geschichte der Menschheit angewandt worden ist. Im zweiten Weltkrieg wurden Sprengstoffe im Ausmaß von 5 Millionen TNT verbraucht. Eine einzige Megatonnen-Bombe enthält 20 Millionen TNT Sprengstoff, das vierfache der gesamten Sprengstoffmenge, die im zweiten Weltkrieg verbraucht wurde. Die USA soll tausend solcher Bomben besitzen.

Die Bereitschaft der Sowjetunion zur Koexistenz mit Ländern anderer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist nicht neu. Weder die SU noch ein anderes sozialistisches Land hat in der dreiundvierzigjährigen Geschichte seit der Entstehung der SU einen Krieg geführt, um anderen Ländern den Sozialismus aufzuzwingen. Es wird auch in Zukunft keine solchen Angriffe geben. Der Aufbau des Sozialismus braucht friedliche Koexistenz, denn selbst ein siegreicher Krieg würde einen Rückfall von Jahrzehnten bedeuten - falls die Prophezeiung Sachverständiger, daß ein Atomkrieg jegliches Leben auslöscht, unzutreffend ist.

Die herrschenden Kapitalisten fürchten nicht den militärischen Überfall zur Einführung des Sozialismus in Länder, die kein Bedürfnis dafür haben und nicht reif dafür sind. Was die Bourgeoisie und ihre Mitläufer fürchten, ist dieses, daß dieser Reifeprozess zum Kommunismus auf Grund objektiver Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft vom sozialistischen Block gefördert und unterstützt wird. Und das ist allerdings die Pflicht des sozialistischen Lagers. Die Zeit ist vorbei, wo Imperialisten, wie die USA in Lateinamerika, "Revolutionen" organisieren, für die Profite ihrer Monopole von gekauften

Söldnern machen lassen, ohne daß der sozialistische Block die Abwehr der Werktätigen unterstützt. Siehe Kuba, Kongo, Laos. Das entspricht, unter veränderten Machtverhältnissen, den Solidaritätsaktionen der klassenbewußten Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg im Rahmen der zweiten Internationale. Die Streikbewegung in Belgien ist vielleicht der Neubeginn der klassenbewußten internationalen Solidarität. Zum Entsetzen der Führer der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, die dem Klassenkampf abgeschworen haben, schicken sie unter dem Druck der Massenstimmung ihrer Mitglieder Gelder zur Unterstützung der Streikenden und fordern die Hafendarbeiter auf, keine Streikbrecherarbeit zu leisten auf Schiffen, die wegen des belgischen Streiks in ihre Häfen umgeleitet werden.

Die neue technische Revolution erhielt vom Krieg ihren Anstoß durch die praktische Verwertung wissenschaftlicher Entdeckungen für die Atombombe, und führte nach dem Kriege zur Ausnutzung der Atomkraft in der kapitalistischen Produktion. Ohne Krieg wären diese theoretischen Forschungsergebnisse noch nicht in dem Umfange in die kapitalistische Produktion einbezogen worden. Durch die Entdeckung und Entwicklung des Radarsystems im Kriege in Verbindung mit der praktischen Anwendung der Kybernetik ist die Vollautomation möglich geworden. Die Nachholkonjunktur, verstärkt durch die neue Aufrüstung, ermöglichte die profitable Anwendung dieser neuen technischen Erfindungen. Sie bilden die Grundlage für die Vollbeschäftigung und Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Mangelware. Solange diese Profitmöglichkeiten für die Eigentümer der Produktionsmittel bestehen, sind diese bereit und gezwungen, den Preis der Arbeitskraft, den Arbeitslohn, bis zur Höhe einer mittleren Kleinbürger-Existenz zu zahlen. Die Arbeiter und Werktätigen, besonders die deutschen, die seit 1918 von einer Enttäuschung in die andere, von einer Niederlage in die andere gerieten, wenden sich bei dieser verbesserten Existenzmöglichkeit von der Betätigung und Teilnahme am politischen Kampf ab. Sie trösten sich mit der Befriedigung einiger Kleinbürgerwünsche.

Aber 5 Millionen Erwerbslose in USA, Ausnützung der Kapazität der Produktionsmittel in der Stahlindustrie und anderen Industrien nur zur Hälfte, zeigen den Beginn des Endes dieses angeblichen Wohlfahrtsstaates an. Die Arbeiter in Belgien reagieren auf die Stilllegung ihrer Bergwerke, lange Arbeitslosigkeit, neue Abwälzung der Lasten des Bankerotts der Kolonialpolitik ihrer herrschenden Klasse, wie ihre Vorfahren als Klassenkämpfer. Der Klassenkampf ist keine Erfindung der Kommunisten. Er ist das Entwicklungsgesetz aller Klassengesellschaften. Die Ursachen für den proletarischen Klassenkampf sind Ergebnisse des Kapitalismus selbst. Aufgabe der Kommunisten ist es, dem proletarischen Klassenkampf die notwendige sachkundige Führung zu geben, um mit einem Minimum von Opfern, einem Maximum von Erfolg in der Richtung des sozialistischen Aufbaus zu wirken. Das versucht die kapitalistische Welt zu verhindern. Deshalb die Unterdrückungsversuche, wie das tatsächliche Verbot der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. Wie die über hundertjährige Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, vermehrt das die Zahl der Opfer, macht die Kämpfe grausamer, verhindert sie aber nicht. Man soll Belgien genau studieren, um die Mängel und Fehler zu erkennen, um sie in den kommenden Kämpfen, die folgen werden, zu vermeiden.

Der Appell von Hannover

Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist die Rose, hier tanze!

Karl Marx

Vor diesem Gegner, der, schon am Boden liegend, sich jedesmal riesenhafter wiedererhob, vor der deutschen Bourgeoisie, stehen die deutschen Sozialisten. Es sind nicht sehr viele, die sich noch heute um das Banner des Sozialismus scharen. In kleinen Gruppen auseinandergerissen, oft gegeneinander um den besten Standpunkt ringend, scheinbar noch einig im Ziel, die heutige kapitalistische Ordnung durch die sozialistische zu ersetzen, wirken sie am notwendigen Klärungsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung. Unter den jetzigen Bedingungen der Stagnation der Arbeiterbewegung fällt den Sozialisten die Aufgabe zu, kritisch zur Tagespolitik sowie zu den Ideen und Vorstellungen in der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen.

Der Parteitag der SPD in Hannover gibt allgemein Vorstellungen und Wünsche in der Arbeiterklasse wie ein Spiegelbild wieder. Die Arbeiterklasse findet sich zur Zeit mit der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur ab. Die Lebensbedingungen, die der Kapitalismus ihnen bieten kann, erwecken kein Bedürfnis nach einer revolutionären Änderung dieser gesellschaftlichen Ordnung.

Der Marxismus lehrt, daß das gesellschaftliche Sein (in der Hauptsache die ökonomischen Bedingungen) das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt. Doch was in der Praxis von der richtigen oder falschen Theorie in die Tat umgesetzt wird, ist nicht von der theoretischen Richtigkeit abhängig, sondern davon, was die Masse als entscheidendes Bedürfnis aufzunehmen imstande und dafür zu kämpfen bereit ist. Die Basis für die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse ist dieselbe wie vor hundert Jahren. Die Produktionsmittel befinden sich in Händen von wenigen, die die tatsächliche Herrschaft ausüben und sich den Mehrwert aneignen. Die Arbeiter erhalten nicht ihre Arbeit, sondern in Form von Lohn oder Gehalt den Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt, während sich die Besitzer der Produktionsmittel den Mehrwert der erzeugten Güter der unbezahlten Arbeit aneignen. Dieser Mehrwert wird in neues Kapital verwandelt, dient der Reproduktion und ständigen Erweiterung der Produktion. Im Verlauf dieser erbarmungslosen Konkurrenz konzentriert sich das Kapital in gewaltigen Konzernen und Monopolen und die kleinen Räuber werden die Opfer der großen.

Diese Zustände erleben wir alle im Augenblick in Deutschland und man nennt sie "freie Marktwirtschaft". Und welches sind die ökonomischen

Bedingungen und ihre Ursachen, unter denen die Werktätigen leben und die das Bewußtsein dieser Klasse prägen? Nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945, als auch der deutsche Kapitalismus machtlos am Boden lag, verhinderten die kapitalistischen Besatzungsmächte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne Anstrengungen, denn die Werktätigen waren 1945 noch kraftloser als 1918, um revolutionär dafür zu kämpfen. Außerdem wirkte die Besatzungspolitik der SU in Mitteldeutschland, die die breite Masse mit Sozialismus gleichsetzte, eher abschreckend als nachahmenswert. Die SU war gezwungen, infolge der gewaltigen Kriegsschäden im kapitalistischen faschistischen Raubkrieg Reparationen zu fordern und Demontagen vorzunehmen, statt den Bedürfnissen der Arbeiter entgegenzukommen. Als der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, repräsentiert von den USA und der SU, sich zuspitzte, wurde der deutsche Kapitalismus im Kampf gegen den Sozialismus aufs neue mobilisiert. Die deutschen Kapitalisten nutzten die Situation, unterstützt von den westlichen Besatzungsmächten, für den Wiederaufbau ihres bürgerlich-demokratischen Staatsapparates und die Erhaltung ihres Eigentums an den Produktionsmitteln. Der ungeheure Nachholbedarf der Nachkriegszeit und der allgemeine Wiederaufbau trieben die Produktion voran. Der Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse wurde unter der Parole des gemeinsamen Interesses für den Wiederaufbau der Industrie verwischt. Durch die zweite technische Revolution konnten ehemals privilegierte Luxusbedürfnisse der herrschenden Klasse in Massenbedürfnisse umgewandelt werden. Die Befriedigung kleinbürgerlicher Lebensbedürfnisse wurde möglich. Es entstand die Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung, die Arbeitskraft wurde Mangelware. Die die gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus nicht kennen, nennen dies "Wirtschaftswunder". Die Gewerkschaften haben es immer schwerer, den Teil ihrer Aufgabe für die Werktätigen, soviel wie möglich herauszuholen, zu erfüllen. Bisher waren die Unternehmer gezwungen, wollten sie weiter ungestört dem Profit nachjagen, den entscheidenden Arbeiterschichten im Rahmen der Tarifverträge Zugeständnisse zu machen. Der Lohn stieg, aber gering, gemessen an den ungeheuren Gewinnen der Unternehmer. Der gesteigerte Profit der Unternehmer wurde angelegt, um mit Hilfe der Automation und raffiniertester Rationalisierungsmethoden die industriellen Anlagen zu modernisieren und auszubauen. Diese Entwicklung hat bereits in den USA dazu geführt, daß die Situation der Warenknappheit als Konjunkturperiode vorbei ist. Wir schlittern in eine Periode, die das genaue Gegenteil darstellt, in die Überproduktion, weil mehr produziert wird als abgesetzt werden kann.

Nehmen wir als Beispiel die Kohlenhalden im Ruhrgebiet. Es ist ziemlich gleichgültig, ob sich die Wirtschaftsexperten darüber einig sind, daß es sich bei dieser Pleite um eine strukturelle Krise durch den neuen Konkurrenten Öl handelt oder nicht. Entscheidend ist, daß die Kapazität der Bergwerke nicht ausgenutzt werden kann, daß mehrere Zechen ihre Produktion einstellen und schließen müssen. Die Konjunktur in Deutschland ermöglicht zur Zeit noch, den Entlassenen neue Arbeitsplätze zu beschaffen. Der Staat bezahlt zum großen Teil den Umzug in die neuen Arbeitsstätten und Umschulungen. Die Unternehmer können versuchen, auf diese Art politische Krisen zu verhindern. Sie sind wahrhaftig nicht über Nacht zu Wohltätern geworden. Noch besteht hier die Möglichkeit, durch die neuen Produktionsstätten neue Profite herauszuholen.

Besteht diese Möglichkeit jedoch nicht mehr, so kann das geschehen, was uns in Belgien auf Grund der dortigen strukturellen Schwierigkeiten vordemonstriert wurde. Die belgischen Kapitalisten nahmen die Kongokrise zum Vorwand zu versuchen, ihre Schwierigkeiten auf Kosten der belgischen Arbeiterklasse zu überwinden. Von allen Ländern des Gemeinsamen Marktes hat nämlich Belgien die niedrigste Wachstumsrate

der Produktion, die langsamste Entwicklung neuer Industrien und dennoch die höchsten Löhne. Die belgischen Unternehmer schalteten ihr Instrument, den Staat, ein, um durch Sparmaßnahmen, wie Abbau der Löhne und Einsparung an Sozialleistungen ihre Profitrate noch zu erhöhen. Gehen die Arbeiter dann auf die Straße, um sich gegen die Maßnahmen zu wehren, zeigt ihnen die Polizei und das Militär, was es heißt, "Partner" der Kapitalisten zu sein. Der unversöhnliche Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital tritt plötzlich hervor und zeigt, daß der Klassenkampf existiert, der längst als überwunden galt. Von einer Partnerschaft ist nicht mehr die Rede.

Kehren wir zu den Verhältnissen in Deutschland zurück. In der Denkweise der Arbeiterklasse ist das frühere Klassenbewußtsein, man müsse den Kapitalisten soviel wegnehmen, wie es die Kampfkraft der Arbeiter möglich macht, einer Art Pariabewußtsein gewichen. Deshalb sollen die Arbeiter ihren "gerechten Anteil am Sozialprodukt" als Sozialpartner nehmen. Krise? - Gibt es nicht mehr, die Zeiten sind vorbei, können sich die Kapitalisten gar nicht erlauben und wenn, werden sie schon damit fertig. Schlimmstenfalls greift der Staat in die Geschicke der Wirtschaft ein, man kann uns doch nicht einfach verhungern lassen. Sozialismus? - Soll das etwa die Einführung der Zustände in der DDR bedeuten, wo sie noch weniger für ihr Geld kaufen können? Sie untersuchen nicht die besonderen Bedingungen, unter denen sich nach 1945 die Umgestaltung der Wirtschaft in der DDR vollzog. Sie stehen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und in den Ostblockländern voreingenommen und verständnislos gegenüber, die antikommunistische Gehirnwäsche trägt ihr Teil dazu bei. Kriegsgefahr? - Andere rüsten auch, wir können doch nichts daran ändern. Außerdem erhalten die Rüstungsaufträge unseren Arbeitsplatz. Wenn unsere Firma die Aufträge nicht bekommt, reißen sich die anderen darum. Nur nichts ändern an diesen Zuständen, noch können wir ganz gut leben. Wir lassen eben alles an uns rankommen! -

Die Psychologen der CDU erkannten schon im Wahljahr 1957 diese Denkweise der Arbeiter. Sie spekulierten richtig: trotz des Widerwillens breiter Bevölkerungskreise gegen Wehrpflicht und Atombewaffnung lag ihnen an der Erhaltung oder Verbesserung der Löhne mehr als an einer eventuellen Reform der Verhältnisse durch die SPD. "Keine Experimente" war deshalb die Wahlparole, unter der die CDU den Wahlkampf 1957 gewann. Die Polemik der CDU nährte die Angst der Rentner, kleinbürgerlicher und breiter Arbeiterschichten, die SPD werde nach einem Wahlsieg das bisher Erreichte durch Umwälzungen in Gefahr bringen.

Der Parteitag der SPD von Hannover sowie auch das Godesberger Programm knüpfen nun an die Wahltaktik der CDU und an diese Vorstellungen der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlicher Gesinnung an und versprechen den Wählern: "Wir machen nichts anders, aber wir machen es besser!" Die SPD verspricht den Wählern von 1961 die Verdoppelung des Lebensstandards noch in dieser Generation. Auf die Sozialisierung wird verzichtet, der Mittelstand bekommt einen "gerechten" Anteil an der Wirtschaft, die Arbeiter, Angestellten und Beamten einen eigenen Wagen und eine Volksaktie. "Gemeinsam können wir dieses alles erreichen, wenn wir unsere Ärmel wieder aufkrepeln," so heißt es im Appell von Hannover. Das grundsätzliche "Ja" der SPD zu diesem Staat, zur bürgerlichen Demokratie, zur freiheitlichen Ordnung, worunter die Kapitalisten ihre Herrschaft verstehen, macht sie zu Gegnern des Sozialismus. Ihre "Reform" gipfelt in der grundsätzlichen Anerkennung des Rechtes auf privates Eigentum an den Produktionsmitteln. Es heißt ausdrücklich im Godesberger Programm: "Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung." Daß mit dieser Anerkennung nicht nur der obligatorische Friseurladen gemeint ist, beweist, wie der Parteitag auf einen

Sozialisierungsantrag eines kleinen Ortsvereins aus Frankfurt reagierte. Ollenhauer erklärte hierzu, die SPD wolle den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Kontrolle verhindern und habe dabei die Vorstellung aufgegeben, daß das zentrale Mittel dieser Kontrolle die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum sei. Dieser Standpunkt sei für alle Mitglieder der Partei verbindlich und er lehne entschieden ab, daß ein Antrag einer Frankfurter Ortsgruppe eine Art von Sozialisierungskatalog durch die Hintertür in das Godesberger Programm einschmuggeln wolle. Auch die Vorstellungen der IG Metall wichen von diesen sozialdemokratischen Grundsätzen ab. Die IG Metall sei jedoch eine selbständige Organisation. Die WELT schreibt über diesen Sozialisierungsantrag: "... ist es nicht sensationell, daß sich auf einem sozialdemokratischen Parteitag keine einzige Stimme fand, um den Sozialisierungsantrag eines kleinen Ortsvereins zu verteidigen, zumal man doch manchen widersah, der zu den Sozialisierungsforderungen der Metallarbeiter in Berlin Beifall klatschte?"

Das ist gar nicht "sensationell", sondern die Konsequenz eines angeblichen Sozialismus, der zur Anerkennung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln geführt hat. Aber es ist ein Beweis für die Gelenkigkeit mancher Sozialdemokraten, die morgens für die Sozialisierung und abends dagegen sind. 1930 hatte der VORWÄRTS noch eine andere Meinung: Er schrieb aus Anlaß einer Reichstagsdebatte am 4.12., wo sich die NSDAP entschuldigte, daß sie nicht wie die SPD für Verstaatlichung der Produktionsmittel sei, ironisch am 10.12.: Sozialismus mit Privateigentum sei ungefähr das gleiche wie Abschaffung der Todesstrafe unter Beibehaltung der Hinrichtungen.

Ausgezeichnete Beweglichkeit bewiesen auch die Teilnehmer am Parteitag, als sie der Schaffung einer Nationalstiftung und damit der Volksaktie zustimmten. Gestern galt die Volksaktie als Volksbetrug, doch frisch gewaschen von Dr. Doist, dient sie heute zur breiten Eigentumsstreuung.

Prof. Schellenberg, der Streiter gegen die Kostenbeteiligung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall, ereiferte sich darüber, "daß im Gesetzentwurf zur Neuregelung der Krankenversicherung nicht einmal das Wort "Gesundheit" vorkommt!" - Nach diesem Schneuzer kann man dem Professor nur "Gesundheit" wünschen, zumal sein Arbeitskreis Sozialpolitik der Bundestagsfraktion empfahl "... alles zu tun, damit die Verbesserungen dieses Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden können." Das heißt, an die Adresse der CDU gerichtet: streicht noch etwas von eurer Kostenbeteiligung, dann habt ihr auch unsere Stimme. Wer A sagt, muß auch B sagen. Wer sich grundsätzlich zu diesem Staat, zur bürgerlichen Demokratie und zur Freiheit bekennt, wie sie in unserer Klassengesellschaft verstanden werden, muß auch zur Verteidigung dieser Ordnung bereit sein. Schon 1956, auf dem Parteitag der SPD in München und vorher gaben die "Gegner" der Aufrüstung der Bundesrepublik ihre Visitenkarte ab. Zu der Zeit, als die Debatte im Bundestag über die Einführung der Wehrpflicht stattfinden sollte, sprachen sich in einer internen Fraktionssitzung der SPD 58 Stimmen für den Boykott der Wehrdebatte aus. Die Teilnahme an der Wehrdebatte drückte man dann doch mit dem bezeichnenden Einwand Wehners durch, worüber die Stuttgarter Zeitung vom 6. Juli 1956 schrieb: "Abgeordneter Wahner soll schließlich den Ausschlag gegeben haben, als er sich für das Verbleiben im Parlament aussprach, denn andernfalls müsse man entschlossen sein, die Jugend und die Betriebe zu mobilisieren, wobei niemand das Ende absehen könne." Mit diesem Satz kam die wahre Absicht der SPD-Führung, die außerparlamentarische Demonstration - von der niemand das Ende absehen könnte -, abzuwürgen, zum Ausdruck. Nachdem es ihnen gelang, alle Ansätze des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Remilita-

risierung zu ersticken, nachdem die Zustimmung der SPD zur Verfassungsänderung, ohne die eine demokratische Remilitarisierung nicht möglich wäre, über die parlamentarische Bühne rollte, "kämpfte" man auf dem Parteitag 1956 weiter gegen die inzwischen durch Gesetz festgelegte Wehrpflicht. Die Wahl stand damals vor der Tür und Ollenhauer eröffnete seinen Parteigenossen: "Alle diejenigen in unseren Reihen, die darüber bounruhigt sind, daß wir die uns gesteckten Ziele (Abschaffung der Wehrpflicht) trotz aller Anstrngungen angesichts der gegebenen Mehrheitsverhältnisse nicht erreichen konnten, müssen sich darüber klar sein, daß es uns nur gelingen wird, unsere Vorstellungen durchzusetzen, wenn wir über diese unsere grundsätzliche Haltung nach innen und nach außen bei niemanden in Deutschland und im Ausland einen Zweifel aufkommen lassen."

In der Entschlieung 97 des Parteivorstandes hieß es damals:

"Das Ziel der SPD ist es, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben. Die SPD ruft das deutsche Volk auf..."

Ja, das waren noch Zeiten, da wollte man sogar noch die "vertraglichen Verpflichtungen revidieren", wenn auch nur im "Einvernehmen" mit den Partnern. Heute, 1961, ist es der SPD "absolut verbindlich, daß die SPD treu und mit allen Rechten und Pflichten zum Nato-Bündnis steht und nichts tun wird, was es gefährden könnte", meinte Willi Brandt auf dem Parteitag in Hannover.

Noch einmal kam für die Sozialdemokratie die Zeit, wo sie die Welt mit dem Deutschland-Plan überraschte, der den Austritt der beiden deutschen Teilstaaten aus den Machtblöcken forderte. Das war der Plan, den Herbert Wehner "bis ins letzte Dorf" tragen wollte, von dem der "Vorwärts" am 27. März 1959 schrieb:

"Die deutschen Anhänger des status quo mögen gegen ihn eifern und wettern wie sie wollen, es wird ihnen nicht gelingen, weder innen- noch außenpolitisch, diesen kühnen Vorstoß der SPD in Schubläden verschwinden zu lassen. Er bleibt auf der Tagesordnung der internationalen Politik."

Nun, wir wissen heute, daß der Deutschland-Plan sang- und klanglos verschwand. Herbert Wehner war es selbst, der ihn in der außenpolitischen Debatte am 30. Juni 1960 begrub. Damit wurde der Weg frei zur Bestandsaufnahme für eine gemeinsame Außenpolitik mit der CDU.

Gehörten 1957 die Protestdemonstrationen gegen die Atomrüstung zur Wahltaktik der SPD, so ist es 1961 umgekehrt. Die "Atom-Klötze" müssen weg. Fritz Erler erklärte: "Man dürfe sich im Wahlkampf auf keinen Fall mit der Atomfrage Klötze ans Bein binden."

Wenn die SPD-Parteibürokratie auch die Protestdemonstrationen gegen die Atomgefahr im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Gesetze organisierte, um sie zu töten, (die Tatsachen beweisen, daß diese Taktik erfolgreich war) so gab es in Hannover für die reaktionärste Gruppe der SPD, geführt von Wehner, Brandt, Erler und Carlo Schmid, dennoch eine nicht gewünschte Pleite. Ollenhauer war es, der in das Fangeisen Adenauers trat, der der SPD vorwarf, sie sei gegen eine wirksame Nato-Rüstung, um auf dem Parteitag Verwirrung zu stiften. Adenauer verlangte von Ollenhauer, er solle sich klar für oder gegen die Atombewaffnung aussprechen. Ollenhauer erklärte in seiner Rede:

"Es gibt seit dem Godesberger Parteitag keine Entwicklung, die uns veranlassen könnte, diesen Standpunkt zu ändern. Er bleibt Grundlage und Bestandteil unserer Politik. Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab. Nach Standort, Waffentechnik, Strategie und Taktik ist sie weder militärisch notwendig, noch stellt sie die zweckmäßigste

und damit die beste Bewaffnung deutscher Einheiten dar. Wer nach den Beschlüssen von Godesberg und nach dieser Feststellung von heute die Haltung der Sozialdemokratie in der atomaren Bewaffnung immer wieder in Zweifel zieht, dient damit nicht dem Ziel der atomaren Abrüstung, sondern fördert nur die Rüstungspolitik des Herrn Strauß, die zu Unrecht als Verteidigungspolitik der Bundesrepublik ausgegeben wird und gegen die die Sozialdemokratie schwerwiegende, sachlich begründete Einwände hat."

Für diesen Teil seiner Rede bekam er den brausenden Beifall seiner Parteigenossen. Später erklärte Ollenhauer, als Brandt, Wehner und Erler sich bei ihrem Abstimmungsapparat mit ihrer Resolution zur Sicherheitspolitik durchsetzten, die Stellungnahme zu seinem Referat sei das Opfer von Mißverständnissen und falschen Auslegungen. Er sagte: "Zwischen meinem Referat und dem Antrag des Vorstandes gibt es keine Differenz. Vielmehr sind beide aufeinander abgestimmt."

Führen wir uns die Resolution zu Gemüte, mit der die Primadonnen der Sozialdemokratie ihre Zustimmung zur Atombewaffnung verschleierte: "Die Bundesrepublik Deutschland bedarf des Schutzes durch das Nato-Bündnis, zu dem sie in loyaler Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihren Beitrag leistet. Das westliche Bündnis darf nicht einseitig geschwächt werden. Abrüstung muß gleichwertig auf beiden Seiten sein und kontrolliert werden."

Sinnvolle Aufgabenteilung verstärkt die Wirkung des Bündnisses und ermöglicht es, die Zahl der mit Atomwaffen ausgerüsteten Armeen nicht zu vergrößern. Die Bundeswehr muß wirksam ausgerüstet und ausgestattet werden. Auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken. Die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf der Mitwirkung aller Staatsbürger."

"Sinnvolle Aufgabenteilung" und "wirksame Ausrüstung" heißt aus dem sozialdemokratischen Kauderwelsch übersetzt: "Im Rahmen der Nato JA zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr." Für Fritz Erler sah 1958 die Verteidigung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" noch so aus: (Vorwärts 31.10.1958)

"In Stuttgart hat sich die sozialdemokratische Partei gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen. Das atomare Wettrüsten ist zu einer tödlichen Gefahr für die gesamte Menschheit geworden. Wer den drei Atomkräften zur Begrenzung und Kontrolle ihrer Rüstungen raten will, muß auch für sein eigenes Volk die Konsequenzen daraus ziehen. Sonst wird er unglaubwürdig. Mit der Verteilung atomarer Sprengkörper - selbst unter fremdem Verschuß - an weitere Staaten ist der Weg ins Verderben beschritten. Außerdem kann man ein so dicht besiedeltes Land wie Deutschland mit Atomwaffen nicht verteidigen, sondern nur auslöschen. Die Verteidigung verliert ihren Sinn, wenn sie so organisiert wird, daß ihre Mittel, statt zu schützen, das zu verteidigende Leben des eigenen Volkes zerstören. Es wäre gut, wenn die Regierungen endlich aufhörten, ihre Völker über den wahren Charakter der Atomwaffen zu belügen. Es handelt sich in Wahrheit um Massenvernichtungsmittel, deren geringstes noch die Wirkung von 1.000 Tonnen TNT hat, also eines Angriffes von mehreren hundert Flugzeugen des zweiten Weltkrieges. Die Hiroshima-Bombe ist die Standardgröße der Atomwaffen geworden. Gerade um diese Wirkung auch der sogenannten taktischen Waffen geht es aber in unserem Lande!"

Die Redereien der Apparatschiks über diesen Punkt drückten das große Unbehagen aus, das große Teile der Mitgliedschaft über die atomare Bewaffnung erfaßt hat. Wittinghoff aus Hamburg glaubte noch bemerken zu müssen:

"Der Applaus für Ollenhauers Ablehnung der atomaren Waffen in der gestrigen Sitzung war so überwältigend, daß die Stellungnahme des Parteitagcs klar ist. Das Bekenntnis des Parteitagcs stellt alles in den Schatten, was heute hier noch gesagt werden könnte."

Die Ohrfeige kam von dem Akademiker Carlo Schmid, der zynisch erklärte: "Ovationen in allen Ehren - aber sie sind Gemütsbewegungen, was gilt, sind Beschlüsse."

Den Zynismus Carlo Schmid in allen Ehren, die Erfahrungen mit den bisherigen SPD-Beschlüssen zeigen, was Beschlüsse gelten, wenn sie auch nur schüchterne Ansätze zur Mobilisierung der Massen zwecks praktischer Durchführung dieser Beschlüsse erfordern. Dann werden die eigenen Beschlüsse systematisch hintertrieben und sabotiert aus Angst vor den weiteren notwendigen Konsequenzen.

Es war noch nicht alles, was den Delegierten des Parteitagcs um die Ohren geschlagen wurde. Willy Brandt schlug vor: "Wenn es den einen oder anderen gibt, der glaubt, nicht auf der Grundlage des Godesberger Programms mit uns zusammenwirken zu können, den möchte ich herzlich bitten, daraus die Konsequenzen zu ziehen und uns in der vorliegenden Auseinandersetzung nicht unnötig zu belasten. Es ist besser, daß wir auf des einen oder anderen aktive Unterstützung verzichten, als daß man uns Doppeltzüngigkeit oder gar Widersprüchigkeit vorwerfen kann."

Er sagte weiter: "Ich werde nicht verleugnen, daß es die sozialdemokratische Partei ist, die mir die Aufgabe gestellt hat. Aber ich bin der Kandidat dieser Partei für ein Amt, dessen Inhaber die Richtlinien der Politik bestimmt und der dem ganzen Parlament und damit dem Volk verantwortlich ist."

Willy Brandt botente weiter: "Die SPD wird den Kampf gegen die Gefahren des Wettrüstens wie bisher weiterführen. Jeder, der ihr dabei nicht zur Seite steht, ist ein gewissenloser Wicht oder schlimmeres."

Wenn die SPD den Kampf "wie bisher" weiterführen will, dann bedeutet das die Abwürgung jeden echten Kampfes wie bisher. Durch Maulaufreibe-ereien bei legalen Protestdemonstrationen und durch Predigten an hohen Feiertagen hoffen die Parteklaristokraten, ohne die ungeheuerlichen Konsequenzen ziehen zu müssen, die sich aus dem Kampf gegen die Aufrüstung ergeben, selbst rote Backen und pralle Lenden zu bekommen, aber das Wettrüsten wird dadurch nicht beendet. Wie der Kampf einmal weitergeführt wird, wenn sich in der Arbeiterklasse die Erkenntnis durchsetzt, daß die Abrüstung nur durch die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erreicht werden kann, hängt dann nicht mehr von der Meinung Willy Brandts ab. Dann werden für Willy Brandt und seine Mannschaft auch die Arbeiter "gewissenlose Wichte" sein, die nicht "wie bisher weiterkämpfen" wollen. Für den Kapitalismus bedeutet der Verzicht auf das Wettrüsten Verzicht auf die Weiterentwicklung, Verzicht auf eine Spritze durch den kapitalistischen Staat, die es ermöglicht, daß sich die anarchische Produktionsweise noch eine Zeitlang länger über Wasser hält.

Auch die Gewerkschaften bekamen von der "jungen unverbrauchten Kraft" Willy Brandts eins aufs Dach, als er weiter klarstellte:

"Wir werden immer bemüht bleiben, mit den Gewerkschaftsvertretern loyal und freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Aber die Wirtschaftspolitik wird eine sozialdemokratisch geführte Regierung nach ihren Gesichtspunkten bestimmen."

Loyal zusammenarbeiten? Natürlich, man arbeitet ja auch mit den Bank- und Konzernherren, mit den Generälen der Bundeswehr loyal zusammen. Denn, so sagte Willy Brandt, "wir alle sind eine Familie, deswegen muß unser Volk endlich Frieden mit sich selbst machen."

Und wie sie "Frieden" machen! Die CDU bereitet sich mit ihrem Notstandsgesetz darauf vor, den "inneren Frieden" (sprich Herrschaft der Bourgeoisie) zu erhalten. Im Grundsätzlichen ist natürlich auch die SPD für ein Notstandsgesetz, nur darf es "die Freiheit nicht erhalten wollen, indem man die Freiheit abschafft." Man darf gespannt sein über den Inhalt eines sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, der zwar den Notstand erklärt, gleichzeitig aber die Freiheit nicht abschaffen will. Wenn der Notstand einmal erklärt wird, dann ist es klar, daß das Bürgertum unter dem Ausbruch des "Notstandes" die Gefährdung seiner Herrschaft versteht. Die Gesetze zum Notstand können naturgemäß nur gegen diejenigen gerichtet sein, für die die Verhältnisse unerträglich geworden sind, gleich ob sie von Sozialdemokraten oder Christdemokraten gemacht werden.

Ziehen wir das Fazit aus dem Appell von Hannover. Das Jahr 1961 soll den Realpolitikern der SPD die lang ersehnte Mehrheit im Parlament bringen. Mit antikommunistischen Parolen steht sie mit der CDU im Kampf gegen den Sozialismus überhaupt. Die SPD begründet ihr Wahlprogramm mit der Illusion, eine bessere CDU-Politik machen zu können - nach dem Motto Brandts: "Nichts anders machen, besser machen!"

Die "Welt" vom 26.11.1960 meint dazu skeptisch: " Sie (die SPD) kann nicht unbesehen gängige Klischees von anderen übernehmen. Vieles, was auf diesem Parteitag gesagt wurde, hätte von Adenauer nicht anders gesagt werden können. Aber allzu große Ähnlichkeit birgt Gefahr. Sie bringt den Wähler, statt ihn zum Wechsel anzureizen, möglicherweise in die Versuchung, im wahrsten Sinne des Wortes "am Alten" festzuhalten."

In Mitglieder-Versammlungen, soweit dort der Parteitag überhaupt zur Diskussion steht, retten die Apparatschiks ihre Unschuld dadurch, daß sie eigentlich "dagegen" sind, "doch die Realität von heute zwingt..." usw.usw. Auf wen stützt sich nun die SPD nach dem Rumpel in Hannover? Vielleicht auf die passiven, zahlenden Mitglieder, die nur alle vier Jahre einmal wählen, aber sonst nichts tun wollen?

Auf den Parteitag war es nicht schwer, den sogenannten linken Flügel zur Reason zu bringen. Die Führer der Sozialdemokraten haben es mit der Zeit zur routinierten Fähigkeit gebracht, ihre Resolutionen und Beschlüsse in Worte zu kleiden, die das Gewissen der Dauerdelegierten aus den Vorzimmern und Amtsstuben der Senatoren und Bürgermeister nicht allzusehr belasten.

Soweit die Arbeiter, um die es in dem kommenden Wahlkampf geht, die SPD wählen, erwarten sie, daß die SPD im Falle eines Wahlsieges ihre materiellen Belange wahrnimmt. Die Tatsache, daß die SPD die atomare Aufrüstung im Rahmen der NATO befürwortet, ist für diese Wähler zweitrangig. Dennoch wird es die SPD schwer haben, während der Wahlpropaganda im Konkurrenzkampf mit der CDU, ihre Arbeiterwähler davon zu überzeugen, daß sie ihre materiellen Erwartungen erfüllen kann.

Doch unsere Betrachtung über Hannover darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu sagen, daß das offene Einschwenken der SPD in die Adenauer-Strauß-Atomfront den Anstoß zur Gründung der Deutschen Friedens-Union gegeben hat. In der DFU scheinen sich zunächst alle diejenigen zu sammeln, die in der Abwehr der Atomgefahr ihre Aufgabe sehen. Der Wunsch nach Beseitigung der Atomgefahr, nach Abrüstung, nach Frieden, nach Verhandlungen zwischen beiden Machtblöcken, ist ohne Zweifel groß. Dieser Wunsch erfüllt das Denken eines nicht unerheblichen Teiles der deutschen Arbeiter und des klarsten Teiles der bürgerlichen Intellektuellen. Und wie im Saarland kann es der DFU gelingen, mit dieser Kampfpapole im bundesrepublikanischen Wahlkampf die Hürde der 5-Prozent-Klausel zu überspringen.

Es geht uns aber in unseren Darlegungen nicht darum, die parlamentarischen Chancen oder die etwaige Lebensdauer einer möglichen Volksfront-Bewegung zu analysieren, es geht uns darum, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen sowie den Weg, den ihre Diener zur Erhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gehen müssen.

Wir befinden uns heute in der zweiten technischen Revolution. Sie ermöglicht es den Kapitalisten, im eigenen Interesse den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse während der noch andauernden Vollbeschäftigung soviel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu geben, wie dies im bisherigen Verlauf der Geschichte des Kapitalismus nie der Fall war. Das ist die Basis für das Sprießen der verschwommenen bürgerlichen Ideale - wie Freiheit und Demokratie - in den Arbeiterhirnen und die Basis für die Politikanten der Sozialdemokratie. In dem Augenblick, wo die ökonomischen Verhältnisse auf Grund ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft zusammenbrechen, treten die Klassengegensätze offen und für alle sichtbar hervor und können demokratisch-parlamentarisch nicht mehr durch Kompromisse gelöst werden. Mit der ökonomischen kapitalistischen Grundlage wird auch der gesellschaftliche Überbau erschüttert und damit der heutigen sozialdemokratischen Politik der Boden entzogen.

Der Jahrtausende alte Traum der Menschheit, genügend Güter für alle Menschen der Erde zu erzeugen, kann unter den heutigen technischen Gegebenheiten, unter Anwendung der Automation und durch friedliche Ausnutzung der Atomenergie, Wirklichkeit werden. Eine Bedingung muß allerdings vorher erfüllt werden: Die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft. Die Änderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist mehr denn je notwendig, hiermit hängen alle übrigen Fragen zusammen.

Die klassenbewußten Sozialisten müssen heute durch systematische Kleinarbeit ihr Gedankengut in die Gehirne der Arbeiterbürger hincinpflanzen, die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken und damit den Zusammenbruch des kapitalistischen Überbaues beschleunigen. Die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Profitstreben ist der Todfeind des Fortschritts. Der Kapitalismus muß besiegt werden, soll die Menschheit nicht an dem ihm innewohnenden grundsätzlichen Widerspruch ersticken.

Wir wollen keine Atombombengefahr, wir wollen den Sozialismus. Wir wollen nicht länger Amboß sein. Wir wollen, daß das Entweder - Oder Goethes für die Arbeiterklasse wieder Maßstab ihres Handelns wird:

Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen,
oder dienen und verlieren,
leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

Es ist schon über hundert Jahre her, daß diese Worte niedergeschrieben wurden:

...Und zudem herrscht in Deutschland die merkwürdigste Unwissenheit und Begriffsverwirrung über die einfachsten ökonomischen Verhältnisse, von den patentierten Verteidigern der bestehenden Zustände bis hinab zu den sozialistischen Wundergeschäfern und den verkannten politischen Genies, an denen das zersplitterte Deutschland noch reicher ist als an Landesvätern.

Karl Marx

NACHRUUF

Unser Genosse Paul **W e g n e r** ist, 63 Jahre alt, nach kurzer tödlicher Krankheit hinweggerafft worden. In dem Genossen Paul Wegner ist uns ein Freund genommen worden, der unbeirrt aller Enttäuschungen, die die deutsche Arbeiterklasse als Krise ihrer Führer über sich ergehen ließ, das Banner hochhielt in der unerschütterlichen Zuversicht, daß die Zukunft uns gehört.

Er war jederzeit bereit, seinen Anteil zu geben, wenn er gebraucht wurde, wenn es galt, am heute mehr denn je notwendigen Klärungsprozeß mitzuwirken, ohne den eine Wiedergesundung der deutschen Arbeiterbewegung nicht möglich ist. Diese Erkenntnis, seine Einsicht in das jeweils Notwendige, zeichneten ihn bis zu seinem Lebensende aus. In seiner menschlich-schlichten Art, gepaart mit der Erfahrung aus einem tragischen Abschnitt der deutschen Arbeiterbewegung, nachdem er nach dem ersten Weltkrieg auf seiner Wanderung von Danzig nach Bremen kam, wirkte er in unserem politischen Kreise, von der KPO bis zur heutigen ARBEITERPOLITIK, mit.

Seine Unbeirrbarkeit in unserer politischen Auffassung, seine Sachlichkeit in der politischen Diskussion, veranlaßten selbst jene, die inzwischen einen anderen politischen Weg gegangen sind, ihm das Geleit auf seinem letzten Wege zu geben.

Für uns aber ist seine ständige Bereitschaft, an der Wiedergesundung der deutschen Arbeiterbewegung mitzuarbeiten, eine Mahnung, nicht zu ermüden und das Ziel, den Sieg des Proletariats über die Mächte der Finsternis, deren unheildrohenden Atomflugzeuge unsere Städte überfliegen, näher heranzurücken im Namen all derer, die die Werte schaffen.

In diesem Sinne senken wir die rote Fahne auf das Grab unseres treuen Genossen Paul Wegner herab.

Wir aber tragen das rote Banner weiter in dem Bewußtsein unserer Verpflichtung gegenüber unserem Toten, im Kampf um eine Gesellschaftsordnung, die keine Kriege mehr kennt.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96.

Bremen, Februar 1961.

BRÜCKE INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Kennedy: Drei Monate neuer Kurs

Borgward - ein Riß im Fundament

Zwei Aufmärsche

Ostermarschbewegung

Kennedy: Drei Monate neuer Kurs

Wenn man den Zeitungsschreibern und Radiosprechern Glauben schenken könnte, hat mit dem Regierungsantritt Kennedys eine neue Periode in der Weltpolitik begonnen. Die Regierungsmänner der kapitalistischen Länder passen auf alles auf, was Kennedy von sich gibt. Alle deuten seine Haltung ihren Bedürfnissen gemäß. Nur die Franzosen hielten sich etwas zurück. Aber seit Kennedy angekündigt hat, daß er de Gaulle Ende Mai besuchen wird, weil de Gaulle nicht zu ihm kommt, stimmt auch die französische Presse in den Lobgesang ein und ist stolz auf die Bevorzugung. In London, Bonn und Rom ist man in Verlegenheit und läßt Luftballonfragen steigen - vielleicht kommt Kennedy doch noch nach London, Bonn und Rom auf Besuch? Ein so höflicher Mensch könne doch de Gaulle nicht bevorzugen, weil dieser auf seine Forderungen bestehe, und sie bestrafen, weil sie folgsam sind. Bonn ist sogar bereit zu zahlen. So wird in der großen Presse und im Radio den Zeitgenossen "verantwortungsbewußt publizistisch" Weltpolitik beigebracht. Die sogenannte öffentliche Meinung staunt und wundert sich und sieht in Kennedy einen modernen heiligen Florian als Schutzgeist gegen den Kommunismus.

Wenn wir die Worte und Taten Kennedys nach drei Monaten Regierung nicht in der Deutung seiner Lobredner, sondern in ihrer wirklichen Bedeutung nehmen, kann man bestenfalls eine gewisse Änderung der Form, keine dem Inhalt nach feststellen. Das gibt in vorsichtiger und höflicher Weise jetzt auch die "Prawda" zu, die große Hoffnung auf den Regierungswechsel in USA gesetzt hatte.

In der Frage der Einstellung der Atombombenversuche besteht wirklich nur eine neue Formulierung der alten Vorbehalte und man droht mit dem Abbruch der Verhand-

lungen und Wiederaufnahme der Bombenversuche, wenn die SU nicht kapituliert. In der Kongopolitik hält Kennedy an der Unterwerfung des Kongos und an der monopolkapitalistischen Ausbeutung fest. Die neue Form ist die Auflösung des Kongogebiets in eine staatliche Förderung. In Kuba fordert Kennedy in einer Denkschrift ("Welt" vom 5.4.1961) die Regierung Castro auf, die "Bindungen mit der internationalen kommunistischen Bewegung zu lösen und zur Demokratie zurückzukehren. Castro habe jede politische Opposition, Gerechtigkeit, Pressefreiheit und politische Unabhängigkeit beseitigt, sowie die ursprünglichen Ziele der kubanischen Bevölkerung mißachtet und sein Volk verraten und irreführt." Der Inhalt dieser Denkschrift und die militärischen Vorbereitungen, die Kennedy einleitet und die wir noch schildern werden, unterscheiden sich in nichts von der Eisenhower-Politik. Rückkehr zur Demokratie in Kuba? Zur Batista-Demokratie, die bis zum letzten von USA gestützt worden ist? Welche Unabhängigkeit Kubas ist beseitigt worden? Doch nur die ökonomische und politische Abhängigkeit Kubas von USA ist gelockert worden. Die Unterdrückung der kubanischen Konterrevolutionäre nennt Kennedy Beseitigung der Gerechtigkeit, Pressefreiheit usw... Richtig ist, die kubanische Revolution mißachtet die üblichen lateinamerikanischen Revolutionsmethoden, die sich auf einen Personen- statt Systemwechsel beschränkten. Aus der Ferne ist nicht auszumachen, inwieweit Fidel Castro und sein enger Mitarbeiterstab in der Führung des Partisanenkrieges am Anfang in solch lateinamerikanisch-kleinbürgerlichen Vorstellungen von der Revolution befangen waren. Der Teil seiner Anhänger, der solche Auffassung vertrat, und vertritt, ist nach Miami emigriert oder in Kuba konterrevolutionär geworden. Aber gerade das Überschreiten dieser unwirksamen Formen der bisherigen lateinamerikanischen Revolutionen zeigt die Reife und Tiefe der kubanischen Revolution als echte Volksrevolution. Um das Batista-Regime zu stürzen, mußte sein Militär- und Polizeiapparat vernichtet werden. Das geschah gründlich, und darüber kam es zu keiner nennenswerten Abspaltung im revolutionären Lager. Nach der gründlichen Liquidierung des Militär- und Polizeiapparates war keine Staatsgewalt außerhalb der Revolutionskämpfer mehr vorhanden. Potentielle kapitalistische Mächte, die eine neue kapitalistische Staatsgewalt hätten errichten können, bestanden nur noch in den Monopolen, Banken und Einflüssen der USA-Kapitalisten. Da die Arbeiter der Zucker- und Tabakplantagen die Hauptkraft der Revolutionskämpfer bilden, bedeutete ihr Sieg auch die Vertreibung der Manager dieser Plantagen, deren Eigentümer in den USA leben. Die Enteignung der Plantagenbesitzer und des Eigentums aller Einrichtungen der Ausbeutungsmonopole, Zuckertrusts usw. und deren Verstaatlichung stellte die kubanische Revolution vor die Aufgabe der Neuorganisation dieser Betriebe und subtropischen Landwirtschaft.

Die kubanischen Zuckerarbeiter waren und sind keine Bauern im europäischen Sinne, sondern Plantagenarbeiter, die nur ein viertel oder halbes Jahr Beschäftigung und Lohn erhalten. Eine Aufteilung der Latifundien in kleine Parzellen widerspricht der subtropischen Zucker-, Mais- und Tabak-Agrarwirtschaft. Deshalb bestand und besteht kein Massenbedürfnis zur Bodenaufteilung, sondern eine günstige Gelegenheit für genossenschaftliche Bewirtschaftung sowie zur Beseitigung der Monoproduktion durch Einführung der Erzeugung anderer landwirtschaftlicher Waren, die die nichtausgenutzten Arbeitskräfte beschäftigt und Kuba unabhängig von der Einfuhr agrarischer Lebensmittel aus den USA macht. Da Eisenhower und Kennedy beide Staatsmänner der Monopolkapitalisten sind und die Verstaatlichung amerikanischen Eigentums rückgängig machen wollen, ist ihre Hauptforderung "die Auflösung der Bindung mit den internationalen kommunistischen Bewegungen." Die SU, die Volksrepublik China und andere den Sozialismus aufbauende Länder, leisten der kubanischen Revolution entscheidende Hilfe. In der Hauptsache durch Handelsbeziehungen, Kredite und Lieferungen von Maschinen und Technikern zu ihrer

Inbetriebsetzung, zum Aufbau der neuen kubanischen Wirtschaft. Dieses kubanische Vorgehen wirkt so stark in ganz Lateinamerika auf die Werktätigen, daß alle Versuche von Eisenhower und Kennédy, die dortigen Regierungen zur Intervention in Kuba zu veranlassen, ergebnislos waren. Jene Regierungen, die diesen Aufforderungen gern Folge leisten möchten, stehen unter so starkem Druck ihrer Werktätigen, daß sie sich das bisher nicht erlauben konnten. Eine direkte militärische Aktion von seiten der USA, die Kuba eventuell militärisch erobern und besetzen könnte, brächte sie vom Regen in die Traufe. Auf dem mittel- und südamerikanischen Festland würden Bewegungen ausgelöst, die für die USA-Imperialisten bedrohlicher als die kubanische wären. Deshalb unterstützt Kennedy die militärische Ausbildung der konterrevolutionären kubanischen Emigranten. Die "Welt" vom 10.4.1961 berichtet aus New York: "Im Schutze der Dunkelheit sind, wie am Sonntag in New York bekannt wurde, am Freitag und Sonnabend kubanische Rebellen-Kommandos an mehreren Stellen in Kuba an Land gegangen. Sie sollen Brückenköpfe bilden, um die Landung der angeblich 5000 Mann starken Befreiungsarmee vorzubereiten."

Die kubanische Revolution ist nicht aus kommunistischem Geist geboren, nicht von einheimischen oder fremden kommunistischen Organisationen oder illegalen Abgesandten gemacht worden, wie der Philister sich Revolutionen vorstellt, sondern aus spontanem Drang entstanden, um mit den unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen. Die Logik der Bewegung zwang sie, sich die Lehren des Marxismus und die praktischen Erfahrungen der kommunistischen Revolutionen zunutze zu machen.

Daß der "neue Kurs" Kennedys nur der Beschönigung und Fortsetzung der Eisenhower- und Dullespolitik dient, zeigt sich besonders in Kennedys Politik in Laos. Als Senator hatte Kennedy kritisch zur Seato-Politik Stellung genommen. Jetzt greift er in den Laos-Konflikt ein und beschuldigt wider besseres Wissen die Kommunisten, für die kritische Lage in Laos verantwortlich zu sein.

In Kuba ist Kennedy für die Unterstützung der gegenrevolutionären Bürgerkriegstruppen und finanziert sie. Er macht keinen Hehl daraus. Die "Welt" vom 8.4.1961 berichtet:

"Die im März in USA gebildete Anti-Castro-Regierung verfügt jetzt über gutausgebildete Soldaten, die in zwei Lager, in Louisiana und Guatemala konzentriert sein sollen. Das berichten die Führer der Exilregierung in Miami."

In Laos und Kuba ist Kennedy für militärisches Eingreifen nur, um den Bürgerkrieg und Blutvergießen zu vermeiden. Er macht die Kommunisten für die Bürgerkriegsgefahr verantwortlich. Er droht in Laos mit amerikanischer Invasion, wenn die SU, die auf Ansuchen die die Neutralität anstrebende Regierung mit Munition und Waffen belieferte, nicht sofort den Waffenstillstand herbeiführt. Auf diese Drohung antwortete China, wenn die USA in Laos interveniere, wird China eingreifen. Am Widerstand der Franzosen, Engländer und Indiens ist in der Seato-Tagung Kennedys Intervention vorerst gescheitert. Wie die Lage wirklich ist, wollen wir durch einige Zitate aus der britischen Presse belegen. Der "Guardian", eine englische Zeitung, wendet sich am 25. März gegen die Behauptung der Kennedy-Regierung, die die nationalen Streitkräfte der Pathet-Laos beschuldigt, sie hätten den Krieg angezettelt. Sie schrieb:

"Die Gefechte vom vorigen Herbst waren nicht von Pathet-Laos, sondern vom Prinz Boun Oum und General Phoumi No Saran gegen die damalige königliche Regierung angestiftet worden."

Die britische Zeitung "Observer" schreibt:

"Die Versuche der Amerikaner sind an den Komplikationen

schuld, die Laos als inoffiziellen, antikommunistisch regierten Verbündeten des Westens zu stabilisieren."

Jetzt, wo die Banden des General Phoumi No Saran zurückgeschlagen sind, fordert Kennedy fast ultimativ die Kampfeinstellung und die Schaffung einer neutralen Regierung in Laos, deren Zustandekommen von den USA seit Jahren verhindert wird, weil sie keine neutrale, sondern eine den Westimperialisten hörige Regierung zu schaffen versuchten und versuchen. Kennedy verstärkte die Kommission der amerikanischen Sachbearbeiter, Ausbilder von Soldaten bei der Regierung des Prinzen Boun Oum und General Phoumi No Saran, von hundert auf zweihundertfünfzig und sendet Schiffe mit Fallschirmsoldaten zur Intervention in Laos in die näheren Gewässer. Sogar der erzkonservative "Sunday Express" des Lord Beaverbrook erinnert daran, daß Präsident Eisenhower trotz englischer Warnung das Regime von Prinz Boun Oum unterstützt und dadurch die gegenwärtige Krise heraufbeschworen habe ("Welt" vom 27.3.1961). Einen guten Einblick über die Taten der Kennedy-Regierung in Laos übermitteln die Berichte des Redaktionsmitgliedes der "Welt", Joachim Rassat, aus denen wir einige Beispiele aus der "Welt" vom 14. und 22. März 1961 unterbreiten wollen; es heißt darin:

"Ich bin überrascht, einen so jugendlich wirkenden Mann zu treffen. Man hatte mir gesagt, General Boyle sei während der Invasion in Frankreich Geheimdienstchef beim Stabe Eisenhower... gewesen. General Boyle sei ein Spezialist für heikle Sachen... Eine Atmosphäre geht von ihm aus, wie man sie bei Europäern und Amerikanern selten findet. Lachend begrüßt er mich: =Aus Deutschland sind Sie? Ich freue mich. Ich habe gute Freunde in Deutschland= Wir setzten uns in eine Ecke des einfach, aber durchaus nicht spartanisch eingerichteten Hauses... Die Klimaanlage surrt, der General bietet Zigaretten an... =Zunächst einmal= sagt er, =nennen Sie mich nicht General, nennen Sie mich Mister. Ich bin als Zivilist hier und nicht als Soldat. Eine amerikanische Militärmission, von der viele reden, gibt es nicht... Wir geben Militärhilfe, das ist ganz etwas anderes. Wir liefern kostenlos die Waffen und alles Material für die Armee, vom Lastwagen bis zum Schnürband der Schuhe. Wir bezahlen das ganze Militärbudget, einschließlich des Solds und über achtzig Prozent der Kosten für die Polizei... Wir sind etwa zweihundert hier im PEO. Was wir tun? Nun, wir übergeben die Sachen, die für die Armee aus den Staaten kommen und natürlich unterweisen wir die Laoten im Gebrauch... =Aber ich hörte, Ihre Männer seien fast alle Offiziere oder Unteroffiziere?= "Ehemalige, Mister, ehemalige. Hier sind sie alle Zivilisten. Es gibt einen Flugdienst hier, auch ganz privat und zivil natürlich. Eine amerikanische Fluggesellschaft, die "Air America" macht das zusammen mit der 'Civil Air Transport', der nationalchinesischen Luftfahrtgesellschaft=" Dürfte ich da einmal mitfliegen?" =Ich glaube, daß sich das einrichten läßt=, sagt Mister Boyle und zu dem Presseattaché gewandt: =Führen Sie den Herrn doch gleich hinüber und regeln Sie das.="

Von dem Flug berichtet die "Welt" am 22. März 1961:

"Das Flugzeug liegt steil auf der Seite. In einer engen Kurve umziehen wir einige Bergkuppen.

=Gehen Sie ruhig zuschauen, aber passen Sie auf, daß Sie nicht mit nach unten gehen. Treten Sie nicht zu nahe an die Luken, da zieht es ein wenig.= Ich taste mich an der Wand entlang. Die Kisten liegen abwurfbereit. Der Klebezettel mit den amerikanischen Waffen und den beiden verschlungenen Händen, das Symbol der amerikanischen Hilfe, leuchtet blau-weiß-rot auf gelbem Holz. 105 mm Haubitzengranaten - steht auf den Kisten. Die Soldaten am Luk haben sich niedergekauert. Sie stemmen sich mit gespannten Muskeln, wie sprungbereite Raubtiere, an die Kisten, ein rotes Licht leuchtet auf. Dann sagt der Kapitän über den Lautsprecher "three, two, one, zero". Vier Fallschirme pendeln in der Luft, zwei weiße, ein blauer und ein roter...."Well", sagt der Kapitän, "das wäre geschafft". "Allerdings habe ich heute nachmittag noch einen Flug in eine andere Gegend"... 'Ist das nicht ein ziemlich harter Job, Kapitän?' "Nun ja, der Jüngste bin ich nicht mehr," sagt er, "aber ich bin in diesem Gewerbe sozusagen alt geworden und schließlich kommt gutes Geld dabei heraus, ich kann es brauchen. Meine Familie lebt in Miami. Da ist es nicht gerade billig. Übrigens: Wenn Sie etwas darüber schreiben, vielleicht können Sie auch ein paar Zeilen an den "Miami Herald" schicken."

"Die Welt" vom 12.4.1961 bringt aus der Verteidigungsbotschaft Kennedys folgende Grundsatzserklärung im Wortlaut:

1. Das Hauptziel unserer Rüstung ist Frieden und nicht Krieg - sicherzustellen, daß unsere Waffen nie benutzt werden müssen - vor allen Kriegen abzuschrecken, seien es nun allgemeine oder begrenzte, mit Kernwaffen oder mit konventionellen Waffen geführte, große oder kleine Kriege - alle potentiellen Aggressoren davon zu überzeugen, daß jeder Angriff töricht wäre - das Rückgrat für diplomatische Lösungen und Streitfragen zu schaffen - dafür zu sorgen, daß unsere Verhandlungsposition für eine Beendigung des Wettrüstens stark genug ist...
2. Unsere Waffen werden niemals gebraucht werden, um bei irgendeinem Angriff den ersten Schlag zu führen...

Er, Kennedy, neuer Präsident der USA, hat also Grundsätze festgelegt, wie er die Waffen anwenden will. In seiner Politik gegen Kuba und Laos zeigt er, daß er nicht nach diesen Grundsätzen handelt. Aufrüstung der Kuba-Emigranten, nicht um den Angriff abzuwehren, sondern eine konterrevolutionäre Invasion in Kuba zu machen. In Laos zu intervenieren, wenn nicht sofort Waffenstillstand geschlossen wird. Herr Kennedy überschätzt sich, das kann zu keinem guten Ende führen. "Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen."

Was es klarzumachen gilt, ist, aufzuräumen mit der naiven Auffassung, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, deren Zeitgenossen wir sind, sei das Werk böser Menschen. Es gilt klarzumachen, daß die Kommunisten und ihr Anhang wie Kennedy und seine Anhänger nicht Urheber, sondern die Produkte dieser Zeitenwende sind.

Die absolute Vorherrschaft der USA in der kapitalistischen Welt am Ausgang des zweiten Weltkrieges wird schwächer. Kennedy versucht deshalb, die amerikanischen Satelliten fester unter die Kontrolle der USA

zu bringen. Die Reise seines Sondergesandten Harriman diente zur Information und Vorbereitung der Neuorganisation dieser Kontrolle. Neue Regelung und Vermehrung der Kriegsrüstung des kapitalistischen Blocks und der Nato. Neue Regelung der Subventionen und Kaufgelder, die jetzt Wirtschaftshilfe "unterentwickelter Länder" getauft werden. Trotz lautstarker Anerkennung neutraler Länder, im Gegensatz zur Ablehnung durch Dulles, bleibt die Wirtschaftshilfe abhängig vom Glaubensbekenntnis zum Antikommunismus. Das ist die zentrale Losung der Verteidiger des Kapitalismus. Sie reicht von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsreformisten über Adenauer und Strauss bis zu Franco-Spanien, für dessen Beitritt in die Nato Amerika verstärkt wirkt. Die deutsche Natozone, die durch die USA als Bundesrepublik und Schützengraben gegen den sozialistischen Block geschaffen wurde, hat jetzt keine neuen Subventionen zu erwarten, sondern umgekehrt, Zahlungen zu leisten. Die Adenauer-Politik entspricht den Bedürfnissen seiner Klasse, für welche er sein Leben lang gewirkt hat. Ein kapitalistisches Westdeutschland bedarf der Nato-Stütze. Die Natopolitik der USA entspricht den Bedürfnissen der kapitalistischen Westmächte. Schumacher, einer der Hauptorganisatoren des Antikommunismus in der deutschen Sozialdemokratie, nannte Adenauer den "amerikanischen Präsidenten" der Bundesrepublik. Das wurde damals als Beleidigung empfunden, heute reist der Gegenkandidat Adenauers bei den nächsten Bundestagswahlen nach Amerika und läßt sich bescheinigen, daß er wie Adenauer die Interessen und die Abmachungen mit der USA respektieren und verteidigen wird. Es wird als keine Beleidigung empfunden. An dieser Entwicklung läßt sich abmessen, wie die sozialdemokratischen und reformistischen Bewegungen in den Verfall der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einbezogen sind. Aber von sozialdemokratischer und reformistischer Seite wird doch bestritten, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Verfall sei und sie berufen sich dabei auf die Tatsache, daß der westliche Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg im Rahmen seiner Profitwirtschaft die Produktivkräfte der neuen technischen Umwälzung zu Gunsten der Lebenshaltung breiter Schichten der Werktätigen auszunutzen imstande ist. Es ist Tatsache, daß die Hochkonjunktur, die zur Befriedigung der Nachholbedürfnisse der Kriegszeit einerseits, und die Neuaufrüstung und Vorbereitung des dritten Weltkrieges andererseits, zum ersten Male in der Geschichte des Kapitalismus die Arbeitskraft dieser Länder zur Mangelware gemacht haben. Dies zwingt den westlichen Nachkriegskapitalismus und ermöglicht es ihm gleichzeitig, den Preis der Ware menschliche Arbeitskraft, den Lohn, auf der Höhe kleinbürgerlicher Existenzen zu halten. Die Folge dieser Tatsache ist, daß unter diesen Umständen in den breiten Massen der Werktätigen keine Bedürfnisse zum revolutionären Kampf heranreifen, die stark genug sind, um erfolgreich die politische Macht zu erobern. Also ist es eine falsche Behauptung, daß der Kapitalismus sich in der Verfallsperiode und der Sozialismus sich im siegreichen Aufstieg befinden? Die kapitalistische Gesellschaft ist im Verfall. Die Entwicklung vollzieht sich in Widersprüchen. Die Entwicklung vollzieht sich ungleichmäßig. Es gilt, die entscheidende Tendenz in dieser ungleichmäßigen Entwicklung zu erkennen.

Der Abstieg der kapitalistischen Ordnung beginnt mit dem ersten Weltkrieg. Mit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution wird aus dem "Gespenst" des Kommunismus, einer Weltanschauung und Arbeiterbewegung, die auf den Kampf im Rahmen der kapitalistischen Ordnung beschränkt war, eine reale Macht, die den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufnimmt und zu führen imstande ist. Alle Kämpfe um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sind nur gegen die Wirkung, nicht gegen die Ursache gerichtet, sie können die Abwärtsbewegung des Kapitalismus nicht aufhalten, solange die Kämpfenden nur Behelfsmaßnahmen anwenden, die Richtung nicht ändern, die Ursachen des Übels, die

anarchi — sche Profitwirtschaft, nicht beseitigen. Der Fortschritt der Technik erhöht den Wert der Arbeitskraft, das erfordert Befriedigung neuer Bedürfnisse und senkt ihren Wert durch Steigerung der Produktivität. Wertsenkung der Ware. Ein anderer realer Widerspruch. Der verfügbare Platz erlaubt keine weitere Analyse. Wir führen deshalb nur einige, jedem sichtbare Tatsachen an, die Auswirkungen dieses Widerspruchs sind.

Jeder weiß, auch wenn er sonst nichts weiß, daß um die Jahrhundertwende Großbritannien erste Weltmacht war, die auf allen sieben Meeren herrschte und die größte Kolonialmacht und der Weltbankier war. Der erste Weltkrieg entstand aus den Konkurrenzbedürfnissen der sich im kapitalistischen Aufstieg befindlichen Länder Deutschland, Japan und USA zu Großbritannien, die um die Neuaufteilung der Kolonien und den Weltmarkteinfluß kämpften. Frankreich und Großbritannien blieben Sieger im ersten Weltkrieg, dank des Eingreifens der Vereinigten Staaten. Aber ihr Abstieg vollzieht sich unaufhaltbar. Frankreich kämpft in Algier um seine letzte Kolonie. Großbritannien gibt seine Kolonien "frei", um sie ökonomisch weiter ausbeuten zu können und, weil es nicht die Kraft hat, seine Kolonien zu verteidigen. Japan vertrieb England aus Hongkong und Singapur und bedrohte Australien. Und wieder rettete USA Großbritannien, diesmal vor der Eroberung durch Japan. Die USA standen und stehen seit Ende des zweiten Weltkrieges auf dem Höhepunkt ihrer finanziellen und militärischen Macht. Aber auch sie befinden sich im Rückgang. Kennedy hat in seiner Antrittsrede diesen Rückgang der ökonomischen, finanziellen und militärischen Macht benützt, um Opfer von der amerikanischen Bevölkerung zu fördern, statt Wohltaten zu geben. Die Satelliten, die bisher von den USA finanziert und aufgerüstet worden sind, werden ebenfalls zu neuen Opfern aufgefordert. Wir geben hier eine Übersicht über die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der USA im Verhältnis zu den Ländern der EWG und zu Großbritannien sowie einige Beispiele des Eindringens der USA-Monopole in die Bundesrepublik, in England und in Frankreich:

Produktion in Eisen und Stahl in Millionen Tonnen

	<u>1929</u>	<u>1946</u>	<u>1953</u>	<u>1959</u>
USA	57,3	61	101,3	84,7
EWG	35,6	11,8	39,7	62,3
Großbritannien	9,8	12,9	17,9	20,5

Automobilproduktion in Millionen Einheiten

	<u>1937</u>	<u>1950</u>	<u>1953</u>	<u>1955</u>	<u>1959</u>
USA	3,9	6,7	6,1	7,95	5,6
EWG	0,51	0,58	0,9	1,5	3,1
Großbritannien	0,38	0,52	0,6	0,9	1,2

Export in Milliarden Dollars

	<u>1913</u>	<u>1928</u>	<u>1938</u>	<u>1950</u>	<u>1955</u>	<u>1957</u>	<u>1959</u>
USA	2,4	5,0	3,1	10,1	15,3	20,9	17,4
EWG	5,1	7,3	4,8	9,5	18,2	22,4	25,2
Großbritannien	2,7	3,5	2,3	6,0	8,0	9,3	9,3

Folgende Verhältniszahlen entstammen einer französischen Abendzeitung, sie geben die Durchschnittslöhne in der Automobilindustrie:

USA...100 Gr.Brit...37 Bundrep...24 Frkr...21 Ital...18.

Amerika hat sich fest eingeschaltet. In Frankreich besitzen Chrysler ein Aktienpaket bei Simca. General Motors haben 50 ha Baugrund bei Reims

erworben, um dort zu fabrizieren und sich in den gemeinsamen Markt einzuschalten. In der Bundesrepublik produzieren die Fordwerke und Opel schon 28,5 % der deutschen Automobile. In Italien hat General Motors Interessen bei Fiat.

In Großbritannien hat jetzt Ford die Aktien der britischen Besitzer aufgekauft. Mit General Motors (Vauxhall) verfügen beide über 46,5 % der britischen Autoproduktion.

In USA wurden 1960 6 700 000 Autos produziert. Über 1 Million blieben unverkäuflich am Lager. Nach der Zeitschrift "L'Usine Nouvelle" vom 6. Februar 1961 liegt die Januarproduktion 1961 40 % unter der Januarproduktion von 1960.

Von 1 Million Arbeitern in der Autoindustrie sind 250 000 ganz erwerbslos, Ende 1960 arbeiteten 250 000 verkürzt.

Von 74 000 in 1947 bei Ford in Detroit Tätigen arbeiten jetzt noch 30 000. Bei Chrysler zur Zeit noch 67 000 Arbeiter gegen 135 000 vor vier Jahren.

In Großbritannien ist die Kapazität der Betriebe in der Autoindustrie nur zu 60 % ausgenutzt.

Demgegenüber hat die westdeutsche Autoindustrie ihre Produktion von 1950 bis 1959 mehr als versechsfacht. 1960 hat sie die Zweimillionenzahl überschritten. Sie liefert heute 12,93 % der Weltproduktion der Autos gegen 2,91 % in 1950.

Die italienische Autoproduktion hat sich von 1950 bis 1959 viereinhalb mal vermehrt. Sie erzeugt jetzt 4,1 % der Weltproduktion gegen 1,22 % in 1950.

Dieser Machtverschiebung steht der Aufstieg der am Aufbau des Sozialismus tätigen Gebiete gegenüber. Von den rund 3 Milliarden heute lebenden Menschen gehören 1 Milliarde den Ländern des sozialistischen Blocks an. Das kapitalistische Kerngebiet umfaßt keine halbe Milliarde.

Der sozialistische Wirtschaftsaufbau vollzieht sich in rascherem Tempo als der kapitalistische in der gegenwärtigen Periode der zeitweiligen Hochkonjunktur. Wir verzichten auf einzelne Nachweise wegen Platzmangels und glauben, daß unseren Lesern die diesbezüglichen wichtigsten Tatsachen bekannt sind.

In USA herrscht Stagnation. Die letzten Meldungen berichten von Abnahme der Erwerbslosen um 200 000. Aber die Zahl der voll Erwerbslosen liegt noch über 5 1/2 Millionen. Es ist noch nicht die akute Krise des Kapitalismus, aber es sind ihre Vorläufer. Alle Versuche, die kapitalistische Ökonomie mit den alten Aushilfen vor der Entwicklung zur Krise zu bewahren und die kapitalistische Profitwirtschaft unter Kontrolle zu halten, sind ohne Erfolg geblieben. Wir verweisen nur auf einige Beispiele solcher Versuche in der Bundesrepublik. Die Diskonterhöhung, die den Zustrom kurzfristig angelegter Gelder begünstigte, hatte auch keinerlei Erfolg, die Tendenz zur Inflation zu stoppen. Die Diskontsenkung und die Markaufwertung blieben gleichfalls wirkungslos. Von der angekündigten Preissenkung ist nichts geworden, die einzige Auswirkung für die Arbeiter war, daß die Bürokratie der Gewerkschaft IG Bau, Steine, Erden freiwillig auf einen Monat Lohnerhöhung verzichtete.

In USA setzt bereits unter dem Druck der Arbeitslosen-Reservearmee der Lohnabbau mit und ohne Zustimmung der Gewerkschaften ein. Lohnsenkungen von 10 bis 35 % werden mit gelben Gewerkschaften abgeschlossen. Es wird ein grausames Erwachen aus den Illusionen von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und der Sozialpartnerschaft zur friedlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geben. Vielleicht lehrt diese Not die Arbeiterklasse, revolutionär zu denken und zu handeln, was sie in der Zeit der Hochkonjunktur verlernt hat.

Redaktioneller Nachsatz:

Die nach Abfassung des vorstehenden Artikels eingetretenen weltpolitischen Ereignisse bestätigen nur die Richtigkeit der in dieser Vorschau vorgebrachten Ansichten. Wir sind daher der Meinung, daß eine weitere Kommentierung nicht notwendig ist.

Borgward - ein Riß im Fundament

Hellhörig wurden die Bremer, als Anfang dieses Jahres die Pleite bei Borgward sich offenbarte. In der Straßenbahn, am Arbeitsplatz, fast in allen Bremer Haushaltungen wurde in jenen Tagen und Wochen die Borgward-Krise zum Thema Nr. 1. Das ist kein Wunder, denn nach einer Meldung der sozialdemokratischen "Bremer Bürgerzeitung" vom 4.2.1961 wären im Falle einer Katastrophe bei Borgward nicht nur die dort beschäftigten 20000 Arbeitnehmer, sondern auch rund 1800 Zulieferbetriebe, darunter viele kleine Werkstätten in Bremen, in Mitleidenschaft gezogen worden. Doch die aufgeregten Arbeiterbürger, die "sozial" wählten, um "sozial" regiert zu werden, beruhigen sich in unserer hektischen Zeit verhältnismäßig schnell wieder, wenn am wirtschaftswunderlichen Horizont der Stern der Hoffnung in Gestalt eines 50 Millionen DM-Kreditos durch den Bremer Staat auftaucht. 50 Millionen bewilligte die sozialdemokratische Regierung Bremens, nicht um den Pleitebetrieb zu verstaatlichen, wie es ihre englischen Gesinnungsgenossen der Labour-Party mit den vom Privatkapital bankerott gewirtschafteten Bergwerken und Eisenbahnen machten, sondern um den mit Steuergroschen wieder hochgepöppelten Betrieb nach erfolgreicher Sanierung meistbietend zu verschauern. Jeder macht sich so lächerlich wie er kann, jedenfalls war es Senatspräsident Kaisen, der das nahende Ende der von den sozialdemokratischen Hebammen unter schweren Geburtswehen aus der Taufe gehobenen Auffanggesellschaft prophezeite. Kaisen versicherte in einem Gespräch mit dem "Weser-Kurier" vom 6.2.1961: "...daß es der Hansestadt bei der ganzen Aktion nicht darum gehe, daß das Land Bremen eine Sozialisierung auf kaltem Wege erreichen und jetzt selber unter dem bremischen Wappen Automobile produzieren wolle. Vielmehr solle das Ansehen des Namens "Borgward" wieder hergestellt werden! Wenn die Betriebe wieder saniert, d.h. konkurrenzfähig sind, sollten sie wieder reprivatisiert werden, wobei Borgward das Vorkaufsrecht eingeräumt werden solle."

Die Bremer I.G. Metall, die allmonatlich eine eigene Zeitung herausgibt, klagte offenbar in weiser Vorahnung schon in ihrer Januar-Ausgabe:

"Gewinne werden stets privatisiert - nur Verluste versucht man zu sozialisieren!"

Aber die Kollegen vom Vorstand der I.G. Metall sind die Genossen der Reprivatisierer des Bremer Senats und der Mehrheit der Bremer Bürgerschaft.

Die sozialdemokratischen Wirtschafts-Eiertänzer scheuten sich nicht, dem Klöckner-Konzern für den Erwerb und die Aufschließung des Geländes einschließlich der nötigen Hafenbauten rund 80 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, (Weser-Kurier vom 4.4.1957), sie haben keine Hemmungen, den privaten Aktionären der Bremer Straßenbahn A.G. durch Vertrag eine fünfprozentige Dividende auch dann zu garantieren, wenn keine Gewinne erzielt werden. (So zu ersehen aus dem Geschäftsbericht der Bremer Straßenbahn A.G. für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.53). Diese Klausel gilt auch heute noch. Aber ihr Gewissen schlägt Purzelbäume, wenn die

unter dem Druck der Verhältnisse erfolgten Maßnahmen des Bremer Staates den Anschein einer "Sozialisierung auf kaltem Wege" bekommen. Dabei hat der Bremer Staat nicht zum ersten Mal den Borgward-Betrieben die Stoßbügel gehalten, wie man im "Weser-Kurier" vom 31.1.61 nachlesen kann. Nachdem das Land Bremen den Lloyd-Motoren-Werken schon im letzten Jahr einen 20 Millionen-Kredit gewährte, bewilligte die Bremer Landesbank für den gesamten Borgward-Komplex einen weiteren Kredit von 50 Millionen DM und einen von 20 Millionen DM, für die der Bremer Staat einmal mit 10 Millionen DM und einmal mit 5 Millionen DM gerade stehen mußte. Als jedoch Borgward nochmals einen Bedarf von 10 Millionen DM anmeldete, lehnten die Banken jeden weiteren Kredit ab. Hierdurch wurden die drei Gesellschaften gegenüber den Lieferanten, bei denen Borgward mit ca. 110 bis 120 Millionen DM in der Kreide stand, praktisch zahlungsunfähig, und die Zubringerbetriebe stellten kurzerhand ihre Lieferungen ein.

In dem bundesdeutschen Blätterwald ist viel geschrieben worden vom "technischen Genie" Borgward, der leider keine kaufmännischen Fähigkeiten besaß. Immerhin haben seine Fähigkeiten ausgereicht, über den Umweg der Automobilproduktion zwölf Jahre lang Profit zu produzieren, und die Banken fanden Borgward für würdig genug, ihm in dem vergangenen Zeitraum jeden gewünschten Kredit zu gewähren. Für die Gewerkschaften, für die Betriebsräte, also für die arbeitenden Massen schlechthin, bleiben die Finanzierungsprobleme und ihre Intrigen Betriebsgeheimnisse. Kaisers Erklärung, daß man nicht sozialisieren wolle, und die Haltung Wirtschaftsminister Erhards, der sich trotz dieser Beteuerung nicht zu einer wirtschaftlichen Hilfe seitens des Bundes bewegen ließ, der schlankweg erklärte, daß eine Unterstützung der neuen Auffanggesellschaft nicht in Frage käme, weil solch ein Vorgehen mit den gesellschaftspolitischen Zielen der Bundesregierung unvereinbar wäre, lassen uns vermuten, daß es sich um Machtkämpfe innerhalb des Finanzkapitals handelt. Wir können die Bildung von Großbetrieben, Trusts und Monopolen verfolgen, doch ist dies nur eine Seite der Konzentrationsbewegung. Die andere, weitaus wichtigere, nämlich die Konzentration wirtschaftlicher Macht, liegt weitgehend im Dunkeln. Bekanntlich sind es die Banken, die sich über die Aufsichtsräte Einfluß auf und Herrschaft über die industriellen Unternehmungen verschaffen. So könnte es sein, daß die Konkurrenten Borgwards über die Banken ihren Einfluß geltend machen, die Konkurrenz der Borgward-Betriebe auszuschalten.

Selbst wenn es zutrifft, daß die kaufmännischen Fähigkeiten des Dr. Borgward und die Rationalisierung unzureichend waren, so ist dieses nur ein Faktor. Subjektiv gesehen spielt die Organisation der Produktion und des Verkaufs der Produkte eine Rolle im Funktionieren eines Unternehmens, jedoch objektiv betrachtet, ist es von entscheidenderer Bedeutung, zu welchem Zeitpunkt diese Mängel wirksam werden. Die Pleite bei Borgward setzte nämlich ein, als der Rückgang des Exports, vor allem nach Amerika, mit dem stockenden, saisonbedingten Inlandsabsatz zusammenfiel. Dabei zeigt es sich, daß die größeren Konkurrenten eher in der Lage sind, die Stockungen des Marktes zu verdauen, als die schwächeren Glieder einer Branche.

Für die Absatzschwierigkeiten der Autoindustrie in den USA, England und Frankreich gibt man als Ursache keine persönlichen Fehler und Mängel an, sondern Überfüllung des Marktes, und zwar des inneren wie des äußeren. Also ganz schlicht Überproduktion, deren Tatsache die Planer der Großbetriebe, der Konzerne und Monopole mit all ihren Aushilfen weder vorausgesehen haben, noch verhüten konnten. Es ist die anarchische Produktionsweise der Kapitalisten, der Grundwiderspruch zwischen Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion, der durch die Überproduktion sichtbar

wird. Dieser Widerspruch äußerte sich seit Beginn der kapitalistischen Gesellschaft in den periodischen Krisen, die Not und Elend für die Arbeiter zur Folge hatten und die letztlich in Krieg mündeten. Millionen Menschen wurden auf dem Altar des Kapitalismus geopfert, damit einige Tausend die Welt unter sich immer wieder neu verteilen konnten und die überlebenden Millionen noch besser und schneller ausbeuten konnten, weil die Grundlage der kapitalistischen Produktion der Profit ist und nicht die festgestellten Bedürfnisse der Menschen. Gerade in den USA kann man schon jetzt den fehlerhaften Kreislauf der kapitalistischen Produktionsweise beobachten, der zur Überproduktion führt. Die steigende Absatzmöglichkeit der erzeugten Güter in der Hochkonjunktur ist es, die den Unternehmer unter dem Druck der Konkurrenz dazu verführt und zwingt, seine Produktionskapazität immer mehr zu erweitern. Dadurch nimmt das Warenangebot Größenordnungen an, die der kapitalistische Markt einfach nicht verschlingen kann. Massengüter erfordern eine Massenkauflkraft; es kann aber dort keine Massenkauflkraft entstehen, wo der Gegensatz zwischen Lohn und Profit die Wirtschaft beherrscht. Selbst in der Hochkonjunktur steigen Löhne und Gehälter nur bescheiden, gemessen am lawinenartigen Wachstum des Profits. Aber wächst der Profit zu einem Warenberg, der nicht in Geld verwandelt werden kann, dann ist eine Steigerung der Löhne und Gehälter, und damit der Kaufkraft, nicht mehr möglich. Im Gegenteil, wenn der einzige Antrieb der kapitalistischen Wirtschaft, der Profit, sich verringert, dann wird die Produktion gedrosselt, die Arbeiter fliegen auf die Straße, Arbeitslosigkeit verringert weiter die Kaufkraft. Dazu kommen als weiteres Moment in diesem Dilemma die Preissenkungen, die die Unternehmer vornehmen müssen, um sich überhaupt gegenüber der Konkurrenz einen Anteil am Markt zu sichern. Auf der Stabilität der Preise aus der Zeit der Hochkonjunktur basieren jedoch die Investitionen der Unternehmer, kalkulieren sie ihre Zahlungsverpflichtungen, entstanden aus den Krediten, die sie in der Hoffnung auf weitere Expansion der Wirtschaft und unter dem Zwang der Konkurrenz eingegangen sind. Die früher möglichen Preisabsprachen können nicht mehr aufrechterhalten werden, Preiseinbrüche in der Flaute oder in der sich anbahnenden Krise führen bei den Schwächeren zur Zahlungsunfähigkeit; sie müssen die Bude dicht machen. Für die Stärkeren bedeuten sie weitere Produktionsdrosselung, damit wieder Arbeitslose, wieder Rückgang der Kaufkraft. Scharfe Senkung der Profite durch die notwendigen Preissenkungen üben einen Druck auf die Löhne aus, das bedeutet abermals Kaufkrafteinschränkung - die Krise verschärft die Krise.

In einem Artikel der "Bremer Nachrichten" vom 8.4.61 geht Professor Dr. Dr. h. c. Baade (SPD) näher auf die Krisenerscheinungen in den USA und auch auf die Stockungen der europäischen Industrieproduktion ein. Nachdem er allgemein die Frage des "Untergangs am Überfluß" aufwirft und feststellt, daß in den USA über eine Million unverkaufter Vehikel auf Lager stehen, ist es interessant, welche Schlußfolgerungen er daraus zieht. Der Leser möge ebenfalls aufmerksam die Rolle der Gewerkschaften in England studieren, die man ihnen in der Wirtschaftsflaute zugedacht hat. Es heißt in dem Artikel:

"In den ersten anderthalb Monaten des neuen Jahres wurden an Personewagen 48 vH. an Lastwagen 37 vH. weniger hergestellt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Sollte es bei Produktionsdrosselungen in diesem Umfang bleiben, so werden davon nicht nur die Automobilindustrie und die dort beschäftigten Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch die Zulieferindustrien einschließlich der Stahlindustrie. Ein solcher Rückschlag in der Zahl der zu verkaufenden Autos würde in der Stahlindustrie erneut dazu führen, daß die Kapazität nur zu etwas mehr als 50 vH. ausgenutzt wird und, um eine weltweite Konsequenz zu zeigen, die russische Stahlproduktion wird dann die der Vereinigten Staaten nicht erst - wie Chruschtschow vorausgesagt hat - im Jahre 1965,

sondern bereits im Jahre 1961 überholen. In England ist die Krisis in der Autoindustrie nicht weniger ernst. Nur eine einzige Gesellschaft, nämlich "Jaguar", arbeitet mit vollem Kapazitätseinsatz. Aber diese Luxuswagen werden nicht in Massenproduktion hergestellt. Die fünf größten englischen Autofirmen sind bereits seit Oktober 1960 zur Drei- und Vier-Tage-Woche übergegangen und haben die Nachtschichten eingestellt. Die Produktionseinschränkung in der englischen Automobilindustrie ist nicht nur dadurch notwendig geworden, daß der Inlandsmarkt sich als viel weniger aufnahmebereit erwies als man gedacht hatte, sondern vor allem durch den Rückgang der Exporte. Die englischen Autoexporte nach den Vereinigten Staaten sind im Jahre 1960 gegenüber dem Vorjahr im gewogenen Durchschnitt um 35 vH. zurückgegangen. In der englischen Automobilindustrie denkt man ernstlich daran, mit den Gewerkschaften über Lohnkürzungen zu verhandeln. Lohnkürzungen, die es ermöglichen sollten, die Preise in dem Ausmaß der Lohnkürzungen zu senken und auf Grund der Preissenkung wieder so viele Wagen zu verkaufen, daß die volle Fünf-Tage-Beschäftigung wiederhergestellt werden kann.

"Preissenkungen durch Lohnsenkungen" - das ist die verhängnisvolle Formel, die alle Wirtschaftswissenschaftler aus der großen Krise der dreißiger Jahre noch in wenig guter Erinnerung haben. Die in den Abgrund führende Spirale kann leicht durch das Zusammenwirken von Preissenkungen und Lohnsenkungen herbeigeführt werden."

So sieht es aus. Das ist die Praxis in der kapitalistischen Wirtschaft. Ähnlich wollte man auch in Belgien die Kosten der bankerotten Wirtschaft auf die Schultern der Arbeiter abwälzen, die Arbeiter antworteten mit Streik. Staatliche Konjunkturspritzen in Belgien, in Amerika, in Deutschland oder irgendeinem anderen Land mit kapitalistischem Wirtschaftssystem können die periodisch auftretenden Krisen hinauszögern, aber nicht verhindern. Doch den an verhältnismäßig gute Zeiten gewöhnten Arbeitern, auch den bundesdeutschen, wird erst dann ein Licht aufgehen, wenn die Zahl der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der stillgelegten Betriebe so groß sein wird, daß solche Aushilfen nicht mehr ausreichen. Wenn Lohnabbau, Aussteuerung in der Arbeitslosenunterstützung, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtern, wenn die Erwerbslosen als Reservearmee und Lohndrücker eingesetzt werden können, dann fallen die Scheuklappen.

In der Bundesrepublik erwarten die Wirtschaftsexperten für 1961 eine weitere Steigerung der Automobilproduktion um 5 bis 10 %. Sie können nur hoffen, eine Garantie für derartige Prognosen gibt es nicht und kann es auch in einem von Kapitalisten organisierten System nicht geben. Im Fall Borgward setzt man nun alle Hoffnung auf den CSU-Mann Dr. Semler. Unter seiner Leitung soll der neue Aufsichtsrat der neu gegründeten Borgward A.G. den Betrieb "gesundschrumpfen". Mit dem "Gesundschrumpfen" hat man schon begonnen. 1500 Arbeitskräfte waren überflüssig und haben ihre Papiere in Empfang genommen. Vielleicht ist manch einer unter den Gekündigten, der feste Beifall klatschte, als Dr. Semler sein erbauliches Geplätscher über eine Betriebsversammlung ergoß. Er sprach von der Sonne, die jetzt wieder für die Borgwardwerke aufgegangen sei, von der guten Werkmannsarbeit und von der Hauptaufgabe, die Arbeitsplätze zu erhalten - es blieb bei der Phrasendrescherei "Kopf hoch" und "es wird schon werden". Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bejammern die Entlassungen und beschwerten sich über die Nichteinhaltung der Bestimmungen des BVG durch die Geschäftsleitung. Sie hätte zuerst dem Betriebsrat Gelegenheit geben müssen, zu den beschlossenen Maßnahmen der Massenentlassungen Stellung zu nehmen, bevor sie die Presse unterrichtete. Der Betriebsrat hat allerlei Vorschläge, wie der Betrieb zu rationalisieren sei und wie die entlassenen Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten an den Produktionsmitteln hätten beschäftigt werden können. Was soll das? Selbst wenn

man unter Berufung auf die Nichteinhaltung von Formalitäten bei den Gerichten klagen würde, käme nur soviel dabei heraus, daß die Angelegenheit durch die bürgerliche Paragraphenmühle gedreht und die Geschäftsleitung dazu verurteilt würde, dem Betriebsrat genügend Zeit zur Beratung zu lassen und ihre Argumente anzuhören. Dann kann ja die Geschäftsleitung die Arbeiter rauschmeißen. Und die Rationalisierung? Sie kann nur unter den Bedingungen des kapitalistischen Marktes, nach Profitmöglichkeiten, erfolgen, und wir sehen gerade am Beispiel der USA-Wirtschaft, daß die Betriebe, die am zweckmäßigsten rationalisiert sind, auch die meisten Leute vor die Tür setzen können. Sie wetteifern untereinander, mit möglichst wenig Arbeitern möglichst viel zu produzieren. In der heutigen Situation käme es darauf an, die Stellung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, mit Unterstützung der SPD-Regierung, zu benutzen, die Betriebe nicht wieder aus der Hand zu geben. Dabei gleichzeitig die Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft aufzudecken, damit die Arbeiter angesichts der auf sie zukommenden Krisen gewappnet sind. Mit der Entlarvung der Kapitalisten, mit der Aufdeckung ihrer anarchischen Produktionsweise, kann man den Arbeitern klar machen, welche Rolle sie im Chaos dieser Gesellschaftsordnung spielen. Wie wir auch immer an die Dinge herangehen, die Lage der arbeitenden Menschen hängt davon ab, in welchem Verhältnis sie zu den Produktionsmitteln stehen. Mögen auch die Lebensbedingungen der Arbeiterklassen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern besser geworden sein, sie halten sich aber dennoch genau in den Grenzen, die in der technischen Entwicklung, der Steigerung der Produktion abgesteckt sind. Sie sind den in der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Gesetzen unterworfen, wie auch die Kapitalisten selbst von diesen Gesetzen abhängig sind. Eines geht doch aus den Tatsachen, im allgemeinen in der westlichen Welt, im einzelnen bei Borgward, hervor, daß das Wirtschaftswunder nicht das Ergebnis der Weisheit der kapitalistischen Organisatoren ist, sondern daß es auf objektive Bedingungen zurückzuführen ist. Eine der objektiven Bedingungen war der ungeheure Nachholbedarf der Welt nach dem zweiten Weltkrieg, die günstige Situation, unter der sich auch der Kapitalismus in Deutschland restaurieren konnte. Die andere war und ist die Voreingenommenheit der Arbeiterklassen in den kapitalistischen Ländern gegenüber dem Sozialismus in der Sowjet-Union und den in ihrem Einflußbereich liegenden Gebieten. Doch die Tatsachen der besseren, planmäßigen und rascheren Entwicklung der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion in den sozialistischen Ländern, bei dem gleichzeitigen Stagnieren und Rückgang der Produktion in den kapitalistischen Ländern, schaffen Voraussetzungen, diese Voreingenommenheit gegenüber dem Sozialismus überhaupt zu überwinden. Es gibt in der sozialistischen Produktionsweise keine Krisenerscheinungen, weil nicht mehr nach Profit, sondern planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird.

Die Grundlage hierfür ist die Eroberung der politischen Macht durch die Werktätigen, die planmäßige Organisation und Führung der Wirtschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Mögen auch ganze Armeen von Zeitungsschreibern auf die bürgerliche Freiheit und Demokratie voller Stolz pochen, es ist die auf die Spitze getriebene, nach Aufträgen schreiende Produktionskapazität, die die Keime des Untergangs der bürgerlichen Ideale in sich birgt. Die Geschichte nimmt ihren Weg, sie führt in eine Periode, in der die Arbeiterklasse die Unfähigkeit der heute Herrschenden erkennt, sie zu ernähren. Sie wird erkennen, daß dann auch die bisherigen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes um die Verbesserung der Lebensbedingungen versagen. "Da kommt eine Zeit", sagt Engels in "Entwicklung zum Sozialismus" - "wo die arbeitenden Klassen bei Strafe ihres Untergangs genötigt sind, alles daran zu setzen, die ökonomische und politische Herrschaft des Kapitals zu brechen und es zu enteignen, wo jede bloße Reform aussichtslos wird und der Gedanke der sozialen Revolution mehr als je wieder das gesamte internationale Proletariat beherrschen wird."

Zwei Aufmärsche

Ostermarsch 1961

Viele Experten reden über Luftschutz, über Chancen des Überlebens in einem zukünftigen Atomkrieg. Die Parlamentarier überbieten sich gegenseitig nachzuweisen, welche Partei mehr Gelder zum Schutz der Bevölkerung ausgibt, ausgegeben hat oder ausgeben würde. Realpolitiker nennen sich jene, die glauben, eventuell mit einem "begrenzten Atomkrieg" oder gar mit einem Krieg "konventioneller Waffen" davonkommen zu können. Kommen nun diese Schreibtischstrategen dazu, ihre "realen" Einschätzungen irgendwann oder irgendwo der Öffentlichkeit zu unterbreiten, dann geht es ihnen um das Problem, von soundsoviel Millionen möglichen Toten soundsoviel Millionen einzusparen. Es gilt lediglich zu klären, wie groß die aufzuwendenden Mengen Beton und Stahl sein müssen und wie Völkerwanderungen nach ominösen Sammelplätzen zu organisieren sind, um dieses Ziel zu erreichen. Nach Meinung dieser Leute haben bei einem "begrenzten Atomkrieg" wiederum einige Millionen Menschen mehr Ausichten, am Leben zu bleiben, und über einen Krieg mit "nur" konventionellen Waffen lohnt es sich gar nicht zu reden, diese Sache kommt einem Kinobesuch mit Nervenkitzel gleich. Soviel über die Luftschutztheorie derjenigen, die ihre Angst vor der Wahrheit und den daraus notwendig zu ziehenden Konsequenzen hinter einer vorgetäuschten Aktivität verbergen und diese "real" nennen. - Die anderen schreien jedem, der es hören oder nicht hören will, die ungeheuerliche Wahrheit in die Ohren: Bei einem Atomkrieg sind die Chancen des Überlebens gleich Null; das höchste Produkt des menschlichen Geistes tritt der lebenden Kreatur als Ausrottungsmittel entgegen. Im Zeichen dieser Wahrheit stand der Ostermarsch der Atomwaffengegner von Bergen-Hohne nach Bremen. Schilder mit den Losungen: "Kein Zweck heiligt Atomwaffen"; "Mütter, denkt an Eure Kinder"; "Wer Bunker baut, denkt an Krieg"; "Dank an Hiroshima" und andere, wurden mitgeführt und unterstrichen mahnend den Demonstrationmarsch für atomare Abrüstung in Ost und West. Der sich Bremen nähernde Zug, dem sich an der Stadtgrenze immer mehr Teilnehmer anschlossen, kündigte sich dadurch an, daß die "Junge Union", die Jugendorganisation der CDU, es für nötig hielt, vor dem Zug herzu- laufen und Handzettel zu verteilen mit der Aufforderung, man sollte doch über die Zonengrenze marschieren und dort für die atomare Abrüstung demonstrieren. Es gab sicher viele, die beim Lesen der Atomwaffengegnerparolen zum Nachdenken angeregt wurden, es gab andere, die der Marsch gleichgültig ließ und solche, die ihn für verrückt hielten. Aber es ist tröstlich zu wissen, daß die Losung der "Jungen Union" nicht in der Lage war, auch nur einen Hund hinter dem Ofen hervorzulocken, sonst hätte sie ja einen Marsch unter ihrer Parole "abrüsten ja, aber erst die anderen" auf die Beine stellen können. Auch die SPD, Gralshüterin der Demokratie, distanzierte sich von den Ostermärschen. Folgender Schrieb erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" vom 11.3.1961:

"Mißbrauchte Ostermärsche

Von den "Ostermärschen der Atomgegner" hat sich der SPD-Vorstand nachdrücklich distanziert, weil sich "aus der genauen Kenntnis der Umstände und Hintergründe" ergeben hat, daß die veranstaltenden pazifistischen Gruppen von kommunistischen Hintermännern mißbraucht werden. Die SPD erwartet von ihren Mitgliedern und Freunden, daß sie alle Kraft auf die eigenen Anstrengungen der Sozialdemokratie konzentrieren, in der Bundesrepublik die erforderliche Änderung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen,

um eine deutsche Politik möglich zu machen, die sich davon leiten läßt, n i c h t auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hinzuwirken."

"Nun wirkt man schön", könnte man in Abänderung des bekannten Heuss-Zitats nach einem Wahlsieg der SPD sagen, mehr aber auch nicht, das zeigt die Abwürgung der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung. Boljahn, DGB-Ortsausschußvorsitzender, SPD, machte sich 1958 auf dem Domshof stark, als er sagte, man könne auch noch andere Mittel, wenn die bisherigen Wege nicht zum Ziele führten. Wir kennen inzwischen die SPD, läßt sie "wirken"! Aber die "kommunistischen Hintermänner" leisteten ganz gute Arbeit; es war ihnen gelungen, den Vorstand der I.G. Metall Bremen dazu zu "mißbrauchen", finanzielle Mittel und Fahnen für den Ostermarsch bereitzustellen. Auch der SPD-Senator a.D. Emil Theil war den Kommunisten auf den Leim gekrochen und stand mit atomaren Bauschmerzen auf dem Domshof und hörte die Worte Oberkirchenrats Kloppenburg: "Wir sind ein kleines Häuflein geworden, vor zwei Jahren standen wir noch auf der anderen Seite des Domshof auf einer Tribüne, und viele Prominente waren da, die heute ihre Meinung geändert haben und glauben, auf das Mittel der Demonstration verzichten zu müssen." Mit Beifall wurden seine Worte quittiert, als er mit dem DGB-Vorsitzenden Richter abrechnete, der sich anmaßen wollte, alle die Gewerkschaftler zu maßregeln, die es wagen würden, am Ostermarsch teilzunehmen. "Haben die Geschwister Scholl und die Weiße Rose unrecht gehandelt, als sie gegen die Nazidiktatur kämpften, weil die Kommunisten ebenfalls gegen Krieg und Faschismus kämpften?" fragte Kloppenburg die etwa 1500 Teilnehmer der Kundgebung und führte weiter aus, daß sie sich nicht diffamieren ließen und nicht aufhören würden, die Welt zu mahnen und aufzurütteln. Der Leiter der holländischen Delegation richtete ein Grußwort an die Kundgebungsteilnehmer. Der Vorsitzende der Bremer IdK, Dahlke (SPD), der die Kundgebung eröffnet hatte, beendete sie.

Wir sind der Meinung, daß alle Gegner der Aufrüstung sich zusammenfinden müssen, um nicht nur zu demonstrieren, sondern zu erreichen, daß die Wurzel allen Übels ausgerottet wird. Die Erkenntnis in der Bevölkerung und besonders in der Arbeiterschaft muß sich durchsetzen, den Parasiten in unserer Gesellschaft die Möglichkeit zu rauben, mit den Bomben ein Bombengeschäft zu machen.

1. Mai 1961 in Bremen

Mit dem achten "Mahl der Arbeit", bei Labskaus und Bier, begann das erste Vorspiel des diesjährigen 1. Mai in Bremen. Die Einleitung sprach der Vorsitzende des DGB-Ortsausschusses, Richard Boljahn, der die volle wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Rahmen dieser Ordnung forderte. Nachdem er durch diese Forderung anerkannt hatte, daß die Arbeiter noch nicht für mündig befunden worden sind, sprach er seine Genugtuung über den Empfang der Arbeitnehmer in der würdigen alten Rathaushalle aus, worin sich ausdrücke, daß die Arbeitnehmer nun doch in den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbereichen ernst genommen würden. Ernst wollte auch Bürgermeister Kaisen genommen werden, als er das "Hineinwachsen der Arbeiterschaft in den Staat und in die Nation" befürwortete. Im Jahre 2000 wäre für die Arbeiter selbstverständlich, was heute noch nicht erfüllt ist. Da sich nach der Vorstellung Kaisens alles nur im Rahmen dieser Ordnung abspielt, glaubt er offensichtlich an die ewige Konjunktur des Kapitalismus. Außerdem beklagte er die mangelnde Erkenntnis der Bedeutung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß durch die Unternehmer. Die Wirtschaft sehe noch zu sehr auf Warenmärkte, Börsen-

zettel und Beschäftigtenziffern. Kainen will uns also glauben machen, die Unternehmer könnten eines Tages einmal in der Arbeitskraft etwas anderes sehen als eine Ware, die sie, nach ihrem Bedarf kaufen oder nicht kaufen können.

Das Hauptreferat hielt Brenner, Vorsitzender der I.G. Metall in der Bundesrepublik. Er forderte ebenfalls die "Demokratisierung der Wirtschaft" durch das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Er gab einen Überblick über das bisher Erreichte und das zu Erstrebende in dieser Hinsicht. Zu dem "bisher Erreichten" zählte er auch das "Mitspracherecht der Gewerkschaften im ersten Weltkrieg, damit Gewerkschaften mithelfen bei der vaterländischen Mobilisierung der Arbeitskräfte", und die Konkretisierung des sozialistischen Fernzieles der zwanziger Jahre über die Wirtschaftsdemokratie in Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften. Er vergaß dabei, zu erwähnen, daß weder durch den Burgfrieden von 1914 bis 1918 die Kapitalisten aufhörten, Räuber zu sein, noch verhindert werden konnte, daß der wiedererstarbte Kapitalismus nach der Revolution von 1918 u.a. durch die Politik der SPD, die sich auch damals im Rahmen eben dieser kapitalistischen Ordnung vollzog, in die Lage versetzt wurde, dem Faschismus die Steighügel zu halten und damit den zweiten Weltkrieg zu ermöglichen.

Das zweite Vorspiel wurde ausgelöst, als durch die Tagespresse die Mitgestaltung des Gottesdienstes in der evangelischen Unser Lieben Frauen Kirche durch die Gewerkschaften bekannt wurde. Unter dem Leitwort "Christus kennt keine Grenzen" sollte der Gottesdienst mit einer Predigt von Pastor Siedenschnur, Hamburg, stattfinden, Gewerkschaftssekretär Ewald Schomburg von der Postgewerkschaft Hannover die Gläubigen begrüßen und der Junggewerkschaftler Rolf Rüdiger Schuster von der I.G. Metall den Bibeltext verlesen, während vierzig Mitglieder des insgesamt 70 Mann starken Orchesters der I.G. Metall die musikalische Ausgestaltung übernehmen sollten. Außerdem waren noch weitere Mitglieder der I.G. Metall als Sprecher vorgesehen. Dieser Gottesdienst war nicht nur vorgesehen, er fand tatsächlich statt, trotz aller hier nunmehr zu schildernden Ereignisse und Proteste der Gewerkschaftsmitglieder. Es hagelte Telefonanrufe im Gewerkschaftshaus. Bei den Borgward-Werken witzelten die Kollegen am vorgesehenen Gottesdienst herum, indem sie Chorlieder einstudierten, die sie als diesjährige Kampflieder bezeichneten, und Boljahn den Titel "Prälat" zuerkannten. In der Vertrauensmännersitzung der Borgward-Werke machte sich der Unwille der Kollegen über die Verwässerung des 1. Mai mit Unterstützung namhafter Bremer Gewerkschaftsfunktionäre durch heftige Diskussion Luft. Ein Betriebsratsmitglied, das Freidenker ist, verlas die Einladung, die ihm nebst anderen Mitgliedern des Betriebsrats von der Kirche zugegangen war. Besonders die hieran geknüpfte Empfehlung des DGB-Ortsausschussvorsitzenden Boljahn, zu der dieser vom Vorstand des Ortsausschusses nicht ermächtigt war, erregte die Gemüter. Sie lautete:

"Liebe Kollegen!

Der Ortsausschuß Bremen des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt es, daß von der bremischen Evangelischen Kirche am 1. Mai ein besonderer Gottesdienst zum Tag der Arbeit durchgeführt wird und bittet die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, dieses Anliegen nach besten Kräften zu unterstützen.

Bremen, den 20. April 1961

gez. Richard Boljahn."

Schließlich wurde eine an die Ortsverwaltung der I.G. Metall Bremen gerichtete Resolution von den etwa 100 anwesenden Vertrauensleuten

bei vier Stimmenthaltungen angenommen mit dem Anliegen, die vorliegende Resolution noch zu verschärfen und der Empörung der Vertrauensleute über das Verhalten des DGB-Ortsausschusses Nachdruck zu verleihen. So erhielt nun die Resolution folgenden Wortlaut:

An die
Ortsverwaltung der I.G. Metall Bremen

Mit Empörung haben wir durch die Presse ("Weser-Kurier" 25.4.1961) erfahren, daß der DGB-Ortsausschuß Bremen seine Gewerkschaftsmitglieder auffordert, am 1. Mai an einem Gottesdienst teilzunehmen. Der Vertrauenskörper der Borgward-Werke Sebaldsbrück wendet sich mit aller Schärfe dagegen, den Kampftag 1. Mai in die Kirche zu verlegen. Religion ist Privatsache. In unserer Organisation ist Platz für alle Arbeitnehmer, gleich welcher Weltanschauung. Jede Beteiligung der Gewerkschaften, jede Unterstützung von maßgebenden Persönlichkeiten an Aufrufen zur Teilnahme an Gottesdiensten dient der Verwässerung des Kampftages der Arbeiterschaft.

Der Vertrauenskörper der Borgward-Werke Sebaldsbrück fordert daher die Ortsverwaltung der I.G. Metall auf, die offizielle Beteiligung der Musikkapelle u.a. am Gottesdienst in Unser Lieben Frauen Kirche zurückzuziehen.

Der Vertrauenskörper der Borgward-Werke
Bremen-Sebaldsbrück

Nun, die offizielle Beteiligung wurde nicht zurückgezogen, dazu fehlte es der I.G. Metall-Leitung unter Karl Heinz Jantzen und Johann Reiners an der nötigen Tatkraft. Es wäre ja wohl eine Zumutung gewesen, nachdem alles arrangiert war, die Kirche vor den Kopf zu stoßen. Da ist es schon viel leichter, den Beschluß der Borgward-Vertrauensleute nicht durchzuführen. Die ganze Affäre wirft doch ein bezeichnendes Licht einerseits auf die Spitze der Gewerkschaftsführung, in diesem Fall in der Hauptsache auf Richard Boljahn, der offensichtlich durch seine vielen Aufsichtsratsposten nicht den geringsten Kontakt mehr mit den Arbeitern hat, andererseits auf die mangelnde Kontrolle der Führungsspitze durch die Mitglieder. Dennoch fand sich am Morgen des 1. Mai vor Unser Lieben Frauen Kirche eine Gruppe junger Gewerkschaftler ein, um mit vier Plakaten gegen die gemeinsame Show von Gewerkschaften und Kirche zu protestieren. Die Passanten oder Kirchgänger lasen die Losungen und reagierten teils dafür, teils dagegen. Der Sozialsekretär der evangelischen Kirche, Mehl, bemerkte, "laßt sie ruhig stehen, die machen höchstens noch für uns Reklame". So ist nicht anzunehmen, daß die Polizei von kirchlicher Seite benachrichtigt wurde. Mehrere Polizisten pflanzten sich vor den Jugendlichen auf, lasen die Losungen, schrieben Namen und Adressen der Demonstranten auf und beschlagnahmten drei der Schilder mit nachfolgenden Aufschriften:

- 1.) Der 1. Mai kein Feiertag der Kirche,
sondern Kampftag der Arbeiter!
- 2.) Euch hilft kein höheres Wesen, kein Gott,
kein Kaiser und Tribun,
vor dem Atomtod Euch zu bewahren, müßt Ihr
selber tun.
- 3.) Marschiert für eure Rechte,
den Himmel überlaßt den Engeln und den Spatzen!

Ein Schild mit der Losung "Religion ist Privatsache, keine Gewerkschaftsangelegenheit" wurde nicht kassiert. Als einer der Jugendlichen sich nach dem Grund der Beschlagnahme erkundigte, bekam er von einem forschen Polizisten sogleich zwei Schläge mit dem Handrücken auf den

Arm, der sofort blutunterlaufen war. Dem Jungen wurde das Schild gleichzeitig förmlich aus der Hand gerissen. Es war das Schild mit dem Heine-Zitat "Den Himmel überlaßt den Engeln und den Spatzen". Das gleiche Zitat benutzte auch SPD-Polizeisenator und zweiter Bürgermeister Ehlers vor einiger Zeit auf einer Versammlung des SPD-Distriktes in Bremen-Hastedt. Heine war Jude, aber es war sicher nicht Antisemitismus, der den Polizisten so wütend machte!?

Die gewerkschaftlichen Initiatoren für die Beteiligung am Gottesdienst gehören samt und sonders der SPD an. Diese Tatsache läßt die Schlußfolgerung zu, daß die SPD glaubt, angesichts der diesjährigen Bundestagswahl, hierdurch an neue Wählermassen herankommen zu können. Sie wird aber dadurch in deren Augen nicht glaubwürdiger. Die Folge wird eher sein, daß sie Wählerstimmen unter den Arbeitern verliert, die mit Recht gegen die Verwässerung des 1. Mai protestierten. Die SPD ist das Opfer ihrer widersprüchlichen, aus Grundsatzlosigkeit und Opportunismus geborenen Politik und daher auch nicht in der Lage, jene fortschrittlichen Vertreter der Kirche anzusprechen, die bereit gewesen wären, am 1. Mai mit den Arbeitern gegen die atomare Aufrüstung zu marschieren, zumal in keiner anderen Kirche in Bremen aus Anlaß des 1. Mai ein Gottesdienst stattgefunden hat. Diesen entschlossenen Kreisen der Kirche kommt es nicht darauf an, Ungläubige zu Gläubigen machen zu wollen, sie wären zweifellos dazu imstande, statt eines Gottesdienstes zugunsten des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Der eigentliche Demonstrationzug verlief in der üblichen Weise, die Teilnehmerzahl im Zuge wird auf 8000 geschätzt, während 10000 die Straßen gesäumt haben sollen. Auf die Domshof-Kundgebung, die aus Chorwerk und Schlußrede Kaisers bestand, verlohnt sich nicht, näher einzugehen. Selbst die "Bremer Bürgerzeitung" (SPD) widmete diesem Teil des 1. Mai nur die Hälfte ihres Artikels in der Ausgabe vom 6. Mai. Die andere Hälfte war ausschließlich dem Arbeitergottesdienst gewidmet.

Hier einige Auszüge:

"Und siehe, beide Veranstalter kehrten ihre gemeinsamen Seiten nach außen, die Kirche hatte aus ihrem schier unerschöpflichen Reservoir die passenden Bibelstellen zur Hand, und die Gewerkschaften, vertreten durch Sekretär Ewald Schomburg, betonten die Absage an die Voreingenommenheit gegen die christliche Lehre, um alle Kräfte für die gemeinsamen Aufgaben zu einen. Pastor Günther Siedenschnur, der mit diesem Gottesdienst sein erstes Amt in Bremen wahrnahm, fand die richtigen, die vernünftigen Worte für dieses im ganzen erfolgreiche Beginnen und nannte es eine Tragik, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung und die Kirche nicht schon vor hundert Jahren unter dem diesen Gottesdienst beherrschenden Motto "Christus ist draußen" zu gemeinsamem Zusammengehen gefunden hätten..."

"Angesichts dieser Bemühungen gingen die Versuche einiger Leute fehl, die im Regen vor der Kirche gegen diese Veranstaltung auftraten..."

Diese Zeilen gestatten es, auf einen Kommentar zu verzichten. Es soll lediglich herausgestellt werden, daß die Bremer SPD-Führung glaubt, auf die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben keine Rücksicht mehr nehmen zu brauchen. Es liegt daher bei den Arbeitern, die Schlußfolgerungen hieraus zu ziehen. Welcher Art, darüber sollte die Diskussion beginnen.

1. Mai 1961 in Hamburg

Obwohl der DGB den Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, als besondere Attraktion der Meikundgebung angekündigt hatte, fiel die erhoffte Show à la Kennedy ins Wasser und die auf der "Ehrentribüne" um ihren Willy gescharten SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre wurden bitter enttäuscht.

100000 Hamburger sollen in fünf Marschsäulen (laut "Hamburger Echo") zur Stadtparkwiese marschiert sein. Im vorigen Jahr waren es - ebenfalls bei Regenwetter - noch acht Züge. Nur etwa 20000 sind es wirklich gewesen.

Studenten, Falken, Kriegsdienstgegner und unorganisierte Jugendliche bilden vor Beginn der Ansprachen eine Oppositionsgruppe um ein Transparent "Universitäten statt Atomraketen". Überall stehen erregt diskutierende kleine Gruppen herum. Die Front ist klarer als bei früheren Maikundgebungen: auf der einen Seite antikommunistische Hetzer, auf der anderen Seite Jugendliche, die sachlich und überlegt gegen die atomare Rüstung der Bundeswehr diskutieren. Ältere Leute und junge Krakeeler schimpfen unflätig, weichen vor stichhaltigen Argumenten pöbelnd zurück.

In dieser gereizten Stimmung beginnt Nevermann, Hamburgs erster Bürgermeister, zu sprechen. Die Diskussionen werden fortgesetzt. Ordner versuchen, das Transparent "Universitäten statt Atomraketen" gewaltsam herunterzureißen. Pfuirufe, Gedränge, Nevermann wird beim Sprechen unterbrochen, seine Rede ist nur bruchstückhaft zu verstehen. Die Ordner ziehen ab, Polizisten rücken an. Die Unruhe wird so groß, daß auch die Polizisten aufgeben. Brandt muß noch reden können.

Und dann tritt er ans Pult, wirft sich stolz in die Brust - aber statt Beifall empfangen ihn Pfiffe, mit dem Reden muß er noch einige Minuten warten. Sein Dank an die Hamburger geht in Protestrufe unter. Dumm versucht er, die antikommunistische Stimmung aufzuputzen. Die Oppositionellen sind stärker und unterbrechen seine Rede im Sprechchor "Willy weg, hat keinen Zweck". Gereizt ruft Brandt: "Wenn es euch hier nicht gefällt, geht doch nach Hause". "Hör auf, hör auf", ist die Antwort auf seinen Ausfall. Ein Funktionär versucht, Brandt zu beruhigen und ruft dabei ungeschickt ins Mikrofon: "Ach laß doch die da unten". Und Brandt meckert: "Schämt euch, schämt euch".

Aber die Demonstranten hier "unten" lassen sich durch Brandts Frechheit nicht einschüchtern und spüren hinter dem "ach laß doch die da unten" den Gegensatz der Interessen zwischen ihnen und "denen da oben", die jetzt wieder die Polizei anrücken lassen. Unterstützt von wütenden jungen Schreihälsen und einigen Schlägern der "Jungen Union" zerrn die Polizisten das Transparent herunter und versuchen, die Demonstranten herauszudrängen - erfolglos - und im Tumult ist Brandt nicht mehr zu hören. Immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen, beendet er dann bald seine Rede.

Acht Demonstranten wurden festgenommen, einer von Schlägern der "Jungen Union" blutig geschlagen. In der Zeitung stand "kommunistische Störversuche wurden im Keim erstickt". Tatsächlich haben sich auf dieser Kundgebung linksgerichtete Studenten, Mitglieder der Falken, Kriegsdienstgegner, klassenbewußt denkende Arbeiter und unorganisierte Jugendliche spontan im gemeinsamen Protest zusammengeschlossen und erfolgreich gegen die Politik der SPD und des DGB für ihre Lebensinteressen demonstriert. Sie wehrten sich dagegen, daß Brandt den 1. Mai für seine antikommunistische Hetze mißbrauchte. Der Kanzlerkandidat der SPD mußte eine Niederlage einstecken - und das wenige Tage nach Verkündung seines Regierungsprogramms.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96.

Bremen, Mai 1961.

BRÜCKEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LIESER

8



Am 3. Juli begeht einer der letzten aus der alten Garde des Sozialismus seinen 80. Geburtstag:

Heinrich Brandler.

Wir Bremer Genossen haben besonderen Anlaß, ihm hierzu unseren Glückwunsch auszusprechen.

Durch seine Unterstützung kraft seiner Erfahrung und seines Wissens in einer sein ganzes Leben ausfüllenden revolutionären Tätigkeit hat er uns manchen Fehler und manchen Umweg erspart, denen wir sonst angesichts der bei uns vorhandenen Wissenslücken ausgesetzt wären.

Heinrich Brandler hat sich stets, an welcher Stelle in der deutschen Arbeiterbewegung er auch stand, für die besonderen Interessen der deutschen Arbeiterklasse eingesetzt, ohne jedoch die notwendige internationale Zusammenarbeit aller sozialistischen Kräfte außer acht zu lassen. Ein Einsatz, der immer dem Ziele gedient hat, durch die Entfaltung der Kraft der deutschen Arbeiterklasse unter ihren Bedingungen der Sowjetunion und den anderen inzwischen entstandenen sozialistischen Ländern damit die entscheidende Hilfe zuteil werden zu lassen, um deren friedlichen sozialistischen Aufbau zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die 80 Jahre, auf die Heinrich Brandler heute zurückblicken kann, fallen in eine Zeit, die wie keine andere angefüllt war mit geschichtlichem Geschehen. Die wirtschaftliche, soziale und politische Ordnung der Welt erfuhr grundlegende Umgestaltungen. Der vor 80 Jahren verhöhnte und verachtete Sozialismus ist heute im Vormarsch.

Durch diese Zeit der Wende und der Entscheidung ist Heinrich Brandler unbeirrt und aufrecht seinen Weg gegangen.

Für ihn sind diese 80 Jahre nicht die Krönung eines erfüllten Lebens, sondern ein Markstein in einem Leben dem wir auch für die Zukunft Kraft und Klarheit wünschen, um mit ihm weiterhin die bislang nicht erreichten Ziele der deutschen Arbeiterklasse erfüllen zu helfen, damit die Saat aufgeht, die von ihm in Zusammenarbeit mit dem Genossen Thalheimer gelegt worden ist,

Inhaltsverzeichnis

Propagandalärm aus der Sackgasse

Natowellen am Weserstrand

Wir stellen zur Diskussion:
Das Arbeitsgesetzbuch der DDR

Propagandalärm aus der Sackgasse

Da die Präsidentschaft Kennedys die erwarteten Kräfteverschiebungen zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Block nicht gebracht hat, befindet sich die weltpolitische Lage in der Sackgasse. Cuba, Laos, Kongo, Süd-Korea sind Schlappen für den amerikanischen Imperialismus, bedeuten aber noch keine wesentliche Kraftverschiebung. Kennedys Hauptsorge ist das weitere Abbröckeln der Macht der USA. Daraus ergibt sich das starre Festhalten am status quo. Auch im sozialistischen Block hat keine positive Machtverschiebung stattgefunden, die wichtige Entscheidungen erzwingen könnte. Deshalb auch Chruschtschows Festhalten am status quo durch Prestigeforderungen wie Frieden mit der DDR. Das führt im besten Falle zu einem Sprungbrett für Entscheidungen unter günstigeren Voraussetzungen.

Die Diskussionen über die weltpolitischen Spannungen nach der Europa-Reise Kennedys dienen nicht der Erforschung und Klärung der Ursachen der Verschärfung der Spannungen. Die Parteien schieben sich nur wechselseitig die Verantwortung zu. In der Bundesrepublik kommt noch die Wahlpropaganda hinzu. In westkapitalistischen Ländern tauchen vereinzelt Stimmen auf, die aus dem Bankrott der Politik der Stärke einen Ausweg suchen, um ihre Interessen besser zu wahren. Das Wallstreet-Organ in USA empfiehlt, die afrikanisch-asiatischen und lateinamerikanischen unentwickelten Gebiete sich selbst oder den Kommunisten zu überlassen, um sich ungehemmt der Ausbeutung der übrigen Welt zu widmen. Die britische "Financial Times" vom 25.4. schreibt:

"Die Welt ist in voller Gärung. Der größte Teil der Bevölkerung fordert die politische Unabhängigkeit und Fortschritt in Richtung eines erträglichen Lebensstandards. Der ewige Kampf zwischen Besitzenden und "Abenichtsen, zwischen denen, welche Änderungen wünschen, und denen, die sich entgegenstellen, wird jetzt überall leidenschaftlich geführt... Ein großer Teil der Weltbevölkerung durchschreitet bereits akut-revolutionäre Zustände oder befindet sich vor einem langwierigen Revolutionsprozeß. Die Welt wird wahrscheinlich in den kommenden Jahren mit gewaltsamen Umwälzungen erfüllt sein. Wir müssen lernen, mit ihnen zu leben."

Eine andere britische Zeitung, der liberale "Guardian", kritisiert die amerikanische Invasion in Cuba. Dies sei nicht der richtige Weg, den Kommunismus zu bekämpfen. Er schreibt unter dem 26.4.:

"Der Kommunismus ist keine Seuche wie der Colorado-Käfer, der mit Gewalt vernichtet werden kann. Der Kommunismus ist eine Idee, eine sehr glaubwürdige und überzeugungskräftige der menschlichen Geschichte...die Gefahr des Westens tritt jetzt in Latein-Amerika und Afrika auf, nicht durch direkte Intervention der SU noch eben durch illegale kommunistische Verschwörung. Die reale Gefahr ist, daß Latein-Amerikaner und Afrikaner sich aus freiem Willen entscheiden und das kommunistische Weltbild wahrhaftiger und versprechender finden als das des Westens. Wenn sich das verwirklicht, dann

ist in der Tat der Westen verurteilt, denn letzten Endes kann keine Macht der Erde einer Idee widerstehen."

Nun, Ideen können nur über Ideen des alten Weltzustandes hinausgehen. Aber Ideen können nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, die eine praktische Gewalt anzubieten bereit sind, d.h. die Ideen müssen den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, die bereit sind, für ihre Verwirklichung zu kämpfen.

Im Lager der herrschenden Klassen in USA, Frankreich, England bestehen starke Interessengegensätze. In Frankreich und England ist auch die Arbeiterklasse politisch aktiv, sie handelt mit mehr oder weniger Klassenbewußtsein, das ermöglicht den Werktätigen, als Klasse aufzutreten und zu kämpfen.

In der Bundesrepublik gibt es keine nennenswerten Interessengegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse, es gibt auch kein Auftreten der Arbeiter als Klasse. Im gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung überwiegen die Sonderbedingungen der einzelnen Industrien und Berufe. Der ab und zu auftauchende Gedanke, die Lohnkämpfe zusammenzufassen als Kampf der Gesamtklasse, war nirgends und zu keinem Zeitpunkt zu verwirklichen. Dem stand und steht die Eigenart der Kampf Voraussetzungen der verschiedenen Industrien und Berufe entgegen. Erst der Kampf zur Aufhebung des Lohnsystems kann zur einheitlichen Aufgabe der Gesamtarbeiterschaft werden. Er kann nur im Kampf um die politische Macht als revolutionärer Kampf geführt werden. Nur in dem Maße, in dem die Erkenntnis dieser Aufgabe in der Arbeiterschaft verwurzelt ist und der Kampf für die Verwirklichung dieser Aufgabe organisiert wird, formiert sich die Arbeiterklasse als Klasse. Ohne die Einsicht in diese Notwendigkeit ist die Arbeiterschaft keine Klasse, die für ihr Gesamtinteresse in der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Bourgeoisie und andere Klassenrührer kämpft. Sie bleibt Objekt der Maßnahmen der Kapitalistenklasse, die zwar die Arbeiter im Betrieb für die Zwecke ihrer Profitwirtschaft organisiert und im kapitalistischen Rechtsstaat ihren Gesetzen unterwirft. Durch keinerlei "Mitbestimmung" im Betrieb zur Herbeiführung eines profitablen Betriebsklimas hört der Arbeiter auf, Proletarier zu sein, noch wird er demokratischer Staatsbürger, wenn er alle vier Jahre zum Bundestag oder in die Länderparlamente einen Abgeordneten wählen darf aus einer Kandidatenliste, an deren Aufstellung er keinerlei Anteil hat.

Bevor das Proletariat zu existieren aufhört, muß die Bourgeoisie zu existieren aufgehört haben. Die kapitalistische Wirtschaft ist auf die Existenz von Menschenmassen angewiesen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeitskraft zur Ware geworden. Der Sklave selbst ist eine Ware, aber die Arbeitskraft ist nicht seine Ware. Der Leibeigene verkauft nur einen Teil seiner Arbeitskraft. Nicht er erhält einen Lohn vom Eigentümer des Grund und Bodens: Der Eigentümer des Grund und Bodens erhält vielmehr einen Tribut. Der Leibeigene gehört zum Grund und Boden und wirft dem Herrn des Grund und Bodens Früchte ab. Der freie Arbeiter dagegen verkauft sich selbst und zwar stückweise. Er versteigert 8, 10, 12, 15 Stunden seines Lebens einen Tag wie den anderen an den Meistbietenden, an den Besitzer der Rohstoffe, der Arbeitsinstrumente und Lebensmittel, d.h. an den Kapitalisten. Der Arbeiter gehört weder einem Eigentümer noch dem Grund und Boden an, aber 8, 10, 12, 15 Stunden seines täglichen Lebens gehören dem, der sie kauft. Der Arbeiter verläßt den Kapitalisten, an den er sich vermietet, so oft er will, und der Kapitalist entläßt ihn, so oft er es für gut befindet, sobald er keinen oder nicht den beabsichtigten Nutzen mehr aus seiner Arbeitskraft zieht. Aber der Arbeiter, dessen einzige Erwerbsquelle der Verkauf der Arbeitskraft ist, kann nicht die ganze Klasse der Käufer, d.h. die Kapitalistenklasse verlassen, ohne auf seine Existenz zu verzichten. Er gehört nicht diesem oder jenem

Kapitalisten, aber der Kapitalistenklasse. Diese Gedankengänge hat Marx, bevor er Voll-Marxist war, Handwerksburschen in Brüssel gelehrt. Die Fortgeschrittensten vor 115 Jahren begriffen das, die heutigen Marx-Überwinder begreifen nicht, sie leben in der Einbildung, daß ein höherer Preis für die Ware Arbeitskraft, wie ihn die Bourgeoisie des Monopolkapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg zahlen muß, das Proletariat aufhebt.

Die politische und militärische Schwenkung der westlichen Kapitalisten, geführt von den USA, schuf die Voraussetzung für die Wiederaufrichtung des bundesdeutschen Kapitalismus. Sie rückten von der gemeinsamen Erklärung ab, die sie im Bündniskrieg mit der SU vereinbart hatten:

"Nie wieder zu dulden, daß der deutsche und der japanische Imperialismus das Haupt erhebt, nicht zuzulassen, daß es wieder zu einem Weltkrieg kommt."

Die Bundesrepublik wurde und wird aufgerüstet. Sie ist bereits der stärkste militärische Faktor in der Nato. 1963 wird die Bundesrepublik das größte Heer und die stärksten taktischen Luftstreitkräfte Europas haben, das schreibt der militärpolitische Beobachter der "Daily Mail". Er fügt hinzu, die Verstärkung ihrer Kriegsmarine wird ihre Vorherrschaft in der Nato wohl besiegeln.

Das sind immerhin Sorgen von Engländern, die Bundesgenossen der Bundesrepublik sind und in der Frage eines deutschen Friedensvertrages und eines neutralen Berlin, wie von Chruschtschow gefordert, "fest auf ihren Rechten bestehen," d.h. diese Forderungen ablehnen.

Dem sozialistischen Block unter Führung der SU, der Hauptopfer des imperialistischen deutschen Überfalls war, ist der Kampf gegen diese Aufrüstung der Bundesrepublik kein Bluff und keine leere Propaganda. Die Oder-Neiße-Grenze und die Verweigerung des Rechts zur Aufrüstung der Bundesrepublik sind keine Verletzungen des Prinzips der Selbstbestimmung - sondern praktische Politik zur Hinderung der deutschen Kapitalistenklasse, das alte Ziel, das mit Hitler mißlang, jetzt mit den USA zu erkämpfen: "die Welt von der kommunistischen Gefahr zu befreien."

Walter Lipmann, der Chruschtschow auf der Krim fragte, warum er es so eilig habe, antwortete Chruschtschow:

"Ich bin in Eile, weil ich die Grenzen Deutschlands, den Status von Berlin und die Demarkationslinie zwischen den beiden deutschen Staaten in einem Vertrag festgelegt sehen will, ehe Hitlers Generäle in Westdeutschland die Atombombe bekommen. Sie werden sie bekommen. Sie werden bereits darin ausgebildet, wie man sie gebraucht. Sie haben die eigentlichen Bomben noch nicht, aber sie bekommen sie ganz bestimmt in vier oder fünf Jahren. Sie werden die Bomben von Ihnen - den Amerikanern - bekommen, oder von den Franzosen, die bis dahin in der Lage sind, Atombomben herzustellen. Wenn es soweit ist, dann ist die große Gefahr für Europa gekommen, denn, ob sie nun Ostdeutschland angreifen und Ostberlin überrennen - oder umgekehrt, ob die Ostdeutschen sich erheben und die Westdeutschen zu ihrer Verteidigung kommen, - so oder so ist die Sache unaufhaltsam. Niemand wird sich auf Abmachungen stützen können. Sie - die Amerikaner - werden nicht intervenieren, und wir sitzen dann mit einem höchst gefährlichen Krieg am Hals. Wir müssen also einen Vertrag haben. Darauf ziele ich ab. Ich muß diese Grenzen so festgelegt haben, daß, wenn eines der beiden Deutschland während der nächsten vier oder fünf Jahre militärische Schritte ergreift, wenigstens der Angreifer feststeht."

Eine politische Realität bilden die Erklärungen, daß die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen, die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden sollen, für niemanden. Auch Hitler betonte seine Friedensliebe solange, bis er sich stark genug

glaubte, seine Ziele mit Krieg zu erreichen. Die wiederholt gegebenen und wiederholt gebrochenen Erklärungen der Machtinhaber der Bundesrepublik gegen jede Militarisierung machen alle diese Erklärungen unglaubwürdig. "Die Welt" vom 29.5. berichtet über folgende Erklärung Adenauers:

"Ich würde es ablehnen, eine Bundeswehr, die nicht mit den modernsten Waffen ausgerüstet ist, dem Gegner entgegenzuschicken. Man würde die Waffen des Gegners geradezu auf die deutschen Truppen lenken, wenn die Bundeswehr nicht über nukleare Waffen verfüge. Der Kanzler unterschied in seiner Rede nicht ausdrücklich zwischen Abschußstellen für Kernwaffen und den Atomsprengköpfen, die sich im amerikanischen Verschluss befinden. Der Kanzler hob hervor, daß Verhandlungen mit der SU nur möglich seien, wenn die freien Völker des Westens mindestens so stark seien wie die Russen. Deswegen habe die Nato Atomwaffen."

"Die Welt" vom 9.6. berichtet von der Stellungnahme des Ministers für Gesamtdeutsche Fragen:

"Lemmer sagte, er sei ohne Frivolität der Auffassung, daß eine handfeste Verschärfung der internationalen Auseinandersetzungen um Berlin besser sei als die jetzige Stagnation. Eine Krise, die zur Gesundung führt, sei ihm lieber. Jede Berlin-Lösung müsse aber eingebettet sein in die Lösung der Gesamtdeutschen Fragen."

In keinem kapitalistischen Land der Welt herrscht zur Zeit die Kapitalistenklasse so unumschränkt wie in der Bundesrepublik. Die materielle Machtfülle der deutschen Bourgeoisie spiegelt sich in der totalen Herrschaft ihrer Gedankenwelt. SPD, Gewerkschaften betonen lautstark ihre volle Übereinstimmung um die Wette mit der Regierung in Bezug auf ihre Zuverlässigkeit zum Kampf gegen den Kommunismus und den sozialistischen Block. Dieser widerliche Propagandalärm, daß sie gemeinsam für das Recht auf Selbstbestimmung, für die kapitalistische Freiheit und für die Befreiung der 17 Millionen Unfreien in der DDR kämpfen werden, ist nicht zuletzt aus der Tatsache zu erklären, daß das bundesdeutsche Wirtschaftswunder trotz aller Kräftigung der Macht des deutschen Monopolkapitals auf der von den Westimperialisten geborgten Macht beruht. In dem Augenblick, in dem andere größere Sorgen die USA zu einem neuen Kurswechsel veranlassen, ist es mit der Prahlerei der bundesdeutschen Maulaufreißer zu Ende. Soweit ist es noch nicht. Kennedys Vorschußlorbeer als Bollwerk gegen den Kommunismus ist in Kuba, Laos, Kongo, Persien und Süd-Korea welk geworden. Seine Prophezeiung, daß es schlimmer werden wird, ist rasch bestätigt worden, aber einen Ausweg aus der schlimmen Lage der Sackgasse hat er nicht aufzuzeigen. Die Erklärung, jedes Risiko anzunehmen, falls Chruschtschow seine "Drohung" wahrmacht und ihnen einseitig ihr Recht, in Berlin zu bleiben, nimmt, zeigt keinen Ausweg, sondern ist nur Verlegenheitsgerede.

Übrigens liegt seitens Chruschtschows keine Drohung vor, die Westmächte aus Berlin zu jagen. Was Chruschtschow vorschlägt, sind gemeinsame Beratungen über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, Neutralisierung Berlins, d.h. Abbau der Frontstadt-Provokation. Es wird nicht viel bei diesen Beratungen herauskommen. Für die USA und die Westimperialisten geht es in Berlin um keine Machtposition, sondern um Prestige. Wenn gemeinsame Verhandlungen scheitern und Chruschtschow mit der DDR einen Sonderfrieden abschließt, geht es auch nur um Prestige, denn ein Machtgewinn erwächst daraus weder der SU noch dem sozialistischen Block insgesamt. Die Sperrung der Zugänge und der Zwang, Flugzeuge auf dem Gebiet der DDR zu landen, die Flüchtlinge transportieren, dürfte sich Chruschtschow noch überlegen. Und Ulbrichts Macht ist ebenso geborgte Macht wie die Adenauers. Durch keine gewaltsame Verhinderung der Provokationen in Berlin und Flüchtlingsbetreuung wird der DDR die Sorge abgenommen, unter der die DDR leidet. Nur eine Verbesserung des politischen Klimas in der DDR, die die Gegner der Mitarbeit am sozialistischen Aufbau mindestens neutralisiert, kann der Flucht ein wirkliches Ende bereiten. Diese Gegner des sozialistischen Aufbaus unter russischem Besatzungsregime sind in der Natozone für

den sozialistischen Block immerhin noch ungefährlicher denn als Saboteure in der DDR. Kämpfe, Schießereien in und um Berlin, die Ost- und Westberlin erneut in Trümmer legen, sind ein zu hoher Preis für Prestigeerfolge, auch dann, wenn der dritte Weltkrieg vermieden werden könnte.

Unter den schweren Bedingungen der Politik der sozialistischen Besatzungsmacht hat die Einheitspartei nicht verstanden, die Stimmung der Massen, ihre wirklichen Bestrebungen, Bedürfnisse, Gedanken zu erfassen. Es gilt ohne jede Spur einer falschen Idealisierung den Grad und das Bewußtsein der Massen und die Stärke des Einflusses dieser oder jener Vorurteile und Überbleibsel aus der Vergangenheit festzustellen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Das ist bisher ungenügend berücksichtigt worden und es ist hohe Zeit, daß die Einheitspartei lernt, das Versäumte nachzuholen. Die Bedingungen dafür sind objektiv und subjektiv reifer geworden. Warum geschieht nichts, um in der Massenpropaganda den Nachweis vor der breiten Öffentlichkeit zu erbringen, daß der Weltsieg des Kommunismus nicht in der militärischen Eroberung besteht. Beispiele aus der DDR und den Volksrepubliken können nachweisen, daß kein Bedürfnis an militärischen Eroberungen besteht, denn das nationale Bewußtsein, auch wenn es so schwach wie in Deutschland ist, erleichtert die Verdrängung des Klassenbewußtseins.

Hans Zehrer, Chefredakteur der Zeitung "Die Welt", klagt: "daß die in Unfreiheit Lebenden in der DDR für die Freiheit leiden und kämpfen, während die Menschen im Bundesgebiet, wo sie Freiheit haben, aber nicht kämpfen, nur wohlleben. Sie haben diese Freiheit nicht erworben, nicht erkämpft, sie ist ihnen geschenkt worden. Sie darf dennoch Respekt beanspruchen, denn sie ist diesmal wenigstens nicht mißbraucht, sondern genutzt worden. Aber solange die Nation nicht in Einheit und Freiheit lebt, sind auch die Freiheit und der Wohlstand des westlichen Rumpfdeutschlands nicht gesichert." Zehrer schwelt eine Art nationaler Aufschwung vor und er möchte ihn organisieren.

Karl Friedrich von Weizsäcker, einer der bedeutendsten deutschen Naturwissenschaftler, wird von Zehrer in "Die Welt" vom 3.6. wie folgt zitiert: "Ich werde das Gefühl nicht los, daß irgendein tieferschreckendes Ereignis bevorsteht, ehe sich diese Haltung ändern kann. Vielleicht werden in absehbarer Zeit einmal in einem bestimmten Grenzgebiet binnen 24 Stunden hundert nukleare Atombomben fallen. Wenn dieses Ereignis nicht den großen Atomkrieg zur unmittelbaren Folge haben wird, so wird es vielleicht eine Veränderung der politischen Weltöffentlichkeit bewirken."

Dieser Alptraum des großen Naturwissenschaftlers zeigt nicht den politischen Ausweg.

Der britische General Montgomery fordert den Abzug aller Truppen aus Deutschland. "In Europa sollen außereuropäische Mächte keine Kernwaffen stationieren. Die Teilung Deutschlands müsse der Westen hinnehmen, sie sei der einzige Fehler der Deutschen. Natürlich müsse der Westen die Freiheit der zwei Millionen Berliner verteidigen. ... Der Westen könne jedoch keine militärischen Maßnahmen zur Offenhaltung der Verbindungswege nach Berlin ergreifen, ohne in eine militärische Auseinandersetzung mit der SU verwickelt zu werden, die nur in einen allgemeinen Atom-Krieg enden könne." Das berichtete "Die Welt" vom 19.6. Es ist wenigstens eine sachkundige militärische Einschätzung der Lage. Den politischen Ausweg zeigt sie nicht.

Bleibt der Ausweg der sogenannten friedlichen Koexistenz. Sie setzt voraus, daß die kapitalistische Welt bereit ist, auf die Vernichtung des Kommunismus zu verzichten. Nur dann ist eine Vereinbarung möglich, die die "Financial Times" anstrebt: Formen des Zusammenlebens zwischen der alten kapitalistischen Welt und dem Aufstieg der kommunistischen Welt zu finden, die es ermöglichen, mit einem Minimum an Opfern die Wende in der Geschichte unserer Gesellschaft zu verwirklichen.

Natowellen am Weserstrand

Europa-Union, Landesverband Bremen, und Amerika-Haus Bremen warben am 8. und 9. Juni für eine verstärkte Natorüstung im Rahmen einer Veranstaltung unter dem Motto "Nato am Wendepunkt". In trauter Gemeinschaft mit Offizieren der Bundeswehr fanden sich neben anderen Geladenen aus Kreisen der Politik und Wirtschaft auch Verwaltungsbürokraten der SPD und des DGB ein, denn

Hinter der Trommel her
trotten die Kälber.
Das Fell für die Trommel
liefern sie selber,

meinte Bert Brecht schon in seinem "Kälbermarsch". "Weil die Sowjetunion Europa, ja die ganze Welt dem Kommunismus ausliefern will und damit den Untergang der Zivilisation heraufbeschwört," mußten Dr. Sommer, Redakteur der Hamburger Zeitung "Die Zeit", Alfred Mozer, EWG Brüssel, Mr. Stearman, Presseattaché der US-Botschaft in Bonn, Vizeadmiral a.D. Hoyer, MdB (CDU), die Teilnehmer der als Konferenz aufgelegten Show in Referaten davon überzeugen, daß es notwendig ist, die konventionellen Streitkräfte der Nato zu verstärken. Daran schloß sich am zweiten Tag ein öffentliches Podiumsgespräch. Das Amerikahaus stattete den Teilnehmern seinen Denk ab, indem es zwei lukullische Abendessen gratis und franko servieren ließ und zum Abschluß mit Whisky und Soda aufwartete.

Dr. Sommer zitierte Kissinger, den militärischen Berater Kennedys, der entgegen seiner früheren Theorie, jeden Angriff der SU mit einem nuklearen Vergeltungsschlag zu beantworten, nunmehr einen Angriff der SU mit konventionellen Waffen zu stoppen können glaubt und auf diese Art es für möglich hält, den Krieg zu lokalisieren. Mr. Stearman, der später das Wort ergriff, hielt einen Angriff der SU für unwahrscheinlich, es sei jedoch notwendig, sogenannten ungewollten Aktionen mit konventionellen Waffen sofort zu begegnen. Weil, wie Dr. Sommer zugab, die SU den technischen Vorsprung der USA in der Entwicklung von Atom- und Wasserstoffbomben eingeholt hat, ohne allerdings offen die Überlegenheit der SU in Raketen zu erwähnen, sollen die konventionellen Waffen im Rahmen des mysteriösen Plans MC 70 verstärkt werden. Dazu ist nötig, 30 Natodivisionen aufzustellen, ohne die nukleare Bewaffnung der Nato zu vernachlässigen. Nach dem Herter- oder Polaris-Plan werden dem Natogebiet schwimmende Abschußbasen zugewiesen, über deren Einsatz die USA entscheiden. Die rote Armee greife zur Zeit nur ein, um "angezettelte Revolutionen" zu unterstützen. Dagegen schlug er neben den genannten 30 Divisionen die Aufstellung einer "Feuerwehrbrigade" und einer "subkonventionellen Streitmacht" vor, die man Guerilla-Truppen nennt. Neben den militärischen müßten auch die wirtschaftlichen Interessen der Natoländer aufeinander abgestimmt werden, wobei die Türkei und Portugal zu einem "Mindestmaß an Demokratie" zu erziehen wären.

In der Diskussion auf Dr. Sommers Rede empfahl ein Gewerkschaftler stärkere Unterstützung der unterentwickelten Länder, mehr Wohlstand in Europa und Gewinnung der Bevölkerung für den zivilen Luftschutz, obwohl selbst der DGB nach wie vor eine Beteiligung am Luftschutz ablehnt. Nach Ansicht dieses Gewerkschaftlers überleben auch im Atomkrieg noch sehr viele Menschen. Durch den Luftschutz solle die Vorstellung überwunden werden, lieber unter einer Diktatur zu leben als überhaupt nicht. Dr. Sommer hielt in seiner Entgegnung eine wirtschaftliche Unterstützung der unterentwickelten Länder für unnütz, wenn die USA zurückwichen vor der militärischen Herausforderung der SU. Auf den zivilen Luftschutz eingehend, erklärte er: "Die deutsche Linke hat bisher nicht allzu große Anstrengungen in dieser Hinsicht gemacht!" An der darauf einsetzenden Heiterkeit beteiligte sich auch die "deutsche Linke".

Der "Sozialist" Mozer nahm Bezug auf das Potsdamer Abkommen, wonach Deutschland von allen Siegermächten als wirtschaftliches Ganzes verwaltet

werden sollte. Die SU habe als "einzige" Siegermacht das von ihr besetzte Gebiet ihrem Wirtschaftssystem angeglichen. Die "gutmeinenden" USA hätten ihren einheitlichen Aufbauplan gleich nach 1945 wegen des Egoismus der europäischen Regierungen für Westeuropa nicht verwirklichen können. Mozer zitierte den "Sozialisten" Spaak, der neidlos zugegeben haben soll, daß, während die Regierungen um ihre nationalen Interessen feilschten, die "Privatinitiative" die größten Erfolge errungen habe. Diese "gutmeinenden" USA seien entgegen der Behauptung der SU jedenfalls keine Imperialisten, deren Grundsatz laute: Teile und herrsche. Die von der SU betriebene Teilung Europas bewiese daher den Imperialismus der SU. Eine Verstärkung der EWG, insbesondere durch England, sei notwendig wie auch eine stärkere Verteidigungsbereitschaft Europas, die sich erst gebessert habe, nachdem die USA durchblicken ließen, ihre Söhne nicht mehr für Europa opfern zu wollen. Frankreich wolle z.B. eine deutsche Armee, größer als die russische, aber kleiner als die französische. De Gaulle sei jedoch zugute zu halten, daß er in drei Jahren ein Kolonialreich liquidiert habe. Den Anteil der algerischen Freiheitskämpfer an dieser Liquidation vergaß er offensichtlich. Obwohl in erster Linie die Einigung Europas Sache der Völker und der privaten Initiative jedes einzelnen sei, könnten sich die USA von Europa zurückziehen, wenn die europäischen Regierungen, "sozial" und militärisch gesehen, ihre nationalen Interessen nicht dem großen Ganzen unterstellten.

Stearman betonte, der von Kennedy übernommene Herterplan von Dezember 1960, d.h. Verstärkung der Nato mit konventionellen Waffen und Mittelraketen, sei unter der Schockwirkung des Sputnik entstanden, um das verlorene psychologische Gleichgewicht wiederherzustellen. Die im Natoraum vorgesehenen 100 Polaris-Raketen machten es als bewegliche Basen auf See dem Gegner schwer, sie zu orten. Die Regierung der USA wolle die Raketen nicht nur unter ihrer Kontrolle halten. Die Kolonialpolitik einiger Mitgliedstaaten der Nato sei der Grund für den mangelnden Zusammenhalt der Nato in der Uno. Die Nato müßte gegenüber der SU wirtschaftlich eine Gegenstrategie entwickeln.

A.D.Heye forderte, die Entwicklungshilfe "nicht nur als Exportsteigerung" zu bewerten, sie "im Interesse unserer Kinder" zu verstärken. Das schnelle Wachsen des Ostblocks auf allen Gebieten mache den Abbau des "übergroßen sozialen Gefälles" in den Natoländern notwendig. Seit der Gründerzeit sei es nicht gelungen, das "Gefälle" zu überwinden,-" das soll aber kein Vorwurf sein," entschuldigte er sich sofort. Die mangelnde Standardisierung der Natoverbände, die Interessengegensätze auch innerhalb der militärischen Kommandogewalt führte er als Beispiele beinahe katastrophaler organisatorischer Schwierigkeiten im Fall eines Krieges für die Nato an, machte dann aber die Einschränkung, die wirtschaftlichen Eigeninteressen ließen eine Standardisierung in vollem Ausmaße nicht zu. Es fehlte nicht die Forderung nach eigener atomarer Bewaffnung der Nato, wobei nicht "fünfzehn Finger am Abzug" liegen dürften, ja, er forderte auch eine Atomwaffenerzeugung in eigener Natoregie! Einem Führungsgremium von drei Natomitgliedern oder besser einem einzigen könne die militärische Kommandogewalt übertragen werden, wobei unter Wahrung "demokratischer Tradition" der oder die jeweiligen Befehlshaber periodisch ausgewechselt werden könnten. Heye gab zu, daß die USA nach 1945 aus militärischen Gründen ihre westlichen Verbündeten gestärkt und die SU mit Stützpunkten eingekreist hätten. Die Verbesserung der Luftverteidigung erheische eine erhöhte Beteiligung Europas am Verteidigungsbeitrag. Den Anliegen der Militärs brächten die Politiker zu wenig Verständnis entgegen. Seine Standesgenossen, die Bundeswehroffiziere, zogen es angesichts ihres Experten nicht nur hierzu, sondern während der ganzen Show, vor zu schweigen.

Das Podiumsgespräch leitete, wohl der Zugkraft wegen, Kurt Wessel, Leiter der Fernschendung "Unter uns gesagt". Hierzu erschien zusätzlich Berkhan, Mitglied des Bundestages und des Verteidigungsausschusses (SPD). Er vermehrte den Reigen derer, die das Gleichgewicht des Schreckens als Dogma

vertraten. Das so "zahlreich" erscheinene Volk nahm nur fast die Hälfte des kleinen Glockensaales ein. Die "Bremer Bürgerzeitung" vom 17.6. triumpfierte in ihrem Bericht hierüber: "Keine vierte Atommacht!" Sie berief sich auf einen angeblichen Ausspruch Stearmans, wonach es vermieden werden müsse, daß die Nato zur vierten Atommacht heranwache. Niemand sonst vernahm solche Worte. Was man dagegen vernahm, war, daß Berkhan sich für die Atombewaffnung der Nato aussprach, jedoch gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. Er sei kein "illusionärer Pazifist", er wisse um die "realen" Notwendigkeiten. Sein Bekenntnis brachte ihm den Einwand CDU-Heyes ein: "Ich habe angenommen, Sie wollen in die CDU eintreten?!" Darauf Berkhan: "Da sei Gott vor!" Diese wackere Auseinandersetzung erregte eine Heiterkeit, die einen Zirkusbesitzer vor Neid hätte erblassen lassen. Als guter Demokrat forderte Dr. Sommer einen Pestalozzi für die Nato, um die Türkei und Portugal umzuerziehen, wolle man nicht Gefahr laufen, mit diesen Systemen identifiziert zu werden. Kurt Wessel machte auf die Stützpunkte des strategischen Bomberkommandos der USA in Spanien aufmerksam. Nun sah Berkhan seine Stunde gekommen und mißbilligte den Alleingang der bundesdeutschen Generale, Nachschublager für die Bundeswehr in Spanien anzulegen. Berkhan lehnte auf Anfrage aus dem Publikum die Aufnahme Spaniens in die Nato ab. Das Ziel der Nato an ihrem Wendepunkt sei nicht mit Pestalozzi zu erreichen, denn dieser habe gefordert, man müsse die Armen zur Armut erziehen. Gerade die Osloer Natotagung habe gezeigt, daß man auch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Natoländer "in Erwägung" zieht.

Es muß ein "Deutscher" im Publikum gewesen sein, der meinte, man müsse doch dem Chruschtschow kräftig auf die Finger klopfen, wenn dieser mit seinem "charmanten Lächeln" auf dem Bildschirm spaziere. Entrüstet erwiderte Berkhan, Chruschtschow wäre gar nicht so "charmant", er hätte schließlich sogar auf der Unotagung frech seinen Schuh ausgezogen, "leider" wäre aber das "auf die Finger klopfen" nicht möglich, weil sich die Russen das nicht so ohne weiteres gefallen ließen. - Sichtlich war Berkhan die Hauptfigur, er sorgte für Stimmung mit seinen witzigen Bemerkungen. Eine weitere Frage aus dem Publikum wurde deshalb an ihn gerichtet: "Kann die Nato sich auf einen konventionellen Krieg mit dem Osten einlassen?" "Man kann," meinte SPD-Wehrpolitiker Berkhan, "es stehen hinter der Nato allein in Europa 165 Millionen Menschen, wir sind nicht so schwach, wie das immer angenommen wird!" -

Nun, das Besondere dieser Veranstaltung war der unverkennbare Versuch der kalten Krieger, Arm in Arm mit SPD-Natopolitikern, über die Gewerkschaftsbürokratie Einfluß zu gewinnen im Sinne einer Unterstützung der Natopolitik. Erleichtert wird den SPD-Politikern die Sache durch die Situation, in der die westdeutsche Arbeiterklasse von heute sich befindet. Auf Grund der vorhandenen objektiven Bedingungen hängt die Arbeiterklasse als "Sozialpartner" ideologisch am Gängelband der kapitalistischen Klasse unter Lösungen, die der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung dienen. Diese Arbeiter sind zur Zeit unfähig, ihre historische Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, die herrschende Klasse zu enteignen, die Produktion ihres eigenen Lebens selbst zu übernehmen und damit der Kriegsgefahr entgegenzuwirken. Unter ihnen ist der Aberglaube weit verbreitet, die Gegensätze und Widersprüche in den kapitalistischen Ländern ließen sich durch Rüstungsaufträge und andere wirtschaftliche Aushilfen durch den Staat überwinden. Innerhalb der Nato versucht man darauf hinzuwirken, die Interessengegensätze abzubauen, um der koordinierten Wirtschaftskraft des Ostblocks die eigene entgegenzusetzen. Bei diesem Bemühen prallen die Interessengegensätze hart aufeinander und es ist geradezu grotesk, wie sie sich gegenseitig Moral predigen und wie ein Tiger dem anderen empfiehlt, Gras zu fressen. Gerade der Versuch, die unterschiedlichen Interessen aufeinander abzustimmen, offenbart jene Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft, die sie einerseits bejammern, andererseits aber die Ursache dieser Widersprüche als ihre Freiheit ausgeben und für verteidig-

gungswert erachten. Diesem kapitalistischen System steht das sozialistische gegenüber, an der Spitze die SU. Es gibt genug Wissenschaftler aus dem bürgerlichen Lager, die sich mit der Gesellschaftsstruktur der SU beschäftigen. Mehr oder weniger bewußt oder unbewußt unterbreiten sie dann die vielseitige Überlegenheit des Sozialismus der Öffentlichkeit. So hatte z.B. Professor Baade, SPD, ein Gespräch mit Vertretern der Zeitung "Metall" (Ausgabe 14. Juni 1961), in dem er an ihn gerichtete Fragen beantwortete. Er hielt eine radikale Abrüstung für beide Systeme für durchaus real und hatte zur Untermauerung seiner Theorie die Meinung eines Gremiums von Wirtschaftswissenschaftlern aus Ost und West zur Hand:

"Es war die gleiche Anzahl Wirtschaftswissenschaftler aus der westlichen, das heißt der nichtkommunistischen, wie aus der östlichen, der kommunistischen Welt erschienen. Wir sind einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Beseitigung aller Rüstungen von allen wirtschaftlichen Systemen der Welt gemeistert werden kann, und zwar mit allerbestem Erfolg. Für die zentral gelenkte kommunistische Wirtschaft ist dies ja verhältnismäßig einfach, denn dort braucht man nur vom Rüstungskonto auf das Investitionskonto und Verbrauchskonto und erweiterte Hilfe an die Entwicklungsländer umzubuchen, und alles ist in bester Ordnung.

Aber die Wirtschaftswissenschaftler aus der westlichen Welt haben in Übereinstimmung mit ihren Kollegen aus der östlichen Welt das Urteil abgegeben, daß auch die Wirtschaft der westlichen Welt eine radikale Rüstungsbeschränkung nicht nur meistern kann, sondern daß der Anstieg des Sozialprodukts und des Massenwohlstands dadurch in entscheidender Weise beschleunigt werden wird."

Und in der Tat, man braucht im Ostblock nur "umzubuchen". Untersuchen wir jedoch die innenpolitischen Verhältnisse der USA, so können wir leider nicht vorbehaltlos Prof. Baade zustimmen, daß "auch" im Westen die allgemeine Abrüstung wie ein Motor wirken würde, der die Wirtschaft ankurbelt. Was die östlichen Wissenschaftler wirklich gesagt haben, wissen wir nicht. Sicherlich zehren auch im kapitalistischen System die Rüstungskosten am allgemeinen Lebensstandard, aber entscheidend ist doch, daß die herrschende Klasse in der Rüstung die Möglichkeit sieht, ihre Überproduktionskrise zu überwinden. Laut Bericht in "Die Welt" vom 28.6. wollen japanische Stahlindustrielle ihr Land zum drittgrößten Stahlproduzenten der Welt machen. Der Korrespondent bemerkt dazu:

"Amerikanische und britische Stahlproduzenten werden verlangen, daß Japan einen Teil seiner Stahlproduktion in die Rüstung stecken wird."

Die durch die japanische Stahlkonkurrenz befürchtete Überproduktion mit dem damit erwarteten Preisdruck soll also ein Ventil durch Ausweichen in die Rüstung finden. Um die amerikanische Wirtschaft über Wasser zu halten, darum sollen die Nato-Streitkräfte und besonders die konventionellen verstärkt werden, denn die USA sind in der Lage, die europäischen Staaten genau wie Japan zu zwingen, einen großen Teil der benötigten Waffen bei ihnen einzukaufen.

In der sowjetischen Planwirtschaft sind die Rüstungsausgaben ein Hindernis zur Erreichung des Zieles der SU, die USA in absehbarer Zeit in der Konsumgütererzeugung einzuholen und damit den Lebensstandard in der SU entscheidend zu verbessern. Darum ist die Koexistenz-Politik der SU ehrlich, nicht nur, weil sie diese Politik dauernd propagiert, sondern weil ihre innenpolitischen Verhältnisse ihre Außenpolitik entscheidend beeinflussen. Kein sowjetischer Führer nach Lenin würde vom sowjetischen Volk mehr verehrt werden als der, der als Ergebnis seiner Verhandlungen ein allgemeines garantiertes Abrüstungsabkommen mit nach Hause brächte. Die Russen sind daran interessiert, mit dem kapitalistischen Westen in einen wirtschaftlichen Wettstreit einzutreten, weil sie zutiefst von dem Sieg der sozialistischen Produktionsweise überzeugt sein dürfen. Sie haben allen Grund dazu, denn heute im fünften Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution erntet die

SU die ersten Früchte des Sozialismus, nachdem sie die zwangsweise Industrialisierung auf sich nehmen mußte. Damit wechselt die marxistische Theorie, die vor hundert Jahren die herrschenden Klassen erzittern ließ, zur Praxis über. Diese Praxis beweist schon heute in ihrer Tendenz die Richtigkeit der marxistischen Theorie auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung in der SU. Das ist so gewaltig, wenn man sich überlegt, daß 1917 der Aufbau des Sozialismus in einem Land begann, dessen Lebensstandard zu der Zeit mit dem Indiens vergleichbar war. Heute zählt Indien zu den Entwicklungsländern, während die SU heute zur zweitgrößten Industrialisation der Welt aufgestiegen ist.

Aus überwiegend gefühlsmäßigen Gründen setzt sich bei einem Teil der bürgerlichen Intelligenz bereits die Auffassung durch, daß die Kriegsgefahr durch das Wettrüsten immer mehr erhöht wird. Ihren organisatorischen Ausdruck findet diese Auffassung in der Deutschen Friedens-Union, die unter ihren Parolen alle diejenigen zu sammeln versucht, die eine echte Alternative zur Aufrüstungspolitik wünschen. Die Verfechter des kalten Krieges machen zwar alle Anstrengungen, die DFU als kommunistisch gelinkt zu bezeichnen, doch wird diese Behauptung dadurch nicht wahr, daß man sie dauernd wiederholt. Die DFU verdankt ihre Existenz dem Umstand, daß die SPD ihre scheinbare Opposition gegen die Atomaufrüstung und gegen die Wiederaufrüstung überhaupt jetzt ganz offen aufgegeben hat. In dem Bemühen, von den anderen bürgerlichen Parteien als absolut antikommunistisch anerkannt zu werden, gebärdet sie sich oft päpstlicher als der Papst. Nach MdB Berkhan gehören die Mitglieder und Anhänger der DFU zu den "illusionären Pazifisten". Nun gut, man kann darüber streiten, was realistischer ist, zu dieser Art Illusionisten zu gehören oder zu jenen "Realisten", die mit Millionen Toten rechnen, exakt kalkulierend, wievieler durch Explosionen zerfetzt werden, wievielen die Lungen platzen, wieviele verbrennen oder durch Strahlen unkommen, und wievielen man eventuell die zerhackten Glieder wieder zusammenflicken kann. Von dieser Sorte "Realismus" zeugt auch ein Plakat, das in Bremen an allen Ecken klebt und zum Inhalt hat, die Bremer Bevölkerung zur Mitarbeit am Luftschutz zu bewegen, unterschrieben von SPD-Bürgermeister Ehlers. Wie sich die Menschen vor Sturmfluten schützen, indem sie Deiche und Dämme bauten - und einen Blitzableiter auf's Dach setzten, um gegen Blitzeinschlag gefeit zu sein, so müsse man sich auch gegen "unvorhergesehene Ereignisse" schützen, die über Nacht über uns hereinbrechen könnten. Der Krieg, sprich "unvorhergesehene Ereignisse", wird zum Naturereignis, dem die Menschheit sich mit Bunkern, Gasmasken und Feuerpatschen entgegenstemmen soll. Eine richtige Antwort hierauf gab eine Frau in Bremen, deren im "Weser-Kurier" am 27.6. veröffentlichter Leserbrief beweist, daß sich ein Teil der Bevölkerung durch solche "Begründungen" nicht in die gewollte Richtung drängen läßt. Wir zitieren:

"Abrüstung statt Luftschutz"

Mit Interesse habe ich den Aufruf von Senator Ehlers gelesen, in dem er die Bevölkerung Bremens auffordert, sich für den Luftschutzdienst bereitzustellen. Ich habe den zweiten Weltkrieg noch nicht vergessen, obwohl ich damals noch ein Kind war. Einen absoluten Schutz vor Luftangriffen gab es auch damals nicht. Wie sollte man heute - bei dem Stand der Entwicklung der A- und H-Bomben - wohl einen genügenden Luftschutz garantieren? Es gibt kein ausreichendes Warnsystem, das haben selbst Luftschutzexperten zugegeben. Deshalb ist jeder Luftschutz Illusion. Gegen eine Naturkatastrophe, wie Senator Ehlers sie in seinem Aufruf anführt, gibt es nicht in jedem Falle einen Schutz. Aber Kriege sind keine Naturkatastrophen, sie sind seit eh und je von Menschen gemacht und können auch von ihnen verhindert werden. Die Abrüstung ist dazu der geeignete Weg und auch der einzige Luftschutz."

Wahrhaftig, es fällt uns Sozialisten leicht, für die "Utopie" zu stimmen und zu versuchen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen, statt für die Selbstvernichtung der Menschheit auch nur eine Hand zu rühren.

Die DFU drückt mit ihrer Stimme - nicht mehr und nicht weniger - Grundforderungen der Menschheit aus, deren Verbreitung in Anwendung auf die westdeutschen Verhältnisse heute eine Notwendigkeit geworden ist:

Sofortiger Rüstungsstop und Ablehnung jeder atomaren Bewaffnung in beiden Teilen Deutschlands;
Verhandlung über die Schaffung einer beispielgebenden Zone kernwaffenfreier Länder in Europa als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung;
militärische Neutralisierung Deutschlands;
Abbau des kalten Krieges und der Haßpropaganda;
Verhandlungen zur sofortigen Entspannung der innerdeutschen Beziehungen.

Diesen sich aus der gegenwärtigen Lage ergebenden Forderungen entspricht die Zusammensetzung der Kräfte innerhalb der DFU als Sammlungsbewegung. In dem Maße, wie es mit entscheidender Hilfe wirklicher Sozialisten gelingt, diese Forderungen zu realisieren, wirken sie revolutionär, ob die Gründer der DFU dies sehen oder nicht. Die Folge würde sein, daß die Kriegsgefahr vermindert, der Friede gesichert und damit die SU in die Lage versetzt werden könnte, den Kommunismus zu praktizieren. Die Arbeiterklassen der kapitalistischen Länder könnten von der Richtigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugt werden und zur Anerkennung bereit sein. Hierin liegt die Chance der gesamten Menschheit, die Zukunft sozialistisch und damit friedlich und glücklich zu gestalten.

Den Natoschwätzern von heute darf jedoch die Welt von morgen nicht überlassen werden.

Das Gesicht

Männer steigen aus Gräben hervor:
Blutig, todmüde.
Und hinter ihnen liegt der Krieg.
Ihre Seelen zerpfückt,
Ihre Körper alt.
Alles kalt
Noch ringsum -
Aber Friede!

Da kommt Europa:
Blumen im Haar,
Um die Knöchel Gold und Geschmeide.
Die Brüste bloß,
Die Lippen rot,
Den Körper in raschelnder Seide....
Aber die Söhne liegen tot
Und die Brüder. -

Und den Tanz sie beginnt.
Über Schädel und Ripper
Wiegen und wippen
Die Füße.
Und die übrig gelieben
Nach dem Mord,
Schauen zu.
"Du!

Ist denn kein Krieg gewesen?"

Lacht sie:

"Gewesen!"

Und biegt die Hüften.

Und sie tanzt.

Und sie tanzt.

Und die Männer schauen zu.

"Schneller, du!

Schneller heb deine Füßchen!

Ist dein letzter Tanz

In Gold und Geschmeide

Und Seide!"

Und sie lacht.

Und sie tanzt.

Und die Männer schauen zu.

Ein Funke glimmt auf in ihnen.

Du, gib acht!

Über Nacht

Greifen nach dir die Flammen!

F.C. WEISKOPF

Dieses Gedicht wurde 1923 veröffentlicht.

Was aber haben wir 1961 dazu zu sagen?!

Wir stellen zur Diskussion:
Das Arbeitsgesetzbuch der DDR

Bei der Beurteilung des AGB ist entscheidend, daß es ganz andere Verhältnisse zu regeln hat als ein entsprechendes Gesetz in einem kapitalistischen Staate. In diesem steht dem Arbeitnehmer als Kontrahent der Privatunternehmer - sei es als Einzel- oder juristische Person - gegenüber, dort der Staat, die Gesellschaft. Im kapitalistischen Staate ist Maxime des Wirtschaftens das Profitstreben des Unternehmers - in einem Staate, der kein Privatkapital kennt, gibt es kein Profitstreben als Antriebskraft und Regulator des Wirtschaftens und darum sind auch keine Gesetze erforderlich, die das Profitstreben eindämmen. Ein Arbeitsgesetz in einem sozialistischen Staate oder in einem Staate, der sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet, hat andere Aufgaben. Sie bestehen darin, das Recht des einzelnen Individuums dem Staate, der Bürokratie, der Wirtschaftsleitung gegenüber zu sichern und festzulegen. Ein schematischer Vergleich mit einem Arbeitsgesetz im kapitalistischen Staate ist also unmöglich. Wer zum AGB kritisch Stellung nehmen will, muß diese Unterschiede und Voraussetzungen beachten. Der DGB aber übersieht sie völlig oder läßt sie jedenfalls unbeachtet. Es gibt für ihn keinen Unterschied zwischen kapitalistischen und sozialistischen Verhältnissen, zwischen einem Produzieren, das vom Profitstreben, und einem Wirtschaften, das von anderen Impulsen gelenkt wird. Eine sozialistische Struktur der Gesellschaft geht über das Begriffsvermögen der DGB-Bürokraten hinaus. Sie können nicht sehen, daß eine objektive und reale Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse und der zukünftigen Entwicklung ganz deutlich die sozialistischen Konturen kommender Gesellschaft zeigt. Für die Entwicklungsländer - nennen wir Ägypten, Indien, Indonesien, ist eine privatkapitalistische Möglichkeit nicht mehr vorhanden. Der Ausbau einer modernen Industrie, der Kräfteerzeugung, des Kommunikationssystems u. dgl. auf kapitalistischer Basis ist undenkbar und auch gar nicht versucht worden. Die Gesetze kapitalistischer Produktion und der daraus resultierende "ideologische Überbau" gelten für diese Gebiete nicht mehr. Sie werden aber in wenigen Jahrzehnten, zusammen mit Rußland, China, Jugoslawien und den Ländern des Ostblocks, die alten kapitalistischen Staaten an Wirtschaftskraft und politischer Macht und Bedeutung weit übertreffen. Unter diesen Umständen die sozialistische Gestaltung eines Landes nicht sehen wollen und alles nach alter und veralteter Schablone zu messen, ist offenbare Lächerlichkeit.

Nun zum AGB selbst. Es ist mit ihm wie wohl mit allen Gesetzen: es kommt ganz darauf an, was man aus ihm macht! Und es ist nicht zu bestreiten, daß die Möglichkeiten, die es in die Hände derjenigen legt, die zur Zeit die Macht in der DDR ausüben, sehr bedenklich stimmen können. Diese Bürokraten, die in schlechter und mißverständlicher Nachahmung von unter ganz anderen Verhältnissen und zu ganz anderen Zeiten erfolgten russischen Maßnahmen eine Herrschaft über die mitteldeutschen Werktätigen ausüben, können den toten Buchstaben des Gesetzes nicht mit dem lebendigen Geiste des Sozialismus erfüllen, sondern nur in bürokratischer Befangenheit zur Gängelung der Arbeiter benutzen. Wenn der DGB diesen Befürchtungen und diesen Bedenken Ausdruck verliehen hätte, wäre ihm kaum zu widersprechen. Das hieße allerdings, von dem durch die SPD maßgeblich beeinflussten DGB zu erwarten, daß er seinen eigenen Schatten überspränge.

Schon beim flüchtigen Überfliegen des AGB stellt man fest, daß in ihm vom Rechte der Werktätigen wenig die Rede ist, sondern nur von ihren Pflichten und vom Plan. Schließlich ist aber der Sozialismus nicht Selbstzweck, sondern des Menschen wegen da!

Um das Gesetz in seiner praktischen Bedeutung genau zu verstehen, müßte man die Verhältnisse in der DDR besser kennen: Arbeitszeit, Reallohn, Kaufkraft, die einzelnen Tarif- oder Kollektivverträge u. dgl. Das alles

ist dem AGB nicht zu entnehmen. Es ist ja auch nicht Aufgabe eines Gesetzes, solche zeitlich und räumlich bedingten Einzelheiten zu regeln. Es fällt aber auf, daß das AGB sich sehr ungenau ausdrückt und von Phrasen beherrscht wird. Die Verfasser haben es dem DGB leicht gemacht, es demagogisch zu entstellen - weil auf beiden Seiten der bürokratische Apparat allein bestimmen kann. Der DGB empört sich besonders über die im AGB angeblich festgelegte Pflicht zur Arbeit. Einer sozialistischen Gesellschaft muß das Recht zugestanden werden, die Pflicht zur Arbeit zu proklamieren. Im kapitalistischen System wirkt sich die "Pflicht zur Arbeit" so aus, daß der Werktätige verhungern muß, wenn er nicht arbeitet. Das wird dann als die "unverletzliche Freiheit" des Individuums ausgegeben.

Wenn ein sozialistischer Staat von allen gesunden und arbeitsfähigen Bürgern verlangt, daß sie nach Maßgabe ihrer Kräfte und Fähigkeiten sich an der allgemeinen Arbeit beteiligen, so ist das im Grundsätzlichen nichts, was die Würde des Menschen beeinträchtigen könnte. Es kommt nur darauf an, daß Willkür und Härte bei der Durchführung vermieden werden. Die §§ 22 - 25 AGB könnten als Sicherung gegen solche Härte und Willkür genügen. Es kommt eben ganz auf die Praxis an!

Daß das AGB eine gesetzliche Möglichkeit vorsieht, unter genau umrissenen Umständen vorübergehend dem Werktätigen eine andere Arbeit zuzuweisen, worüber der DGB solchen Lärm macht, ist für einen im Aufbau begriffenen Staat keine Ungeheuerlichkeit. Das geplante Notstandsgesetz in der westdeutschen Bundesrepublik wird nach allem, was man bisher gehört hat, noch einige Überraschungen bringen, die das, was in der DDR geschieht, weit in den Schatten stellt.

Die Kündigungsbestimmungen des AGB (§§ 27-32) können nur dann richtig beurteilt werden, wenn man die Praxis kennt. Die Bestimmung in § 28, daß der kündigende Betrieb verpflichtet ist, den Werktätigen zu unterstützen, damit er in einem anderen Betriebe zumutbare Arbeit erhält, ist anerkennenswert. Aber, wie gesagt, die Praxis! Die unbewiesenen Verdächtigungen des DGB besagen zunächst gar nichts.

Die Regelung der Arbeitszeit und des Urlaubs stellt die Werktätigen in der DDR zweifellos schlechter als die Arbeiter in der Bundesrepublik. Wieweit diese Tatsache das Ergebnis objektiver Verhältnisse oder des Versagens der Wirtschaftsführung der DDR oder einer nicht den Menschen sehenden Bürokratie ist, kann von hier nicht überblickt werden. Jedenfalls ist es nicht unsere Aufgabe, das, was mangelhaft oder schlecht in der DDR ist, zu verteidigen, soweit es vermeidbar erscheint.

Die Lektüre des AGB ist jedenfalls keine reine Freude. Sie spricht nicht an. Das AGB ist nicht von einem mitreißenden Geiste erfüllt, der auch das Schwere leicht macht. Es ist das Werk mechanisch denkender Bürokraten, für die sich der Sozialismus im "Plan" erschöpft. Es ist das Unglück der DDR, daß sie nicht eine einzige in Erscheinung tretende hervorragende sozialistische Persönlichkeit aufweist, sondern nur Mittelmaß repräsentiert. Die gehässige Polemik des DGB wird dadurch natürlich nicht gerechtfertigt. Brächte er nur halb soviel Kritik dem wirtschaftswunderlichen Westdeutschland entgegen, könnte manches anders sein, was selbst im Interesse des DGB läge. Hiermit ist die auch für den DGB notwendige Überwindung des Zustandes gemeint, wonach der westdeutsche Arbeiter heute möglichst niedrige Gewerkschaftsbeiträge zahlen will und dafür hohe Leistungen erwartet, ohne streiken zu brauchen. Auch ist vielfach bei ihm die Meinung vertreten, der ohne Gewerkschaften individuell ausgehandelte übertarifliche Lohn mache die Gewerkschaften überflüssig. Er macht sich keine Gedanken darüber, daß dieser Zustand nicht andauern wird. Und bis jetzt deutet nichts darauf hin, daß der DGB die ersten Warnzeichen bemerkt hat.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstraße 96.

Bremen, Anfang Juli 1961

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMERGRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

- Propagandapolitik erschrockener Schreckensmänner
- Ein Leserbrief
- Der Mensch im Mittelpunkt - der Borgwardpleite
- Die letzten Flüchtlinge?

9

Propagandapolitik erschrockener Schreckensmänner

Dazu ist der Propagandalärm ausgeartet, den wir im letzten Brief als Propagandalärm aus der Sackgasse ankündigten. An Stelle der Illusionen über ausreichende Kräfte der "friedliebenden" Zeitgenossen, die Kriegsvorbereitungen ihrer herrschenden Klassen zu verhindern, sind Kriegsdrohungen, Erhöhung der Kriegsbudgets bis jetzt in USA um 4 1/2 Milliarden Dollar, in SU um 3 Milliarden Rubel - und Verstärkung der Truppenzahl getreten. Anstoss zur weiteren Verstärkung des Kriegspotentials gab die Grenzbefestigung der DDR mit Stacheldraht und Beton mitten durch Berlin. Die DDR, die es in der Diplomatie der Bundesrepublik gar nicht gibt, erwies sich plötzlich sehr real. Die erschrockenen Politiker der Bundesrepublik schrien die USA und die NATO um Hilfe an, die diese erneut versprochen und beteuerten. Sie schickten den Stellvertreter Kennedys - Johnson - und General Clay nach Berlin, wo sie tapfere Reden hielten und 1500 amerikanische Soldaten aus anderen Garnisonen der BR hinterliessen, um anschliessend wieder heimzureisen. De Gaulle verlegt Divisionen französischer Truppen aus Algier an die deutsch-französische Grenze, England füllt Lücken seiner Rheinarmee und Kanada kündigt Verstärkungen seiner Besatzungsarmee in Deutschland an. Das ist die Antwort der NATO-Mächte zum Schutze der NATO-Zone gegen die DDR oder Zone der SU, des Warschauer Paktes.

Keinerlei ernsthafte Überprüfung der Lage hat bis jetzt stattgefunden. Gegenseitige Beschuldigungen sind die einzigen ideologischen Begleiterscheinungen. Die DDR wird der Unmenschlichkeit und des Vertragsbruches, die SU angeklagt, dass sie Deutschland das Recht der Selbstbestimmung verweigert, das sie den zurückgebliebenen Völkern der ehemaligen Kolonialgebiete zuerkenne. Welchen Eindruck diese Argumente in der Welt machen, beweist die Tagung der "Bündnisfreien Länder", die in Jugoslawien soeben getagt haben. Alle die dort vertretenen Völker, ob vom deutschen Imperialismus überfallen oder nicht, stimmen mit dem Urteil der Franzosen und Briten überein, die trotz aller Schätzung der deutschen Qualitäten die Deutschen verachten, die in Ausübung ihrer Macht die Durchschnittsbrutalität aller Besatzer übertreffen und beim geringsten Unrecht, das sie selbst erleiden, heulmeiern über Unmenschlichkeit, Rechtsverletzung und Verweigerung der Selbstbestimmung. Was letzteres anbelangt, so findet die Selbstbestimmung des

einen ihre Grenze an der Selbstbestimmung des anderen. Die bedingungslose Kapitulation beinhaltete die Verweigerung der Selbstbestimmung. Die Potsdamer Beschlüsse, so unrealisierbar sie im ganzen waren, enthielten die von allen Siegermächten gebilligten Bedingungen zur Wiedererlangung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschlands: Liquidierung des Faschismus, Wiedergutmachung und dauernde Entwaffnung. Wenn von Rechtsbruch geredet werden darf, dann vom Bruch der Abmachungen über die Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands durch die USA und Grossbritannien. Darum geht es bei der jetzigen Krise.

Daher fordert Chruschtschow seit 2 Jahren offen einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten, der die Grenzen festsetzt und das von den Westmächten besetzte Berlin der Vorpostenrolle als Frontstadt gegen die DDR sowie den ganzen sozialistischen Block entkleidet. Kein Vertrag gibt den NATO-Mächten das "Recht", als "Schutzmacht" in Berlin aufzutreten; sie nehmen es sich, um den Kommunismus zu bekämpfen. Verträge gelten nur solange, als die Voraussetzungen gelten, unter denen sie geschlossen wurden. Die NATO-Politik in Berlin ist darauf gerichtet, in der DDR und in den sozialistischen Volksrepubliken Unruhe zu stiften. Die Länder des Warschauer Blockes forderten die DDR auf, diesen Machinationen einen Riegel vorzuschieben.

Wir halten die Abschirmung der DDR mit Stacheldraht und Beton für kein geeignetes Mittel. Wenn zur Zeit der Flüchtlingsstrom gestoppt wird, so ist der Preis zu hoch. Der Kommunismus erscheint diskreditiert, weil die westliche Propaganda ihre Wirkung nicht verfehlt hat, indem breite Schichten die DDR einschliesslich Ost-Berlin einem Konzentrationslager gleichsetzen. Zum nicht geringen Teil ist der Anstieg der Flüchtlingszahl zurückzuführen auf die Propaganda, wonach ein einseitiger Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen würde, wenn die BR sich weigert. Wir sehen in der Beurteilung der Flucht aus der DDR durch die Machthaber der DDR eine Fehleinschätzung. Die Abwerbung durch Agenten aus der BR ist kein stichhaltiges Argument. Wir bringen den Artikel von Mander aus dem "New Statesman" zur Information, der Ursache und Wesen der Flucht aus der DDR richtiger erfasst. Es ist kein Verrat am Sozialismus, wenn junge Menschen aus Fernweh in die BR "fliehen". Man macht sie erst zu Gegnern, wenn man sie zu Veräthern erklärt und als Verbrecher behandelt. Wenn die Länder des sozialistischen Blocks Freiwillige als Ersatz für die Arbeitskräfte in die DDR geschickt hätten und schicken würden, wäre es nicht nur Ersatz für abgewanderte Arbeitskräfte, sondern auch eine Gelegenheit für klassenbewusste Revolutionäre - z.B. Chinesen -, sich beruflich auszubilden und die schlechten Verteidiger des Sozialismus in der DDR zu ersetzen.

Terror ist in Übergangszeiten solange unvermeidlich, bis sich das neue Regime gefestigt hat. Die Gewalt ist Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft, sie dient nicht nur zur Erhaltung der Überlebten. Gewalt und Terror aber sind kein Ersatz für geduldige Erziehungsarbeit. Wenn der Terror nicht den Gegner einschüchtern kann, sondern ihn fanatisiert, ist er falsch und schädlich. Die Jugend gegen Fernsehantennen zu mobilisieren, ist Maschinenstürmerei, kein Kommunismus.

Die Berlin-Krise ist nur ein Glied in der Gesamtkrise, sie ist besonders akut, weil die DDR-Grenze nicht nur politische Grenze, sondern Grenze gegensätzlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ist.

Die Politik der Volksfront-Diplomatie der friedlichen Koexistenz ist in der Krise. Das beweist das Scheitern der Konferenz zur Einstellung der Atombombenversuche nach der 340. Sitzung in Genf. Die SU stellte Ende März 1958 einseitig die Kernwaffenversuche ein. Die USA und

Grossbritannien folgten unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Es kam zu keiner Einigung, weil man sich über die Kontrollen nicht verständigen konnte. Frankreich machte in der Sahara Atomwaffenversuche. Die Rolle, die die UNO im Kongo spielte, gestützt auf die Mehrheit, veranlasste die SU, in der UNO sowie in den Kontrollorganen der Kernwaffenkommission das Dreiersystem, die Troika, zu fordern, um zu verhindern, dass die SU majorisiert werden könne und UNO-Beschlüsse, wie Frankreich und andere Mächte, boykottiere. Für die kapitalistischen Mächte haben die UNO und alle anderen Organe jeden Sinn verloren, wenn sie diese Organe nicht zur Majorisierung des sozialistischen Blockes benutzen können.

In den Abrüstungskommissionen sabotierten die West-Mächte ihre eigenen Vorschläge, wenn sie von der SU angenommen wurden. So auch 1955 Edens Vorschlag zur Errichtung einer begrenzten Zone der Rüstungen in Europa. So die Vorschläge zur prozentualen Verringerung der Armeen. Die SU verringerte einseitig 1955/56 um 1 840 000 Mann. 1958 demobilisierte sie 300 000 Soldaten. Im Januar 1960 beschloss die SU eine weitere Verringerung der Streitkräfte um 1 200 000 Mann, die jetzt rückgängig gemacht wurde als Antwort auf die Haltung Kennedys in der Berlin- und Deutschlandfrage.

Am 31. August kündigte die SU die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche an. Vier Explosionen haben stattgefunden. Den Vorschlag Kennedys und MacMillans, bis zum 9. September die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre einzustellen, lehnte Chruschtschow ab. Am 4. September kündigte Kennedy Kernwaffenversuche der USA unter der Erde und im Laboratorium an.

Kapitalisten und ihre Mitläufer sowie Kommunisten und ihre Anhänger handeln bewusst oder unbewusst in der Regel von ihren Klassenstandpunkten aus. Den Gegner vom eigenen Standpunkt aus zu messen, ist entweder Demagogie, um schwankende Schichten zu beeinflussen und den eigenen Bedürfnissen dienstbar zu machen, was nur ausnahmsweise und kurzfristig wirkt - oder Dummheit, die zu Fehleinschätzungen des Gegners führt. Am verhängnisvollsten ist die Überschätzung der eigenen und Unterschätzung der gegnerischen Kräfte. Die marxistische Methode ist zur Erforschung der gesellschaftlichen Aufgaben am wirksamsten. Im kommunistischen Manifest charakterisiert Marx den Kommunisten dahingehend, dass er im Unterschied zu den anderen Arbeitern die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus hat. Nur diese Qualifikation macht den wirklichen Kommunisten, nicht das Parteibuch oder der Eifer, der Sache zu dienen. Macht diese Fähigkeit zu klarerer Erkenntnis den Kommunisten zu einer Art Übermensch? Nein! Auch Marx und Engels und Lenin haben geirrt. Meistens in der Unterschätzung des Gegners und des Tempos. Im Zeitalter der Entwicklung der SU vom Stadium des Sozialismus zum Kommunismus und der am sozialistischen Aufbau wirkenden Gebiete, die 1/3 der Menschheit erfassen, ist zwar die Zahl der kommunistischen Kräfte und ihre Qualifikation zur Einsicht in die Bedingungen und den Gang der sozialistischen Bewegung gewachsen, doch schliesst diese Tatsache keine Fahlurteile aus, die in der Einschätzung der Kräfteverhältnisse verheerende Folgen auslösen können.

Die unkritische Propaganda der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen Kapital und Arbeit hat Hoffnungen begünstigt, die jetzt zu neuen Enttäuschungen führen. Die Überbewertung der Kräfte der Friedensfreunde als reale Macht zum wirksamen Kampf gegen die Rüstungen und Kriegsvorbereitungen in den entscheidenden kapitalistischen Ländern kann zur Katastrophe führen, zum Atomkrieg.

Nicht erst die neueste Zuspitzung aus Anlass der Berlinkrise und die Wiederaufnahme der Kernwaffenerprobung hat zersetzend gewirkt. In England, wo die Friedensbewegung am aktivsten ist, hat der Trades-Union-Kongress mit 5 700 000 gegen 2 200 000 Stimmen den Beschluss des vorjährigen Kongresses aufgehoben, der die Aufhebung der Rüstungspolitik der NATO gefordert hatte, und der Gaitskell-Rüstungspolitik zugestimmt, die die NATO-Rüstungspolitik ausdrücklich unterstützt. Die mutige Haltung der Demonstranten, ihre Aktivität, ist kein Ersatz wirklicher Kampfkraft - denn ein grosser Teil ist für die Abrüstung des sozialistischen Lagers und der SU, weil er sie mit der Aufrüstung des kapitalistischen Blockes gleichsetzt. Dieser Teil begreift nicht, dass die militärische Kraft der SU leider die entscheidende Kraft ist, die den Krieg verhindert und nicht die Millionen Unterschriften für den Frieden. Die Verschärfung der Spannungen um Berlin hat bereits auf die in der Wahlpropaganda rührige DFU Rückwirkungen gezeitigt und zu Rücktritten von Spitzenkandidaten sowie zu Protesten gegen die SU geführt.

Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, sondern unter den gegebenen Umständen. Auch für Grundsatzparteien gilt, dass die vorhandenen Umstände bestimmend sind, die Grundsätze Richtschnur bleiben, aber kein Rezept für die tägliche Akten abgeben.

Sind die konkreten Umstände, die die gegenwärtige Lage entscheidend beeinflussen, richtig eingeschätzt worden? Der XX. und XXI. Parteitag der KPdSU fundierten die Aera der Chruschtschowpolitik. Soweit die Außenpolitik der SU in Frage kommt, bedeutet sie die ernstesten Bemühungen, mit den kapitalistischen Mächten, besonders mit der führenden Macht, den USA, zu einer Verständigung, zur friedlichen Koexistenz zu gelangen. Der Versuch ist gescheitert.

Nicht die Deutschlandfrage stand und steht im Laufe dieser Jahre im Vordergrund. Die Polen- und Ungarnkrisen, verursacht durch Fehler der Kommunisten in der Innenpolitik, führten zu Spannungen mit den Werktätigen, in Ungarn zur Rebellion. Die auf eine günstige Situation wartenden inneren Feinde des Sozialismus nutzten die Gelegenheit. Der Aufstand in Ungarn wurde von Sowjettruppen niedergeschlagen, in Polen die Krise durch Kommunisten um Gomulka, die vom alten Regime unterdrückt worden waren, durch Korrektur der Fehler, ohne Blutvergiessen, in die richtigen Bahnen gelenkt. Die Intervention der amerikanischen oder NATO-Truppen kam nicht zum Zuge. Der kriegerische Überfall der britischen und französischen Truppen in Ägypten bildeten ein Hindernis, auch fiel das Bedürfnis der SU und der USA zusammen, den Krieg in Ägypten zu verhindern. Der Umsturz im Irak führte zu Spannungen zwischen der SU und den USA, aber die im Libanon gelandeten amerikanischen Truppen wurden, ohne im Irak einzugreifen, abgezogen. Die Periode des Kampfes um die Gipfelkonferenz, nach der Ergebnislosigkeit der Genfer Konferenz über die Deutschlandfrage, ist wohl noch in Erinnerung unserer Leser. Nach einem Propagandaerfolg der Chruschtschow-Reise in die USA scheiterte die solange angestrebte Gipfelkonferenz in Paris. Anlass hierzu war die Weigerung Eisenhowers, sich nicht für den Spionageflug der U 2 über die SU bei Chruschtschow zu entschuldigen - und nicht die bereits klar in Erscheinung getretenen unberühnten Gegensätze. Dann folgte Chruschtschows allumfassendes Abrüstungsprogramm auf der UNO-Versammlung. Er fand "Zustimmung" aber nur, um an Stelle der allgemeinen Abrüstung - jahrelange Verhandlungen über Kontrollsysteme zu setzen. Übrig geblieben ist Chruschtschows Ankündigung des Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten - oder, wenn die Westmächte die Bundesrepublik unterstützen, den Friedensvertrag abzulehnen - Friedensvertrag mit der DDR allein. Viel Lärm um sehr wenig.

Ein Friedensvertrag mit der DDR ändert gar nichts an den wirklichen Machtverhältnissen. Wenn nicht eine Verständigung über die Beseitigung einiger kleiner Reibereien im Wege einer Vereinbarung erreicht wird, muss um wirkliche Beseitigung der Zersetzungstätigkeit gekämpft werden. Wenn dabei Berlin in Trümmer gelegt wird - weil beide schussbereit sich gegenüberstehen - ist der Preis zu hoch - auch wenn der Atomkrieg vermieden werden kann.

Für die Auskämpfung dieses Teilgegensatzes sind die Vorbedingungen noch nicht herangereift. Wenn beide Teile das einsehen, dann kann der Friede gewahrt werden. Die Werktätigen der kapitalistischen Gebiete sind aber zu grossen Teilen durch diese falsche Einschätzung der Lage durch die Kommunisten in das Lager der herrschenden Klasse getrieben worden. Die Verantwortlichen scheinen vergessen zu haben, falls sie es je gewusst haben, was Engels 1887 an Kautsky geschrieben hat: "Nur eins ist sicher, das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben."

Ungeduld ist keine kommunistische Tugend. Der Kapitalismus ist im Niederbruch trotz gegenteiligen Augenscheins. Die Steigerung der Produktivität durch neue Investitionen, Automatisierung, Überwindung der Stockungen durch staatliche Aufträge zeigt in den USA bereits die Überleitung der Überproduktionskrise in die allgemeine Krise. Trotz 4 % Produktionssteigerung beträgt die Zahl der Erwerbslosen noch 5 500 000.

Der Bankrott Borgwards ist noch kein Zeichen der allgemeinen Krise, aber ein Vorläufer. Borgward, der als brauchbarer Techniker geschildert wird, wäre in einer sozialistischen Gesellschaft verwendbar. In der kapitalistischen kommt es nicht auf die Produktion neuer Autos sondern auf die Produktion von Profit an. Das hat Borgward nicht begriffen. Das haben aber auch die Borgward-Arbeiter nicht erkannt. Sie haben nicht für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gekämpft und bezahlen jetzt dafür als Opfer dieser überlebten Ordnung. Wenn die Krise in Deutschland allgemein und amerikanische Formen annehmen wird, müssen und werden die deutschen Arbeiter in Monaten an Klassenbewusstsein nachlernen, was sie in den 16 Nachkriegsjahren versäumt haben.

Der Kommunismus kann durch Fehler der Kommunisten geschwächt werden, aber sein Sieg ist unvermeidlich, auch wenn er nicht zu Lebzeiten Chruschtschows weltumfassend wird. Eine Gesellschaftsordnung geht nicht unter, bevor sie alle Möglichkeiten erschöpft und die Elemente der neuen im Schosse der alten entwickelt hat. Das lehrt Marx. Die Geschichte und die Entwicklung der SU und China bestätigen es. Die Entwicklung des Nachkriegskapitalismus hat auf Grund der technischen Revolution Möglichkeiten gezeigt, die nicht vorauszusehen waren. Das bestärkt die Illusion von der Ewigkeit des Kapitalismus, der Vermeidbarkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die allgemeine Krise, die diese Illusionen gründlich zerstören wird, wird kaum noch solange ausbleiben, wie die Führer zum Wohlfahrtsstaat glauben machen wollen. Aber zur Zeit ist dieser Irrglaube insofern zur stärksten Stütze der kapitalistischen Ordnung geworden, als er die Arbeiterklasse, die vom Sozialismus reformistischer und revolutionärer Form enttäuscht wurde, zu Verteidigern der kapitalistischen Ordnung gemacht hat.

Der europäische Kommunismus hat sich von der Nabelschnur der russischen Revolution noch nicht gelöst und die eigene Taktik und Führung geschaffen, wie die europäische Geschichte es erfordert. Der in Jahr-

hundertten gewachsene Individualismus, der in den kapitalistischen Ländern auch in der Arbeiterklasse wirkt, ist ein grösseres Hemmnis für den Übergang zur Kollektivwirtschaft - als es die technische Rückständigkeit in der SU und in China war, die dort rasch überwunden wurde.

Mit Prügeln ist die Basis des Reformismus ebensowenig zu beseitigen, wie der ultralinke Stalinkurs - Sozialfaschismus - Zwillingsbruderkampf 1927 bis 1933 - ihn beseitigen konnte. Man kann und soll von den Russen nicht fordern, dass sie den deutschen, französischen, italienischen Kommunisten die Aufgabe abnehmen, an Hand der Erfahrungen der östlichen Revolutionen die zweckmässigen europäischen zu entwickeln, wie Lenin die russischen entwickelte. Diese Aufgabe muss die europäische Arbeiterklasse selber lösen. Sie darf nicht Stütze der kapitalistischen Ordnung bleiben. Ihre historische Aufgabe ist, eine kommunistische Ordnung aufzubauen.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

Liebe Freunde,

ich bin seit längerer Zeit interessierter Leser Eurer Briefe, so fand ich auch die Juli-Nummer wieder sehr ansprechend. An Eurem letzten Artikel über das Arbeitsgesetzbuch der DDR habe ich jedoch einiges zu kritisieren im Sinne eines Diskussionsbeitrages.

Es entspricht nicht den Tatsachen, der Bürokratie die alleinige Initiative zu unterstellen, wie ich anlässlich eines Besuches bei Verwandten in der DDR feststellen konnte. Das Arbeitsgesetzbuch ist von den Arbeitern in der DDR in allen Punkten ausgiebig diskutiert worden. Ich hatte den Eindruck, die Arbeiter waren sich bei diesen Diskussionen durchaus klar darüber, dass nicht mehr verteilt werden kann, als sie selbst an Gütern erzeugen, d.h., dass sie sich den Wohlstand selbst erarbeiten müssen. Aus den Diskussionen ergaben sich Vorschläge, die zum Teil auch im Arbeitsgesetzbuch ihren Niederschlag gefunden haben. Es stimmt daher nicht, dass die Arbeiter in dieser Frage ausschliesslich von der Bürokratie gegängelt wurden.

Natürlich sind die Arbeiter in der DDR in der Gesamtheit nicht soweit in ihrem Bewusstsein vorgeschritten, um zu begreifen, dass es an ihnen liegt, den Sozialismus ihren Bedürfnissen entsprechend zu verwirklichen und die hierfür noch erforderlichen Opfer auf sich zu nehmen. Die Lösung dieser Aufgabe von hervorragenden sozialistischen Persönlichkeiten zu erwarten, heisst, die Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation nicht sehen zu wollen. Nach meiner Meinung gilt die Feststellung von Karl Marx, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr Werk selber sein kann, sowohl für den Westen als auch für den Osten Deutschlands.

Der Mensch im Mittelpunkt - der Borgwardpleite

"Der Mensch steht im Mittelpunkt. Alles für den Menschen." Mit diesen Schlagworten rechtfertigen die Kurpfuscher am Krankenbett des Kapitalismus die Bankrottspolitik der Bremer Stadtpolitikanten im Fall Borgward. Für den abstrakten Mittelpunkt-Menschen vergeudeten und vergeuden sie Millionen Steuergelder. Der konkrete Mensch sind die Gläubiger Borgwards, die die Gelder erhielten, welche die Arbeiter aus ihren Steuern bezahlen. Der Witz Münchhausens - der sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog - war und ist Modell der Politik der "Kaisen-Sozialisten". Die Bremer Werktätigen, die diese politischen Strategen demokratisch gewählt haben, haben noch nicht begriffen, wie sie am Narrenseil geführt werden. Ihnen hat's Gott gegeben, Gott genommen, und der Name des Herrn sei gelobt.

Auch Dr. Carl F.W. Borgward verzichtete anlässlich der Jahresmitgliederversammlung der deutschen Arbeiterverbände in Bremen am 26. Nov. 1953 nicht darauf, den Slogan vom Mittelpunkt-Menschen zu verwenden. Der "Weser-Kurier" vom 27. Nov. 1953 zitiert hierzu:

"Wenn der Klassenkampfgedanke mit allen seinen Auswüchsen heute wohl als überwunden angesehen werden kann, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Unternehmer der Nachkriegszeit das bejaht, was im Leitsatz über dieser Mitgliederversammlung steht, dass nämlich der "Mensch im Mittelpunkt der sozialen Ordnung steht". Das Echo auch in allen Kreisen der Arbeitnehmerschaft auf diesen Aufruf wird darüber entscheiden, ob wir in der Lage sind, in gemeinsamer Arbeit den bisher auf sozialem Gebiet beschrittenen Weg erfolgreich weiterzugehen."

Na, da haben wir einmal eine andere Version der Schuldfrage. Das "Echo" fand nicht den nötigen Widerhall in allen Arbeitnehmerkreisen, schon ist die Pleite da und der Mensch steht jetzt wirklich im "Mittelpunkt" - des Arbeitsamtes. In den letzten Tagen des Monats Juli wurden 17 000 Borgward-Arbeiter auf die Strasse gesetzt. Es waren "zufällig" Betriebsferien und die Betriebsräte konnten nur den Weg "über die Presse" wählen, um die Arbeiter von ihrem Schicksal zu unterrichten. In einer Erklärung bedauerten die Betriebsräte, dass die alte Geschäftsleitung nicht auf ihre früheren Rationalisierungsvorschläge eingegangen sei und dass "in letzter Zeit einige Politiker versuchten, aus dem Schicksal der 17 000 Borgward-Arbeiter politisches Kapital zu schlagen". - "Die soziale Marktwirtschaft hat auch gegenüber diesen 17 000 Metallarbeitern eine Verpflichtung", meinten die Betriebsräte. Auch der Senat liess es sich nicht nehmen, eine "Erklärung" abzugeben und war "zuversichtlich" wie immer in den letzten Monaten. "Es besteht begründete Hoffnung, dass die Liquidation des Borgward-Konzerns dazu führen wird, neue Industriebetriebe in Bremen entstehen zu lassen," heisst es in der Erklärung, "die nicht nur den jetzt entlassenen Arbeitskräften eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft gewährleisten, sondern auch eine erhebliche Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bremens mit sich bringen werden". - Na also, es ist alles nicht so schlimm, jetzt endlich wird der Weg frei für eine bessere "gesicherte" Zukunft. Die I.G. Metall "appellierte" an die Unternehmer, "ihre Entscheidungen nicht allein nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu treffen, sie sollten vielmehr auch soziale Belange berücksichtigen." Aber die Fürsorge der I.G. Metall-Bürokratie ist grenzenlos. Keiner soll sich einsam und verlassen fühlen. "Die Gewerkschaft will ihr grosses Orchester auf Unterhaltungsnachmittagen spielen lassen und das UT-Kino am Bahnhof soll wiederholt kostenlose Filmvorführungen für die

Arbeitslosen und ihre Familien abhalten" ("Weser-Kurier", 29.7.61). Damit aber die aus dem Geleise der "sozialen Ordnung" Geworfenen auch in "Ruhe und Ordnung" die Fürsorge ihrer Gewerkschaft genießen können, müssen "die mit Sicherheit aus dem Osten zu erwartenden Störmanöver abgewehrt werden." In Bremen war man sehr besorgt, auch Bürgermeister Kaisen gab eine "Erklärung" in der Presse ab. Nachdem er mit dem üblichen Zahlenmaterial bewiesen hatte, dass der Rettungsversuch bei Borgward gescheitert ist, nachdem er empfohlen hatte, die jetzt auftretenden "Besserwisser" einfach stehen zu lassen, konnte auch Bürgermeister Kaisen nicht umhin, seine Ansichten über den Kommunismus zum Besten zu geben: ("Weser-Kurier", 28.7.61)

"Es werden sich auch jene zum Wort melden, die der Meinung sind, dass uns nur der Kommunismus vor einer solchen Krise retten kann. Nun, auch im Kommunismus gibt es Fälle, wo Betriebe stillgelegt werden müssen. Auch dort ist die Frage der Rentabilität mehr und mehr zu einer Lebensfrage geworden. Unterschiedlich ist nur die Methode, mit der versucht wird, die Rentabilität herzustellen: entweder mit gewaltsamen Methoden und "freiwilliger" Fronarbeit, die den Menschen seiner Würde als freies Wesen beraubt, oder mit der Methode, wie sie sich bei uns in Rahmen der politischen Freiheit abzeichnet. Ich nehme an, dass jeder verständige Arbeiter die letztere Methode bei weitem vorziehen wird".

Aber natürlich, Papa Kaisen, unsere Würde geht uns über alles, wir gehen würdevoll stempeln und denken bei weitem nicht daran, auf die politische Freiheit zu verzichten. Wir wissen die bei uns üblichen Methoden zu schätzen und weisen jede "Fronarbeit" zurück, stattdessen nehmen wir lieber Arbeit an, die uns zwar pro Stunde 30 Pfennig bis eine Mark weniger einbringt, dafür aber "frei" ist.

Am Mittwoch, 2. August, fand im Neuen Rathaus die wahrscheinlich letzte Sitzung des I.G. Metall-Vertrauenskörpers der Borgward-Werke statt. Den Bericht erstattete Bürgermeister Kaisen. Zusätzlich zu den bekannten Tatsachen streifte er noch kurz die allgemeine Weltkrise in der Automobilindustrie. Die Amerikaner wollen in der Bundesrepublik für Amerika Autos bauen. Ursache dafür sei das internationale Lohngefälle. Nach einer Statistik erhalten die amerikanischen Automobilarbeiter einen Stundenlohn von 12,86 DM, während in der Bundesrepublik nur 3,39 DM pro Stunde in der Autobranche angegeben wurde. Kaisen beklagte die ausgebliebene Hilfe aus Bonn und meinte in diesem Zusammenhang, Bremen liege eben nicht am Kongo. Der Reihe nach stattete Kaisen allen am Rettungsversuch Beteiligten seinen Dank ab. Als die Reihe an Sanierungsdoctor Seidler kam, entstand protestierendes Gemurmel in der Versammlung. Bei der Stützungsaktion hätten alle Beteiligten Opfer gebracht, die Arbeitnehmer hätten ihren Arbeitsplatz und das Land Bremen Millionenbeträge verloren. Auch Dr. Borgward wurde als Opferlamm eingeschlossen, er hätte sehr viel Vermögen verloren. Darauf erregte Zwischenrufe und allgemeines Gelächter. Kaisen bekräftigte daraufhin, dass Dr. Borgward schliesslich nur etwa 4-5 Millionen für sich gerettet habe. Er meinte weiter, dass er in seinem Leben schon soviel durchgemacht habe, 2 Weltkriege, Inflation und den Zusammenbruch 1945, dass ihm deshalb die Lösung der jetzigen Situation bei Borgward wie ein Kinderspiel vorkomme. "Wir können berechnete Hoffnung haben, dass in den Borgward-Werken bald neues Leben entsteht." Nur "Disziplin und Ordnung" müsse gewahrt werden, dann würde es schon klappen.

Der Beitrag des Wirtschaftssenators Eggers zum Thema dauerte knapp 2 Minuten und bestand aus einem Appell an das Arbeitsamt, ältere Kollegen bevorzugt zu vermitteln. Sein Appell ging im Gemurmel der Anwesenden verloren.

Es sprach dann der Betriebsratvorsitzende der Borgward-Werke Sebaldebrück, Ernst Buchholz. Die sozialdemokratische "Bremer Bürgerzeitung" vom 5.8.61 widmete den Ausführungen ihres Genossen nur seine Absage "gegen die Schalmeyenklänge des Ostens", die mit grossem Beifall quittiert wurde. Doch der Kollege Buchholz beschäftigte sich auch mit den unmittelbaren Auswirkungen der Massenentlassungen. Mit bewegten Worten schilderte er die Lage der älteren Kollegen, für die es sehr schwer sei, wieder Arbeit zu bekommen. Jeder Entlassene habe eine Lohneinbusse von 30 Pfennig bis 1 Mark pro Stunde zu tragen. Mit lauten zustimmenden Zwischenrufen wie "das hat bisher noch keiner gesagt" wurde dieser Lohnabbau zur Kenntnis genommen. Dann wies Kollege Buchholz die Beschuldigungen der beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Müller-Hermann und Krammig zurück. Seit Beginn der Krise bei Borgward hatten diese beiden Früchtchen in der Bremer Presse den Betriebsrat für die Pleite verantwortlich gemacht. Buchholz forderte Müller-Hermann auf, seine Immunität als Bundestagsabgeordneter abzulegen, dann wollten sie beide gerichtlich "klären" lassen, wer die Schuld am Zusammenbruch der Werke trüge. Er hielt einen Zeitungsausschnitt der BEZ vom 18.10.58 hoch als Beweis seiner schon damals gemachten Vorschläge, die Betriebe zu rationalisieren. "Wir haben nach dem Zusammenbruch den Schutt weggeräumt, das Werk aus den Trümmern wieder aufgebaut und werden nicht zusehen, dass uns eines Tages die Arbeitsplätze verlorengehen", hatte Buchholz damals auf einer SPD Betriebsgruppenversammlung erklärt. - Nun, die Entwicklung hat jeden gezwungen zuzusehen und der Betriebsrat war nicht in der Lage, die Pleite zu verhüten. Zum Schluss meinte Kollege Buchholz noch "wer heute noch CDU wählt, muss eine Tracht Prügel haben". Diese Empfehlung wurde von allen Anwesenden mit Jubel und Begeisterung aufgenommen.

Als ein Kollege, Mitglied des Betriebsrates der Borgward-Werke, bekannt als ehemaliger KP-Angehöriger, das Podium betrat, empfingen ihn sofort missbilligende Zwischenrufe. Dabei waren seine Worte durchaus klar und vernünftig, er führte als Ursache der Pleite die kapitalistische Wirtschaft an. Doch die Gewerkschaftler machten durch Zwischenrufe deutlich, dass man "drüben" erst einmal dafür sorgen sollte, dass die Bevölkerung neue Kartoffeln zu fressen bekäme statt alte. Kaisen fragte ihn, welches System er für das bessere hielte. Für die Antwort "das sozialistische" hatte der Bürgermeister nur ein mitleidiges Lächeln und die Vertrauensleute brachen in schallendes Gelächter aus. Wie konnte auch einer für Sozialismus sein, wo doch unsere Ordnung jedem beweist, wie überlegen sie der anderen ist.

Als der Kollege Grobe (SPD) das System für die Borgward-Pleite verantwortlich machte, ertönte dagegen donnernder Beifall. Er vermied es allerdings, "das System" als ein kapitalistisches zu bezeichnen. Inwieweit die Beifall spendenden Vertrauensleute das begriffen haben, muss offenbleiben. Kollege Grobe stellte auch die Tatsache heraus, dass ein starker gewerkschaftlicher Vertrauenskörper zerschlagen sei. Man hätte sich oft eine Meinung zusammengeboxt, wenn es aber darauf ankam, hätte alles einheitlich dagestanden.

Kaisen konnte sich nicht verkneifen, in seinem Schlusswort noch einmal den früheren KP-Kollegen anzusprechen. Kopfschüttelnd fand er es unverständlich, dass man einem System den Vorzug gebe, das durch

ewige Unterproduktion sein Versagen bewiese, während wir hier doch wenigstens Überproduktion zu verzeichnen hätten.

Der nächste Tag, Donnerstag, 3. August, der letzte Zahltag, verlief entgegen allen Angstvorstellungen der SPD-Bürokraten äusserst ruhig. Die Arbeiter holten ihre Klamotten, gaben ihr Werkzeug ab und kassierten ihr letztes Geld. Man sprach über die niedrigen Löhne in der übrigen bremsischen Industrie, es wurde auf die Gewerkschaft, auf den Betriebsrat, auf die SPD und die CDU geschimpft. Aber überall die Hoffnung, dass es bald wieder "losgehen" würde. Eine sehr kleine Gruppe ehemaliger KPD-Leute, man sollte lieber vermeiden, sie Kommunisten zu nennen, wollten "etwas tun", damit die Produktion wieder anlaufen könnte. Nachdem die Kapitalisten bewiesen hatten, dass sie zu dumm waren, aus der Misere herauszukommen, trauten sich Leute, die sich wie Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg Kommunisten nennen zu, bessere Kapitalisten zu sein als die Kapitalisten selbst. Man hatte einen "Plan" ausgearbeitet, nachdem irgendwelche Ingenieure und Techniker die Leitung der Firma übernehmen, den "Markt" untersuchen sollten, für welche Produkte er aufnahmefähig ist, und dann könne es wieder losgehen. So einfach ist das.

Inzwischen lauern in- und ausländische Haie, um entweder den Borgwardkoloss ganz oder stückweise zu verschlingen. Noch erscheint ihnen die Beute nicht appetitlich genug.

In der Arbeiterschaft mehrt sich in letzter Zeit die Kritik an der Gewerkschaft. Viele machen sich die CDU-Parolen zu eigen, dass die zu hohen Löhne die Pleite verschuldet hätten. Andere, hauptsächlich Angestellte, verpflichten sich, Aktien zu kaufen, die eine neu gegründete Interessengemeinschaft herausbringen will. Sie hoffen dadurch, sich ihren Arbeitsplatz kaufen zu können. Alle diese Erscheinungen zeigen den tiefen Sturz der ehemals klassenbewussten deutschen Arbeiterschaft in einen Reformismus, wie er früher kaum vorstellbar war. Wer ist nun Schuld an den verlorenen Arbeitsplätzen? Schuld ist die allgemeine reformistische Einstellung der Entlassenen selbst, die sich mit dieser Gesellschaftsordnung abfinden, ja, sie sogar verteidigen wollen, statt für ihre Veränderung einzutreten. Dafür zahlen sie jetzt noch verhältnismässig billig, aber bald teurer, wenn die Borgwardpleite eine Systempleite wird.

Die letzten Flüchtlinge?

Wir unterbreiten den Artikel von John Mander aus dem "New Statesman" vom 16. August unsern Freunden zur Information:

Es sieht so aus, als wenn Marienfelde - das Auffangzentrum der Berliner Flüchtlinge - seine Geschäftigkeit verlieren wird. Als ich vor 3 Wochen in Berlin war, kamen täglich 1000 Flüchtlinge herüber. Letzte Woche, nach der Rundfunkansprache Chruschtschows, steigt die Zahl auf 2000, letzten Sonnabend erreichte sie 2500. Nun, nachdem die deutschen Kommunisten West-Berlin mit deutscher Leistungsfähigkeit abgetrennt haben, werden es nur noch Tropfen sein. Aber während es andauert, ist Marienfelde "Seismograph" des kalten Krieges! Es verzeichnet den Druck von Chruschtschows Worten und Gesten. Dennoch ist Politik nicht die ganze Geschichte: sie erklärt die Schwankungen, aber nicht den stetigen Abfluss. Ökonomische Faktoren waren nicht unwichtig. Hier vermittelte die "Presse der freien Welt" oft einen

irreführenden Eindruck. Liest man die westdeutsche Zeitung, hat man die Vorstellung von eingeschüchterten, schlecht gekleideten und unterernährten Menschen. "Schlangen um Kartoffeln", liest man, "Butterrationen wieder gekürzt". Tatsächlich sah ich Leute Schlange stehen um Kartoffeln, eben in der Mark Brandenburg, wo die Preussen einst Sir Francis Drake ein Denkmal errichteten. Gleichwohl ist der Butterverbrauch pro Kopf im Osten wirklich höher als in West-Deutschland, Statistiken beweisen es. Und die Menge in Marienfelde sieht bestirnt und verwundert aus. Die meisten Flüchtlinge waren gut ausgestattet, alle gut ernährt. Junge Männer standen in Gruppen herum, rauchten und erzählten. Junge Mütter warteten geduldig, bis die Reihe an sie käme, ins Sprechzimmer zu treten, vertrauend auf den Herrn Doktor, der alles besorgen wird!

Herr Ulbrichte staut seinen Glauben am Staat als solches nicht erschüttert zu haben. Seltsam, Marienfelde, so schien es mir, hat grosse Ähnlichkeit mit einem lokalen Arbeitsamt, für 80 % der Flüchtlinge ist es das! Marienfelde bedeutet "Freiheit", wird einem erzählt. Aber für die berufsmässigen Befreier, die die eintreffenden Flüchtlinge überprüfen, ist diese Freiheit ein sehr abstraktes Ding. Die westlichen Menschen hatten sie, die Kommunisten nicht. Es war etwas unpassend fanatisches in ihren Gesten, wenn sie davon sprachen. Diesen, im mittleren Alter stehenden deutschen Ideologen der Freiheit (was sagten und taten sie 1941?) erschien ein Flüchtling als ein Mann, der das Gute gewählt hatte: er war geflohen aus dem Reich der Unfreiheit. Man zweifelt, ob die Flüchtlinge selbst die Welt in solch schwarzen und weissen Abschnitten sahen. 16 Jahre unter Kommunismus gibt eine harte Haut gegen alle Art von Ideologie. Die wirkliche Freiheit von Marienfelde war bedeutend einfacher: es war die Arbeiter-Freiheit unter dem Kapitalismus, seine Arbeitskraft an den besten Beschahler zu verkaufen. Die Mehrheit der Flüchtlinge wollen gerade das. Nur gaben sie in gelegentlichen Unterhaltungen höhere Motive an (in offiziellen Interviews stellten sie politische Auseinandersetzungen in den Vordergrund: politische Flüchtlinge erhalten Begünstigungen). Sie wurden natürlich von der kommunistischen Presse und Rundfunk angeprangert, weil sie sich an die Organe des Monopol-Kapitalismus, an die Sklaven-Halter des Bonner Revanchismus verkauften. Aber Kommunisten wie Antikommunisten überschätzen die Menschen als Politiker.

Die jungen Menschen in Marienfelde sind an den westlichen Lohntüten und der höheren Kaufkraft des Geldes interessiert. Sie waren oft dankbar für freie Schule, Gesundheitsdienst, die Ausbildung, die sie im Osten gemossen hatten. (Dies ist etwas, was die Ausfrager nicht erwähnten). Sicherlich hätten sie im Westen nicht die gleiche Grundlage: "Aber du kannst im Osten nicht "vorwärts" kommen", erzählten sie mir. Im Ruhrgebiet winkt die Gelegenheit. Es ist die niedere ökonomische Stufe des Ostens gegenüber dem Westen, welche den Zustrom der Flüchtlinge viele Jahre hindurch auf 400 pro Tag hielt. Und dieser graduelle ökonomische Unterschied hat wenig mit dem Kommunismus zu tun. Er existiert seit der Industrialisierung des Ruhrgebiets. Seit einem Jahrhundert war die Bevölkerung von Ost-Deutschland (mit Ausnahme Berlin) abgewandert und in West-Deutschland im Wachstum. Es wird kalkuliert, dass der Abzug der Bevölkerung vom Osten zum Westen sich dem Flüchtlings-Durchschnitt nähern würde, wenn kein kommunistisches Regime bestände, obgleich der Osten seit dem Kriege industrialisiert wird, hat der Westen noch schneller industrialisiert. Beide Seiten spielen mit der "Anormalität" des Flüchtlingsproblems. Aber der Strom der Emigranten von einem Teil Deutschlands zum anderen ist in sich selbst normal. Abnormal ist die Legislation, welche eine solche Emigration

zu einer kriminellen Handlung macht. Ich hatte den Eindruck, wenn ich mich mit jungen Flüchtlingen unterhielt, dass es die günstige Gelegenheit im bürgerlichsten Sinn der Welt ist, mehr als die Löhne selbst, die den Westen so anziehend machen. Die meisten von ihnen mussten ihre Examen im Westen wiederholen und mussten hinnehmen, dass sie einige Jahre hinter ihren Arbeitskollegen und Mitstudierenden zurückstanden. Im Westen ist die Förderung langsam, der Wettbewerb hart, im Osten kann ein intelligenter junger Mann von 25 Jahren mit einer Parteikarte schon eine Fabrik leiten. Aber was nützt Geld, so klingen sie, wenn dafür nichts zu kriegen und anzulegen ist.

Manand verhungert in der DDR, einverstanden. Aber du wartest 6 Monate auf einen Kühlschrank, 2 Jahre auf einen Wagen. Gestern fehlte der Kartoffelvorrat, heute brach die Zahnpastaverteilung nieder, morgen werden Ersatzlieferungen herausgegeben. Planen? das ist ein ganz schmutziges Wort.

Kommunistische Propaganda ist alles Zukunftsmusik. Aber die Zukunftsmusik im Westen klang den jungen Leuten eben süßer als die kommunistischen Apelle an ihren Idealismus. Marienfelde ist ein Triumph für die bürgerliche Ideologie. Bezeichnend ist Dr. Erhard, der Prediger der Export-Freude der Westdeutschen, der die beste Beschreibung der ostdeutschen Wirtschaft prägte: Konsummisere - Konsumentenmisere - . Mein Begleiter vom ostdeutschen auswärtigen Amt, ein gläubiger Kommunist, erzählte mir von den Geldschwierigkeiten eines ausgezeichneten Atom-Physikers in Dresden. Der Mann hatte dem sozialistischen Staat einige Dienste geleistet, der Staat wünschte, ihn zu belohnen. Sein Gehalt steigerte sich sprunghaft. Bald würde ihm mehr bezahlt werden, als er hoffte, ausgeben zu können. Die Partei schritt ein: ein unbegrenztes Bankkonto war für ihn eingerichtet. Mein Führer war entzückt. Für ihn war das eine Voraussicht kommunistischen Überflusses, ein Blick in die Zukunft der Seligkeit. Für die meisten Flüchtlinge fasste diese Geschichte ihre Einwände gegen das Ulbricht-System zusammen.

Für 80 % der fröhlichen, mit Regenmänteln bekleideten Menge war Marienfelde nicht mehr als ein Arbeitsamt. Aber 20 % war es mehr als nur das. Am Ende der Betrachtung, wo das ökonomische unwirksam war, waren die Motive sonderbar gemischt. Da waren die psychologischen Fälle, schnell verspottet von den Befragern: Das Mädchen, das von zu Hause weggelaufen war - der pathologische Nörgler - der Junge aus Leipzig, der mit seinem Mädchen in Schwierigkeiten geraten war - ... die Gesellschaftsunfähigen. Einige wenige wurden zurückgeschickt oder fielen der Polizei in die Hände: (Die Polizeikräfte von Ost und West arbeiten in kriminellen Untersuchungen zusammen: Spionage nimmt oft die Form von Betriebsspionage an, West-Deutschlands Handelsgeheimnisse sind genauso wertvoll wie politische Informationen).

Vielleicht 10 % sind "politische" Flüchtlinge und hier haben die Befrager ihre eigenen herausgearbeiteten Methoden. Parteimitgliedschaft ist nicht gegen dich, wenn du den Druck, den man auf dich ausübte, beweisen kannst. Da sind die wenigen enttäuschten Kommunisten, welche die DDR mehr in Sorge als in Ärger verliessen und ihre Überzeugung mitbrachten. Aber die meisten politischen Flüchtlinge sind Flüchtlinge aus der Politik. Für sie bedeutete Freiheit, allein zu sein. Hier wurden geringfügige Verfolgungen von kommunistischen Knechten im Amt oft übler genommen als direkter politischer Druck. Eine Lehrerin, mittleren Alters, deren offiziellem Interview ich beiwohnte, hatte sich über Jahre hinaus geweigert, marxistisch-leninistischen Stoff in ihren Unterricht aufzunehmen. Was sie nach Marienfeld brachte, war rein persönlich. Sie hatte um Genehmigung gebeten, ihren Bruder in West-Deutschland besuchen zu dürfen. "Sie gehen nicht, um Ihren Bruder wieder zu sehen," wurde ihr immer wieder entgegengehalten. In der Tat, für die Kommunisten war Marienfelde immer eine

offene Wunde; zwar wendeten sie zuerst ein, dass sie sich so auf eine bequeme Art von bürgerlichen Elementen befreien. Ihre Verwirrung, nicht wissend wie abzuhelpen, war offenbar. Sie erschauerten heiss und kalt. Sie trachteten mehr als sonst danach, die Fluchtroute abzusperrn und sich dann zurückzuziehen. Flucht aus der DDR wurde zu einer kriminellen Tat. Das fette Kalb wurde dem zurückkehrenden Sohne verschwenderisch dargoboten. Es wurde behauptet, dass 1/5 oder 1/3 in die DDR zurückkehre. (Als ich dort war, hatten die ost-deutschen Behörden keine Statistiken zur Hand - ein verdächtiges Zeichen in einem kommunistischen Land - aber die meisten westlichen Beobachter schätzten die Zahl zwischen 5 und 10 %. Im bescheidenen Gegenstück zu Marienfelde in Ost-Berlin, frage ich einige dieser Flüchtlinge, warum sie für den Kommunismus optiert haben. Die meisten Rückkehrer gaben im kommunistischen Jargon ökonomische Gründe an, wie unter einem sozialistischen System der Wirtschaftsaufschwung einen anderen Weg geht. Über die Mieten war eine allgemeine Klage: Im Osten ein Durchschnitt von DM 50,-- im Monat, im Westen steigen sie auf DM 200,-- bis DM 300,-- im Monat. Viele Arbeiterhaushalte finden, dass schwere Lohntüten diese Unterschiede nicht ausfüllen. Die meisten Flüchtlinge wissen, dies, bevor sie in den Westen fliehen. Sie wissen ausserdem, wenn sie im Westen fehlschlagen, dass der Osten ihren Fall mild behandeln wird. Gewisse Leute, die im Westen Misserfolg hatten, haben die Rückkehr gewählt aus Gründen, die einen guten Kommunisten erschrecken. Ein Junge erzählt, er sei zurückgekehrt, weil das Leben im Westen nicht "organisiert" ist. Da wären also, wie in Marienfelde, die Psychologischen und jene, die die Weiche neu stellen in eine unpolitische Richtung zwischen den 2 ideologischen Lagern. Kein Zweifel, die wahnsinnigen und kriminellen Typen sind ebenfalls vorhanden und die Prüfer haben ein Auge auf die Herren vom CIA zu werfen.

Aber die kleine Zahl der Flüchtlinge, die zurückkehren (oder aus West-Deutschland fliehen) ist als Argument nicht so schwerwiegend, wie die Kommunisten annehmen. Der Mangel, sich an die kapitalistische Gesellschaft anzulehnen, mag ein argumentabler Reflex der Natur dieser Gesellschaft sein. Des öfteren reflektiert es die individuellen Interessen. Solange wie die DDR nur die Polster als Theorie des Sozialismus darbietet, erhält die bürgerliche Ethik von Marienfelde die besseren Argumente. Könnte das anders sein? Eine Sache lassen Sie mich andeuten: Ein ostdeutsches Paar floh, um in Hamburg zu leben. Immer, wenn sie etwas an West-Deutschland bemängelten, wurden sie als Kommunisten bezeichnet. "Sie kommen hier herüber und bitten uns, Sie hier aufzunehmen, dann kritisieren Sie uns", wird ihnen gesagt. "Sie haben gut zu essen, streichen die guten Löhne ein, dann wollen Sie zurück zum Osten!" Warum? Die Meinung der Hamburger war sicherlich richtig: Sie sind die ganze Zeit Kommunisten geblieben.

Letzte Meldung

Nach Redaktionschluss erfahren wir und auch die Bremer Wirtschaftspolitikanten, dass das Vergleichsverfahren für Borgward und Goliath eingestellt werden musste und das Anschlusskonkursverfahren eröffnet wurde. Ein neuer Abschnitt beginnt. Kaiser sieht jetzt endlich das goldene Zeitalter für Bremen anbrechen. Neue, "sichere" Arbeitsplätze für die strapazierten ehemaligen Borgward-Arbeiter sind in Sicht. - Doch vorher schlagen sich noch die Haie um die noch wesentlich fetter gewordenen Bissen.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstrasse 96.

Bremen, September 1961

BRÜNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis:

Wohin treiben wir?
Wenn das Fließband steht
Hermann Lücke - ein Opfer auf dem Altar des
Antikommunismus der Bremer SPD
Vormarsch der Sozialisten in Norwegen

10

----- Wohin treiben wir?

Der Bundesrepublik-Bürger hat wieder einmal seine Bürgerpflicht erfüllt, er hat seine Vertreter in das Bundesparlament gewählt. Er ist sehr stolz auf dieses demokratische Recht zu wählen. Er kann aus den Kandidatenlisten der 3 bzw. 4 Parteien, auf deren Aufstellung er keinen Einfluß hat, seinen Abgeordneten wählen. Das Resultat: 36,3 % SPD, 12,7 % FDP, 45,2 % CDU-CSU. Jetzt ruht er auf den Lorbeeren seiner Tat im freien demokratischen Staat aus. Er schaut verächtlich, wenn nicht mit Haß auf die "unfreien" Bürger des sozialistischen Blocks, die nicht wie er "frei" wählen dürfen. Zwar haben die Wähler im sozialistischen Block in ihren Massenorganisationen das Recht und die Pflicht, kritisch die Auswahl der Kandidaten vorzunehmen, aber nur en block für die Gesamtliste zu stimmen, die entsprechend den Stärkeverhältnissen der Parteien zusammengestellt ist. Die Massenorganisationen haben das Recht, jeden gewählten Abgeordneten jederzeit abzurufen, wenn er die Aufträge der Wähler nicht oder ungenügend ausführt.

Der Bundesrepublik-Bürger hat kein Recht, seinen Abgeordneten zur Verantwortung zu ziehen, wenn dieser die Aufträge und Wahlversprechungen nicht aus- bzw. durchführt. Nach der Bundesverfassung ist der gewählte Abgeordnete an keinen Auftrag der Wähler oder seiner Wahlversprechungen gebunden. "Unbeeinflußt, hat er seinem persönlichen Ermessen gemäß zu entscheiden. Er hat nur das Gesamtinteresse des Volksganzen zu vertreten." Da in der Klassengesellschaft das Volksganze eine Fiktion ist, wird das Interesse der herrschenden Klasse als Gesamtinteresse ausgegeben und proklamiert.

Während der sieben Wochen Kuhhandel um die Regierungsbildung zwischen FDP und CDU-CSU beschränkte sich der enttäuschte Bundesrepublik-Wähler darauf, von der Erlaubnis Gebrauch zu machen, sich wieder einmal verraten und betrogen zu fühlen. Bekanntlich hatte die FDP den Stimmengewinn mit der Parole erlangt: Verhinderung der absoluten Mehrheit der beiden christlichen Parteien und Koalitionsregierung mit ihnen ohne Adenauer. Die Katzbalgerei um die Regierungsbildung zwischen CDU-CSU und FDP wurde mit der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler vorläufig abgeschlossen. Die liberale FDP und die CDU-CSU einigten sich auf ein Regierungsprogramm nach den Bedürfnissen der Monopolkapitalisten, um sich zum Kampf mit den Arbeitern vorzubereiten, wenn ihr Traum von ihrer sogenannten Arbeiterbürgerschaft durch die wirtschaftliche und weltpolitische Krise unsanft beendet wird. Die Börse begrüßt die neue Regierung mit einer stürmischen

Wie die Überproduktionskrise verhindert werden kann, beweist uns die Entwicklung der sozialistischen Grundlage in der Sowjetunion. Das entscheidende Mittel ist die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die Organisation der Planwirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen anstelle der Profitproduktion. So einfach ist das Problem, vor das wir in unserer Zeit gestellt sind.

Seit im ersten Weltkrieg die Arbeiter der entscheidenden kapitalistischen Länder entgegen den feierlichen Beschlüssen der Sozialisten-Kongresse der zweiten Internationale, den Krieg zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft auszunützen, Burgfrieden mit ihrer herrschenden Klasse abschlossen und gemeinsam den Landesfeind bekämpften, hat die Bourgeoisie das Fürchten vor der revolutionären Aktion klassenbewußter Arbeiter verlernt. Im Krieg und danach opferten die kapitalistischen Herrscher Millionen Menschen - Tote und Kriegskrüppel - der Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft. Wo Arbeiter unter Ausnützung der bürgerlichen Demokratie für ihre eigenen Bedürfnisse kämpften, wurde die bürgerliche Demokratie eingeschränkt und, wo nötig, durch die faschistische Regierungsform ersetzt. In keinem entwickelten kapitalistischen Lande wurde die Bourgeoisie durch revolutionäre Kämpfe um die politische Macht bedroht - weder in Italien, wo Mussolini, ein sozialdemokratischer Renegat, faschistischer Vortruppführer wurde, noch in Deutschland, wo Hitler den Nationalsozialismus zur Verteidigung und Erhaltung der kapitalistischen Ordnung schuf, noch in Frankreich, wo durch das Regime de Gaulles die vierte Republik liquidiert wurde. Das Monopol- und Finanzkapital kaufte sich mit den Profiten, die aus der unbezahlten Mehrarbeit der Werktätigen stammten, die faschistischen Landsknechte, als die sozialdemokratisch-reformistischen Stützen der Bourgeoisie-Herrschaft nicht mehr ausreichten, um die Werktätigen vom Kampf um die Verbesserung der Existenzverhältnisse abzuhalten. Nur dort, wo die Arbeiter die politische Macht eroberten, den weißen Terror durch den roten Terror zu besiegen imstande waren, wurde das Problem unserer Epoche, die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, positiv zu Gunsten des sozialistischen Aufbaus gelöst. Durch Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und Ersatz der Profitwirtschaft durch die Planwirtschaft zur Befriedigung der Massenbedürfnisse. Ohne Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist eine planmäßige Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen unmöglich. Ohne die Aufhebung der kapitalistischen Anarchie durch Planwirtschaft ist die Verhinderung der Überproduktion unmöglich.

Dieser Umsturz gelang 1917 nur in Rußland, dem ökonomisch und kulturell schwächsten Glied in der Gruppe der kapitalistischen Welt. Bis 1945 blieb die Sowjetmacht isoliert in einer feindlichen Umwelt. Erst der Sieg der Sowjetarmeen im zweiten Weltkrieg beseitigte die Isolierung und ermöglichte in Ost- und Südost-Europa, sowie im fernen Osten, China, Mandschurei, Korea, die Bahn frei für Volksrepubliken zu machen. Länder und Völker, die ohne den Schutz der siegreichen Sowjetarmeen den Weg zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht hätten beschreiten können.

Die Tatsache, daß der Sturz der kapitalistischen Mächte und der Sieg der revolutionären Kräfte zum Aufbau des Sozialismus als Begleiterscheinung des ersten und zweiten Weltkrieges und auch in den kapitalistisch unterentwickelten Ländern begann, hat den Prozeß unerhört opfervoll und langwierig gemacht. Die Menschen machen ihre Geschichte zwar selbst, aber nicht aus freien Stücken, sondern unter den vorhandenen Umständen. Der Kapitalismus in den entwickelten Ländern hat seine Möglichkeiten noch nicht ganz erschöpft. Nach Marx kann eine überlebte Ordnung noch nicht beseitigt werden, solange sie trotz entscheidender Verfallserscheinungen noch Lebensmöglichkeiten besitzt und die neue revolutionäre Klasse im Schoße der alten noch nicht die entwicklungsfähigen Kräfte der neuen

Gesellschaft, entsprechend den gegebenen Kräfteverhältnissen, ihre eigene Strategie und Kampfaktik entwickelt hat. Zwar liefert die Erfahrung der russischen Revolution grundlegende strategische und taktische Regeln, die allgemeine Gültigkeit haben. Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus schuf so mannigfaltige Unterschiede in Tradition und Lebensformen, die nicht ungestraft mißachtet werden dürfen. Die geschichtlich und traditionell bedingten Unterschiede können erfolgreich nur von den Revolutionären des eigenen Landes entdeckt und angewandt werden. Die Erfahrung der chinesischen Revolution, die theoretische und praktische Anwendung der chinesischen Eigenheit durch die chinesischen Kommunisten, beweisen aufs neue, wie wichtig das ist. Daß die ausserrussischen, kommunistischen Parteien nicht imstande waren, theoretisch und praktisch, wie die Chinesen, Strategie und Taktik für ihre Arbeitsgebiete herauszuarbeiten, hat ihre Erfolge gemindert.

Die augenblickliche weltpolitische Krise wird durch die Tätigkeit erschreckener Schreckensmänner so verschärft, daß die Katastrophe eines Atomkrieges drohend wird und uns in der Bundesrepublik in der nächsten Zukunft vor die schwierigsten Aufgaben seit 1945 stellt. Eines ist klar: Eine Lösung des sogenannten Deutschlandproblems erfordert eine völlige Umkehr der Politik, die bisher in der Bundesrepublik geführt wurde. Die Politik der Stärke, noch dazu einer von der USA geliehenen Stärke, mit der ihre Anhänger in der Bundesrepublik hofften, der SU ihren Willen zur Restauration des deutschen Imperialismus aufzwingen zu können, ist endgültig zum Scheitern verurteilt, das wäre nur durch einen siegreichen Krieg gegen die SU möglich. Nach einem solchen Krieg wäre mindestens Deutschland, wenn nicht ganz Europa, ein Trümmerhaufen. Eine Lösung, die die nationale Wiedervereinigung herbeiführt, ist nur durch die Entwicklung Gesamtdeutschlands zum Sozialismus und Glied der sozialistischen Gemeinschaft möglich. Auf der kapitalistischen Grundlage gibt es weder nationale Wiedervereinigung noch Selbstbestimmungsrecht.

Bedeutet dies eine zweite Kapitulation und Einführung sowjetrussischer Herrschaftsformen oder gar Übertragung der Verhältnisse der DDR auf die Bundesrepublik? Nein! Wir können und sollen aus den Erfahrungen der SU und der DDR das übernehmen, was den Bedürfnissen der deutschen Entwicklung zum Sozialismus entspricht. Nicht mehr und nicht weniger. Nach den neuesten Informationen schlägt Chruschtschow direkte Verhandlungen mit Adenauer zur Regelung der Probleme des Nebeneinanderlebens des westlichen und östlichen Berlins vor. In der amerikanischen und in der englischen Presse wurde und wird wiederholt eine solche direkte Verhandlung zwischen der Bundesrepublik und der DDR gefordert. Der Deutschlandplan der SPD, der zurückgezogen wurde, um die SPD regierungsfähig zu machen, entsprach einer ähnlichen Forderung. Von den Adenauer-Politikern wurde und wird dieser Vorschlag abgelehnt. Solche Verhandlungen sind zwecklos, wenn die Ziele der USA- und Natopolitik der SU und der DDR aufgezwungen werden sollen oder wenn die SU und die DDR die Einführung ihrer sozialistischen Forderungen der Bundesrepublik und ihren Hintermännern aufzwingen wollen. Die Forderungen nach einem Friedensvertrag mit den zwei deutschen Staaten seitens der SU stellen keine Bedingungen dar, die der Bundesrepublik sozialistische Maßnahmen abverlangen. Was die SU fordert, ist, daß das Recht der unkontrollierten Zugänge der drei westlichen Besatzungsmächte in Berlin nicht zum Transport der Flüchtlinge und Agenten gegen den sozialistischen Block und die DDR weiterhin ausgenützt wird. Sie fordert das Recht der Kontrolle aller Reisenden durch das Gebiet der DDR, die nicht direkt Beauftragte der drei Besatzungsmächte sind, damit künftig Demonstrationskundgebungen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen verhindert werden können, die jetzt zu Tausenden von den Flugzeugen der Besatzungsmächte nach Berlin transportiert werden und so der Staatskontrolle der DDR entzogen sind. Auch rein provokatorisch-propagandistische Tagungen des Bundestages und des Bundesrates sollen durch die Grenzkontrolle unmöglich

gemacht werden, es sei denn, sie finden im Einvernehmen mit der DDR statt.

Eine solche Lösung könnte durch gemeinsame Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR erreicht werden, wenn der Wille auf beiden Seiten dazu vorhanden ist. Das würde zweifellos zur Entspannung führen.

Nationale Wiedervereinigung ist auf Grund solcher Verhandlungen der Regierungspartner nicht realisierbar. Dazu sind Verhandlungen zwischen Vertretern klassenbewußter Arbeiter der Bundesrepublik und der DDR erforderlich, die sich in der Bereitschaft zum sozialistischen Aufbau begeben. Dazu bieten die Maßnahmen der Sowjet-Besatzungsmacht in der DDR die beste Gewähr. Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern der Bundesrepublik und den Gewerkschaften der DDR und ähnlicher Massenorganisationen, die nicht die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der DDR verlangen, sondern auf der Grundlage der Verstaatlichung der Produktionsmittel in der DDR aufbauen, können und werden zur Beseitigung bürokratischer Fehler, unmenschlicher, terroristischer Eingriffe, führen. Es gibt kein anderes Mittel zur Überwindung des Durchgangsstadiums der Bürokratenwirtschaft und -Herrschaft als die Übernahme der sozialistischen Konzessionen der SU-Besatzungsmacht durch die Werktätigen in der DDR und der Bundesrepublik. Die Vereinigung der sozialistischen Arbeiter der Bundesrepublik mit den sozialistischen Arbeitern der DDR, nicht mit den Saboteuren des sozialistischen Aufbaus auf beiden Seiten, ist die entscheidende Grundlage zur Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands und bildet den Ausgangspunkt des neuen Deutschlands innerhalb der neuen Grenzen.

Die Arbeiterklasse der DDR hat nicht aus eigener Kraft die politische Macht erobert. Die in der SED organisierten Arbeiter üben die Macht aus, weil sie von der Besatzungsmacht beauftragt, kontrolliert und gegen Angriffe von innen und außen geschützt werden. Aber die Aufgabe der Arbeiterklasse in der DDR bleibt dieselbe wie nach der selbständigen Eroberung der politischen Macht, nur belastet eben durch die Besatzungspolitik. Das Problem nach der Eroberung der politischen Macht besteht darin, daß die Werktätigen lernen, Wirtschaft und Staat besser zu organisieren als die Kapitalisten und die Bürokraten. Nur wenn diese Aufgabe gelöst wird, ist die Macht der sozialistischen Gesellschaft unerschütterlich.

Die Russen haben ihre technische und kulturelle Rückständigkeit in knapp zwanzig Jahren - davon 5 Kriegsjahre - überwunden und stehen heute vor der praktischen Aufgabe, in den nächsten zwanzig Jahren die Vereinigten Staaten von Amerika sowie alle kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Das ist keine Utopie. Voraussetzung ist allerdings die Vermeidung des dritten Weltkrieges. Das vom XXII. Parteitag der KPdSU angenommene Parteiprogramm ist ein gewaltiges Aktionsprogramm zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft auf den in vierundvierzig Jahren geschaffenen sozialistischen Grundlagen. Der uns zur Verfügung stehende Platz ermöglicht nicht, auch nur die wesentlichsten Punkte des Programms mitzuteilen. Jeder, der sich über die Rolle des Proletariats in der Gegenwart, seine schöpferischen Möglichkeiten zur Überwindung der weltpolitischen Krise, Klarheit verschaffen will, muß dieses Aktionsprogramm nicht nur lesen, sondern studieren. Das schafft den erforderlichen Weitblick sowie das Eindringen in die kompliziertesten Probleme unseres Zeitgeschehens. Der Schwerpunkt liegt allerdings nicht in der Einleitung zum Programm, sondern eben im Aktionsprogramm zum Aufbau des Kommunismus. Die Einleitung ist nur eine ungenügende Analyse der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. Die konkrete Darlegung der Aufgaben der proletarischen Kräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern fehlt. In der Einleitung wird nur ganz allgemein über die Verelendungstendenzen, die der Kapitalismus auch in der Gegenwart produziert, gesprochen. Gewiß, gibt es sogar absolute Verelendung für ein Drittel der Menschheit, das

sich nicht sättigen kann, obgleich in den modernsten Agrarländern - USA, Kanada, Australien - Überproduktion von Nahrungs- und Lebensmitteln vorhanden ist, für die diese Länder keinen Absatz finden. Aber für die Arbeiter der hochentwickeltesten Kap. Länder genügt das nicht. Es gilt das sogenannte Wirtschaftswunder und die Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in Mangelware zu erklären. Die Behauptung, daß der Kapitalismus eine neue Art Volkskapitalismus geworden sei, ist nicht ohne Wirkung auf Arbeiterschichten, denen unter diesen Bedingungen ein Preis für die Arbeitskraft gezahlt wird, der breiten Schichten eine kleinbürgerliche Existenz ermöglicht. Das begünstigt eine kleinbürgerliche Ideologie, die die Existenzgrundlage der SPD und der reformistischen Gewerkschaftspolitik bildet. Die Brandt, Ollenhauer, Wehner und Konsorten sind nicht die Schöpfer dieser kleinbürgerlichen Ideologie, sie reflektieren sie, auch wenn sie an reformistische Ideologien der Bernstein, David usw. anknüpfen, sie bei den Arbeitern fördern und die Herrschaft der Ideologie der herrschenden Klasse in der Arbeiterschaft begünstigen. Die angebliche Umwandlung des Kapitalismus in den ganz neuen Volkskapitalismus müßte in der Einleitung des Programms der KPdSU aus der Auswirkung der neuen technischen Revolution auf die Entwicklung des Kapitalismus erklärt werden. Das ist dringend notwendig, weil alle Fünfundzwanzig bis Dreißigjährigen nur diesen Nachkriegskapitalismus seit 1945 kennen. Die Verwirrung in dieser Generation wird begünstigt durch die grausame Widerlegung der utopischen Vorstellungen, besonders in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR, von der Befreiung durch die USA und England, und besonders durch die Hoffnungen auf die Sowjetunion. Anstelle dieser Illusionen und vor allen Dingen der Hoffnungen auf die SU, daß sie an die Elbe gekommen sei, um in Deutschland den Sozialismus einzuführen, trat die kapitalistische Restauration in der Bundesrepublik mit Wirtschaftswunder, "Wohlfahrtsstaat", Verwandlung der Arbeitskraft in Mangelware und die dadurch bedingte raschere Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter der Bundesrepublik, als die in der DDR. Der Ausbau der Bundesrepublik zum ersten Schützengraben gegenüber dem sozialistischen Block und der DDR wird nicht als das erkannt, was er ist, nämlich eine Parallele zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch Hitler durch die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges und eine zeitweilige bessere Fütterung des Kanonenfutters. Für die deutsche Bourgeoisie ist das nicht nur ein Bombengeschäft, sondern auch ein Wiedererstarben ihrer imperialistischen Bestrebungen. Sie unterstützt die Politik der USA des Zurückdrängens des Kommunismus, der sogenannten Politik der Stärke, weil sie jetzt erwartet, auf das rechte Pferd zu setzen, auf den amerikanischen Imperialismus, mit dem sie die Ziele zu erreichen hofft, die sie durch die Niederlagen im ersten und zweiten Weltkrieg nicht erreichte. Die Befriedigung wesentlicher Kleinbürgerbedürfnisse der Arbeiterschaft bewahrt sie vor allen Störungen durch Arbeiterkämpfe.

Die wirkliche Erkenntnis des Zeitgeschehens bestätigt die von Marx vor über hundert Jahren gemachte Feststellung: Die Arbeiterklasse ist revolutionär und Subjekt des schöpferischen Aufbaus der menschlichen Zukunft oder nichts, d.h., Objekt blindwütender Kräfte der nichtbegriffenen Entwicklung der Menschheit.

Der Kommunismus kann nur durch Verfehlungen der Kommunisten diskreditiert werden. Vermeidbare Fehler und Härten der DDR-Politik - die Berliner Mauer und viele andere, unnütze, kleinliche Schikanen - verwandeln die Opfer und Enttäuschten in Verteidiger des Kapitalismus. Es ist eine alte Geschichte, die Arbeiterklasse kann nicht über den Kapitalismus siegen, zu dessen Schutz große, vom Sozialismus und Kommunismus enttäuschte Arbeiter antreten. Die führende Rolle der SED in der kämpfenden Arbeiterschaft in der Bundesrepublik, sobald diese auf Grund der Veränderung zu kämpfen beginnt, dürfte sehr gering sein, wenn nicht zuvor die störenden Fehler und Härten beseitigt sind. Die jetzige Werbung oppositioneller

Sozialdemokraten wird kaum Erfolg bringen. Es ist ein Irrtum zu behaupten, daß die sogenannten Linken kommunistenfreundlicher seien als die Rechten. Die sogenannten Linken unterscheiden sich von den Rechten meist nur dadurch, daß sie die "Realpolitik" der Rechten mit linken Phrasen schmeckhaft machen wollen. Es ist der umgekehrte Fehler aus der Zeit des Stalin-Thümann-Kurses der KPD 1927, der die Linken als die Hauptgefahr erklärte. Beides ist falsch. Solange die SPD-Politik und der Gewerkschaftsreformismus den revolutionären Kampf zur Eroberung der politischen Macht ablehnen, und das ist das Wesen der SPD-Politik und des Gewerkschaftsreformismus, ist die Hauptaufgabe der Kommunisten, linken und rechten Sozialdemokraten zu beweisen, daß dieser Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Ausnutzung dieser Macht zum rücksichtslosen Kampf gegen die Feinde des Sozialismus Vorbedingung ist. Das bedeutet keineswegs, daß man sich diesen Kampf um die politische Macht im Heugabelsinne und als bewaffneten Aufstand zur Niederwerfung der Streitkräfte des kapitalistischen Staates vorstellen soll. Das ist bei der heutigen Entwicklung der Waffentechnik überhaupt unmöglich. Das entscheidende Machtmittel zur Eroberung der politischen Macht kann nur die Rolle der Arbeiterklasse im kapitalistischen Produktionsprozeß sein. Die Beispiele des gegenwärtigen Klassenkampfes der Arbeiterklasse in Frankreich und Italien beweisen das. Die Sammlung zu diesem Kampf mittels Verweigerung der Arbeitskraft beginnt mit der Organisation der Einheitsfront auf der unteren Basis in den Betrieben im Kampf gegen die Tagesnöte, für Lohnerhöhungen, gegen die Kapitaloffensive. Erst wenn diese untere Basis so stark, der Widerstand der herrschenden Klasse geschwächt ist, ist es möglich, vom Kampf gegen die Tagesnöte im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zum Kampf um die politische Macht, zu ihrer Beseitigung überzugehen.

Erst in dem Maße, in dem der Einheitsfrontkampf gegen die Tagesnöte durch die Bereitschaft der entscheidenden Arbeiterschichten zum Kampf um die politische Macht in dieses revolutionäre Stadium eintritt, tritt er in das entscheidende Stadium. Dazu sind objektive Voraussetzungen nötig und nicht nur Wünsche. Diese revolutionäre Situation entsteht objektiv, wenn die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft das Stadium erreicht haben, daß einerseits die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Z.B. als die deutsche Bourgeoisie ihre sozialdemokratische reformistische Stütze ihrer Herrschaft nicht mehr gebrauchen konnte, sondern durch den Faschismus ersetzt werden mußte. Worin besteht der Unterschied? Die Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsreformismus genügen zur Zersetzung der sich sammelnden revolutionären Kräfte, solange die Bourgeoisie gewisse Verbesserungen gewähren kann, so geringfügig sie auch sein mögen. In dem Stadium, in dem die Bourgeoisie dazu nicht mehr imstande ist, z.B. der Krise, der Massenarbeitslosigkeit, wo sie zu dem Mittel des Abbaus der Löhne, der Arbeitslosenunterstützung und dergl. gezwungen ist, weil sie nicht die Substanz ihres Kapitals zur Rettung der kapitalistischen Herrschaft einzusetzen bereit ist, ist der sozialdemokratische, gewerkschaftliche Reformismus ohne Einfluß auf die Arbeiter, die sich gegen Lohnabbau usw. zur Wehr setzen. Dazu benötigt die Bourgeoisie den faschistischen Hausknecht. Diese Aufklärungsarbeit müssen die Kommunisten leisten, um die reformistischen Arbeiter zum Kampf um die politische Macht zu führen. Als zweite objektive Bedingung für die revolutionäre Situation: Daß die entscheidenden Schichten der Werktätigen nicht mehr bereit sind, unter den vorhandenen Verhältnissen zu leben, und sich ganz einsetzen im Kampf, um sie zu ändern. Drittens: Daß aus der Arbeiterklasse eine Vorhut gebildet wurde, die fähig ist, gemäß den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus den Kampf zu leiten.

Wichtig ist die Vermeidung von Fehlern und Härten im sozialistischen Lager. Für einen solchen Fehler halten wir den Kampf auf dem XXII. Par-

teitag der KPdSU gegen den toten Stalin und die machtlose Opposition gegen Chruschtschow, gegen seine nicht immer korrekten Formulierungen der Propaganda der friedlichen Koexistenz. Den Stalinismus, die Fehler und Verbrechen in der Stalin-Periode als Folgen des Personenkultus auszugeben, also auf Charaktereigenschaften Stalins zurückzuführen, steht im Widerspruch zu marxistisch-leninistischem Denken. Der Personenkult mit Lenin und Trotski, in und nach der Periode des Bürgerkrieges und vor dem Machtkampf um die Führung der KPdSU nach 1924 war weiter verbreitet, als der bürokratisch geförderte Stalinkult. Nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg war die Stalin-Verehrung in Rußland und außerhalb fast so echt, wie die Verehrung Lenins und Trotskis. Damals schmückten die Bilder der beiden die Ecken, wo die Heiligenbilder in den Hütten hingen. Trotz aller Verbrechen in der Terrorperiode während der Stalinzeit, in der Stalin die Existenz der Sowjetunion mit den Mitteln verteidigte, die ihm zur Verfügung standen, wurde die Macht der Sowjetherrschaft erhalten und in den Zwangsarbeitslagern in Sibirien die Basis für die Erschließung Sibiriens und seiner Naturschätze, den Aufbau der Industrie zur Rüstung der Abwehr des Angriffes der deutschen Imperialisten geschaffen. Das gab sogar der Überläufer zu den Amerikanern, Kraftschonko im Prozeß in Paris zu. Die mir bisher bekannt gewordenen Beschuldigungen Stalins und Molotows, z.B. im Falle der Ermordung Kirows, gehen nicht über die damals in der Emigration verbreiteten Gerüchte hinaus. Es wäre der Sache dienlicher, wenn man die Nachprüfung und ihre Ergebnisse abgewartet hätte, statt sie nur anzukündigen. Was den Prozeß gegen Tuchatschewski und die anderen Offiziere anbelangt, so ist der Prozeß von einem legalen Kriegegericht abgehalten und von diesem die Urteile gefällt worden, und zwar auf Grund von gefälschten Dokumenten der Nazispionage, die Benesch, der tschechoslowakische Ministerpräsident, der SU übermittelte. Das ist nach Ende des zweiten Weltkrieges bestätigt worden. Das Gerücht, daß ein GPU-Doppel-Agent mit den Nazis diese Fälschung vereinbart habe, ist auch auf dem XXII. Parteitag nur als Gerücht verlautbart worden, bewiesen ist es nicht.

Wem soll dieser Kampf gegen den toten Stalin und die angebliche, aber machtlose Opposition gegen Chruschtschow dienen? Nicht der gewiß notwendigen Erforschung der Wahrheit, die man der wirklichen Geschichtsforschung überlassen sollte.

Diese Fehler und die Abschreibung der zur Zeit passiven Werktätigen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind grobe Fehler, die der Kritik und Selbstkritik unterworfen werden müssen.

Es wäre leichter, die Massen von der Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche der SU zu überzeugen, die nicht begreifen, daß die Überlegenheit in der Waffentechnik der SU, der Raketen, Raumschiffe und der Mittel zur Gegenwehr gegen die Militärmacht des Weltimperialismus leider die entscheidende Macht zur Verhinderung des dritten Weltkrieges ist. Wenn es richtig ist, was der Astronautiker A. Bärwolf in der "Welt" vom 7.11.61 schreibt, daß es sich bei der Sprengung der Super-Megatonnen-Bombe um die Erforschung der Abwehr, d.h. "Paralysierung des westlichen Radar-Frühwarnnetzes, Vernichtung bemannter Aufklärungssatelliten und Neutralisierung atomarer Gefechtsköpfe" handelte, dann bedeutet das den ersten Schritt zur Entdeckung der Abwehr der Atombomben, - Raketen und -Flugzeuge. Wenn das der Fall ist, dann ist diese Entdeckung sogar mit den Opfern nicht zu teuer bezahlt, die die Auswirkung der atomaren Explosion der Sowjets angeblich haben soll.

Was blieb der Sowjetunion übrig gegenüber der Sabotage ihrer Abrüstungsvorschläge durch die USA und die Engländer, die verhandeln, nur um zu verhandeln, um damit ihren kalten Krieg und ihren Kampf gegen den sozialistischen Block zu verschleiern?

Wenn das Fließband steht

Noch einmal müssen wir uns ein Bild Bürgermeister Kaisers ins Gedächtnis zurückrufen, in unserem letzten Brief schon erwähnt, mit dem er den Arbeitern den Unterschied zwischen den "kommunistischen Methoden" und denen der "freien Welt" klarzumachen suchte:

"Unterschiedlich ist nur die Methode, mit der versucht wird, die Rentabilität herzustellen: entweder mit gewaltsamen Methoden und "freiwilliger" Fronarbeit, die den Menschen seiner Würde als freies Wesen beraubt, oder mit der Methode, wie sie sich bei uns im Rahmen der politischen Freiheit abzeichnet. Ich nehme an, daß jeder verständige Arbeiter die letztere Methode bei weitem vorziehen wird."

Der "Weser Kurier" vom 4. 11.61 und die "Welt" vom 21.10.61 beschäftigen sich in je einem Artikel, die sich einander in Form und Inhalt fast gleichen mit der Praxis dieser "freien" Methoden. Wir zitieren die "Welt":

"Weil ihre Arbeit auf ein paar ewig gleiche Handgriffe reduziert war, sind sie über Nacht wieder zu ungelerten Arbeitern geworden. Spitzenkräfte, in der Montagekolonne oder an der Maschine von ihren Kollegen respektiert, sind jetzt allenfalls glatter Durchschnitt. Nicht nur mit weit niedrigerem Lohn, sondern auch mit verringerten Prestige beginnen sie neu.

Wie schmerzlich das sein kann, verrät keine Statistik. Aber es klingt an in den Gesprächen mit den Personalchefs, Ingenieuren und Meistern anderer Firmen. Daß in manchen Firmen zehn und zwanzig Prozent der Borgward-Leute von sich aus wieder kündigten oder ihnen wegen Unfähigkeit gekündigt werden mußte, zeugt von den menschlichen Schwierigkeiten. Nur ein Beispiel: Die Abteilung einer großen Firma nahm 64 Borgward-Leute. Vierzehn von ihnen erschienen, als sie von den Arbeitsbedingungen gehört hatten, nicht zur Arbeit; vier mußten entlassen werden, sechs verzichteten nach wenigen Tagen auf eigenen Wunsch. Sie wandern auch heute noch von Firma zu Firma, die Fluktuation ist groß, und es besteht kein Zweifel daran, daß sich in dieser Fluktuation zugleich eine soziale Deklassierung offenbart: Bei Borgward ein anerkannter, verlässlicher Arbeiter mit Spitzenlohn, dann im neuen Betrieb ein aufmerksam bekümmter "Neuer", er verpfuscht dieses und jenes Werkstück oder er fügt sich nicht schnell genug in die Akkordkolonne ein; er geht, oder er wird entlassen, und die Stelle, auf der er sich dann endlich festbeißt, liegt oftmals mit ihrem Lohn nicht viel höher als die Arbeitslosenunterstützung, die er nach dem Konkurs erhielt.

Zur gleichen Zeit, als die Bremer Bürgerschaft (das Landesparlament) über die Millionen an Schulden, über die Schuldigen und Geprellten des Zusammenbruchs debattierte, saß ich im bequemen Sessel eines Wohnzimmers in der Bremer Altstadt. Der Mann mir gegenüber war einst Goldschmied gewesen; als er in diesem Beruf nicht weiterkam, ging er zu Borgward, arbeitete sich vom Hilfsarbeiter zum Kolonnenführer am Montageband hoch und brachte zum Wochenende fast hundertfünfzig Mark mit nach Hause.

Sein Schicksal ist das Schicksal von Tausenden. Er stempelt immer noch; achtundachtzig Mark erhält er für seine fünfköpfige Familie jede Woche. Die neuen Stellen, die er sich ansah, sagten ihm nicht zu. Entweder war ihm der Lohn zu gering oder die Arbeit zu schwer, entweder war er der Firma, bei der er sich vorstellte, mit seinen achtundvierzig Jahren

zu alt oder in seinen Fähigkeiten zu begrenzt. So läuft er von Tür zu Tür, immer in der Hoffnung, daß er eine Stelle finde, die sowohl dem Lohn als auch dem Prestige nach derjenigen entspricht, die er bei Borgward hatte. Er wird sie nicht finden. Das Fließband, an dem er etwas galt, läuft nicht ein zweites Mal.

Er bietet mir einen Schnaps und Zigaretten an; er kann noch nicht sparen. Er rechnet die Miete, die Ausgaben für Heizung, Gas und Licht zusammen. 158 Mark summieren sich. Das war nicht zuviel, als er im Monat runde 600 Mark nach Hause brachte; jetzt, bei 352 Mark Unterstützung, ist das beängstigend. Wie lange geht das noch gut?

Der Mann zuckt mit den Schultern, die Frau, die bei uns sitzt, nestelt an ihrem Haar. Dann bricht es aus ihr heraus: "Sie sperren dich bald. Sie zwingen dich, die Straße zu fegen." Und dann weint sie hemmungslos.

Wenn das Fließband stillsteht

Ja, wenn er nicht bald irgendeine Arbeit annimmt, wird ihm die Unterstützung gesperrt. Die beiden wissen das, aber sie bäumen sich dagegen auf. Sie fühlen, daß sie die Stufenleiter des sozialen Prestiges hinabgestoßen werden, daß sich ihr Lebenszuschnitt ändern muß. Aber sie können sich nicht erklären, daß auch dies ein Merkmal der industriellen Welt ist: der Auflösung so vieler Berufe zu genormten Tätigkeiten, des Verlustes an Möglichkeiten, zu behalten, was man hat, wenn man einem Fließband verschrieben war, das nicht mehr läuft.

Der Mann kann jeden beruflichen Handgriff seiner zehn Leute, für die er verantwortlich war. Doch die zehn Handgriffe ergeben, zusammengenommen, eine Summe an Tätigkeiten, aber keinen Beruf. Jetzt sitzt er da, schaut ein wenig böse und verschämt zugleich auf seine Frau. "Es wird schon werden", sagt er. Aber ich bin sicher, daß er dabei nicht an irgendeine Arbeit denkt, sondern sich an die Hoffnung klammert, bald wieder am alten Band zwischen seinen Leuten zu sein.

Sich selbst einzugestehen, wieder hinab zu müssen, tut weh. Bremen, im Oktober 1961 - da findet man Tausende, die Illusionen nachhängen, weil das Dram, in das sie verstrickt sind, sonst kaum zu ertragen wäre."

Ja, so sieht die Methode "im Rahmen der politischen Freiheit" aus, in der der Mensch voller "Würde" ein Minus von 30 Pfennig bis 1 Mark pro Stunde in Kauf nimmt oder stempelt, weil er für die Profitproduktion der Kapitalisten zu alt und nicht mehr leistungsfähig genug ist. In Bremen stehen die Fließbänder der Automobilindustrie still. Nicht, weil keiner da wäre, sie zu bedienen, oder weil die Möglichkeit aufgehört hat, mit dem Fließband Profite zu machen. Sie stehen still, weil es andere gibt, die schneller laufen. Im kapitalistischen Staat ist das Fließband für die Besitzer der Produktionsmittel eine der Grundlagen, bei hoher Profitproduktion, gleichzeitig den Arbeitern kleinbürgerliche Existenzbedingungen zu bieten. Auf dieser materiellen Basis blüht die Ideologie der Kleinbürger, sich darin erschöpfend, etwas besser essen und wohnen zu können, einen Fernsehapparat oder ein Auto zu besitzen. Unter solchen Bedingungen wird den Arbeitern nicht klar, was es sie kostet, "in der Freiheit zu leben", nämlich ihre Ausbeutung in der Freiheit. Jetzt, nachdem in Bremen die

Fließbänder stillstehen, sammeln die Arbeiter Erfahrungen, und diese lehren sie: Der Marktwert ihrer Arbeitskraft ist gefallen.

" Sie alle wissen seit dem 3. August, dem Tag der letzten Lohnzahlung für über 8000 Borgward-Arbeiter, was ein so großes Angebot auf dem Arbeitsmarkt bedeutet: 10, 20, 30 und sogar bis zu 50 Mark wöchentlich in der Lohntüte weniger,"

schreibt der "Weser-Kurier". Diese Erfahrungen und die noch kommenden werden dazu beitragen, die Illusionen der Arbeiterbürger gründlich zu zerstören. Es lehrt der Fall Borgward die Arbeiter: Hier wirtschaftete ein Mann, der Besitzer der Produktionsmittel, im Rahmen der politischen Freiheit, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Er machte die Zeche, die Arbeiter bezahlen sie. Keine Auffanggesellschaft und kein Sanierungsdoktor und keine schönen Sprüche Bürgermeister Kaisers vom "neuen gesicherten Leben in den Hallen" geben den Arbeitern ihre verlorenen Groschen wieder. Aber die Arbeiter sollen sich hüten, die Schuldfrage nach den subjektiven Umständen oder nach Personen "klären" zu wollen, wie es die Parlamentarier tun, um ihr Unbehagen abzureagieren. Nur daß dies in unserem Gesellschaftssystem der Unternehmerinitiative und der Sozialpartnerschaft geschehen konnte, das ist es, was die Arbeiter in ihre Hirne aufzunehmen haben.

Hermann Lücke - ein Opfer auf dem Altar des Antikommunismus der Bremer SPD

In Bremen gibt es keinen Verein, der etwas auf sich hält und nicht dem "Kulturkartell Bremen e.V." angeschlossen ist. Von dem Bremer Zitherverein vom 1892 über sämtliche I-G's bis zum Verband der Landsmannschaften e.V. und der Vertriebenen Deutschen, alle sind für Kultur - jedem sein Wasserklosett. Zweimal im Jahr bringt dieser Kulturclub ein Heftchen auf den Markt, das sich "Der Fächer" nennt, mit dem Untertitel: "Blätter für kulturelle Freiheit."

Im 1. Fächer dieses Jahres nahm nun der 1. Vorsitzende des KK, Hermann Lücke, im Rahmen dieser kulturellen Freiheit das Recht für sich in Anspruch, einige "Zeitkritische Bemerkungen" zu machen, weil er andere Auffassungen von Kultur hat. In diesem Artikel heißt u.a.:

"Auf das bewußte Verschweigen und Versagen der meisten unserer Publikationsorgane soll hier gleich noch in einem anderen Falle hingewiesen werden. In der Bundesrepublik ist im Jahre 1960 eine neue Partei gegründet worden, die Deutsche Friedens-Union (DFU). Was die Partei vornehmlich will, sagt schon ihr Name. Weil nun aber alle vernünftigen Bürger in der Bundesrepublik den Frieden wollen - sie haben das bei regionalen Probeabstimmungen oft mit großer Mehrheit zum Ausdruck gebracht - dürfen sie nicht erfahren, daß es eine neue Bewegung gibt, die die Friedensidee zum Grundsatz praktischer Politik machen will. Was geschieht deshalb? Sie wird totgeschwiegen. Sie paßt nicht in die Demokatur, deshalb darf sie nicht existent sein. Nach allem, was bisher über die DFU bekannt wurde, scheint es doch noch viele Wähler und besonders junge zu geben, die sich nicht vorschreiben lassen wollen, blöd zu sein.

Hier soll keineswegs Wahlpropaganda für eine bestimmte politische Richtung gemacht werden. Das würde den Satzungen des KK widersprechen. Es steht aber zu hoffen, daß der Leser der folgenden Seiten das deutsche Wirtschaftswunder etwas nachdenklich betrachten wird, nachdenklich in dem Sinne, wie es Bertolt Brecht treffend gesagt hat: "General, der Mensch ist sehr brauchbar. Er kann

fliegen und er kann töten. Aber er hat einen Fehler: er kann denken."

Das war zuviel für die Herren vom Vorstand des KK. Man hat schließlich Kultur, man ist Demokrat, und kurzerhand wurde Hermann Lücke vom Amt des Vorsitzenden des KK suspendiert. "Gruppierungen und Einzelpersonen aller politischen Richtungen haben gegen die Lücke'schen Sympathiekundgebungen für die DFU protestiert", verkündete die "Bremer Bürgerzeitung" vom 16.9.61 - und eilig distanzierten sich Vorstand und Geschäftsführer des KK von den Ausführungen Lückes. Angesichts des Eifers der Öffentlichkeit, eine weiße antikommunistische Weste zu zeigen, passierte den Herren ein Mißgeschick. Mit deutscher Gründlichkeit distanzierte man sich nämlich nicht nur von dem bewußten Artikel Lückes, sondern gleich vom Gesamthalt des "Fächer". Die übrigen Artikel befassen sich mit dem Geldverdienen, mit den Rüstungsausgaben der Bundesrepublik, mit Wirtschaftswissenschaft und der Abrüstungsfrage, u.a., Themen, die fast alle verschiedenen gewerkschaftlichen Presseorganen entnommen sind. Damit haben sich die Vorstandesmitglieder des KK, die in der Mehrzahl wackere DGB-Funktionäre sind, von ihrer eigenen Presse distanziert.

Nun ist Hermann Lücke nicht nur der 1. Vorsitzende des Kulturkartells. Nebenbei ist er langjähriges Mitglied der SPD, sein politischer Lebenslauf gibt darüber Auskunft:

- 1920 April, Eintritt in die SPD
Gründer und Leiter einer Gruppe der Arbeiter-Jugend bis 1923 in Bremen - Blumenthal
- 1921 Mitbegründer und Kassierer der AFLD (Allg. Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands) im Kreise Blumenthal
- 1923 Übertritt in den Berufsschuldienst des Landes Thüringen, Schriftführer der SPD-Ortsgruppe Eisenach
Mitglied des Ortsausschusses des ADGB
" " " " ADB
" " Reichsausschusses des AFLD für das Berufs- und Schulwesen.
Vorsitzende der Ortsgruppe Eisenach des Bundes der Freien Schulgesellschaften, Vorsitzende der Ortsgruppe Eisenach des Freidenkerverbandes, Vorsitzende des Kulturkartells Eisenach, ständiger Berater der Arbeiter-Jugend Eisenach, Theaterkritiker der Eisenacher Volkszeitung (SPD), ständiger Mitarbeiter versch. soz. Zeitungen und Zeitschriften
- 1930 Übertritt von der SPD in die SAP
- 1933 Entlassung aus dem thür. Staatsdienst nach § 4 GzWdB
- 1937 März, Verhaftung durch die Gestapo, Prozess wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 1 1/4 Jahr Gefängnis und KZ
- 1945 Mitbegründer und Leiter des Organisationsaufbaus in der KGF (Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus) in Bremen
Wiedereintritt in die SPD und Gewerkschaft
Mitglied der ernannten und zweier gewählter Bürgerschaften
" des Fraktionsvorstandes der SPD
" und teilweise Sprecher der Deputationen
für Kunst und Wissenschaft
für das Berufs- und Fachschulwesen
für allg. und höhere Schulen
Redakteur am "Weser-Kurier" in Bremen
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
Gründer und Vorsitzende des Kulturkartells Bremen e.V.
Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Volksbühne Bremen e.V.

Mitglied des Aufsichtsrates der Theater GmbH., Bremen

" " Rundfunkrates Bremen

" der Filmbewertungsstelle der Länder

1948 bis 1959 Leiter einer der Bundesschulen des DBG
ständige publizistische und Vortragstätigkeit.

Am 30. Oktober warf die Mitgliederversammlung des KK ihren 1. Vorsitzenden nun endgültig hinaus. "In aller Form" distanzieren sich Vorstand und Geschäftsführer noch einmal von der Septemberausgabe des "Fächer". In der Diskussion ging ein Redner soweit, Lücke mit Göbbels zu vergleichen. Lücke hatte zuvor die Versammlungsteilnehmer, die ihm nicht zustimmten, aufgefordert, offen zu erklären, daß sie Friedensgegner seien. Er bezog sich hierbei auf einen Satz seines Artikels, in dem von dem Friedenswillen der Mehrheit der Bevölkerung in der BR die Rede war. Auch die wieder aufgenommenen Atombombenversuche der SU und die Ereignisse des 13. August mußten als Argumente für den Ausschluß Hermann Lückes aus dem KK herhalten. Es half ihm nichts, wenn er entgegnete, daß weder die Versuche der USA noch die der Franzosen in der viel näher gelegenen Sahara Proteste der westlichen Politiker ausgelöst hätten und daß die Ereignisse des 13. August eine Reaktion der DDR auf die bundesrepublikanische Politik der Stärke sei.

Im Schlußwort, das ein Teil der Versammlung und Hermann Lücke sich erst erzwingen mußten, betonte Lücke, daß er kein Wort von dem, was im "Fächer" vom September 61 gestanden hätte, zurücknehmen wolle. Was dort geschrieben worden sei, habe nichts von seiner Gültigkeit verloren, sondern sei durch die nachfolgenden politischen Ereignisse nur bestätigt worden.

Als zum Schluß noch 79 anwesende Delegierte abstimmten, sah das Ergebnis so aus:

54 für den Rausschmiß Hermann Lückes aus dem KK
23 dagegen und 2 ungültige Stimmen.

Damit wurde die, nach den Satzungsbestimmungen des KK, erforderliche Zweidrittelmehrheit nur sehr knapp, mit einem Mehr von 2 Stimmen, erreicht. Nach der Versammlung vermuteten einige Teilnehmer, daß die Herren am Vorstandstisch ganz schön Blut geschwitzt hätten, als eine relativ starke Opposition gegen den Ausschluß Hermann Lückes deutlich wurde. Hartnäckig hielt sich nämlich das Gerücht, daß bei einem weiteren Verbleiben Hermann Lückes im Amt, die staatlichen Zuschüsse für das KK gesperrt würden.

Der Fall Lücke ist für die Sozialen und die Demokraten abgeschlossen. Er beweist uns, daß eine Opposition in den Reihen der SPD, und sei sie noch so simpel und richte sie sich nur gegen die Atombewaffnung, nicht mehr möglich ist.

Aus Schweden wird uns berichtet:

Vormarsch der Sozialisten in Norwegen

Das wichtigste Merkmal der am 11. September 1961 in Norwegen stattgefundenen Wahlen ist, daß die regierende Arbeiterpartei, die seit 1935 ausschließlich die Regierungsmacht innehatte (mit Ausnahme während des 2. Weltkrieges), nun ihre Majorität im Storting verlor. Sie kehrt dieses Mal mit nur 74 Mandaten - bisher 78 - in das Parlament zurück. Insgesamt verlor sie jedoch nur 1,5 % der abgegebenen Stimmen, d.h., sie ging von 48,38 % (1957) auf 46,84 % im Jahre 1961 zurück. Am stärksten waren ihre Verluste in Oslo, wo sie allein rund 7 000 Stimmen verlor.

Die rückläufige Entwicklung der norwegischen KP hält noch immer an. Ihre Gesamtstimmenzahl sank bei dieser Wahl von rund 60 000 auf 53 400. Ihr Vorsitzender Emil Loevlien unterlag mit nur ganz wenigen Stimmen in seinem Wahlkreis und sein Mandat fiel an die Center-Partei, d.h., an die Bauernpartei, und dies, obwohl die KP in diesem Wahlkreis sogar kleinere Stimmengewinne verzeichnen konnte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die Christliche Volkspartei auf die Aufstellung eigener Kandidaten in diesem Wahlkreis verzichtete, um dadurch die Wahlchancen der Bauernpartei zu begünstigen und um Loevlien um sein Mandat zu bringen. Außerdem soll hervorgehoben werden, daß die neue Partei - Sozialistische Volkspartei (SF) in diesem Wahlkreis keine Kandidaten aufstellte.

Daß die Kommunisten trotz der erzielten 53 400 Stimmen im ganzen Lande kein Mandat im neuen Storting erhalten haben, hängt mit dem Wahlgesetz zusammen, das keine Verhältniswahl zuläßt. Daß die KP deswegen entgegen der erreichten Stimmzahl nicht im Parlament vertreten sein wird, zeigt drastisch, wie reformbedürftig gerade das Wahlgesetz ist. Übrigens hat die Partei gefordert, daß das Wahlergebnis dieses Wahlbezirks überprüft wird.

Es gibt nicht wenige Politiker in Norwegen, die den Rückgang der Kommunisten nicht nur der ununterbrochenen antikommunistischen Propaganda zuschreiben.

Größte Überraschung erregte mit Recht der Wahlerfolg der neuen Partei - der Sozialistischen Volkspartei - abgekürzt "SF", die erst im April dieses Jahres gegründet wurde und erst am Anfang des Aufbaues ihrer Grundorganisationen steht. Nicht nur in den Kreisen der Opposition innerhalb der Arbeiterpartei bestanden Bedenken gegen die Teilnahme der neuen Partei an den Wahlen bereits in diesem Jahre. Selbst in den Reihen der neuen Partei gab es skeptische Stimmen. Der Hauptgrund war - die Befürchtung, daß durch eine Stimmenzersplitterung die Arbeitermehrheit verloren gehen könnte und die neue Partei mit der Verantwortung dafür zu rechnen hätte. Ferner, daß die neue Partei über keine finanzielle Grundlage verfügte und über keine eigene Zeitung. Trotzdem beschloss die Leitung der neuen Partei - auf Drängen der bestehenden Grundorganisationen - in sechs der insgesamt zwanzig Wahlbezirke an den Wahlen mit eigenen Kandidaten teilzunehmen. Ihre Hauptstütze waren die Wochenzeitung "Orientierung", zu deren Abonentenkreis die meisten Mitglieder der neuen Partei gehören, die Mehrheit der Redaktion und des Mitarbeiterstabes und der Redakteur selbst, alles frühere Mitglieder der Arbeiterpartei, die kurz vor dem diesjährigen Parteitag der Arbeiterpartei ausgeschlossen worden waren. An der Spitze der Kandidatenliste in Oslo stand - der Redakteur der Zeitung "Orientierung". Das Erstaunliche geschah: Er erhielt rund 18 000 Stimmen und eroberte auf den ersten Anlauf ein Mandat für die neue Partei. Auch in Nordnorwegen - im Wahlkreis Nordland, eroberte SF ein Mandat. Insgesamt erzielte die neue Partei in den sechs Wahlkreisen rund 43 000 Stimmen. In Oslo wurde sie die drittgrößte Partei. Die kommunistische Partei ging in Oslo von 11 407 Stimmen 1957 - auf 7 394 bei dieser Wahl zurück, die Arbeiterpartei fiel von 129 456 Stimmen 1957 - auf 122 312 zurück. Die liberale Partei verlor in Oslo rund 3 500 Stimmen. Es war das Mandat der liberalen Partei, das die neue Partei gewann mit großem Vorsprung. Die neue Partei hat also nicht nur die Verluste der Arbeiterpartei, der Kommunisten und der liberalen Partei aufgefangen, sondern darüber hinaus einen großen Zuwachs von den Jungwählern erhalten. Im anderen Wahlkreis, wo sie ein Mandat eroberte, zeigen sich analoge Erscheinungen.

Durch das Auftreten der neuen Partei und ihre erzielten Ergebnisse - ist die Gesamtarbeiterbewegung nicht geschwächt, sondern gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Insgesamt haben 52,17 % aller Wähler für Arbeiterparteien ihre Stimmen abgegeben - während die bürgerlichen Parteien um

0,44 % zurückgingen. Es ist sehr fraglich, ob die Arbeitermehrheit im Storting hätte bestehen können, wenn die neue Partei nicht an der Wahl teilgenommen hätte. Die Sitzverteilung sieht jetzt so aus:

Arbeiterpartei	74
Sozialistische Volkspartei	2
Bürgerliche Parteien	74.

Daraus ergibt sich für die neue Partei - SF - eine gewisse Schlüsselstellung.

Es ist nun erwiesen, daß die lange, geduldige und zielbewußte Aufklärungsarbeit der linken Opposition innerhalb der Arbeiterpartei, insbesondere aber der Zeitung "Orientering", nicht vergebens war. Der kompromißlose Kampf gegen die NATO-Politik der Rechten und der Arbeiterpartei, der Kampf gegen die Atomgefahr und nicht zuletzt gegen einen eventuellen Anschluss des Landes an den "Gemeinsamen Markt" hat vor allem zu obigem Ergebnis beigetragen. In dieser Verbindung muß erwähnt werden, daß die Opposition sich nicht nur auf eine "innere" Opposition beschränkte, sondern durch öffentliche Versammlungen und Demonstrationen direkt an die Massen appellierte. Die Träger dieser Bewegung waren - wie die Opposition in der Arbeiterpartei - in erster Linie Intellektuelle und die sozialistischen Studenten. Es darf nicht vergessen werden, daß auch die Zeitung "Orientering" vor neun Jahren von einer Gruppe sozialistischer Intellektueller gegründet wurde und auch heute noch fast ausschließlich von Intellektuellen redigiert und geschrieben wird.

Aber die Tätigkeit der Opposition beschränkte sich nicht nur auf das außenpolitische und militärpolitische Gebiet. Hinzu kam die Verteidigung sozialistischer Grundsätze - gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung, sowie ein verstärktes Eintreten für die Tagesforderungen aller Werktätigen in Stadt und Land - gegen die schwächliche Tarif- und Preispolitik der Regierung und der Gewerkschaften, gegen Steuergeschenke an das Bürgertum etc. Insbesondere wurden auch die Probleme der Jugend angesprochen und die Frage des Einflusses bzw. der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß. Ohne die enge Verknüpfung aller dieser Fragen zu einer gemeinsamen Plattform des Kampfes der Opposition wäre es unmöglich gewesen, an breite Arbeiterschichten heranzukommen und sie in Bewegung zu bringen.

Die Opposition und die daraus entstandene neue Partei hat konsequent gegen den Antikommunismus sowohl der bürgerlichen Rechten als auch der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsführung Stellung genommen. Mehrere der führenden Mitglieder der neuen Partei haben - Verdächtigungen und Ausschlußdrohungen zum Trotz - Länder des sozialistischen Lagers besucht, darunter auch die DDR, - und in Wort und Schrift über ihre Eindrücke berichtet. Obwohl die neue Partei jegliche Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei ablehnt, hat sie während des Wahlkampfes keinerlei Angriffe gegen diese gerichtet. Dagegen hat es an kommunistischen Angriffen gegen sie an einigen Orten nicht gefehlt. In dieser Verbindung hat die Erklärung des Vorsitzenden der KP - Emil Loevlien - die er nach der Wahl gegenüber dem Norwegischen Telegrammbüro abgegeben hat und die auch im Rundfunk verbreitet wurde, ein gewisses Interesse. Hieraus einige Auszüge:

"Durch den Ausgang der Wahl ist im Lande eine labile Situation entstanden

Für die Arbeiterpartei, die zum ersten Male seit 1945 einen Rückschlag erlitten hat, muß die Wahl eine Warnung sein, daß große Gruppen des arbeitenden Volkes eine radikalere Politik fordern...

Die sozialistische Volkspartei hat ein Programm, das klar Abstand nimmt von dem Kurs, den die Arbeiterpartei bisher verfolgt

hat. Das Programm dieser Partei ist seinem Inhalt nach das gleiche wie das Programm der kommunistischen Partei und es hat überraschend viele Stimmen bei der Wahl erhalten."

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Gerhardsen, sagte über die Ursachen des Erfolges von SF:

"Erstens: ihr ununterbrochener Kampf gegen die Außen- und Verteidigungspolitik der Regierung, wobei sie einen gewissen Widerwillen im Volke gegen diese Politik ausnutzte. Dabei fand sie wirklich einen Widerhall im Volke. Zweitens: daß SF alle Möglichkeiten ausnutzte, um die Unzufriedenheit innerhalb gewisser Teile des Volkes zu schüren gegen die erfolgten Preiserhöhungen, gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften und gegen andere Schwächen unserer Sozialpolitik. Eine genaue Analyse der Wahlergebnisse an den Orten, wo SF auftrat, zeigt, daß es SF gelungen ist, in ausgesprochenen Arbeiterdistrikten Erfolge zu erzielen. Was wir als Partei nun zu tun haben, ist, der neuen Partei mit sachlichen und verantwortlichen Argumenten zu begegnen. Vieles deutet darauf hin, daß SF ihre Hauptgewinne unter den Industriearbeitern erzielt hat, und das ist es, was uns zum Nachdenken bringen muß. Wir müssen alles tun, um eine Spaltung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Die Arbeiterpartei werde keine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien bilden... Sowohl die KP als auch SF haben erklärt, daß die Arbeiterregierung weiter regieren sollte, und daß auf Grund des Wahlergebnisses die Regierung keine Veranlassung habe, zurückzutreten."

Diesem Standpunkt haben sich der erweiterte Parteivorstand der Arbeiterpartei und die Parlamentsgruppe angeschlossen. Die bisherige Arbeiterregierung wird also bis auf weiteres am Ruder bleiben.

 Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
 Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
 Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, November 1961

BEREITEN SICH INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis:

Rückblick und Ausblick
IG Bau ohne Fundament
Bremer Jahresrückblick 1961
Zur Hamburger Bürgerschaftswahl
Karl Grönsfelder 80 Jahre alt

Rückblick und Ausblick

Der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Lager hat sich 1961, im ersten Regierungsjahr Kennedys, weiter verschärft. Der Aufbau der Wirtschaft der SU und im sozialistischen Block hat sich in dem bekannten Tempo des Einholens mit dem Ziel des Überholens der Länder des kapitalistischen Blocks fortgesetzt. Bei dem beschränkten Raum, der zur Verfügung steht, müssen wir auf den Zahlennachweis verzichten. Die großen Tageszeitungen haben ja die Hauptzahlen veröffentlicht, die Sache selbst hat Kennedy auf der Konferenz der Industriellen der USA am 6. Dezember 1961 bestätigt:

"Das sozialistische Lager ist eine Wirtschaftskraft, die in bestimmter Hinsicht die Westeuropas bereits überflügelt und die USA einholt."

Mit dieser Feststellung begründete Kennedy die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte der kapitalistischen Gesellschaft. In seiner Botschaft über die Lage der Nation vor den beiden Häusern, Senat und Kongreß, erläuterte er seine Forderung der Zusammenfassung dieser wirtschaftlichen Kräfte der kapitalistischen Welt zur Verstärkung ihrer politischen und militärischen Macht "zur Abwehr der Bedrohung durch den Kommunismus."

Rhetorisch war diese Rede eine Glanzleistung. Sie wird die Sympathien bei bestimmten Schichten weiter festigen, die schon bei den letzten Volksbefragungen in USA mit 30 % mehr für Kennedy stimmten als bei der Präsidentschaftswahl. Bei der knappen Mehrheit, mit welcher er gewählt worden war, ist dies ein persönlicher Prestigegewinn. Auf praktische Erfolge in der Innen- oder Außenpolitik Kennedys kann sich diese Zufriedenheit kaum stützen. Von allen Vorschlägen, die Kennedy dem Senat und dem Kongreß in seinem ersten Regierungsjahr unterbreitet hat, wurden nur die Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungsvorschläge und die dazu erforderliche Finanzierung genehmigt. Auch neue

Einberufungen zur Schaffung neuer Divisionen zum Ausbau der Schlagkraft der Armee wurden genehmigt. Kennedy hat damit Eisenhower und Dulles' Rüstungspolitik übertrumpft. Im neuen Budget sind 2/3 für Militärszwecke vorgesehen. Kennedys Budgetvorschlag für 1963 enthält ein Gesamtbudget von 92,5 Milliarden Dollar Ausgaben, dem 93 Milliarden Dollar Einnahmen gegenüberstehen. Von den Gesamtausgaben sind 53,8 Milliarden für Militär- und Rüstungszwecke vorgesehen. Die Wahlpropaganda, die Kennedy mit seiner Botschaft an den Kongreß startete, bringt den Demokraten vielleicht Stimmengewinn. 1962 wird der Kongreß ganz neu gewählt, der Senat zu 1/3 und eine Reihe der Gouverneure. Diese eventuellen Gewinne an Sitzen im Senat und im Kongreß bedeuten jedoch keineswegs eine Annahme seiner Vorlagen. Im Senat und im Kongreß fand und findet sich fast immer eine reaktionäre Mehrheit aus Demokraten und Republikanern, die unter dem Druck der Lobbies und Lokalinteressenten ihre Forderungen durchsetzt. Das große Monopol- und Finanzkapital bedarf nicht einmal dieser Lobbies entsprechend dem Ausspruch des Direktors von General Motors in der Eisenhower-Regierung - was gut für General Motors ist, ist gut für die USA -.

Der Kernvorschlag Kennedys an den Kongreß enthält die Forderung von drastischen Zollsenkungen, um der USA-Wirtschaft Anschluss an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu ermöglichen. In seiner Rede stellt Kennedy die Gefahr der Isolierung der USA-Wirtschaft dem Kongreß folgendermaßen vor Augen:

" Die EWG läuft uns davon; ihre wirtschaftliche Wachstumsrate ist doppelt so groß wie die unsere. Das Brutto-Sozialprodukt wuchs 1960 in den USA unter Ausschaltung der Preisbewegungen um 2,6 %, in den Ländern der EWG, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg um etwa 7 %. Er verweist auf die drohende Kapitalflucht aus USA: Ganze Industrien werden ihre Fabriken, ihre Arbeitsplätze, ihr Kapital hinter die Welle des gemeinsamen Marktes verlagern.....Ohne Zugang zur EWG werden sich unsere Agrarüberschüsse im Mittelwesten und im Süden ins Unermeßliche auf türmen.....Millionen Arbeiter, deren Arbeitsplätze von Ein- und Ausfuhr abhängen, sehen ihre Existenz geopfert....Wir müssen einfach die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit mit der EWG anerkennen."

Das Sozialprodukt der sechs EWG-Länder hat sich seit 1950 bis 1960 um mehr als 30 %, fast um 1/3 erhöht, in den sieben Ländern der sogenannten Freihandelszone um knapp 20 %, in den USA nur um 15 %. Das europäische Potential wird in wenigen Jahren das nordamerikanische erreichen. Mit 262 Millionen Menschen überragt Europa die USA mit 180 Millionen und die SU mit 214 Millionen. Der kapitalistischen Welt steht aber nicht nur die SU mit ihren 214 - nach neuen Berichten mit 220 Millionen Menschen gegenüber, sondern der Block der sozialistischen Weltwirtschaft, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe organisiert ist. Acht europäische sozialistische Länder koordinieren ihre Wirtschaft. Die sozialistischen Länder Asiens sind als Beobachter vertreten. Der Außenhandelsumsatz zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten, der 1950 nur 1,9 Milliarden Dollar betrug, war 1959 auf 6,9 Milliarden Dollar angewachsen. Für 1960 und 1961 stehen uns Zahlen nicht zur Verfügung. Der sozialistische Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist zwar keine übernationale Organisation, ihre Stärke beruht aber auf der Gleichartigkeit ihrer Staatsordnung, der den Sozialismus aufbauenden Arbeiterklasse, ihrer einheitlichen sozialistischen Ideologie mit dem einheitlichen Ziel der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft.

Zweitwichtigster Vorschlag an den Kongreß ist Kennedys Plan zur Beseitigung der Überproduktion der Landwirtschaft in den USA. Milliarden Dollar sind aufgewendet worden, um die Überschüsse vom Staat aufzukaufen und den Preissturz der Agrarprodukte aufzuhalten. Die Lagerbestände steigen weiter trotz Prämien für Boden, der auf Anweisung der Regierung der Bestellung entzogen wird. Die Farmer nehmen diese Entschädigungen, produzieren aber auf den angebauten Böden durch rationellere Methoden weiter Überschüsse. Dem soll durch Umwandlung von 43 Millionen acre minderwertigen Bodens in Weiden, Parks und Wildschutzgebiete bis 1969 abgeholfen werden, 68 Millionen acre landwirtschaftlich bebauten Flächen sollen bis 1985 nichtlandwirtschaftlichen Zwecken zugeführt werden. Drastischer kann der Gegensatz zwischen dem sozialistischen Weltsystem, wo, wie in der SU, Millionen ha Neuland erschlossen werden, und der USA, wo aus Profitinteressen Millionen landwirtschaftlich verwertete Emdereien in Wald und Weide verwandelt werden, nicht aufgezeigt werden. Dazwischen einer Zeit, in der 1 Milliarde Menschen hungern und die kapitalistische Welt mit der Hilfeleistung für unterentwickelte Länder eine riesige Propaganda entwickelt. Hunderttausende kleine und mittlere Landwirte, denen die landwirtschaftliche Existenz entzogen wird, sollen nach dem Plan umgeschult werden. Wozu? Um sie den 5 Millionen Erwerbslosen anzugliedern?

Kennedy hat im ersten Regierungsjahr Vorschläge für Bundeshilfe für Schulen gemacht. Sie scheiterten am Widerstand der katholischen Lobbies, die vom katholischen Kardinal Spellmann gegen den ersten katholischen Präsidenten in den USA mobilisiert wurden. Seine Gesetzesvorschläge zur Ausdehnung der Sozialgesetzgebung auf die Krankenversicherung für alte Leute scheiterten an dem Widerstand des reaktionären Ärzteverbandes. Trotz der demokratischen Mehrheit im Senat und Kongreß finden sich immer reaktionäre Mehrheiten aus Republikanern und Demokraten, um solche Reformen, die ihren Profitinteressen schaden könnten, zu verhindern. Die Innenpolitik Kennedys im ersten Regierungsjahr blieb vollkommen steril.

Außenpolitisch sind die Mißerfolge Kennedys nicht geringer. Cuba, Laos, Süd-Vietnam, Kongo, Süd-Korea, deren Aufgaben Kennedy von der Eisenhower-Regierung erbt, sind der Lösung keinen Schritt näher gebracht worden. Die Lage ist verfahrenener denn je. Eisenhower verschaffte sich im ersten Regierungsjahr Prestige, weil er sein Versprechen, den Korea-Krieg zu beenden, einlöste, dem die Truman-Regierung hinterließ. Das Cuba-Erbe beendete Kennedy mit der Pleite des Emigranten-Putsches, den seine Regierung organisierte und finanzierte. Mit Ach und Krach schob sein Außenminister Rusk den Ausschluß Cubas aus der Gemeinschaft der 21 amerikanischen Länder zusammen. Die wichtigsten Länder Brasilien, Argentinien, Chile, Mexiko enthielten sich der Stimme. Nicht weil sie Sympathien für Cuba, sondern Furcht vor ihrem eigenen Volk hatten. In Argentinien fordert deshalb die Militärclique die Entlassung des Außenministers. Wenn nicht alles täuscht, führt dieser Sieg in kürzerer oder längerer Frist zu Cuba-ähnlichen Aktionen in den lateinamerikanischen Ländern.

Die Genfer Verhandlungen, die drei Jahre lang über Formen der Einstellung der Kernwaffenversuche geführt wurden, scheinen endgültig gescheitert zu sein. Die "Welt" vom 31. 1. 1962 berichtet:

"Der amerikanische Delegierte Stelle erklärte: Wir sagen zur Notwendigkeit eines internationalen Kontrollsystems kategorisch Ja. Die SU sagt dazu ebenso kategorisch Nein. Beide Seiten müssen daher logischerweise zugeben, daß es keine gemeinsame Verhandlungsgrundlage mehr gibt."

Sehr richtig! Aber nicht nur in der Frage einer internationalen Kontrolle der Kernwaffenversuche.

Durch Vermehrung der Vertreter der asiatisch-afrikanischen Länder, die ihre ersten Schritte in der Richtung zur Unabhängigkeit tun, ist die amerikanische Herrschaft über die UNO ins Wanken geraten. Das hat zu ernststen Überlegungen und entsprechenden Äußerungen geführt, die zweifeln, ob unter solchen Umständen die UNO noch einen Sinn hat. In England überwiegen die Äußerungen, die die Zweckmäßigkeit verneinen und das Schicksal des Völkerbundes in Erinnerung rufen. In USA hofft man, mit den Afrikanern eine Front gegen den Sozialistischen Block schaffen zu können. Der "Daily Telegraph" vom 16. 1. stöhnt: "Ein Mehrheitsbeschluss kann von Staaten erreicht werden, die nur 2,5 % des UNO-Budgets aufbringen. Ein Beschluss mit 2/3 Mehrheit von Mitgliedern, deren Anteil 6,5 % beträgt."

Die Jahresberichte bezeugen Katzenjammer; Churchill schreibt zur Jahreswende: "Das Jahr 1961 geht in Finsternis und Bedrohung zu Ende.... In den letzten zwölf Monaten sind die Gefahren, die uns drohten, nicht geringer geworden."

Premierminister Harold Macmillan schreibt: Die weltpolitische Lage habe sich im vorigen Jahr bedauerlich verschlimmert. Er finde den einzigen Trost darin, daß das englische Volk keine Anzeichen von Panik zeigt... "Wir sind nicht mehr die Werkstatt der Welt, deshalb können wir auch nicht länger ihr Polizist sein." In Frankreich verfällt der Staat in anarchische Form des Bürgerkrieges. Zwischen der Regierung de Gaulle und der rebellierenden Armee, die de Gaulle an die Regierung brachte, sowie großen Teilen der Polizei besteht eine Art reaktionärer Doppelregierung, ein Zustand, der zum Entscheidungskampf drängt. Ein neuer Beweis, daß die bürgerlich demokratischen Regierungen den Aufgaben der Herrschaft in der verfallenden kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr gewachsen sind. Die Arbeiterklassen der entscheidenden kapitalistischen Länder sind in Deutschland passiv, in den USA politisch indifferent, in beiden also Objekte ihrer herrschenden Klassen. In Frankreich und Italien, wo die Arbeiterklasse politisch mehr oder weniger klassenbewußt orientiert ist, aber Bourgeoisie und Kleinbürgertum und kleinbürgerlich denkende und handelnde Arbeiter den revolutionären Machtkampf mehr fürchten als das Chaos der Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft, ist auch der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse zur Zeit nicht fähig, den Kampf um die politische Macht erfolgreich zu führen. Wir leben in der kritischen historischen Periode, wo die herrschende Klasse nicht mehr fähig ist zur Herrschaft, das Proletariat aber noch nicht imstande ist, den entscheidenden Machtkampf zu führen. Faschismus in den alten italienischen oder deutschen Formen hat wenig Chancen. Sein Bankrott ist noch lebendig wirksam. Bisher wurde zu wenig die Gefahr beachtet, daß das Ausweichen vor den politischen Machtkämpfen in den Krieg zu führen droht. Eine Schätzung des Instituts für strategische Studien gibt folgende Zahlen über die bereits aufgewendeten Arbeitskräfte und Geldmittel für den dritten Weltkrieg:

	<u>Arbeitskräfte</u>	<u>Militärhaushalt in DM</u>
NATO-Staaten:	6.061.000	268.135.764.000
Staaten des Warschauer Paktes:	4.790.300	98.531.988.000
China u. Satelliten:	3.204.000	38.700.000.000
Mittelostpakt-Staaten (C.T.O.)	392.000	2.423.343.600
Südostasien-Pakt-Staaten (S.E.A.T.O.)	228.540	2.257.421.916
Staaten, die gegenseitige Verteidigungsabkommen mit den USA geschlossen haben:	1.513.000	13.551.816.000
Insgesamt:	<u>16.188.840</u>	<u>423.600.333.516</u>

Ein anderes Beispiel:

"USA-Kriegsminister Mc Namara erklärte kürzlich:

'Die amerikanischen Streitkräfte seien in der Lage, ausgemachte Ziele in der SU mit Atomschlägen zu vernichten.'

Darauf antwortet Malinowski, der Kriegsminister der SU in einem "Prawda"-Interview:

"Ich weiß nicht, was sich Herr Mc Namara dabei denkt, wenn er von 'ausgemachten Zielen' spricht. Meinerseits möchte ich sagen, daß wir in der Lage sind, mit einem einzigen Atom-Raketen-Schlag jegliche Ziele in den USA, also sämtliche Industrie, Verwaltungs- und Führungszentren der USA vom Erdboden hinwegzufegen und sogar ganze Länder zu vernichten, die amerikanische Militärstützpunkte beherbergen."

Angesichts solcher Perspektiven ist es drittrangig, sich mit den Vorschlägen Kennedys zu beschäftigen, mit denen er Vollbeschäftigung in Kürze in USA wieder herbeiführen will, oder sich mit der Tatsache zu befassen, daß nur ein einziges Konjunkturinstitut der Bundesrepublik eine Vorschau über die Konjunktur für 1962 für die deutsche Wirtschaft zu geben bereit ist. Das Wirtschaftsministerium und ein Konjunkturinstitut prophezeien nur eine Verlangsamung der Konjunktur in der Bundesrepublik, keine ernste Stockung oder Krise. Allerdings nur, wenn die Arbeiter auf weitere Lohnerhöhungen verzichten, die angeblich die Industrie nicht verkraften kann, weil schon die Lohnerhöhungen 1961 die Steigerung der Produktivität übersteigen. Daß höhere Löhne auch auf Kosten der Profite erkämpft werden könnten, wenn die Kraft der Arbeiterklasse dazu ausreicht - gilt als Hochverrat. Auch unser Militärbudget in der Bundesrepublik ist auf 15,5 Milliarden erhöht. Die Militärdienstzeit ist auf 18 Monate verlängert. Die Zahl der Bundestruppen in der NATO wird bald größer sein als die aller anderen NATO-Verbündeten. Natürlich geschieht diese Aufrüstung zu keinem anderen Zweck als der Symmetrie wegen. Man ist versucht, General Gröners (Wehrminister der Weimarer Republik) Ausspruch zu variieren: "Ein Hundsfott ist, wer behauptet, daß die Rüstung unserer Bundeswehr mit oder ohne eigene Atomwaffen einen anderen Zweck hat als zu veralten und zu verrotten".

Der britische Außenminister Home, ein erprobter Mitarbeiter Chamberlains beim Münchener Handel zur Auslieferung der Tschecho-Slowakei an Hitler, hat eine kräftige Broschüre über die Stellung Englands zur Einheit Deutschlands herausgegeben. Die Kernsätze lauten:

1. Die vier Siegermächte haben sich nach Kriegsende verpflichtet, Deutschland wieder zu vereinigen.
2. England und die Bundesrepublik sind Verbündete in der NATO. Akzeptierten die Westmächte eine ständige Teilung Deutschlands, sähen die Deutschen das als einen Verrat an.
3. Die Sowjets wollen 'einer großen Nation in Europa' das Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung verweigern. Aber 'jedermann weiß, daß das (deutsche) Volk die Wiedervereinigung will'.
4. Das deutsche Volk ist zu groß und kraftvoll, um seine Teilung ergeben hinzunehmen. Anders darüber zu denken, wäre für England 'kurzsichtig und unrealistisch.'

Im Lager der SU und des sozialistischen Blocks herrscht keine Katzenjammerstimmung. Die Innenpolitik gibt auch wenig Anlaß, nicht einmal in der DDR, solange die SU Schutz gewährt und Schutz gewähren kann. Aber die Außenpolitik Chruschtschow ist in der Sackgasse. Die Krise der DDR ist keine Krise einer

sozialistischen Aufbaupolitik, sondern die Krise der Besatzungspolitik der SU, die das eroberte Gebiet, DDR getauft, festhält und verteidigt, nicht um den Sozialismus einzuführen, sondern um zu verhindern, das mit so ungeheuren Opfern eroberte Gebiet nicht den deutschen Imperialisten auszuliefern, die, unterstützt von den Westmächten und den USA, in der Bundesrepublik wieder die herrschende Klasse sind. Die sogenannten "sozialistischen Errungenschaften" in der DDR sind Gleichschaltungsmaßnahmen der sozialistischen Besatzungsmacht. Sie sind nicht von den deutschen Arbeitern in der DDR erobert, sondern im Auftrage der Besatzungsmacht nach deren Bedürfnissen und nicht nach denen der deutschen Arbeiter geschaffen.

So vorteilhaft diese Maßnahmen für die werktätigen Schichten sind, die dem Sozialismus zustreben, so werden sie doch nur von den klassenbewußten revolutionären Arbeitern anerkannt und verteidigt. Der Kommunismus kann weder mit Waffengewalt aufgezwungen noch geschenkt werden. Das ist keine neue Erkenntnis, Marx und Engels haben sie schon ausgesprochen, aber die Entwicklung in der DDR beweist es aufs Neue. Wir haben sie 1920 aus Anlaß des Polen-Krieges verkündet und in unseren Broschüren über die "Potsdamer Beschlüsse" und "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg" 1945 erneut verfochten. Deshalb hat man uns als "amerikanische Agenten" beschimpft, eine neue Variante der Beschimpfung, die man uns zufügte, als wir gegen die Stalin-Thälmann-Politik vom Sozialfaschismus Front machten. Ein Teil unserer Gegner von damals, die uns als Heimkehrer in die Mutterpartei hofften verächtlich machen zu können, ist jetzt in der Mutterpartei gelandet, meist als Spezialisten des Antikommunismus. Unter Blinden ist der Einäugige König. Die Entwicklung hat unsere Auffassung bestätigt. Grausam, gründlich! Gegenüber der Stalin-Thälmann-Politik, durch die Hitler der Weg zur Macht geebnet wurde. Jetzt wirkt sich die Nachkriegspolitik der SU aus. Darin besteht die Krise in der DDR und die Sackgasse der Chruschtschow-Politik unter der Firma: friedliche Koexistenz.

Die "Welt" vom 21. 1. 1962 zitiert aus der "Prawda":

"Als schärfsten Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus bei gleichzeitiger Zusammenarbeit der Regierungen dieser beiden entgegengesetzten Systeme zum Zwecke der Erhaltung des Friedens definiert Inosjenzef die friedliche Koexistenz in der "Prawda"."

Trotz wortgetreuer Übersetzung ins Deutsche bleibt dies russisch a la Chruschtschow. In der Sache ist das der "kalte Krieg", wie der Rückblick auf 1961 an einigen Beispielen nachgewiesen hat. Der Kapitalismus reagiert natürlich gegen den proletarischen Klassenkampf seinerseits mit den schärfsten kapitalistischen Gegenmaßnahmen. Engels sagte bei einer Gelegenheit, wenn man eine Stiefelbürste Säugetier nennt, bekommt sie dadurch keine Milchdrüsen. Man kann also schärfsten Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus; "friedliche Koexistenz" nennen, ohne daß dadurch friedliche Zusammenarbeit der beiden Systeme entsteht. Klassenkampf ohne Atom- und Wasserstoffbomben und dergleichen, dafür wurde bis jetzt der Ausdruck "kalter Krieg" angewandt und er traf das Richtige zur Charakterisierung der Nachkriegsentwicklung.

Es handelt sich hier jedoch nicht um falsche Ausdrücke, sondern um eine falsche Politik. Weder die Chinesen noch die Albaner noch irgendwie ernst zu nehmende Politiker der Arbeiterklasse sind gegen eine Politik, die eine friedliche Koexistenz für die Übergangszeit der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft anstrebt. Sie entspricht den Bedürfnissen der Ent-

faltung zum Kommunismus. Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz war solange und ist solange richtig, als sie nichts anderes ausdrückt als das Wesen der Politik des kommunistischen Blocks. Sie wird falsch, wenn sie von der Behauptung ausgeht, daß die Kräfte der Massen, die die friedliche Koexistenz wünschen, bereits soweit entwickelt sind, um ihre herrschende kapitalistische Klasse zu zwingen, die Kriegsvorbereitungen einzustellen. So wichtig das Übergewicht der SU in Raketenwaffen, Sputniks und Raumschiffen sein mag, noch wichtiger sind die Menschen. Es ist eine falsche Perspektive, wenn man annimmt, daß die Kräfte der Werktätigen bereits ausreichen, in den kapitalistischen Ländern ihre herrschende Klasse zur friedlichen Koexistenz zu zwingen, ja, eine gefährliche Unterschätzung der Kräfte der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft und eine Überschätzung der des sozialistischen Lagers. Fehler, die sich aus einer solchen Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse ergeben, führen zu Maßnahmen wie die Mauer durch Berlin. Die Menschen und Werktätigen, die zwar keine Sozialisten sind, aber bereit wären, in friedlicher Koexistenz in der DDR mitzuarbeiten, werden dem kapitalistischen Lager zugetrieben. Solche Fehler können nicht durch zeitweilige Überlegenheit in der Waffentechnik ausgeglichen werden.

Die Politik der friedlichen Koexistenz, die an die Massengefühle anknüpft, kann aber nicht schablonenhaft überall angewandt werden. Zum Beispiel: Die Chinesen können weder gegenüber Tschiang Kai-schek Süd-Korea, Süd-Vietnam oder den USA, die Formosa besetzt halten, an friedliche Koexistenz-Tendenzen anknüpfen. Ebensowenig ist Molotow oder irgend ein anderer ein Parteifeind, wenn er gegen diese Abweichung von Chruschtschow Opposition macht. Es ist Übernahme übelster Stalin-Methoden, diese Anklagen der Parteifeindschaft heute zu praktizieren. Unter Stalin war die Anklage der Parteifeindschaft die erste Stufe der Verächtlichmachung der Opposition. Die zweite Stufe war die Beschuldigung der Opposition als Agenten des Klassenfeindes. So wurden irrende Parteimitglieder genannt, deren Fehler manchmal dem Klassenfeind dienen konnten.

Daraus wurde dann der bezahlte bewußte Agent. Im schärfsten Klassenkampf wird der ideologische und praktische Kampf nicht mit dem Schwergewicht geführt, den Gegner zu überzeugen durch Argumente, sondern um ihn verächtlich zu machen und zu vernichten. Alle Moralpaukerei kann nicht verhindern, daß im wirklichen Klassenkampf auf Leben und Tod solche "Stalin-Methoden" von allen Seiten angewandt werden. Wir sehen in der Art und Weise, wie auf dem XXII. Parteitag die Stalin-Frage behandelt wurde, eine große Gefahr. Auf dem XX. Parteitag konnte man sich mit der Erklärung der "Stalin-Methoden" aus dem Personenkult noch abfinden, es lagen nur die amerikanischen Berichte über die Chruschtschow-Rede und die Diskussionen auf dem XX. Parteitag vor, die sich als richtig erwiesen. Die Berichterstattung über den XXII. Parteitag war nicht mehr erlaubt. Obgleich uns noch nicht die Diskussionsberichte vorliegen, steht fest, daß man den Personenkult zur Erklärung der Stalin-Periode benutzt. Also subjektive Charaktereigenschaften, die bekannte bürgerliche Vorstellung: die Geschichte wird von großen Männern, im guten und schlechten Sinne, gemacht.

Die wirklichen Ursachen der Stalin-Politik sind nicht die subjektiven Eigenschaften, persönliches Machtstreben, Bedürfnis nach Personenkult und besondere Brutalität Stalins, sondern die objektiven Bedingungen der Entwicklung der SU in der Periode des Übergangs von der neuen ökonomischen Politik und des Aufbaus und der Wirtschaft aus den Trümmern zur Planwirtschaft. Die breiten Massen der Werktätigen waren vom Krieg und Bürgerkrieg erschöpft. Den Bürgerkrieg und die feindliche Invasion konnte die Partei zum siegreichen Ende führen. Für diese Aufgabe war die Partei ausreichend sachverständig, nicht aber für den Aufbau der Wirtschaft. Dieses Versagen der Partei bei dem Wirtschaftsaufbau ist die Ursache für den Zerfall der Partei in Fraktions- und Richtungskämpfen. Sie spiegeln die Erschöpfung der Massen wider und fallen mit dem Ableben Lenins und dem Beginn der Fraktionskämpfe um die Nachfolge Lenins zusammen.

Man vergißt, und die heute Zwanzigjährigen haben nie gemerkt, daß der Wirtschaftsaufbau noch größere Opfer forderte als der Bürgerkrieg. Die ehemaligen armen Bauern, denen die Revolution Bodenanteile gegeben hatte, konnten weder die zur Ernährung erforderlichen Lebensmittel noch die landwirtschaftlichen Rohstoffe für die Industrie erzeugen. Nur der Kulak, der sogenannte reiche Bauer, besaß vielleicht neben Holzpflügen einen eisernen Pflug, einige landwirtschaftliche Geräte, Saatgetreide, ein paar Kühe oder Pferde. Er konnte den Boden bestellen und ehemalige arme Bauern, die weder Pflüge, Geräte, Saatgetreide und Zugtiere für die Bestellung ihres Bodens besaßen, mußten sich dem Kulaken anbieten, damit er ihnen Pflüge, Saatgetreide, Zugvieh borgte und sie ihr Stück Boden bebauen konnten. Nur so konnten sie ihre eigene Ernährung sichern.

Für den Markt- und die Naturalsteuer reichte ihre Produktion nicht aus. Die Naturalsteuer und etwas Marktgetreide konnte nur der Kulak liefern. Für das entwertete Geld seine Produkte zu verkaufen, war sinnlos. Sogar wenn er Geld hatte, konnte er nicht die Industriewaren kaufen, die er brauchte. Die Industrieproduktion war auf 21 % von 1913, die landwirtschaftliche auf 50 % herabgesunken. Hungersnot droht wieder. Für ein Jahr kaufte die Regierung Brotgetreide in Kanada. Zu weiteren Käufen war keine Valuta vorhanden. Stalin wurde von der Opposition Kulakenzar geschimpft, weil er sich weigerte, aus den Bauern die Gelder zur Investition für die Industrie herauszupressen. Er fürchtete, die Mittelbauern den Kulaken in die Arme zu treiben. Nicht nur Trotzki machte auf dem Papier brauchbar erscheinende Pläne, wie die Industrialisierung etappenweise mit dem Aufbau aus den Trümmern verbunden werden könnte. Alle diese Vorschläge waren Kochbuchrezepte - man nehme - aber es gab nichts zu nehmen, weil die Sachen nur auf dem Papier, nicht in der Wirklichkeit bestanden. Unter Stalins Einfluß wurde eine 8 %ige Kollektivierung vorbereitet.

Traktoren, Saatgetreide, Zugvieh, Agronomen wurden bereitgestellt. Die Partei schickte Tausende Parteimitglieder aufs Dorf, um die Bauern von der Zweckmäßigkeit der Kolchosen zu überzeugen. Das wirkte, als einige Dörfer, sowie sie Traktoren, Vieh und Saatgetreide bekamen, sich bereit fanden zur Kollektivierung. Diese Bereitschaft überschritt auf einmal die vorbereiteten 8 %. Aber nicht das war ausschlaggebend. Die Bauern, die das Saatgetreide empfangen hatten aßen es auf, weil sie Hunger hatten, und zur Aussaat konnte kein neues beschafft werden. Unter diesen objektiven Umständen begann die zwangsweise Kolchosierung. Dagegen setzten sich nicht nur die Kulaken, sondern auch die Mittelbauern zur Wehr.

Der Bürgerkrieg begann. Die rebellierenden Bauern mußten niedergeschlagen werden, wenn man nicht kapitulieren wollte. Stalin organisierte den Sieg in diesem Krieg zur Niederwerfung der rebellierenden Bauern, wie Trotzki den Kronstädter Aufstand niederwarf, Hunderttausende rebellierende Bauern aus dem europäischen Russland wurden zur Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt, zur Rodung der Wälder, zum Straßenbau, Erfassung der Rohstoffe und zum Ausbau der sibirischen Industrie. Hunderttausende sind zugrunde gegangen; das war der Anfang der Deportationen, der weiteren Aufbauopfer zur Zwangsarbeit nach Sibirien. Ohne diese Zwangsarbeit, die die Industrialisierung Sibiriens ermöglichte, gäbe es keine Sowjet-Union mehr. Sie bildete nicht nur die Grundlage für den Sieg zur Abwehr des räuberischen Überfalls der deutschen Imperialisten, sondern auch zur Überwindung der ungeheuren Kriegsverluste, sie ist die Basis für die heutige Kraft der Sowjet-Union.

Die heute Zwanzig- bis Dreißigjährigen haben diese Verhältnisse nicht bewußt erlebt. Nur so ist begreiflich, daß niemand auf dem XXII. Parteitag gegen die lächerliche Anschuldigung auftrat, Stalin habe die revolutionäre Gesetzmäßigkeit verletzt. Bucharin hatte die Losung an die Bauern ausgeben wollen: Bereichert Euch! Um den Kulaken zur Produktion zu benutzen, wie die NEP den

Schieber benutzte, um den Handel in Gang zu bringen, wozu die Partei nicht fähig war.

Die alten Bolschewiki und die neuen, im Bürgerkrieg hinzugekommenen, die jederzeit ihr Leben eingesetzt hatten, um den Feind militärisch zu besiegen, waren sachkundig als Kontrolleure über die zaristischen Offiziere, die zum Aufbau der roten Armee herangezogen werden mußten, sie waren aber nicht sachverständig zur Kontrolle über die Techniker, Ingenieure, Werkmeister usw. bei der Leitung der Betriebe. Sie konnten nur Mißtrauen verbreiten, weil sie nicht sachkundig waren, Fehler der Einzelnen nicht überprüfen konnten, ob gewollte Sabotage und Schädlingarbeit die Ursache waren. Nur wer erlebt hat, wie sich diese Unfähigkeit auswirkte und eine Atmosphäre des Mißtrauens schuf, Freundschaften und Familien zerstörte, zur Selbstersetzung der alten tapferen Parteigenossen führte, wird diese Periode begreifen, in der die GPU zum entscheidenden Mittel und der Terror zur Grundlage der Verteidigung gemacht wurde. Diese Zeitperiode geht unter dem Namen Stalin in die Geschichte der SU ein. Stalin hat ihr seine Arbeitskraft gegeben und sich für die Rettung der SU unter diesen Bedingungen eingesetzt wie andere, die an den Fronten des Krieges, der Verbannung und in den Gefängnissen sich einsetzten. Er verteidigte die Existenz der Sowjet-Union mit den Mitteln und Methoden, die ihm zur Verfügung standen.

Trotz dieser barbarischen Methoden, mit denen Stalin gegen die russische Barbarei und feindliche Umwelt in der Isolierung kämpfte, wurden die Voraussetzungen zum Sieg über Hitler, zur Überwindung der Kriegsverwüstungen geschaffen, auf denen die Macht der heutigen Sowjet-Union beruht, die den Vormarsch zum Kommunismus antreten kann. Sie ist zur zweiten Weltmacht geworden. Daß die Epigonen glauben, heute nötig zu haben, Stalin aus dem Mausoleum zu entfernen, ist ein Zeichen, daß die Vertreter dieser Auffassung ihre eigene Geschichte nicht verstehen. Im zweiten Weltkrieg wurde der Stalinkult nicht von ihm, sondern in der kapitalistischen Welt, z.B. in Amerika, betrieben. Der amerikanische Gesandte in Moskau ließ einen Film über die Terrorprozesse anfertigen, um der Welt zu beweisen, wie richtig Stalin gehandelt hatte als er die Feinde, Spione, Saboteure, Schädlinge vernichtete. Roosevelt gab bei Eintritt in den zweiten Weltkrieg die Losung aus: "Tötet sie - oder sie töten Euch - unsere Feinde!" In England wurde offen proklamiert, daß nur der tote Deutsche ein guter Deutscher ist. Jetzt sind die sachkundigen Menschen in der Sowjet-Union vorhanden, die Stalin fehlten. Sie wurden mit und durch die Stalin-Methoden erst geschaffen. Das vergessen alle, die Stalin jetzt wegen der Terrorverbrechen anklagen. Es ist ein Treppenwitz, daß wir, die offen gegen Stalin auftraten, als er seine fehlerhafte Politik des Sozialfaschismus in Deutschland durchsetzte, seine wirklich historische Rolle verteidigen müssen gegen Chruschtschow und seine Anhänger.

Chruschtschow trat 1937 zur Zeit der Erschießung Tuchatschewskis und anderer Heerführer für die Stalinpolitik wie folgt ein:

"Ich rufe Euch auf, laßt uns eine noch höhere und rücksichtslosere Abrechnung mit den Feinden der Arbeiterklasse, mit dem Unkraut, mit dem Schmutz auf sowjetischem Boden durch unsere heroische Tscheke und die vom Genossen Jeschow geführten Organe der NKWD durchführen. Ich rufe Euch auf, noch größeren Haß gegenüber unseren Feinden und noch größere Liebe zu unserem Führer, dem großen Stalin zu hegen."

Nachzulesen in der "Prawda" vom 2. Dezember 1937!

IG Bau ohne Fundament

Die Entwicklung der IG Bau, Steine, Erden zu untersuchen, hat insofern eine Bedeutung, als sich in dieser Organisation die Sozialpartnerschaft besonders deutlich widerspiegelt.

Die politische Indifferenz der Mitglieder gestattet dem Vorstand unter Führung Georg Lebers, eine Politik zu treiben, die der IG Bau das Wohlwollen der Unternehmer einbrachte. Die Unternehmer weigern sich aber, das geforderte Trinkgeld von DM 80,- jährlich an die Gewerkschaftsmitglieder zu zahlen. Leber hält jetzt radikal sein-sollende Reden und klagt die Unternehmer der Untreue an. Die Unternehmeroffensive, die sich, gestützt auf die Bürgerblockregierung der CDU-FDP, in der Metallindustrie bereits bis zur Aussperrungsdrohung wagt, könnte trotz der günstigen Konjunktur im Baugewerbe durch Lebers Entrüstungsradikalismus die IG Bau zu einer Kampfgewerkschaft umwandeln.

Leber lehnt in seiner Rede in Dortmund den Abschluß eines neuen Tarifvertrages ab, wenn die Bauunternehmer nicht das für die Gewerkschaftsmitglieder geforderte Trinkgeld bewilligen. Er drohte mit Kampfmaßnahmen. Dazu kann es nur kommen, wenn die in der IG Bau aktiv wirkenden Mitglieder sich verbinden mit den Bauarbeitern, die sich bisher der Lebergewerkschaft nicht anschlossen, weil diese keine klassenbewußte Kampfpolitik trieb. Gemeinsame Forderungen müssen aufgestellt werden, um sie gemeinsam durchzusetzen und die IG Bau wieder kampffähig zu machen. Wenn das geschieht, ist der Weg frei für eine Erneuerung der IG Bau an Haupt und Gliedern.

Die Konsequenz einer Politik.....

Die 10 Jahre lang praktizierte Politik der IG Bau hatte zur Folge, daß der Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern durch das "Miteinander" verwischt wurde. Schaukelpolitik wurde getrieben, um das Wohlwollen der Unternehmer nicht zu stören, andererseits darf die IG Bau keine Mitglieder verlieren. Diese Politik der Gewerkschaft führte Ende 1960 dazu, Zwangsbeiträge für die 2/3 der unorganisierten Bauarbeiter zu fordern, um ihre eigene finanzielle Grundlage zu heben. Jeder der Unorganisierten sollte einen wöchentlichen Zwangsbeitrag von DM 1,50 zahlen. Diese Forderung wurde vom Unternehmerverband abgelehnt. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb hierzu am 24.1.61.

"Den Arbeitgeberverbänden sind zwar Gewerkschaften lieber, die sich um ihre Mitglieder keine Sorgen zu machen brauchen, die am Verhandlungstisch also nicht fortgesetzt zu überlegen haben, wie dieser oder jener Beschluß auf die Masse der Arbeitnehmer wirken könnte. Sie sind vielleicht ein sachlicherer, vielleicht auch ein bequemer Verhandlungspartner.., aber "...es ist mehr als zweifelhaft, ob eine auf diese Weise stabilisierte Organisation an Anziehungskraft gewinnt. Die Gewerkschaften sind trotz relativ niedriger Mitgliederzahl machtvolle Organisationen. Ihre Kassen sind gefüllt. Ein Solidaritätsbeitrag könnte unter Umständen das Desinteresse des Nichtorganisierten in ausgesprochene Animosität verwandeln. Zwangsbeiträge könnten aber die Organisation finanziell kräftigen, ihre geistigen Wirkungsmöglichkeiten aber, die jetzt noch zahlreich sind, in demselben Umfang verringern. Damit würde die stabilisierende Wirkung nicht zunehmen, eher ist das Gegenteil zu erwarten. Das Ende ist

die zu einer öffentlich-rechtlichen Institution verknücherten Bewegung, die jede lebendige Beziehung zu Mitgliedern und anderen Arbeitnehmern verliert."

Nachdem der Solidaritätsbeitrag durch Ablehnung der Unternehmer nicht durchzuführen war, entwickelte die IG Bau mit Vertretern der Unternehmerverbände zusammen einen Plan, der die politischen Bedenken der Unternehmer zum Solidaritätsbeitrag ausschließen sollte. Die "Welt" vom 18. 1. 62 faßt die 2 wesentlichen Punkte des neuen Vertragswerks wie folgt zusammen:

"1. Es wird ein paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzter 'sozialwirtschaftlicher Bundesausschuß für die Bauwirtschaft' ins Leben gerufen, der alle Fragen der Bauwirtschaft gemeinsam behandelt.

Insbesondere wird er Vorlagen für die Gesetzgebung erarbeiten, Gesetzentwürfe gutachtlich prüfen, zu behördlichen Maßnahmen Stellung nehmen und Fragen des Arbeitsmarktes untersuchen. Dieser Ausschuß wäre also eine Art Sozial- und berufspolitische Koalitionsregierung.

2. Die Gewerkschaftsmitglieder werden künftig dafür materiell belohnt, daß sie durch ihre Beiträge den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglichen, und sich selbst an ihr beteiligen. Und zwar sollen die von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge um 0,85 Prozent erhöht werden, das sind 60 Millionen Mark jährlich. Damit soll eine Urlaubskasse ins Leben gerufen werden, aus der jeder Gewerkschaftler jährlich DM 80,- erhält. Damit soll er seine Sparfähigkeit, seinen Gesundheitszustand und seine Erholungsmöglichkeiten verbessern."

Doch auch diesen Vorschlag lehnten die Unternehmer ab.

.....und die Folgen.

Damit ist klar, daß die Unternehmer die von der Gewerkschaft praktizierte Politik zur Verwischung der Gegensätze nicht honorieren. Krisenzeiten werden die Arbeiter klassenbewußt machen, so daß sie die reformistische Gewerkschaftspolitik als Fehler erkennen und korrigieren.

Entgegen der anfänglichen Neigungen der Bauunternehmer, das neue Vertragswerk anzuerkennen, wurde dieses inzwischen entschieden abgelehnt. Die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen die Unternehmer klarer als die Gewerkschaftsbürokratie. Letztere handelt "im Bewußtsein ihrer Verantwortung", sie will mit den Unternehmern gemeinsam die Probleme lösen, diesen Staat, der das Herrschaftsinstrument des Kapitals ist, zu einem über den Klassen schwebenden "Schlichtungsorgan" des Volkes machen. Letzten Endes sind es die ökonomischen Ursachen, die die Gewerkschaften zwingen, im Interesse der Arbeiterschaft den Kampf für die Arbeiterinteressen zu organisieren oder die Organisation preiszugeben. Daher kann auf die Dauer eine Gewerkschaft nur existieren, wenn sie im Interesse der Arbeiter gegen die Unternehmerinteressen auftritt. Eine Führung, die nicht das Vertrauen der Arbeiter besitzt, kann die Arbeiterschaft in Krisenzeiten nicht zügeln und kann keine stabilisierende Stütze für den Staat sein. In dem Umfange, wie die Arbeiterschaft ihre Rolle im Gegensatz zur Bourgeoisie erkennt, wird sie sich auch ihrer Gewerkschaftsbürokratie entledigen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Arbeiter

die Politik der Bürokraten durchschauen und Gegenmaßnahmen ergreifen; denn wenn die Gewerkschaftspolitik von den politischen Interessen der Bourgeoisie bestimmt wird, bleiben die Arbeiter desorganisiert und unorganisiert den Maßnahmen der herrschenden Klasse auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Die objektiven Ursachen

Die Bauarbeitergewerkschaft entstand aus den Lebensbedürfnissen, die sie veranlaßte, Arbeitskämpfe zu organisieren. Sie war die logische Folge einer klassenbewußt denkenden und handelnden Arbeiterschaft. Ihre Gewerkschaftsorganisationen strakten sich zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiter gegen die Verelendungstendenzen des Kapitalismus vor der Jahrhundertwende groß und kamen an die Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In den Städten gab es keine unorganisierten Bauarbeiter, weil sie Kampf-gewerkschaften geschaffen hatten. Nach 1945 entstand in der Bauwirtschaft eine Sonderkonjunktur, die es bedingte und ermöglichte, daß Ungelernte aus allen Berufskategorien in der Bauwirtschaft tätig sein konnten, denen nicht nur Klassenbewußtsein, sondern selbst Berufsstolz abging. Die Sonderkonjunktur mit all ihren Nebenerscheinungen schuf Verhältnisse, die sich auch in der Gewerkschaftspolitik widerspiegelten. Das ist der Grund, weshalb sich in der IG Bau Leber und Konsorten durchsetzen konnten. Die Indifferenz der Bauarbeiter ließ sie unkontrolliert wirken. Bei klassenbewußt denkenden Arbeitern wäre Leber unmöglich. Erst Flaute und Krisen können neues Klassenbewußtsein schaffen, dann werden die Arbeiter es lernen müssen, ihre Organisation als Kampf-instrument zu gebrauchen, wenn sie sich nicht auf dem Profitaltar der Unter-nahmer opfern wollen.

Ein Beispiel für Alle

Der Weg der IG Bau ist ein warnendes Signal. Es beweist, wohin die Reise geht, wenn man es unterläßt, Klassenpolitik zu betreiben und sich stattdessen im Sumpf der "Sozialpartnerschaft" verliert. Es gilt, Vorsorge zu schaffen und Aufklärungsarbeit zu leisten, um kampffähige Klassengewerkschaften zu schaffen.

Erkennt die Arbeiterschaft auch weiterhin nicht die Hintergründe der Politik von Gewerkschaftsführern und Unternehmern, dann bleibt sie wehrlos gegenüber dem in der abflachenden Konjunktur härter werdenden Kampf durch die Nutznießer einer überlebten und zusammenbrechenden Ordnung, die nicht anders als im neuen Krieg und im Chaos enden kann. Gelingt es aber der Arbeiterschaft, sich wieder auf ihre eigene Klassenkraft zu besinnen, die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen auszunutzen, um sie im Kampf für ihre Tages- und Endforderungen anzuwenden, dann wird es ihr auch möglich, sich aus ihren aktivsten verantwortungsbewußtesten und erfahrensten Elementen eine neue, wirkliche Klassenführung zu schaffen und so die Spaltung im eigenen Lager zu überwinden.

Bremer Jahresrückblick 1961

Es begab sich unter anderem.....

Die Bremer wurden im Januar anno 1961 mit einer Gesellschaft bekannt gemacht, die sie und andere bisher noch nicht kannten. Es sollte eine Gesellschaft gegründet werden, die etwas auffangen sollte, das sich in Luft aufzulösen drohte-

was es dann ja auch später tat - zum Erstaunen aller, die guten Willens waren.

Guten Willens war der ÖTV-Hauptvorstand, als er die Hafendarbeiter aufforderte, keine wegen des belgischen Streiks umdirigierten Schiffe zu entladen und der Vorstand der I.G. Bau, Steine, Erden, der einen "Solidaritätsbeitrag" aller Nichtgewerkschaftler forderte.

Anerkennung und Bewunderung fand der auf der Bremer A.G. Weser beschäftigte SED- und Verfassungsschutz-Agent Harry Roth bei Herbert Wehner auf der Hamburger Betriebsrätekonferenz. Besonders imponierte Herbert Wehner die Methode Harry Roths, der es über 4 Jahre lang verstand, Leute für Ostkontakte anzuwerben, um sie anschließend der "Gestapo" auszuliefern. Ob eines solchen Standpunktes kam es bei manchem sauer hoch, so daß "Sozialist" Wehner sich veranlaßt sah, der Presse zu erklären, man müsse eben auf demokratischer Seite "mit aller Härte und mit gleichen Mitteln" arbeiten wie die Kommunisten, er sehe darin nichts Ehrenrühriges.

Bürgermeister Kaisen erklärte auf einer Landeskonferenz der SPD-Betriebsorganisation für das Land Bremen: "...nicht die deutschen Sozialdemokraten, sondern die Russen haben den Sozialismus verraten. Sie haben die These vom Krieg als eine naturbedingte Begleitersehung der kapitalistischen Wirtschaft abgeschrieben." Er jauchzte weiter: "Wenn die Russen den Westen einholen wollen, müssen sie auch die Methoden des Westens übernehmen und zu dem zurückkehren, was sie vor 40 Jahren über Bord warfen. Dann sind sie wieder am Ausgangspunkt ihrer Irrfahrt."

Mit den westlichen Methoden ging die Fahrt der Auffanggesellschaft weiter, aber dieses Thema hat noch Zeit.

Zunächst einmal wollten die Bremer Bäcker die höheren Mehlpreise einholen, nachdem ihre Konkurrenten in den anderen Teilen unseres Wirtschaftswunderlandes dieses Ziel schon erreicht hatten. Der stellvertretende Obermeister des Bremer Bäckerhandwerks erklärte: "Meine Wettbewerbsfähigkeit hört da auf, wo ich mein Privatvermögen angreifen muß", darob erhöhten sie den Brotpreis um 10 - 20 %.

Besorgt war die EWG-Kommission über die Hilfsmaßnahmen bei Borgward. Nach Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrages müssen die Behörden der EWG über die staatlichen Hilfen des jeweiligen Landes wachen, damit kein Staat zuviel hilft. Darüber war man nun wieder in "wirtschaftspolitischen Kreisen Bonns" erstaunt, da der Staat doch keine Subventionen gegeben, sondern nur eine A.G. gegründet hätte.

Inzwischen ging über den Borgward-Werken wieder die Sonne auf, so meinte es jedenfalls Dr. Semler auf einer Betriebsversammlung. Er prägte das Wort "gesundschumpfen" und warf als erste Rate 1500 Arbeiter auf die Straße.

Die SPD distanzierte sich von den geplanten Ostermärschen, weil diese kommunistisch infiltriert seien. Stattdessen sollten die Freunde und Mitglieder der SPD lieber auf eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag hinwirken, dann könne man besser darauf hinwirken, daß die neue Bundesregierung nicht auf die Atombewaffnung hinwirkt. DGB-Richter meinte, er würde jeden aus der Gewerkschaft schmeißen, der am Ostermarsch teilnehme.

In Bremen hatten die Gewerkschaften sowieso andere Sorgen. Die IG-Metall mußte für ihr Orchester Kirchenmusik einstudieren, denn der 1. Mai fand in der Kirche statt. Der Bremer DGB-Vorsitzende Boljahn gab dafür seine schwarze Seele und seine Unterschrift und wurde von vielen als "Prälat" anerkannt.

Kurt Mehl, der Sozialsekretär der evangelischen Kirche in Bremen stellte an einem Artikel einer Zeitung "Junge Stimme der Arbeit" fest, daß zum 1. Male am 1. Mai wieder antikirchliche Parolen vor der Kirche öffentlich gezeigt wurden. "Es war endlich wieder einmal etwas los. Es wurden eine Menge Leute genötigt, sich mit Fragen auseinander zu setzen und Stellung zu beziehen." Vorerst bezog allerdings die Polizei des sozialdemokratischen Innensenators Stellung und sorgte dafür, daß diese Auseinandersetzung mit dem Denken nicht übertrieben wurde, sie beschlagnahmte vorsichtshalber die Transparente mit den antikirchlichen Parolen.

Der SS-Sturmbannführer Lumm erfreut sich allerbesten Gesundheit und der absoluten Gerechtigkeit. Gegen ihn schwebte ein Verfahren vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichtes in Bremen wegen Beihilfe zum Mord an 20 polnischen Bürgern. Landgerichtsdirektor Jäger hat es abgelehnt, das Hauptverfahren zu eröffnen. Begründung: Lumm sei bei seiner Untat einer Täuschung zum Opfer gefallen. (Hatte er geglaubt, die 20 ermordeten Polen wären aus Pappe?).

Papier klebte auch im Juni an den Bremer Anschlagssäulen. Neben der Ankündigung, Coca Cola sei gut für die Pause, konnte man einen Luftschutzaufruf des Innensenators Ehlers lesen, man müsse sich gegen "unvorhergesehene Ereignisse" schützen, wie man sich ja auch gegen Blitzschlag mit einem Blitzableiter schütze.

Die Auffanggesellschaft fuhr immer noch. Die Akteure beschimpften sich weidlich und gaben sich gegenseitig die Schuld, sie mußten nämlich mit ansehen, wie ihre Fahrt langsam aber sicher sich dem Ende näherte.

Inzwischen erhitzten sich die Gemüter im Wahlkampf. Strauß kam nach Vegesack und man setzte ihm eine Tränengasbombe vor die Nase. Das Bremer CDU-Organ "Bremer Echo" meinte, so etwas sei kindisch, trotzdem sei es aber verabscheuungswürdig.

Ende Juli ging die gerade aufgegangene Sonne über den Borgward-Betrieben wieder unter. Die Pleite war da, man ging auseinander. 17000 Arbeiter traten den Weg in eine "bessere gesicherte Zukunft" an und zahlten 30 bis 100 Pfennig pro Stunde Reisegeld. Zur Unterhaltung spielte die IG Metall-Kapelle und die Reisenden konnten sich sogar kostenlose Filmvorführungen ansehen. Die IG Metall brachte ein Flugblatt heraus, indem sie feststellte, "daß die Sicherheit selbst in Zeiten der Hochkonjunktur nicht garantiert sei". Dann "forderten" sie noch, daß die bei Borgward beschäftigt Gewesenen "zuerst" wieder eingestellt werden müßten, und daß die "Rechte, die sich die Arbeitnehmer durch ihre langjährige Tätigkeit in den Borgward-Werken erworben haben, erhalten bleiben müssen." Auf der letzten Sitzung der Vertrauensleute der Borgward-Betriebe dankte Kaisen allen am Rettungsversuch Beteiligten und meinte, mit "Ordnung und Disziplin" werde man es schon schaffen. Betriebsrat Buchholz donnerte unter begeistertem Applaus: "Alle, die jetzt noch CDU wählen, müßten eine Tracht Prügel haben."

Mit dem nahenden Wahltag kam auch Willy Brandt nach Bremen. Er sagte zwar nichts über die Bremer Pleite, sein Thema war die Mauer. "Sie muß weg, wir sind alle Brüder und Schwestern und eine große Familie", sprach's und weg war er.

Eine Interessengemeinschaft der Borgward-Händler fand wenig Interesse unter den Angestellten und Arbeitern. Sie forderte in einem Aufruf von den Arbeitern keine "Spenden oder Trinkgelder", sondern "Opfer". "Überprüfe Deine finanziellen Möglichkeiten", forderte die Interessengemeinschaft - sie taten es.

Am 15. September tagte in Bremen das Arbeitsgericht. Ein bei der Firma Brinkmann beschäftigt gewesener Drucker klagte gegen seine Entlassung. Die Firma hatte ihn fristlos entlassen, weil er die 2 Minuten lange "Protestdemonstration" gegen die "Mauer" in Form einer Arbeitsruhe nicht eingehalten hatte. Der Betriebsrat hatte der Entlassung sofort zugestimmt. Vor Gericht sagte der Betriebsratsvorsitzende aus, der Entlassene hätte östliche Auffassungen. "Warum?" fragte der Arbeitsgerichtsrat. "Er fordert z.B., daß die Gewerkschaften gegen die atomare Aufrüstung kämpfen sollen, und er hat auf einer Betriebsversammlung gefordert, daß die Schichtzulagen (sie wurden seinerzeit abgebaut) beibehalten werden," sprach der Betriebsrat. Der Arbeitsrichter erwiderte, die Entlassung sei sozialwidrig und verurteilte die Firma zur Entschädigungszahlung von DM 4.600 und zur Tilgung der Gerichtskosten.

Wieder zu Amt und Würden kam Baron von Bock und Polach, seines Zeichens Bremer Polizeipräsident. Man hatte ihn wegen des Verdachts der passiven Bestechung (Leihwagen) beurlaubt und 20 % seiner Bezüge gestrichen. Die Bremer Justiz konnte ihm nichts derartiges nachweisen und sprach ihn wegen Mangel an Beweisen frei. Übrig blieb ein Disziplinarverfahren gegen den Baron wegen "Schädigung des Ansehens der Beamtenschaft", weil er sich dem Verdacht der passiven Bestechung ausgesetzt hatte. Das Urteil der Dienststrafkammer lautete: "Drei Jahre Gehaltskürzung um 20 %." Von Entlassung aus dem Staatsdienst war keine Rede mehr. Das Nachsehen hatte der Innensenator Ehlers, der den pommerischen Baron an die Spitze der Bremer Polizei gehievt hatte, nachdem sich dieser das Parteibuch der SPD verschafft und später den Unwillen seines proletarischen Genossen zugezogen hatte. Seit dem 20. Oktober sitzt der Edle wieder an seinem Schreibtisch, beglückt mit einer Vertrauenserklärung seines Widersachers.

Andere Richter fand der Bremer Sozialdemokrat Bock. Ihm war vom Hanseatischen Oberlandesgericht bereits eine einmalige Entschädigung in Höhe von DM 10.500 für seine während der Nazizeit erlittenen Leiden zugestanden worden, als ein Genosse, der Senator für Arbeit, dagegen Berufung einlegte. Jetzt kam die Sache vor den Bundesgerichtshof in Karlsruhe, gegen dessen Urteile es keine Berufung mehr gibt. Der Kadi sprach ihm das Recht auf Entschädigung ab mit der Begründung: Er hätte wissen müssen, was sein Widerstand für Folgen hat, sein Widerstand wäre unrechtmäßig gewesen, weil es eine Einzelaktion war, die an den bestehenden Verhältnissen nichts habe ändern können. Ja, er habe sich dadurch sogar leichtfertig der Todesstrafe ausgesetzt und damit seine Familie fast ihres Ernährers beraubt.

Dr. Wilhelm Noltinghauff war dennoch der Meinung, "es gibt noch Richter in Deutschland". Seine Anspielung galt allerdings den Borgward-Gläubigern, die den Staat auf Zahlung verklagen wollen.

In diesem Sinne, Prost Neujahr!

Zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Erst wenige Tage nach dem siebenwöchigen Streit zwischen CDU-CSU und FDP um die neue Regierungsbildung mit der Wiederwahl Adenauers zum Bundeskanzler fand in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt.

Die allgemeine Verärgerung über den Bonner Kuhhandel war also noch nicht abgeklungen. Alle, die sich verraten oder betrogen fühlten, verzichteten auf ihr

"freies" Wahlrecht, Außerdem stand schon vor der Wahl fest, daß SPD und FDP ihre Koalitionsregierung fortsetzen würden und beide Parteien vertraten im Wahlrummel eine Meinung. So durften die Hamburger z.B. "das Beste für Hamburg (SPD)" oder "zum Besten Hamburgs (FDP)" wählen. Und die CDU-Opposition versprach mit anderen Worten das Gleiche. Kein Wunder, daß bei regnerischem Herbstwetter nur 72,3 % der wahlberechtigten Hanseaten ihre Stimmzettel in die Urne warfen.

Die SPD gewann gegenüber der Bürgerschaftswahl 1957 14.000 Stimmen, gegenüber der Bundestagswahl 1961 8000, ihr prozentualer Anteil stieg seit Mitte September von 46,9 auf 57,4 % und war wegen der geringen Wahlbeteiligung um 3,5 % höher als bei der Bürgerschaftswahl 1957 (53,9 %). Sie errang 72 Mandate.

Die CDU verlor gegenüber der Bürgerschaftswahl 1957 (32,2 %) 3,1 % (43.000 Stimmen), gegenüber der Bundestagswahl 1961 (31,9 %) 2,8 % (93.000 Stimmen) und steht nun auf 29,1 % und erhielt 36 Mandate.

Die FDP hatte bei der Bundestagswahl 1961 mit dem Versprechen, Adenauers Wiederwahl zum Kanzler zu verhindern, in Hamburg 15,7 % der Stimmen gefangen. Aber sie erfüllte die Hoffnungen ihrer Wähler nicht und sank innerhalb von 8 Wochen auf 9,6 % zurück, der Stimmenanteil schrumpfte sogar fast um die Hälfte. Gegenüber der Bürgerschaftswahl 1957 gewann sie 7000 Stimmen, ihre Mandate stiegen von 8 auf 10.

Die DFU verlor von 3,6 % bei der Bundestagswahl 1961 0,7 %, von 43.000 fast 15.000 Stimmen. "Die Welt" berichtete, der Wahlkampf sei ruhig und sachlich verlaufen, weil sich die drei großen Parteien nicht stritten.

Um so heftiger betrieben sie die antikommunistisch geschürte Verhetzung der DFU. Im Verlauf der Kampagne wurden der DFU Stehschilder gestohlen oder demoliert, Plakate zerrissen und beschmiert. Auf ihren Wahlversammlungen randalierten Krakeeler, die nur schreien, aber - wenn man sie ans Podium bat - nicht diskutieren konnten.

Am 30. Oktober 1961 ließ die politische Abteilung der Hamburger Kriminalpolizei die DFU-Wahlzeitung "Extra-Blatt" beschlagnahmen. Vorwand: das Blatt enthalte eine "beleidigende Entstellung der Äußerung des Bundespräsidenten vor Bundeswehroffizieren in Hamburg". Die in der Zeitung zitierte Äußerung stimmte jedoch wörtlich mit der auch vom "Bulletin" der Bundesregierung, von der Presse und von Wochenschau und Fernsehen wiedergegebenen Form überein: "Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen."

Wenige Tage vorher veröffentlichte die SPD eine Hetzbroschüre gegen die DFU, betitelt nach einer von Bürgermeister Nevermann vor der Bundestagswahl 1961 ausgesprochenen Verleumdung "Die Freunde Ulbrichts".

Die Schmähschrift ist ein primitives Machwerk der seit Jahren von der antikommunistischen Hetze geübten Praxis, geschmiert nach dem Leitwort Hitlers: man glaubt gar nicht, wie dumm eine Lüge sein muß, um geglaubt zu werden. Die DFU beantragte gleich nach dem Erscheinen dieses Pamphlets faschistischer Tonart eine einstweilige Verfügung; sie wurde gerichtlich abgelehnt. Erst zwei Tage vor der Wahl verbot das Landgericht auf Antrag mehrerer DFU-Kandidaten der SPD-Landesorganisation und der Auerdruck GmbH, einige der gegen diese Personen gerichteten Verleumdungen weiterzuverbreiten.

Daß die Schmähschrift kein den juristischen Vorschriften genügendes Impressum enthielt, wurde nicht beanstandet. Vittinghoff, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Hamburg, kann sich den gegen ihn gerichteten Verleumdungs- und

und Beleidigungsklagen oder Strafanträgen durch Berufung auf seine Immunität als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft entziehen.

Warum die SPD den Kampf gegen die DFU anführte, hat triftige Gründe. Die DFU polemisiert für den Deutschland-Plan der SPD (den diese fallen ließ, um regierungsfähig zu werden) und propagiert Anti-Rüstungsparen, die 1957 die SPD vertrat, aber mit der Absicht, das Gegenteil von dem zu erreichen, was die DFU möchte.

Damals fürchtete der SPD-Parteiapparat - auch die CDU-Regierung - außerparlamentarische Massenmobilisierungen und stellte sich darum an die Spitze der Protestaktionen gegen die Remilitarisierung und Atomrüstung, um sie "demokratisch" abzutöten.

Die spontane Empörung (einfachste Form des Widerstandes) verebbte, weil sie nur Angst vor dem Chaos eines atomaren Weltkrieges äußerte, nicht Bereitschaft der Massen, für die Friedens- und Abrüstungsparen politisch zu kämpfen. Der Katzenjammer über nicht erfüllte SPD-Versprechen erzeugte nicht nur Mißtrauen gegen die Partei, sondern vermehrte auch das politische Desinteresse der werktätigen Massen und verhinderte organisierte größere Kämpfe gegen den Kurs des Apparates.

Die Arbeiterklasse war und ist heute nicht bereit, sich mit den Ursachen der Widersprüche der SPD-Propaganda auseinanderzusetzen; denn sie anerkennt den bürgerlichen Staat und das Privateigentum an den Produktionsmitteln, ist Objekt der Politik des Kapitalismus und reflektiert seine antikommunistische Ideologie. Darum konnte durch den massiven Druck der antikommunistischen Propaganda die Diskussion der DFU für ehemalige SPD-Parolen als Ulbricht-hörig abgestempelt werden, um die Ideologie der kapitalistischen Rüstung gegen den Sozialismus in der Arbeiterklasse durchsetzen.

Ein Teil der Werktätigen fühlt, ohne das er die ökonomischen und politischen Zusammenhänge versteht: die von der DFU propagierten Abrüstungsvorschläge können nicht realisiert werden, solange die kapitalistische Herrschaft besteht. Die Partei erklärt die Ursache der westdeutschen Remilitarisierung und Atomrüstung nicht aus der historischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dessen Ende sich der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus weltpolitisch zuspitzte, sondern sie hält die Wirkungen der Rüstung für ihre Ursachen.

Die DFU und auch die werktätige Bevölkerung (die ebenfalls in den Wirkungen des Wettrüstens die Ursache sucht) glauben, wenn man die riesigen Rüstungskosten für die friedliche Nutzung der Atomkraft und Vollautomation verwendet, könnten die Lebensverhältnisse im Kapitalismus noch "sozialer" werden. Vollautomation, im Kapitalismus konsequent durchgeführt, würde die Überproduktion, den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft beschleunigen. Die Rüstung ist eine wichtige Triebkraft für die kapitalistische Profitproduktion. Ihre ökonomische Bedeutung wurde, verglichen mit der, die sie in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg hatte, nach 1945 durch die schon im Krieg entdeckte Atomkraft noch größer. Die Rüstung kann die Überproduktionskrise und Massenarbeitslosigkeit hinauszögern aber nicht verhindern.

Die Sozialisten stellen den heute verbreiteten Wunschvorstellungen die Forderung entgegen: das historische Bedürfnis der ganzen Menschheit ist die Umwandlung der kapitalistische in die kommunistische Gesellschaftsordnung, weil der Überbau des kapitalistischen Systems im vollkommenen Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen steht. Nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel können die Produktivkräfte planmäßig für die Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse der Menschen ausgenutzt werden.

Alle klassenbewußten Arbeiter sind verpflichtet, gegen die Irreführung der Arbeiterklasse durch die pazifistische DFU-Propaganda zu agitieren, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Kräfte der Friedensfreunde überbewertet werden. D.H., daß die Hoffnungen nicht erfüllt werden konnten, die pazifistischen Losungen der DFU zum Anlaß zu nehmen, um Aktionen auszulösen. Wie groß die Gefahr der Irreführung ist, beweist z.B. die Verwirrung über die russischen Kernwaffenversuche. Diese Versuchsexplosionen (sie dienten wahrscheinlich der Forschung für die Abwehr der Atomwaffen) bestärkte den weitverbreiteten Wahn, die sozialistischen Staaten rüsteten, um die Welt durch Krieg kommunistisch zu machen. Aber die militärische Stärke der SU hat die kapitalistischen Mächte bisher davon abgehalten, einen Atomkrieg anzustiften.

Der Kampf für den Frieden ist eine weltpolitische Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Durch ein paar Mandate der Pazifisten im bürgerlichen Parlament kann die Kriegsgefahr nicht beseitigt werden. Auch wenn die DFU bei der Bundestagswahl die 5-Prozent-Klausel übersprungen hätte, wäre die Regierung, was sie ist, nämlich Apparat der kapitalistischen Herrschaft.

Die Fragen, um die es heute wirklich geht, sind nicht so einfach zu lösen: Der wachsende Verlust der Einflußgebiete und Verfall der imperialistischen Monopole des Kapitalismus und die Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche zur Überproduktionskrise und Massenarbeitslosigkeit mit internationalem Ausmaß verschärfen die Gefahr, daß die verbündeten kapitalistischen Mächte einen Atomkrieg anzustiften könnten.

Es ist unsere Pflicht, den westdeutschen Arbeitern diese Kriegsgefahren zu erklären, damit sie nicht eines Tages als NATO-Soldaten gegen die DDR marschieren, sondern sich von ihrer kapitalistischen Unterdrückung befreien und im wiedervereinigten Deutschland mit den ostdeutschen Werktätigen die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen.

Karl Grönsfelder - 80 Jahre alt

Karl Grönsfelder konnte am 18. Januar seinen 80. Geburtstag feiern und ein weiteres abgeschlossenes Dezenium seinem der deutschen Arbeiterbewegung gewidmeten Leben hinzufügen.

Es gibt wenige Arbeiterpolitiker, die soviel Erfahrung, Umsicht und politische Klugheit in sich vereinen wie er. Schon sehr frühzeitig hatte er sich dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Hier sammelte er seine ersten Erfahrungen als konsequenter Gegner des Reformismus. Die Unterstützung des deutschen Imperialismus durch die SPD während des ersten Weltkrieges bewirkte auch in ihm den Bruch mit der Partei und die Hinwendung zur Spartakistenbewegung als Vorläuferin der Kommunistischen Partei. So wurde er in den zwanziger Jahren eine der profiliertesten Figuren der Arbeiterbewegung im süddeutschen Raum. Als hervorragender Betriebsfunktionär in einem Nürnberger Großbetrieb verstand er es, mit der Unterstützung einiger weniger Genossen die inkonsequente Haltung der USPD auszunutzen und große Teile der kommunistischen Partei zuzuführen.

Noch zu Lebzeiten Lenins besuchte er die junge Sowjetrepublik und diskutierte mit Lenin und anderen russischen Genossen über die Schwierigkeit des sozialistischen Aufbaus und die Problematik der gescheiterten deutschen Revolution. Reicher an Erfahrungen und ärmer an Illusionen wirkte er im bayrischen Landtag als Abgeordneter der kommunistischen Partei und als Sekretär für Gewerk--

schaftsfragen. Hierbei kam ihm seine Betriebserfahrung zustatten, aber auch sein entschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit. Obgleich er nur in einer Dorfschule unterrichtet worden war, entwickelte er sich im Parlament sowie in der Partei zu einem hervorragenden Sprecher und bei aller Toleranz zu einem konsequenten Vertreter seiner Sache.

Als sich die Politik Stalins zum Nachteil der Sektionen der internationalen kommunistischen Parteien auszuwirken begann, scheute er sich nicht, gegenüber der offiziellen Parteauffassung seine Meinung zu vertreten. Als Gegner der falschen RGO-Politik und der schädlichen Losung des Sozialfaschismus wurde er mit vielen anderen Genossen aus der Partei ausgeschlossen und trat der KPO bei. Bis zuletzt versuchten er und seine Genossen die verhängnisvolle Politik der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei zu bekämpfen, die unweigerlich die nazistische Gefahr im Gefolge haben musste. Sie vergaßen ihn nicht! Als einer der entschlossensten Gegner der Nazis wurde er schon 1933 im KZ Dachau eingesperrt. Auch seiner treuen Genossin und Lebensgefährtin Emma, die ihm in der illegalen und halbillegalen Zeit fest zur Seite stand, blieb dieses Schicksal nicht erspart. Karl Grünsfelder aber, der in seinem Leben schon viele Gefängnisse gesehen hatte, überstand auch diese schwere Zeit, wenn auch gesundheitlich schwer angeschlagen. Ungebrochen ging er 1945 wieder an die Arbeit, wirkte mit am Neuaufbau der Gewerkschaften und später in der neuen kommunistischen Partei. Seinen Klassegegnern nötigte er hohe Achtung ab, ebensowenig wegen seiner politischen Festigkeit als auch wegen seiner sauberen menschlichen Haltung. Im Vordergrund seiner jetzigen Tätigkeit stand unter Ausnutzung seiner Erfahrungen die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Im Raum Nürnberg schuf er sich einen Ruf als einer der erfahrensten Gewerkschaftler und übte großen Einfluß vor allem in seinem Betrieb aus. Mit menschlichem Verständnis toleranter Haltung gelang es ihm in mühevoller Kleinarbeit, um sich einen Kreis aufzubauen, mit dem er politisch zu arbeiten versuchte.

Die Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern in der kommunistischen Partei lebten jedoch wieder auf und führten zu seinem Ausschluß aus der Partei als "Titoist" mit seinem Kreis. Trotz dieser Isolierung war er unermüdlich darin, als Marxist gegen den Reformismus der SPD und die unselbständige, den Interessen der russischen Außenpolitik untergeordnete Politik der KPD aufzutreten. Von den einen als Renegat verschrien, von den anderen als Kommunist gemieden, konnte er noch den Wandel der politischen Methodik in der Sowjetunion erleben, ebenso auch die Festigung des sozialistischen Lagers, ein Ziel, dem seine ganze Lebensarbeit gewidmet ist. Ein bitterer Wermutstropfen ist für ihn freilich die Stagnation in der deutschen Arbeiterbewegung, der er sich den größten Teil seines Lebens verschrieben hatte. Doch dieses Leben war und ist nicht sinnlos. Seine Erfahrung und seine Tatkraft sind Quellen, aus denen wir hoffentlich noch lange schöpfen können. Möge ihm und seiner treuen Genossin Emma noch beschieden sein, die Wiederbelebung der deutschen Arbeiterklasse zu erleben, für deren Bestand er seine ganze Kraft eingesetzt hat.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen.
Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an
Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, Februar 1962

BRÜCKEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Atomwaffen
Wiser.

Werden wir in die Katastrophe geblufft?

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie und ihre Lehren

Die große Illusion und ihr Ende

Sturmflut wurde zur Katastrophe

Nachruf Willy Deisen

Werden wir in die Katastrophe geblufft?

Voriges Jahr erklärte Kennedy, die nächsten zehn Monate entscheiden über zehntausend Jahre menschlicher Geschichte. Norman Cousins von der New Yorker Auslandspresse schreibt: "Die nächsten sechzig Tage sind die wichtigsten in der Schicksalsstunde der Menschheit, in der wir uns befinden." "Die Welt" vom 28.3.62 bringt Auszüge aus einem Artikel des Journalisten Stewart Alsop aus der "Sunday Evening Post", Kennedy habe geäußert: "Daß wir unter bestimmten Umständen vielleicht die Initiative in einem Atomkrieg mit Rußland ergreifen müssen." Und weiter: "Die klare Entschlossenheit des Präsidenten zur Rettung Berlins lieber den Atomkrieg zu riskieren, als zahn die Stadt aufzugeben, hat Berlin gerettet."

"Die Welt" hat eine neue amerikanische Journalistin zur Mitarbeit angeworben, die die Politik der Springer-Presse in Form von geeigneten Stimmungsberichten aus den Vereinigten Staaten stützen soll. Im ersten Bericht vom 21.4.62 liefert sie folgendes:

"Eines soll an dieser Stelle zunächst einmal ganz eindeutig festgestellt werden: Präsident Kennedy will unter allen Umständen seine Zusage, die Freiheit Westberlins zu bewahren, einhalten, weil er davon überzeugt ist, daß dies auch im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten liegt.

Aber die Entschlossenheit ist eine Sache; die Art und Weise, wie man diese Entschlossenheit in die Tat umsetzt, eine andere. Und man soll es ruhig einmal aussprechen, daß viele erfahrene Führer des westlichen Lagers, nicht etwa nur Bundeskanzler Adenauer, sondern auch Männer wie General Clay, der im Ruhestand lebende frühere Botschafter Robert Murphy und andere, mit der amerikanischen Politik seit dem Bau der Mauer durch Berlin nicht immer einverstanden sind.

Zwei Grundgedanken liegen an der Wurzel der Differenzen über diese Frage, wie man den Sowjets begegnen soll. Da ist einmal der Schatten eines Atomkrieges. Sowohl die Verantwortlichen in Washington

wie auch die in Bonn sind der Ansicht, daß Chruschtschow gar nicht daran denkt, nur um Walter Ulbricht einen Gefallen zu tun, einen Atomkrieg zu riskieren. Aber jedesmal, wenn diese Doktrin auf die Probe gestellt wird, weicht die amerikanische Regierung vor ihr zurück."

Also immer feste druff, Chruschtschow riskiert keinen Atomkrieg. Die SU hat ihre Erklärung, daß sie den Krieg nicht beginnen und nicht als erste Atomwaffen anwenden wird, nicht zurückgezogen. Aber sie erklärt, daß sie jeden Angriff auf die DDR und das sozialistische Lager zurückzuschlagen wird. Sie sei imstande, mit ihren Raketen und Raumschiffen jede Position in den Vereinigten Staaten und in ihren ausländischen Stützpunkten zu vernichten. Chruschtschow erklärt: Die SU brauche den Frieden und nicht den Krieg zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Sie wisse, daß auch die SU erneut große Opfer in einem Atomkrieg bringen müßte, aber für den anglo-amerikanischen Imperialismus und für die Revanchisten in der Bundesrepublik würde der dritte Weltkrieg ihr Ende bedeuten.

Ist dies alles Bluff im diplomatischen Pokerspiel? Die kommenden Monate werden die Antwort bringen. Die Mittel zum Atomkrieg sind jedenfalls in der SU und in den USA vorhanden. Die letzten Schätzungen ergeben folgende Bestände:

<u>A t o m w a f f e n</u>		<u>V o r r ä t e</u>	
<u>USA</u>	<u>UdSSR</u>	<u>USA</u>	<u>UdSSR</u>
30 Typen	10-15 Typen	40.000	20.000
		Bomben und atomare Sprengköpfe	

A b e r die Sowjets haben Superbomben von 60 Megatonnen gezündet, behaupten, Anti-Raketen-Raketen zu haben, behaupten, ihre Höhenbomben könnten Radar- und Funkeinrichtungen lahmlegen.

Wenn es zur Atomkriegs-Katastrophe kommt, so würde die Menschheit davon überrascht werden, wie die Hamburger von der Flutkatastrophe. Der entscheidende Teil in den entwickelten kapitalistischen Ländern hat keine Zeit, er ist mit der Befriedigung seiner privaten, täglichen Modebedürfnisse und mit der Erwerbsarbeit zu ihrer Bezahlung ausgefüllt. Die materiellen Vorbedingungen zur Verhinderung dieser Katastrophe sind vorhanden. Was fehlt, ist die Masse, die nicht nur gegen einzelne Lebensbedingungen der bisherigen Gesellschaft, sondern gegen die gesamte Tätigkeit, worauf sie beruht, die Revolution organisiert. Diese Masse ist vorhanden in den sogenannten unentwickelten Ländern oder im Werden. In den entwickelten kapitalistischen Ländern fehlt sie zur Zeit.

Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte geschaffen, die, planmäßig angewandt, die materiellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigen könnten. Die Menschheit des zwanzigsten Jahrhundert beherrscht die Naturkräfte im bisher unbekanntem Umfang, aber ist unfähig, ihr gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten. Gewinnstreben war und ist eine entscheidende Triebkraft der kapitalistischen Gesellschaft. In den entwickelten kapitalistischen Gebieten wird das Gros aller Klassen von diesem Gewinnstreben verbraucht. Die

Unternehmer nutzen gegenwärtig rücksichtslos die Profitkonjunktur aus. Sie zahlen sogar über Tarif Löhne und werben einander die Arbeitskräfte ab. Das Gros der Arbeiter und Angestellten verfolgt nur noch das Ziel, sich den ehemaligen Luxus der Reichen anzueignen. Die Klassengegensätze sind im Nachkriegskapitalismus nicht beseitigt. Sie sind jedoch in der Konjunkturperiode der zweiten technischen Revolution gedämpft. Deutschland ist infolge der Kriegsniederlagen mit nationalen und wirtschaftlichen Restaurationsbestrebungen beschäftigt. Die Werktätigen betrachten das aber nicht als ihre eigene Aufgabe. Sie wählen in die Parlamente alle 3 bis 4 Jahre ihre Vertreter. Für die Gewerkechaftsarbeit und ihre politische Partei - falls sie einer angehören - wählen sie Angestellte, die ihre Aufgaben und ihre Wünsche erfüllen sollen. Da die bürokratische Verwaltung dazu nur teilweise instande ist, beschränkt sich das Gros aufs Meckern und Schimpfen auf die Bürokraten. So wird die breite Masse der Arbeiter und Angestellten Objekt der Verwaltung, der von ihnen demokratisch Gewählten. Die anglo-amerikanischen Siegermächte haben mit den deutschen Kapitalisten Frieden geschlossen. Im Bunde mit ihnen kämpfen sie gegen die SU und das sozialistische Lager. NATO und deutsche Aufrüstung bilden die gemeinsamen militärischen Vorbereitungen. Die Forderungen des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung, nicht nur mit dem russisch besetzten Gebiet der DDR, sondern auch mit den ehemals deutschen Gebieten hinter der Oder-Neisse-Grenze, dienen als ideologische Waffe zur Zurückdrängung der SU und des sozialistischen Lagers. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter machen als Sozialpartner und Koalitionsgenossen diese Politik des kapitalistischen Wiederaufbaues der Bundesrepublik mit.

Weltpolitisch wirkt sich dies in der eingangs geschilderten Katastrophopolitik aus. In dieser aufs Äußerste gespannten weltpolitischen Lage eröffnete Wirtschaftsminister und angeblicher Kronprinz Adenauers, Ludwig Erhard, die Kapitaloffensive mit seinem Fanfarenstoß. Im Fernsehen und Rundfunk fordert er Maßhalten, vor allem mit den Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die die Unternehmer auf die Preise abwälzen. Die verschärfte Konkurrenz auf dem Geldmarkt zwingt die Kapitalisten dazu. Die Bundesrepublik stehe jetzt an der Spitze der Länder mit den höchsten Löhnen und kürzesten Arbeitszeiten neben den USA. Die "Frankfurter Rundschau" behauptet, Erhard habe den Vorstoß auf Wunsch der Ruhrindustriellen unternommen. Jedenfalls haben die neuen Tariflöhne die Unternehmer der chemischen und eisenschaffenden Industrie veranlaßt, ihrerseits den Angriff zu eröffnen, indem sie die übertariflichen Zuschläge auf die Lohnerhöhungen anrechneten.

Sozialdemokraten und Gewerkschaftsreformisten antworten lautstark und zornig, aber nicht klassenbewußt. Nicht Lohn- und Gehaltssteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und mehr Urlaubstage gefährdeten die Wahrung oder seien Ursachen der Preissteigerungen - so antworten sie. Von 1950 bis 1961 seien die Preise um über 43 % gestiegen, in der Zeit, in welcher die Steigerung der Produktivität die Kosten der Lohnerhöhung mehr als ausgeglichen hätte. Sogar im Wirtschaftsteil der "Welt" wird darauf verwiesen, daß solche Mahnungen zum Maßhalten jedesmal verkündet worden seien und verkündet werden, wenn neue Lohnbewegungen der Gewerkschaften eingeleitet werden. Unternehmer, Bundesbankdirektor und Erhard mit ihrem Gefolge an Schreibern und Rundfunkwerkzeugen behaupten dann: die neuen Lohnerhöhungen könne die Wirtschaft nicht tragen, Preissteigerungen und Währungsverfall blieben unvermeidlich. Im Frühjahr 1961 wurde auf Initiative Erhards und der Deutschen Bank, die zuvor Cassandra-Rufe gegen die neuen Lohnerhöhungen und Inflationsgefahr losgelassen hatten, zur Dämpfung der überhitzten Wirtschaft der Diskont erhöht und die DM aufgewertet. Vor den Wahlen wurden Preiserhöhungen vermieden, nach den Wahlen 1957 aber die

Kohlenpreise erhöht, was zwangsläufig zur Überproduktion und zu Zechenstilllegungen führte. Jetzt, nach den Wahlen von 1961, wiederholt sich Ähnliches. Ein Teil der Unternehmer macht die Marktaufwertung für die Erschwerung der Ausfuhr und steigende Einfuhr verantwortlich.

Erhard verantwortete sich im Bundesparlament. Unter tosendem Beifall der Regierungsparteien sagte er:

Er müßte die Schallmauer der Kollektive durchbrechen und sich unmittelbar an das Gewissen des Einzelnen wenden. Er sei nicht über die Konjunktur besorgt, sondern über deren Entartungserscheinungen. Lohnsteigerungen, Arbeitszeitsverkürzungen erhöhten die Produktionskosten, trieben die Preise in die Höhe, die die Konkurrenz und die Ausfuhr erschweren. Der Blick in die Zukunft habe ihn zu dem Appell veranlaßt, Maß zu halten.

Wenn es nötig sei, müsse das deutsche Volk erweckt und erschreckt werden. Die Unternehmergewinne seien im letzten Jahre ständig zurückgegangen. Den Sozialdemokraten rief er zu, sie müßten das doch wissen, sie säßen doch in den Aufsichtsräten der Unternehmen.

Der Bonner Mitarbeiter der "Welt", Schröder, schreibt am 6.4.62:

'Er verstehe nicht, wie Demokraten beanstanden, das Minister sich direkt an den herrschenden Demos wenden.'

Es ist nicht wichtig, ob Herr Schröder begreift, was es bedeutet, wenn die parlamentarische Demokratie durch das Plebiszit ersetzt wird. Das Frankreich der fünften Republik und die Geschichte Frankreichs nach 1789 liefern Beweise. Die direkte Wendung an den angeblich herrschenden Demos ist die Begleiterscheinung aller Staatsstreiche des ersten und des dritten Napoleon und des Umsturzes der vierten Republik und Errichtung des persönlichen Regimes von de Gaulle.

Es wird Zeit, daß die Arbeiter und Werktätigen begreifen, wie leicht die bürgerliche Demokratie beseitigt werden kann und wird. Z.B., wenn die Arbeiterklasse die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie auszunutzen versucht, um ihre eigenen Klasseninteressen wahrzunehmen, oder die Bedürfnisse der Monopol- und Finanzoligarchie zur Alleinherrschaft durch die in Parteien aufgespaltene bürgerliche Klasse gehemmt wird. Unter Napoleon I. bestand Militärdiktatur. Unter Napoleon III. Militärdiktatur plus lumpenproletarische und lumpenbürgerliche Banden. Dritte und vierte Form bilden die faschistischen Diktaturen unter Mussolini in Italien und unter Hitler in Deutschland, als der kleinbürgerliche Teil des Demos durch Inflation verelendet, das Proletariat von Dauerarbeitslosigkeit zermürbt, von der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und scheinradikalen Phrasenpolitik der Kommunisten enttäuscht war und sich von Hitler und Mussolini retten lassen zu können. Es fand sich ab mit Arbeitsbeschaffung zu herabgesetzten Löhnen beim Autobahnbau und Arbeitslager, bei der Aufrüstung zur Vorbereitung und als Kanonenfutter zur Durchführung des zweiten Weltkrieges. Wichtige Kräfte fand der moderne Faschismus aus den Schichten der demobilisierten Soldaten des ersten Weltkrieges, die als moderne Landsknechte, Schwarzhenden, Braunhenden, schwarze Reichswehr organisiert, vom Finanzkapital finanziert, mit verlogener Demagogie politisiert und fanatisiert werden konnten. So konnte das herrschende Monopol- und Finanzkapital den reformistischen Hausknecht durch den faschistischen ersetzen, als die reformistischen Mittel zur Stützung des Kapitalismus nicht mehr genügten.

In der alten Form kann zur Zeit weder in Frankreich noch in der Bundesrepublik, ja nicht einmal in Italien eine neue faschistische Prätorianergarde für die herrschenden Monopole und Imperialisten gebildet werden. Wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaftsreformisten wieder ausgedient haben werden als Stützen der kapitalistischen Profitwirtschaft, wird die Demagogie zur Mobilisierung neuer Stützen der Kapitalherrschaft an die nach dem zweiten Weltkrieg herangereiften ideologischen und objektiven Voraussetzungen anknüpfen müssen. Das ist die Ideologie der Sozialpartnerschaft und die Illusion, daß der Kapitalismus lebensfähig ist.

Nach dem ersten Weltkrieg war in den Massen die Ideologie der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit nur keimhaft unter den Angehörigen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vorhanden. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft und Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wurde durch die Inflationsfolgen und Dauerarbeitslosigkeit nicht begünstigt. Kleinbürgertum und Arbeiter verelendeten und der Glaube an den Sozialismus war sogar in diesen Schichten noch so stark, daß der deutsche Faschismus das Wort Sozialismus in Verbindung mit der Nation in seinem Namen als Nationalsozialistische Arbeiterpartei firmieren mußte. Ideologisch wurde angeknüpft an den Antisemitismus, den Bebel als "Sozialismus der dummen Kerle" bezeichnet hatte. Losungen wie 'Kampf gegen das raffende, aber für das schaffende Kapital, die Herrenrasse und die Aussicht auf Führerposten in der eroberten Welt', waren die Ideologie, um die Massen für die Interessen des Monopol- und Finanzkapitals einzuspannen.

Siebzehn Jahre Nachkriegskapitalismus in Form des sogenannten Wohlfahrtsstaates und der in Mangelware verwandelten Arbeitskraft, die die Voraussetzung für die Steigerung der Löhne und Gehälter bildet, haben in breiten Schichten die Illusion begünstigt, der Kapitalismus habe die Klassen beseitigt und sei imstande, dauernde Vollbeschäftigung zu sichern. Erhard und einige andere Professoren glauben wahrscheinlich an diese Möglichkeit. Die Sozialdemokratie hat ihr Programm und ihre Praxis auf große Koalition eingestellt, und soweit sie noch Opposition mimt, richtet sie sich nicht gegen den Klasseninhalt der Adenauer-Politik, sondern gegen die Tatsache, daß sie zur Zeit noch als Koalitionspartner verschmäht wird.

Die Gewerkschaftspolitik des DGB ist heute Sozialpartner-Politik zur Restauration des Kapitalismus und Kampf gegen den Kommunismus unter Führung der Vereinigten Staaten. So wird die Sozialpartnerschaft zur Basis der Verteidigung des Kapitalismus, die vor dem zweiten Weltkrieg fehlte. Wenn der Kapitalismus tatsächlich imstande ist, Überproduktionskrisen zu verhindern, dann ist es nur logisch, daß die Sozialpartner im Falle der Krise freiwillig zu Lohnsenkungen für Arbeiter und Angestellte bereit sind, um gemeinsam mit den Kapitalisten der eigenen Nation den Konkurrenzkampf auf den Weltmarkt siegreich zu bestehen. Hierzu Wehner in der "Welt der Arbeit" als Appell zum 1. Mai: "Wir sind aufeinander angewiesen." Ende der zwanziger Jahre mußte sich der in Arbeit stehende Teil mit Lohnsenkungen und verschärfter Herr-Im-Hause-Praxis der Unternehmer abfinden. Die Tatsache, daß die Hälfte der deutschen Arbeiter in der Weimarer Republik dauerarbeitslos war, hatte die entscheidende Rolle der modernen Arbeiterklasse im kapitalistischen Produktionsprozeß beseitigt. Der noch beschäftigte Arbeiter, der sich den Bedingungen der Unternehmer unterwerfen mußte, tat das mit Schamgefühl über seine Ohnmacht. Er war vor dem ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik Klassenkämpfer und glaubte an den Sozialismus. Dieses Klassenbewußtsein, der Glaube an die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus ist heute von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie über Bord geworfen worden. In den Gewerk-

schaften der Bundesrepublik gibt es zwei Nuancen, die IG Bau, Steine und Erden und die IG Metall. Die IG Bau, Steine und Erden unter Führung des Gewerkschaftsstrategen Leber organisiert zur Zeit Streiks zur Er kämpfung eines Urlaubsgeldes von jährlich DM 100,-- für ihre Gewerkschaftsmitglieder. Leber ist erbost und fühlt sich verraten. Er glaubte, das feste Versprechen seiner Verhandlungspartner zu haben und dadurch die Ordnungsfunktion seiner Gewerkschaft für die Mithilfe bei der ungestörten Ausnutzung der Baukonjunktur durch die Bauunternehmer materiell honoriert zu bekommen. In diesem Glauben hat er geringere Lohnerhöhungen gefordert, als sie bei der Konjunkturlage hätten erkämpft werden können.

Die Bauunternehmer verweigern aber jetzt die bare Zahlung für die Ordnungsfunktion der IG Bau, Steine und Erden, einen Ehrensold für den Verzicht der Gewerkschaft auf den Kampf um höhere Löhne. Nur 1/3 der Bauarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, 2/3 der Bauarbeiter von dieser Gewerkschaftspolitik nicht angesprochen, Mitglied zu werden. Eine Bereitschaft unter den Unorganisierten, in die Gewerkschaft einzutreten, um die Harmonieapostel um Leber in der Führung zu beseitigen und aus der IG Bau, Steine und Erden wieder eine klassenbewußte Kampfgewerkschaft zu machen, die an die Traditionen der Bauarbeitergewerkschaft vor 1933 anknüpft, scheint nicht zu bestehen. DM 100,-- in Form eines Urlaubsgeldes hat doch keine andere Bedeutung als eine Art Rückerstattung eines Teils des Gewerkschaftsbeitrages. Dies zum Gegenstand eines Kampfes mit den Unternehmern seitens einer Gewerkschaftsführung zu machen, die sich rühmt, ohne Kampf mit den Unternehmern harmonisch seit 1945 ausgekommen zu sein, ist ein Witz. Ein origineller, aber ein trauriger Witz in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bis in die letzten Zeiten der Weimarer Republik kämpften die Gewerkschaften um die Verallgemeinerung ihrer Erfolge für alle Berufsangehörigen, nicht um Ehrensold für die Gewerkschaftsmitglieder. Im Baugewerbe wurden 90 % für die Gewerkschaft gewonnen, die die Konjunktur bis zum Letzten ausnützte und die Ergebnisse für alle Berufsangehörige verallgemeinerte.

"Brenner, Butze- oder Biedermann?" Unter dieser Überschrift berichtet der "Industriekurier" vom 3. Februar über ein Gespräch mit Otto Brenner. Darin heißt es:

"Der 'Industriekurier' dankt es dem I. Vorsitzenden der IG Metall, daß er ihm die Gelegenheit gab, in einem persönliche Gespräch prüfen zu dürfen, ob er tatsächlich einen falschen Bart trägt. Zusammenfassend kann man sagen: Brenner ist in der persönlichen Begegnung wirklich anders als in Pressekonferenzen und auf Kongressen. Er ist in seiner Wortwahl bürgerlicher, in seiner Haltung versöhnlicher, doch seine Ansichten bleiben die gleichen.....

Brenner blieb auch in der Kantine des Frankfurter Gewerkschaftshauses bei Bier und Schinkenhäger der Ideologe, sympathisch, aber unbeirrt in seiner Auffassung, daß unsere Gesellschaft eine Klassengesellschaft sei und bleibe, in der Kapital und Arbeit im Widerstreit lebten und leben müßten.....

'Partnerschaft?' In diesem Begriff kommt eine 'Gemeinsamkeitsideologie' zum Ausdruck, die ich ablehne. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind keine Sozial-, sie sind nur Tarifpartner. Die Bedingungen, unter denen diese beiden Klassen miteinander verhandeln müssen, sind zu unterschiedlich, als daß man von einem Partnerschaftsverhältnis sprechen könnte. Denn die Arbeitgeber verfügen allein über das Eigentum an den Produktionsmitteln....

Brenner scheint jedoch nicht so sehr Marxist zu sein, diesen Klassengegensatz aufheben und radikal in klassenlose Gesellschaft des Proletariats überführen zu wollen. Er ist zu sehr Demokrat, um den Kapitalisten in toto die Existenzberechtigung abzusprechen.....

Es wird in vielen Punkten eine Einschränkung der Autorität der Arbeitgeber notwendig sein.....

Für gewisse Schlüsselindustrien soll das Eigentum aufgehoben werden, eine Sozialisierung durchgeführt werden.....

■ Übrigen bedeutet 'eingeschränkte Autorität des Kapitals' für Brenner, daß sich die Arbeitnehmer mit dem Unternehmer in die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum teilen, daß die überbetriebliche Mitbestimmung verwirklicht und in den Betrieben nicht nur Aufsichtsrat und Vorstand mitbestimmt, sondern auch die Hauptversammlung paritätisch mit Arbeitnehmern besetzt wird."

Brenner will dem Hund den Schwanz nur stückweise abhacken.

"Noch nie war die Gelegenheit so günstig, eine Umverteilung des Volkseigentums vorzunehmen, wie jetzt bei nachlassender Konjunktur und weiterhin angespanntem Arbeitsmarkt. Denn nun können Lohnerhöhungen kaum im Preis weitergegeben werden, sondern müssen aus den Gewinnen gezahlt werden. Dieser Effekt ist beabsichtigt.".....

Brenner ist wirklich im Grunde ein sympathischer Mann. Er ist nur mit der falschen Weltanschauung aufgeladen."

Wir vermögen Brenner nicht einmal spöttisch unsere Sympathie auszudrücken. Auch als bloßer Tarifpartner verhandeln Unternehmer und Arbeitervertreter für das sogenannte "gemeinsame Wohl". Unter der Herrschaft des Kapitals bedeutet das gemeinsame Wohl Sicherung der Kapitalherrschaft. In der Bundesrepublik nach 1945 Restauration der Kapitalherrschaft und zwar in gemeinsamen Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit. Unter den bei Kriegsende vorhandenen Umständen erlaubte das Kräfteverhältnis zwischen den Siegermächten, die an die Stelle der Herrschaft der besiegten deutschen Bourgeoisie traten, um die Revolution zu verhindern, der Arbeiterklasse nicht den Kampf um die politische Macht und den Beginn des sozialistischen Aufbaus.

Die Partnerschaftspolitik der Gewerkschaften bedeutet aber nicht bloß zeitweiliges Abfinden mit den gegebenen Machtverhältnissen, sondern auch ideologisch Verzicht auf die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterschaft zum Kampf um die politische Macht und den Aufbau des Sozialismus. Das bedeutet Verzicht auf die Neuschaffung der Kraft des Proletariats für den Machtkampf. Für das Linsengericht der Anpassung der Löhne an die Existenzbedingungen des Kleinbürgertums wurde die historische Aufgabe des Proletariats preisgegeben. Brenners Spekulation über Neuverteilung des Volksvermögens und Erzwingung von Lohnsteigerungen auch bei schwachen Konjunkturen zeigt, daß er in politischer Ökonomie Analphabet und in der Geschichte der Arbeiterkämpfe Ignorant ist.

Ohne Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Vergesellschaftung als Basis der sozialistischen Planwirtschaft gibt es keine Neuverteilung des Volksvermögens. Ohne ideologischen und prakti-

schen Kampf um die politische Macht und Entmachtung der Kapitalistenklasse als Richtschnur in Kämpfen um die Tagesbedürfnisse, im Kampf um die Produktionskontrolle und nicht nur Mitbestimmungsrecht um Arbeitsdirektoren und Vertreter in den Aktiengesellschaften, kann allein die verlorene Kampfkraft der Werktätigen neu geschaffen werden. Die Bourgeoisie bereitet sich klassenbewußt auf Stockung und Krise vor. Dazu dient die Kapitaloffensive Erhards, Notstandsgesetzgebung und dergl.

In der Stockung und Krise ist die Arbeitskraft nicht mehr Mangelware, sondern die Arbeitslosen werden wieder Reservearmee zur Verwirklichung der Pläne zur Lohnsenkung und Niederhaltung der Werktätigen auch im Kampfe um bloße Tagesbedürfnisse. Als betrogene Betrüger erwiesen sich die sozialdemokratischen und gewerkschaftsreformistischen Politikanten 1933. Ihre Politik hat entscheidend die Kampfkraft der Arbeiter zerstört und Hitler den Weg zur Macht geebnet. Beim Zusammenbruch der Nachkriegskonjunktur nach dem zweiten Weltkrieg wird es ebensowenig nutzen zu sagen: "Das haben wir nicht gewollt" wie 1933.

Wann will Brenner die so oft angekündigte Verteidigung der Demokratie beginnen? Wenn es wieder zu spät ist? Hitler liquidierte die Weimarer Republik legaler als de Gaulle die vierte französische Republik. Hitler konnte sich auf die von der Politik der SPD und der Gewerkschaftsreformisten (die als Kurpfuscher am Krankenbett des Kapitalismus die Schulung und Mobilisierung verhinderten) enttäuschten Arbeiter stützen.

Die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder ist wieder zum Schwanz der Bourgeoisie geworden. Als Kanonenfutter der kapitalistischen Revolutionen hatten das Kleinbürgertum und das im Entstehen begriffene Proletariat für die Bourgeoisie die politische Macht erobert. In der großen französischen Revolution löst sich die bürgerliche Revolution von der religiösen Ideologie, mit der der Aufstand der Niederländer und die englische Revolution durchgekämpft wurden. Es war der Fortschrittsgedanke der Aufklärung, die den revolutionären Kämpfen vorausging, die die französische Revolution zur klassischen Revolution gemacht hat. Es war dieser Fortschrittsgedanke, der die Arbeiterklasse und die Kleinbürger im Frühkapitalismus lange an die große Bourgeoisie band. Die heute herrschende Kapitalistenklasse kann mit den Fortschrittsgedanken, mit denen sie in ihrer revolutionären Periode Absolutismus, Adel und Kirche besiegte, heute nichts mehr anfangen. Für sie ist der Kapitalismus Endphase der gesellschaftlichen Entwicklung, der Sozialismus keine höhere Etappe, sondern für sie das absolute Ende aller "Freiheit, Menschlichkeit und Demokratie".

Freiheit, wozu? Zum Schutz des privaten Eigentums, zum Schutz des Eigentümers zum Erwerb von immer mehr Eigentum ohne Rücksicht auf jede Menschlichkeit. Darin erschöpft sich der Begriff der Freiheit in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Die Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in Ware verwandelt auch alle alten ehrwürdigen Privilegien, Sitte, Ehre usw. in käufliche Ware. Dies alles ist heute "frei" zum Verkauf. Sie werden verkauft um eine Urlaubsreise, ein Auto, Radio, Kühlschrank und dergl. Demokratie (?), Volksherrschaft (?) sind reduziert auf periodische Stimmabgaben zu bestimmten Jahresfristen.

Als Demokratie wird sogar die Volksabstimmung, wie zur Zeit die de Gaulles in Frankreich, ausgegeben. Die Ja-Stimmen für den Frieden in Algerien, für den die ungeheure Mehrheit eintritt, wird verbunden mit weiteren Vollmachten für die persönliche Diktatur de Gaulles. Gegen diesen Betrug antwortet die OAS mit Gewalt. Es ist der Teil der Militärbürokratie, die im

Auftrag des französischen Monopol- und Finanzkapitals zum Sturz der vierten Republik und der Errichtung der de Gaulle-Diktatur eingesetzt wurde, um die Kolonialherrschaft in Algerien aufrechtzuerhalten. Die Losung war 'für ein französisches Algerien'. Begründet wurde dieser Kampf mit der Notwendigkeit, der 1 Million europäischer Kolonialisten die Herrschaft zu sichern. Das französische Militär hat im zweiten Weltkrieg, im Kolonialkrieg in Indonesien, viel an Prestige verloren. Im zweiten Weltkrieg wurde Frankreich nicht gegen den deutschen Überfall verteidigt, weil das Gros der entscheidenden Schichten der Bourgeoisie lieber Hitler wollte, statt eine Volksfront-Regierung. Im Indochina-Krieg wurden die französischen Truppen von den schlecht bewaffneten Volksmassen besiegt, die um ihre Unabhängigkeit und nationale Freiheit kämpften. Algerien sollte dazu dienen, diese Prestigeverluste wett zu machen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Mit fast 1 Million Soldaten, Gendarmerie und Polizei wurde im siebenjährigen Krieg die französische Armee wieder geschlagen. Dem französischen Finanz- und Monopolkapital kam und kommt es darauf an, die eben entdeckten und jetzt ausgebeuteten Petroleum- und Erzlager in der Sahara weiter ihrer Ausbeutung zu erhalten. Da auch in Frankreich die Arbeiterklasse nicht die Kraft hat, ihre eigenen Interessen und das Schicksal Frankreichs zu bestimmen, wurde de Gaulle, der im zweiten Weltkrieg gegen die Kapitulation, für den Widerstand aufgerufen hatte, der gegebene Preisfechter für die Liquidierung des Algier-Krieges. Der Teil der Generale und Offiziere, der an dem alten Kampfziel für ein französisches Algerien festhält, die Hauptakteure beim Sturz der vierten Republik und der Errichtung der de Gaulle-Herrschaft, soll jetzt von der Armee unter Führung von Offizieren, die mit der OAS sympathisieren, liquidiert werden. Das ist keine einfache Aufgabe. De Gaulle soll, gestützt auf sein Ansehen, diese Liquidation durchführen, ohne die Armee noch weiter zu desorganisieren, die jetzt im Mutterland eingesetzt werden soll, um Rebellionen der Bauern, Demonstrationen der Arbeiter und die Kämpfe für die Tagesbedürfnisse in Schranken zu halten.

Es ist die typische Lage, in der die herrschende Bourgeoisie mit den gewohnten Methoden der parlamentarischen Demokratie nicht mehr regieren kann, das Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder nicht in der Lage ist, sich zum entscheidenden Kampf um die politische Macht zu organisieren. Es tut sich allerlei mit der Demokratie in den kapitalistischen Ländern.

In Argentinien kämpfen zwei Militäroliquen um die "Erneuerung" der Demokratie durch Ungültigkeitserklärung der stattgefundenen Wahlen, weil der in Argentinien herrschende "Demos" Peronisten, statt der verlangten Kandidaten gewählt hat.

Aber, es lebe die Demokratie! Neuwahlen mit einem Zensuswahlrecht sollen ausgeschrieben werden, um die verlangten Resultate echt demokratisch zu erzielen. Auch in Syrien hat das Militär die Regierung, die es vor einem reichlichen halben Jahr eingesetzt hatte, verjagt, das Parlament aufgelöst, korrupte Regierungsmitglieder eingesperrt, zum Teil aber wieder freigelassen, weil man einige für die neue demokratische Regierung braucht.

In der Türkei klappt es mit der durch Staatsstreich eingeführten neuen Demokratie gleichfalls nicht. Die Partei der von den Offizieren abgesetzten Menderisten, die bei den Wahlen wieder als starke Partei ins Parlament kam, fordert die Freilassung der noch nicht gehenkten, gefangenen

Parlaments- und Regierungsmitglieder, der von den Militärs gestürzten ehemaligen Menderes-Regierung.

Auch in Persien klappt es mit der Demokratie nicht ganz. Und sogar in dem christlichen Italien werden "Linksschwenkungen" nach Berechnungen der Abgeordneten im Parlament und Senat ausprobiert, bevor man de Gaulle-Methoden in Italien anwendet, für die großes Interesse vorhanden sein soll.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig, aber sie scheint uns auszureichen, um ernstere Gedanken anzuregen über Rolle, Zweck und Möglichkeiten der Demokratie zur Lösung der Aufgaben unserer Zeit. Allerlei neue Gedanken und Ideen werden geboren unter den Verhältnissen der zweiten technischen Revolution. Der gesellschaftliche Überbau entspricht nicht mehr den neuen Produktionsbedingungen. Aber diese neuen Ideen werden nur insoweit verwirklicht, als die entscheidenden Massen bereit sind, diese Gedanken aufzugreifen, weil sie ihren erkannten Bedürfnissen entsprechen. Das Umgekehrte gilt für altgewordene, überlebte Ideale, wenn sie den Lebensbedürfnissen der entscheidenden Schichten nicht mehr entsprechen. Gegenüber der traditionellen Demokratie als Praxis und Ideologie ist der Wandel eingetreten.

Der Widerspruch zwischen Privateigentum an den Produktionsmitteln zu den Aufgaben der bereits vergesellschafteten Produktion ist noch nicht von den entscheidenden Massen erkannt, deshalb der Kampf dafür in den entwickelten kapitalistischen Ländern noch nicht aufgenommen worden. Das muß unter Umständen sehr teuer bezahlt werden, vielleicht sogar mit dem Atomkrieg.

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie und ihre Lehren.

Die IG Metall als die stärkste und führende Industriegewerkschaft des DGB hat in der letzten Lohnbewegung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ein Beispiel gegeben, jedoch ist die Art und Weise des geführten Kampfes sowie auch das Ergebnis durchaus nicht nur positiv, wohl aber charakteristisch für die gesamte gewerkschaftliche Situation. Es ist für die gesamte Arbeiterschaft notwendig, daraus Lehren zu ziehen. Dabei ist nicht so interessant, was von der IGM gefordert und von den Unternehmern geboten wurde, sondern wie wir zur Frage der Vorbereitung, der Methode und zu dem Ergebnis stehen und daraus schlußfolgern.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Bewegung im süddeutschen Raum in Württemberg-Baden sowie in Bayern. Im wesentlichen stimmen die Voraussetzungen wie auch der Ablauf und das Ergebnis in beiden Bezirken überein, wenn auch die Gewerkschaftstradition Württemberg-Badens heute noch vielfach stark nachwirkt. Hier existiert und wirkt noch ein kleiner Teil von Funktionären, die bereits vor 1914 aktiv waren, der größere Teil aber hat noch die Kämpfe von 1918-1933 miterlebt und nicht nur reine Lohn- und Arbeitskämpfe, sondern auch die damit verbundene politische Aufgabenstellung. Dieser Einfluß wirkt sich zweifellos auch heute noch auf die jüngere Generation aus und hat sogar Einfluß auf die Spitzenführung der IGM. So war auch der Kollege Bleicher einer der

wichtigsten Leute während der Verhandlungen mit den Unternehmern, sowie er allgemein als der stärkste Mann im Kreis der im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften gilt. Er hat auch die ersten Verhandlungen am 16. Januar in Baden-Baden mit den Unternehmern geführt, wobei die Unternehmer als Bundesvertreter erschienen und auch die Gewerkschaften veranlaßten, diese Verhandlungen überregional zu führen. Einmal ist die Verhandlung daran gescheitert, daß die Gewerkschaften sich weigerten, überregional zu verhandeln, zum anderen an dem Angebot der Unternehmer, "praktisch" nur 5 % Lohnerhöhung zu gewähren, den ab 1. Januar gewährten Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung mit eingerechnet.

Die IGM, die 10 % mehr Lohn und auch eine Neuregelung der Urlaubsfrage gefordert hatte, mußte natürlich das Angebot der Unternehmer neben der Forderung nach zentralen Verhandlungen als Provokation empfinden. Auch eine zweite Verhandlung führte zu keinem Erfolg und so wurde für den 2. Februar in Württemberg-Baden die Urabstimmung beschlossen, die schon in den vorhergegangenen Tagen durch kurze Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen propagandistisch vorbereitet worden war. Auch in Bayern hatte sich inzwischen nach Scheitern der Verhandlungen die Lage zugespitzt und durch Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen weiter verschärft, doch versuchte man dort, zunächst den Ausgang des Kampfes in Württemberg abzuwarten. Die Urabstimmung wurde auch ein formaler Erfolg, nachdem über 75 % der Stimmberechtigten sich für den Streik entschieden. Die entscheidenden Großbetriebe stimmten bis zu 96 % für einen Arbeitskampf ab. Nurmehr schaltete sich die Landesregierung von Württemberg-Baden ein und schließlich kam auch eine Kompromißlösung zustande, die heute allgemein auch für andere Tarifbezirke als verbindlich gilt und allgemein bekannt ist, so daß man auf diese Einzelheiten verzichten kann. Immerhin wurden aber 6 % Lohnerhöhung und auch eine Verbesserung des Jahresurlaubs erreicht, aber dieser Erfolg ist nicht allein der gewerkschaftlichen Aktivität zuzuschreiben.

Die Einleitung und der Verlauf der Auseinandersetzung bewiesen eindeutig die Haltung der gesamten Unternehmerschaft, die Verhandlungen zentral zu führen und möglichst dabei die staatliche Schlichtung anzurufen. Der Grund zu dieser Haltung liegt in den unterschiedlichen Laufzeiten der regionalen Tarifverträge, aber auch an dem verschiedenartigen Lohnniveau. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Preiskalkulation der deutschen Unternehmerschaft sehr straff vorgenommen werden muß, um der Konkurrenz durch die ausländischen Unternehmer zu begegnen und ohne dabei den eigenen Gewinn anzugreifen oder zu beschneiden. So war also das Abkommen nach Lage der Kräfte, die sich gegenüberstanden, ein Maximalergebnis, das schließlich doch noch auf dem Verhandlungsweg erreicht werden konnte. Charakteristisch ist dabei, daß trotz regionaler Verhandlungen das Ergebnis praktisch überall das gleiche war. Die Unternehmer hatten also ihren Verhandlungsplan im wesentlichen eingehalten und dafür den notwendigen Arbeitsfrieden eingetauscht, der nicht nur ihren kommerziellen, sondern auch ihren politischen Interessen entsprach. Zweifellos fürchten die Unternehmer neben dem gewaltigen geschäftlichen Verlust ebenso die zu erwartende Radikalisierung der Arbeiter und einen eventuellen Prestigegewinn des Ostens, den zudem auch die Bundesregierung um jeden Preis vermeiden möchte.

Der Ausbruch eines offenen Kampfes hätte demnach mit der Drohung der Aussperrung durch die Unternehmer beide Seiten in eine gefährliche Situation gebracht. Es wäre eine gewerkschaftspolitische Entwicklung mit dem Lohnkampf angebahnt worden, für die die Voraussetzungen innerhalb der west-

deutschen Arbeiterschaft nicht gegeben waren. Offenbar hat auch auf Seiten der IGM-Führung darüber kein Zweifel bestanden, das beweist allein schon die vorgesehene Taktik, im Falle eines Streiks gewisse Schlüsselindustrien zu bestreiken, nicht aber die Industrie in ihrer Gesamtheit. Diese Tendenz innerhalb der gewerkschaftlichen Taktik ist sicher auch ein Beweis dafür, daß angesichts des mangelnden Klassenbewußtseins und auch der starken Verschuldung großer Teile der Arbeiterschaft durch Ratengeschäfte kein Lohnkampf geführt werden kann, bei dem die Arbeiter Opfer zu tragen bereit wären. Ein Kampf aber, der nur geführt werden kann aufgrund gesicherter Unterstützungen, muß zusammenbrechen, wenn man nur die Gewerkschaftskassen zur Grundlage hat und nicht den Willen der Streikenden, in der Auseinandersetzung erfolgreich zu bestehen. Die Einstellung der meisten Gewerkschaftsmitglieder läuft heute auf die Ansicht hinaus, daß man seinen Beitrag bezahlt und dafür von den Sekretären erwarten kann, daß diese in Verhandlungen bessere Arbeits- und Lohnbedingungen erwirken. Diese weitverbreitete Auffassung unter den Arbeitern war auch eine der großen Schwächen der letzten Lohnbewegung, wobei die Unternehmer dies klar erkannt hatten und mit Hilfe zentraler Verhandlungen ihr Angebot aufeinander abstimmten, um gleichzeitig auch in kluger Voraussicht konjunktureller Abschwächung die Gewerkschaft mit Hilfe der staatlichen Schlichter gesamtwirtschaftlich verantwortlich zu belasten.

Dies bedeutet, daß im Sinne der Unternehmer der Staat in Zukunft stärkeren Einfluß auf die Lohnbewegungen gewinnt und damit die Gewerkschaften auch in ihren innerpolitischen Funktionen stark einschränkt. Dies ist den Unternehmern auch durch das gleichartige Abkommen in den verschiedenen Tarifbezirken zu einem Großteil gelungen, während es die Gewerkschaften zu verhindern suchten.

Niemand kann bestreiten, daß nur durch die Gewerkschaften die heutige Lebensexistenz erreicht worden ist. Wir sehen aber eine laufende Konzentration der Wirtschaftsunternehmungen, ihr engeres Aneinanderrücken im Kampf gegen die Arbeiterschaft und einen gewissen Stillstand des Konjunkturaufstieges. Dies sind Tatsachen, die sich auch auf die Gewerkschaften auswirken und daraus folgen die Schwerpunktstreikmethoden der IGM, wie sie auch schon in Schleswig-Holstein praktiziert worden sind und durchaus noch Erfolg hatten, im Lauf der weiteren Entwicklung aber im Bewußtsein der Arbeiter an Bedeutung verlieren.

Als Einzelercheinung kann diese Taktik unter bestimmten Bedingungen noch zu einem gewissen Erfolg führen, aber nicht als allgemeine Methode, wie dies noch beim Streik in Schleswig-Holstein möglich war.

Diese Zeit ist vorbei und es bedarf der Notwendigkeit innerhalb der Gewerkschaften, das Bewußtsein der Arbeiter zu stärken und sie auf diese neue Situation vorzubereiten. Die Gewerkschaftspolitik findet hier eine für die Zukunft der Bewegung entscheidende Betätigung und sie hat auch keine festen Grenzen, nur kann sie nicht eine politische Arbeiterpartei ersetzen, wie man es in diesen Kreisen vielerorts glaubt. Die Befruchtung des gewerkschaftlichen Kampfes muß von einer revolutionären sozialistischen Partei ausgehen, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken in der Lage ist und dieses dann im gewerkschaftlichen Kampf seinen Ausdruck findet. Das Klassenbewußtsein ist demnach die politische Voraussetzung eines Gewerkschaftlers, wenn er sich gegen Unternehmer- und Staatswillkür behaupten und sein eigenes Lebenslos verbessern will. Dabei aber ist entscheidend das Bewußtsein, daß diese Kämpfe allein seine Abhängigkeit vom kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht besei-

tigen können, wenn nicht der Wille vorhanden ist, die bürgerliche "Ordnung" durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung abzulösen.

Heute aber liegt infolge des fehlenden Klassenbewußtseins die Gewerkschaftspolitik eingebettet in der allgemeinen sozialen Gesetzgebung. Dieser Rahmen der rein gewerkschaftlichen Interessenvertretung muß zwangsläufig zur Sozialpartnerschaft und damit zur Erhaltung dieser Gesellschaft führen.

Beziehen wir dies auf die Gegenwart, in der keine politischen Vorgänge im großen Maßstab zu verzeichnen sind, so zeigt sich auch bei der letzten Lohnbewegung, wie von der Unternehmenseite unter Einschaltung staatlicher Organe, aber auch mit der Aussperrungsdrohung, zwar der gesetzliche Rahmen gewahrt wurde, die Gewerkschaft aber im Schatten dieser bürgerlichen Gesetzmäßigkeit und mit ihrem staatsbejahenden Charakter ins Hintertreffen gekommen ist.

Die Unternehmer sahen in den bezirklichen Verhandlungen ihre eigene Schwäche und wollten auf dem zentralen Verhandlungsweg die IGM, wie man sagt, "zum Maßhalten" zwingen. Eine gewerkschaftliche Schwächung auf diesem Wege wirkt sich naturgemäß auf die gesamte Bewegung aus. Diese Art der Partnerschaftspolitik mit Unterstützung prominenter Regierungsvertreter und unter Androhung staatlicher Zwangsmittel ist wohl von den Gewerkschaften stark angegriffen worden, doch fehlten die eigenen gewerkschaftspolitischen Forderungen, die man der Regierung und den Unternehmern entgegenhalten konnte. Noch mehr aber mangelt es an der Aktivierung der einzelnen Betriebs- und Gewerkschaftsgremien, um auf diese Weise das politische Denken der einzelnen Mitglieder einen Schritt vorwärts zu bringen, besonders hinsichtlich der Rolle des bürgerlichen Staates und seiner Abhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft. Die IGM kann nicht von diesem Staat, der ihr Gegner ist, eine Billigung ihrer Politik erwarten. Dies muß man heute den Gewerkschaftsmitgliedern klar machen und darf dabei nicht verschweigen, daß der Kampf um eine höhere Lebenserwartung keine Frage des Arbeitslohnes und der Arbeitsverhältnisse allein, sondern es dabei einer gesellschaftlichen Änderung bedarf.

Die große Illusion und ihr Ende

Zu den vielen unerfreulichen Überraschungen, die die neue Regierungskoalition auf sozialpolitischem Gebiete für die Arbeiter und Angestellten der westdeutschen Bundesrepublik bereit hält, gehört an vorderster Stelle ein weitgehender Abbau der Sozialversicherung.

Der im Jahre 1960 unternommene Versuch, die Krankenversicherung zu verschlechtern, stieß auf solch einhelligen Widerstand nicht nur der Werktätigen, sondern auch der Ärzte, daß die CDU - vor allem mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen, die im September 1961 bevorstanden - ihren "Reform"plan zunächst zurückstellte. Aber sie hat, was auch unverhohlen zugegeben wird, diesen Plan durchaus nicht aufgegeben. Im Gegenteil! Der jetzige Koalitionspartner, die FDP, durch keine Rücksichten und Erwägungen gehemmt, wird auf Durchführung und Verwirklichung aller jener

Maßnahmen drängen, die den sozialen Status des westdeutschen Arbeiters verschlechtern und herabsetzen.

In Koalitionsbesprechungen und "Sachverständigenberatungen" wird z. Zt. ein neuer "Reformplan" ausgehandelt, der in etwas veränderter und verschleierte Form die alten Vorschläge wiederholt. Vor allem soll die "Selbstbeteiligung" an den Kosten auf jeden Fall eingeführt und die freie Arztwahl beschränkt werden. Es besteht kaum ein Zweifel, daß der Bundestag diesen Reformplänen zustimmt. Ein besonderes Ärgernis für die Unternehmer ist die im Jahre 1957 durch die Rentenreform erfolgte Erhöhung der Renten. Die FDP führte im vorigen Jahre ihren Wahlkampf mit der Parole: Reform der Reform - was auf gut deutsch hieß: Beseitigung der im Jahre 1957 erfolgten Rentenerhöhung.

Die Rentenreform von 1957 führte bekanntlich die "Produktivitätsrente" oder "gleitende" Rente ein. Durch ein überaus verwickeltes und für den Laien völlig unübersehbares Verfahren soll die Rente dem jeweiligen allgemeinen Lohnstand angepaßt werden und dadurch ihr Realwert erhalten bleiben. Das Ziel ist nur sehr unvollständig erreicht worden und auch nur bei den Neurenten im Jahre ihrer Bewilligung. Schon im nächsten Jahre sind die Renten durch die Geldentwertung nicht mehr das, was sie waren. Von einer automatischen Anpassung der Renten an die Preisentwicklung hat man wohlweislich abgesehen: die Anpassung der bereits laufenden Renten muß jeweils vom Bundestag beschlossen werden. Dadurch ist die Rentenanpassung ein Spielball wechselnder Majoritäten und ein Politikum ersten Ranges geworden. Wenn der Bundestag die Anpassung nicht beschließt oder sie in ungenügender Höhe festsetzt, so steht in einigen Jahren der Rentner wieder da, wo er früher stand: bei Not und Mangel! "Der Rentner wird aus der Nähe des Fürsorgeempfängers in die Nachbarschaft des Lohnempfängers gerückt", hieß es 1957 in einer vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Broschüre, die in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde. Mit diesen Verheissungen und Versprechungen konnte die CDU ihren Wahlerfolg organisieren.

Heute liest man es anders! Das Statistische Bundesamt veröffentlichte im Januar d.J. eine Mitteilung, die sehr bezeichnend ist. Der vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Preisindex wird nach Verbrauchergruppen berechnet. Die Lebensgewohnheiten und der Konsum einer gewissen Verbrauchergruppe bilden den Maßstab, an dem das Steigen - oder Sinken - der Preise gemessen wird. Das Bundesamt teilte nun mit, daß es einen neuen Preisindex für die Lebenshaltung einer "unteren Verbrauchergruppe" berechnet habe. Diese "untere Verbrauchergruppe" setzt sich zusammen aus "Rentner- und Fürsorgeempfängerhaushalten"!

Begründet wird das Bestreben nach Abbau und Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen mit ihren angeblich ungeheuren Kosten. Besonders die Produktivitätsrente soll "inflationistisch" wirken. Seltsamerweise stellen sich Sorgen um die Währung oder den Staatshaushalt immer nur dann ein, wenn es sich um Sozialleistungen handelt, um Leistungen und Maßnahmen, die dem Arbeiter und Angestellten zugute kommen. Man hat noch nie gehört, daß etwa der "Grüne Plan" die Währung gefährde oder die Entwicklungshilfe oder die Rüstung oder so viele andere Ausgaben. Dabei handelt es sich hier um Summen, die für soziale Zwecke erforderlichen Beträge um ein mehrfaches übersteigen. Und ein "Wirtschaftswissenschaftliches Institut" der Unternehmer beweist dann mit tödlichem Ernst und vielen Zahlen, daß die sozialen Ausgaben die deutsche Wirtschaft und den westdeutschen Bundesstaat in den Ruin treiben, während ein "Wirtschaftswissenschaftliches Institut" der Gewerkschaften mit dem gleichen tödlichen Ernst und ebenso vielen Zahlen

bewweist, da das nicht der Fall ist. Dabei wissen alle Teilnehmer dieser widerwärtigen Spiegelfechterei genau, daß es ja nicht um diese Zahlen und Summen geht.

Wenn höhere oder ausgedehntere Versicherungsleistungen gefordert werden, ist es auch ein beliebter und oft gehörter Einwand, daß deren Durchführung den Versicherungscharakter der deutschen Sozialversicherung gefährde. Hier wird das Mittel mit dem Zweck verwechselt. Der Zweck ist die wirtschaftliche Sicherung des Lohn- und Gehaltsempfängers bei Krankheit, Alter, Arbeitsunfähigkeit, Todesfall und dergl. Die Form der Versicherung, wie sie in Deutschland bislang durchgeführt wird, ist nur ein Mittel zum Zweck, eine Organisationsform, die durch eine andere abgelöst werden kann, wenn sie ihren Zweck nicht oder nicht mehr erfüllt. Eine an sich als notwendig oder wünschenswert erkannte Maßnahme deshalb abzulehnen, weil sie mit dem Versicherungscharakter nicht zu vereinbaren sei, ist Unsinn. Es geht um die Wohlfahrt und Gesundheit des arbeitenden Menschen, nicht um irgendwelche Organisations- oder Versicherungsform. Was vor 80 Jahren gut und zweckmäßig war, braucht es heute unter gänzlich veränderten gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr zu sein.

Aber bei all diesen Einwürden handelt es sich ja gar nicht um die Währung, um das Sozialprodukt, um den Staatshaushalt, um den Versicherungscharakter usw. Es geht um die Grundstruktur des Wirtschaftssystems. Die kapitalistische Wirtschaft, die auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln beruht, kann nur produzieren und ihr Kapital umschlagen, wenn der Träger der Ware Arbeitskraft gezwungen ist, sie um jeden Preis zu verkaufen. Eine größere soziale Sicherheit, ein Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens macht den Arbeiter unabhängiger, bewahrt ihn davor, um jeden Preis und zu jeder Bedingung seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Darum lehnt der Unternehmer soziale Maßnahmen, die dem Arbeiter ein gewisses Maß von Unabhängigkeit verleihen, genau so entschieden ab wie Erhöhung der Löhne. Nach seiner Meinung hat die Periode der Vollbeschäftigung den Werktätigen viel zu anspruchsvoll gemacht und es wird höchste Zeit, ihn wieder "an seinen Platz" zu verweisen.

In einer Situation, in der sich auf dem Weltmarkt deutliche Anzeichen einer Überproduktion bemerkbar machen, die die Gewinne und Profite des Unternehmertums gefährden, beginnt der Generalangriff des Kapitals. Noch nie seit November 1918 war das deutsche Unternehmertum so herausfordernd und angriffsfreudig. Man sieht, wie überall nach einem ausgeklügelten Plan der Zusammenspiel der Kräfte abrollt: in der Presse, in Ministerreden, in Tagungsbeschlüssen, in Rundfunk- und Fernsehsendungen, in Auslandsberichten, sogar in den Unterhaltungsteilen der Tagespresse. Die Legie ist geschickt und die Deklamationen der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie nicht ernst. Einen entschlossenen Kampfwillen traut man der Arbeitern nach über 10 Jahren Wirtschaftswunder und "Wirtschaftsharmonie" nicht mehr zu.

Aber gerade das Unternehmertum mit seinen Adenauer, Mende und Erhard wird sehr schnell dafür sorgen, daß der Nebel der Klassenharmonie und die Illusion eines Kapitalismus, der nur aus eitel Liebe und Fürsorge für den Arbeitnehmer produziert, aus den Gehirnen der Arbeiter weicht.

Sturmflut wurde zur Katastrophe

Die große Flut ist abgeebt. Was sie hinterließ, sind Trümmer, Tote und Grabreden der Politiker. Seit Menschen existieren, seitdem ihre Sinne imstande sind, die Gewalten der Natur wahrzunehmen, befinden sie sich im ständigen Kampf mit der Natur - um zu leben und zu überleben. Im Verlaufe dieses Kampfes, im Zeitraum von Jahrtausenden schufen sie sich Götter, entthronten sie wieder, setzten neue Götter an die Stelle der alten, entwickelten Werkzeuge, verwarfen sie und ersetzten sie durch bessere. So ist letztlich die Entwicklung der Technik vom Faustkeil bis zum Atommeiler die Folge des Kampfes der Menschheit gegen die Natur teils, um die Produktion lebensnotwendiger und anderer materieller Güter voranzutreiben, teils, um sich gegen entfesselte Naturgewalten zu schützen.

Die Sturmflut an der deutschen Nordseeküste in der Nacht vom 16. zum 17. Februar 1962 wurde zur Katastrophe, weil die technischen Erkenntnisse zu ihrer Verhinderung nicht angewandt wurden. Es ist eine Binsenweisheit, wenn man verkündet, daß es immer Situationen geben würde, in denen die Natur den Sieg davonträgt, aber es ist eine Lüge, wenn man behauptet, von der Sturmflut "überrascht" worden zu sein. Seit dem 31. Januar und 1. Februar 1953, dem Zeitpunkt der großen Sturmflut in Holland, bei der rund 1800 Menschen ihr Leben verloren und 200.000 Menschen obdachlos wurden, mußten die Verantwortlichen in Bund und Länder die Erfahrungen dieser Katastrophe bei der Neuplanung des Küstenschutzes zugrundelegen. Nach diesem neuen Maßstab waren die Deiche zu schwach und zu niedrig. Unter dem Druck der Fachleute und der Bevölkerung hinter den Deichen entstand der sogenannte Küstenplan von 1955. Mit einem Kostenaufwand von 1,6 Milliarden DM, verteilt auf einen Zeitraum von 10 Jahren, sollte die Küste sturmfest gemacht werden. Jedem Bundestagsabgeordneten wurde 1956 eine Denkschrift Kapitän Hullmanns, des ehemaligen Vorstehers des II. Oldenburgischen Deichbands, mit dem Titel: "S O S - Küste in Gefahr", zugesandt. Aber von den 1,6 Milliarden DM sind bis einschließlich 1962 361 Millionen veranschlagt worden.

Der "Weser-Kurier" vom 20.2.1962 schreibt hierzu:

"Der Küstenplan, der nach Ansicht Hullmanns zunächst erfolgversprechend gewesen sei, habe schließlich jeden an der Küste enttäuschen müssen. Der II. Oldenburgische Deichband in Brake erklärt in diesem Zusammenhang, daß in jedem Jahr von der zunächst in Aussicht genommenen Bausumme Abstriche bis zu mehr als einem Drittel gemacht worden seien. Diese Gelder hätten gefehlt.

Überall dort, wo der Deich verstärkt und erhöht werden konnte, hat er den anstürmenden Fluten standgehalten. Die Deichbrüche in der Wesermarsch erfolgten fast ausschließlich an den Deichstellen, die sich noch in dem alten Zustand befinden."

Auch die Äußerung des MdB Dr. Richard Tumble (Westerland) verdient festgehalten zu werden: ("Weser-Kurier" vom 19.2.1962).

"Angesichts dieser jüngsten Sturmflutkatastrophe mutet die Tatsache bitter an, daß die Bundesregierung im Haushalt 1962 den Etat für Küstenschutzmaßnahmen ausdrücklich zu den kürzungsfähigen Aufgaben rechne."

Während man also den Zeitgenossen mit Broschüren und ähnlichen Luftschutzwerbungen vorfaset, "Jeder hat eine Chance" in einem künftigen Atombombenkrieg, während der Wall gegen den Kommunismus in diesem Jahr allein im militärischen Bereich 16,5 Milliarden DM verschlingt, hält man die Aufwendungen für den Damm gegen den "blanken Hals" auch noch für kürzungsfähig. Und dann versuchen nach der Katastrophe einige politische Witzbolde noch, aus der Not politisches Kapital zu schlagen. "Das Notstandsgesetz muß her", so schreien sie, und behaupten gleichzeitig, die Kommunisten wollen "im Trüben ihre Suppe kochen", wobei sie verschweigen, daß sie selbst das Wasser zu dieser Suppe liefern. -

In der Propagandakampagne der "freien" Presse, des Rundfunks und des Fernsehens spielt die Bundeswehr eine hervorragende Rolle. Sie holt alte Mütterchen von den Dächern, tröstet kleine Kinderchen und verteilt Butterbrote. Man dankt der Bundeswehr als Organisation, - nicht den Menschen, die man in Uniformen gepreßt hat. - Als die Männer der Bundeswehr bis zur Erschöpfung arbeiteten, sich selbst in Lebensgefahr begaben, um andere zu retten, da legten sie schon symbolisch ihre Uniformen ab, denn sie retteten Leben statt, wie es sie gelehrt wird, zu töten. Eine besonders komische Figur machte Konteradmiral Rogge in einer Fernseh-Diskussion. Er behauptete nämlich, daß "Zivilisten" gleich hinter dem Deich Fußball gespielt hätten, während "seine Leute" die Deichschäden reparierten. Er regte an, Arbeitskommandos der Bevölkerung zu bilden, die die Bundeswehr unterstützen sollten. Der Admiral hatte kaum ausgesprochen, da gingen schon die ersten Freiwilligen-Meldungen ein und am nächsten Tag hatten sich so viele gemeldet, daß Rundfunk und Fernsehen sich genötigt sahen, die Bevölkerung aufzurufen, von weiteren Meldungen abzusehen. Lakonisch wurde dann noch mitgeteilt, es hätte niemand im Katastrophengebiet zu dem von Konteradmiral Rogge angegebenen Zeitpunkt Fußball gespielt.

Man kann also auch ohne Uniform organisieren, das haben die vielen Freiwilligen bewiesen. Die Sturmflut diente lediglich als willkommener Anlaß, die Bundeswehr solonfähig zu machen, und der Schrei nach dem Notstandsgesetz unterstand denselben Motiven.

Ein besonderes Kapitel bildet die finanzielle Hilfe für die Flutgeschädigten. Millionenbeträge sind bisher gespendet worden, werden aber zum Teil für "zweckgebunden" erklärt und zurückgehalten. Bundespressechef von Eckardt erklärte am 19. Februar 1962 als Sprecher der Bundesregierung im Hinblick auf die eingegangenen Spenden: "An Geld fehlt es dort ja im Augenblick nicht....." ("Weser-Kurier" 20.2.1962). Erst später, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, erklärte sich die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, wonach den Flutgeschädigten eine Hausratsentschädigung gewährt wird. Die Auszahlung erfolgt durch die Länder, die bereits damit begonnen haben. Nach Verabschiedung des Gesetzes sollen diese Gelder den Ländern vom Bund voll erstattet werden.

Die Forderung des MdB Rademacher, der FDP, eine Milliarde Mark aus dem Verteidigungshaushalt für die Flutgeschädigten abzuzweigen, der sich die IG Metall in ihrer Zeitung vom 6. März anschloß, bleibt unerfüllt. Was bleibt, sind 15 Milliarden für die Bundeswehr, 80 Millionen für einen fragwürdigen Luftschutz und 700 Millionen für die NATO-Streitkräfte.

In Bremen wart wieder einmal Bürgermeister Ehlers für den Luftschutz. Offensichtlich nimmt auch er die Flutkatastrophe zum Anlaß, um der Be-

völkerung den Luftschutz schwachhaft zu machen. Sein Aufruf beginnt:

"Bremerinnen und Bremer!

Vor Katastrophen aller Art sind wir niemals sicher, die diesjährige Flutkatastrophe hat uns Bremern und den Bewohnern der 4 Küstenländer gezeigt, wie schnell große und schwerwiegende Notstände eintreten können, die nur durch gemeinsame Arbeit behördlicher Kräfte und freiwilliger Helfer aus der Bevölkerung zu meistern sind.

Wenn wir auch alle Hoffnungen darauf setzen dürfen, daß die friedliebenden Kräfte in der Welt nichts unversucht lassen, den Frieden zu erhalten, so darf doch unsere Bereitschaft zur Verteidigung nicht erlahmen und es darf auch nichts vernachlässigt werden, was dem Schutz der Bevölkerung dienen kann."

Kein Wort für den Küstenschutz - statt dessen Verteidigung gegen Wasserstoffbomben und Kommunismus.

Wir aber nehmen an, daß gerade Bürgermeister Ehlers weiß, wo die Triebkräfte des Krieges zu suchen sind und wie man sie bekämpft. - Hierzu schreibt er:-

Wenn wie hier in diesem Luftschutz-Aufruf die Rede davon ist, daß unsere Verteidigungsbereitschaft nicht erlahmen dürfe, so meinen die Verfasser nicht die Verteidigung gegen Naturgewalten. Sie meinen die Verteidigung gegen den Kommunismus, das heißt zu deutsch: Erhaltung der Besitzverhältnisse in unserer Gesellschaft, die es den Besitzenden gestatten, mit Hilfe des Staates die Steuergelder für sich rentabel zu verwenden. Sollte sich bei den Menschen, die heute in der Lage sind, Atome zu zertrümmern, einmal der Wille durchsetzen, ihre gesellschaftliche Ordnung so einzurichten, daß sie miteinander statt gegeneinander arbeiten, werden sie auch imstande sein, sieben Meter hohe Deiche zu bauen. Dann würde der alte Grundsatz, der an allen Küsten der Welt zuhaus ist, zur Wirklichkeit:

"Wer nicht will deichen - muß weichen!"

Nachruf Willy Deisen

Wieder ist einer von den Alten der deutschen Arbeiterbewegung von uns gegangen. Im 75. Lebensjahr verschied unser alter Genosse und Freund Willy Deisen.

Deisen kam bereits vor dem I. Weltkrieg zur Sozialdemokratie und war während des Krieges von 1914 - 1918 der Führer der revolutionären Werftarbeiter Bremens. Er gehörte der Bremer linksradikalen Bewegung an, die unter dem Namen IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands) unmittelbaren

Während man also den Zeitgenossen mit Broschüren und ähnlichen Luftschutzwerbunden vorfahlet, "Jeder hat eine Chance" in einem künftigen Atombombenkrieg, während der Wall gegen den Kommunismus in diesem Jahr allein im militärischen Bereich 16,5 Milliarden DM verschlingt, hält man die Aufwendungen für den Damm gegen den "blauen Hais" auch noch für kürzungsfähig. Und dann versuchen nach der Katastrophe einige politische Witzbolde noch, aus der Not politisches Kapital zu schlagen. "Das Notstandsgesetz muß her", so schreien sie, und behaupten gleichzeitig, die Kommunisten wollen "im Trüben ihre Suppe kochen", wobei sie verschweigen, daß sie selbst das Wasser zu dieser Suppe liefern. -

In der Propagandakampagne der "freien" Presse, des Rundfunks und des Fernsehens spielt die Bundeswehr eine hervorragende Rolle. Sie holt alte Mütterchen von den Dächern, tröstet kleine Kinderchen und verteilt Butterbrote. Man dankt der Bundeswehr als Organisation, - nicht den Menschen, die man in Uniformen gepreßt hat. - Als die Männer der Bundeswehr bis zur Erschöpfung arbeiteten, sich selbst in Lebensgefahr begaben, um andere zu retten, da legten sie schon symbolisch ihre Uniformen ab, denn sie retteten Leben statt, wie es sie gelehrt wird, zu töten. Eine besonders komische Figur machte Konteradmiral Rogge in einer Fernseh-Diskussion. Er behauptete nämlich, daß "Zivilisten" gleich hinter dem Deich Fußball gespielt hätten, während "seine Leute" die Deichschäden reparierten. Er regte an, Arbeitskommandos der Bevölkerung zu bilden, die die Bundeswehr unterstützen sollten. Der Admiral hatte kaum ausgesprochen, da gingen schon die ersten Freiwilligen-Meldungen ein und am nächsten Tag hatten sich so viele gemeldet, daß Rundfunk und Fernsehen sich genötigt sahen, die Bevölkerung aufzurufen, von weiteren Meldungen abzusehen. Lakonisch wurde dann noch mitgeteilt, es hätte niemand im Katastrophengebiet zu dem von Konteradmiral Rogge angegebenen Zeitpunkt Fußball gespielt.

Man kann also auch ohne Uniform organisieren, das haben die vielen Freiwilligen bewiesen. Die Sturmflut diente lediglich als willkommener Anlaß, die Bundeswehr solonfähig zu machen, und der Schrei nach dem Notstandsgesetz unterstand denselben Motiven.

Ein besonderes Kapitel bildet die finanzielle Hilfe für die Flutgeschädigten. Millionenbeträge sind bisher gespendet worden, werden aber zum Teil für "zweckgebunden" erklärt und zurückgehalten. Bundespressechef von Eckardt erklärte am 19. Februar 1962 als Sprecher der Bundesregierung im Hinblick auf die eingegangenen Spenden: "An Geld fehlt es dort ja im Augenblick nicht....." ("Weser-Kurier" 20.2.1962). Erst später, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, erklärte sich die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, wonach den Flutgeschädigten eine Hausratsentschädigung gewährt wird. Die Auszahlung erfolgt durch die Länder, die bereits damit begonnen haben. Nach Verabschiedung des Gesetzes sollen diese Gelder den Ländern vom Bund voll erstattet werden.

Die Forderung des MdB Rademacher, der FDP, eine Milliarde Mark aus dem Verteidigungshaushalt für die Flutgeschädigten abzuzweigen, der sich die IG Metall in ihrer Zeitung vom 6. März anschloß, bleibt unerfüllt. Was bleibt, sind 15 Milliarden für die Bundeswehr, 80 Millionen für einen fragwürdigen Luftschutz und 700 Millionen für die NATO-Streitkräfte.

In Bremen wart wieder einmal Bürgermeister Ehlers für den Luftschutz. Offensichtlich nimmt auch er die Flutkatastrophe zum Anlaß, um der Be-

völkerung den Luftschutz schwachhaft zu machen. Sein Aufruf beginnt:

"Bremerinnen und Bremer!

Vor Katastrophen aller Art sind wir niemals sicher, die diesjährige Flutkatastrophe hat uns Bremern und den Bewohnern der 4 Küstenländer gezeigt, wie schnell große und schwerwiegende Notstände eintreten können, die nur durch gemeinsame Arbeit behördlicher Kräfte und freiwilliger Helfer aus der Bevölkerung zu meistern sind.

Wenn wir auch alle Hoffnungen darauf setzen dürfen, daß die friedliebenden Kräfte in der Welt nichts unversucht lassen, den Frieden zu erhalten, so darf doch unsere Bereitschaft zur Verteidigung nicht erlahmen und es darf auch nichts vernachlässigt werden, was dem Schutz der Bevölkerung dienen kann."

Kein Wort für den Küstenschutz - statt dessen Verteidigung gegen Wasserstoffbomben und Kommunismus.

Wir aber nehmen an, daß gerade Bürgermeister Ehlers weiß, wo die Triebkräfte des Krieges zu suchen sind und wie man sie bekämpft. - Hierzu schreibt er:-

Wenn wie hier in diesem Luftschutz-Aufruf die Rede davon ist, daß unsere Verteidigungsbereitschaft nicht erlahmen dürfe, so meinen die Verfasser nicht die Verteidigung gegen Naturgewalten. Sie meinen die Verteidigung gegen den Kommunismus, das heißt zu deutsch: Erhaltung der Besitzverhältnisse in unserer Gesellschaft, die es den Besitzenden gestatten, mit Hilfe des Staates die Steuergelder für sich rentabel zu verwenden. Sollte sich bei den Menschen, die heute in der Lage sind, Atome zu zertrümmern, einmal der Wille durchsetzen, ihre gesellschaftliche Ordnung so einzurichten, daß sie miteinander statt gegeneinander arbeiten, werden sie auch imstande sein, sieben Meter hohe Deiche zu bauen. Dann würde der alte Grundsatz, der an allen Küsten der Welt zuhaus ist, zur Wirklichkeit:

"Wer nicht will deichen - muß weichen!"

Nachruf Willy Deisen

Wieder ist einer von den Alten der deutschen Arbeiterbewegung von uns gegangen. Im 75. Lebensjahr verschied unser alter Genosse und Freund Willy Deisen.

Deisen kam bereits vor dem I. Weltkrieg zur Sozialdemokratie und war während des Krieges von 1914 - 1918 der Führer der revolutionären Werftarbeiter Bremens. Er gehörte der Bremer linksradikalen Bewegung an, die unter dem Namen IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands) unmittelbaren

Kontakt zu der bolschewistischen Gruppe unter Lenin in der Schweiz hatte und gleichzeitig in engem Kontakt mit dem Spartakusbund stand. Nach 1918 war Willy Deisen Vorsitzender der Bremer Ortsgruppe der KPD bis zum Jahr 1924.

Seiner mitreißenden Überzeugungsgabe ist es vor allem mit zu verdanken, daß bis zum Jahre 1921 die Bremer Werftarbeiter zur revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse gehörten. Die Werft- und Hafenarbeiter Norddeutschlands waren auch das Rückgrat der Bremer Räteregierung. Sie bildeten den Kern der bewaffneten Kampftruppe, die am 4. Februar 1919 die Bremer Räteherrschaft gegen die Nosketruppen verteidigte. In einem wochenlangen politischen Sympathiestreik für die im Aufstand befindlichen mitteldeutschen Proletarier erschöpfte sich der bis dahin ungebrochene revolutionäre Elan der Bremer Werftproleten. Der Streik endete mit einer Niederlage, nicht zum wenigsten darum, weil es radikalen Phraseuren K.A.pistischer, anarchistischer und syndikalistischer Richtungen gelang, eine rechtzeitige Beendigung dieses rein politischen Sympathiestreiks zu verhindern. Der kommunistische Betriebsrat mit Willy Deisen, Hans Höcker und Seppl Miller an der Spitze blieb auf der Strecke, Sozialdemokraten und unabhängige Sozialdemokraten errangen bei der Neuwahl die Mehrheit.

Aus diesen harten Erfahrungen hat Willy Deisen seine Lehren gezogen. Er setzte später seinen ganzen Einfluß innerhalb der KPD gegen die ultralinke Richtung ein. In der Ruth-Fischer-Maslow-Aera wurde er darum mit 25 anderen Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Zwar erfolgte nach dem Sturz der Ruth-Fischer-Clique die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Genossen. Mit der Zuspitzung der Machtkämpfe in der SU in der Zeit der Thälmann-Aera (der Aera der gehorsamen Dummköpfe) setzte ein neues Kesseltreiben gegen die sogenannten Rechten um Brandler-Thalheimer ein. Und wieder einmal wurde Willy Deisen aus der KPD ausgeschlossen, ausgeschlossen eben aus der Partei, der er mit seinem ganzen Herzblut angehörte, für die er Existenz und Gesundheit geopfert, für die er mehr als einmal hinter Gefängnisgitter gegangen war.

Trotz aller bitteren Erfahrungen hat sich Willy Deisen seinen Glauben an den Sieg des Kommunismus nicht nehmen lassen. Ein schweres Herzleiden setzte ihn zwar für die aktive politische Tätigkeit matt. Doch wirkte er noch bis in seine letzten Tage an geschichtlichen Arbeiten über die deutsche Arbeiterbewegung nach Beginn des ersten Weltkrieges mit. Dabei kam ihm ein gewisses zeichnerisches Talent zugute. So hat er in Zeichnungen die hervorstechenden Ereignisse der Jahre 1914-1923 festgehalten.

Auch wenn Willy Deisen sich nach 1945 wieder der KPD anschloß, wenn er die Beziehungen zu seinen alten Betriebsratsgenossen Hans Höcker und Seppl Miller in der DDR pflegte, ist er im Grunde seines Herzens der alte Gegner der radikalen Phraseologie geblieben. Zu den alten Genossen der Brandlergruppe ließ er nie die Verbindung abreißen und unterhielt zum Genossen Heinz Brandler herzliche persönliche Beziehungen.

Willy Deisen war ein unbeirrbarer Klassenkämpfer, der mit untrüglichen proletarischen Instinkt den Lockungen und Blendungen des Reformismus widerstand und für die Phrasen von Klassenharmonie und Demokratie nur Verachtung übrig hatte. Seine aufrechte und menschliche Art machte ihn weit über den Kreis seiner alten Genossen und Freunde beliebt und angesehen. Mit ihm ist ein Stück der Bremer Arbeiterbewegung dahingegangen. Er wird uns unvergessen bleiben.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96.
Bremen, Mai 1962

UBERFORMEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESENEN

Inhaltsverzeichnis

Geschäftiger Leerlauf

Die Mär vom Maßhalten

1. Mai in Berlin und Hamburg -
Ist eine Linke im Werden?

Geschäftiger Leerlauf

13

Keine Basis für Kompromisse. Furcht vor dem Krieg. Aber Kraftmeiertum im Prahlen. Kabalen alter Männer, die sich einbilden, Weltgeschichte zu machen. Ein junger Präsident, der Pläne macht zur Umbildung der Herrschaftsorgane und der dabei auf heftigen Widerstand der alten Manager stößt. Einheit besteht in dem von der USA geführten kapitalistischen Lager nur in der Gegnerschaft gegen den Kommunismus. Die UNO ist durch die Aufnahme der Vertreter der "befreiten" Kolonien aus einem von der USA völlig beherrschten Werkzeug zu einem Unsicherheitsfaktor geworden. Die NATO, das Werkzeug der USA gegen den sozialistischen Block, ist durch die wirtschaftliche, politische und militärische Erstarkung der einzelnen Länder reformbedürftig.

Am 28. Mai 1962 erlebte die kapitalistische Welt einen schwarzen Montag, der den schwarzen Freitag vom Herbst 1929 übertraf. Nach den Schätzungen der Börsensachverständigen betrugen die Kursverluste am 28. Mai 20 Milliarden Dollar. In den nächsten Tagen folgten ähnliche scharfe Kursverluste an allen Weltbörsen von London bis Tokio.

Aktien sind fiktives Kapital. Marx nannte sie papierne Duplikate des wirklichen Kapitals, das in Form von Fabriken, Maschinen, Rohstoffen, Vorräten und Fertigwaren besteht. Dieser wirkliche Reichtum Amerikas wurde durch den Börsenkrach nicht geringer. Aber ein Mensch, der z.B. 20.000 Dollar in solchen papiernen Duplikaten in Aktiengestalt besitzt und sie während der Panik verkauft, besitzt bei 25 % Verlust nur noch 15.000 Dollar, er hat 5.000 Dollar verloren. Er wird oder muß seine Ausgaben einschränken. Wenn viele Tausende so handeln, vermindert dies die Geschäftslage. Industrielle Kapitalisten verschieben geplante Ausdehnungen der Kapazität, annullieren Bestellungen auf Maschinen usw.

Solche Folgen blieben am schwarzen Montag 1962 aus. 1929 hatten sie zu der größten Wirtschaftskrise des Kapitalismus geführt. Erst im Gefolge der Rüstung für den 2. Weltkrieg und des Krieges selbst wurde die Krise der 30iger Jahre überwunden.

Der Dienstag, der 29. Mai, war für die New Yorker Börse wieder ein "guter Tag". Die großen Monopole und Banken kauften zu niedrigen Preisen auf und machten Gewinne.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist heute ungleich stärker als 1929. Flüssige Geldmittel, die 1929 fehlten, sind 1962 vorhanden. Ein besonderes Risiko für diese Intervention zum Aufkauf bestand und besteht nicht. Die Wirtschaftswunderkurse waren seit Jahren überhöht. Daß die Monopole den schwarzen Montag "organisiert" haben sollen, um gegen Kennedys Preisstoppeingriffe beim Stahltrust zu protestieren, ist unwahrscheinlich.

An einem Tag 900.000 Aktienverkäufe auf den Börsen zu organisieren, ist mit den raffiniertesten Tricks und Pressemanövern kaum möglich. Allerdings, der heftige Kampf der Kapitalisten gegen die Preiskorrektur Kennedys, die dieser gegen den Stahltrust unternommen hatte, in Verbindung mit der Baissespekulation einer Gruppe von Börsenjobbern, hat zweifellos die Panikstimmung gefördert. Angeblich besitzt jede bessere Familie in USA Aktien.

Die kapitalgläubigen Kleinaktienbesitzer verloren das Vertrauen zu den Managern der Wirtschaft, die ja lautstark behaupteten, die Eingriffe der Regierung seien Bolschewismus, Anfang vom Ende der freien Marktwirtschaft überhaupt. Die Treuesten der Treuen, die nur an das Kapital und Gott glauben und nach der Devise leben, der Mensch denkt, aber Gott lenkt, griffen erschrocken selbst zur Lenkung ihrer Spareinlagen und kamen vom Regen in die Traufe.

Der Bolschewistenschreckschuß war im Rohr krepirt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die leichte Überwindung des Börsenkrachs den Wunderglauben an die Lebenskraft des Kapitalismus erneut stärkt. Die Kapitalisten selbst glauben nicht an die Wunderkraft zur Verhinderung der Krisen. Die aufgeregte Geschäftigkeit, mit der Finanz- und Wirtschaftsminister a la Erhard usw. Maßhalten predigen mit der Wirkung, daß die Preise schneller steigen als vor diesen Predigten, ist kaum ein Beweis ihrer Fähigkeit zur Lenkung des krisenlosen Kapitalismus. Sie wissen, daß sie Krisen nicht verhindern können. Aber sie bereiten sich vor, die Lasten der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen: Notstandsgesetzgebung zur legalen Niederwerfung jeder ernstlichen Rebellion, Ausnützung der Arbeitslosen als Reservearmee zu Lohnkürzungen, rationeller produzieren durch Arbeitszeitverlängerung in den leistungsfähigen Betrieben zur Ausnützung der Produktionskapazität und vollkommene Stilllegung der veralteten Betriebe usw. Siehe die Maßnahme im deutschen und britischen Bergbau. Die herrschende Klasse durchdenkt ihre Aufgaben und organisiert rechtzeitig die Kräfte, um die Pläne zu verwirklichen.

Nicht so die breiten Massen der Werktätigen, die in der Hoffnung dahindösen, daß Vollbeschäftigung die Arbeitskraft weiter zur Mangelware macht, fortbesteht, wenn sie nur Abgeordnete und eine Regierung sowie Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre wählen, die ihre Wünsche erfüllen. Die herrschende Klasse beruhigt die wenigen, die nicht nur arbeiten, schlafen, Kinder machen, ihre Freizeit als Sportfans verträdeln statt selbst Sport zu treiben, mit Gedankenprojekten zum Spielen. Angeblich haben sie das den Walfängern abgesehen, die den Walen eine Tonne zum Spielen vorwerfen, bis sie Zeit haben, erneut Jagd auf sie zu machen. Eine solche Tonne zum Spielen ist das Projekt der Neuverteilung des Eigentums. Es wird vom Papst, von einem Gremium protestantischer Weltverbesserer propagiert. Selbstverständlich haben sich die vom Klassenkampfgeist befreiten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer sofort bereit erklärt mitzuwirken. Begründung: Katholiken und Protestanten haben sich endlich den Ideen ihres allerdings kastrierten Sozialismus genähert. Ein Glück, daß wir Bebel im Zürcher Krematorium eingäschert haben, er würde im Grabe keine Ruhe haben angesichts der Taten seiner Epigonen. Zu seiner Zeit benutzten

er und alle damaligen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre Zitate aus einer Flugschrift des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Eugen Richter, in welcher er den Arbeitern seine "Sparagnes" zur Nachahmung empfahl, um die "soziale Frage" zu lösen. Kein Arbeiter ließ sich damals irreführen. Sparen als Mittel zur Eigentumsverteilung ist in der "Sparagnes" bereits enthalten. Insofern sind die Projekte der Sozialpartner nichts neues.

Die Volksvertreter der drei im Bundestag vertretenen Parteien haben allerdings nicht die Illusion von Eugen Richter, die Arbeiter durch Zureden zum Sparen und zu Eigentum zu bringen. Ihre Projekte sind auf Zwangsparen begründet; damit der Arbeiter und Angestellte nicht den ganzen Lohn zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse verplempert, soll von seinem Lohn und Gehalt ein bestimmter Prozentsatz vom Unternehmer einbehalten und auf Investitionskonto - Aktien, Betriebsanleihen usw. - gutgeschrieben werden. So wird der Arbeiter und Angestellte zum Mitbesitzer am Betriebsvermögen. Drei Fragen auf einmal gelöst: 1. Der Arbeiter - Angestellte - wird Privateigentümer, Teilhaber an den Produktionsmitteln seines Unternehmens. 2. Das Konto wird auf mehrere Jahre gesperrt. Sein Eigentümer kann seine Aktien nicht beliebig verkaufen. Kein Börsenkrach mehr wie am 28. Mai. Die Banken und Monopole brauchen kein flüssiges Geld mehr zur Beseitigung der Panik verwenden. 3. Es wird ein gewisser Konsumverzicht durch das Miteigentumsparen erzwungen, Kaufkraft wird abgeschwächt, Preiserhöhungen werden bekämpft. Es soll nur der unmittelbare Produktivitätszuwachs übersteigende Lohn- und Gehaltsanteil einbehalten werden. Es besteht also keine Gefahr, daß der Miteigentümer gewordene Prolet schnell so reich wird, daß er nicht mehr seine Arbeitskraft verkaufen muß, sondern selbst als Kapitalist von unbezahlter Arbeit, Mehrwert und Profit leben kann.

Wie nett, wenn die Borgwardarbeiter bei der Platte schon Miteigentümer gewesen wären. Endlich ein praktischer Weg zur Überwindung des Marxismus. Nicht Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zur planmäßigen Produktion der Massenbedürfnisse - sondern Verwandlung der besitzlosen Arbeiter und Angestellten in Mitbesitzer an den Produktionsmitteln zur Profitproduktion. Beseitigung der Klassen durch Verwandlung der Besitzlosen in Kapitalisten.

Wenn wir uns klar werden wollen über die Ursachen dieser Verwirrung, dürfen wir uns nicht nur mit diesen Ideologien auseinandersetzen und ihr unsere marxistische entgegensetzen, sondern müssen diese mit den Tatsachen vergleichen.

Die sogenannte zweite technische Revolution mit ihren Erfindungen, Radium, Atomkraft, Kybernetik und deren Anwendung in der Produktion besonders nach dem ersten und zweiten Weltkrieg hat das Leben jedes Einzelnen entscheidend beeinflußt. Bewußt geworden sind diese Veränderungen dem Menschen nur ganz unzulänglich. Nur Einzelgebiete, technischer, wissenschaftlicher, besonders naturwissenschaftlicher Art, wurden und werden von Spezialisten einigermaßen beherrscht. Das Verständnis der Wechselwirkungen dieser Umwälzungen auf die Gesellschaft übersteigt sowieso die Fähigkeiten Einzelner. Ernstliche kollektive Versuche der Erforschung des Einflusses der technischen Revolution auf die Gesellschaft zu ihrem Überbau sind kaum gemacht worden. Nur die Welt- raumforschung ist planmäßig und kollektiv in Angriff genommen worden. In allen Klassen leben breite Schichten in den traditionellen und überlebten Vorstellungen der Vergangenheit. Den in allen Fugen krachenden Überbau der neuen technischen Produktionsverhältnisse den neuen Anforderungen anzupassen, wird verdrängt durch Anforderungen der unerforschten, aber veränderten Lebensbedingungen.

Deutschlands Menschen wurden und sind verbraucht in zwei verlorenen Kriegen, dreizehn Jahren Weimarer Republik, dreizehn Jahren tausendjähriges Reich, siebzehn Jahren Herrschaft der Siegermächte, die ihre Besatzungspolitik durch einheimische Hilfskräfte ausüben lassen. Die Grenzen der beiden deutschen

Staaten sind nicht nur Landesgrenzen, sondern Grenzen der beiden Gesellschaftsordnungen.

Wir leben seit 1918 in einem Provisorium. Die Arbeiterklasse war unfähig, die politische Macht zu erobern, um im Bündnis mit Sowjetrußland die sozialistische Planwirtschaft aufzubauen. Trotz des verlorenen Krieges waren die ökonomischen Voraussetzungen latent vorhanden. Hochentwickelte Produktionsverhältnisse und Produktionskräfte in Gestalt zahlreicher qualifizierter Arbeit. Die Arbeiterschaft war in 4 1/2 Jahren Krieg so erschöpft, daß ihr Bedürfnis nach Frieden alle anderen Bedürfnisse überwog.

In der deutschen Arbeiterbewegung wirkten revolutionäre sozialistische Ideen nur als Ideologie, als Richtlinien zur Zusammenfassung der Klassenkämpfer um Lohn- und Arbeitsbedingungen, Wahlrechtsreformkämpfer in einzelnen Ländern, die weder den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft sprengten, noch die halbabsolutistische Staatsform erschütterten. Die Losung der Republik fand keinen Widerhall in der Masse, sie entsprach keinem unmittelbaren Bedürfnis noch dem realen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Das bestätigt nur die Feststellung von Marx, daß die Menschen sich letzten Endes nur Kampfaufgaben stellen, die herangereift sind und die sie lösen können. Die ganze Kraft der deutschen Arbeiterklasse konzentrierte sich auf Gewerkschaftskämpfe, die sich unmittelbar gegen die Unternehmer richteten, und auf Wahlrechtsreformen in den Einzelstaaten. Auch Traditionen der bürgerlichen Revolutionen, die in der französischen, englischen und niederländischen Arbeiterbewegung eine gewisse Bedeutung hatten, wirken in Deutschland höchstens in Form von Festreden zum 18. März und als Temperamente beim alten Wilhelm Liebknecht und Ledebour. Die deutsche Arbeiterbewegung hat ihren organisatorischen Anstoß von lassalleianischer Agitation, nicht von Marx und Engels bekommen. Das kommt zum Ausdruck in den alten Arbeiterliedern: "Im Sozialistenmarsch" („nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren; mit Flint und Spear nicht kämpfen wir) und "Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohlan".

Im Klassenkampf gegen die Übel der kapitalistischen Ordnung stand die deutsche Arbeiterbewegung an der Spitze in der 2. Internationale. Für den revolutionären Kampf um die politische Macht, um die Ursachen der Übel zu bekämpfen, fehlten die aus der eigenen Bewegung geborenen radikalen Bedürfnisse und die dazu nötigen Organisationsformen. In Rußland wuchsen die revolutionären Bedürfnisse aus der zaristischen Gesellschaft heran wie die reformistischen aus der Entwicklung der Deutschen. Die Erkenntnisse der revolutionären Bedürfnisse der russischen Entwicklung der Gesellschaft wurde zu einer revolutionären Ideologie, die aus den Massenbedürfnissen stammte, von den Massen aufgenommen und in der revolutionären Aktion verwirklicht wurde. Die Arbeiterklasse entwickelte radikale sozialistische Bedürfnisse, die unter den zaristischen Gesellschaftsbedingungen nur revolutionär, nicht in reformistischen Teilkämpfen, erfolgreich befriedigt werden konnten.

Die große landlose Bauernmasse hatte das dringende Bedürfnis nach Grund und Boden, das nur revolutionär befriedigt werden konnte. Große Teile des Bürgertums entwickelten radikale Bedürfnisse zur Reform der zaristischen Gesellschaft. Das gab den Anstoß zur Absetzung des Zaren und der Auslösung der spontanen revolutionären Massenbewegung, von deren unmittelbarem Ausbruch die bolschewistische und menschewistische Organisation überrascht wurden.

Die Weimarer Republik scheiterte an dem Versuch, den Kapitalismus zu restaurieren. Die Siegermächte im ersten Weltkrieg, England und Frankreich, verweigerten der deutschen Bourgeoisie die rasche Wiederherstellung ihrer Herrschaft durch den Versailler Vertrag im Gegensatz zu 1945, wo die Siegermächte der bedingungslos kapitulierten deutschen Bourgeoisie alle Hilfe zur Restau-

ration des Kapitalismus gewährten und gewähren, um sie zum Verbündeten gegen den sozialistischen Block zu machen. Die Restauration des Kapitalismus und die parlamentarische Demokratie scheiterten nach 1918 aber auch an den scharfen Klassengegensätzen zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. In Deutschland waren 1918 und sind heute Produktionsweise und Produktionskräfte eine brauchbare Grundlage für die Umgestaltung in der Richtung zum Sozialismus, nicht für die Restauration des Kapitalismus. Nur so lange die Westbourgeoisie die deutsche Bourgeoisie als Schützengraben an der Grenze der beiden Gesellschaftsordnungen braucht, kann die Restauration des Kapitalismus betätigt werden.

Die materiellen Existenzbedingungen sind jetzt in der Bundesrepublik für die breiten Massen günstiger als für die Massen im sozialistischen Block. Das ist die Grundlage der politischen Passivität der Werktätigen, die angesichts der Verhältnisse, die die Besatzungsmächte mit und ohne die deutsche Bourgeoisie geschaffen haben, die Entwicklung radikaler revolutionärer Massenbedürfnisse verhindern. Der wirtschaftliche und politische Einfluß der Bundesrepublik steht in Europa an der zweiten Stelle. Die militärische Stärke der Deutschen in der NATO hat sie an die erste Stelle gerückt. Das führt zur Lockerung des Satellitenverhältnisses der BR zu den Westmächten. Verselbständigungsversuche haben noch nicht die Kraft erreicht, die mehr als Ärgernis bei den Angloamerikanern, aber Bündnisbereitschaft bei dem Frankreich des Gaulles erzeugt.

In der DDR ist es der Besatzungsmacht der SU nicht gelungen, die Arbeiterklasse zum opferbereiten Verbündeten zu gewinnen. Von der Besatzungspolitik der Angloamerikaner hat die Arbeiterklasse günstigere Bedingungen erhalten. Deshalb ist die Enttäuschung über die Besatzungspolitik der SU in der Arbeiterklasse sehr groß. Nicht zuletzt deswegen, weil die Illusionen über die Hilfe der Sowjetunion größer als über die der Westmächte waren. Von der sozialistischen Besatzungsmacht erwarteten die Werktätigen sozialistische Maßnahmen. Es gab am Anfang im russischen Besatzungsgebiet keine Ablehnung der Zusammenarbeit. Die Sowjetmacht begriff und begreift die Mentalität der deutschen Arbeiterschaft so wenig wie diese die russische. Die Sowjetunion war nicht in Deutschland, um den Sozialismus aufzubauen, sondern um zu verhindern, daß das mit so ungeheuren Opfern Eroberte den Westmächten und der deutschen Bourgeoisie ausgeliefert wurde. Aber das wurde von Anfang an von der Sowjetmacht und ihren Werkzeugen nicht offen erklärt. Die Besatzungspolitik in der DDR, die sich der Kommunisten bedient wie die Angloamerikaner der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien wird als sozialistische Politik ausgegeben. Die Westmächte sagen wahrheitsgemäß, daß sie den Kapitalismus verteidigen, weil er die Freiheit und Wohlfahrt der Menschheit bedeute. Sie sagen nicht, daß sie der deutschen Bourgeoisie größtmögliche Unterstützung des deutschen Kapitalismus wegen leisten, sondern weil sie sie als wichtige Kraft zur Aufrüstung und als Kanonenfutter gebraucht. Für die Besatzungspolitik der Sowjetmacht, die sie als sozialistische Politik ausgibt, gewinnt sie weder die Arbeiter in der DDR noch in der BR. Im Gegenteil. Wenn dies Sozialismus ist, so erklären die Massen der Werktätigen, dann lehnen sie diesen Sozialismus ab. Die Fluchtbewegung aus der DDR kann durch die Mauer verhindert werden. Aber die durch die Mauer an der Flucht Verhinderten können nicht für die Mitwirkung am sozialistischen Aufbau gewonnen werden, der jetzt möglich wäre, wenn die sozialistischen Besatzungsmaßnahmen der Sowjetunion, Entmachtung der Bourgeoisie, Verstaatlichung der Produktionsmittel und Planwirtschaft, von der Arbeiterschaft selbst übernommen und entbürokratisiert würde.

Das Verständnis des Zeitgeschehen wird sehr erschwert, weil die Kritik in der Ideologie stecken bleibt, statt die ideologischen Formen aus den tatsächlichen Verhältnissen, die sie mehr oder weniger, falsch oder richtig, widerspiegeln, zu begreifen, stellt man der fremden Ideologie die eigene gegenüber.

Es ist viel leichter zu verstehen, worin das Scheitern aller Verhandlungsversuche begründet ist, wenn man die ideologisch verschleierte Forderungen auf ihren realen Inhalt zurückführt. Wie kindisch, wenn die Amerikaner von den Russen fordern, ihre Vorschläge zu akzeptieren, und die Russen umgekehrt von den Westmächten, ihre Forderungen zu übernehmen. Wirft man die ideologischen Verschleierungen weg, so bleibt bei den Abrüstungsforderungen der Amerikaner wirklich nichts anderes übrig als die Ausspionierung der Raketenstützpunkte. Nimmt man das Gerede, in das die Russen ihre Forderungen ideologisch einklamern, weg, z.B. friedliche Koexistenz, so bleibt wirklich nichts anderes übrig, als von den kapitalistischen Westmächten zu fordern, kampflos ohne Widerstand die Ausbreitung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zuzulassen.

Oder erläutern wir die ideologische Verkleidung anhand der Propaganda von Adenauer und Präsident Lübke aus Anlaß der Feier des 17. Juni in Berlin. Adenauer sagte in Berlin pathetisch: "Der Geist wird über die Gewalt siegen." Bundespräsident Lübke erklärte auf dem hohen Tuiel: "Das Unrecht an den 17 Millionen darf nie gebilligt werden". Der 17. Juni der DDR 1953 wird von allen Festrednern als Kampf um nationale Freiheit und Wiedervereinigung gefeiert. Adenauer: "In der Geschichte des deutschen Volkes wird dieser unstillbare Drang der deutschen Freiheit mit goldenen Lettern verzeichnet werden". Geist kann bestenfalls über einen anderen Geist in einem Gespensterkampf siegen, der Geist, d.h. der Gedanke, den er verkörpert, kann siegen, wenn er von breiten Massen als Bedürfnis aufgenommen, mit zureichender materieller Gewalt ausgerüstet und verwirklicht wird. Die Bundesregierung und alle drei Parteien des Bundestages beschränken sich keineswegs auf den Sieg des bloßen Geistes, sondern betonen sehr lautstark, daß die Provokation und das Unrecht der Chruschtschow- und Ulbricht-Politik endlich abgewehrt werden muß. Natürlich erklären auch sie in den offiziellen Kundgebungen, daß sie dies alles nur friedlich wollen. Aber das steht im Widerspruch nicht nur zu dem Ausbau der deutschen Streitkräfte auf 500.000 Mann und 18 Milliarden DM Ausgaben 1963, sondern auch zu den Erklärungen Adenauers, die die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen fordern, weil er sie ohne diese niemals in den Kampf schicken würde.

Das Unrecht, daß durch die Mauer tausenden deutschen Familien angetan wird, die gewaltsam an gegenseitigen Besuchen verhindert werden, lassen sie nicht gelten als Folgen des Überfalls des deutschen Imperialismus, dem sich kein "unstillbarer Drang der deutschen Freiheit" entgegenstellte, sondern treiben organisierte Hetze, um diese Kriegsfolgen zu beseitigen, wie Anfang der 30iger Jahre die deutsche Bourgeoisie durch den 2. Weltkrieg den Versailler Friedensvertrag zu korrigieren hoffte.

Der britische Historiker A.J.P. Taylor hat sein Buch: "Die Ursprünge des zweiten Weltkrieges" mit einem Begleitwort für die deutsche Ausgabe versehen, von dem wir einen wichtigen Teil zitieren möchten:

"Das ist die Moral dieses Buches, soweit sie eine hat. Wenn der Revisionismus erst einmal begonnen hat, ist er nicht mehr aufzuhalten. Es kann keine begrenzte Revision geben, die jeden Mann befriedigt. Der revisionistische Prozess steigert sich in zunehmendem Maße zum Äußersten, und die revisionistische Methode wird gleichermaßen gewaltsamer, deshalb sage ich den deutschen Lesern in vollem Ernst und mit ganzem Wohlwollen: Wenn Sie einem neuen Hitler entgehen wollen, vermeiden Sie die Straße, die zu einem neuen Hitler und zu einem neuen Krieg führt. Akzeptieren Sie die gegenwärtige Ordnung Europas und wiederholen Sie nicht

die Weigerung ihrer Väter, die Ordnung von 1919 zu akzeptieren. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird, wenn sie überhaupt möglich ist, zu einem Angriff auf die Oder-Neiße-Linie führen. Ein Revisionismus an dieser Stelle wird zu einer Forderung nach der Rückkehr ganz Schlesiens führen. Das wiederum wird dazu beitragen, die Grenzen von 1919 in Frage zu stellen, Danzig und der Korridor werden wiederum Gegenstand von Beschwerden sein, das "Sudetenland" wieder zur Debatte stehen, schließlich wird ein starkes Deutschland mit nicht weniger zufrieden sein als mit der Ukraine und einer "Neuordnung" Europas. Deshalb wehren Sie den Anfängen, hoffen Sie nicht darauf, auf halbem Wege anhalten zu können. Das deutsche Volk hat Hitler unterstützt, Dadurch fügte es sich selbst Leid zu, aber anderen Völkern noch mehr., die Mehrheit der Deutschen besitzt trotzdem eine freie und blühende Existenz. Wenn wir die Leiden erwägen, die Deutschland anderen Völkern zufügte, dann ist das ein erstaunlich großmütiger Akt von seiten der Sieger. Wir sind bereit, die Vergangenheit zu vergessen, aber Sie müssen sie ebenfalls vergessen."

Die Bedingungen, die Chruschtschow im Namen der SU und des sozialistischen Blocks formuliert, unterstützt von den Staaten des Warschauer Paktes, lauten:

1. Die Normalisierung der Lage in Westberlin durch die Liquidierung des Besatzungsregimes und die Umwandlung Westberlins in eine freie entmilitarisierte Stadt.
2. Achtung vor der Souveränität der DDR, insbesondere bei der Lösung der Frage eines freien Zugangs nach Westberlin.
3. Die angemessene Festlegung in korrekter Form und Fixierung der bestehenden Grenzen der bestehenden deutschen Staaten, einschließlich der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
4. Beide deutschen Staaten werden nicht mit Atomwaffen ausgerüstet.
5. Die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Staaten und den Mitgliedsländern der Warschauer Paktorganisation."

Dieses Angebot wird vom Westblock als Vormarsch des Kommunismus ausgegeben und bekämpft. Die Zurückdrängung des Kommunismus nach dem Programm der USA unter Truman, Eisenhower, Dulles ist gescheitert. Jetzt intensiviert die Kennedy-Politik die Rolle der USA als Weltgendarm. Kuba-Invasionen, Sturz der neutralen Regierung in Laos durch die Werkzeuge der USA und die von militärischen Sachverständigen der USA geführten und bezahlten Truppen von Laoten, die nichts als Frieden und Neutralität wollten und wegliefen, weil sie sich nicht mißbrauchen lassen wollten. Jetzt Landung 5000 zusätzlich amerikanischer Truppen in Thailand, besonders ausgerüstet im Putsch- und Partisanenkrieg. In Südvietnam kämpfen amerikanische Truppen gegen südvietnamische Aufständische, die als Truppen von Nordvietnam und China fälschlich bezeichnet werden, um die USA-Intervention zu rechtfertigen, die nur den einen Sinn hat, den Quisling der Amerikaner an der Regierung zu halten, der nicht einmal von bürgerlichen Kreisen Südvietnams unterstützt wird.

Es ist richtig, der Kommunismus ist im Vormarsch und der Kapitalismus und seine führende Macht in USA sind in der Abwehr. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen der allgemeinen Verfallskrise, in die der Weltkapitalismus mit dem 1. Weltkrieg eingetreten ist und der Lage am Ausgang des 2. Weltkrieges. Nach dem 2. Weltkrieg ist durch die Siege der Sowjetarmee nicht nur die Isolierung der Sowjetunion beseitigt, sondern in den ost- und südeuropäischen

Gebieten entsprechend den vorgefundenen Bedingungen die politische Macht in die Hände der Arbeiter und Werktätigen übertragen und der sozialistische Aufbau begonnen worden. Einen Sonderfall bildet das von der Sowjetunion eroberte und militärisch besetzte Gebiet in Ostdeutschland, das nach Abspaltung des von den Westmächten besetzten Gebietes errichtet als deutsche Bundesrepublik, jetzt als DDR Staatsform erhielt. Beide deutschen Staaten leben nicht aus eigener Kraft, sondern von der von den Besatzungsmächten geborgten Macht. Dieser paradoxe Zustand ist die Basis der politischen Passivität der Werktätigen in West- und Ostdeutschland. Nicht nationaldeutsche Selbständigkeit und Befreiung der 17 Millionen in der DDR kann Aufgabe der Arbeiter und Werktätigen sein, die sich ihrer Klassenaufgaben bewußt sind. Nationaldeutsche Selbständigkeit würde nur Eingliederung in den Machtbereich der Westmächte bedeuten und die Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses über die Ostgrenze der DDR notwendig machen. Nur der Abzug aller Besatzungstruppen aus West- und Ostdeutschland würde eine Voraussetzung für die wirkliche Selbstbestimmung ganz Deutschlands schaffen und unter Führung einer zum Klassenbewußtsein erwachten und aktivierten Arbeiterklasse in der BR und in der DDR zum Sozialismus führen.

Der Aufbau auf den Grundlagen, die von der sozialistischen Besatzungsmacht geschaffen werden mußten, nicht weil sie gekommen waren, um Ost-, West- oder ganz Deutschland den Sozialismus zu bringen, sondern um ihr Besatzungsgebiet dem der Sowjetunion gleichzuschalten, ist dasselbe, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, was die Westmächte zu demselben Zweck in ihrem Besatzungsgebiet getan haben. Die Restauration des Kapitalismus in der BR fand die tatbereite Unterstützung der besiegten deutschen Kapitalisten. Die Potsdamer Beschlüsse waren neben der Übernahme der Losung des "antifaschistischen" Krieges der zweite große Betrug und Selbstbetrug, der entscheidend zur Verwirrung der Werktätigen beigetragen hat. Die verlogene Erklärung der sozialistischen Besatzungspolitik der Sowjetunion als sozialistische-kommunistische Aufbaupolitik war der letzte Tropfen, der das Maß zum Überlaufen brachte. "Wenn das Kommunismus ist," so erklärten Hunderttausende in der DDR und in der BR, "dann lieber den Kapitalismus, der in der BR aufgebaut worden ist". Die letzte Etappe auf der schiefen Ebene dieser Entwicklung ist die Mauer mitten durch Berlin. Mit Werktätigen, die man nur durch militärisch bewachte Mauern vom Weglaufen zu den kapitalistischen Fleischtöpfen verhindern muß, kann man nicht den Sozialismus aufbauen.

Dieser grobe Fehler wird noch nachwirken, wenn gar keine Unterschiede zwischen den Fleischtöpfen in der BR und der DDR mehr bestehen werden. Der Kommunismus kann nur durch die Kommunisten diskreditiert werden. Richtig. Aber durch Überlaufen zum Kapitalismus korrigiert man diese Fehler nicht. Korrigiert werden müssen sie. Diese Fehler der Kommunisten machen den Weg zum Kommunismus unerhört opfervoller, können aber letzten Endes den Sieg nicht verhindern. Chruschtschows Glaube, daß er noch den Sieg erleben wird, in allen Ehren. Aber dieses ehrenwerte persönliche Bedürfnis Chruschtschows darf nicht die wirkliche kommunistische Politik bestimmen. Wenn wirklich kollektive Führung in der Sowjetunion besteht, dann ist es hohe Zeit, diesen persönlichen und für die Sache gefährlichen Tatendrang zu korrigieren.

Die Mär vom Maßhalten

Am 21. März 1962 gab Wirtschaftsminister Professor Erhard, an die Adresse der "Sozialpartner" gerichtet, die Parole zum "Maßhalten" aus, an der sich bis heute die Gemüter erhitzen. Er warnte davor, "die volkswirtschaftliche Ordnung durch übermäßiges Fordern und Gewähren von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in Gefahr zu bringen." Die Pointe unseres Wunderprofessors

liegt in der Betonung unserer "volkswirtschaftlichen Ordnung", die es ihm ermöglicht, die Arbeiter gleich zweimal auf's Haupt zu schlagen. Wenn also einmal unser Wirtschaftswunderkarren bergab läuft, dann sind auch die Unternehmer mit-schuldig, nicht etwa durch übermäßige Profite, die sie einstecken, sondern dadurch, daß sie den Arbeitern Lohnerhöhungen "gewähren"!

Aber die Industrie hat auch ihre Forderungen. Nach den Jahren der Hochkonjunktur drohe der deutschen Wirtschaft jetzt eine "Durststrecke", meinte Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, auf einer Tagung dieses Verbandes in Bonn (W-K, 4.4.1962), deshalb verlangt er jetzt, "Sonderabschreibungen für Investitionen, die nach den Steuergesetzen für den Fall einer Konjunkturabschwächung möglich seien, zuzulassen", und ferner "eine all-umfassende Finanz- und Steuerreform, um vor allem die mittleren und kleinen Betriebe von einer zu rigiden Besteuerung zu befreien". -

"Ich wasch Dir das Fell, aber ich mach' Dich nicht naß", - so reagierte die SPD wie immer, in der die große Masse der Arbeiter ihre Interessenvertreterin sieht, auf die Generalangriffe der CDU und ihrer Auftraggeber gegen die Gewerkschaften. Dr. Deist, Wirtschaftsexperte der SPD, war es, der "einräumte", daß Lohnerhöhungen von 15 und 20 % das wirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft bedrohen würden, aber das seien nur Lohnforderungen, entscheidend sei das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Weiter war die Ansicht dieses Experten laut "Weser-Kurier" vom 24.3.1962:

"In der Zeit von 1950 bis 1960 sei das Volkseinkommen je Erwerbstätigen um 67 %, Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer dagegen nur um 64 % gestiegen. Der stärkere Lohnanstieg des letzten Jahres habe nur einen Teil des Rückstandes aufgeholt. Deist machte den Vorschlag, die Bundesregierung solle jeweils am Jahresanfang in einem Jahreswirtschaftsbericht vor dem Parlament ihre Wirtschaftspolitik darlegen. An Stelle eines Lohngutachtergremiums sollte ein Gremium hervorragender Wissenschaftler einberufen werden, das die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Löhne, Preise, Gewinne, Investitionen und Ausgaben der öffentlichen Hand zu untersuchen hätte.

Nach Meinung des SPD-Sprechers ist der konjunkturelle Rückschlag des Jahres 1961 bereits überwunden. Wenn die Bundesregierung nicht versage, brauche sich niemand ernste Sorgen zu machen. Es sei aber sträflich, wenn Minister Erhard als Unheilsbote auftrete und den Unternehmern den Mut zu Investitionen raube. Damit erst werde die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ernstlich gefährdet. Deist sagte: 'Viele finden, daß die Großwirtschaft ihre Macht mißbraucht, um überhöhte Preise zu fordern und überhöhte Gewinne zu machen. Andere finden, daß die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer allzu rücksichtslos vertreten. An alledem ist sicher ein Korn Wahrheit'.

Wir müssen zunächst dem Wahrheitsapostel etwas über den Begriff "Volkseinkommen" klarmachen. "Der Gewerkschafter", eine Monatsschrift der IG Metall vom 4. April 1962, polemisiert wie folgt dagegen:

"Volkseinkommen ist nicht Masseneinkommen.

In der Diskussion um den Anteil am Sozialprodukt stiftet es viel Verwirrung, daß neben dem Begriff des Volkseinkommens - Nettosozialprodukt zu Faktorkosten - auch noch vom Masseneinkommen die Rede ist. Man könnte versucht sein, beides für das gleiche zu halten; das ist es aber nicht. Als Volkseinkommen bezeichnet man das Einkommen der Produktionsfaktoren, das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer. Als Masseneinkommen werden aber das Nettoeinkommen der Arbeit-

nehmer, dazu die Beamtenpensionen (netto) sowie die Sozialrenten und Unterstützungen gerechnet. Es handelt sich also genau um die Summe, die die Arbeitnehmer als Beschäftigte, Kranke, Invaliden oder Pensionäre insgesamt netto in die Hand bekommen, um davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten oder zu sparen. Das Masseneinkommen ist also das Klasseneinkommen, im Gegensatz zum "Volkseinkommen", das auch das Unternehmereinkommen einbezieht.

Der Anteil dieses Masseneinkommens am Sozialprodukt hat sich, genau wie der Nettoanteil der Beschäftigten, die Nettolohn und -gehaltssumme, in den Nachkriegsjahren nicht verändert. Bei einem Sozialprodukt von 97,2 Milliarden DM im Jahre 1950 betrug es 46,4 Milliarden DM und damit 47,6 % des Sozialproduktes. Im Jahre 1960, als das Sozialprodukt 282,4 Milliarden DM erreichte, betrug es mit 134,4 Milliarden DM ebenfalls 47,6 %. Und 1961 hat es bei 310,4 Milliarden DM Sozialprodukt 148,9 Milliarden DM betragen. Es "überstieg" damit den Vorjahresanteil um 0,3 % und erreichte 47,9 %.

Hier zeigt sich, daß die erhöhten Löhne und Sozialleistungen des Jahres 1961, um die Wirtschaft und Regierung ein Gerede veranstalten, als erschütterten sie den Bestand unserer Ordnung, unserer Wirtschaft und Konjunktur, zu keiner wesentlichen Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes führten. Diese 0,3 % mehr Masseneinkommen haben die Investitionsquote, die 1960 mit 83,7 Mrd. DM 29,6 % betrug - 1961 aber mit 90,6 Mrd. DM noch 29,2 % - kaum gekürzt. Die Unternehmer haben, wie ersichtlich, weiter Vermögen gebildet, investiert, und somit ist die Konjunktur nicht nur nicht gefährdet, sondern durch Massenkonsum eher noch gefördert worden.

Man liest und hört, die Arbeitnehmer hätten im letzten Jahr mit 62,3 % einen wesentlich höheren Anteil am Sozialprodukt gehabt als im Vorjahr mit nur 60,6 %. Wovon reden und schreiben die eigentlich? Das Nettoeinkommen der unselbständig Beschäftigten - und nur das ist die Summe, mit denen die Arbeitnehmer auf den Markt gehen, kaufen und somit ihren Anteil an der Gesamtsumme der bereitgestellten Güter und Dienste in Empfang nehmen können - hat im letzten Jahr 111,6 Milliarden DM betragen. Bereitgestellt wurden aber 310,4 Milliarden DM, das war das Bruttosozialprodukt. Der Anteil der Arbeitnehmer daran betrug nur 35,8 %.

Aber wie kommen die anderen auf die 60,6 % bzw. 62,3 %? Sehr einfach! Vom Bruttosozialprodukt, den 310,4 Milliarden DM, ziehen sie zuerst einmal die Abschreibungen, 26,3 Milliarden DM ab. Übrig bleibt das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, das dann noch 284,1 Milliarden DM betrug. Davon nahm sich der Staat noch die indirekten Steuern - Verbrauchssteuern, Umsatzsteuern, Umsatzausgleichssteuern, Zölle und Abgaben - und es verblieben zur Verteilung an Kapital und Arbeit, also Unternehmer und Arbeitnehmer, 240,8 Milliarden DM. Das war das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, auch "Volkseinkommen" genannt.

Von diesen 240,8 Milliarden DM haben die Arbeitnehmer nun brutto 150 Milliarden DM, die Unternehmer 90,8 Milliarden DM erhalten, und daraus errechnen nun unsere Diskussionspartner den Anteil der Arbeitnehmer von 62,3 % und der Unternehmer von 37,7 %. In den 150 Milliarden DM der Arbeitnehmer stecken aber noch die Sozialbeiträge, auch die Arbeitgeberbeiträge und die Lohnsteuer. Das waren zusammen 38,4 Milliarden DM. Damit erhielten die Arbeitnehmer netto nur insgesamt die oben erwähnten 111,6 Milliarden DM zu ihrer Verfügung in

die Hand. Bezogen auf die Gesamtsumme der erzeugten Güter und Dienste waren das aber nur 35,8 %.

Der Trick ist also sehr einfach. Man braucht nur so zu tun, als wäre das, was die Unternehmer als Abschreibungen und der Staat an Steuern eingenommen haben, nicht auch zum Sozialprodukt zu zählen."

Auch mit dem "Korn Wahrheit" des Dr. Deist werden die Gewerkschaften wohl kaum einverstanden sein. Sie verkünden zum soundsovielen Male voller Stolz, wie maßvoll sie doch eigentlich seien, und daß in der Bundesrepublik im Gegensatz zu den anderen westlichen Ländern am wenigsten gestreikt worden wäre. Zur Bekräftigung dieser maßvollen Gesinnung einigten sich am 10. April in Düsseldorf die Vertreter des DGB und die des Arbeitgeberverbandes über die Bildung eines sogenannten Gutachtergremiums "hervorragender Wissenschaftler" und die Herren vom DGB ließen verlauten, sie wollten die Tarifautonomie gewahrt wissen, "weil ihrer Meinung nach die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaft sich stets höheren Gesichtspunkten untergeordnet hat und unterordnen wird".

Es ist also nichts mit der rücksichtslosen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen nach den Plänen der DGB-Repräsentanten. Aber warum in aller Welt machen sie sich so stark für die Tarifautonomie, wenn sie sowieso bereit sind, sich der Entscheidung eines von der Bundesregierung zu bildenden Gutachtergremiums zu unterwerfen? Es ist wirklich nicht schwer zu erraten, zu welchem Ergebnis ein Gutachtergremium angesichts der sich abschwächenden Konjunktur kommen muß. Das Wirtschaftsbarometer steht überall in der Bundesrepublik und in der westlichen Welt auf Sturm, aber es ist ganz gewiß nicht der "Unheilsbote" Erhard, der den Unternehmern den Mut zum Investieren nimmt. Vorläufig läuft ja die Konjunktur noch, wenn auch die Aufträge in der Investitionsgüterindustrie zurückgegangen sind. Wann aber hätte es jemals Unternehmer gegeben, die auf "Unheilsboten" hörten, wenn die objektiven Verhältnisse es ihnen gestatten, Profite zu machen, und wann hätte es eine bürgerliche Regierung gegeben, die nicht Zeter und Mordio geschrien hätte, wenn sich die gierigen Arbeiterscharen anschicken, in die geheiligten Gefilde des Profits einzubrechen?! -

Bei allen bisherigen Lohnbewegungen der Nachkriegszeit, einschließlich der letzten, mußten die Unternehmer, wollten sie größere Verluste durch Arbeitskämpfe vermeiden, Zugeständnisse machen. So wurden im Verlauf der Nachkriegskonjunktur mit all ihren Erscheinungen wie Arbeitskräftemangel, Mitarbeit der Ehefrau usw., kleinbürgerliche Existenzbedingungen für breite Arbeiterschichten geschaffen, wie sie zu keiner Zeit des Kapitalismus vorhanden waren, noch für möglich gehalten wurden. Wen wundert es daher, wenn in der heutigen Zeit kleinbürgerliche Vorstellungen in den Köpfen der Arbeiter über die Natur der kapitalistischen Gesellschaft, begleitet vom Sozialpartnerschaftsgeplapper der Gewerkschafts- und Parteibürokratie und unter der abschreckenden Wirkung der DDR-Praxis, Uppig ins Kraut schießen? Das satzsaam bekannte Schreckgespenst von der Lohn-Preis-Spirale spielt auch diesmal in Erhards Maßhaltereil eine maßgebliche Rolle. Die ganze bürgerliche Meute von Presse, Rundfunk und Fernsehen schwenkt diese Vogelscheuche eifrig hin und her nach dem Motto: "Ihr habt selbst schuld, wenn ihr durch höhere Löhne die Preise in die Höhe treibt, nachher seid ihr nicht besser dran als vorher und verliert sogar noch euren Arbeitsplatz".

Hier nutzen die bürgerlichen Propagandisten weitverbreitete Stimmungen in der Arbeiterschaft aus, deren Vorstellungen vom Lohn-Preisverhältnis ebenfalls dahingehen, den Lohnerhöhungen müßten schnurstracks Preiserhöhungen folgen. Preissteigerungen nach Lohnerhöhungen, Preise, die schon vorher den Löhnen davonliefen, gehören zu den Erfahrungen, die die Arbeiter in der ganzen Zeit des Wirtschaftswunders sammeln konnten. Der Wunsch, nicht nur über den Lohn,

sondern auch über fallende Preise einen "höheren Anteil am Sozialprodukt" zu bekommen, ist groß. Was die Spiralschwenker vergessen und worüber die meisten Arbeiter sich weigern, nachzudenken, ist die simple Tatsache, daß die in Monopolen vereinigten Unternehmer, in deren Händen sich das Kapital als gesellschaftliche Macht befindet, Lohnerhöhungen allzugern als Vorwand benutzen, um über den Preis ihren Profit wieder aufzubehalten, also die Preise diktieren! Man hat natürlich schon etwas von Machtkonzentration des Kapitals und dem daraus resultierenden Preisdiktat gehört. Die sozialdemokratischen Forderungen nach Mitbestimmung und Kontrolle der Wirtschaft sind ein bereites Zeugnis dessen und spiegeln den Wunsch breiter Arbeiterschichten wider, diesem Übel mit Hilfe des Staates beizukommen.

Doch im großen und ganzen ist der Glaube an die "freie Konkurrenz" als Motor zur Preissenkung nahezu unerschüttert und wird erhärtet durch den Eindruck, den die wirklich harte Konkurrenz zwischen dem Krämer Müller und dem Gemischtwarenhandler Meier hinterläßt. Aber in den entscheidenden großen Wirtschaftszweigen liegen die Dinge wesentlich anders. Hier ist anstelle der Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmen weitgehend der marktbeherrschende und damit preisdiktierende Monopolkapitalismus getreten, dem es möglich ist, die große Masse der Konsumenten systematisch auszuplündern.

Um die Jahrhundertwende, die Zeit, in der die industrielle Produktion auf Grund der technischen Entwicklung ihren rasanten Aufschwung nahm, begann die Entstehung des Monopolkapitalismus aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz. Wollten die einzelnen miteinander konkurrierenden Kapitalisten ihre Waren auf dem Markt absetzen, so mußten sie immer bessere Produktionsverfahren anwenden und die Produktionskapazität immer mehr ausweiten. Im Zuge dieser Konkurrenz blieben die Schwächeren auf der Strecke, die machten bankrott oder sie wurden von den Mächtigeren aufgekauft. So entstanden in allen Produktionszweigen der Wirtschaft mächtige Riesenunternehmen, die den Markt beherrschten, denen es in Zeiten der Hochkonjunktur möglich ist, die Preise gegenseitig abzusprechen und die hemmungslose Konkurrenz, die auf dieser Entwicklungsstufe des Kapitalismus, bei der gewaltigen Kapitalkraft der einzelnen Monopole, ungeheure Verluste mit sich bringen würde, auszuschalten. In dieser Situation bedeutet technischer Fortschritt nicht Preissenkungen, sondern erhöhter Profit der Monopolkapitalisten. Aber Preisabsprachen können in einer Wirtschaft, in der der Profit als einziger Motor wirkt, auf die Dauer auch nicht eingehalten werden. Die dauernde Ausweitung der Produktionskapazität wirft Waren in solchen Mengen auf den Markt, die in keinem Verhältnis zur Massenkaufkraft stehen und allmählich zu Preisnachteilen führen. Für die große Masse der Arbeiterkonsumenten springt dabei nicht allzuviel heraus, weil in dieser Periode der scharfen Senkung der Profite durch Preiseinbrüche der Druck auf die Löhne durch notwendige Produktionsumstellung und der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften immer größer wird und die Kaufkraft dementsprechend einschränkt.

Dieser bedrohlichen Entwicklung versucht im Augenblick die bürgerliche Klasse durch neue, noch größere Konzentration ihrer Macht Herr zu werden. Die EWG-Abmachungen sind die Zauberformeln, mit der die europäischen Kapitalistenklassen ihre Gegensätze ausgleichen wollen. Preisdiktatur auf höherer Ebene, unter noch größerer Einschaltung des Staates im Dienste des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Inhalt dieser Formeln. Jahrelang wurde die Propagandatrommel für die EWG weidlich gerührt und erweckte Illusionen, die in den letzten Wochen durch die schon jetzt einsetzenden Preissteigerungen auf dem Währungsmittelsektor erschüttert wurden.

Nach Meldung der "Bremer Bürgerzeitung" vom 16.6.1962 hat das Frankfurter DIVO Institut durch Umfrage ermittelt, daß die westdeutsche Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung weitläufig pessimistischer beurteilt als je zuvor.

Grund hierzu sind die alarmierenden Meldungen über drohende weitere Preiserhöhungen für viele Grundnahrungsmittel ab 1. August 1962 durch Agrarregelungen des EWG-Marktes. Bundesernährungsminister Schwarz meinte allerdings, daß sich die Verteuerungen beim Übergang zu den europäischen Agrarmarktordnungen "in erträglichen Grenzen" halten werden. (Lt. W-K vom 16.6.1962). Unsere, vom Wirtschaftswunderdenken unbeeinträchtigten Arbeiterbürger erwarten vom Staat der Monopole Schutz und Hilfe und stürzen von einer Enttäuschung in die andere. Der Staat aber ist Werkzeug der herrschenden Klasse, daran ändert auch die SPD mit ihren reformistischen Plänen nichts, sondern vererschleiert diesen Herrschaftscharakter. Ihre Kopflösigkeit findet z.B. ihren Ausdruck durch den Antrag ihrer Fraktion im Bundestag, die Autozölle ganz abzuschaffen, um schließlich ihre Zustimmung zur Senkung der Autosölle zu geben, während gleichzeitig die Betriebsräte des VW Werkes gegen diese Senkung protestierten, weil sie um die Erhaltung der Arbeitsplätze ihrer Kollegen fürchten. Die Sozialdemokraten haben der Offensive des Großkapitals nichts anderes entgegensetzen, als den Geprellten zu empfehlen, nächstens besser zu wählen. Mit ihrem Programm, das den Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln zum Inhalt hat, warten sie mit einer "vernünftigen Konjunkturpolitik" auf, die darauf hinausläuft, ebenfalls mit Hilfe des Staates, der Industrie, "den nötigen Anreiz" zu bieten, das allgemeine Pariabewußtsein der Arbeiterklasse noch schärfend: Reichere Dich, aber gib mir etwas ab.

Karl Marx gab auf diese Einstellung in seiner Broschüre "Lohnarbeit und Kapital" schon 1849 seine Antwort:

"Ist das Kapital rasch anwachsend, so mag der Arbeitslohn steigen; unverhältnismäßig schneller steigt der Profit des Kapitals. Die materielle Lage des Arbeiters hat sich verbessert, aber auf Kosten seiner gesellschaftlichen Lage. Die gesellschaftliche Kluft, welche ihn vom Kapitalisten trennt, hat sich erweitert. Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung zu arbeiten, zufrieden, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift."

Dies ist den heutigen Arbeiterbürgern klarzumachen: Der Arbeiterklasse steht heute die ungeheuer erstarkte einheitliche Front der Monopolkapitalisten gegenüber, deren Interessenverbände direkten politischen Einfluß ausüben und den bürgerlich demokratischen Staat zu ihrer Bereicherung durch einen Deshunger von Abschreibungs-, Devisen-, Zoll- und Steuergesetzen benutzen und sich durch Notstandsgesetze auf die große Auseinandersetzung vorbereiten, für den Zeitpunkt, in dem die Klassengegensätze offen aufeinander prallen und demokratisch nicht mehr geregelt werden können. Es ist nötiger denn je, daß auch die Arbeiterklasse ihre Rolle in der Gesellschaft erkennt und sich auf den Kampf vorbereitet, der in der Klassengesellschaft unvermeidlich ist - trotz aller Klassenharmonieprediger. Erst wenn es gelungen ist, die Enteigner zu enteignen, wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum werden, ist der Weg frei, die gemeinsamen Früchte der Arbeit gemeinsam zu ernten.

1. Mai in Berlin und Hamburg - Ist eine Linke im Werden?

Wir veröffentlichen nachträglich zwei der uns zugegangenen Berichte über den 1. Mai, die uns besonders wichtig erscheinen:

Berlin

Der Landesverband Berlin des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes hatte zu einer Maikundgebung im großen Saal des Berliner Studentenhauses eingeladen. Einladungen waren an Studenten, Jugendgruppen und Einzeladressen ergangen. Die Veranstaltung war auf 12.30 Uhr, also nach Schluß der öffentlichen Berliner Maikundgebung, festgesetzt. Einige Studenten hatten den Mut gehabt, Einladungen und Flugblätter bei der "Massenveranstaltung an der Mauer" zu verteilen. Gegen 13.00 Uhr war der große Saal im Studentenhaus gefüllt, man könnte sagen, überfüllt. Die Teilnehmerzahl wurde auf 700 Personen geschätzt. Darunter waren vielleicht 100 ältere Leute, die große Mehrzahl war 20-24jährig. Über der Rednertribüne befand sich als einziger aber eindrucksvoller Saalschmuck ein breites, rotes Band mit der Aufschrift DIE NEUE LINKE. Man sah viele rote Nelken.

Als erster Hauptredner sprach Erich Kuby, der bekannte Münchener Publizist. Er schilderte die traurige politische Situation in der Bundesrepublik und in Berlin vor dem Hintergrund des Wirtschaftswunders und der politischen Illusionen, die besonders in Berlin genährt worden. Besonderen Beifall fanden seine Illustrationen zu dem niedrigen Niveau der westdeutschen und vor allem der Berliner Presse, deren verhetzende und verdummende Wirkung alles Denken erstickt.

Fritz Lamm, Betriebsratsvorsitzender der Stuttgarter Zeitung, sprach über die Auffassungen der Neuen Linken, ihre Ziele und Aufgaben der gegenwärtigen Situation. Seine Ausführungen waren leider für diesen Rahmen zu weitschweifend. Die folgenden Sätze über die Ziele der Neuen Linken befanden sich auf ihrer Einladung in einem Flugblatt, das bei der Maikundgebung verteilt wurde.

"Was ist diese NEUE LINKE?

Sie ist keine neue Partei. In der NEUEN LINKEN arbeiten Arbeiter, Angestellte, Studenten und Wissenschaftler zusammen an der Erneuerung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Wir suchen das Gespräch mit jedem, der zu sachlicher Auseinandersetzung bereit ist. Viele SPD-Mitglieder, Gewerkschaftler und Falken haben sich uns angeschlossen. Der SOZIALISTISCHE DEUTSCHE STUDENTEN-BUND ist ein Teil dieser NEUEN LINKEN.

Die Öffnung der SPD von links her ist eine unserer Aufgaben. Solidarität und Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Kräften, die sich nicht durch Verrat und Verbrechen kompromittiert haben, ist die notwendige Bedingung des Erfolges.

Die NEUE LINKE soll die Kraft werden, die das Anliegen der sozialistischen Bewegung unter den veränderten Verhältnissen der gegenwärtigen Gesellschaft vertritt. Die NEUE LINKE bekennt sich zu den Traditionen der Arbeiterbewegung und ist bemüht, Verfälschungen und Entstellungen solcher Traditionen, wie sie heutzutage üblich geworden sind, entgegenzutreten".

Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sprach in seinem Schlußwort von dem Mut und Opferbereitschaft, die gerade in Berlin nötig wären, um den herrschenden politischen Auffassungen entgegenzutreten. Die Kundgebung schloß mit den drei Strophen von "Brüder,

zur Sonne, zur Freiheit", was aus den jungen Reihen begeistert klang. Der Saal leerte sich unter den Klängen der Internationale aus dem Lautsprecher.

Sandburg

Vor einem Jahr haben Jugendliche auf der Maidankgebung in Hamburg gegen Willy Brandt demonstriert. Darum - und weil junge Menschen heute am aktivsten gegen die Rüstung in der BR protestieren - organisierte der DGB keinen Jugendzug. Die Zahl der Marschsäuler schrumpfte auf 4 zusammen, 1961 waren es 5, 1960 noch 9.

Aber der Versuch der DGB, einen Protestmarsch der Jugendlichen zu verhindern, schlug fehl. Im Gegenteil! Alle aktiven Atomwaffengegner folgten der Losung des DGB, am 3. Mai "Gegen Atomwaffen und Völkermord" zu demonstrieren.

Zwei Stunden vor Beginn der Kundgebung treffen sie sich bei dem Sammelplatz der Marschsäule I und formieren sich zu einer langen Kolonne von Fünfer- und Sechserreihen mit roten Fahnen, großen Transparenten und einer dichten Reihe Tragschilder. Auf breiten Transparenten steht:

"Wir fordern atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa - Entspannung zwischen Ost und West - Gegen Notstandsgesetze - Für Demokratie - Besser Ko- als No-Existenz - Wir fordern Kampfmaßnahmen gegen Atombewaffnung - Atomtests sind Morde - Schützt das Leben!"

Als der Zug sich in Bewegung setzt klatschen die an Straßenseite stehenden Leute Beifall. Die Sympathiekundgebungen wiederholen sich auf dem Marsch nach dem Stadtpark. Sprechchöre rufen: "Kein neuer Test in Ost und West" - "Die Bombe muß weg" - "Mein Geld für Strauß - Atomraketen raus". Vor allem der Ruf "Heute Maßhalten - Morgen Maulhalten" erweckt lebhaften Zuspruch - auch aus den geöffneten Wohnungsfenstern.

Eine Viertelstunde vor Beginn der Kundgebung marschiert der Zug auf die Stadtparkwiese. Sofort versuchen die Ordner, ihn aufzulösen. Aber die Reihen bleiben geschlossen und ziehen vor die Rednertribüne. Plötzlich, als der Schluß der Marschsäule sich noch nach vorn bewegt, rücken Stoßtrupps der Polizei an: Handgemenge, Transparente werden heruntergerissen, rote Fahnen zerrissen, Tragschilder zerbrochen - auch ein Schild mit dem Originalplakat, das damals aufforderte, dreimal mit Nein gegen die Atomrüstung der Bundesrepublik bei einer Volksbefragung zu stimmen - jetzt überklebt mit einem Querstreifen: "Kollege erinnerst Du Dich?"

Unterstützt von wütenden Ordnern und rechtsradikalen jungen Schlägern, stürzen sich Polizisten auf Demonstranten und zerran sie in Handschellen oder mit Stricken zusammengebunden aus der Menge. Die "Hüter der Ordnung" sehen zu, wie fanatische Antikommunisten den Wehrlosen ins Gesicht schlagen! Ein Schläger schreit mit haßverzerrtem Gesicht: "Leute wie die muß man vergasen".

Von allen Seiten dröhnen Pfuirufe. Von der leidenschaftlichen Empörung der Demonstranten werden auch anfangs teilnahmslos Umstehende mitgerissen und sie unterstützen die Sprechchöre gegen die Ausschreitungen der Polizisten und Ordner: "Schämt Euch" - "Wir lassen uns nicht den Mund verbieten" - "Kollegen Ordner - Arbeiter dürfen sich nicht prügeln". Ein Schalmeienzug spielt die Internationale. Die Demonstranten schließen sich eng zusammen und die Polizisten müssen vor dem immer heftiger anschwellenden Protest abziehen.

Dann beginnt Georg Leber, der 1. Vorsitzende der IG Bau, Steine und Erden, mit seiner Ansprache. Er behauptet die Kommunisten hätten 1932 den Nazis

geholfen, die Macht zu ergreifen. Ein minutenlanges Pfeifkonzert ist die Antwort auf diese Lüge. Und trotz der Ausschreitungen der Polizisten und Ordner gegen die Demonstranten behauptet er, in der Bundesrepublik könne jeder frei und ungehindert für seine Meinung und die Lebensinteressen des Volkes eintreten. Sprechchöre fallen ihm ins Wort: "Warum nicht heute am 1. Mai?" - "Schickt die Polizisten weg". Die aber zwingen sich schon wieder durch die Menge heran. Aber unter dem Druck der starken Proteste vermeidet Leber, noch mehr zu provozieren; Die Polizisten verhalten sich ruhig, obwohl Diskussionsgruppen lebhaft disputieren. Als Leber seine kurze Rede beendet, verebbt schwacher Beifall schnell über der weiten Stadtparkwiese.

Am nächsten Tag stand wieder - wie vor einem Jahr - in der SPD-gesteuerten "Hagenpost", eine kleine Gruppe "kommunistischer Störer" und "einige Jugendliche" hätten Unruhe gestiftet. Aber die Polizei und die "Bild"-Zeitung sprachen von 6.000 Demonstranten. Diese Zahl aktiver Teilnehmer konnte die Polizei nicht auseinandertreiben. Auch politisch passive oder desinteressierte Kundgebungsteilnehmer waren schockiert, als die Polizisten und Ordner die Transparente und Trageschilder zerrissen und Demonstranten brutal abführten, die für die Losung des DGB am 1. Mai "Gegen Atomwaffen und Völkermord" demonstrierten.

Auf dieser Maikundgebung zeigte sich, wie unsicher der bürokratische Apparat des DGB heute schon ist. Denn der Einsatz der Polizisten und Ordner zur Zerstörung von Transparenten und zur beliebigen Festnahme von Demonstranten war geplant. Diese bewusst abschreckend gemeinten Gewaltmaßnahmen sollen die Aktivität der Atomwaffengegner bremsen und einschüchtern. 23 Demonstranten wurden von der Polizei festgenommen und verhört. Der Erkennungsdienst forderte von ihnen Fingerschababdrücke und fotografierte sie. Juristisch ist er dazu nicht berechtigt.

Wie sehr all diese Maßnahmen der bürgerlichen Phraseologie von Recht und Freiheit widersprechen, bemerkten auch wohl die Vertreter der Interessen der herrschenden Klasse: Westdeutschen Pressefotografen wurden die Filme abgenommen, auf denen sie die polizeilichen Eingriffe festgehalten hatten. Der Fotograf einer großen Illustrierten wurde mit Gewalt von der Tribüne heruntergerissen, die Kamera und der Film ihm abgenommen.

In der offiziellen, von Ordnern mitgeteilten Begründung hieß es dann: Man solle solche Bilder - nämlich Bilder, die DGB-Ordner und Polizisten beim Zerstören von Anti-Atomplakaten und bei der Festnahme von Demonstranten zeigen - "nicht in Zeitungen der Zone sehen".

Nun, es ist klar, daß der DGB solche Bilder vor allem nicht in der westdeutschen Presse sehen will! Die Ereignisse bestätigen Marx: daß auf einer bestimmten Stufe der Zuspitzung des Klassenkampfes in der bürgerlichen Gesellschaft die herrschende Klasse nicht mehr diskutiert, sondern brutalen Terror anwendet, um schon die Ansätze von organisierten Kämpfen der Arbeiter im Keim zu ersticken.

Wir halten es nicht für notwendig, über den Kölner Parteitag der SPD zu berichten. Sollten unsere Leser nicht dieser Auffassung sein, bitten wir um Zuschriften.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96.
Bremen, Juli 1962

BERLINER INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

- Vorboten der Überproduktionskrise
- Auszüge eines Berliner Leserbriefs
- Die Angriffsfront des Kapitals -
Strategen und Clowns -
- Die Schlieker-Pleite
- Eine Denkschrift - schlecht durchdacht

14

Vorboten der Überproduktionskrise

Sie äußern sich in einer Menge Sonderkrisen, Berlinkrise, Kennedys Krise sei. Innen- und Außenpolitik, Krise der parlamentarischen Demokratie in Form des Zweiparteiensystems wie in England und Amerika und dem Mehrparteien-system in Frankreich, Argentinien usw. Das alles wird begleitet mit einem konstanten Lärm der Gesundbeter und Kurpfuscher am kranken Kapitalismus. Es ist unmöglich, die Dummheit zu beschreiben, mit der die Welt regiert wird. Wir müssen das der Geschichtsschreibung künftiger Generationen überlassen. Sie findet eine Parallele nur in der Periode des Hexenwahns, die den Zusammenbruch der feudalen und handwerksmäßigen Produktion begleiteten.

Kennedy, der nach seinem Regierungsantritt als der Heilige Georg, als Drachentöter des Kommunismus begrüßt wurde, scheitert innenpolitisch, da der Senat und der Kongreß trotz entscheidender demokratischer Mehrheit alle seine Gesetzesvorlagen ablehnen. Seine Außenpolitik, mit der er anstrebte, mit der SU und dem sozialistischen Block eine Art Stillhalteabkommen zu erreichen, führt zu Verschärfungen der Gegensätze und die Entwicklung der Kolonialländer in ihrem Kampf um nationale Selbständigkeit bedroht nicht nur die Oberherrschaft des USA-Kapitalismus in der Welt, sondern erschüttert die Beherrschung der UNO durch die Amerikaner. Der soeben abgelehnte Vorschlag Kennedys, die Arbeitslosenunterstützung angesichts der drohenden Krise auf weitere Kreise auszu-dehnen, die Unterstützungssätze etwas zu erhöhen und ihre Laufzeit zu verlängern, demonstriert den Charakter der innenpolitischen Vorschläge von Kennedy sowie das Verhalten des amerikanischen Finanz- und Monopolkapitals und deren Vertreter im Senat und Kongreß. Die Gesetzesvorlage wurde abgelehnt mit der Begründung, die Zahl der Erwerbslosen habe sich trotz der geringen Wirtschaftsbelebung von über 6 % auf 5 % gesenkt, es sei also überflüssig, Vorsorgemaßnahmen solcher Art zu treffen. Vorsorgemaßnahmen waren seine Vorschläge zur wirklichen Einschränkung der agrarischen Überproduktion, die Vorschläge zur Einführung der Krankenunterstützung und ärztlichen Betreuung der Mittellosen. Die Einleitung der Förderung des Wohnungs- und Straßenbaus mit Staatsmitteln, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Kongreß- und Senatsmehrheiten lehnen solche Maßregeln gegen die drohende Überproduktionskrise ab, die die Krise zwar nicht verhindern können, aber ihre Auswirkungen mildern sollen. Bewilligt wurden von Kongreß und Senat die angeforderten Erhöhungen zur Aufrüstung und Finanzierung der Raumfahrten zum Mond und zur Venus. Das gibt erweiterte Profitmöglichkeiten. Der amerikanische Finanz- und Monopolkapitalismus ist nur bestrebt, die Hauptlasten einer Überproduktionskrise auf die Werktätigen abzuwälzen. Sie handeln wie alle reaktionären herrschenden Klassen, die nicht begreifen, daß die Zeit ihrer Herrschaft abgelaufen ist. Adel und Geistlichkeit vor der französischen Revolution forderten die Einberufung der Ständeversammlung, um gegen die Aufhebung des Privilegs ihrer Steuerfreiheit zu demonstrieren. Es endete bekanntlich mit der Abschaffung dieser Privilegien und der Einleitung der großen französischen Revolution durch den Sturm auf die Bastille. Im zaristischen Rußland vor 1917 handelten die russische Bourgeoisie und der kapitalistische Großgrundbesitz ähnlich. Sie setzten den Zaren ab, um mit einem neuen Zaren den Krieg zur siegreichen Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele zu sichern. Das endete wie bekannt mit der Eroberung der politischen Macht durch die Bolschewiki und dem Sieg der ersten sozialistischen Revolution. Alle erfolgreichen großen Revolutionen sind nicht begonnen worden von der neuen zur Macht strebenden revolutionären Klasse, sondern von den reaktionären herrschenden Klassen.

Die seitweilig erfolgreiche Verteidigung der Herrschaft der Kapitalisten durch den Faschismus in Italien und Deutschland sind ein grausamer Beweis, daß wirkliche Unentwickeltheit der revolutionären Kräfte nicht durch revolutionäre Einbildungen, Wünsche und Proklamationen ersetzt werden kann. Die deutsche Arbeiterklasse war politisch in Reformisten und Kommunisten gespalten. Ihr aktivster Teil war in politischen Parteien organisiert. Außerhalb blieb die unorganisierte politisch indifferente Masse, die zwar durch die Ereignisse radikalisiert, aber konfus, eine leichte Beute der faschistischen Demagogen wurde. In der Krise Anfang der dreissiger Jahre wurde die Klassenkraft des Proletariats ersetzt durch die Verwandlung von 50 % der Werktätigen in Arbeitslose, in eine Reservearmee der Unternehmer, mit der die noch Beschäftigten dem Willen der Unternehmer unterworfen werden konnten. Die Unentbehrlichkeit der Arbeiter für den kapitalistischen Produktionsprozeß, Grundlage der Macht der kapitalistischen Lohnarbeiter, konnte dadurch für reformistische Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als Machtfaktor nicht ausgenutzt werden. Zum revolutionären Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus fehlte die einheitlich organisierte, revolutionär bewußte Klasse. Die von Marx und Engels vor 100 Jahren proklamierten theoretischen Lehren für den Kampf der Arbeiter zur Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus bestätigt auch die moderne Soziologie, die den Marxismus ablehnt.

Georg W.F. Hallgarten schreibt in seinem Werk "Imperialismus vor 1914":

"Die sozialen und politischen Verhältnisse mögen noch so stark zur Revolution treiben. Solange das Bewußtsein der Menge sich nicht revolutioniert hat, wird es sie nicht zur Revolution führen. Eine Partei oder Klasse ohne geistiges Einheitsbewußtsein, ohne Presse und Literatur ist wie eine Armee ohne Ausbildung. Ein Haufen von Menschen und nichts weiter, keine moderne Massenbewegung ist ohne vorausgehende radikale Gesellschaftskritik, ohne Kampf um die Mittel der Volksbildung, der Presse, des Unterrichts, der Schule und Kirche auch nur denkbar."

Daß die parlamentarische Demokratie nicht ausreicht, der Arbeiterklasse den Weg zu bahnen, um die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft zu beseitigen, die naturnotwendig zur Überproduktionskrise treibt, beweist die Periode der

der Regierung der Labour-Partei in England. Daß sie nicht ausreicht, die Bedürfnisse der herrschenden Klasse zu befriedigen, beweist die Beseitigung der IV. französischen Republik durch das persönliche Regime de Gaulles. Die starke französische kommunistische Partei, die 1/3 der Wähler im Parlament vertritt, hat der bürgerlichen Koalitionsregierung mit dem Sozialisten Gustave Mollet alle Vollmachten zum Kampf gegen die Militärrevolte erteilt. Aber sie kapitulierte und stellte de Gaulle an die Spitze der Militärrevolte. Er handelte wie Friedrich Ebert 1918, als dieser sich an die Spitze des Januarstreiks stellte, um ihn im Interesse der Weiterführung des Kriegs abzuwürgen.

De Gaulle ist wahrscheinlich 1958 nicht an die Spitze der rebellierenden Militärbürokratie getreten, von der er ja ein Teil ist, um sie in die Lage zu bringen, in der sie heute ist. 1958 rechnete die Mehrheit der französischen herrschenden Klasse, das Finanz- und Monopolkapital mit der Möglichkeit, die Rebellion der Algerier militärisch niederzuhalten. Erst als sich herausstellte, daß weder die halbe Million französischer Soldaten und mehrere hunderttausend Polizisten außerstande waren, die Rebellion zu besiegen, schloß das französische Monopolkapital einen Kompromiß mit den unbesiegten Rebellen und beauftragte de Gaulle, der ihr Mann von Anfang an war, wie er es heute noch ist, diesen Kompromiß zu organisieren.

Jetzt ist de Gaulle als Liquidator der Rebellion mit seinen alten Kampfgenossen, die ihn Verräter nennen und abschießen wollen, in der Bundesrepublik und propagiert mit dem von Gnaden der Westmächte wieder herrschenden Monopol- und Finanzkapital in der BR die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. De Gaulle ist nicht Sprecher und Beauftragter Frankreichs, jedenfalls viel weniger als Adenauer und Lübke im Namen der BR sprechen, denen kein Gegner gegenübersteht wie das ein Drittel der französischen Bevölkerung, die KPF wählt und de Gaulle gegenübersteht.

Dennoch ist der Besuch trotz des falschen Pathos wichtig. Der Besuch demonstriert die Vereinigung der Spitzen der herrschenden Klassen in Frankreich und in Deutschland, die sich Jahrhunderte lang erbittert bekämpft haben. Diese ständigen Kriege wurden geführt von den herrschenden Klassen in Frankreich und Deutschland um die Vormachtstellung in Europa. Dabei sind beide herrschenden Klassen von England stark behindert worden, solange England noch industrielle Weltmacht war, die sieben Meere beherrschte und in Europa keine Vormacht duldete. Die Aussöhnung ist nicht Folge der Bekehrung der Herrschenden in Frankreich und Deutschland zum sogenannten Humanismus. Die Erinnerung an die über zwei Jahrhunderte dauernden Hemmungen der Vormachtsbestrebungen durch die Briten spielt bei der Stellung zum Eintritt Englands in die EWG eine nicht unbedeutende Rolle.

Die sehr nüchterne Erkenntnis der Tatsache, daß durch die Entstehung und Erstarkung der sozialistischen Länder Rivalenkämpfe um die Hegemonie in Europa unumöglich geworden sind, ist die Basis der Aussöhnung der herrschenden Klassen Frankreichs und der Bundesrepublik. Die Vereinigung der bundesdeutschen Kapitalisten mit den französischen in der wirtschaftspolitischen Basis der NATO soll die neokolonialistische gemeinsame Ausbeutung der Naturschätze Erz und Petroleum in Nordafrika fundieren. Falls das nicht gelingt, wird Kampf um die Vorherrschaft über Europa in der EWG und in der NATO zwischen französischen und bundesdeutschen Kapitalisten erneut beginnen. Die Furcht vor dem Kommunismus, das Einzige, worin sich das ganze von Amerika geführte Lager des Antikommunismus einig ist, begann in Frankreich schon vor dem zweiten Weltkrieg. Sie war ausschlaggebend für das Verhalten der französischen Bourgeoisie im zweiten Weltkrieg. Sie lag der Politik der Daladier in München, der Friedenspolitik der Laval und Petain im Frieden mit Hitler zu Grunde.

Sie bestimmte das defaitistische Verhalten der französischen Bourgeoisie und der hohen Militärbürokratie im zweiten Weltkrieg. Sie begünstigten den Sieg Hitlers, den sie als Bändiger der deutschen Kommunisten und Werktätigen verehrten und sie vor der verhaßten Volksfrontregierung bewahren sollte, die dann nicht mehr unter Führung eines Sozialisten Blum, sondern von französischen Kommunisten geleitet werden würde. Nur de Gaulle widersetzte sich dieser defaitistischen Politik. Damit erwarb er sich das Prestige in breiten Bevölkerungsschichten, obgleich er nur die Interessen der herrschenden Finanz- und Monopolkapitalisten vertreten hat und vertritt.

Das gesplittene Deutschland wird Brennpunkt des Zusammenpralls der von der USA geführten kapitalistischen Welt mit dem von der SU geführten sozialistischen Block. Die Grenze der zur BR vereinten drei Besatzungszonen mit der in die DDR verwandelten sowjetischen Besatzungszone ist schon Grenze der beiden Weltssysteme geworden. Die Bundesrepublik ist dem angloamerikanischen kapitalistisch parlamentarisch-demokratischen Staatssystem gleichgeschaltet. Die Epigonen der alten Schichten des besiegten deutschen Finanz- und Monopolkapitals sowie die in Nürnberg als Kriegsverbrecher Verurteilten, aber Freigelassenen und Überlebenden, waren und sind bereit zur Restauration des Kapitalismus und Vorbereitung des Kampfes gegen die Gefahr des Kommunismus. Sie brauchten nicht umzulernen. Ein Teil hofft, die alten Ziele, die sie im ersten und zweiten Weltkrieg gegen Franzosen und Briten erkämpfen wollten, die Vorherrschaft in Europa, jetzt unter Führung der Vereinigten Staaten und in Bündnissen mit der französischen und britischen Kapitalistenklasse zu erreichen. Diese Partnerschaft der besiegten deutschen Imperialisten wurde bereits bei der Währungsreform der Westmächte 1948 durch die Schonung der Sachwerte zum Ausgangspunkt des deutschen Wirtschaftswunders gemacht und mit Hilfe der Marshallplan-Gelder finanziert.

Diese so zuverlässigen neuen Verbündeten der angloamerikanischen Monopolkapitalisten wurden nicht nur von der Pflicht der Entmilitarisierung der BR befreit, sondern zur Aufrüstung und zum Beitritt der NATO gezwungen. Heute stellt die Bundesarmee bereits den zahlenmäßig stärksten Truppenteil der NATO. Schon wird gefordert, die Truppenstärke der BR von 500.000 Mann auf 750.000 Mann zu erhöhen. Wegen der zu hohen Kosten wird dies zur Zeit noch abgelehnt. 1963 wird das Rüstungsbudget bereits 17 Milliarden DM erreichen und wahrscheinlich noch übersteigen. Gefordert werden von den deutschen Partnern des Westimperialismus Atomwaffen für die Bundesarmee. Das wird zur Zeit von Kennedy noch abgelehnt. Er fordert die Verstärkung und Verbesserung der kontinentalen Bewaffnung, um Amerika so lange wie möglich von einem Atomkrieg freizuhalten, der aus lokalen militärischen Konflikten entstehen könnte und mit kontinentalen Waffen ausgekämpft werden soll, z.B. ein Krieg an und um die Berliner Mauer.

Dazu führt die mit allen Mitteln geführte Propaganda der Kämpfer der Wiedervereinigung, Freizügigkeit, "Befreiung der 17 Millionen" in der DDR, obgleich diese Freiheitskämpfer Selbstbestimmung, Wiedervereinigung nur ohne Krieg erkämpfen wollen. Sie richten sich nach dem Muster Hitlers. Ohne Atomwaffen werden die "Befreier der 17 Millionen" in der DDR auf den Kriegsbeginn wahrscheinlich verzichten, wenn sie ihn nur mit konventionellen Waffen führen dürfen.

Auch die Sowjetzone wurde in die DDR umgewandelt, Arbeiterwehren und eine Freiwilligen-Armee gebildet. Nach dem 13. August und der Errichtung der Mauer wurde die Wehrpflicht eingeführt. Die Gleichschaltung der Sowjetzone mit der ökonomischen politischen Staatsform der Sowjetunion wurde mit sozialistischen Vorzeichen durchgeführt. Aber die Konsolidierung der Sowjetzone fand nicht die bereitwilligen Partner in den breiten Massen wie die Konsolidierung der Besatzungszone der Angloamerikaner und Franzosen, die die Gleichschaltung auf

der Grundlage der Wiedererrichtung des Kapitalismus im Bunde mit der deutschen Bourgeoisie herbeiführten. Das Wirtschaftswunder der Vollbeschäftigung und später Lohnerhöhungen für breite Schichten der Werktätigen führten zur Tolerierung des Wiederaufbaus des Kapitalismus durch die Werktätigen. 1950 betrug der Durchschnittslohn der Industriearbeiter der BR 80 % gegenüber dem Durchschnittslohn von 1938. 1952 betrug er 87 %, 1954 96 % und erst 1955 wurden 101 % gegenüber 1938 erreicht. Auf dieser niedrigen Basis der Arbeitslöhne der hochqualifizierten deutschen Arbeiter beruht die Konkurrenzfähigkeit und die Eroberung des Weltmarkts des deutschen Nachkriegskapitalismus. 1950 gab es in der Bundesrepublik an Arbeitslosen

	-	1579.000
1951	-	1432.000
1952	-	1379.000
1953	-	1259.000
1954	-	1221.000
1955	-	928.000
1956	-	961.000
1957	-	662.000.

Nach 1955 verschwindet die Reservearmee der Arbeitslosen, die menschliche Arbeitskraft wird Mangelware, Das ermöglicht die Gewerkschaftspolitik der Partnerschaft mit den Unternehmern und die Steigerung der Arbeitslöhne auf die heutige Höhe. Die Profite der Unternehmer steigen in einem Umfange, daß der Neuaufbau und die Modernisierung des kapitalistischen Produktionsapparates auf diesen Profiten finanziert werden kann. Es gibt verschiedene Schätzungen über die Steigerung des Wertes des Produktionsmittels privatkapitalistischer Eigentümer.

Eine dieser Schätzungen gibt den Wert des Produktionsapparates nach 1955 auf 30 Milliarden an, den Wert im Jahr 1960/61 auf 350 Milliarden. Dieses Zahlenbeispiel soll nur das Verhältnis dieses Aneignungsprozesses der unbezahlten Arbeitskraft durch das Privatkapital aufzeigen. Die Zahlen haben keinen Eigenwert. Unser Platz reicht nicht aus, um weitere Detailangaben zu machen, über Produktion der Neuwerte, moderne Maschinerie, Neubau der Wohnungen und Straßen sowie Entschädigungen für Kriegs- und Besatzungsschäden, die aus der gesellschaftlichen Produktion geschaffen worden sind.

Diese Werte sind durch gesellschaftliche Produktion erzeugt worden. Nicht die Erzeuger haben sie sich angeeignet, sondern die Privatkapitalisten unter Kontrolle der Banken und Monopole. In der BR kann an den Borgward-, Schliekerwerk- und Opelwerkbankrotten die Formen dieses beginnenden Zusammenbruchs studiert werden. Die Bank- und Industriemonopole sind die Institutionen, die sich die Kapitalisten geschaffen haben. Sie sind naturnotwendige Ergebnisse der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise. Sie heben den mörderischen Konkurrenzkampf im Kapitalismus nicht auf, sondern hemmen eine Zeit lang, um ihn dann in Form der Monopole gegeneinander in der Überproduktionskrise auf Kosten der breiten Massen auszukämpfen. Es ist Sache der Bourgeoisie, Trusts und Monopole zu entwickeln. Sie sind die höchste Form der Versuche, der kapitalistischen Konkurrenz und Anarchie entgegenzuwirken. Sie können aber diese Konkurrenz und Anarchie nicht beseitigen, solange die Produktionsmittel Eigentum des Privatkapitals bilden. Nur die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die Anpassung des Eigentums an die tatsächliche gesellschaftliche Produktionsweise kann dieser Anarchie und Konkurrenz ein Ende bereiten. Es ist lächerlich, die Folgen dieser Überproduktionskrisen durch allmähliche Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in den Betrieben zu beseitigen oder einschränken zu wollen. Das neue Rezept der Beratungen der Tagung der IG Metall, die Bekehrung des maulradikalen Otto Brenner zum Kurpfuscher, ändert das Übel nicht. Die Aufforderung an die Parlamentspartei, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigten zu beschließen, ist so lächerlich wie ein Auftrag an die ehrenwerten Parlamente, dauerndes schönes Wetter durch Beschlüsse herbeizuführen.

Es ist vollkommene Einreihung in die Politik des Unternehmertums, bedeutet die Unterdrückung des Widerstandes der Rebellion der Arbeiter gegen ihre Verelendung, wenn die Einführung von Notstandsgesetzen, die Legalisierung der Gewalt und Terrormaßnahmen von einer zwei Drittel Mehrheit der Abgeordneten beschlossen werden.

Die Sowjetunion hat die Sowjetzone besetzt und ihr Gebiet in die DDR umgewandelt, nicht um den Sozialismus mit Gewalt gegen den Willen auch der deutschen Werktätigen einzuführen, sondern deswegen, um dieses Gebiet dem Wiederaufbau des Kapitalismus zu entziehen, wie dies in den von den drei kapitalistischen Westmächten besetzten Gebieten geschehen ist. Zu diesem Zweck mußte die SU die Bourgeoisie, den Großgrundbesitz und die Faschisten mit und ohne Persilscheine unterdrücken. Der Wiederaufbau der verwüsteten Sowjetgebiete, die von den deutschen Truppen in großem Umfange in verbrannte Erde verwandelt worden waren, erforderte Entschädigungen von den Besiegten, die durch die Einspruch der Westmächte nicht vom gesamten Deutschland erhoben werden konnten, sondern aus dem ein Drittel Deutschlands, das die SU besetzt hatte. 10 Milliarden Geldentschädigungen waren ein Tropfen auf einen heißen Stein im Vergleich zu den Schäden, die der deutsche Überfall der Sowjetunion zugefügt hatte. Für die Bevölkerung der Sowjetzone, die von der sozialistischen SU Befreiung und rasche Verbesserungen ihrer Lebenshaltung erwartet hatte, waren diese Besatzungsmaßnahmen, Reparationen und der Zwang und Terror, mit der sie eingetrieben wurden, eine böse Enttäuschung. Alte Kommunisten, für die der Kommunismus als Verwirklichung von Idealen verstanden wurde, lehnten "diesen Kommunismus" ab, weigerten sich mitzuarbeiten und wurden vom bundesdeutschen Wirtschaftswunder und der Herrschaft kapitalistischer Besatzungsmächte angezogen. Zu den objektiven Schwierigkeiten, die die Spaltung Deutschlands mit sich brachte, und den sich daraus ergebenden unvermeidbaren Opfern kamen die vermeidbaren Opfer unfähiger Bürokraten, die sich der Sowjetbesatzung zur Verfügung stellten.

Am katastrophalsten wirkte und wirkt, daß diese Besatzungspolitik der SU als sozialistischer Aufbau getarnt wurde und wird. Gewiß eine wichtige Anzahl der Gleichschaltungsmaßnahmen der SU-Besatzung, Entmachtung der Bourgeoisie, der Großgrundbesitzer und Nazis, Verstaatlichung der wichtigen Produktionsmittel, Planwirtschaft zur Massenbedarfsdeckung statt Profitwirtschaft, sind entscheidende Maßnahmen zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und eines sozialistischen Staates. Sozialistische Errungenschaften sind und werden solche Besatzungsmaßnahmen nur in dem Umfange, in dem sie von sozialistisch gesinnten und opferbereiten Arbeitern und Werktätigen selbst ergriffen und sachkundig angewandt werden. Schon das 1847 geschriebene "Kommunistische Manifest" erklärt, "daß die Aufgabe der Kommunisten nicht die Verwirklichung von Idealen bedeutet, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.... Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesen oder jenen Weltverbessern erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeiner Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter den Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigentumsverhältnisse ist nichts den Kommunismus eigentümlich bezeichnendes. Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums."

Die kommunistischen und sozialistischen Bewegungen nach dem ersten Weltkrieg bewiesen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ihre Unfähigkeit, die politische Macht zu erobern, die Voraussetzung ist, um mit dem Aufbau des Sozialismus, der Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu beginnen. Sie vererbten diese Unfähigkeit der Nachkriegsgeneration des zweiten Weltkrieges, die Diskreditierung des Kommunismus und Sozialismus. Unter den vorgefundenen Umständen der Vollbeschäftigung, Entwicklung zum sogenannten Wohlfahrtsstaat und Diskreditierung des Sozialismus und Kommunismus werden die

Verteidiger des Kapitalismus zur Offensive gegen den Sozialismus und Kommunismus ermutigt. Berlin wirkt in dem gespaltenen Deutschland als Frontstadt gegen den Kommunismus und die DDR wie ein entzündeter Blinddarm im menschlichen Körper. Wenn die Blinddarmentzündung nicht beseitigt wird, kann sie zum Tode führen. Wenn die Frontstadtpraxis in Berlin nach dieser Zuspitzung bis zur Errichtung der Grenzmauer nicht beseitigt wird, kann die Berlinkrise jeden Tag zum bewaffneten Kampf führen, der bewaffnete Kampf gegen und um die Mauer in Berlin kann zum Kampf zwischen BR und DDR werden. Wenn es dazu kommt, ist es sehr schwierig, den dritten Weltkrieg in all den Folgen atomarer Vernichtung zu vermeiden. Kann die Berlinkrise entschärft werden? Washington und die Briten stellen Chruschtschow seiner Forderung nach Beseitigung der Frontstadt Funktionen Berlins die Aufrechterhaltung der angloamerikanischen, französischen Besatzungstruppen in Westberlin gegenüber. Sie fordern Legalisierung und Erweiterung des unbeschränkten Zugangs nach Westberlin zum angeblichen Schutze der Berliner Bevölkerung vor kommunistischer Vergewaltigung durch die SU und das Ulbricht-Regime in der DDR.

Dabei berufen sie sich auf die Abmachungen mit Stalin in Teheran, Jalta und Potsdam. Es ist völlig sinnlos, sich an der Auslegung des Wortlauts dieser Abmachungen der Siegermächte über die Besetzung Berlins zu beteiligen. Die Teilnahme der Angloamerikaner an der Besetzung Berlins innerhalb der Sowjetzone war geplant als Symbol des gemeinsamen Sieges im gemischten Krieg der imperialistischen Feinde der deutschen Imperialisten und der sozialistischen Sowjetunion.

Dieses sonderbare Kriegsbündnis beruhte auf keinerlei gegenseitiger Sympathie der Verbündeten zueinander. Jede Macht verbündete sich mit dem Feind seines Feindes, später wurden die von Hitler bereits im zweiten Weltkrieg besiegten Franzosen dem Bündnis eingefügt. Daß die Anwesenheit britischer, französischer und amerikanischer Besatzungen und Truppen in Berlin jemals als Schutzmacht der Berliner Bevölkerung eingesetzt werden sollten, ist einer der grausamen Witze der Weltgeschichte. Diese neue verkündete Humanität z.B. der Briten, die im zweiten Weltkrieg die Praxis der Zerstörung der Wohngebiete der werktätigen Bevölkerung zu ihrer Strategie machten, weil sie angeblich weniger britische Opfer kosteten als die Bombardierung der Betriebe, macht ihre neueste Menschlichkeit wenig glaubhaft. Die sinnlose Zerstörung Dresdens, die Anwendung der Atombombe durch die Amerikaner, die französische Kriegsführung in Vietnam und Nordafrika, sind sie die Zeugen neuer amerikanisch-französischer Menschlichkeit?

Der Einwand, das sei im Krieg gewesen, zählt nicht. In Deutschland herrscht nur Waffenstillstand, kein Frieden und niemand bestreitet, daß während des Waffenstillstands der kalte Krieg bis an die Grenze des heißen Kriegs geführt wird. Friedliche Koexistenz ist Wunschtraum Chruschtschows.

Die drei Westmächte sind in Berlin, der Hauptstadt Gesamtdeutschlands, vertreten, um die gemeinsamen Kapitulationsbedingungen der Vereinigten Staaten, Briten und Russen durchzuführen und die Durchführung zu kontrollieren, die Bedingungen, die gemeinsam ausgearbeitet und zur Grundlage des Waffenstillstands gemacht wurden. Erst als man mit der deutschen Bourgeoisie die Partnerschaft zur Vorbereitung des dritten Weltkrieges vereinbart hatte und die Restauration des Kapitalismus praktizierte, wurde die Humanität zum Aushängeschild.

Die Sowjetunion schlug und schlägt als Ausweg aus der Berlinkrise den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem gesamten Deutschland vor. Um die Frontstadtfunktion Westberlins zu beseitigen, soll die sinnlos gewordene Besetzung Westberlins durch die Westmächte aufgehoben werden. Westberlin, das ganz der in der BR praktizierten Wiedererrichtung des Kapitalismus unterworfen ist, solle als freie Stadt ihre wirtschaftliche und politische Gestalt nach freiem Willen

bestimmen. Dieser Status soll von allen vier Großmächten garantiert werden. Die Kontrolle der Verbindung Westberlins, die durch das Gebiet der DDR geht, solle von der DDR ausgeübt werden, um dadurch provokatorischen Orgien der Kämpfer für Selbstbestimmung, Wiedervereinigung, "Befreiung der 17 Millionen" in der DDR ein Ende zu machen.

Die Forderungen, die die Brandt, Lemmer, die Aktivisten der Frontstadtpolitik der SU entgegengesetzten, beabsichtigen unter der Tarnung des Kampfes um die Wiedervereinigung die Vertreibung der Sowjetunion aus Berlin mit dem Ziel der Liquidierung der DDR als erste Etappe. Natürlich ist die zweite und dritte Etappe ihrer Salamtaktik bereits ausgearbeitet, die Wiedervereinigung mit dem von den Polen "nur verwalteten Gebiet" hinter der Oder-Neisse-Grenze.

Schellhaus, Vertriebenenminister in Niedersachsen, fordert anstelle der Bestrafung der Kriegshetze und Rassenhetze die Bestrafung aller, die den Verzicht auf ehemalige Gebiete im deutschen Reich fordern. Das bedeutet nicht weniger als die Vorbereitung des Kampfes zur Rückgängigmachung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Es ist völlig sinnlos, über die moralische Berechtigung oder Nichtberechtigung solcher Forderungen auch nur zu argumentieren. Verwirklicht werden könnten sie nur nach einer entscheidenden Niederlage des sozialistischen Blocks von der Art der Niederlage Hitler-Deutschlands nach dem Raubzug von 1939.

"Die Mauer, die Schandmauer muß weg". Mit dieser Parole sollen die Massen zu diesem Kampf vorbereitet werden. Es ist ebenfalls sinnlos, sich an der moralischen Verdammung der Mauer zu beteiligen. Wir haben von Anfang an gegen die ganze Politik in der Sowjetzone, die zwangsläufig zur Errichtung der Mauer geführt hat, gekämpft. Wir haben das in unseren ersten Broschüren 1945/46 in der Emigration geschrieben, vorausgesagt, wohin diese Politik führen wird. Wir haben die Errichtung der Mauer für den größten Fehler gehalten und seine den Kommunismus diskreditierende Wirkung wie kaum einen anderen Fehler aufgezeigt. Dieser Fehler schadet nicht nur dem Kommunismus, sondern hemmt und verzögert die historisch unvermeidliche Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische. Die beginnende Überproduktionskrise, die die allgemeine Verfallskrise der kapitalistischen Gesellschaft verschärft und im Anzug ist, wird die Opfer dieser Krise, die heute für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung eintreten, zwingen, ihre Aufgabe in der weltpolitischen Entwicklung neu zu durchdenken. Zum Schluß möchten wir unseren Lesern Auszüge aus einer Darstellung der Ereignisse des qualvollen Todes des bei der Flucht über die Mauer angeschossenen Peter Fechter unterbreiten, aus dem "Spiegel" Nr. 35 vom 29.8.1962.

Wir haben in der gesamten deutschen Presse keine Schilderung gefunden, die einen wirklichen Einblick in die Ereignisse vermittelt. Der "Spiegel" ist alles andere als ein kommunistenfreundliches Blatt.

"Fechter und ein Kollege vom Bau hatten den Grenzzaun am helllichten Tag im Sturm nehmen wollen. Um 14,05 Uhr waren die beiden Bauarbeiter losgerannt. Sekunden später knallten in der Zimmerstraße die ersten Schüsse. Fechters Kollege hatte Glück. Peter Fechter dagegen gelang der Sprung in die Freiheit nicht: Mit zwei Lungenschüssen und einem Bauchschuß brach er unmittelbar vor der Mauer auf sowjetzonalen Gebiet zusammen.

Fünf Minuten später, um 14,10 Uhr, lag die Meldung über den Grenzwischenfall auf dem Schreibtisch des Innensensors Heinrich Albertz. Albertz später: "Ich las die Meldung, legte sie beiseite und arbeitete weiter."

Die erste Reaktion des Innenministers war verärgert: Vom 13. August bis zum 15. August 1962 hatten Westberliner Polizeibeamte 1000 Empfänger der östlichen Grenzschleuse registriert. Meldungen über Grenzwischfälle, Schüsse im Sowjetsektor und misslungene Fluchtversuche schickten in der Westberliner Polizeizentrale aus Routine-Eingang. Das war eine ganz normale Meldung, erinnert sich der Innenminister, "das übliche".

Doch es war nicht das übliche, Schon wenige Minuten nach den sowjetischen Feuerstößen strömten Hunderte von Westberlinern aus den nahegelegenen Betrieben der Damen-Oberbekleidungsindustrie und aus Axel Springers Druckerei- und Redaktionszeilen zur Mauer. In Sprechhören taten sie den Volkspolizisten kund, man werde mit ihnen, dem Ulbricht-Körnern, abrechnen.

Als sich auf westlicher Seite schließlich eine ansehnliche Polizeistreifenmacht versammelte - zwei Funkstreifen und 15 Bereitschaftspolizisten richteten ihre Schnellfeuerwaffen drohend gen Osten -, sogen sich die Volkspolizisten in ihre Schießstände zurück. Zwischen den Fronten lag Peter Fechter. Dreiviertel Stunde lang schrie er um Hilfe. Niemand half. Ein am amerikanischen Checkpoint Charlie stationierter US-Leutnant inspizierte den Tatort. Sein Kommentar: "Not our problem."

Der Offizier fühlte sich an eine Order aus Washington gebunden, die allen US-Soldaten in Berlin strikt untersagt, DDR-Insassen bei der Flucht über die Mauer zu unterstützen. Der ihm vorgesetzte Captain, mit dem der Leutnant hätte beratschlagen können, was in diesem Sonderfall zu unternehmen sei, war nicht zu erreichen.

Auch jenseits des Walles fehlte der zuständige Abschnittskommandant. Sagt der Engländer John Peet, ein in Ostberlin ansässiger früherer Korrespondent der britischen Nachrichten-Agentur Reuter und heutiger Ulbricht-Propagandist: "Der für diesen Abschnitt zuständige Hauptmann war frühstücken gegangen oder beim Friseur. Die Leute wußten nicht, was sie machen sollten."

Eingeschüchtert durch Schnellfeuerwaffen und drohende Sprechhöre, warteten die östlichen Grenzbrigadiere auf Verstärkung. Sie hatten Angst. Wochen zuvor hatte eine westliche Kugel einen ihrer Genossen, den Grenzpolizeigefreiten Huhn, wenige Meter vom Schauplatz des neuen Zwischenfalls entfernt, getötet."

Der britische Linke, Labour-Abgeordnete, R.H.S. Crossman richtet eine ernste Mahnung an seinen Parteigenossen Willi Brandt, Adenauer, die USA, französische und britische Regierung in der Zeitung seiner Labour-Partei. Darin heißt es:

"Ich tadele nicht die Jungen und Mädchen, die Steine auf den russischen Autobus warfen und die amerikanischen Soldaten niederheulten, weil sie nicht halfen, den zwischen dem Stacheldraht sterbenden Peter Fechter zu retten. Aber Willi Brandt, Dr. Adenauer, die französische, amerikanische und britische Regierung und sogar Leiter der Labour-Partei tragen alle ein Teil Verantwortung für die Umstände, unter denen dieser junge Mann angeschossen wurde und starb. Ich erfuhr bei meiner Anwesenheit in Ostberlin vor ungefähr 14 Tagen eine ganze Serie konkreter Vorschläge, die während der letzten 12 Monate von dem

Ostberliner Bürgermeister, Herrn Ebert, gemacht wurden, um die Spannung entlang der Mauer durch Ausgabe von Besucherlaubnissen zu Besuchen Westberliner Familien mit ihren Familien jenseits der Mauer zu beheben.

Alle diese kommunistischen Friedensangebote sind verworfen worden mit der Argumentation, das schließe die Anerkennung der Autorität von Ostberlin durch Westberlin und die Existenz der Mauer ein....Brecht erst die Mauer ab, hinterher können wir sprechen. Das war die Antwort der Westberliner Politiker....

Die reine Wahrheit ist, die gegenwärtige Bedrohung Westberlins ist fast ganz der Weichheit Großbritanniens und Amerikas gegenüber Westdeutschland und Westberlin geschuldet. Das darf nicht länger toleriert, diese Krisengefahr muß beendet werden.... Die kommunistische Antwort auf die westdeutsche Abweisung kam am 13. August. Kein anderer kommunistischer Staat kann und wird erlauben, eine Öffnung seiner Fronten zu gestatten, durch welche also Flüchtlinge in die Freiheit des Westens fliehen können. Es wird Chruschtschow kaum überrascht haben, den deutschen Kommunisten zu erlauben, die Berliner Öffnung zu schließen. Innerhalb weniger Tage wurde die Mauer zur permanenten Grenze, Hauptbedingung ist Ulbrichts Überleben für eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden Staaten.... Obgleich diese Tatsachen unleugbar sind, sind sie unannehmbar für die Westberliner. Jetzt wie vor der Errichtung der Mauer wagten sie den kalten Krieg gegen die DDR unter dem Protektorat unserer Truppen.

Die Politikanten, welche die Gefühle ihrer Mitläufer aufpeitschen, dämpfen scheinbar jetzt ihre Worte nach der durchgeführten Aktion. Die Heftigkeit ihrer Propagandaoffensive wird der Schnelligkeit ihres Rückzuges angepaßt, so oft die Russen sie einschüchtern. Um der Anerkennung der DDR zuvorzukommen, vereiteln sie die Koexistenz und untergraben ihr eigenes Regime mit allen Mitteln, kurz vor dem heißen Krieg. Das war ihre Politik, bevor die Mauer gebaut wurde, und sie haben nichts gelernt aus der sich selbst zugefügten Niederlage. Es bleibt ihre Politik auch heutzutage."

Auszüge eines Berliner Leserbriefs

Ich denke, daß die Krawalle nicht als Folge gefühlsmäßiger Einstellung, sondern vor allem als Ergebnis von Hetzpropaganda und organisatorischen Maßnahmen betrachtet werden müssen. Wenn z.B. Willi Brandt wiederholt aufruft: "Unsere Geduld hat ihre Grenzen!", dann werden dadurch Gefühle genährt bzw. hochgepeitscht und der Gedanke suggeriert: "Bis zu einem gewissen Punkt lassen wir uns das gefallen, dann aber nicht mehr!", bzw. "Von einem gewissen Punkte ab muß etwas getan werden!". Wenn sich dann "zufällig" ein paar 100 oder 1000 Demonstranten ebenfalls "ganz zufällig" vor dem Hause der Axel Springer-Redaktion in der Koch-Straße treffen, mit Steinen werfen, oder wenn irgendwo Päckchen ausgegeben werden und ein Fackelzug gebildet wird, der zum Schöneberger Rathaus marschiert, dann heißt es nachher, das alles solle spontan entstanden sein.

Die Sprengstoff-Anschläge auf die S-Bahn und die Mauer konnte man auch nur von westlicher Seite her organisieren. Dazu wurde mit der gleichen Methode, die schon den Nazis beim Reichstagsbrand nicht geglaubt worden ist, die Behauptung in Umlauf gesetzt, daß die Kommunisten die Urheber seien mit der Absicht, den

Westberliner Senat in westlichen Ausland um seinen guten Ruf zu bringen. Ja, es sieht sogar trauriger den Demonstranten und Steinwerfern FDJ-Leute erkannt worden, behauptete die Tagespresse. Doch von Namen der angeblichen FDJ-Leute war nichts zu hören.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Westberliner ohne Schwierigkeiten in Westdeutschland westdeutsche Personalausweise erhalten können, mit denen sie dann, als Westdeutsche getarnt, - Westberliner dürfen nicht nach Ostberlin die Grenze nach Ostberlin passieren können. Interessant ist ferner, daß die unterirdischen Stollen, die unter die Mauer hindurch auf die andere Seite führen, nicht ohne weiteres leicht entdeckt werden können, wenn sie von Westberlin aus und mit genügendem Vorsicht vorgetrieben werden. Wie die Flüchtlinge dann den Eingang zum Weg auf die andere Seite finden können, kann ihnen dann durch die legal auftretenden Boten und deren Mittelsmänner mitgeteilt werden.

Wie andererseits das Hochspielen der Gefühle auch vom Osten her durch sture Brutalität gefördert wird, kann man an dem Fall des 18jährigen Bauarbeiters Fechter ersehen. Fechter hat versucht, an einer ihm persönlich bekannten Stelle die Mauer zu übersteigen. Er machte den Versuch dort, wo er kurze Zeit vorher selbst als Maurer beim Bau der Mauer beschäftigt gewesen war. Es zog ihn nach Westberlin zu seiner verheirateten Schwester, während er im Osten niemanden hatte, bei dem er sich hätte geborgen fühlen können. Also ein ganz natürlicher und verständlicher Beweggrund. Aber der Berichterstatter des Deutschland-Senders spricht in diesem Fall von einem Verbrecher, der die Gesetze der DDR mißachtete. Anscheinend begreift der Berichterstatter nicht, daß in manchen Fällen auch durch ein Staatsgesetz das Naturgesetz mißachtet werden kann.

Hier in meiner Wohngegend und auch in Restaurants und Verkehrsmitteln merkt man von einer innerlich-sornigen Anteilnahme der Bevölkerung wenig.

Wie schon angedeutet, liegt eine andere Seite der Angelegenheit jenseits der Mauer, die Unzufriedenheit und die Ablehnung des Regimes treiben die Flüchtlinge ins antisozialistische Lager. Und nach meiner Meinung verhalten sich Kommunismus und das, was in der DDR geschieht, zueinander wie ein echtes Kunstwerk zu einem falschem. Die DDR ist nur eine schlechte Imitation, deren Existenz unmittelbar nur der SU nützt, weil damit das militärische Potential des Westens eingeschränkt wird. Aber auf viele Arbeiter und linksgerichtete Kreise wirkt sie als Schock. Und darum ist es für das Bonner Regime so leicht, jeden Bürger als Kommunisten zu diffamieren, der nicht für die Adenauer-Politik ist.

Die Angriffsfront des Kapitals -
Strategen und Clowns

Wenn wir vor einiger Zeit an dieser Stelle schrieben, daß das deutsche Unternehmertum seit den Tagen vor dem Ersten Weltkrieg noch nie so herausfordernd aufgetreten, noch nie wieder so kampfeslustern gewesen ist wie heute, ist diese Behauptung inzwischen durch die bekannte Erklärung des Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Paulssen, durch die Forderungen und Vorschläge der verschiedensten Interessentengruppen und durch manche anderen Ereignisse auf eine Weise bestätigt worden, die wir selbst nicht erwartet hatten.

Was bisher über die geplante Notstandsgesetzgebung verlautete, was man über den neuen Entwurf zur Krankenversicherungs"reform" hörte, was man über die Beseitigung der Tarifautonomie vernimmt, liegt alles in dieser Linie.

aber der vom "Wirtschaftswunder" geblendete, von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie mit einem Schwall demokratischer und klassenharmonischer Phrasen betäubte deutsche Arbeiter steht allen diesen Vorbereitungen und Maßnahmen ahnungslos und wehrlos gegenüber. Gerade die Stellen, die ihn aufrütteln und mahnen sollten, suchen ihm ängstlich das zu verbergen, was bevorsteht und sind bestrebt, im Dunkel der Amtszimmer und der Konferenzräume zu feilschen und zu handeln, verzagt und demütig an die "bessere Einsicht" und an das "soziale Empfinden" der Unternehmer zu appellieren. Alle diese Appelle aber werden in Zukunft genau so vergeblich sein wie sie es in der Vergangenheit waren. Das Unternehmertum und die jetzt ohne jedes verhüllende Feigenblatt von ihm abhängige Regierung sind entschlossen, die sich bereits abzeichnende Krise und den Zusammenbruch des "Wirtschaftswunders" zu benutzen, um dem deutschen Werktätigen alle jene "demokratischen" Rechte und Vorteile zu nehmen, die er so vertrauensvoll als ein ihm nicht mehr zu raubendes Geschenk des guten Schicksals ansieht.

In systematischer Zusammenarbeit von Unternehmertum, Regierungsapparat und Presse werden alle sozialpolitischen, wirtschaftlichen, polizeilichen und legislativen Vorbereitungen getroffen, um jene Absichten durchzuführen. Sie werden als Staatsgeheimnisse erster Ordnung behandelt und auch die sozialdemokratisch geführten Länderregierungen wahren ängstlich dieses "Staatsgeheimnis" um den Sturm der Entrüstung und Abwehr zu verhüten, den ein vorseitiges Bekanntwerden dieser Pläne hervorrufen würde, ein Sturm, von dem sie befürchten, daß er auch sie hinwegfegen wird.

Nur manchmal sickert doch etwas durch. So ist jetzt z.B. einiges über den Entwurf zur Krankenversicherungsreform bekannt geworden.

Es ist wohl nicht nötig, zu betonen, daß der "neue" Entwurf sich vom "alten" nur dadurch unterscheidet, daß er noch etwas reaktionärer ist. Das ist auch kein Wunder! Man hatte den alten Entwurf damals zurückgezogen, weil er durch die ungeschickte Regie der CDU gerade dann vor das Parlament kam, als der Wahlkampf begann. Das konnte man sich nicht leisten, zumal der Widerstand der Öffentlichkeit erheblich stärker war als man erwartet hatte. Das Unternehmertum und seine Trabanten zogen ihn also zurück, nicht, weil sie von den gewerkschaftlichen Argumenten überzeugt oder von den Appellen an ihr "soziales Empfinden" gerührt gewesen wären, sondern weil sie eine bessere Gelegenheit abwarten wollten. Die scheint ihnen jetzt gekommen. Und weil es ja noch drei Jahre bis zur nächsten Neuwahl sind, ist man von Wahlrücksichten gänzlich unbeschwert. Im "neuen" Entwurf sind uns alle die Schönheiten des alten erhalten geblieben, zum Teil in verschärfter Weise.

Die so umstrittene Kostenbeteiligung ist unverändert im Entwurf geblieben. Wer krank wird, muß sich dieses Vergnügen künftig etwas kosten lassen. Und wer etwa so verwegen ist, so krank zu werden, daß er ins Krankenhaus muß, der hat für diesen Pensionsaufenthalt künftig erheblich zu zahlen. Warum wird er auch krank, statt zu arbeiten?

Der Entwurf sieht weiter ein kompliziertes System von Rückvergütungen vor für den Versicherten, der die Kasse nicht über ein gewisses Maß oder überhaupt nicht in Anspruch genommen hat. Zusammen mit der Selbstbeteiligung sind das Maßnahmen, die auf raffinierte Weise die erkrankten Arbeiter davon abhalten sollen, rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen. Die Volksgesundheit wird auf das schwerste bedroht, aber letztlich sind es nur Arbeiter, die auf diese Weise dem Siechtum oder langer Krankheit verfallen können und man kann sie ja stets durch Fremdarbeiter, die zudem noch williger sind, ersetzen!

Auch der "Vertrauensarzt" wird künftig in noch weit ausgeprägterer Weise als bisher die Rolle des "Gesundbeters" spielen. Die Arbeitsunfähigkeitsbescheini-

gung durch den praktischen Arzt, der den Versicherten und sein Leiden vielleicht seit Jahren kennt, genügt nicht mehr. Ein Vertrauensarzt soll nach flüchtiger Untersuchung des ihm völlig unbekanntem Versicherten darüber entscheiden, ob die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des praktischen Arztes genehmigt oder nicht genehmigt wird. Was dabei herauskommt, zumal wenn man die fachliche und moralische Qualität der meisten Vertrauensärzte berücksichtigt, liegt auf der Hand.

Das sind so einige Rosinen aus dem Pudding, den Herr Blank im Auftrage seiner "Arbeitgeber" gebacken hat und den wir in Kürze noch näher beleuchten werden.

Es ist aber falsch - und darauf möchten wir immer wieder hinweisen - nur die materielle, finanzielle Verschlechterung zu sehen, die diese Maßnahmen mit sich bringen. Das ist nicht ihr eigentlicher Sinn. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die soziale, rechtliche und staatsrechtliche Lage des deutschen Werktätigen nach einem weit vorausschauenden systematischen Plan grundlegend verschlechtert.

Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit, Senkung der Real-löhne durch fortgesetzte Geldentwertung, Schwächung der Stellung des Arbeiters in den Betrieben durch Aushöhlung des Mitbestimmungsrechtes, durch gegenseitige Konkurrenz der Arbeiter untereinander, Fortfall all der kleinen Erleichterungen, Vorteile und Freiheiten, die die Arbeiter in den einzelnen Betrieben errungen hatten - das ist das Ziel der Unternehmer, um das sie mit einer beachtenswerten Strategie kämpfen. Die Abwehr der Gewerkschafts- und Parteivertreter dagegen wirkt wie die Sprünge eines Clowns in der Cirkusarena. Ihre starken Worte nimst nur noch einer ernst: sie selbst.

Die Schlieker-Pleite

"Ich denke, daß eine Rezession in einem gewissen Umfang und solange sie nicht eine internationale Krise auslöst, eine heilsame Periode der deutschen Wirtschaft wäre".

Das sagte Willy H. Schlieker vor drei Jahren zu amerikanischen Fernsehzuschauern. Er, der bei der Währungsreform 1948 mit nur wenig Anfangskapital in das große Geschäft einstieg und im Laufe der Jahre einen großen Konzern aufbaute, wurde in den USA als "des deutschen Wirtschaftswunders liebstes Kind (die Welt)" bestaunt; denn der Mann, der so gelassen redete, war der größte selbständige Nachkriegsunternehmer Westdeutschlands mit einem Jahresumsatz von 800 Millionen DM.

Aber eine "Rezession", nicht nur "in einem gewissen Umfang", sondern als eine internationale Krise im Schiffbau, brachte ihm, drei Jahre nach jener Fernsehrede, in Zahlungsschwierigkeiten, so daß er am 24. Juli 1962 in Hamburg für die Willy H. Schlieker KG einen Antrag auf die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens stellen mußte. Nachdem sich ein Vergleich als unmöglich erwiesen hatte, wurde am 10. August 1962 dann noch das Anschließkonkursverfahren eröffnet.

Schlieker, Sohn eines Werftarbeiters, ist als ein mit allen Wassern gewaschener Geschäftsmann und Organisator bekannt. Seine Fähigkeiten lernte er als Leiter im Rüstungslieferungsamt Albert Speers von 1942 - 1945. Nach dem Krieg verstand er es, diese Kenntnisse für seinen Aufstieg anzuwenden. Bei der Währungsreform besaß er schon den Firmenmantel Otto R. Krause, den er für 35.000 Mark auf Raten gekauft hatte. Das war seine Eintrittskarte in das große Nachkriegsgeschäft des westdeutschen Kapitalismus. Zuletzt war er Konzernherr einer

Firmengruppe, bei der die Willy H. Schlieker KG, Hamburg-Düsseldorf, als Dachgesellschaft mit 20 Millionen DM Grundkapital (alleinige Kommanditisten: Schlieker und seine Frau) fungierte. Ihr gehörten bis vor kurzen an: die Hamburger Schlieker Werft, die Reederei Willy H. Schlieker & Co., Hamburg, die Schlieker Kessel- und Maschinenbau (vormals Ottenser Eisenwerke AG), Hamburg, die Schlieker Eisenhandel GmbH (früher Otto R. Krause,), Düsseldorf, die Metall- und Kaltwalzwerk Langenberg GmbH, Langenberg (Rheinland), die Walzwerk Neviges Willy Schlieker & Co., (Rheinland), die Schlieker Anlagen-Export GmbH Düsseldorf, die Schrottverwertung Niederrhein GmbH, Düsseldorf, und die Schlieker Elektronik, Freising. Hinzu kommen neben kleineren Handesgesellschaften eine Reihe von Auslandsbeteiligungen.

Schlieker handelte sich nach dem Krieg in wenigen Jahren von 3600 Mark Anfangskapital bis zum Millionär empor. Er schlug aus dem Nachkriegsgeschäft noch größere Gewinne als andere Unternehmer heraus.

Beim Austausch von Warenlieferungen mit der DDR steckte er Millionengewinne ein. Als während des Korea-Krieges in Amerika der Stahl knapp war, organisierte er ein Ringgeschäft, das ihm 25 - 30 Millionen DM einbrachte: Aus Amerika leitete er Kohle, die in Westdeutschland knapp war, an die Ruhr-Hochöfen. Westdeutschen Stahl verkaufte er dann teuer in die USA.

Schlieker meinte damals über dieses Geschäft: "Das können sie nicht lernen, das muß man ahnen".

Aber 1957, wenige Monate bevor sich in Westdeutschland die Kohlenhalden auf-türmten, hätte er sich schon beinahe das Genick gebrochen: er wollte mit 24 amerikanischen Liberty-Schiffen der Kriegszeit weiteren Kohlenachschub aus Amerika heranschaffen, um die - wie er und die Experten meinten - noch immer ungesättigte deutsche Industrie zu versorgen.

Washington gab die Schiffe nicht frei und rettete Schlieker vor einer unglücklichen Pleite.

1957 ließ Schlieker auf einem Gelände, das früher zu der Werft Blohm & Voß gehörte, für 80 Millionen DM eine Werft aufbauen, die nach der Fertigstellung eine der modernsten und rationellsten Europas war, die drittgrößte Hamburgs und sechstgrößte Deutschlands mit 3500 Beschäftigten.

Die Schlieker-Werft konnte daher, als die Flaute im internationalen Schiffbau begann, noch fast jedes Preisangebot unterbieten. Doch die Konkurrenz spitze sich schnell zu, und durch die "Aufwertung" der DM im Frühjahr 1961 büßten die deutschen Werften ihren Vorteil gegenüber dem ausländischen ein.

Im weltweiten Schiffbau-Boom nach dem Krieg - der Korea-Krieg und die Suez-Krise haben noch stark vorangetrieben - produzierten die deutschen Werften schließlich 18 % des Weltschiffbaus (jetzt sind es nur noch etwa 10 %) und standen einige Zeit hinter den englischen an zweiter Stelle.

In den Jahren der guten Konjunktur konnten die Werften zu günstigen Finanzbedingungen Schiffe bauen. "Der Spiegel" berichtet darüber:

"Während der Jahre des Booms hatten die Auftraggeber den Werften einen wesentlichen Teil der erforderlichen Mittel vorstrecken müssen. Allgemein wurden 20 % der Schiffbaukosten angesahlt, weitere 20 % bei Kiellegung entrichtet, und sobald sich die Hälfte des verwendeten Stahls "auf der Helling" befand, waren weitere 20 % fällig. Die restlichen beiden Raten mußten beim Stapellauf und zum Zeitpunkt der Ablieferung gezahlt werden."

Heute können die Auftraggeber den konkurrierenden Werften der ganzen Welt ihre Bedingungen diktieren. Die Anzahlungen und die Zahlungen während der Bauzeit wurden niedriger und die Werften müßten für den Bau verwendeten Halbfabrikate vorfinanzieren. Jetzt erhalten nur diejenigen Werften Neubaufträge, die zu niedrigsten Preisen bauen und günstige Zahlungs- und Kreditbedingungen gewähren.

Die japanischen Werften, die heute mit 21,3 % der Weltproduktion die größten Schiffbauer der Welt sind, werden stark von der Regierung unterstützt. Außerdem zahlen die japanischen Werften niedrigere Löhne und haben kürzere Transportwege für den Stahl. Die französischen und italienischen Werften erhalten hohe Staatszuschüsse, auch in den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Schweden werden den Werften günstige Abschreibungen oder Kredite gewährt.

In der "Welt" vom 27. Juli 1962 steht in einem Artikel "Werften in Not?" über die staatlichen Subventionierungen und ihre Auswirkungen auf die Produktion und Konkurrenzfähigkeit deutscher Werften:

"Wie unterschiedlich sich die Neubauleistungen nicht zuletzt auf Grund dieser Subventionspolitik allein innerhalb der EWG entwickelte, zeigt folgender Vergleich: Setzt man die Neubauleistung der deutschen Werften 1956 = 100, so stellte sie sich 1961 auf 96. Demgegenüber stieg die Leistung Frankreichs in diesem Zeitraum auf 215 und die Italiens auf 142."

In diesem gnadenlosen Wettbewerb auf dem Weltmarkt, der durch den Sturz des Baupreises von durchschnittlich 1500 DM je BRT im vorigen Jahr auf gegenwärtig 1000 DM nicht besser illustriert werden könnte, sind die deutschen Werften durch die Aufwertung der D-Mark noch besonders benachteiligt worden.

Deutschland zählt heute zu den teuersten Schiffbauländern der Welt. Selbst scharf kalkulierte Preise, die die Selbstkosten der Werften nicht mehr decken, liegen immer noch 15 bis 20 % über dem Weltmarktniveau.

Die deutschen Werften - auch die englischen - können trotz rationeller Bauverfahren mit einigen anderen Ländern nicht konkurrieren. Am 30. Juli 1962 veröffentlichte "Die Welt" die Meinung eines Werftdirektors:

"Auch der Rationalisierung sind Grenzen gesetzt. Wir haben elektronisch gesteuerte Brennmotoren, schweißen die einzelnen Bauteile des Schiffes, die sogenannten zwanzig, dreißig, vierzig Tonnen schweren Sektionen, vorher zusammen und montieren daraus den Rumpf. Aber bedenken Sie: nur etwa dreißig Prozent der Kosten eines Neubaus bleiben auf der Werft. Die restlichen siebenzig Prozent gehen ins Binnenland an die Zulieferbetriebe, für das Material, für Maschinen, für Geräte aller Art. Eine Werft ist praktisch nur ein Montagebetrieb, mit einem sehr hohen Lohnkostenanteil - wie sollen wir gegen die subventionierte Konkurrenz ankommen?"

Durch die harte Konkurrenz im internationalen Schiffbau geriet nun auch die Schlieker-Werft in Finanzierungsschwierigkeiten. Um die Kapazität der Werft voll auszunutzen, nahm Schlieker auch Aufträge an, die ihm Verluste einbrächten; denn wenn er Ausrüstungen zeitweilig stillgelegt hätte, wären die Verluste durch den Verschleiß (Rost usw) der Anlagen noch größer geworden. "Allerdings - arbeiten mit Verlust, das geht nur eine gewisse Zeit", sagte der Werftdirektor zur "Welt". Während des Booms konnten derartige Verluste leichter überwunden werden.

Auch dieser Werftdirektor meinte, Schlieker hätte die Produktion verringern sollen. Schlieker erklärte dagegen:

"Wenn ich gedrosselt hätte, wären die fixen Kosten im Vergleich zu der produktiven Beschäftigung ja noch mehr gestiegen."

Nachdem die Auftraggeber die Werften zwingen konnten, einen großen Teil der Kosten des verwendeten Materials vorzuschießen, konnte Schlieker nicht mehr - wie vorher - mit den vorgeschossenen Geldern der Auftraggeber die Materiallieferanten bezahlen. Er berichtete darüber:

"Die Werft wurde ein Finanzierungsproblem, nachdem sich die Zahlungsbedingungen laufend verschlechterten. Das höchste, was wir während der Bauzeit schließlich noch bekommen konnten, waren 25, maximal 30 Prozent Anzahlung. Und da wir nach wie vor ein volles Bauprogramm hatten, mußten wir praktisch rund 150 Millionen Mark Halbfabrikate laufend vorfinanzieren."

Im Dezember 1961 war in der Betriebsabrechnung noch ein Plus von 11 Millionen DM Anzahlungen gegenüber den vorrätigen Halbfabrikaten. Im Juni 1962 überstieg der Wert des Materials die Anzahlungen um 40 Millionen DM.

Schlieker akzeptierte geringe Anzahlungen und ließ sich die Schiffbauten auch durch Warenlieferungen bezahlen. Er baute für eine amerikanische Firma Schiffsmittelstücke, die als "Eisenmasse" die amerikanische Zollgrenze durchfuhren. Ein gutes Geschäft. Aber Schlieker hatte sich auf eine Bezahlung bis zu einem Jahr nach Fertigstellung eingelassen, also Millionenbeträge vorgeschossen. Von dem amerikanischen Metall-Konzern Reynolds nahm er einen Auftrag für zwei Schiffe an. Zahlungsbedingung: entweder ein Jahr nach Fertigstellung oder während der Bauzeit, aber nicht in Geld, sondern mit Aluminium.

Schlieker ließ sich mit Aluminium bezahlen. Aber "der Aluminium-Markt war nicht aufnahmefähig", bemerkte er. Eine amerikanische Bank gab ihm für die Lieferung 75 % des Preises der Schiffe. Verlust: 5 Millionen DM.

Für einen Kabelleger im Werte von 27 Millionen DM, den die American Telephone and Telegraph Company in Auftrag gab, hat Schlieker 6,5 Millionen DM vorfinanziert. Während des Baus zeigte sich ein Konstruktionsfehler (über dessen Schuldfrage amerikanische und deutsche Anwälte seit Monaten in den USA verhandeln). Der Verlust durch die erforderlichen Zusatzarbeiten beträgt 10 Millionen DM.

Unter diesen Schwierigkeiten zog Schlieker 40 Millionen DM aus seinem Eisenhandel und dem Walzwerk Niveges und steckte sie in die Werft. Auch Wechsel der Schlieker Eisenhandel GmbH Düsseldorf benutzte er für die Finanzierung der Werft. Daneben nahm er bei fast drei Dutzend Banken Geld auf.

Im April dieses Jahres begann er mit seinen zwei Großlieferanten und Hauptgläubigern, der Phoenix-Rheinrohr AG und der Hüttenwerke Salzgitter AG, über einen Verkauf der Eisenhandel GmbH und des Walzwerkes Niveges zu verhandeln.

Am 16. Juli 1962 schien der Handel abgeschlossen zu sein. Schlieker erklärte über die Verhandlung:

"Da wurde der Verkauf von Eisenhandels GmbH und Niveges verhackstückt. Ergebnis war, der Handel geht für 30 Millionen Mark an Salzgitter und Niveges für 35 Millionen Mark an Phoenix. Der einzige Vorbehalt war, daß der Preis für Niveges durch ein Gutachten bestimmt werden sollte,

dem ich mich unterwerfen sollte. Ich habe die Offerte angenommen."

Mit diesen Mitteln wollte Schlieker das Kapital der Dach-Kommanditgesellschaft erhöhen und die Zahlungsschwierigkeiten der Werft überwinden.

Am Abend des gleichen Tages berieten sich die Vertreter der Hüttenwerke mit dem Hamburger Bankier und Aufsichtsratsmitglied der Salzgitter AG, Hans Rinn von der Dresdner Bank. Der Bankier wußte wohl, daß Schlieker in großer Geldnot war (Schlieker erbat "im Juni von Phoenix-Rheinrohr Wechselprolongationen für rund 6 Millionen Mark)". Und anschließend "ging er das Vorstandsmitglied Busch in Salzgitter ebenfalls um Honorierung von drei Wechselländer Eisenhandels GmbH über je 500.000 Mark an, (Spiegel)" und riet von dem Handel ab.

Frau Schlieker meinte: "Erst wollten sie 65 Millionen Mark zahlen, aber dann haben sie gesehen, daß sie es billiger kriegen können, wenn sie warten".

In der Nacht telefonierte man Schlieker: "Es sei doch wohl richtiger, die Schlieker-Gruppe nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten zu sanieren. Man werde zu diesem Zweck Gespräche mit dem Hamburger Senat aufnehmen und versuchen, der Dach-Gesellschaft neue Mittel zuzuführen. (Spiegel)".

Der Hamburger Senat war bereit, Schlieker 25 Millionen Mark Bürgschaft zu geben, wenn die Phoenix-Rheinrohr und die Salzgitter AG ein Darlehen in gleicher Höhe aufbringen würden und einverstanden wären, daß die Eisenhandel GmbH und Niveges nicht ohne seine Zustimmung aus dem Konzern herausgelöst werden dürfen. Die Hüttenwerke lehnten den Vorschlag des Senats ab; sie könnten "sich in ihrer unternehmerischen Entscheidungsbefugnis nicht beschränken lassen (Spiegel)". Als der Senat am 22. Juli 1962 auf das Verkaufsverbot verzichtete, waren die Hüttenwerke nur bereit zuzustimmen, wenn der Senat die Bürgschaftserklärung kurzfristig abgebe. Das konnte der Senat nicht ohne Zustimmung der Bürgerschaft.

So mußte Schlieker am Dienstag, dem 24. Juli 1962, da erhebliche Wechsel fällig waren, beim Hamburger Amtsgericht einen Vergleichsantrag für die Kommanditgesellschaft, die Schlieker-Werft, den Kessel- und Maschinenbau und das Unternehmen in Langenberg stellen.

Am Abend des gleichen Tages

"konfrontierten die Vertreter von Phoenix-Rheinrohr und Salzgitter, die allein 45 Millionen Mark Forderungen gegen Schliekers Eisenhandel und Niveges geltend machen konnten, Willy und Marga Schlieker mit der Tatsache, daß, falls nicht unverzüglich gehandelt werde, die Handelsfirma tags darauf in Konkurs gehen müsse.

Da die Eisenhandel GmbH aus den Finanz-Transfusionen nach Hamburg 30 Millionen Mark Forderungen gegenüber der Werft besaß und diese Forderungen durch den Vergleichsantrag notleidend geworden waren, sei für die nur mit einer Millionen Mark Stammkapital ausgestattete Gesellschaft der Konkurs unausbleiblich (Der Spiegel)".

Die beiden Hauptgläubiger legten Schlieker einen Vertrag vor, den er unterschreiben mußte. "Danach übernahm ein Konsortium von Stahlunternehmen, darunter die Phoenix-Rheinrohr AG, die Hüttenwerke Salzgitter AG, die Ilseder Hütte sowie die August Thyssen-Hütte AG Schliekers Eisenhandelsgesellschaft, die bis dahin die größte konzernfreie Eisenhandelsfirma der Bundesrepublik gewesen war, zu 80 Prozent.....Im Auftrage des Konsortiums zahlte die Dresdner Bank zunächst eine, dann drei Millionen Mark auf das Kapitalkonto ein (Spiegel)."

Zwanzig Prozent beließ man Schlieker und räumte ihm das Recht ein, wie der Vorstand der Phoenix AG erklärte: "die aus der Kapitalerhöhung neu entstandenen Geschäftsanteile von vier Millionen Mark jederzeit gegen Erstattung des Aufwandeszurückzuübernehmen."

Hätte Schlieker dem Vertrag nicht zugestimmt, wären nämlich am 25. Juli 1962 die Wechselprolongationen für rund sechs Millionen Mark (die er von Phoenix-Rheinrohr erbat) und die drei Wechsel der Eisenhandel GmbH über je 500.000 Mark (die er von Salzgitter erhielt) geplatzt.

In diesem Falle, erklärte der Vorstand der Phoenix-Rheinrohr AG, wäre die Folge davon

"der sofortige Konkursantrag der Geschäftsführung der Eisenhandel GmbH gewesen". Denn: "Da zwischen der Eisenhandel GmbH und der Schlieker KG ein Organschaftsvertrag mit Gewinn- und Verlustübernahme der GmbH durch die KG bestand, wäre jeder Vergleich von Herrn Schlieker persönlich und der Schlieker KG nach Konkurseröffnung der GmbH undurchführbar geworden."

Die Eisenhandels GmbH mit einem Jahresumsatz von 500 Millionen DM war das größte Unternehmen des Schlieker-Konzerns. Die Phoenix-Rheinrohr AG und Salzgitter AG setzen über den Eisenhandel im In- und Ausland ihre Walzwerkzeugnisse ab.

Das Walzwerk Niveges, das heute den westdeutschen Markt für Elektrobleche beherrscht und eines der modernsten seiner Art ist, wird von der Phoenix-Rheinrohr AG durch Lohnaufträge beschäftigt; sie beliefert das Werk in großem Umfang mit den Vorprodukten.

Nachdem Schlieker nicht das nötige Geld für eine Weiterführung seiner Werft aufreiben konnte und die erforderlichen Mittel für einen Vergleich (35 % der Gläubigerforderung) nicht vorhanden waren, wurde am 10. August 1962 über die Willy H. Schlieker KG das Anschlußkonkursverfahren eröffnet. Die Schulden werden auf über 100 Millionen Lieferanten- und etwa 50 Millionen Bankschulden geschätzt.

Die Großgläubiger hatten kein Interesse, dem Schiffbauer Schlieker aus seiner Geldnot herauszuhelfen. Die Phoenix-Rheinrohr AG, die an der benachbarten Werft, der Blohm & Voss AG, eine Aktienmehrheit von 51 % besitzt, war wohl eher interessiert, daß der Konkurrent Pleite ging. Die Großlieferanten, die an dem in den Schiffen verbauten Eisen Eigentumsvorbehalte haben oder durch Sicherheitsübereignungen abgesichert sind, hat der Konkurs Schliekers nicht getroffen. Sie haben auch gleich, als Schlieker den Vergleich beantragt hatte, das noch unverbaute Eisen beschlagnahmt. Der Werftherr jammerte darüber: "Man läßt uns am steifen Arm verhungern". Die Sicherheitsübereignungen sollen sogar so hoch sein, daß es fraglich erscheint, ob das Konkursverfahren überhaupt durchgeführt werden kann. Und außerdem: "Für Großlieferanten bedeuten Millionenverluste meist nicht viel: Sie setzen sie von der Steuer ab. Verlustgeschäfte in Millionenhöhe bezahlt praktisch der Staat", schrieb die "Bild-Zeitung".

Die Forderungen der kleinen und mittleren Zulieferungsbetriebe des Schlieker-Konzerns in Höhe von 25 Millionen DM sind jedoch zum Teil ungesichert; sie können Verluste auch nicht von der Steuer absetzen. 4.000 Arbeitsplätze der Hamburger Zulieferfirmen sind gefährdet. Handwerksbetriebe, die jahrelang gute Aufträge von Schlieker bekamen, lieferten zuletzt auch ohne Geld und ließen sich die nötigen Mittel von den Banken vorstrecken. Jetzt werden die Kredite zurückgefordert, einzelne Betriebe werden in Konkurs gehen. So mußte am 25. Juli 1962 die Hanseatische Werft GmbH, Hamburg-Harburg, den Konkurs anmelden. Der größte

Teil der 500 Mann Belegschaft hat neue Arbeitsplätze gefunden. Aber : Die Arbeiter haben 2 Wochenlöhne und die Angestellten ein Monatsgehalt nicht erhalten.

Auf der Schlieker-Werft wird trotz des Konkursverfahrens mit einem Teil der Belegschaft weitergearbeitet. Die benachbarte Werft Blohm & Voss wird zwei Tender für die Bundesmarine und zwei Tankermittelstücke für eine amerikanische Firma fertigstellen. Diese Aufträge sind schon zu einem Teil bezahlt und es liegen auch Eigentumsübertragungen am Material vor. Außerdem sind in den Verträgen für den Fall einer nicht pünktlichen Ablieferung hohe Konventionalstrafen vorgesehen, die aus der Konkursmasse bestritten werden müßten.

Blohm & Voss hat Mühe, für die Fertigstellung der Schiffe tausend Schliekerarbeiter zu halten. Die anderen sind schon von den übrigen Werften abgeworben oder haben sich einen Arbeitsplatz in anderen Industriezweigen gesucht. Die Zahl der auf den hamburgischen Werften beschäftigten Arbeiter ist aber zurückgegangen: wenige Jahre nach Kriegsende waren es noch 34.000, heute noch gut 30.000 Mann.

Ein Teil der 500 Kollegen jedoch, die früher bei Borgward in Bremen beschäftigt waren und jetzt nach Hamburg pendelten, erlebten nach dem endgültigen Krach des Autowerks im Herbst 1961 schon wieder eine Pleite.

Die Gewerkschaft, die Schlieker einen "reaktionären Arbeitgeber" nannte, ermunterte die Arbeiter bis kurz vor dem Konkurs mit Durchhalteparolen. Ruhnau, Hamburger Bezirksleiter der IG Metall: "Wenn in einem Topf nichts drin ist, können wir als Gewerkschaft auch nichts herausholen."

Es fragt sich, was er aus dem Topf des Konkurs herausholen will, wenn das Konkursverfahren vielleicht mangels Masse eingestellt wird.

Für die Weiterführung der Ottenser Eisenwerke, bei der 1.300 Arbeiter beschäftigt sind, haben die Dresdner Bank, die Deutsche Bank, die Hamburgische Landesbank und die Vereinsbank Hamburg eine Auffanggesellschaft gegründet. Die neue Gesellschaft hat mit der in Konkurs befindlichen Schlieker KG einen Pachtvertrag abgeschlossen. Auch das Walzwerk Langenberg im Rheinland arbeitet weiter. Die Arbeit in der Schlieker Elektronik GmbH, Freising, ist von den Schwierigkeiten der Dach-Kommanditgesellschaft nicht berührt. Dort ist man mit einem Starfighter-Zulieferungsprogramm für die Luftwaffe beschäftigt. Der Direktor der amerikanischen United Industrial Corporation (die über eine Lausanner Tochtergesellschaft mit 50 % an der Schlieker Elektronik GmbH beteiligt ist), erklärte, daß man "der Geschäftsführung der Schlieker Elektronik GmbH die nötige Unterstützung zukommen lassen (wird), bis die Lage der Schlieker KG, Hamburg, geklärt ist."

Die bürgerlichen Ökonomen meinen, Schlieker sei nur Pleite gegangen, weil er nicht richtig mit seinen Finanzen gewirtschaftet habe. Er hätte rechtzeitig das Grundkapital seiner Dach-Kommanditgesellschaft erhöhen und nicht so viel Geld investieren sollen.

Schlieker glaubte wie alle, die ihm heute weise Ratschläge geben, die stürmische Nachkriegsentwicklung des westdeutschen Kapitalismus werde ewig fort-dauern.

In der Hochkonjunktur wurden die Riesengewinne für die Rationalisierung und Erweiterung der Produktionskapazität investiert, um konkurrenzfähig zu bleiben. Gerade dadurch, daß Schlieker seine Gewinne immer wieder investierte und Kredite aufnahm, konnte er seinen Konzern und eine der modernsten Werften

Europas aufbauen. Auch nach der "Aufwertung" der DM holte er noch zahlreiche Neubaufträge herein, als die Konkurrenten schon über einen Mangel an neuen Aufträgen klagten. Die Werft hatte zuletzt einen Auftragsbestand von 200 Millionen DM, mit dem sie langfristig zu beschäftigen wäre. Schlieker ging nur wegen Kapitalmangel in Konkurs.

Ist nun seine Pleite nur ein Einzel- oder Sonderfall, was die bürgerliche Presse auch schon von dem Borgwardkrach behauptete? Nein! "Der Donner- schlag nach dem Fall Schlieker dröhnte durch die weite Wirtschaft und brachte auch die Börsen wieder zum Zittern," schrieb Ferdinand Fried in der "Welt".

Nicht nur im Schiffbau, sondern auch in der Strumpfindustrie können wir heute einen heftigen Konkurrenzkampf beobachten. Ausgerechnet die Opal-Strumpfwerke gingen am 3. August 1962 in Konkurs. Die beiden Kompagnon Margaritoff und Schäffer hatten es (ähnlich wie Schlieker) verstanden, im Nachkriegsgeschäft große Gewinne zu machen. Schäffer "wirkte im Dritten Reich als Leiter des sogenannten Kautschuk-Ringes bei Reichminister Albert Speer..." Mitte August 1962 mußten die Strumpffabrik Helmut Rößler GmbH, die Handschuhfabrik, Helmut Rößler KG, und die Geschäftsleitung der Sulida-Strumpffabrik, eine Tochter der Opal-Strumpfwerke, einen Antrag auf die Eröffnung des Vergleichsverfahrens stellen.

Die Tendenz des Kapitalmangels ist allgemein. "Die Wirtschaft kommt also von allen Seiten in eine gewisse Geldklemme: das wirtschaftliche Wachstum läßt nach, die Kosten steigen, die Konkurrenz wird härter, und die Kreditdecke wird knapper", stand in einem Artikel von Ferdinand Fried in der "Welt".

Daß gerade die Produktionskapazität einer der modernsten Werften Europas nun nicht mehr voll ausgenutzt ist, zeigt besonders deutlich die Anarchie in der kapitalistischen Produktionsweise, daß der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen im Kapitalismus auf die Spitze getrieben wird.

Es wird immer klarer, daß die diktatorische Leitung der Produktion durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln (das bestimmt, wie und was produziert wird) historisch überflüssig wird und der Lebensfähigkeit der zukünftigen Gesellschaft im Wege steht....

Am 21. August 1962 erhob Schlieker beim Hamburger Amtsgericht eine Beschwerde gegen das Anschlußkonkursverfahren. Hat er doch noch Geldgeber für die notwendigen Mittel eines Vergleichs gefunden?

Eine Dankschrift - schlecht durchdacht

Am 24. und 25. März dieses Jahres tagte die 9. Ordentliche Ortsjugendkonferenz des DGB Ortsausschusses Bremen. Unter anderem standen Anträge zur Diskussion, von denen einer sich mit der "Reformierung des 1. Mai-Feiertages" befaßte. Die ÖTV-Jugend brachte diesen Antrag ein, in dem verlangt wurde, "einer sogenannten Dankschrift zum 1. Mai" vollinhaltlich zuzustimmen.

Wer nun in Bremen an eine Reformierung des schon reformierten Maifeiertages denkt, dem fällt zunächst der Gebetsschuppen ein, in dem alljährlich am Morgen des 1. Mai die Hallelujahonkels Arm in Arm mit "modernen" Gewerkschaftlern dem Herrn Jesus für alles danken, was 2.000 Jahre christliche Geschichte uns eingebracht haben. Dem könnte auch einfallen, die Kundgebung auf dem Domshof besser

zu gestalten, die in jedem Jahre weniger Zuhörer zählt, weil die Demonstranten das Gekreische der Trompeten, das stupide Brüllen der "Sprechchöre" und die schmalzigen Stimmen der bezahlten Schauspieler, die für gutes Geld sogar ein paar Krokodilstränen aus ihren Drüsen quetschen, nicht mehr mit anhören können.

Was aber will die ÖTV-Jugend reformieren? Was haben "fortschrittliche" Gewerkschaftler in zahlreichen Wochenendschulungen und Berlin-Pilgerfahrten den Jugendlichen beigebracht? Das Ergebnis ist eine "Denkschrift" konfusem Inhalts, der darauf hinausläuft, den Demonstrationszug abschaffen zu wollen. Im Demonstrationszug zu marschieren, Transparente mit gewerkschaftlichen Forderungen zu tragen, rote Fahnen und Musikzüge, die ab und zu auch mal die Internationale spielen, das ist nach Meinung der ÖTV-Jugend nicht mehr zeitgemäß, nicht mehr "modern". Stattdessen soll "eine Großkundgebung abgehalten werden, die durch prominente und gute Redner den gewerkschaftlichen Forderungen Ausdruck verleiht". Als weiteren "modernen Weg" ist auch daran gedacht, "die Massenmedien Funk und Fernsehen" an diesem Tag in großem Umfang einzusetzen". In Wochenendschulungen hat man der Jugend den Segen der Sozialpartnerschaft klargemacht, infolgedessen kann von "Unterdrückung und Ausbeutung in der Bundesrepublik keine Rede mehr sein". Folglich hat auch der 1. Mai lediglich die Aufgabe, "die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen." Die "öffentliche Meinung" schließt natürlich auch die Kapitalisten ein, sie werden "beeinflusst" und zahlen höhere Löhne. Auch an die Geschichte wagt sich die ÖTV-Jugend frischfröhlich heran. Wir zitieren eine Zeitbeschreibung nach 1918:

"Der erste Wandel des Maigedankens findet statt. Die Arbeitnehmer haben sich die gleichberechtigte Stellung im Staat erkämpft (?!!). Sie erkennen, daß die klassenlose Gesellschaft ohne Staatsordnung, wie es Marx gefordert hatte, nicht möglich ist. Die Arbeitnehmer kämpfen nicht mehr gegen den Staat, der früher gleichbedeutend mit der kapitalistischen Klasse war. Jetzt wollen sie selbst den Staat regieren. Die Arbeitnehmerverbände werden so zur wesentlichen Stütze der Demokratie. Der Kampf verlagert sich. Die Arbeitnehmer verlangen die Gleichberechtigung in der Wirtschaft.

Es ist die Zeit, in der die Idee des demokratischen Sozialismus entsteht. Marx konnte dieses Geschehen nicht voraussehen. Die Gewerkschaften kämpfen nicht mehr nach einer bzw. für eine Ideologie. Die Demokratie ist keine Ideologie. Sie ist eine Staatsform, in der der Kampf der Arbeitnehmer neuartige Methoden und Formen annimmt.

Dieser Wandel wird nach dem zweiten Weltkrieg besonders deutlich. Heute sind die Gewerkschaften nicht die Zusammenschlüsse Unterdrückter, wie sie es vor fast hundert Jahren waren."

Wir wollen nicht die objektiven falschen Anschauungen über Marx-Theorien anprangern, denn sie ohnehin jovial zubilligen, er hätte die "Entstehung des demokratischen Sozialismus" nicht voraussehen können, aber auch den jungen ÖTVern muß bei der Abfassung dieser "Denkschrift" aufgefallen sein, daß sie ein Kapitel Geschichte schlankweg unter den Tisch fallen ließen. Das ist nämlich genau der Zeitabschnitt zwischen "dem Wandel nach dem zweiten Weltkrieg" und dem Abschnitt, als die ÖTV-Jugend den "demokratischen Sozialismus" entstehen ließ und die Gewerkschaften "zur wesentlichen Stütze der Demokratie" ernannten.

Damals suchten die Stützen der Demokratie" auch schon nach "neuen Wegen", zwar nicht, um einen Maiaumzug zu verhindern, aber immerhin, wie wir heute wissen, kam mit der "Idee des demokratischen Sozialismus" der "Führer" und die "Stützen der Demokratie" kapitulierten oder flagen in die Konzentrationslager.

Und um es niemals zu vergessen, der "Führer" kam mit Unterstützung unserer damaligen und heutigen "Sozialpartner" an die Macht. Damals gab es ein Ermächtigungsgesetz, das angewandt wurde, und heute soll es ein Notstandsgesetz geben, das angewandt werden soll. - Wenn also eine Denkschrift" verfaßt wird, sollte man dabei das Nachdenken nicht vergessen. -

Nun, es ist noch nicht alles verloren, wir entnehmen dem Protokoll: Kollege Heinz Meinking stellt den Antrag, die vorliegende Denkschrift dem DGB-OJA zur Überarbeitung weiterzugeben. Verschiedene Sprecher meinen jedoch, daß der Antrag zunächst verlesen werden müßte. Daraufhin wird der Antrag mit 23 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Antrag wird verlesen und führt zu heftigen Diskussionen in der Sache. Man ist sich jedoch darüber einig, daß die 9. Ordentliche Ortsjugendkonferenz zu dem angeschnittenen Problem nicht abschließend Stellung nehmen kann. Die älteren anwesenden Kollegen erklären sich bereit, an der Reformierung mitzuarbeiten. Daraufhin wird folgender Antrag formuliert:

"Die 9. Ordentliche Ortsjugendkonferenz der DGB-Ortsausschusses, Bremen, überweist die Denkschrift zum 1. Mai der ÖTV-Jugend als Arbeitsmaterial an den Ortsjugendausschuß Bremen. Der Ortsjugendausschuß wird aufgefordert, einen Arbeitsausschuß zu bilden, dem auch ältere Kollegen angehören sollen."

Der Antrag fand die Zustimmung der Konferenzteilnehmer, und nun muß sich wieder ein Ausschuß mit einer "Denkschrift" befassen, die keine ist. Laßt es euch sagen, wenn ihr absolut reformieren wollt, dann erhebt eure Stimme gegen die Kapitulanten und nicht ausgerechnet gegen die Demonstranten, die zugegeben auch nicht gerade himmelstürmend sind. Aber es ist der letzte Rest von Willen, auf die Straße zu gehen, den man nicht auch noch gewaltsam töten soll. Die Ausbeutung hört nicht auf, wenn die Kapitalisten gezwungen sind, relativ hohe Löhne zu zahlen, um selbst noch höhere Profite zu machen. Die Zeit ist nicht mehr allzufern, man kann es buchstäblich riechen, wo diese Zustände aufhören und die herrschende Klasse das Zuckerbrot beiseite legt und wieder zur Peitsche greift - dann mußt auch ihr auf die Straße - besonders am 1. Mai - und demonstrieren.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96.
Bremen, September 1962

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Die Auswirkung der Kuba-Krise gibt uns Veranlassung, uns in einem besonderen Informationsbrief ausschließlich hiermit zu befassen. Die Sowjetunion hat der Welt ihre Friedensbereitschaft demonstriert, ein Alpdruck ist gewichen, der dritte Weltkrieg nicht ausgebrochen. Der Friede ist damit hoffentlich und wenigstens vorläufig gesichert.

Wer aber erfolgreich für die Erhaltung des Friedens kämpfen will, muß auch die Lehren aus der Kuba-Krise ziehen. Diesem Zweck dient die nachstehende Untersuchung eines Marxisten.

Kennedy's Showdown

Die Kraftprobe, welche die USA mit der SU veranstalteten, hat mit dem Sieg der USA und der Niederlage der SU einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die ultimativ von Kennedy Chruschtschow gestellten Bedingungen sind angenommen worden und werden zur Zeit durchgeführt. Präsident Kennedy teilte dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in dem geheimen Teil des Briefwechsels zwischen ihnen mit, daß Amerika die sowjetische Raketenbasis auf Kuba in wenigen Stunden beseitigen würde. Später war zu hören, daß ein massiver Luftangriff für Sonntag nachmittags um 3 Uhr angesetzt war. Von da ab jagten sich die Briefe Chruschtschows. Am Sonntag schließlich wurde der bedingungslose Abzug der sowjetischen Raketen bekanntgegeben. Der Eile halber im Moskauer Radio. Politisch der Arbeiterbewegung verbundene Menschen sollten die erforderlichen Lehren aus der Kuba-Krise ziehen.

Für Amerika war die Lage für die Kraftprobe Kennedys günstig. Am 6. November finden die Wahlen zum Kongreß und von 1/3 der Gouverneure statt. Die Republikaner warfen den Demokraten und besonders Kennedy Untätigkeit und Feigheit gegenüber der Politik der SU im allgemeinen und Kuba im besonderen vor. Die Weltpolitik der beiden Weltmächte befindet sich in der Sackgasse. Außenpolitisch ist Kennedy mit der Niederlage der Emigranteninvasion in der Schweinebucht in Kuba belastet. Die Invasion war unter der Eisenhower-Regierung vom Geheimdienst organisiert worden. Kennedy mußte aber die Einwilligung geben. In der Wahlagitation um die Präsidentschaft hatte Kennedy die Eisenhower-Regierung der Vernachlässigung der führenden Pflichten gegenüber der SU und dem Kommunismus angeklagt. Er empfahl zur Lösung der Berlin-Krise, den kalten Krieg auf die Spitze zu treiben, um die SU vor die Wahl zu stellen zu kämpfen oder zurückzuweichen. Bei der Errichtung der Mauer in Berlin betrachtete Kennedy die Kräfteverhältnisse für die provozierte Kraftprobe als noch nicht reif.

Anders in Kuba. Hier konnte die USA unmittelbar vor ihrer Küste ihre ganze Macht entfalten. Die Eisenhower-Regierung hatte in Kuba das Batista-Regime bis zum Sieg der von Fidel Castro geführten Rebellion unterstützt. Seit Anfang 1949 wurde die siegreiche Castro-Revolution mit Geld und Waffendieferungen unterstützt. Im April 1959 wurde Fidel Castro bei seinem Besuch in Washington als Held gefeiert und von Nixon, dem Stellvertreter Eisenhowers, sowie Herter, dem Außenminister, als Held gefeiert. Man schätzte Castro als Antikommunisten, der um die Unterstützung der USA bat. Auf die Frage, welche Rolle die Kommunisten in seiner Bewegung spielten, antwortete Fidel Castro: "Wenn irgendwelche Kommunisten in meiner Regierung sein sollten, so ist der Einfluß gleich Null." Das war keine Heuchelei, Castro war kein Kommunist.

Der Gegensatz zu den USA wurde in dem Maße unüberbrückbar, als die Rebellion lateinamerikanischer Art sich in die sozialrevolutionäre Revolution entwickelte. Der Zwang zur Bodenreform, die Beschlagnahme der Zucker- und Maisplantagen führten zum Widerstand der Enteigneten, in ihrer Mehrheit USA-Bürger und ihre Helfershelfer. Er mußte mit Gewalt gebrochen werden und er wurde gewaltsam gebrochen. Das beantwortet die Eisenhower-Regierung mit der vom FBI organisierten Emigranteninvasion, die in der Schweinebucht innerhalb 48 Stunden mit einer schweren Niederlage endete. Schon im Mai 1960 hatte Eisenhower bereits die amerikanische Wirtschaftshilfe von 200 Millionen Dollar jährlich gestrichen. Castro beschlagnahmte alle amerikanischen Hotels in Kuba und enteignete die ausländischen Ölgesellschaften. Die USA antwortete mit dem Verbot der Zuckereinfuhr aus Kuba. Die kubanische Revolution mußte sich an die SU und die Länder des sozialistischen Blocks wenden. Diese Hilfe wurde Kuba vom sozialistischen Block und der SU gewährt. Dadurch wurde der amerikanische Wirtschaftskrieg gegen Kuba unwirksam. Zum ersten Mal entwickelte sich eine lateinamerikanische Rebellion in eine soziale Revolution. Die lateinamerikanischen Rebellionen endeten nur mit einem Personenwechsel innerhalb der herrschenden Klassen. Des Öfteren wurden sie von den Amerikanern inszeniert, um ihren Bedürfnissen die Regierungsbasis zu schaffen. So noch die Rebellion in den dreißiger Jahren in Kuba, vor der ersten Batista-Regierung. Die Entwicklung kennzeichnete Kennedy in aller Öffentlichkeit: "Die amerikanische Weltmacht hat eine bittere Niederlage erlitten."

Castro wurde als der Verantwortliche für diese Entwicklung als Verräter an der glorreichen Revolution gebrandmarkt. Es war Verrat an den Interessen der monopolkapitalistischen Ausbeuter in demselben Umfange, in dem die breiten Masseninteressen zum Ziel und Inhalt der kubanischen Revolution wurden. Castro, der unabhängig-neutral bleiben wollte, wurde unter dem Zwang der Umstände vorangetrieben. Die Kommunistische Partei Kubas hat in den Anfängen der Rebellion keinen Einfluß ausgeübt. Die Kubanische Kommunistische Partei war unter dem Batista-Regime eine Partei, die innenpolitisch eine Art sozialdemokratische Politik im Klassenkampf sinne der westeuropäischen Parteien vor dem ersten Weltkrieg betrieb plus kritikloser Verehrung der SU. Sie ist erst im Verlauf der Entwicklung der kubanischen Revolution zu Einfluß in der Führung gekommen.

Aber das Prestige Castros überwiegt. Noch vor kurzem wurde ein kommunistischer Funktionär von Castro einfach abgesetzt. 1961 erklärte Castro: "Ich habe noch vor 10 Jahren gewisse Vorbehalte gegenüber dem Kommunismus gehabt, deren ich mich heute schäme." Am 1. Mai 1961 proklamierte er Kuba als sozialistischen Staat und wünschte, daß Kuba in den Warschauer Pakt aufgenommen werde. Chruschtschow lehnte das ab und sagte: "Ich will etwas viel Besseres tun, ich werde Russen nach Kuba schicken."

Die SU sandte Fachleute zum Ausbau der Landwirtschaft und Industrie und Militär-Fachleute. Die Tschecho-Slowakei und andere sozialistische Länder sandten gleichfalls Fachleute zum sozialistischen Aufbau und lieferten Maschinerie und

Waffen zur Organisation der Verteidigung. 1960 erklärte Chruschtschow: "Falls aggressive Kräfte des Pentagon eine Intervention gegen Kubawagen sollten, könnte sowjetische Artillerie dem kubanischen Volk mit Raketenfeuer zur Hilfe kommen, wenn es notwendig werden sollte." Dieses Versprechen war eine moralische Stärkung der revolutionären Kubaner und der lateinamerikanischen Werktätigen, die mit der kubanischen Revolution sympathisieren. Das ist die Mehrheit der Werktätigen der lateinamerikanischen Länder. Nur die Regierungen halten zu den USA und wünschen der kubanischen Revolution lieber heute als morgen ein Ende. Wenn die Regierungen in Mexiko, Brasilien, Argentinien den Länderabwehrblock, den die USA mit den 21 Staaten abzuschließen versuchten, nicht unterzeichneten, so nur deshalb, weil sie die Gegenaktion ihrer Werktätigen fürchteten.

Nach der Abwehr der Exilkubanischen Legionäre im April 1961 schrieb Chruschtschow an Kennedy: "Wir werden dem kubanischen Volk und seiner Regierung jede erforderliche Hilfe angedeihen lassen, damit der bewaffnete Angriff gegen Kuba abgeschlagen wird." Und noch am 11. September 1962 hieß es: "In einer Zeit, da die USA ihre Streitkräfte mobilisieren und eine Aggression gegen Kuba vorbereiten, möchte die Sowjetregierung darauf aufmerksam machen, daß es heute unmöglich ist, Kuba zu überfallen und zu glauben, daß dieser Überfall für die Angreifer straffrei ausgehen wird."

Die Sowjet-Union und der sozialistische Block halfen Kuba mit wirtschaftlichen Sachverständigen zum sozialistischen Aufbau der Wirtschaft. Sie schickten militärische Fachleute und konventionelle Waffen. 200 Sowjet-Panzer, 1000 Geschütze, 2000 Fliegerabwehrgeschütze, 200 Flugzeuge und neuerdings Mittelstrecken-Raketen zur Abwehr einer erneut drohenden Emigranteninvasion. Die Ankündigung der Zerstörung der Raketen- und Waffenplätze durch die USA bedeutet die Vorbereitung des Präventivkrieges zur Entwaffnung Kubas. Zu einem solchen Kampf reichen weder die vorhandenen Waffenvorräte noch der aufopferungsvollste Mut der kubanischen Revolutionäre aus. Es ist sinnlos, gegen die Argumente, mit denen dieser Präventivkrieg begründet wird, zu polemisieren. Wer den Hund töten will, erklärt ihn für toll. Hitler bediente sich der Lüge von dem Angriff der Polen auf seine kompakte Front. Die USA mit 180 Millionen Einwohnern ist bedroht von einem Kuba mit 6.800 000 Einwohnern, weil es Angriffswaffen hat, einen Bruchteil der Waffen der USA.

Noch lächerlicher ist die Argumentation der Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen im Falle Kubas. Wenn unter irgendwelchen Umständen die Redensart von der Wirkung der Atomwaffen, Raketen und Düsenflugzeugen als Abschreckungsmittel Sinn hat, dann im Falle Kuba mit seinen 6,8 Millionen Einwohnern gegenüber den 180 Millionen Einwohnern der USA. Die Raketenrampen waren erst im Bau, also noch nicht schußbereit, so daß wirklich keine Gefahr bestand, daß Kuba Washington und New York angreift, bevor die USA sich zur Wehr setzen können. Alle diese Argumente sind sinnlos. Die beschleunigte Aktion hat Sinn und Verstand im Wahlkampf, denn sie hat die Anklage der Feigheit gegen Kennedy gegenstandslos gemacht. Kennedy hat sich als der Klügere bei der Einschätzung der Kräfteverhältnisse im allgemeinen, der Wahl des Ortes und des Zeitpunktes erwiesen: "Den kalten Krieg auf die Höhe zu treiben, um die SU zu zwingen zu kämpfen - unmittelbar vor den Küsten der USA - oder zu kapitulieren."

Es blieb kein anderer Ausweg als zu kapitulieren oder den dritten Weltkrieg zur Rettung Kubas zu riskieren.

Chruschtschow, dessen Stärke Agitation und Propaganda und nicht die Waffe der klaren Analyse zur Abwägung der eigenen Kraft gegenüber den Kräften des Gegners ist, ist in die Falle gegangen. Das kollektiv führende leninistische ZK hat die Fehler nicht korrigiert. Sie beruhen auf den Fehleinschätzungen der Lage in den kapitalistischen Ländern in dem Programm der KPdSU. Darin heißt es:

"Die kapitalistischen Länder werden ständig von Klassenkämpfen erschüttert. Die Arbeiterklasse entfaltet Kampfaktionen zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen.... Unter den neuen historischen Verhältnissen kann die Arbeiterklasse vieler Länder bereits vor dem Sturz des Kapitalismus die Bourgeoisie zu Maßnahmen zwingen, die über den Rahmen der üblichen Reformen hinausgehen und sowohl für die Arbeiterklasse und die Entfaltung ihres Kampfes um den Sozialismus als auch für die Mehrheit der Nation lebenswichtig sind. Indem die Arbeiterschaft die breiten Schichten der Werktätigen zusammenschließt, kann sie die herrschenden Kreise zwingen, die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges einzustellen, kann sie die Entfesselung von lokalen Kriegen vereiteln, die Wirtschaft zu friedlichen Zwecken nutzen, die Offensive der faschistischen Reaktion zurückschlagen, ein gesamt nationales Programm des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Rechte sowie eine gewisse Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes durchsetzen."

Es gab in dieser Lage für die SU keinen anderen Ausweg als den überstürzten Rückzug zu den Bedingungen Kennedys. Damit ist die Ausweitung der Kuba-Krise zum dritten Weltkrieg vermieden worden. Das ist eine positive Bestätigung der wiederholten Erklärungen der SU, daß sie niemals als erste zum Atom-Waffenkampf greifen wird. Das wird bei den Millionen Friedensfreunden, die die Abrüstung bei der SU wie bei den kapitalistischen Kriegsvorbereitern fordern, lebhaft begrüßt werden. Aber das genügt nicht.

Es gilt, die Ursachen zu beseitigen, die das sozialistische Lager in diese Zwangslage manövierten. Es ist sehr wichtig, daß Verhalten der breiten Massen, die alle den Krieg fürchten, auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise nachzuprüfen. Aus Polen wird berichtet, daß Angstkäufe stattgefunden haben. Aus den übrigen sozialistischen Ländern wird von Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der USA berichtet, die aber nirgends an Umfang und Leidenschaft die früheren Demonstrationen erreichten oder übertroffen haben. In Moskau waren die Demonstrationen vor der USA-Botschaft schwächer. Ist die Ursache für diese schwächere Reaktion darauf zurückzuführen, daß die friedlichen Massen nicht an den Ernst der Kriegsgefahr glaubten? "Es kann nicht sein, was nicht sein darf." Wichtiger für das Verhalten der breiten Massen ist die Reaktion der Friedensfreunde in den kapitalistischen Ländern. Auch in England waren die Demonstrationen schwächer trotz des Eingreifens des alten Führers der Weltfriedensbewegung, Lord Russel. Zuverlässige Berichte aus USA, Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern stehen uns nicht zur Verfügung. Falls Kundgebungen bedeutende Wirkungen erzielt hätten, würde die bürgerliche Presse, die die Kraftprobe Kennedys begrüßt, darüber berichtet haben. In der Bundesrepublik wurde es freudig begrüßt, daß endlich Chruschtschow Halt geboten worden ist. Eine Auffassung, die auch von breiten Schichten der Werktätigen unterstützt wurde. Der DGB-Kongreß hat zwar den Frieden gefordert, aber aufs schärfste die SU-Politik und ihre Auswirkung in der DDR verurteilt.

Es gilt festzuhalten, daß der größte Teil der Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, die Beschlüsse des DGB-Kongresses billigen, und diese Stellung gilt nicht nur für die Bundesrepublik. Wir sind die Letzten, die auf Massenstimmungen Strategie und Taktik stützen. Die Masse ist wetterwendisch wie der Nebelwind. Aber es ist notwendig, diese Tatsache mit den gegenteiligen Behauptungen der KPdSU in ihrem Programm zu vergleichen. Im neuesten Entwurf zur Bildung einer internationalen Handelsorganisation wird dieselbe Einschätzung des Verhaltens der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern wiederholt.

Die Auswirkungen der Kraftprobe Kennedys hat die Millionen der organisierten Friedenskämpfer nicht als eine Kraft in Erscheinung treten lassen:

"Die herrschenden Kreise zu zwingen, die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges einzustellen." Die tatkräftige Unterstützung Kubas durch die SU und den sozialistischen Block war gleichfalls nicht stark genug, den amerikanischen Monopolkapitalismus zu zwingen, auf den Präventivkrieg zu verzichten. Ob die gegenteilige Prahlerei von der Überlegenheit der Abwehrkraft, mit den Raketenwaffen, Raumschiffen usw., den Tatsachen entspricht, kann erst im Krieg erprobt werden. Was jetzt schon feststeht, ist, daß auch überlegene militärische Abwehrkräfte nicht genügen, eine sozialistische Revolution vor der Vernichtung durch den amerikanischen Monopolkapitalismus zu schützen. Alle die Versprechungen, die Kennedy gemacht hat, um Chruschtschow Gelegenheit zu geben, das Gesicht zu wahren, haben natürlich keine praktische Bedeutung.

Es ist notwendig, auch einigen oberflächlichen Erscheinungen der Kuba-Krise Beachtung zu schenken. Am 22. Oktober erklärte Kennedy:

"Die Vereinigten Staaten würden jede von Kuba aus auf eine Nation der westlichen Hemisphäre abgefeuerte Rakete als Angriff der SU auf die Vereinigten Staaten betrachten, der in vollem Umfang die Vergeltung gegen die Sowjet-Union erfordere.... Er kündigte folgende erste Maßnahmen an: 1. Alle Schiffe, gleich welcher Nation, die Angriffswaffen nach Kuba befördern, werden zurückgewiesen. 2. Die amerikanischen Streitkräfte sind angewiesen worden, sich auf einen "Eventualfall" vorzubereiten. 3. Die Vereinigten Staaten werden den Abschluß einer Fernlenkwaffe von Kuba aus als einen Angriff der SU auf die USA werten. 4. zusätzliche Militäreinheiten sind einberufen worden."

Darauf reagierte die SU in einer TASS-Erklärung vom 23. Oktober.

"Wer hat den USA das Recht gegeben, die Rolle eines Gestalters der Geschichte anderer Länder und Völker zu übernehmen?"

Wir sind der Meinung, eine offizielle oder offiziöse Erklärung der SU, die sich solcher Phrasen, die man bisher nur von Reisepredigern der sogenannten "Menschenfreunde" gehört hat, bedient, zeigt nur die Verwirrung in der Führung der SU an. Marxisten stellen in so kritischen Lagen die Fragen nicht nach dem Recht, sondern nach der Macht. Am 24. Oktober machte der Generalsekretär der UNO, U Thant, Kennedy und Chruschtschow folgende Vorschläge:

"1. In den nächsten zwei Wochen soll kein sowjetisches Schiff in Kuba anlegen, 2. USA sollen für diese Zeit ihre Waffenblockade aufheben, 3. Der Generalsekretär bietet seine Dienste für Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten an."

Der entscheidende Briefwechsel schließt ab mit folgenden zwei Briefen. Kennedy schreibt:

"Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich habe Ihren Brief vom 26. Oktober sehr sorgfältig gelesen und begrüße den Ausdruck Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen.... Von der Annahme ausgehend, daß dies alsbald geschieht, habe ich meinem Beauftragten in New York Instruktionen erteilt, die es Ihnen gestatten, während dieses Wochenendes zusammen mit dem amtierenden Generalsekretär und Ihren Beauftragten ein Arrangement für die dauernde Lösung des Kubaproblems in Übereinstimmung mit den in Ihrem Brief vom 26. Oktober vorgeschlagenen Grundsätzen zu suchen,....

1. Sie würden sich bereitfinden, diese Waffensysteme unter Aufsicht und Beobachtung der Vereinten Nationen aus Kuba zu entfernen und es unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen unternehmen, den Transport weiterer Waffensysteme dieser Art nach Kuba einzustellen. 2. Wir wären bereit, nach Schaffung hinreichender Vorkehrungen für die Ausführung und die Einhaltung dieser Verpflichtungen durch die Vereinten Nationen a) alsbald die gegenwärtigen Quarantänemaßnahmen aufzuheben und b) Zusicherungen gegen eine Invasion Kubas zu geben. Ich bin sicher, daß andere Nationen der westlichen Hemisphäre bereit sein würden, das Gleiche zu tun."

Darauf antwortet Chruschtschow:

"Ich betrachte mit Achtung und Vertrauen Ihre Erklärung, die Sie in Ihrer Botschaft vom 27. Oktober 1962 abgegeben haben, daß kein Angriff auf Kuba unternommen wird, daß keine Invasion stattfinden wird, nicht nur von seiten der USA, sondern auch von seiten anderer Länder der westlichen Hemisphäre, wie in Ihrer Botschaft hervorgehoben wird. In Anbetracht dessen sind die Motive, die uns veranlassten, Kuba Hilfe dieser Natur zu gewähren, nicht länger anwendbar. Deshalb haben wir unsere Offiziere angewiesen, - und diese Mittel, wie ich bereits erklärt habe, sind in den Händen sowjetischer Offiziere - die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Bau der besagten Objekte einzustellen, sie zu demontieren und in die Sowjetunion zurückzuführen."

Die vorläufige Lösung der Kuba-Krise ist von sehr höflichen Begleitworten umgeben. Die Zusicherung Kennedys gegen eine Invasion auf Kuba gilt nur für ihn und nur für die Zeit des Rücktransportes. Der Kampf gegen Kuba geht nach der Entwaffnung weiter. Welche Formen er annimmt, läßt sich noch nicht voraussehen. Nicht nur für die Lösung der Kuba-Krise, sondern für die Weiterentwicklung des weltweiten Kampfes zwischen Kommunismus und Kapitalismus ist diese Niederlage von größter Bedeutung. Das kommunistische Lager muß die Fehler korrigieren, die in der falschen Einschätzung der Kraft der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern im Programm der KPdSU und anderen offiziellen Dokumenten niedergelegt ist. Das Schwergewicht dieser Arbeit muß darauf gelegt werden, daß die Werktätigen zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft gewonnen werden. Darauf muß die Politik der KPdSU und der kommunistischen Sektionen gelenkt werden. Das ist bisher sträflich versäumt worden. Nicht nur durch die DDR-Politik, sondern auch durch andere Prahlereien sind Millionen der Werktätigen dem kommunistischen Lager entfremdet und der Tolerierung der kapitalistischen Herrschaft zugetrieben worden. Dazu wird die Krise die Möglichkeiten bieten.

"Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!"
(Marx: "Der 18. Brumaire")

Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen,
Lohmannstr. 96. Bremen, November 1962

Jens Daniel

Weltmachtpolitik aus dem Sattel

Wer nicht genug Phantasie hatte, sich vorzustellen, wie der dritte Weltkrieg ausbrechen wird - und wer von uns hatte soviel Einbildungskraft -, der weiß es jetzt: Der Geheimdienst eines großen Landes wird auf klassische Weise versagen, seine politischen Führer werden sich - vom Feind oder von ihrem eigenen Service - getäuscht fühlen, Wahlen werden unmittelbar bevorstehen, und die Elite der Nation wird auf einen Kurzschluß hindrängen, dem der verantwortliche Führer nur durch Flucht nach vorn ausweichen kann. Keine Irrläufer auf dem Radarschirm, keine technischen Pannen in der Befehlsübermittlung werden nötig sein. Es wird genügen, daß den Verantwortlichen die Nerven durchgehen.

Sechs Tage brauchte Präsident Kennedy, um aufgrund einer verspäteten Meldung des militärischen Nachrichtendienstes einen irreversiblen Entschluß zu fassen, der die Gewichte in der Welt zuungunsten Europas verlagern muß. Keine Konsultation mit irgendeinen Verbündeten hatte vorher stattgefunden. Nicht einmal die Kongreßwahlen vom 6. November wurden abgewartet, was der Entscheidung wenigstens das Odium der Wahl-Hysterie hätte nehmen können. Man hat gehandelt, als seien die Raketen in Kuba schon abschußbereit - was sie bestenfalls in Monaten sein werden - und als stehe ein Überfall Castros - der über keinerlei Atomsprenköpfe verfügt - auf die Vereinigten Staaten unmittelbar bevor. Nimmt man das offiziöse Eingeständnis dazu, daß die Führer des Kongresses sogar einen Überfall auf Kuba befürwortet haben, so kann man der Zukunft der bewohnten Erde nur noch mit Todesschrecken entgegensehen.

Kein Zweifel, dieser kriegsähnliche Akt einer Blockade hätte irgendwann in näherer Zukunft vom Blickpunkt der Vereinigten Staaten aus notwendig werden können - so wie die Sowjets es von ihrem Interesse her in naher Zukunft für notwendig halten könnten, Repressalien gegen Westberlin zuzugreifen. Sicherlich kann man es den Vereinigten Staaten nicht zumuten, tatenlos zuzusehen, bis Kuba ein einsatzfähiger Raketenstützpunkt der Sowjets geworden ist - so wenig man es den Sowjets zumuten kann, ruhig abzuwarten, bis die Bundesrepublik, die beträchtliche territoriale Ansprüche hat, Atommacht geworden ist. Aber die Welt hat einen Anspruch darauf, mit völlig klaren Fronten, nach äußerster Überlegung und ohne überfallartige Überraschungseffekte in die Luft gesprengt zu werden.

Chruschtschow hat ungeachtet seines Propaganda-Getöses bisher durchweg nach dieser für eine atomare Weltmacht zwingenden Maxime gehandelt, in Ungarn, in Suez, in Berlin und selbst in Kuba. Er hat den "showdown", die entscheidende Konfrontation, vermieden, die nach amerikanischer Lesart ausdrücklich das Ziel der gegenwärtigen Aktion Kennedys ist. Man sagt in Washington offen, die "Zeit des Herumgestoßenwerden" sei jetzt vorbei. Aber wenn wirklich das Prestige der Vereinigten Staaten und das des Präsidenten Kennedy persönlich diesen drastischen Schlag gegen das Prestige der Sowjets notwendig gemacht haben sollten, so wäre das ein für die Politik der Vereinigten Staaten geradezu erschütterndes Zeugnis.

Käme es noch zum Krieg, so würde die Dürftigkeit der Argumente, die für eine Aktion zum jetzigen Zeitpunkt und unter diesen für die Sowjets psychologisch günstigen Umständen gesprochen haben mögen, vollends, wenn auch wohl zu spät erkannt; die Neutralen zeigen sich schon jetzt nicht überzeugt. Daß die Sowjets die Amerikaner über die strategischen Anlagen in Kuba "getäuscht" haben sollen, mag wahr sein, ist aber ein reichlich naiver Vorwurf. Wohl ließe sich daraus der Abbruch weiterer Verhandlungen mit den Sowjets rechtfertigen, wie ihn Chruschtschow umgekehrt auf der Pariser Konferenz unternahm, nicht aber

ein einseitiger Akt gegen ein drittes Land, Kuba nämlich, das seinerseits ja wohl übel beraten wäre, wenn es den Nichtangriffs-Erklärungen des amerikanischen Präsidenten trauen würde. Was immer man gegen den wildgewordenen Castro und gegen sein Regime vorbringen kann, unbestreitbar ist auch, daß Batistas Verbrecherregime 18 Jahre lang von den USA gestützt worden ist.

Unbestreitbar ist weiter, daß Castro seine Nachbarn bisher nur ideologisch bedroht hat, während die USA eine Bürgerkriegs-Armee gegen ihn einexerzieren, von deren Sieg nur Optimisten demokratischere Zustände erhoffen können. Schließlich hat Castro den Vereinigten Staaten die Abrüstung seines Landes angeboten, sofern ihm eine völkerrechtlich bindende Nichtangriffserklärung gegeben würde.

Die Unterscheidung zwischen "bösen" Angriffsraketen der Sowjets und "guten" Verteidigungsraketen der Nato in der Türkei und in Italien verrät eine bedenkliche Mischung aus moralisierendem Extremismus und propagandistischem Pharisäertum. Wenn die USA sich mit Syngman Rhee und manch anderem Unhold verbinden durften, warum Chruschtschow nicht mit Castro? Wenn ein Ring von Mittelstreckenraketen entlang den Grenzen der Sowjet-Union errichtet werden durfte, warum nicht eine Raketenbasis in der Nähe der Vereinigten Staaten? Hat sich Chruschtschow etwa verpflichtet, den Status quo nicht zu verändern, solange Verhandlungen geführt werden? Und hat Eisenhower Chruschtschow "getäuscht", als er ihn in Camp David willkommen hieß, während seine U-2 Flugzeuge derweil den strategischen Status quo radikal veränderten?

Die amerikanische Öffentlichkeit (in ihrem Schleppe die europäischen Verbündeten) hat eine für Europa und besonders für Berlin verhängnisvolle Entscheidung getroffen, als sie ohne Ausschöpfung der gebotenen Möglichkeiten die Kennedy-Doktrin etablierte, der zufolge eine Weltmacht an ihren Grenzen keine essentielle Bedrohung ihrer Interessen hinzunehmen braucht. Der Zusammenhang zwischen Berlin und Kuba war Kennedy auch gegenwärtig, als er vor zwei Monaten Vorschläge zur Intervention in Kuba unter Hinweis auf Westberlin zurückwies. Man sieht nicht recht, wieso diese auf der Hand liegende Einschätzung sich geändert haben soll und wieso die Administration in Washington nun plötzlich zu der Ansicht gelangt ist, laut "New York Times", die Kuba-Blockade habe "wohlgeplante Sowjet-Bemühungen, eine für den Westen demütigende Berlin-Regelung zu erreichen, unterbrochen."

Vielmehr ist eine Faustrecht-Philosophie exerziert worden, die jede Begrenzung des Risikos in der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken unmöglich machen muß, und das angesichts einer kriegstarken Division hauptamtlicher Planer, die unkontrollierbare Eigenbewegungen aus der Strategie verbannen wollen. Die Welt wird in den dritten Weltkrieg gleiten wie in den Ersten, nämlich auf einer Rutschbahn nicht zu Ende gedachter Risiken undrösender "Jetzt oder nie"-Emphase. Ob noch Historiker nachbleiben werden, das "Hineinschlittern" zu beklagen, daran zu zweifeln besteht freilich der allerernsteste Grund.

Die westliche Welt ist letzte Woche so regiert worden, wie man es in Texas gern sieht: aus dem Sattel.
